

Türkische Außenpolitik
nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Außenpolitische Kontinuität und Neuorientierungen zwischen
der EU-Integration und neuer Regionalpolitik

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophisch-
Sozialwissenschaftlichen
Fakultät der

Universität Augsburg

vorgelegt von
M. Efe Çaman
aus Istanbul
2004

Erstgutachter: Prof. Dr. Theo Stammen
Zweitgutachter: Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen
Tag der mündlichen Prüfung: 28. 06. 2005

*Wer sich und andre kennt
Wird auch hier erkennen:
Orient und Okzident
Sind nicht mehr zu trennen.*

*J. W. Goethe
„Buch des Sängers“*

Vorwort

Die vorliegende Dissertation „Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Außenpolitische Kontinuität und Neuorientierungen zwischen der EU-Integration und neuer Regionalpolitik“ entstand im Zeitraum zwischen 1999 – 2004. Das Forschungsinteresse am Thema der Außenpolitik der Türkei, insbesondere den Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union und der türkischen Regionalpolitik im Kaukasus und in Zentralasien, begleitete mich bereits während meines Studiums an der Universität Augsburg. Nach meinem Studienabschluss der Politikwissenschaft (1998) wurde ich von meinem Lehrer und Doktorvater, Prof. Dr. Stammen, ermutigt, die Thematik der türkischen Außenpolitik nach dem Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen unter Einbeziehung der kontinuierlichen Europaorientierung der türkischen Außenpolitik im Rahmen einer Promotion zu untersuchen. Zu dieser Zeit waren die Türkei-EU-Beziehungen angesichts des von der Türkei ersuchten Beitritts nicht zuletzt ein politikwissenschaftlich interessantes Thema. Heute beschäftigt das Thema nicht nur die Europäische Union und die Türkei, sondern auch die europäische – und vor allem die deutsche – aber natürlich auch die türkische Öffentlichkeit sowie alle, die den europäischen Integrationsprozess beobachten. Der EU-Kandidat Türkei ist dasjenige Land, über das man in Europa am meisten diskutiert, und ganz deutlich werden die Diskussionen umso intensiver, je konkreter die türkische Beitrittsoption wird und dementsprechend je näher der EU-Beitritt des Landes rückt. Auch die neue türkische Regionalpolitik, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend im Hinblick auf die Bedeutung der Türkei für den Westen, vor allem aber in Bezug auf die sicherheitspolitischen Interessen der EU, an Bedeutung gewann, wird in der Gesamtanalyse am Beispiel der türkischen Kaukasus- und Zentralasienpolitik miteinbezogen. Es erscheint im Hinblick auf die Lokalisierung der Türkei in der neuen weltpolitischen Konstellation, vor allem aber auch auf die sich veränderten europäischen Interessen, von großer Relevanz zu sein, zu untersuchen, welche Zusammenhänge zwischen der kontinuierlichen Europaorientierung der Türkei und der neuen regionalen Politik bzw. den neuen Orientierungen der türkischen Außenpolitik bestehen und die zukünftigen Entwicklungstendenzen zu erforschen. Der Bedarf, die Außenpolitik der Türkei in der neuen Konstellation unter verschiedenen Aspekten zu analysieren und sie halbwegs als eine Gesamtheit zu begreifen, ist insbesondere an-

gesichts der Aktualität der Türkei im Kontext der europäischen Integration, an der auch die Türkei konkret beteiligt ist, ziemlich groß. In diesem Zusammenhang beabsichtigt die vorliegende Arbeit ihren Beitrag zu leisten.

Von besonderer Bedeutung für den Fortgang dieser Dissertation waren Aufenthalte in Ankara, Istanbul und New York. Dort konnte ich das unterschiedliche Quellenmaterial zum Thema sichten und werten. Die Recherchen in folgenden Bibliotheken und Institutionen trugen zur Analyse auf bestimmende Weise bei: Die Bibliothek der Universität Augsburg, die Staatsbibliothek in München, die Bibliothek des Außenministeriums der Republik Türkei, die Bibliothek der Turkish International Cooperation Agency (TIKA), die Bibliothek der TBMM (des Parlaments) der Türkei, die Milli Kütüphane (Nationalbibliothek) in Ankara, das Institute for Foreign Policy an der Universität Hacettepe, die Bibliothek der Atatürk Kültür Dil Tarih Yüksek Kurumu (Atatürk-Institution für Kultur, Sprache und Geschichte) in Ankara, die Bibliothek Beyazıt in Istanbul, die Library of NYU in New York, die Library of Columbia University in New York. Es ist mir eine angenehme Pflicht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oben erwähnten Institutionen für ihre Unterstützung, ihr Verständnis und ihre Hilfe zu danken.

Mein herzlicher Dank gebührt ebenfalls der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Gewährung eines Studienstipendiums und vor allem der Universität Augsburg für die Gewährung eines Promotionsstipendiums. Diese Förderungen ermöglichten meine Studien und die Erstellung dieser Arbeit.

Meinem Doktorvater Prof. Dr. Stammen möchte ich für die Anregung zu meinem Dissertationsthema, seine konstruktiven und wichtigen Ratschläge und die kritische Begleitung des Fortgangs meiner Promotion meinen herzlichsten Dank aussprechen. Er ermutigte und unterstützte mich während meines Studiums und vor allem während meiner Promotion ununterbrochen.

Meinen großherzigen Eltern Bengi Şanlı und Hadi Çaman bin ich für alles, aber vor allem für ihr Vertrauen, das sie stets in mich gesetzt haben, dankbar. Für ihren ununterbrochenen liebevollen Beistand und ihre unendliche Geduld während meines Promotionsstudiums möchte ich meiner Frau Marina Çaman danken. Dieses Buch widme ich ihr und meiner kleinen Tochter Aylin.

München, Juni 2005

VORWORT.....	6
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN.....	10
VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN.....	11
ERLÄUTERUNG ZU SCHREIBWEISE UND AUSSPRACHE DES TÜRKISCHEN.....	12
1. EINLEITUNG.....	13
1.1. ÜBERLEGUNGEN ZUR THEORIE UND ARBEITSMETHODE DER DISSERTATION.....	15
1.2. ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN DER ARBEIT UND GLIEDERUNG DER ANALYSE.....	22
2. DETERMINANTEN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT.....	27
2.1. EXOGENE DETERMINANTEN DER TÜRKISCHEN AUßENPOLITIK.....	27
2.1.1. <i>Vorgeschichte: Türkei in der weltpolitischen Konstellation bis zum Ende des Ost-West-Konflikts...</i>	27
2.1.2. <i>Globale Veränderungen in den internationalen Beziehungen und ihre Einflüsse auf die türkische Außenpolitik.....</i>	38
2.2. IDEOLOGIEN ALS ENDOGENE DETERMINANTEN DER AUßENPOLITIK NACH ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS.....	44
2.2.1. <i>Kemalismus.....</i>	47
2.2.2. <i>Islamismus.....</i>	58
2.2.3. <i>Nationalismus als Turkismus und Panturkismus.....</i>	66
3. GESTALTUNG DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT 93	
3.1. SICHERHEIT IM KONTEXT DES AUßENPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGS- UND GESTALTUNGSPROZESSES.....	96
3.2. EXEKUTIVE UND AUßENPOLITIKGESTALTUNG.....	98
3.3. PRÄSIDENT UND AUßENPOLITIKGESTALTUNG.....	106
3.4. PARLAMENT UND AUßENPOLITIKGESTALTUNG.....	115
3.5. MILITÄR UND AUßENPOLITIKGESTALTUNG.....	118
3.6. SYNOPSIS.....	148
4. KONTINUITÄT DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK AM BEISPIEL DER TRADITIONELLEN ORIENTIERUNG NACH EUROPA.....	151
4.1. HISTORISCHE GRUNDLAGEN ALS DETERMINANTE DER TÜRKISCHEN EUROPAORIENTIERUNG.....	151
4.2. TÜRKISCHE INTERESSEN AN DER INTEGRATION IN DIE EU.....	158
4.3. INTERESSEN DER EUROPÄISCHEN UNION AN DER INTEGRATION DER TÜRKEI.....	165
4.4. VORGESCHICHTE DER TÜRKEI-EU-BEZIEHUNGEN.....	172
4.5. VERTRAGLICHE GRUNDLAGEN UND INSTITUTIONEN DER TÜRKISCHEN ASSOZIATION.....	176
4.6. ENTWICKLUNG DER TÜRKISCHEN INTEGRATION IN DIE EU BIS ZU DEN 90ER JAHREN.....	181
4.7. DIE NEUE AUSGANGSLAGE DER TÜRKEI-EU-BEZIEHUNGEN NACH DEM ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS.....	189
4.7.1. <i>Zollunion zwischen der Türkei und der EU.....</i>	190
4.7.1.1. <i>Entwicklungen bis zur Verwirklichung der Zollunion zwischen der Türkei und der EU.....</i>	191
4.7.1.2. <i>Perzeptionen, Interessenslagen und vertragliche Grundlagen der Zollunion.....</i>	194
4.7.2. <i>Europäische Perzeptionen als Problemfeld der türkischen EU-Integration: Frage der Europazugehörigkeit der Türkei.....</i>	198
4.7.3. <i>Frage der problematischen EU-Kandidatur der Türkei.....</i>	216
4.8. PROZESS DER TÜRKISCHEN EU-KANDIDATUR UND DIE BEITRIITSKRITERIEN DER EU.....	227
4.8.1. <i>Nationalprogramm der Türkei zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien.....</i>	229
4.8.2. <i>Reformprozess der Türkei auf dem Weg zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU....</i>	230
4.8.3. <i>Bisherige Ergebnisse und Bewertung der türkischen Kandidatur.....</i>	236
4.9. EU-INTEGRATION UND KONFLIKTE MIT BENACHBARTEM EUROPA: ZYPERNFRAGE.....	239
4.10. SYNOPSIS.....	255

5. NEUORIENTIERUNGEN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK AM BEISPIEL DER REGIONALPOLITIK IN ZENTRALASIEN UND IM KAVKASUS	262
5.1. NEUE AUßENPOLITISCHE OPTIONEN DER TÜRKEI NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT	262
5.2. TÜRKISCHE ZENTRALASIENPOLITIK	264
5.2.1. <i>Begriffserläuterung</i>	264
5.2.2. <i>Historische Grundlagen</i>	265
5.2.3. <i>Panturkistische Eliten und Neuorientierungen in der Außenpolitik</i>	272
5.2.4. <i>Türkische Interessen</i>	277
5.2.5. <i>Etablierung politischer Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken</i>	281
5.2.6. <i>Auswärtige Kulturpolitik mit Blick auf die postsowjetischen Turkrepubliken</i>	292
5.2.7. <i>Politisches System der Türkei und die postsowjetischen Turkrepubliken</i>	301
5.2.8. <i>Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken</i>	313
5.2.9. <i>Akteure regionaler Konstellation und die Determinanten ihrer Regionalpolitik</i>	327
5.2.9.1. <i>Russische Föderation</i>	327
5.2.9.2. <i>Iran</i>	333
5.2.9.3. <i>China</i>	335
5.2.9.4. <i>Indien und Pakistan</i>	338
5.3. ENERGIEPOLITIK UND PIPELINEPROJEKTE	340
5.4. TÜRKISCHE KAVKASUSPOLITIK: KARABAKH-KONFLIKT REGIONALE KONSTELLATION UND TÜRKISCHE HALTUNG	360
5. 5. SYNOPSIS.....	377
6. BEWERTUNG DER AUSSENPOLITISCHEN KONTINUITÄT UND NEUORIENTIERUNGEN DER TÜRKEI: SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	380
LITERATURVERZEICHNIS.....	414
QUELLEN UND OFFIZIELLE PUBLIKATIONEN.....	414
MONOGRAPHIEN UND SAMMELBÄNDE	416
AUFsätze UND UNSELBSTSTÄNDIGE PUBLIKATIONEN	423

Verzeichnis der Abkürzungen

AKEL	Sozialistische Partei in Südzypern
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
AP	Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
D8	Organisation der Entwicklungsstaaten
DEP	[Pro-kurdische] Partei der Demokratie
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei)
DSP	Demokratik Sol Parti (Demokratische Linkspartei)
DYP	Doğru Yol Partisi (Partei des Richtigen Wegs)
ECO	Organisation Wirtschaftlicher Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europaparlament
EU	Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik [der EU]
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
MIT	Milli İstihbarat Teşkilatı (türk. Nationale Nachrichtendienst)
NGO(s)	Nichtstaatliche Organisation(en)
NSR	Nationaler Sicherheitsrat
OEEC	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
OHAL	Ehemalige türkische Sonderverwaltungsregion
PKK	Partiya Kerkeran Kurdistan [Kurd.] (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
SHP	Sosyaldemokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratische Volkspartei)
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi (Große Nationalversammlung der Türkei)
UN	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1) Kredite der türkischen Eximbank an die Turkrepubliken

Abb. 2) Erdölreserven in der kaspischen Region

Abb. 3) Vergleich der Hafenskapazitäten

Abb. 4) Unfälle der Handelsschiffe in türkischen Meerengen

Erläuterung zu Schreibweise und Aussprache des Türkischen

c wie in "Dschungel"

ç wie in "Kutsche"

ğ dient zur Dehnung von dunklen Vokalen; zwischen hellen Vokalen wird es als "j" ausgesprochen; steht nie im Anlaut

ı kurzes, sehr dumpfes "i", ein dunkler Schwalaut wie das e in unbetonter Infinitivendung

j wie das französische "j", z.B. in "Journalist"

r stets Zungen-"r"

ş wie "sch" im Deutschen, z.B. in "Schule"

y wie das deutsche "j", z.B. in "Junge"

z wie stimmhaftes "s", wie z.B. in "Sonne"

1. EINLEITUNG

Die Türkei als ein Staat zwischen drei geopolitisch relevanten Regionen, nämlich zwischen Europa, dem Nahen Osten und dem Kaukasus – sowie ferner Zentralasien – oder wie die türkischen Führungseliten die geographische Lage des Landes wahrnehmen, als eine Brücke zwischen Europa und Asien sowie zwischen den abendländischen und muslimisch geprägten Kulturen, war und ist stets eines der Zentren des weltpolitischen Interesses und Geschehens. Seit tausend Jahren waren verschiedene unabhängige türkische Staaten relevante Akteure dieser Regionen. Von dem Großen Seldschukenreich der Türken bis zum Reich der Anatolischen (Rum-) Seldschuken, von der Epoche der türkischen Fürstentümer auf der anatolischen Halbinsel bis zur Weltmacht des Osmanischen Imperiums auf drei Kontinenten und von der Gründung des türkischen Nationalstaates durch die Proklamation der Republik Türkei bis zum heutigen Tage, in dem die Türkei versucht, eine Integration in die Europäische Union und ihren Beitrag zum Projekt Europa zu leisten, war und ist die türkische Staatlichkeit kontinuierlich ein teils dominierender, teils mitbeeinflussender Akteur der oben erwähnten Regionen. Politische, außenpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse der Türken in diesen Regionen, ganz besonders aber die imperiale und expansionistische osmanische Vergangenheit, trugen zu den heute beobachteten politischen Formationen und Konstellationen und vor allem zu den subjektiven politischen Perzeptionen der Eliten und Entscheidungsträger in der Türkei, im nahen Europa – vor allem auf der Balkanhalbinsel – sowie in der nordöstlichen Mittelmeer- und Schwarzmeerregion und in den postsowjetischen Regionen wie Kaukasus und Zentralasien bei.

In der Zeitperiode seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes fanden fundamentale Änderungen in den oben genannten Weltregionen statt. Während die ehemals sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas in diesem Zeitraum ihre Integration in die Europäische Union versucht haben und sich entsprechend den politischen und wirtschaftlichen Erwartungen des westlichen Teils von Europa transformierten, gibt es nun seit der Auflösung der Sowjetunion im postsowjetischen Norden und Osten neue unabhängige, ehemals sowjetische Staaten, die ihre Eigenstaatlichkeit und somit ihre eigenen außenpolitischen Wege behaupten. Es sind wiederum in den südöstlichen und südlichen Nachbarregionen der Türkei Staaten, die zum Teil unter religiösem Fundamentalismus, zum Teil unter einem militaristisch-autoritären undemokratischen Regime oder unter Besatzung ausländischer Mächte regiert werden. Die

Türkei befindet sich aufgrund ihrer peripheren geographischen Lage zwischen diesen Regionen und zugleich als ein Teil Europas wie zu Beginn des Kalten Krieges im Zentrum dieses Transformationsprozesses. Abgesehen von ihren europäischen Nachbarn Griechenland, Zypern (sowohl Nord- als auch Südzypern) und Bulgarien ist die Türkei eine Ausnahme im Hinblick auf ihre sicherheitspolitische und militärische Symbiose mit dem Westen und auf ihre eindeutige Integrationspolitik in Europa, aber auch im Hinblick auf ihr Niveau einer funktionierenden und evolutionsfähigen demokratischen Ordnung. Sie wird aufgrund ihrer geographischen Nähe und Zugehörigkeit zu Europa sowie infolge der politischen Selbstperzeption von der europäischen Integration am intensivsten beeinflusst.

Die Türkei kann nicht isoliert von diesen Veränderungen in ihrer Umwelt betrachtet werden, vor allem nicht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Denn diese Veränderungen riefen und rufen außenpolitische (Neu-)Orientierungen, Reaktionen und Reflexe hervor und übten somit Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik, auf die ökonomische Entwicklung des Landes sowie auf die politischen und außenpolitischen Perzeption und Selbstwahrnehmung seiner Eliten und Entscheidungsträger, aber auch der türkischen Staatsbürger. Sie beeinflussen freilich auch die türkische Innenpolitik, und es wird auch am Beispiel der Türkei beobachtet, wie eng Innen- und Außenpolitik eines Landes zusammenhängen. Es ist ein politisches Faktum, dass die Konstanten bzw. Bestimmungsfaktoren der türkischen Außenpolitik, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Paradigmenwechsel in der internationalen Politik bestanden haben, ihre Gültigkeit überwiegend verloren haben, und die Beziehungen der Türkei zu den oben erwähnten Weltregionen und zu ihren einzelnen Staaten – ganz besonders die zur Europäischen Union – seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes neu geordnet werden.

Die türkischen Entscheidungsträger sind seit dem Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen mit der Problematik konfrontiert, dass die Türkei sich seit dem Beginn der 90er Jahre im außenpolitischen Sinne in einem Anpassungsprozess befindet, der eine Umstellung auf neue, vor allem exogene politische Änderungen in ihrer regionalen Umwelt erfordert. Es gibt daher wissenschaftlichen Bedarf, den Einfluss der bedeutsamsten Determinanten auf die Gestaltung der neuen Außenpolitik der 90er Jahre zu erforschen, die türkische Europapolitik des 21. Jahrhunderts ganz besonders im Lichte einer Perspektive der türkischen Integration in die Europäische Union zu analysieren, und die

neue Regionalpolitik am Beispiel der türkischen Kaukasus- und Zentralasienpolitik sowie die möglichen Zukunftstendenzen der außenpolitischen (Neu-)Orientierung der Türkei zu untersuchen.

1.1. Überlegungen zur Theorie und Arbeitsmethode der Dissertation

Zu Beginn dieses Abschnittes stellt sich folgende übergeordnete fundamentale Frage: Wie kann es dem Forscher gelingen, sich ein Bild von einem Teilbereich der internationalen Politik und deren Vorgängen zu machen, das strukturiert, rational begründet und wirklichkeitsnah ist. Es erfordert in diesem Kontext ein theoretisches Instrumentarium bzw. einige theoretische Positionen. Der Vergleich der historisch einmaligen bzw. wiederholbaren Erfahrungen, die durch Beobachtung des internationalen Geschehens erfahrbar sind, ermöglichen in der Analyse, die Realität in Form wissenschaftlichen Annahmen zu formulieren, um eine Hierarchie der Teilelemente nach dem Grad ihrer Wirkungsmächtigkeit hervorzubringen. Entsprechend den Inhalten der Hypothesen stellt die Theorie einige diagnostische Frageschemata auf. Das analytische System der Theorie wird einerseits zur Erklärung politischer Prozesse der Vergangenheit und Gegenwart verwendet, andererseits dient es auch der mit Wahrscheinlichkeiten arbeitenden Voraussage von Entwicklungstendenzen.

Die als realistischer Ansatz bezeichnete theoretische und methodologische Grundhaltung bildet den Ansatz, von dem der Verfasser dieser Arbeit ausgeht. Die Bezeichnung *Realismus* beansprucht keineswegs bessere Erkenntnis gegenüber anderen politikwissenschaftlichen Forschungsrichtungen, doch sie verpflichtet den Forscher zu praxisorientierten Formen der Forschung in der Fachrichtung Internationale Politik sowie zum Bemühen um eine am systematischen Vergleich historischer Erfahrungen orientierten Theoriebildung.¹ Vor allem muss in diesem Zusammenhang auf den Methodenpluralismus sowie das Analyseverfahren, das auf Ergebnisintegration – Konstellationsanalyse bzw. synoptische Methode – beruht, hingewiesen werden. Der Begriff *Konstellation* bedeutet hierbei ein zeitlich und räumlich (regional) bestimmbares Beziehungssystem zwischen Aktionssystemen der internationalen Politik. Die Konstellation entsteht und entwickelt sich aus den Interaktionen von

¹ Kindermann, Gottfried-Karl: Zum Selbstverständnis des neorealistischen Ansatzes – Einleitung zur dritten Auflage, in: Kindermann, Gottfried-Karl: Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 11-47; S. 11.

Aktionssystemen. Somit verkörpert sie selbst ein größeres, aus Teilsystemen und ihren Interaktionen gebildetes multipolares Interaktionssystem. Der Forscher betrachtet die Handlungseinheiten einer Konstellation als Aktionssysteme mit jeweils eigenen Organisationsstrukturen und Entscheidungszentren. Jedes dieser Systeme – diese sind im Grunde Staaten oder Aktionseinheiten wie die EU – verfügt über eigene Interessen, Lagebeurteilungen, Infrastrukturen, Machtpotentiale, Wertesysteme, Rechtslagen und Verhaltensstrategien. Daher müssen die Aktionssysteme zunächst einzeln und dann in ihrem Wirkungszusammenhang analysiert werden.

Die Politikwissenschaft ist eine nach Systematisierung und Typenbildung strebende Erfahrungswissenschaft. Daher ist die historische Grundlagenforschung ein wichtiger Bestandteil des Forschungsprozesses. Vergleichende Untersuchungen historischer Prozesse führen zur Schlussfolgerung, dass jede historische Situation drei Grundelemente beinhaltet: 1) relative Konstanz in den Motivationen und Formen menschlicher Aktions- und Reaktionsweisen, 2) epochale und systematische Elemente, die auf die Mitgeprägtheit menschlicher Verhaltensweisen durch die spezifischen Kultur- und Zivilisationsformen einer bestimmten Epoche und eines bestimmten Systems verweisen, 3) Elemente des Unwiederholbaren, des Zufälligen, des rein Individuellen, wozu z.B. die in ihrer Struktur einmaligen Persönlichkeiten, zufallsbedingtes Gelingen bzw. Nichtgelingen einer Aktion, strategisch bahnbrechende Erfindungen oder der Tod eines Machtinhabers gehören.

Entsprechend der Methode der Konstellationsanalyse kann der Begriff der Politik ohne Modifizierung auf den politikwissenschaftlichen Bereich der Internationalen Politik nicht übertragen werden. Internationale Politik wird nach dieser Methode primär als Politik zwischen Staaten begriffen, die sich durch bestimmte Merkmale von anderen Aktionseinheiten unterscheiden: Staaten sind Hoheitsträger innerhalb klar definierter Grenzen eines Territoriums, vertreten und schützen die Bevölkerung dieses Territoriums, die als Staatsvolk bezeichnet wird, nach außen, erfüllen diese Funktionen durch eine pyramidal strukturierte hierarchische Organisation von Entscheidungs-, Vollzugs- und Kontrollinstanzen durch das politische System des Staates, an deren Spitze die Regierung steht. Staaten beanspruchen und besitzen ein legitimes Monopol der physischen Zwangsgewalt und erheben den Anspruch auf innere und äußere Souveränität. Nach außen bedeutet Souveränität eines Staates das Recht darauf, innerstaatliches und außenpolitisches Verhalten autonom, d.h. ohne direkte Intervention anderer Aktionseinheiten, regeln zu kön-

nen. Der Begriff der Außenpolitik umfasst in diesem Sinne die Gesamtheit der Verhaltensweisen und Institutionen, mit denen die außenpolitische Führungselite die Beziehungen des Staates zu anderen Staaten sowie zu sonstigen Aktionssystemen der internationalen Politik gestalten. Mit demselben Begriff können auch die Beziehungen eines Staates zu seiner internationalen Umwelt in einem bestimmten Zeitabschnitt oder einzelne Aspekte derselben gemeint sein. In diesem außenpolitischen Zusammenhang werden die Staaten als formal gleichberechtigte, souveräne und bewaffnete Willens- und Aktionseinheiten begriffen.²

Um die nachfolgenden Ausführungen in der Arbeit verständlicher und konkreter darstellen zu können, sind einige weitere Begriffserläuterungen erforderlich, die das begriffliche Instrumentarium der Konstellationsanalyse bilden. Einer der zentralen Begriffe in der Konstellationsanalyse ist die Macht. Max Weber definierte den Begriff Macht als

[...] jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.³

Kindermann weist darauf hin, dass das auf allen Ebenen zwischenmenschlicher Beziehungen feststellbare Machtstreben im anthropologischen Sinne als eine erweiterte Funktion des Selbsterhaltungstriebes gelten kann. Er fügt der obigen Definition den Begriff des „Durchsetzungsvermögens im Rahmen einer Willenskonkurrenz“ hinzu. Es ist von den aufeinander prallenden widersprüchlichen, miteinander konkurrierenden und gegeneinander stehenden Interessen die Rede, wobei die Macht der Faktor ist, der die vorherrschende Position dieser oder jener Willensrichtung erklärt, Entscheidungen hervorruft und neue Kräfteverhältnisse verursacht.⁴ Auch Karl W. Deutsch weist auf die zentrale Stellung des Machtbegriffes in der Analyse internationalen Beziehungen hin und vergleicht die Macht mit der Funktion des Geldes in der Wirtschaft.⁵ Anders als bei dem realistischen Ansatz von Morgenthau, der die Macht als in der menschlichen Natur triebhaft angelegtes, potentiell nie saturiertes

² Für die Einzelheiten siehe Kindermann, 1991, S. 59-105.

³ Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, Tübingen 1981, S. 89.

⁴ Kindermann, Gottfried-Karl: Zur Methodik der internationalen Konstellationsanalyse, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 106-144; S. 118-119.

⁵ Deutsch, Karl W.: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt am Main 1968, S. 62ff.

expansives Streben nach Herrschaft primär um seiner selbst Willen versteht, betrachtet der neorealistische Ansatz von Kindermann den Begriff der Macht nicht als triebhaft verankerte Primärursache und eigentlichen Zweck politischen Verhaltens, sondern als eine stets von Willenspluralismus und Interessenskonkurrenz geprägte politische Weltwirklichkeit, im Regelfall als zumeist unvermeidbares, erstrebtes und vielgestaltiges Mittel der Selbsterhaltung sowie der defensiven oder offensiven Selbstverwirklichung.⁶ Dadurch unterscheidet sich der Begriff *Macht* des neorealistischen Ansatzes von dem zentralen Begriff *Macht* des klassischen Realismus von Morgenthau. An Stelle des Begriffes der Macht wird im neorealistischen Ansatz der Begriff *Politik* funktionalisiert und als ein Begriff eines differenziert definierten Entscheidungshandelns verstanden, einerseits unter den Bedingungen eines monozentrisch strukturier-ten Gesellschaftssystems und auf dessen Erhaltung bezogen sowie andererseits bezogen auf das polyzentrische System der internationalen Politik, das aus der Koexistenz und Interaktion einer zentral nicht gelenkten Vielzahl einzelner Aktions- und Entscheidungssysteme hervorgeht.⁷ Neben der Macht müssen zudem andere relevante Determinanten der Konstellation mitberücksichtigt werden.

Ein weiterer zentraler Begriff der Konstellationsanalyse ist das (außenpolitische) Interesse, dem in der angloamerikanischen Wissenschaftssprache der Begriff *national interest* entspricht. Unter diesem Begriff wird eine zielbezogene Willensgerichtetheit verstanden. Interessen sind entsprechend dieser Definition „verursachende und richtunggebende Kodeterminanten politischer Aktion“.⁸ Anders als bei dem Interessensbegriff des klassischen Realismus von Morgenthau, der von der Vorstellung ausgeht, dass es für den Entscheidungsträger in jeder historischen Situation eine bestmögliche Kombination von Zielsetzung und Zielverwirklichung gibt, die es zu erkennen gilt, verwendet der neorealistische Ansatz ausschließlich einen subjektiven Interessenbegriff und dementsprechend gibt es nur Interessen, die von Entscheidungsträgern definiert und angestrebt werden.⁹

⁶ Kindermann, 1991, S. 11-47; S. 18f.

⁷ Vgl. Kindermann, 1991, S. 11-47; S. 16-17. und Kindermann, Gottfried-Karl: Konstellationsanalyse, synoptische Methode, Interessenanalyse, in: Bellers, Jürgen & Woyke, Wichard (Hg.): Analyse internationaler Beziehungen. Methoden-Instrumente-Darstellungen, S. 99-109; S. 101.

⁸ Kindermann, 1991, S. 106-144; S. 111ff.

⁹ Kindermann, in: Bellers, S. 99-109; S. 104f.

Staaten verfolgen gleichzeitig eine Fülle außenpolitischer Interessen von unterschiedlicher Rangordnung, die trotz gelegentlicher innerer Widersprüche zumeist einen rational strukturierten Zusammenhang von Zielvorstellungen ergeben. [...] In der Praxis [...] werden die Richtlinien, die das außenpolitische Verhalten eines Staates lenken, von den spezifischen Interessenkonzeptionen seiner jeweiligen Führungsgruppe außenpolitischer Entscheidungsträger bestimmt.¹⁰

In diesem Kontext sind die Interessen eines Staates stets im Zusammenhang mit den damit in Verbindung stehenden Perzeptionen der außenpolitischen Machteliten und Entscheidungsträger zu begreifen. Die subjektiven Perzeptionen der außenpolitischen Entscheidungsträger spielen daher eine entscheidende Rolle, um die außenpolitischen Interessen eines Staates aus dem Gesamtkomplex des politischen Geschehens herauskristallisieren zu können. Da der Forscher aber nicht in der Lage ist, aufgrund der begrenzten Informationen alle Entwicklungsetappen des politischen Geschehens zu rekonstruieren, muss er eine empathische Herangehensweise mit seiner Analyse verbinden und dadurch versuchen, die Interessenslagen der untersuchten außenpolitischen Konstellation zu verstehen. Hierbei übernehmen einige idealtypisch gebildete Begriffe eine helfende Funktion. Kindermann unterscheidet und operationalisiert verschiedene analytisch bedeutsame idealtypische Interessentypen wie reale Interessen, Scheininteressen, potentielle Interessen, Leitinteressen etc., die zur Analyse der Interessenslagen von Staaten dienen. Die Zielsetzungen, die mit den Interessen eines Staates zusammenhängen, können über- und untergeordneter, aber auch lang-, mittel- und kurzfristiger Natur sein.

Der bei der Konstellationsanalyse verwendete methodische Ansatz betrachtet die einzelnen Akteure der Konstellation als geschlossene politische Entscheidungs- und Aktionssysteme. Ihr Zweck liegt in der Erfüllung der Primärfunktionen der Politik. In den internationalen Beziehungen zwischen diesen Entscheidungs- und Aktionssystemen herrschen in der Regel keine rechtlich strukturierten Verhältnisse, weil eine über den Staaten – primäre Aktionseinheiten – stehende internationale Ordnungsmacht sowie ein erzwingbares internationales Rechtssystem bzw. Völkerrecht nicht existieren. Aufgrund dieser Tatsache können Willens-

¹⁰ Kindermann, 1991, S. 106-144; S. 113f.

konkurrenzen zwischen den Staaten nur durch diplomatisches Aushandeln, angedrohte oder in zahlreichen Erscheinungen der heutigen internationalen Politik angewendete Machtmittel entschieden werden. Die internationale Politik verkörpert daher trotz stets zu beachtender und mit zu berücksichtigender internationaler und supranationaler Staaten- gruppen noch immer ein vielschichtiges und polyzentrisch strukturiertes Interaktionssystem ohne zentrale verbindliche Lenkungsinstanz wie beispielsweise einer Weltregierung mit Machtprojektionsmöglichkeiten. Selbst in supranationalen integrierenden politischen Organisationen wie in der Europäischen Union scheitern noch Lenkungsinstanzen in außen- und sicherheitspolitischen Konfliktsituationen, wie es am Beispiel des III. Golfkrieges oder der Verfassung der Europäischen Union, die zum Teil die Machtstrukturen der Entscheidungsfindung und Machtlagen der Mitgliedsstaaten neu regulieren soll, deutlich beobachtet werden konnte. Auch die Perzeptionen und Interessen der Entscheidungsträger innerhalb der EU unterscheiden sich. Daher sind die politischen Tendenzen vor der Entscheidungsfindung einerseits sowie die offizielle Politik der EU anhand der getroffenen politischen Entscheidungen andererseits stets voneinander zu trennen.

Die in der vorliegenden Arbeit angewendete Forschungsmethode der Konstellationsanalyse – synoptische Methode – „versteht die Politikwissenschaft als arbeitsteiliges System sachlich interdependenter Teildisziplinen mit dem gemeinsamen Zweck der Erkenntnisbildung hinsichtlich des Verhaltens von Menschen in ihrer Rolle als Subjekte und Objekte geschichtsschaffender Prozesse des politischen Geschehens“.¹¹ Das Gesamtsystem des politischen Geschehens kann als Ganzheit nicht analysiert werden. Daher wird es in Bestandteile des Systems zergliedert. Aufgrund der Komplexität der Teilbereiche des politischen Geschehens ist die Durchführung zahlreicher Einzelanalysen erforderlich. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse werden zu einem Vorstellungsbild synthetisiert, das es ermöglicht, das politische Geschehen als Ganzheit zu verstehen. Die Analyse einer Konstellation – die konkrete Beschaffenheit eines polyzentrischen Beziehungssystems zwischen Staaten zum Zeitpunkt einer bestimmten historischen Situation – und eines Beziehungs- und Interaktionssystems der internationalen Politik erfordert fundamentale Erkenntnisse über die Vorgeschichte der Konstellation – aus dieser entspringt das die Untersuchung bestimmende Erkenntnisinteresse des Forschers –, eine räumliche und zeitliche Eingrenzung des

¹¹ Kindermann, in: Bellers, S. 99-109; S. 100.

Forschungsthemas, eine Definition der zentralen Problemstrukturen sowie die Eruiierung weltpolitischer und regionaler Rahmenbezüge.¹² In der Phase der Analyse werden komplexe forschungsrelevante Phänomene der Konstellation anhand fünf diagnostischer Fragebereiche mit jeweils zwei operationalisierbaren Begriffspaaren der synoptischen Methode untersucht, die hier genannt werden sollen: 1) System und Entscheidung, 2) Interesse und Macht, 3) Wahrnehmung und Wirklichkeit, 4) Konflikt und Kooperation, 5) Norm und Nutzen.¹³ Bei der *Systemanalyse* werden die an der Konstellation beteiligten Aktionseinheiten (Staaten, Bündnisse, supranationale Organisationen etc.) unter besonderer Berücksichtigung ihrer Führungszentren und ihrer Prozesse der politischen Entscheidungsbildung; bei der *Interessenanalyse* die von den Führungszentren der einzelnen Aktionssysteme für diese festgelegten Interessenslagen und Interessensprioritäten mit samt ihren politischen, ökonomischen, militärischen oder kulturellen Determinanten; bei der *Machtanalyse* die relative Machtlage der einzelnen beteiligten Aktionssysteme – mit Unterscheidung zwischen potentiell vorhandenen und konkret einsetzbaren Machtmitteln politischer, ökonomischer, militärischer oder sonstiger Art –; bei der *Verhaltensanalyse* die Verhaltensstrategie der einzelnen Aktionssysteme – insbesondere Kooperation und Konflikt – auf der Basis ihrer Interessen, Perzeptionen und Machtstrukturen; bei der *Perzeptionsanalyse* die erfahrungsgeprägten subjektiven Sichtweisen und Lagebeurteilungen hinsichtlich der Konstellation insbesondere seitens der einzelnen beteiligten Systeme sowie Unterschiedlichkeit und Subjektivität der Perspektiven und Lagebeurteilungen; bei der *Normanalyse* normative Bindungen der einzelnen Systeme durch Ethik, Ideologie und Recht und deren Interpretation der internationalen Rechtslage hinsichtlich der Konstellation sowie die Steuerungsrolle und das wechselseitige Verhältnis zwischen ideellen Sollnormen einerseits und pragmatischen Nützlichkeitsabwägungen andererseits erforscht und analysiert.¹⁴ In der Phase der Synopsis werden die von diesen unterschiedlichen Forschungsteilbereichen gewonnenen Erkenntnisse aus einer analytischen Perspektive miteinander korreliert und zu einem Vorstellungsbild eines kausal erklärbaren Wirkungszusammenhanges integriert. Dadurch wird es für den Forscher möglich, anhand der eruierten und erarbeiteten Erkennt-

¹² Vgl. Kindermann, 1991, S. 11-47; S. 21-23.; Kindermann, in: Bellers, S. 99-109; S. 100.; Kindermann, 1991, S.59-105; S. 80-81; Kindermann, 1991, S.106-144; S.106.

¹³ Für die Einzelheiten vgl. Kindermann, 1991, S.11-47; S.22-23.

¹⁴ Kindermann, 1991, S.11-47; S.22-23; Kindermann, 1991, S.59-105; S. 81.; Kindermann, in: Bellers, S. 99-109; S. 108.

nisse aus den Teilaspekten des Forschungsthemas sowie aus dem entstandenen Vorstellungsbild des Gesamtphänomens seine eigene Sicht und Bewertung des Interaktionssystems der Aktionssysteme der internationalen Politik zu erarbeiten.

1.2. Zentrale Fragestellungen der Arbeit und Gliederung der Analyse

Die vorliegende Arbeit hat das Forschungsziel, die Außenpolitik der Türkei in den neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen insbesondere am Beispiel von Kontinuität und Veränderungen sowie die außenpolitische Anpassungs- und Orientierungsproblematik aus einer ganzheitlichen Perspektive insbesondere auf die im Analysezeitraum fortgeschrittene türkische Integration in die Europäische Union und im Hinblick auf die Neuorientierung des Landes in der türkischen Kaukasus- und Zentralasienpolitik (Turkrepublikenpolitik) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu analysieren.

Um eine wissenschaftliche Analyse der türkischen Außenpolitik durchführen zu können, wird eine Abgrenzung in Zeit und Raum vorausgesetzt. Die vorliegende Arbeit behandelt die Außenpolitik der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bis Mitte 2004. Doch diese zeitliche Abgrenzung klammert eine zusammenfassende und zum besseren Verständnis der Gesamtheit dienende Darstellung der Vorgeschichte relevanter Teilaspekte einiger Themen in der Arbeit nicht aus. Die synoptische Methode dieser Arbeit setzt im Gegenteil eine Darstellung der Vorgeschichte einer politischen Konstellation voraus, um das politische Phänomen, das analysiert wird, im Gesamtkontext verstehen zu können. In diesem Zusammenhang werden die historischen Ausgangssituationen der heute relevanten Themen aus der Perspektive aktueller Ereignisse, Probleme, Konflikte und Kooperationen zusammenfassend dargestellt und in der Analyse mitberücksichtigt.

Es ist ein leitendes Forschungsinteresse, die neue türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu verorten. In diesem Kontext ist es wichtig, die zentrale Frage in der Analyse stets mit zu berücksichtigen, ob die Neuorientierungen der türkischen Außenpolitik im Rahmen der neuen Regionalpolitik eine Alternative zu den kontinuierlichen Beziehungen der Türkei zum Westen bilden – vor allem aus der Perspektive des außenpolitischen Ziels der türkischen Entscheidungsträger, die Vollmitgliedschaft des Landes in der EU zu realisieren – oder aber eine Notwendigkeit der neuen regionalen Konstellation waren und

in diesem Zusammenhang die West- bzw. EU-Politik der Türkei lediglich ergänzen.

Folgende forschungsleitende fundamentale Beobachtungen und Feststellungen sollten zu Beginn eingeführt werden: 1) Es fanden gravierende politische Veränderungen in der Weltpolitik, insbesondere aber in der Region der Türkei – in der *außerstaatlichen Umwelt* – statt. 2) Die exogenen Umweltänderungen fanden nicht in Form einer einmaligen und schnellen Transformation statt, sondern trugen eher einen dauerhaften Prozesscharakter. 3) Die exogenen Umweltänderungen bedingten die Notwendigkeit von Veränderungen in der *innerstaatlichen Umwelt* der Türkei, die entsprechend den exogenen Veränderungen ebenfalls in einem Prozessablauf stattfanden und noch stattfinden. 4) Infolge dieser Veränderungen gestalteten die türkischen Führungseliten und Entscheidungsträger die Außenpolitik der Landes in einem Interaktionsprozess mit der außerstaatlichen Umwelt neu, indem sie einige Interessen des Landes beibehielten, einige andere aber entsprechend den neuen äußeren Gegebenheiten in der regionalen und globalen Konstellation und damit zusammenhängenden – und sich im Wandel befindenden – Perzeptionen neu formulieren bzw. neu definieren mussten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war die regionale Umwelt der Türkei ein aktives Betätigungsfeld der Außenpolitik. Dies unterschied sich von dem außenpolitischen Verhalten des Landes während des Ost-West-Konflikts. Diese Änderung in der neuen Konstellation wurde zum Teil als Option einer neuen alternativen außenpolitischen Orientierung bewertet. Der relative Werteverlust der Türkei als NATO-Mitglied im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik und türkische Anpassungsschwierigkeiten an die Europäische Union bezüglich ihrer politischen Systemtransformation bekräftigten die Thesen der außenpolitischen Alternativen der Türkei. Diesen Beobachtungen zufolge reagiert die türkische Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes auf die exogenen Veränderungen – Aktionen – ihrer Umwelt, die nicht nur einige Bereiche der Außenpolitik, sondern das gesamte Außenpolitikkonzept des Landes betreffen. Dies ist aufgrund der geographischen und kulturellen Dualität – sowohl europäische wie auch islamisch-östliche Identität und Zugehörigkeit des Landes im geographischen und kulturellen Sinne – eher ein türkeispezifisches Sonderphänomen und daher im politikwissenschaftlichen Zusammenhang umso einzigartiger und im Hinblick auf den Stellenwert des Landes in der internationalen Konstellation relevanter. Ein Versuch, die türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Hinblick auf die oben erwähnten Perspektiven zu

schildern und dabei die aktuellen Komponenten und Themen der türkischen Außenpolitik zu analysieren, soll der Beitrag dieser Arbeit sein.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich entsprechend der konstellationsanalytisch-synoptischen Herangehensweise und der Systematik der forschungsleitenden zentralen Fragestellungen in folgende Teile:

Im zweiten Kapitel werden die ausgewählten Determinanten der auswärtigen Politik der Türkei behandelt, die im Hinblick auf die außenpolitischen Orientierungen und bei den diese stark beeinflussenden außenpolitischen Entscheidungen von Bedeutung sind. Es ist eine wichtige zentrale Frage der Analyse in diesem Kapitel, welche exogenen Determinanten im Analysezeitraum die türkische Außenpolitik beeinflussten. Die gravierenden Veränderungen in der welt- und europapolitischen Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und deren Einfluss auf die türkische Außenpolitik und die außenpolitischen Anpassungsschwierigkeiten der Türkei werden hierbei thematisiert. Ein weiteres Thema der Untersuchung bilden in diesem Kapitel die ideologischen Beeinflussungs- und Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik als endogene Determinanten. Es ist für das Verstehen der türkischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts von Relevanz, zu zeigen, welche Ideologien als endogene Determinanten im außenpolitischen Kontext eine Rolle spielten. Seit Beginn der 90er Jahre wird in der Türkei die Tendenz beobachtet, dass die ideologischen Positionen der Entscheidungsträger latent aber zunehmend auch im Kontext der außenpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen. Es erscheint daher wichtig, die bedeutenden ideologischen Grundpositionen, die im Analysezeitraum die außenpolitischen Orientierungen relativ beeinflussten, darzustellen.

Die Thematik der Funktionsweise der außenpolitischen Gestaltung und des Entscheidungsprozesses nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ebenfalls eine der forschungsrelevanten Fragestellungen, die im dritten Kapitel der Dissertation thematisiert wird. Ebenfalls in diesem Kapitel wird untersucht, welche Parameter in welchem Maße eine Rolle bei der Gestaltung der türkischen Außenpolitik insbesondere im Hinblick auf die außenpolitischen Entscheidungen im Analysezeitraum spielten. Hierbei werden insbesondere die Zusammenhänge zwischen dem türkeispezifischen erweiterten Begriff der Sicherheit und der Außenpolitik sowie die Kompetenzen und Machtverhältnisse in der Konstellation von Regierung, Parlament, Staatspräsident und Militär im Gesamtkontext des außenpolitischen Entscheidungsprozesses thematisiert.

Die komplexe Thematik der Kontinuität der türkischen Außenpolitik am Beispiel der Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der türkischen Beitrittskandidatur, der türkischen EU-Integration und der türkischen Anpassung wird im vierten Kapitel der Arbeit behandelt. Dargestellt, erörtert und analysiert werden in diesem Kapitel vor allem die türkischen Interessenslagen und die Interessenslagen der Europäischen Union, die vertraglichen Grundlagen der Beziehungen, die Probleme sowie Fortschritte der Türkei-EU-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und die neuen Ausgangslagen des türkischen Kandidaten- und Beitrittsprozesses angesichts der neuen Rahmenbedingungen der Konstellationen in Europa, der Beitritt der Türkei zur Europäischen Zollunion als Ergebnis des langjährigen Assoziationsprozesses unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklungen und vor allem der Perzeptionen beider Seiten, der Interessenslagen sowie der vertraglichen Grundlagen. Auch die Perzeptionen der Entscheidungsträger, der Führungseliten sowie der Intellektuellen in der Europäischen Union bezüglich der Frage der Europazugehörigkeit der Türkei und der Frage, ob die Türkei der EU beitreten soll oder nicht, gehört zu den aktuellsten politischen und politikwissenschaftlichen Themen und ist somit ein Bestandteil der Analyse im vierten Kapitel. Ein weiteres aktuelles und forschungsrelevantes Thema ist die türkische EU-Kandidatur im Hinblick auf die Beitrittskriterien der Europäischen Union. Behandelt und thematisiert werden hierbei insbesondere die türkische Strategie zur Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen im Rahmen des von der türkischen Regierung erstellten Nationalprogramms und der von diesem Nationalprogramm vorgesehene und in Gang gesetzte aktuelle politische Reformprozess auf dem Weg zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. In der bewertenden Synopsis werden auch die möglichen künftigen Entwicklungstendenzen der türkischen EU-Integration behandelt.

Eine weitere komplexe Thematik der türkischen Außenpolitik bilden die Neuorientierungen, die die neuen Betätigungsfelder der auswärtigen Politik dieses Landes nach dem Zusammenbruch der benachbarten Sowjetunion beinhalten. Vor allem die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts möglich gewordene türkische Zentralasien- und Kaukasuspolitik gehört zu den außenpolitischen Neuorientierungen der Türkei, die im fünften Kapitel behandelt wird. Zu den forschungsrelevanten Themenbereichen gehören im Lichte der begrifflichen Definitionen und historischen Grundlagen die Zentralasienpolitik der Türkei, die Einflüsse der panturkistischen Eliten auf die Außenpolitik, die türkischen Interessen

und diesbezüglichen Perzeptionen, die politischen, kulturpolitischen und wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken, die regionale Konstellation der in Zentralasien und im Kaukasus aktiven Akteuren wie die Russische Föderation, der Iran, China sowie Indien und Pakistan und deren Einflüsse auf die Außenpolitik der Türkei in diesen Regionen. Ein weiteres relevantes, politikwissenschaftlich aktuelles und interessantes Thema, das im fünften Kapitel der Arbeit behandelt wird, ist die Energie- und Pipelinepolitik der Türkei im Kaukasus und ferner auch in Zentralasien. Auch die türkische Kaukasuspolitik bzw. die türkische Haltung im aserbaidzhanisch-armenischen Karabakhkonflikt gehört zur Analyse in diesem Kapitel. Ebenfalls erörtert werden in der Synopsis die möglichen künftigen Zukunftstendenzen der türkischen Regionalpolitik.

Die Arbeit schließt mit dem sechsten Kapitel, in dem die türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts als Ganzes anhand der Kontinuität und Neuorientierungen im Untersuchungszeitraum behandelt wird. Es wird hier der Versuch unternommen, die türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu bewerten und die langfristigen zukünftigen Entwicklungstendenzen herauszukristallisieren.

2. DETERMINANTEN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT

2.1. Exogene Determinanten der türkischen Außenpolitik

2.1.1. Vorgeschichte: Türkei in der weltpolitischen Konstellation bis zum Ende des Ost-West-Konflikts

Die republikanische Phase der türkischen Außenpolitik beginnt mit dem Zerfall des Osmanischen Reichs, welcher de facto nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags von Mondros mit den Alliierten im Jahr 1918 gleichzusetzen ist, denn die politischen Entwicklungen vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Ankündigung der Republik Türkei (1923) beeinflussen im bestmöglichen Maße die republikanische Phase der türkischen Außenpolitik. Die Hauptereignisse in diesem Zeitraum sind die Entmachtung der osmanischen Regierung in Istanbul aufgrund der Niederlage des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg und die daraus folgende Besetzung des osmanischen Staatsterritoriums durch Besatzungstruppen. Gleichzeitig mit diesem Ereignis entstanden Widerstandsbewegungen gegen die Besetzung – vor allem als eine Reaktion auf die griechische Besetzung – in unterschiedlichen Regionen der Türkei mit ersten Ansätzen einer Selbstorganisation. Zu dieser Zeit gelang es General Kemal (Atatürk)¹⁵, im Landesinneren die Widerstandsbewegung gegen die Besetzung zu organisieren und durch die Zentralisierung dieser Bewegung eine nationale De-facto-Gegenregierung zu bilden, die ihre Macht trotz der massiven Gegenmaßnahmen der osmanischen Regierung in der Reichshauptstadt Istanbul und der Besatzungsmächte ausdehnen konnte. Durch den Einfluss der Widerstandsbewegung verabschiedete das osmanische Parlament in Istanbul, dessen Mehrheit mit der Politik der osmanischen Regierung in der Nachkriegszeit nicht einverstanden war, im Januar 1920 die Proklamation des so genannten „Nationalpaktes“ (*Milli Misak*) in dem die territoriale Integrität der Gebiete des türkischen Staates innerhalb der im Waffenstillstandsvertrag von Mondros festgelegten Grenzen – mehr oder weniger das heutige Staatsterritorium der türkischen Republik – und die Aufhebung der ausländischen Kontrolle über die Politik

¹⁵ Für eine detaillierte Biographie über Mustafa Kemal Atatürk in deutscher Sprache siehe Rill, Bernd: Kemal Atatürk, Hamburg 1985

und Wirtschaft des Landes gefordert wurde. Der „Nationalpakt“ ist im Hinblick auf die Außenpolitik der Türkei deshalb von Relevanz, weil die türkische Außenpolitik während des Befreiungskrieges die Durchsetzung der Forderungen des „Nationalpakts“ als Hauptziel folgte. Als Reaktion auf die Proklamation des „Nationalpakts“ im osmanischen Parlament wurde auch die Reichshauptstadt Istanbul von den alliierten Truppen besetzt und demzufolge löste sich das osmanische Parlament auf. Dies ermöglichte der Befreiungsbewegung die Bildung eines neuen Parlaments in ihrem Einflussgebiet, nämlich im Landesinneren. Am 23. April 1920 wurde die Große Nationalversammlung der Türkei (Türkiye Büyük Millet Meclisi, TBMM) in Ankara gegründet und Mustafa Kemal wurde zum ersten Präsidenten des neuen Parlaments gewählt. Dadurch war de facto der neue türkische Staat gegründet. Die Große Nationalversammlung der Türkei in Ankara wurde das politische Entscheidungszentrum, in dem sich die Legislative, Exekutive und Judikative vereinigten.¹⁶ Im August 1920 unterzeichnete die osmanische Regierung trotz des massiven politischen Druckes des Parlamentes in Ankara den von den Alliierten durchgesetzten Friedensvertrag von Sevres, in dem vorgesehen war, dass das osmanische Reich fast seine sämtlichen Staatsgebiete und seine Souveränität verlieren sollte.¹⁷ Die TBMM in Ankara erkannte diesen Vertrag nicht an, weil die Bestimmungen des Vertrags mit den Forderungen des „Nationalpaktes“ unvereinbar waren und dadurch dem türkischen Volk jegliche Möglichkeit im Hinblick auf seine Souveränität und Staatlichkeit nahmen.

Nach dem militärischen Erfolg gegen die Besatzer – vor allem im Westen gegen Griechenland, aber auch im Osten gegen Armenien sowie gegen die Truppen der Großmächte Großbritannien und Frankreich in ihren Interessengebieten innerhalb des Landes – sowie der stufenweisen diplomatischen Anerkennung durch eine aktive Außenpolitik wurde der nationale Unabhängigkeitskrieg beendet und der Waffenstillstandsver-

¹⁶ Soysal, Mümtaz: *Anayasasının Anlamı*, İstanbul 1993, S.29f.

¹⁷ Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags von Sevres waren folgende: 1) Alle Herrschaftsgebiete des Reichs in Europa bis zur Stadtgrenze Istanbuls werden an Griechenland abgetreten. 2) Im Südosten des Landes wird ein autonomes Kurdistan geschaffen. 3) Die Ägäische Region wird Griechenland überlassen. 4) Das Osmanische Reich wird Armenien anerkennen und die ostanatolische Städte Erzurum, Trabzon, Van und Bitlis werden an Armenien abgetragen. 5) Südliche und einige mittlere Regionen werden von den französischen und italienischen Truppen besetzt bleiben. 6) Das Meerengebiet wird entmilitarisiert und von einer internationalen Kommission regiert. San, Adnan: *Die Stellung der Türkei im Rahmen der internationalen Verträge seit dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1963, S.9

trag von Mudanya unterzeichnet.¹⁸ Die Unterzeichnung eines endgültigen Friedensvertrags wurde jedoch erst nach fast acht Monate andauernden Verhandlungen in Lausanne am 24. Juli 1923 möglich.¹⁹ Mit dem Friedensvertrag von Lausanne wurden sämtliche Bestimmungen des Friedensvertrags von Sevres revidiert und die Souveränität und die Gleichberechtigung des neuen türkischen Staates zum größten Teil entsprechend dem Nationalpakt verwirklicht.²⁰

Der Zeitraum nach der Gründung der „Republik Türkei“ bis zum Zweiten Weltkrieg, der als vorläufige Friedensphase bezeichnet werden kann, entspricht der zweiten Phase der türkischen Außenpolitik, und wird als die Ära Atatürk bezeichnet. Die charakteristischen Grundzüge türkischer Außenpolitik in dieser Phase waren die Bewahrung der Unabhängigkeit, die Gleichstellung des Nationalstaates unter anderen und die Erhaltung des Status quo nach dem Lausanner Friedensvertrag.²¹ Die Gründe dieser Außenpolitik können wie folgt skizziert werden. Ausschlaggebend waren die innenpolitischen Faktoren für eine derartige Außenpolitik. Die Türkei benötigte aufgrund der innenpolitischen Lage eine in der türkischen Literatur als „nicht abenteuerlich“ bezeichnete Außenpolitik, deren Grundprinzip Atatürk selbst als „Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt“ definierte. Die junge Republik, die sich im Hinblick auf ihr außenpolitisches Verhalten von ihrem imperialen Vorgänger gründlich unterschied, musste als erstes ihr politisches System konsolidieren. Zweitens brauchte der neue türkische Nationalstaat eine friedliche Koexistenz mit seinen Nachbarn in seiner Region, um die gesellschaftlichen Reformen zur Modernisierung und Europäisierung des Landes durchführen zu können, welche die radikalsten Veränderungen der türkischen Gesellschaftsstruktur in ihrer Geschichte vorsahen.²² Die-

¹⁸ Für die Einzelheiten der Verhandlungen in Mudanya siehe Gönlübol, Mehmet: Olaylarla Türk Dış Politikası, Ankara 1993, S.44ff.

¹⁹ Bei den Friedensverhandlungen in Lausanne waren Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland beteiligt. vgl. hierzu Buhbe, Matthes: Türkei. Politik und Zeitgeschichte, Opladen 1996, S.34f.

²⁰ Für die Einzelheiten des Vertrags siehe San, Adnan: Die Stellung der Türkei im Rahmen der internationalen Verträge seit dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 1963, S.18

²¹ Grothusen, Klaus-Detlev: Die Politische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg. Außenpolitik, in: Ders. (Hg.), Südosteuropa-Handbuch IV. Türkei, Göttingen 1985, S.98

²² Für eine Zusammenfassung der kemalistischen Reformen in der deutschen Sprache siehe Sen, Faruk: Aktuelle Länderkunden. Türkei, München 1985, S.39-42 und Steinbach, Udo: Kranker Wächter am Bosphorus. Die Türkei als Riegel zwischen Ost und West, Würzburg 1979, S.22-26

se innenpolitischen Faktoren erforderten eine stabile, neutrale und den Status quo beizubehalten beabsichtigende Außenpolitik.

Die Türkei hatte jedoch trotz des Friedensvertrags von Lausanne Grenzstreitigkeiten mit Großbritannien im Falle Mossul in Irak und mit Frankreich im Falle Hatay, da diese Gebiete sich im britischen und französischen Mandat befanden. Mossul wurde vom Völkerbund dem neugegründeten Irak zugesprochen und die türkische Regierung musste diese Regelung anerkennen.²³ Der Hatay-Konflikt dauerte andererseits bis zum Tode Atatürks an und wurde schließlich nach einer Volksabstimmung mit der Vereinigung Hatays mit der Türkei gelöst.²⁴ Entsprechend ihrer außenpolitischen Interessen vermied die Türkei auch in diesen Konflikten außerdiplomatische Wege zu gehen sowie eine Aggressionspolitik (mit militärischen Machtprojektionen) zu verfolgen.

Eine weitere Besonderheit der Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg war die „Vertragspolitik“ der Türkei. In der unsicheren Atmosphäre der Weltpolitik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs beabsichtigte die Türkei, ihre territoriale Sicherheit durch Verträge mit ihren Nachbarn und den sonstigen sicherheitspolitisch relevanten Staaten im Kaukasus, im Mittleren Osten oder in Südosteuropa zu gewährleisten. Auch aufgrund der politischen Spannungen in Europa suchte die Türkei neue Verbündete, denn Deutschland unter der nationalsozialistischen Herrschaft und Italien unter faschistischer Diktatur führten eine aggressive und revisionistische Außenpolitik, die die Sicherheit vieler europäischer Länder bedrohte. In Anbetracht dieser „Vertragspolitik“ unterzeichnete die Türkei mit der Sowjetunion einen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt (Dezember 1925)²⁵, mit Griechenland zuerst den Bevölkerungsaustauschvertrag (Juni 1930)²⁶ und danach unter Teilnahme Jugoslawiens und Rumäniens die Balkan-Entente (Februar 1934)²⁷ sowie schließlich mit Irak, Iran und Afghanistan den Sadabad-Pakt (Juli 1937)²⁸. Ein weite-

²³ Grothusen, S.100

²⁴ Für die Einzelheiten siehe Gönlübol, S.126ff. und Armaoğlu, S.348ff.

²⁵ Für die Einzelheiten siehe Gürün, S.109ff.

²⁶ Für die Einzelheiten siehe Gürel, S.36ff.

²⁷ Fischer Weltgeschichte, Bd. 35, Frankfurt am Main 1983, S. 193. Für die Einzelheiten siehe Gönlübol, S.102f.

²⁸ Hierbei muss neben außenpolitischer Bedeutung des Paktes auch seine innenpolitische Dimension betont werden, die in türkischen Quellen nicht erwähnt wird. Pöschl und Grothusen betonen eine die Hinderung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden beabsichtigte Funktion des Sadabad-Paktes. Vgl. Grothusen, S.103f. und Pöschl, S.128. In außenpolitischer Hinsicht bedeutete jedoch der Pakt lediglich die Lösung der Grenzfragen zwischen den beteiligten Staaten und diente zur Er-

rer Zug der türkischen Außenpolitik in diesem Zeitraum war die Statusänderung des vom Friedensvertrag von Lausanne festgelegten Meerengenregimes (Juli 1936).²⁹ Dadurch erhielt die Türkei die volle Souveränität über die türkischen Meerengen und gleichzeitig das Recht der Militarisierung dieser Region, welche eine relevante strategische Bedeutung für die Türkei aber auch für die übrigen Länder der Schwarzmeerregion – insbesondere für die Sowjetunion – hatte.³⁰

Die kemalistische Außenpolitik dieser Zeitperiode kann folgendermaßen zusammengefasst werden: In der ersten Phase, d.h. vom Zerfall des Osmanischen Reichs bis zur Gründung der türkischen Republik, beabsichtigte sie die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu erlangen und konnte dies mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Lausanne verwirklichen.³¹ In der zweiten Phase, d.h. von der Gründung der Republik bis zum Tode des Staatsgründers Atatürk, versuchte sie den Status quo, also die territoriale Integrität der Republik und den türkischen Nationalstaat im Sinne der Bestimmungen der Vertragstexte von Lausanne zu schützen und unter allen Umständen einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Dies konnte die Türkei durch eine „Neutralitätspolitik der Ungebundenheit“ ermöglichen.

Im Zusammenhang mit den oben erwähnten außenpolitischen Interessen der Türkei gab es in der Außenpolitik während der Ära İnönü, der nach dem Tode Atatürks von der TBMM zum Republikpräsidenten gewählt wurde, einige Kursänderungen. Es war angesichts der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen nicht mehr möglich, den außenpolitischen Kurs der „Neutralitätspolitik der Ungebundenheit“ der Ära Atatürk fortzusetzen. Die daraus resultierende außenpolitische Isolation der Türkei während des Kriegs hätte infolge ihrer geopolitischen und strategischen Lage gefährliche sicherheitspolitische Risiken beinhaltet. Der erste konkrete Grund des außenpolitischen Kurswechsels der Türkei war der Einmarsch Italiens in die Balkanhalbinsel mit der Besetzung Albaniens. Dies bedeutete eine ernsthafte Bedrohung für die Türkei, da die Balkanhalbinsel von den türkischen Entscheidungsträgern als eine er-

schwerung der Einmischung anderer Mächte in die Regionspolitik. Vgl. Önder, Zehra: Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977, S.13

²⁹ Für die Einzelheiten siehe Howard, Harry N.: Turkey, The Straits and U.S. Policy, London 1974, S.147-160

³⁰ Für die Einzelheiten siehe Sander, Oral: Siyasi Tarih Bd.II, Ankara 1994, S.93; Gürün, S.148

³¹ Es ist zu betonen, dass die Lausanne-Ordnung noch heute den Ausgangspunkt der türkischen Außenpolitik -und teilweise auch der Innenpolitik- ausmacht.

klärte Sicherheitsregion betrachtet wurde. Infolge dessen orientierte sich die Türkei zu den antirevisionistischen Mächten und unterzeichnete kurz nach der Bekanntgabe der türkisch-britischen Deklaration einen Allianzvertrag mit Großbritannien und Frankreich (Oktober 1939). Mit diesem Vertrag konnte gewährleistet werden, dass die Türkei sicherheitspolitisch relativ abgesichert war und von ihren Vertragspartnern Finanz- und Militärhilfe erwarten konnte.³² Damit hatte die Türkei die „Neutralitätspolitik der Ungebundenheit“ der kemalistischen Ära beendet und ersetzte sie durch eine „vertragsgebundenen Neutralitätspolitik“. Dies ist im außenpolitischen Sinne der hauptsächliche Unterschied zwischen der Ära Atatürk und der Ära İnönü.

Während des Zweiten Weltkriegs gab es für die Türkei infolge der eskalierenden Kriegslage unterschiedliche Bedrohungen. Am Anfang des Kriegs unterzeichnete die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit Deutschland.³³ Diese neue Lage und die anschließende Forderung der Sowjetunion, die Meerengen gemeinsam mit der Türkei zu verteidigen, verhinderten einen eventuellen „Schwarzmeer-Pakt“ zwischen der Türkei und der Sowjetunion.³⁴ Für die Türkei war es das erste Signal einer ernsthaften sowjetischen Bedrohung.

Der italienische Angriff auf Griechenland und die folgende deutsche Besetzung der Balkanregion änderten trotz des anderen britischen Willens die „nicht-kriegsführende“ Haltung der türkischen „paktgebundenen Neutralitätspolitik“ nicht, da der Sicherheitsvertrag mit Frankreich und Großbritannien de facto seine Schutzfunktion für die Türkei bereits verloren hatte. Dieser politische Zustand in Südosteuropa, der außenpolitischen Entscheidungsträgern des Landes sicherheitspolitische Besorgnisse bereitete, hatte zur Folge, dass weitere außenpolitische Maßnahmen unternommen wurden. Die Besetzung des Balkans durch Deutschland änderte auch die sowjetische Türkeipolitik im Sinne der Verminderung der sowjetischen Bedrohung zugunsten der Türkei, weil sich zu dieser Zeit die deutsch-sowjetischen Beziehungen bereits verschlechtert hatten, und die Sowjetunion neue Verbündete suchte. In diesem Zusammenhang bestätigte die Sowjetunion erneut den türkisch-sowjetischen Neutralitäts- und Nichtangriffspakt (März 1941).³⁵ Kurz danach unterzeichnete die Türkei den türkisch-deutschen Nichtangriffs-

³² Pöschl, S.155

³³ Önder, S.19f.

³⁴ Gönlübol, S.141

³⁵ Armaoğlu, S.409

Für die Einzelheiten vgl. Önder, S.90ff.

pakt (Juni 1941), dessen Gründe in der enormen Bedrohung, die durch die deutschen Truppen unmittelbar vor der westlichen Grenze der Türkei im europäischen Teil der Türkei ausging, sowie, wie schon erwähnt wurde, im Wegfall der protektionistischen Abmachungen mit Großbritannien und Frankreich lagen.³⁶ Die Unterzeichnung dieses Vertrags könnte als ein Kurswechsel der türkischen außenpolitischen Haltung im Zweiten Weltkrieg interpretiert werden. Es muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass Großbritannien nicht mehr in der Lage war, der Türkei die in den Abkommen im Kriegsfall vorgesehene militärische Hilfe zu leisten. Zum anderen hatte der zweite Vertragspartner Frankreich bereits kapituliert. In diesem Zusammenhang sah die türkische Regierung keine andere Option, als mit Deutschland einen derartigen Vertrag zu unterzeichnen.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion verminderte sich das Gefahrenpotential, dem die Türkei von beiden Kriegsparteien ausgesetzt war. Obwohl Großbritannien und die Sowjetunion die territoriale Integrität der Türkei nach der Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Beistandspaktes garantierten,³⁷ hatten die türkischen Entscheidungsträger Bedenken in Bezug auf die sowjetische Bedrohung, da mit der Sowjetunion bereits negative Erfahrungen, wie zum Beispiel im Falle der türkischen Meerengen, die die sowjetische Führung aus strategischen Gründen unbedingt zu kontrollieren beabsichtigte, verbunden wurden.

Andererseits wurde die Türkei von deutscher Seite zur Kriegsbeteiligung genötigt, weil Deutschland über die Türkei eine neue Front im Nahen Osten und im Kaukasus eröffnen wollte und dadurch auch indirekt Kontrolle über die Meerengen, die von großer strategischer Wichtigkeit waren, zu erhalten und einen Vorteil gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen.³⁸ Zur Erreichung dieses Zieles betrieb Deutschland intensiv Propaganda durch die pro-faschistisch geprägten Panturkisten in der Türkei.³⁹ Obwohl die türkische Regierung zögerte, gründliche Maßnahmen gegen die panturkistischen Aktivitäten zu ergreifen, änderte sie ihre offizielle anti-panturkistische Haltung nicht.

Nachdem die Sowjetunion den deutschen Vormarsch in Stalingrad stoppen konnte, und dadurch die Alliierten eine vorteilhafte Position im Krieg erreichten, versuchten sie, die türkische Regierung erneut von ei-

³⁶ Önder, S.121

³⁷ *ibid.* S.157

³⁸ *ibid.* S.127 und Gönlübol, S.160

³⁹ Önder, S.127

Hierzu vgl. auch Weisband, S.237-256

ner Kriegsbeteiligung zu überzeugen, um dadurch in Südosteuropa gegen Deutschland eine Front eröffnen zu können.⁴⁰ Die türkischen Entscheidungsträger lehnten jedoch diese Forderung mit Verweis auf ihr mangelndes Kriegsmaterial ab⁴¹ und brachen stattdessen lediglich ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab (August 1944). Dies war aus türkischer Perzeption eine rationale außenpolitische Entscheidung, denn trotz der Überzeugung, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, hätte die Kriegsbeteiligung auch zu diesem Zeitpunkt schwere wirtschaftliche Schäden verursacht. Andererseits bestand nun die Gefahr für die Türkei, dass sie nach dem Krieg isoliert würde. Insbesondere hätte die Tatsache einer außenpolitischen Isolation am Kriegsende gegen sicherheitspolitische Interessen der Türkei verstoßen, falls die Sowjetunion die neue politische Ordnung der Nachkriegszeit diktieren würde.⁴² Die Türkei beabsichtigte nämlich, am Kriegsende im Hinblick auf die Territorien in der regionalen Konstellation den Status quo zu erhalten.

Kurz nach der formellen Kriegserklärung der Türkei an Deutschland⁴³ und der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen (UN) als Gründungsmitglied befand sich die Türkei bereits am Vorabend des Kalten Krieges. Diese Tatsache manifestierte sich in der Ankündigung der sowjetischen Führung, den türkisch-sowjetischen Neutralitäts- und Nichtangriffspakts nicht mehr zu verlängern.⁴⁴ Die Sowjetunion forderte darüber hinaus kurz danach eine Revision der türkisch-sowjetischen Grenze zugunsten der Sowjetunion und die Einrichtung von sowjetischen Militärstützpunkten an den türkischen Meerengen.⁴⁵ Insbesondere die türkischen Seewege und das Marmarameer, welche das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer verbinden, waren für die sowjetischen machtsicherheitspolitischen Interessen sowie im Hinblick auf die Realisierung ihrer von den sowjetischen Machteliten vorgesehenen regionalen Expansion in den Nachkriegsjahren von entscheidender Relevanz. Die Konkretisierung der sowjetischen Bedrohung als Folge ihrer Forderungen an die Türkei sowie die sowjetische Expansionspolitik in Osteuropa bewirkte, dass sich die Türkei und die USA annäherten. Es war den tür-

⁴⁰ Gönlübol, S.163f.

⁴¹ Für die Einzelheiten der Verhandlungen vgl. Pöschl, S.164ff.

⁴² Deringil, S.174

⁴³ Für die Einzelheiten siehe Weisband, S.302-309

⁴⁴ Gürün, S.276

⁴⁵ Tennstedt, Ernst: Die türkischen Meerengen im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1981, S.28f.

kischen Entscheidungsträgern klar, dass die Türkei militärisch nicht imstande war, die sich manifestierte sowjetische Bedrohung mit eigener Kraft abzuwehren und ihre Sicherheit selbständig zu gewährleisten. Deshalb entschieden die türkischen Entscheidungsträger, das Land sicherheitspolitisch und militärisch nach Westen zu orientieren. Die regionale Konstellation in der nordwestlichen Hemisphäre und der ideologische und machtpolitische Antagonismus der führenden Mächte, nämlich der USA und der Sowjetunion, ermöglichten der Türkei, neue Partner im sicherheitspolitischen Bereich zu finden, um durch ihre Unterstützung und Kooperation der Bedrohung seitens der expansionistischen Sowjetunion entgegenzutreten und somit ihre Souveränität sowie ihre territoriale Integrität zu schützen. Die USA trafen bereits zu dieser Zeit Vorbereitungen, um in der Nachkriegszeit eine globale und aktive Rolle in der Weltpolitik zu übernehmen, zumal sich der ideologische, weltanschauliche und machtpolitische Antagonismus zwischen den USA und der Sowjetunion nach der Teilung Europas verschärfte. In diesem Zusammenhang waren die außenpolitischen Interessen beider Supermächte entgegengesetzt.⁴⁶ Die USA betrachteten die Türkei zusammen mit Griechenland in dieser neuen weltpolitischen Lage als einen strategisch relevanten Faktor in Südosteuropa und im nordöstlichen Mittelmeer. Die beiden Länder waren die einzigen Staaten in Südosteuropa, die nicht unter sowjetischem Einfluss standen. Darüber hinaus war die geostrategische Lage der Türkei im Hinblick auf die Interessen der USA von höchster Relevanz. Denn für die Öffnung der sowjetischen Kriegs- und Handelsflotte zum Mittelmeer musste die Sowjetunion die türkischen Gewässer benutzen. Die Türkei verfügte also infolge der in ihrem Staatsterritorium befindlichen strategischen Seewege im Schwarzmeer, vor allem aber durch den Bosphorus, das Marmarameer und die Dardanellen über den Schlüssel für die Öffnung zu den warmen Meeren. Für die USA wäre daher eine sowjetische Orientierung der Türkei, wie im Falle der osteuropäischen Staaten, sicherlich eine beträchtliche Schwächung ihrer Sicherheitslage⁴⁷ und eine mögliche Einflussnahme der Sowjetunion in der Türkei verheerend für die Sicherheit des demokratisch-freiheitlichen Europas gewesen. Die Türkei erhielt in diesem Zusammenhang infolge ihres sicherheitspolitischen Stellenwertes in der Region wirtschaftliche Hil-

⁴⁶ Bağcı, Hüseyin: Die türkische Außenpolitik während der Regierungszeit Menderes von 1950 bis 1960, Bonn 1988, S.11f.

⁴⁷ Pöschl, S.298

fe im Rahmen der Truman-Doktrin (1947).⁴⁸ Dem folgte die Gründung eines amerikanisch-europäischen Verteidigungspaktes, der NATO,⁴⁹ was den Kalten Krieg schließlich auch sicherheitspolitisch konkretisierte. Die türkischen Entscheidungsträger versuchten, das Land in die NATO zu integrieren, und bemühten sich um die Ausdehnung des nordatlantischen Verteidigungspaktes auf die nordöstliche Mittelmeerregion.⁵⁰

Wie weiter oben erwähnt wurde, war das primäre Ziel der türkischen Außenpolitik zu Beginn des Kalten Krieges, sich aufgrund der sowjetischen Bedrohung dem westlichen Verteidigungspakt anzuschließen. Durch die nach der Einführung des Mehrparteiensystems durchgeführten Parlamentswahlen von 1950 an die Macht gekommene neue Regierung der *Demokrat Parti* (Demokratischen Partei, DP) von Menderes zögerte genauso wie ihr Vorgänger *Cumhuriyet Halk Partisi* (Republikanische Volkspartei, CHP) nicht, konkrete Maßnahmen für die Verwirklichung dieses Zieles zu ergreifen, wie zum Beispiel die Entscheidung über die Teilnahme der Türkei am Korea-Krieg. Nach der Verurteilung Nordkoreas als Aggressor durch die Vereinten Nationen (UN) entschied sich die DP-Regierung, als erster Staat nach den USA ein Truppenkontingent nach Korea zu entsenden.⁵¹ Es gab zwei wesentliche Gründe für diese außenpolitische Entscheidung. Einerseits wollten die türkischen Entscheidungsträger damit ihrem Wunsch nach Aufnahme in die NATO Nachdruck verleihen.⁵² Ferner hatten sie Besorgnisse über eine mögliche ähnliche kommunistische Aggression im Transkaukasus und/oder im Mittleren Osten als ein Bestandteil der sowjetischen Ausdehnungspolitik.⁵³ Die Teilnahme der Türkei am Koreakrieg verlieh türkischen Wunsch nach Beitritt in die NATO Nachdruck. Ab dem Jahre 1951 begannen die USA ihre anfangs zurückhaltende Haltung in der Frage einer Aufnahme der Türkei in die NATO zu lockern. Entscheidende Gründe dieser Veränderung waren die Tatsache, dass nach den USA auch die Sowjetunion ballistische Nuklearwaffen entwickelte, sowie die nach der Perzeption der US-amerikanischen Entscheidungsträgern nicht ausrei-

⁴⁸ Der Truman-Doktrin war ein Hilfeprogramm für die Türkei und für Griechenland, der für beide Länder einen Kredit von 400 Millionen US-Dollar sowie Ausbildungsstipendien in zivilen und militärischen Bereichen vorsah. vgl. Bağcı, S.17

⁴⁹ Für die Genesis siehe Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1995, unter „NATO“

⁵⁰ Bağcı, S.22ff.

⁵¹ *ibid.* S.37f.

⁵² Grothusen, S.113

⁵³ Sarıay, S.87

chend zu gewährleistende Sicherheit Europas ohne Integration der Türkei und Griechenlands ins westliche Verteidigungssystem. Im Februar 1952 wurde die Türkei zusammen mit Griechenland in die NATO aufgenommen. Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei bedeutete die Verfestigung des neuen außenpolitischen Kurses, welcher seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgt wurde. Somit wurde endgültig die „klassische“ republikanische Neutralitätspolitik – ob ungebunden oder paktgebunden – aufgegeben. Die Türkei übernahm eine aktive Rolle im Ost-West-Konflikt, wobei in diesem Zeitraum die westliche Orientierung die Grundlage der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei bildete.⁵⁴ Die Außenpolitik der Türkei wurde während des Ost-West-Konflikts, wie die auswärtige Politik anderer in der transatlantischen Verteidigung organisierter Staaten, von den sicherheitspolitischen Konzepten der NATO dominiert.

Die Türkei beschränkte ihre Beziehungen zum Westen und ganz spezifisch zu Westeuropa während des Ost-West-Konflikts nicht darauf, im sicherheitspolitischen Sinne ein Teil des Westens zu sein, sondern orientierte sich auch in den Bereichen der Außen- und Wirtschaftspolitik sowie der regionalen Integration nach Westeuropa. Als Gründerstaat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) beabsichtigten die türkischen Entscheidungsträger, an politischen und wirtschaftlichen Organisationen in Europa teilzunehmen. Als ein weiterer Schritt in diese Richtung trat die Türkei 1949 zusammen mit Griechenland dem Europarat bei.⁵⁵ Die bedeutendste außenpolitische Entscheidung war in diesem Zusammenhang freilich die Assoziation der Türkei mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahre 1963, wobei die türkische Seite von Anfang an die Vollmitgliedschaft anstrebte. Die türkischen Entscheidungsträger und die politischen Eliten des Landes konkretisierten durch diese fundamentale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik die in der Türkei vorherrschende Perzeption im Sinne europäisch-westlicher Identität. Aufgrund der internationalen Konstellation in Europa während des Ost-West-Konflikts wurde diese Perzeption der Türkei auch in den USA und den westeuropäischen Staaten eher begrüßt und akzeptiert. Die Integration in den Westen und die daraus resultierende intensive Beziehung der Türkei zu den USA und

⁵⁴ Halbach, Uwe: Die Türkei im Spannungsfeld zwischen „atlantischer“ und „regionaler“ Außen- und Sicherheitspolitik: Aktuelle Entwicklungen und sowjetische Kritik (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 43-1986), Köln 1986, S.8

⁵⁵ Fischer Weltgeschichte, S. 73f.

den westeuropäischen Staaten sowohl im politischen wie auch im sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereich von 1945 bis 1990 bekräftigten die Position des Landes in der Staatengemeinschaft Europas.

2.1.2. Globale Veränderungen in den internationalen Beziehungen und ihre Einflüsse auf die türkische Außenpolitik

Zu Beginn der 90er Jahre befand sich die Türkei in einer völlig neuen außenpolitischen Ausgangslage. Die bisher als Konstante im Hinblick auf die Formulierung des außenpolitischen Konzepts geltenden wesentlichen Rahmenbedingungen und Konditionen der Regional- und Weltpolitik sowie dementsprechend die politische Konstellation unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts verloren schlagartig ihre Aktualität und Gültigkeit. Die Türkei ist das Land, das aufgrund seiner geographischen und politischen Lage zwischen weltpolitisch wichtigen Regionen, nämlich Europa, dem Kaukasus, dem nordöstlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten, von der globalen politischen Konstellationsveränderung am meisten betroffen war. Aufgrund dieser exogenen Determinanten, d.h. der gravierenden Veränderung der außerstaatlichen Umwelt, waren die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten vom Beginn der 90er Jahre an mit der fundamentalen Problematik der Anpassung der türkischen Außenpolitik an die neuen Rahmenbedingungen und die neue regionale und globale Konstellation konfrontiert. In diesem Abschnitt ist beabsichtigt, insbesondere die Auswirkungen dieser exogenen Determinanten, nämlich des Phänomens der totalen Veränderung der globalen politischen Konstellation, auf das fundamentale türkische Außenpolitikkonzept zu zeigen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts waren manche Politikwissenschaftler der Meinung, dass die strategische Relevanz der Türkei erheblich abgenommen hätte.⁵⁶ Es lag dieser Überlegungen der Gedanke zu Grunde, dass nach der Auflösung des Warschauer Paktes und der Desintegration der Sowjetunion nun keine konkrete sicherheitspolitische Bedrohung mehr für Westeuropa zu erwarten war und deswegen entsprechend dieser Änderung die sicherheitspolitische und militärische Rolle der Türkei, die überwiegend die Beziehungen des Landes zu Europa bestimmte, deutlich abnehmen würde. Es entstand zu dieser Zeit

⁵⁶ Vgl. Kirişçi, Kemal: Uluslararası Sistemdeki Değişmeler ve Türk Dış Politikasının Yeni Yönelimleri, in: Sönmezoglu, Faruk (Hg.): Türk Dış Politikasının Analizi, İstanbul 1994, S. 393-417; S.393ff.

eine Unübersichtlichkeit und Unsicherheit in Bezug auf die türkische Außen- und Sicherheitspolitik. Die türkischen Entscheidungsträger nahmen infolge des sicherheitspolitischen Stellenwertverlustes des Landes eine neue Funktion des Landes in Europa wahr. Da die Türkei seit der Mitte der 80er Jahre ihre Marktwirtschaft rasant liberalisierte und nach dem Staatsstreich des Militärs im Jahre 1980 eine relative Neudemokratisierung verwirklicht werden konnte, sollte sie nach der Perzeption der türkischen politischen Eliten ein Beispiel für die sich zu Marktwirtschaft und Demokratisierung transformierenden ehemals sozialistischen osteuropäischen Staaten geben. Dadurch sollte die Türkei die entstandene Lücke in ihrer strategischen Funktion für Westeuropa schließen. Doch diese Perzeption erwies sich nicht als realistisch, weil die meisten osteuropäischen Staaten gegen Ende der 90er Jahre sowohl bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und Reformierung als auch im Hinblick auf ihren Demokratisierungsprozess die Türkei erreichten bzw. überholten. Im Bereich der sicherheitspolitischen Kooperation versuchten die türkischen Entscheidungsträger – wiederum in Betonung der sicherheitspolitischen Relevanz des Landes für den Westen –, während des Ersten Irakkrieges von 1991 eng mit den USA zu kooperieren und eine relevante aktivere Funktion in ihrer Allianz zu übernehmen. Diese Aktivitäten können als erste Anpassungsversuche der türkischen Außenpolitik an die neue entstandene internationale Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts betrachtet werden. Es entstand eine neue außenpolitische Reaktions- und Verhaltensweise der türkischen Entscheidungsträger in internationalen Krisensituationen und Konflikten in der unmittelbaren Umwelt des Landes. Die türkischen Machteliten fühlten sich verpflichtet, in Kooperationen und Konfliktsituationen eine neue sicherheitspolitische Rolle für die Türkei zu formulieren und diese auch bei ihren westlichen Verbündeten geltend zu machen. Die Motivation dieser Verhaltensänderung der türkischen Entscheidungsträger könnte durch ihre Besorgnis bezüglich einer möglichen Entfremdung des Landes vom westlichen Bündnis und der europäischen Staatenwelt erklärt werden. Ganz besonders der Wertverlust der Türkei in Europa könnte in der Perzeption der türkischen Machteliten dazu führen, dass das Land von der europäischen Integration distanziert werden könnte. Entsprechend diesen Wahrnehmungen wurde bereits seit dem Beginn der 90er Jahre ein aktiveres außenpolitisches Verhalten der Türkei beobachtet.

Der türkische Politikwissenschaftler Kirişçi stellt hierbei zweierlei Aktivitäten bezüglich einer aktiven Außenpolitik fest: Zum einen die Bemühungen um die Überzeugung der anderen Staaten von der Rele-

vanz eines außenpolitischen Themas bzw. einer außenpolitischen Grundposition der Türkei und zum anderen das Einbringen eines für die Türkei wichtigen neuen außenpolitischen Themas an die Tagesordnung der an der Konstellation beteiligten Staaten entsprechend ihren Interessen.⁵⁷ Die Türkei kann also ein für sie wichtiges außenpolitisches Thema in das Blickfeld der Einflussreicheren Akteure der Konstellation, die ähnliche Positionen vertreten, rücken und dadurch die Entscheidungen dieser Akteure entsprechend ihren außenpolitischen Interessen beeinflussen. Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion entstanden in der nahen Umwelt der Türkei zahlreiche ethnische und nationale Konflikte und Konfliktpotentiale, die auf die Region einen destabilisierenden Effekt hatten und somit auch die Sicherheit der Türkei direkt oder indirekt betrafen. Die türkischen Entscheidungsträger beabsichtigten, diese nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandene Instabilität in der unmittelbaren Nähe der Türkei, sei es in den postkommunistischen Balkanländern und postsowjetischen Kaukasusstaaten oder aber ferner auch in den nahöstlichen Nachbarn der Türkei zu regulieren und dazu beizutragen, eine stabile regionale Konstellation in ihrer nahen Umwelt zu gestalten. Gerade in diesem Teilbereich der türkischen Außenpolitik wurde in den 90er Jahren eine relative Aktivität nach dem oben thematisierten Verhaltens- und Strategiemuster beobachtet. Dies kann auch als präventive Außenpolitik bezeichnet werden, die dazu dienen sollte, die Entstehung und Eskalierung zwischenstaatlicher Konflikte sowie anderer potentieller Krisen durch eine internationale Zusammenarbeit vor- oder aber zumindest rechtzeitig einzudämmen. Ein Beispiel dieses Themenbereiches bildet der Konflikt zwischen den postsowjetischen Republiken Aserbaidschan und Armenien. Trotz des massiven Drucks der nationalistischen Demonstrationen gegen die armenische Aggression, kriegerische Expansion der Armenier im aserbaidshanischen Territorium sowie der Kritik der parlamentarischen Opposition in der TBMM wie auch entgegen der Position des Republikpräsidenten Özal, der härtere Maßnahmen gegen die Aggression Armeniens forderte, vermied die türkische Regierung die Eskalation des Konfliktes, indem sie entschied, keine einseitige militärische Machtprojektion in Erwägung zu ziehen und statt dessen eine friedliche Lösung durch eine aktive Außenpolitik und Diplomatie im Rahmen der internationalen Organisationen wie der OSZE und der UN zu suchen.

⁵⁷ Kirişçi, S.395.

Ein weiteres Ergebnis der Entwicklungen nach dem Ost-West-Konflikt war die Instabilität im Irak. Die Lage des Nordirak ist eine exogene Determinante des türkischen innen-, außen- und sicherheitspolitischen Verhaltens. Der mit nach dem Zweiten Irakkrieg und seinen Folgen verbundene Autoritätsverlust der irakischen Führung im nördlichen Territorium des Landes verursachte ein Machtvakuum in diesen Gebieten, das auch im Hinblick auf die Sicherheit der Türkei eine schwer abschätzbare ernstzunehmende Gefahr darstellte. Einerseits fand die ethnisch-separatistische Terrororganisation PKK im rechtlich desorganisierten und politisch instabilen Nordirak Zuflucht, was ihr gewalttätige terroristische Aktivitäten in der Türkei ermöglichte oder zumindest erleichterte, andererseits entstand seit der lokalen Entmachtung der irakischen Zentralführung in dieser Region trotz der Uneinigheiten und politischen Kämpfe der beiden hiesigen vorherrschenden Kurdenklans de facto ein kurdisches Staatswesen, das nach der Perzeption der türkischen Entscheidungsträger wegen der kurdischstämmigen Bevölkerung in den südöstlichen Regionen des Landes eine potentielle separatistische Bedrohung im Hinblick auf die territoriale Integrität der Türkei darstellt. Obwohl die PKK seit der Verhaftung ihres Führers Öcalan durch eine Operation des türkischen Geheimdienstes MIT in Nairobi im militärischen Sinne überwiegend unter Kontrolle gebracht wurde und die kurdischstämmigen Staatsbürger der Türkei seitdem als Ergebnis zahlreicher Reformen im Rahmen der EU-Annäherung relevante kulturelle Rechte zuerkannt bekommen haben, sehen die türkischen Entscheidungsträger das separatistische Potential im Lande noch konkreter, sollte ein Kurdenstaat im Norden des Irak gegründet wird. Auch nach dem Dritten Irakkrieg von 2003 ist keine konkrete Veränderung dieser Position der türkischen Entscheidungsträger erkennbar, obwohl in der türkischen Öffentlichkeit und in den Medien dieses Thema deutlich liberaler diskutiert wird und derzeit zahlreiche Intellektuelle und Eliten diese konservative politische Haltung der türkischen Regierung bezüglich der Entwicklungen im Nordirak aus verschiedenen Blickwinkeln kritisieren. Doch es wird in der Türkei überwiegend als ein Faktum akzeptiert, dass infolge der problematischen Lage im Nordirak seit dem Beginn der 90er Jahren die Ereignisse im Nordirak die Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei bis heute im negativen Sinne beeinflussten. Die türkischen Entscheidungsträger waren zum ersten Mal seit der Gründung der Republik mit der Problematik des ethnischen Separatismus konfrontiert. Dies könnte Einfluss auf ihre Perzeptionen bei der Lagebeurteilung im Hinblick auf die Sicherheit der Türkei gehabt haben, was sowohl innenpoli-

tische wie auch außenpolitische Reaktionen hervorriefen. In der Innenpolitik verzögerten in der nahen Vergangenheit die Entstehung des Machtvakuumms im Nordirak und die entsprechende Intensivierung der terroristischen Aktivitäten der PKK die demokratische Lösung des inner-türkischen Konfliktes im Südosten der Türkei durch eine Demokratisierung und Liberalisierung. Eine weitere Komponente der Problematik stellten die Aktivitäten der türkischen Sicherheitskräfte im Nordirak im erwähnten Zeitraum dar. Infolge der unbestrittenen Präsenz und Aktivität der PKK im Nordirak unternahm die türkische Armee bis Ende der 90er Jahren mehrere militärische Operationen auf irakischem Territorium. Als Folge solcher außenpolitischer Entscheidungen wurden die Beziehungen zur EU erheblich belastet und der Integrationsprozess der Türkei in die EU verlangsamt. Wie dieses Beispiel zeigt, hatte die innenpolitische Dimension des Phänomens, dessen Gründe wiederum nicht nur endogener, sondern auch exogener Natur sind, auch relevante außenpolitische Einflüsse. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erforderte das Phänomen Nordirak eine zusätzliche Sensibilisierung der politischen und ganz besonders der militärischen Eliten des Landes und legitimierte zum größten Teil die Rolle der türkischen Streitkräfte in diversen politischen Entscheidungen. Ferner verursachte der intensive Kampf des türkischen Militärs in den meist von Kurden bewohnten südöstlichen Gebieten des Landes eine gewisse administrative Autonomie und Entscheidungsfreiheit im Rahmen einer Sonderverwaltung und Sonderrechte (OHAL-Verwaltung), was im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit konkrete Probleme zur Folge hatte. Die Dominanz des Militärs zumindest in sicherheitspolitischen Fragen stellte insbesondere für die Europäische Union ein fundamentales Defizit in der Erfüllung der politischen Kriterien einer Integration der Türkei in die EU dar. Dieses Fallbeispiel zeigt, wie eng Gründe und Folgen des innen- und außenpolitischen Verhaltens voneinander abhängen.

Neben diesen die regionale Umwelt der Türkei destabilisierenden Faktoren und internationalen Konflikten gab es auch andere Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die als weitere exogene Determinanten der türkischen Außenpolitik erwähnt werden sollen. Ganz im Gegensatz zum internationalen System des Ost-West-Konflikts und dessen relativer Berechenbarkeit befand sich die Türkei inmitten einer Region kleiner, ihre Unabhängigkeiten neu erlangter, zum Teil instabiler Staaten. Die Titularnationen dieser neuen postsowjetischen Staaten verfügten über keine bzw. nur geringe Erfahrung an Eigenstaatlichkeit. Darüber hinaus verursachte die bislang verhinderte Nationwerdung so-

wie der Nationalismus in diesen postsowjetischen Staaten Nationalitätenkonflikte, aber auch, wie am Beispiel des Karabakh-Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien, auf Irredentismus und Ultrationalismus basierte bewaffnete Auseinandersetzungen. Die neue Unübersichtlichkeit nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems, in dem die Türkei ihre internationale Rolle erfüllte, bedeutete für das Land nicht nur eine relative Abnahme an sicherheitspolitischer Relevanz in den Augen ihrer europäischen Verbündeten sowie neue Instabilitäten – analog zum ethnischen Separatismus bzw. zum Mikronationalismus in der kurdischen Frage – in ihrer innerstaatlichen Umwelt, sondern auch neue Perspektiven, Potentiale, machtpolitische Spielräume und neue Betätigungsfelder für ihre Außenpolitik, welche während des Ost-West-Konflikts im realpolitischen Sinne nicht vorhanden waren. In dieser neuen Umwelt mit kleineren neuen Staaten anstelle der Supermacht Sowjetunion, die eine lange gemeinsame Grenze zur Türkei hatte, eröffneten sich für die Türkei neue Möglichkeiten für ihre Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Einige Potentiale, die während des Ost-West-Konflikts von den Analytikern nicht einmal im Rahmen der unwahrscheinlichsten Zukunftsszenarien berücksichtigt wurden, gewannen nach der Auflösung der Sowjetunion eine konkrete Realitätsbasis. So wurden Faktoren wie ethnische, sprachliche, religiöse, historische und kulturelle Gemeinsamkeiten mit den in den neuen postsowjetischen bzw. postkommunistischen Staaten lebenden Völkern in der nahen bis ferneren Umwelt der Türkei – auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien – als außenpolitische Beweggründe in das neue Außenpolitikkonzept des Landes aufgenommen. Die Türkei war durch diese exogenen Veränderungen mit ihrem militärischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Potential, wie in ihrer vorrepublikanischen Geschichte, in der Lage, zu einer bedeutenden regionalen Macht in so genannten „historischen Regionen“ zu werden.

Auch im Sinne der politischen Kultur und der Selbstwahrnehmung der politischen Eliten, aber auch der Intelligenzija des Landes, brachte das Ende des Ost-West-Konflikts Veränderungen in der Türkei hervor. Vor allem mussten sich die politischen Entscheidungsträger mit einer konkreten philosophischen Identitätsthematik beschäftigen, die während des Ost-West-Konflikts nicht auf der Tagesordnung des Landes stand. Unter Berücksichtigung der Beziehungen der Türkei zum europäischen Integrationsprozess und der neu entstandenen außenpolitischen Optionen in den oben erwähnten benachbarten Regionen des Landes mussten die Türken, mehr als alle anderen Nationen in Europa, die Frage beant-

worten, wer sie waren, sind und sein wollen. Wie die nicht leicht klassifizierbare geographische Lage der Türkei zwischen Europa und Asien, zwischen dem Balkan, dem Kaukasus, dem Nahen Osten und dem nordöstlichen Mittelmeer, tragen auch die Türken gleichzeitig unterschiedliche identitätsstiftende Komponenten in sich, die nicht unbedingt nur einem Kulturkreis zugeordnet werden können. Vorab soll es genügen, lediglich auf diese Frage der Identität hinzuweisen, die sich erst in den späten 90er Jahren konkretisierte, sich im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Perzeptionen der türkischen Entscheidungsträger ebenfalls als ein wichtiger Bestandteil der Gestaltung der Außenpolitik bezeichnen lässt, daher zum Untersuchungsbereich dieser Arbeit gehört und später detaillierter behandelt wird.

2.2. Ideologien als endogene Determinanten der Außenpolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts

Es ist im Hinblick auf die Analyse der Außenpolitik von entscheidender Bedeutung mit zu berücksichtigen, dass die Problemstrukturen und Kausalitätsgefüge einer außenpolitischen Konstellation von den Entscheidungsträgern der daran beteiligten Aktionseinheiten zumeist unterschiedlich begriffen und bewertet werden.⁵⁸ In diesem Zusammenhang ist das dynamische Wechselwirkungsverhältnis, das zwischen der Realität soziopolitischer Gegebenheiten und den interpretierenden Sicht- und Verhaltensweisen der Entscheidungsträger besteht,⁵⁹ von großer Relevanz. Die Perzeptionen bzw. Wahrnehmungen, die von den Daseinslagen ihrer Gegenwart, von der rückblickenden Deutung historischer Entwicklungen – aus denen die Entstehung der Gegenwart kausal erklärbar wird – und von der prognostischen Vision denkbarer Formen politischer Weiterentwicklungen in der Zukunft beeinflusst werden,⁶⁰ formieren eine von den politischen Entscheidungsträgern subjektiv und somit nur bedingt wirklichkeitsentsprechend⁶¹ interpretierte Realität.

Die Ideologien bewirken bei den Ideologieadressaten wertorientiertes Verhalten und beinhalten politische Zielsetzungen, die von den Leitideen der Wertpostulate der Ideologien abgeleitet werden. Diese abgeleiteten wertbezogenen Leitideen fungieren auch als Legitimierungsgrund-

⁵⁸ Vgl. Kindermann, S. 125ff.

⁵⁹ Ibid. S. 145.

⁶⁰ Ibid. S. 145.

⁶¹ Ibid. S. 152.

lage der politischen Zielsetzungen, implizieren gleichzeitig polarisierte Freund-Feind-Schemata, konstruieren weltanschauliche Orientierungssysteme und vermitteln hinsichtlich der Vergangenheit eine bestimmte historische Perspektive, hinsichtlich der Gegenwart einen bestimmten Standort und hinsichtlich der Zukunft bestimmte Ziele und Hoffnungen.⁶² Die Subjektivität der Perzeptionen der außenpolitischen Entscheidungsträger und Eliten werden unter anderem auch von den ideologisch fundierten Wertpostulaten beeinflusst. Um das außenpolitische Verhalten eines Landes verstehen zu können, müssen deshalb auch die ideologischen Determinanten der Entscheidungen der Macht- und Entscheidungsträger mitberücksichtigt werden. Dies erfordert die zusammenfassende Darstellung der ideologischen Hauptströmungen des außenpolitisch analysierten Landes.

Entsprechend dem Verständnis der synoptischen Analyse wird die Ideologie im Sinne ihrer außenpolitischen und politischen Funktionen verwendet. Darüber hinaus wird nicht nur ein Ideologiebegriff instrumentalisiert, sondern auch im funktionalen Sinne verschiedene Ideologietypen differenziert. Unter dem Begriff der Ideologie versteht Häckel „ein System von Denkweisen und Wertvorstellungen, die einer bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Interessenlage zugeordnet sind“.⁶³ Nach Kindermann beinhalten Ideologien folgende Hauptmerkmale: Wertpostulate, die bei Ideologieadressaten wertorientiertes Verhalten bewirken sollen; politische Zielsetzungen, die von den Leitideen der Wertpostulate abgeleitet werden; einen bestimmten mobilisierenden Einfluss auf die Anhänger und Sympathisanten, um bestimmte Werte und Ziele zu realisieren; eine den Führungsanspruch legitimierende Grundlage bzw. eine Rechtfertigung; eine die faktischen Machtstrukturen, realen Herrschaftsprozesse sowie realen und potentiellen Interessen verschleiernde Funktion; einen gewissen reaktionären Charakter gegenüber einem Anderen bzw. einem Gegner; ein weltanschauliches Orientierungssystem.⁶⁴ Er klassifiziert zunächst zwei Grundtypen von Ideologien, nämlich *offene Ideologien* und *geschlossene* bzw. *organisierte Ideologien*, wobei erstere nicht an einzelne, sie formulierende sowie interpretierende und sie mit Exklusivitätsanspruch gleichsam verwaltende Trägerorganisationen gebunden sind, während die *organisierten Ideologien* mit der

⁶² Ibid. S. 152f.

⁶³ Häckel, Erwin: Ideologie und Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1995, S. 143-150; S. 143, Unter: Ideologie und Außenpolitik.

⁶⁴ Kindermann, S. 152-153.

konkreten Autorität sie tragender Organisationen oder sonstiger Führungsinstanzen zusammenhängen.⁶⁵ Hinzu kommen *partielle Ideologien*, die sich lediglich auf bestimmte Teilaspekte der soziopolitischen Daseinsführung beziehen; *systemhafte Ideologien*, die mehrere ideologische Teilbereiche, beispielsweise historische, kulturelle, wirtschaftliche etc., zu einem zusammenhängenden Ideologiesystem verbinden; sowie *totale Ideologien*, welche Komponenten wie Aktivierung, Führung und Disziplinierung einer Massenbewegung unter elitistischen Parteidiktaturen, eine Umfunktionierung und Instrumentalisierung verschiedener Lebensbereiche durch die Parteidiktatur, den Anspruch auf ein Wahrheits-, Lenkungs-, Informations- und Politikmonopol, das Ziel der Schaffung eines „neuen Menschen-, Staats- und Gesellschaftstyps“ sowie eines neuen soziopolitischen Wertesystems, eine Tendenz zur Bekämpfung und Liquidierung politischer Gegner und ein gewisses Maß von Terror insbesondere während der Kampfzeit und Gründungsperiode beinhalten.⁶⁶

Bis heute wurde den ideologischen Determinanten bei den Analysen der Außenpolitik der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Doch gerade nach dem in den internationalen Beziehungen und in der regionaler Konstellation stattgefundenen Veränderungen, an welchen die Türkei ebenfalls beteiligt ist, zeigten sich die ideologischen Mitbestimmungsfaktoren bei den relevanten außenpolitischen Entscheidungsprozessen zunehmend impulsgebend. Darüber hinaus spielen die unten behandelten Ideologien bei den Perzeptionen der außenpolitischen Eliten der Türkei eine durchaus wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang erscheint es auch angebracht, dieses Thema in der Gesamtanalyse zu berücksichtigen, um die türkische Sicht bei den Daseinslagen in der neuen Umwelt nach dem Ost-West-Konflikt und einige außenpolitische Positionen der Türkei im Sinne der außenpolitischen Anpassung darzustellen. Es werden in den folgenden Ausführungen drei Ideologien behandelt, die insbesondere nach dem Ost-West-Konflikt die außenpolitischen Entscheidungsträger des Landes und somit das außenpolitische Verhalten der Türkei auf offene und/oder latente Weise beeinflusst haben. Diese sind der Kemalismus, der Islamismus und der Nationalismus bzw. Turkismus/Panturkismus.

⁶⁵ Kindermann, S. 154.

⁶⁶ Ibid. S. 154-155.

2.2.1. Kemalismus

In der Politikwissenschaft gibt es keine einhellige Meinung darüber, wie man die Ideen über Staatsform, Politik, Zivilisationskonzept, Religion etc. des Staatsgründers Kemal Atatürks bezeichnen soll. Doch wenn man die neuere und neueste Geschichte des Landes betrachtet, stellt man in fast allen gesellschaftlichen Bereichen fest, dass der Einfluss Atatürks und seiner Ideologie des Kemalismus unübersehbar ist. Allerdings gibt es bis heute wissenschaftlichen Erklärungs- und Aufklärungsbedarf bei der Problematik, was der Kemalismus ist und vor allem, was er nicht ist. Mit der vorliegenden Darstellung wird beabsichtigt, diese Fragen im Kontext der Außenpolitik zu behandeln. Kann überhaupt von einem Kemalismus als Ideologie, als Weltverständnis bzw. Weltanschauung oder als Staatsdoktrin sowie als ein Modell die Rede sein? Im Lichte der oben zusammenfassend dargestellten theoretischen Leitgedanken und Begriffe wird nun zunächst versucht, den Kemalismus zu interpretieren.

Das Wertpostulat des Kemalismus kann im Grunde durch die sechs kemalistischen Prinzipien – auf Türkisch *Kemalizm İlkeleri* – zusammengefasst werden, die auf dem Parteitag der Republikanischen Volkspartei (CHP) im Jahre 1931 verabschiedet wurden. Diese Prinzipien sind *Nationalismus*, *Säkularismus*, *Republikanismus*, *Populismus*, *Revolutionalismus* und *Etatismus*. Der Nationalismus und der Säkularismus bilden noch heute das Fundament des Kemalismus und fordern einen säkularen Nationalstaat. Der Republikanismus bestimmt als Staatsform die Republik, die als Volksherrschaft im Sinne einer Demokratie verstanden wird. Der Populismus relativiert die gesellschaftlichen Differenzen der Individuen, beispielsweise soziale Klassen, Schichten, Rangordnungen etc. und fordert Volksbewusstsein und Volksverbundenheit. Der Revolutionismus verweist auf die Kontinuität der modernisierenden, europäisierenden Reformen der republikanischen Ära, relativiert den Kemalismus unter Hinweis auf zeitgeschichtliche Voraussetzungen und ermöglicht eine permanente Revision der kemalistischen Ideologie entsprechend dem herrschenden Zeitgeist. Das letzte kemalistische Prinzip Etatismus fasst die Ziele wie Industrialisierung und Binnenmarktentwicklung durch die Unterstützung sowie Eigeninitiative des Staates für das öffentliche Interesse zusammen.

Abgeleitet von diesem zusammengefassten Wertpostulat beabsichtigten Kemal Atatürk und die kemalistischen Kader in der Gründungsphase der Republik, den neu gegründeten türkischen Nationalstaat zu etablieren, die in der Gesellschaft fest verankerte gesellschaftliche islami-

sche Identität *Umma* – eine im islamischen Sinne religiös definierte Glaubensgemeinschaft aller Muslime der Welt ohne Berücksichtigung ethnischer Herkunft der Gläubigen – durch eine nationale, *türkische* Identität zu ersetzen, die neue Staatsform Republik als Alternative zu ihrem absolutistischen Vorgänger, dem Osmanischen Reich, mit allen dazugehörigen westlich-demokratischen und zeitgenössischen Organisationsstrukturen und gesetzlichen Fundamenten durchzusetzen und auszustatten.

Man kann nicht behaupten, dass der Kemalismus eine aktionsorientierte Ideologie ist. Die kemalistischen Kader brauchten während des Befreiungskrieges zwar machtbildende Unterstützung, Einsatz und Opferbereitschaft zugunsten ihrer Werte und Ziele und mobilisierten die Organisationen, die sie vertraten. Man muss aber auch hinzufügen, dass es während dieser Zeit keine Ideologie des Kemalismus gab, sondern anfangs lediglich landesweite *Organisationen für die Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumelis*, die gegen die Okkupation des Landes durch die fremden Truppen Widerstand leisteten und den grundlegenden Wert des Kemalismus, nämlich die absolute Unabhängigkeit des Landes, zum Ziel der Bewegung machten. Als Ergebnis einiger Kongresse der Widerstandsbewegung wurde ein Exekutivkomitee gebildet und Mustafa Kemal zu seinem Vorsitzenden gewählt. Später wurde diese Zielsetzung in den Kongressen von Erzurum und Sivas durch die Annahme des *Milli Misak* (Nationalpakts) konkretisiert, in dem beschlossen wurde, dass 1) die mehrheitlich von den Muslimen bewohnten Gebiete Anatoliens ein unteilbares Ganzes bilden, 2) in den von Russland besetzten Provinzen und 3) in den mehrheitlich arabischen Provinzen Volksabstimmungen durchgeführt werden, 4) Sicherheit und Souveränität für die Reichshauptstadt Istanbul, den Bosphorus und die türkischen Meerengen gewährleistet werden und die türkischen Meerengen nur für Handelsschiffe offen sein sollen, 5) Minderheitenrechte akzeptiert werden, soweit sie allgemeinen westlichen Normen entsprechen und vertraglich mit dem Ausland (Entente) festgelegt werden, und 6) die finanzielle, wirtschaftliche und rechtliche Unabhängigkeit ohne Kapitulationen, d.h. ohne Privilegien für ausländische Personen und Institutionen erreicht werden soll.⁶⁷ Auf der Grundlage dieses Nationalpaktes wurden die Massen für den Widerstand gegen die fremden Besatzungsmächte mobilisiert, die anfangs unorganisiert und dezentralistisch, später aber insbesondere nach der Gründung des Parlaments, der Großen Nationalversammlung,

⁶⁷ Vgl. Buhbe, Matthes: Türkei. Politik und Zeitgeschichte, Opladen 1996, S. 30f.

am 23. April 1920, welche Legislative, Judikative und Exekutive in sich vereinigte und de facto als neue türkische Regierung fungierte, zentralistisch waren und sich unter einer Armee vereinigten. Mustafa Kemal wurde zum Vorsitzenden der Großen Nationalversammlung (TBMM) gewählt. Obwohl Historiker und Politikwissenschaftler die erste Versammlung der Großen Nationalversammlung als de facto Gründung des neuen türkischen Staates bezeichnen, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede von einer kemalistischen Ideologie sein. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass die Machtergreifung der kemalistischen Kader bzw. die Kontrolle und Regierung von Mustafa Kemal zuerst als Vorsitzender des Exekutivkomitees, später des die drei Gewalten in sich vereinigenden Parlaments und letztlich seine Ernennung als Oberkommandeur der türkischen Streitkräfte durch die Große Nationalversammlung sowie die Kontinuität dieser Aufgabe während des ganzen Befreiungskrieges erst durch die Vereinigung und Mobilisierung der Massen für die oberste Zielsetzung der Unabhängigkeit zustande gekommen ist. Die türkische Politikwissenschaftlerin Kili weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Kemalismus aus der Rettung des Landes, d.h. im nationalen Befreiungskrieg entstanden sei.⁶⁸

Aufgrund seines Erfolges der diplomatischen und militärischen Führung als Politiker und Offizier gelang es Kemal Atatürk und seinen Anhängern, die Idee einer türkischen Republik in Form eines unitären Nationalstaates bei der Großen Nationalversammlung in Ankara durchzusetzen. Kemal Atatürk wurde von der Großen Nationalversammlung zum ersten Präsidenten der Republik Türkei gewählt und konnte auch danach seine führende Machtposition aufrechterhalten.

Die wichtigsten Leitideen des Kemalismus waren die Gewährleistung der Unabhängigkeit des Landes, die Gründung eines türkischen Nationalstaates, die Etablierung der Republik als Staatsform der neuen Türkei, die Modernisierung der Gesellschaft, um das Niveau der einzigen „zivilisierten Welt“ zu erreichen, die – entsprechend der Tradition der reformistischen Jungtürken – die westliche bzw. europäische Zivilisation war. Losgelöst von der Verwirklichung dieser Leitideen sahen die Kemalisten keine Überlebenschance für die Türkei und das türkische Volk.

Wie die meisten Ideologien beinhaltet auch der Kemalismus ein polarisierendes Freund-Feind-Schema und war auf Kritik, Widerlegung

⁶⁸ Kili, Suna: Atatürk Devrimi. Bir Çağdaşlaşma Modeli, Ankara 1981, S. 211 u. S. 215.

und Bekämpfung gegnerischer Werte, Zielsetzungen und Aktionsträger ausgerichtet. Im Falle des Kemalismus handelte es sich hierbei vor allem um innenpolitische Machtkämpfe. Das wichtigste Freund-Feind-Schema betraf die alte und neue Staatsform, also den Absolutismus des imperialen Osmanischen Reichs und die gegen dieses alte System gerichtete demokratisierende Republik Türkei. Das Osmanische Reich wurde von den kemalistischen Kadern als unterentwickelt und unmodern betrachtet und daher insgesamt verurteilt. Das politische System des Osmanischen Reichs wurde auch für die Misere des türkischen Volkes am Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts verantwortlich gemacht. Sogar in der kemalistischen offiziellen Geschichtsschreibung wurde die osmanische Vergangenheit – im Hinblick auf Lebensweise, Kultur, Rechtssystem, Institutionen etc. – sowie deren Einfluss auf die republikanische Gesellschaft und deren Hinterlassenschaft für die neue Republik weitgehend ignoriert. Es wurde mit den kemalistischen Reformen beabsichtigt, die *veralteten* und *unbrauchbaren* osmanischen Institutionen durch neue, *zeitgenössische* moderne Institutionen einer Demokratie zu ersetzen. Dies betraf nicht nur die gesellschaftlichen Bereiche wie Politik, Rechtssystem oder Wirtschaft, sondern auch kulturelle Bereiche. Der Kemalismus sah eine gesellschaftliche Transformation in Richtung der Verwestlichung bzw. Europäisierung vor, die von der Kleidung bis zum System der Zeitmessung fast keinen Gesellschaftsbereich unberührt ließ. Auch die weithin vorherrschende oberste Identität des Volkes, nämlich die der islamischen *Umma* bzw. auf Türkisch *Ümmet*, wurde durch eine nationale türkische Identität ersetzt.⁶⁹

Der Kemalismus konstruierte ein weltanschauliches Orientierungssystem im Kindermannschen Sinne. Er entwickelte ein lineares und eurozentristisches Geschichtssystem, in dem die europäische Zivilisation das bisher von der Menschheit erreichte höchste zivilisatorische und kulturelle Niveau darstellte und daher mit ihren sämtlichen Komponenten ein von allen „weniger entwickelten“ Gesellschaften zu befolgendes Ziel sei. Diese Betrachtung europäischer Zivilisation und Kultur kann bis zu den ersten osmanischen Reformen in begrenzten Bereichen – meistens im Militär- und Bildungsbereich – sowie insbesondere den Ideen der osmanischen Jungtürkenbewegung, zu der auch die meisten frühkemalistischen politischen und kulturellen Eliten des Landes gehörten, zu-

⁶⁹ Es wäre jedoch ein Fehler, anzunehmen, dass bei dieser Veränderung, die die oberste Identität des Volkes betrifft, lediglich durch den von oben geleiteten Eingriff des Kemalismus eine Rolle gespielt hat. Vgl. Abschnitt 2.2.3. Turkismus und Panturkismus in dieser Arbeit.

rückverfolgt werden. Doch Kemal Atatürk bezeichnete dieses Ziel nicht als europäisch, sondern *zeitgenössisch*. Er ging also nicht von einer zivilisatorischen Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Kulturen – insbesondere zwischen den muslimischen und christlichen Kulturkreisen – aus, sondern von einem Begriff der Zivilisation und Kultur, die als das gemeinsame Erbe der Menschheit zu verstehen sind. Ganz im Gegenteil haben die kemalistischen Führungseliten und Intellektuellen sich selbst und die Türkei als ein Teil der europäischen Geschichte wahrgenommen. Dadurch wurden die Modernisierungs- und Europäisierungsreformen der kemalistischen Herrschaft unter Kemal Atatürk und der Republikanischen Volkspartei nicht nur legitimiert, sondern auch die Selbstperzeption der politischen und kulturellen Eliten des Landes zum Ausdruck gebracht.

Entsprechend der Ideologieklassifikation Kindermanns ist der Kemalismus eine *organisierte Ideologie*, weil er an die konkrete Autorität ihn tragender Institution, nämlich der alleinherrschenden *Cumhuriyet Halk Partisi* (Republikanische Volkspartei, CHP) sowie, noch wichtiger, die charismatische Führung Atatürks gebunden war. Der Kemalismus kann auch als eine *systemhafte Ideologie* bezeichnet werden, da er historische (kemalistische Geschichtsschreibung), kulturelle (kulturelle Säkularisierung und frühere Etappen der osmanisch-türkischen Geschichte bestätigende Fortsetzung der Europäisierung), wirtschaftliche (Betonung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und das Unternehmen der Gestaltung einer staatlich geförderten Industrialisierung im Geist des kemalistischen Etatismusprinzips) sowie innen- und außenpolitische (im innenpolitischen Sinne die Gründung der Republik und die gesellschaftlichen und politischen Reformen in Richtung Europäisierung, im außenpolitischen Sinne der Verzicht auf Irredentismus und Imperialismus) Teilbereiche zu einem zusammenhängenden Ideologiesystem verbindet.

Kindermann weist darauf hin, dass eine bedeutsame Sonderform der organisierten und zugleich auch systemhaften Ideologien die so genannten *totalen Ideologien* bilden.⁷⁰ Unter bestimmten Aspekten könnte der Kemalismus auch als eine totale Ideologie bezeichnet werden. In gewissem Maße diente der Kemalismus anfangs der elitären Einpartei-führung der Republikanischen Volkspartei, deren Vorsitzender der Präsident Kemal Atatürk war. Ganz besonders die grundlegende Zielsetzung des Kemalismus, die Schaffung eines *neuen Menschen-, Staats- und Gesellschaftstyps* sowie eines entsprechenden neuen Systems soziopoliti-

⁷⁰ Kindermann, S. 154.

scher Werte entsprechen dem Idealtypus der *totalen Ideologien*. Gleichfalls entsprechend dem Grundmuster dieses Typus von Ideologien war und ist der Kemalismus auf die Bekämpfung der so genannten *objektiven Gegner* gerichtet, die je nach Zeitgeist die Staatsform und Reformergebnisse in Frage stellende politische Mächte des Islamismus, ethnischer Separatismus oder ferner der Kommunismus waren.

Wenn zur eingangs dieses Abschnitts gestellten Frage zurückgekehrt wird, nämlich ob der Kemalismus eine Ideologie ist, kann der Kemalismus im Sinne Kindermanns als eine Ideologie bezeichnet werden. Doch muss diese Feststellung zugleich relativiert werden, denn es bestehen auch wesentliche Unterschiede zwischen dem Kemalismus – der weder eine allzu detaillierte theoretische Basis noch ein festes Programm besitzt, sondern sich eher in der politischen Praxis und entsprechend dem Zeitgeist durch die Gründung eines neuen Staates sowie durch die realisierten politischen und gesellschaftlichen Reformen als ein Rahmen manifestiert – und den universellen Ideologien, beispielsweise dem Sozialismus. Der Kemalismus verfügt über kein klar definiertes politisches Universum mit einem eigenen universellen Wertsystem in unterschiedlichen Politikbereichen und anderen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, sondern ist eher eine systematische landesspezifische Antwort auf die landesspezifischen Probleme in einem bestimmten zeitlichen Prozess. Er ist also eher ein politischer Grundrahmen, das Skelett der politischen Ordnung der Türkei. Daher ist er je nach dem Zeitgeist interpretierbar, was sowohl als seine Stärke als auch als seine Schwäche bezeichnet werden könnte. Anstatt alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft zu beantworten, räumte der Kemalismus einen gewissen Revisionsspielraum für seine eigene Zukunft in Bezug auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme ein, die während der Etablierungsphase des neu gegründeten Staates nicht vorhergesehen werden konnten. Das fünfte kemalistische Prinzip des Revolutionismus ermöglichte also einen Reformprozess *in Permanenz*.⁷¹

Es ist vielleicht genau dieses Prinzip, das innerhalb der kemalistischen Ideologie einen Evolutionsprozess in Gang setzte und sie von einer *organisierten Ideologie* zu einer *offenen Ideologie*, oder genauer gesagt zu verschiedenen Interpretationen des Kemalismus, transformierte. Vor allem die Reform des politischen Systems der Türkei gegen Ende der 40er Jahren durch die Annahme des Mehrparteiensystems und die im

⁷¹ Buhbe, S. 47.

Jahre 1950 stattgefundenen Parlamentswahlen waren für diese ideologische Transformation im Kemalismus von entscheidender Relevanz, denn erst dadurch wurde das politische und administrative Monopol der kemalistischen CHP beendet und das Fundament der pluralistischen demokratischen Grundordnung in der Türkei gelegt. Die politischen Eliten der neu entstandenen Parteienlandschaft kamen aus den Reihen der ehemals einzigen politischen Partei des Landes, nämlich der CHP. Bis 1945 gehörte beispielsweise die Führungsspitze der wichtigsten neu gegründeten politischen Partei des Landes, nämlich der Demokratischen Partei (DP), zur CHP. Celal Bayar, der nun als Republikpräsident zur Führungsspitze der DP gehörte, war sogar zwischen 1937-1939 der Ministerpräsident unter der absoluten Herrschaft der Republikanischen Volkspartei. Die DP trat die politische Bühne zwar als Opposition gegen die CHP, betrachtete sich aber nicht als eine ideologische Alternative zum Kemalismus. Buhbe weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Führung der DP zunehmend auf persönlicher Basis Opposition gegen die CHP leistete, da die ideologischen Differenzen entweder quer durch die beiden politischen Bewegungen oder überhaupt nicht bestanden.⁷² Der US-Amerikanische Sozialwissenschaftler Ahmad stellt fest, dass kaum ideologische Unterschiede zwischen der CHP und der DP vorhanden sind:

He [Celal Bayar] agreed that there were no ideological differences and that both parties [gemeint hier die CHP und die DP] were committed to the programme of developing a modern and prosperous Turkey. ... The difference between the two parties was not over goals but over the methods for achieving them. ... Thus Kemalizm, which many Republicans viewed as a dogma, was seen by them [Democrats] as a flexible ideology to be interpreted in the light of circumstances.⁷³

Die Liberalisierung des politischen Systems und die Entstehung der neuen politischen Bewegungen entbanden also den Kemalismus von seiner tragenden Organisation, der CHP, und beendeten dadurch die Ausübung der zentralen ideologischen Lenkungsrolle sowie das ideologische Monopol der CHP und machten den Kemalismus zu einer *offenen*

⁷² Ibid. S. 63.

⁷³ Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, London & New York 1993, S. 109.

Ideologie. Gleichzeitig übernahm der Kemalismus in diesem Evolutionsprozess aufgrund dieser grundlegenden Transformation den Charakter einer *partiellen Ideologie*, da verschiedene politische Mächte – beispielsweise die Parteien oder das Militär – sich für verschiedene Teilaspekte des Kemalismus eigneten. Es gab nun keine elitistischen Parteidiktatur oder gar ein einstimmiges Wahrheits- und Lenkungsmonopol mehr, und aufgrund dessen war der Kemalismus als offene Ideologie viel revisionsfähiger.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Transformation dem Kemalismus zugleich auch einen pluralisierenden und relativierenden Impuls gegeben hat. Es erscheint nicht völlig unangebracht zu sagen, dass genauso viele Kemalisten existieren wie politische Bewegungen in der türkischen Parteienlandschaft. Es gibt außer marginalen und extremistischen Bewegungen kaum eine Partei in der Türkei, welche den Kemalismus völlig ablehnt. In diesem Zusammenhang übernimmt der Kemalismus als Ideologie für die diversen politischen Bewegungen in der Türkei eine legitimierende Funktion. Gleichzeitig differenziert sich die politische Begrifflichkeit, die diese Ideologie betrifft, je nach der politischen Bewegung, was ihren heutigen pluralistischen Charakter unterstreicht. Während die Mitte-Links-Bewegungen wie die Demokratische Linkspartei (DSP) von Ecevit oder die heutige sozialdemokratische Republikanische Volkspartei (CHP) von Baykal den Begriff des Kemalismus bevorzugen, verwendet die rechte Parteienlandschaft überwiegend den Begriff *Atatürkçülük* (Atatürkismus). Sogar die islamistischen Bewegungen, z.B. die AKP von Erdoğan, welche einige fundamentale Prinzipien wie zum Beispiel das Prinzip des Säkularismus relativierend interpretieren, positionieren sich nicht gegen den Kemalismus, sondern versuchen, ihn aus der ideologischen Perspektive ihrer eigenen politischen Bewegung zu interpretieren, und zwar nicht nur wegen der legitimierenden Funktion der kemalistischen Ideologie im Staatsapparat, sondern auch aufgrund seiner Etablierung in der türkischen Gesellschaft.

Das Außenpolitikkonzept des Kemalismus ist ganz besonders dem Revisionsspielraum, der durch das Prinzip des Revolutionismus entsteht, unterworfen. Denn Außenpolitik ist ein Politikbereich, der am meisten durch exogene Faktoren beeinflusst wird. Es wäre sinnlos, aus ideologisch festgelegten unveränderbaren außenpolitischen Grundverhaltensmustern eines Staates auszugehen, da die Außenpolitik ein Interaktionsprozess mehrerer Staaten und Völkerrechtssubjekte ist, also einen Prozess des Agierens und Reagierens voraussetzt. Es ist zwar möglich, von einem Grundprinzip der republikanischen Außenpolitik zu spre-

chen, das den Status quo gemäß dem Friedensvertrag von Lausanne und den Frieden selbst zu bewahren zum primären außenpolitischen Ziel macht, wie Atatürk selbst es als „Frieden in der Heimat, Frieden in der Welt“ formulierte. Doch wie lange ein solch idealistisches Konzept der Realpolitik entspricht und über die rhetorische Bedeutung hinausgeht, ist äußerst fraglich. Übrigens entsprach dieses Konzept im Zeitraum zwischen 1923-1938, also von der Gründung der Republik bis zum Tode des Staatsgründers, den realen Bedingungen der damaligen regionalen Konstellation und den weltpolitischen Rahmenbedingungen. Erst in den späteren Perioden verlor dieses Konzept Atatürks zunehmend seine Bedeutung. Was den Frieden als außenpolitisches Konzept angeht, so ist es zweifelsohne als ein humanes außenpolitisches Ziel bzw. eher als ein Idealzustand zu betrachten, eine friedliche Ordnung zu schaffen und sie zu bewahren sowie Konflikte nicht durch militärische Gewalt, sondern mittels Diplomatie und im Rahmen des Völkerrechts zu lösen. Doch selbst die türkische Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeigt uns, dass dieses außenpolitische Grundprinzip des Kemalismus, das in zahlreichen Quellen und Publikationen entsprechend der offiziellen Geschichtsschreibung als Kern der kemalistischen Außenpolitik zitiert wird, meistens nicht über den rhetorischen Rahmen hinausgeht. Konkrete Fallbeispiele wie die Rolle der Türkei in der NATO, die Zypernoperation von 1974, der Zweite Irakkrieg sowie grenzüberschreitende militärische Operationen der türkischen Sicherheitskräfte im Nordirak im Rahmen der Terrorismusbekämpfung verdeutlichen, dass zumindest aus dieser Perspektive die außenpolitischen Entscheidungen nicht durch die kemalistische Ideologie bestimmt werden.

Dennoch ist es möglich, in der Grundfrage der außenpolitischen Orientierung den Kemalismus als Wegweiser zu betrachten. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die besondere Rolle der Ideologien bei der Konstruktion der weltanschaulichen Orientierungssysteme hinzuweisen. Ideologische Elemente können Kindermann zufolge außenpolitisches Verhalten auch durch ihr Wirken im realen Weltverständnis und in den Perzeptionsstrukturen von Entscheidungsträgern steuern.⁷⁴ Die Machteliten, die den außenpolitischen Entscheidungsprozess mitbestimmen, können auch als Produkte eines bestimmten Wertesystems betrachtet werden. Im konkreten Fall der türkischen Machteliten muss der veränderte Menschen- und Gesellschaftstypus der republikanischen Türkei insbesondere im Hinblick auf die Weltanschauung mitberücksichtigt

⁷⁴ Kindermann, S. 161.

werden. Es handelt sich hierbei um einen Menschentypus, der sich selbst als Türke im Gegensatz zum Muslim, als Individuum im Gegensatz zu einer muslimischen Glaubensgemeinschaft, als ein Westler bzw. Europäer im Gegensatz zu einem Orientalen wahrnimmt. Diese Grundperzeptionen sind nicht nur von den oberen Schichten der Bevölkerung verinnerlicht, sondern von der großen Mehrheit der türkischen Gesellschaft ungeachtet des sozialen Rangs, des Status oder der Klasse. Insbesondere aber die Führungseliten in den großen zentral-rechten und zentral-linken Parteien entsprechen – trotz einiger Nuancen weniger relevanter Natur – diesem kemalistischen republikanischen Elitentypus. Diese Selbstperzeption der türkischen politischen Entscheidungseliten beeinflusst auch ihre außenpolitische Interessen- und Willensbildung sowie Zielbestimmung und vor allem die *selektiv-subjektive*⁷⁵ Bestandsaufnahme der politischen Wirklichkeit, die im Grunde bei allen außenpolitischen Entscheidungen von dominierender Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang beeinflusst die kemalistische Weltanschauung konkret den außenpolitischen Entscheidungsprozess. Insbesondere bei der grundlegenden Frage der außenpolitischen Orientierung des Landes nach dem Ost-West-Konflikt spielt die Selbstperzeption der außenpolitischen Machteliten sowie deren subjektive Bestandsaufnahme der außenpolitischen Gegebenheiten eine bestimmende Rolle. Es handelt sich hierbei um das politische Umweltbild und dessen Wahrnehmung der Machteliten sowie um die möglichen außenpolitischen Handlungsalternativen entsprechend einer subjektiv bewerteten „Wahrheit“.

Die türkischen Machteliten nehmen ihr Land in objektiver Weise als einen Teil unterschiedlicher Weltregionen wahr. In der Tat befindet sich die Türkei zwischen wichtigen Weltregionen, nämlich Europa, dem Mittleren Osten, dem Kaukasus und dem nordöstlichen Mittelmeer. Darüber hinaus gehört die anatolische Halbinsel auch im geographischen Sinne zu diesen Regionen. Die Machteliten nehmen jedoch ihr Land mehr als ein Teil von Europa und ihre eigene Identität eher als europäisch wahr. Dies hat natürlich verschiedene Gründe: Zum einen ist Europa – in diesem Kontext sollte Europa nicht als ein Ganzes mit übereinstimmenden Interessen, sondern eher als Gemeinschaft von Staaten mit variierenden Interessen verstanden werden – seit Jahrhunderten das wichtigste politische, wirtschaftliche und militärische Zentrum in der Region der Türkei, mit dem das Land kontinuierliche, teils friedliche, teils konkurrierende

⁷⁵ Schellhorn, Kai M.: Wie entstehen außenpolitische Entscheidungen?, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 180-194; S. 186.

konfliktbeladene politische Beziehungen unterhielt. Zum zweiten ist die politische Kultur des Landes seit Jahrhunderten in Kontakt mit der europäischen Politikultur. Die politischen Eliten des Osmanischen Imperiums reformierten das Militär, das Bildungssystem, das politische System sowie die Rechtsordnung ihres Landes zuerst aus rein rationalen und funktionalen Gründen, nämlich um die Konkurrenzfähigkeit des Osmanischen Imperiums aufrechtzuerhalten, entsprechend den europäischen Strukturen. Später, nach dem Zerfall des Imperiums, konzipierten und realisierten die politischen Machteliten der republikanischen Türkei westliche Institutionen und führten eine politische und gesellschaftliche Transformation im Sinne der Modernisierung bzw. der Europäisierung durch, um die Beständigkeit des neuen türkischen Staates in seiner überwiegend europäisch dominierten Umwelt zu gewährleisten. Man orientierte sich also nach Europa, um anfangs insbesondere gegen europäische Dominanz und Überlegenheit Widerstand leisten zu können, denn europäische Mächte repräsentierten schließlich die zeitgenössische Zivilisation und Kultur, die fähig war, die Welt zu beherrschen. Sie erwies sich nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs auch als überlegener. Doch der Befreiungskrieg ist nicht unbedingt als eine antieuropäische Bewegung zu interpretieren. Er soll auch nicht im Sinne eines antikolonialen Befreiungskrieges verstanden werden, da das Osmanische Reich ein europäischer Akteur in der Weltpolitik war und keineswegs eine Kolonie der europäischen Mächte. Der nationale Unabhängigkeitskrieg war ein Kampf gegen die Besetzung des Landes durch die Sieger und deren Allianzpartner des Ersten Weltkrieges, den das Osmanische Reich gemeinsam mit seinen Verbündeten verloren hatte. Der türkische Unabhängigkeitskrieg beabsichtigte unter anderem auch die Gründung eines dem europäischen Modell entsprechenden Nationalstaates.⁷⁶ Der türkische Historiker Sander weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es in der Türkei, anders als anderen muslimischen Völkern, keine starke antiwestliche Bewegung gegeben hat, weil die türkische Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit abgesehen von einer relativ kurzen, zwei Jahre andauernden Unterbrechung während der Besatzung immer fortbestanden habe und der türkische Nationalismus von den fremden (europäischen) Mächten nicht unterdrückt worden sei. Er fügt hinzu, dass die als antagonistisch und kontinuierlich empfundene Konkurrenz und Polarisierung zwischen Islam und Christentum nun durch die Gründung der türkischen Republik bzw. die Entstehung des türkischen Nationalstaates

⁷⁶ Sander, S. 90.

möglicherweise zum ersten Mal in der Geschichte durch eine *organische Harmonie* ersetzt worden sei, welche die Türkei bisher in der europäischen Staatengemeinschaft beibehalten habe und in ihrem Ergebnis die kontinuierliche republikanische Außenpolitik der Westorientierung bestimmte.⁷⁷ Sander verwendet in diesem Kontext den Begriff der *verwestlichten Nation*, die strukturelle Ähnlichkeiten mit europäischen Ländern aufzeige und eine harmonische Lebensweise mit diesen Ländern entwickelt habe.⁷⁸ Diese Darstellung stimmt auch weitgehend mit der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung überein. Es wäre, ausgehend von diesen leitenden Gedanken, nicht unangebracht anzunehmen, dass die türkischen Entscheidungsträger die außenpolitische Umwelt der Türkei im Sinne dieser Selbstperzeptionen wahrnehmen und dadurch eine *selektiv-subjektive* Bestandsaufnahme der politischen Wirklichkeit machen. Ausgehend von dieser Annahme könnte die kontinuierliche West- bzw. Europaorientierung der türkischen Außenpolitik unter anderem auch als eine an Kemalismus bzw. kemalistische Weltanschauung sowie kemalistisch wahrgenommene selektiv-subjektive politische Wahrheit sich anlehrende, also ideologisch bestimmte Grundorientierung der türkischen Außenpolitik interpretiert werden. In diesem Zusammenhang soll die außenpolitische Europaorientierung der Türkei nicht nur mit den sicherheitspolitischen Bedürfnissen der Türken begründet werden. Denn diese Orientierung beinhaltet nicht nur militärische und sicherheitspolitische Komponenten der Außenpolitik, sondern auch den Willen zum Souveränitätsverzicht in vitalen politischen Bereichen wie der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und der Volkswirtschaft.

2.2.2. Islamismus

Die islamische Religion ist ein relevanter Bestandteil – und eine der Referenzquellen – der heutigen türkischen Kultur, der fast alle Gesellschaftsbereiche, auch die Politik, beeinflussen kann. Sie symbolisiert und legitimiert in gewissem Maße den Traditionalismus und Konservatismus in der heutigen türkischen Gesellschaft. Seit den 90er Jahren wird ein wachsender Einfluss der islamistischen Parteien und Politiker in der Türkei beobachtet. Aufgrund der Tatsache, dass die Islamisten seit den

⁷⁷ Vgl. Ibid. S. 88-91.

⁷⁸ Ibid. S. 91.

90er Jahren entsprechend der Demokratisierung der türkischen Innenpolitik sich als Koalitionspartner in türkischen Regierungen sowie allein regierungstauglich im politischen System des Landes bewährt haben, wuchs ihr außenpolitisches Gewicht in der Türkei. Es ist daher von großem Interesse, ihre Perzeptionen, Selbstwahrnehmungen sowie ihre Weltanschauung näher zu betrachten.

Vorab muss darauf hingewiesen werden, dass in diesem Abschnitt mit dem Begriff des Islamismus eher Islamismen gemeint sind.⁷⁹ Denn der türkische Islamismus ist – anders als im islamistisch regierten Theokratien wie der Iran oder in zahlreichen arabischen Staaten, vor allem aber auf der arabischen Halbinsel – nicht an einzelne, ihn formulierende, interpretierende und mit Exklusivitätsanspruch gleichsam verwaltende Trägerorganisationen verbunden. Darüber hinaus tendiert lediglich eine marginale Gruppe in dieser politischen Bewegung dazu, die demokratische Grundordnung des Landes durch eine an die islamischen Gesetze angelehnte politische System (Scharia) zu ersetzen. Daher gibt es im politischen Islamismus in der laizistischen Türkei zahllose verschiedenartige, differenzierte und vor allem miteinander konkurrierende Strömungen, ohne dass dabei eine einheitliche politische Organisation besteht, die eine zentrale Lenkungsfunktion übernimmt. Anders als im Christentum, in dem es für die großen Konfessionen zentrale Trägerorganisationen – z.B. Katholische Kirche – gibt, fehlt im Islam eine geistige Schicht sowie eine kirchenähnliche Dachorganisation verschiedener Glaubensgemeinschaften. Der Islam ist in diesem Sinne weitgehend individualistisch orientiert. Dennoch kann der Islamismus nicht als eine rein partielle Ideologie bezeichnet werden, weil der fundamentalistisch interpretierte und ausgelegte Islam als eine Religion sich nicht nur auf bestimmte Teilaspekte der soziopolitischen Daseinsführung bezieht, sondern vor allem in diesem Zusammenhang einen totalen Anspruch – auch in der Sphäre des Politischen – darstellt. Doch es gibt durchaus gewisse politische Themen der Islamisten, die als Teilaspekt auf die Tagesordnung gebracht werden. Das Kopftuchverbot in der Türkei für die Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst, für die Studentinnen an den Universitäten sowie Schülerinnen kann als ein konkretes Beispiel in diesem Zusammenhang gelten. Der Islamismus im politischen Sinne kann also im Hinblick auf bestimmte Aspekte gewisse partiell-ideologische Ziele verfolgen. Infolge der durch die religiöse Überzeugung bekräftig-

⁷⁹ Auch Antes weist darauf hin, dass die Muslime nicht als ein einheitlicher Block wahrgenommen werden sollten. Für die Einzelheiten Vgl. Antes, Peter: Der Islam als politischer Faktor, Bonn 1997, S. 92f.

ten Massenbewegungsform sowie der Fähigkeit der maximalen Instrumentalisierung fast aller sozialen Bereiche und Aktivitäten beinhaltet der Islamismus auch gewisse Komponenten einer totalen Ideologie. Da dem politischen Islamismus jedoch das Machtmonopol gänzlich fehlt und aufgrund des offenen ideologischen Charakters zahllose Bewegungen mit verschiedenen Prioritäten und Zielen nebeneinander existieren, kann der Islamismus nicht als eine totale Ideologie bezeichnet werden. Es ist global gesehen auch nicht zu erwarten, dass ein total-ideologischer Zustand im Islamismus zustande gebracht werden kann, obwohl einige islamistische Bewegungen dieses Ziel – einschließlich durch Terror wie im Fall der Al-Qaida von Bin Laden – verfolgen. Der Islamismus wird weiterhin als eine offene Ideologie mit zahlreichen Interpretationen und Auslegungen existieren. Insbesondere innerhalb der offenen türkischen Gesellschaft herrscht auch in der islamistischen Bewegung ein weitgehender Pluralismus im Hinblick auf die Mannigfaltigkeit der Formen islamistischer Ideologien.

Der Islamismus in der Türkei soll als eine reaktionäre Ideologie oder Weltanschauung betrachtet werden. In der türkischen Geschichte entstand er bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts während der osmanischen Reformperiode als eine Reaktion gegen die Konkurrenzunfähigkeit des Osmanischen Reichs mit anderen europäischen Mächten. Die islamistische Bewegung begründete den relativen Rückstand des Reichs damit, dass die religiösen Regeln nicht gänzlich angewendet wurden.⁸⁰ Die modernisierenden Reformen im Osmanischen Imperium wurden von dieser Bewegung energisch kritisiert und die Modernisten beschuldigt, durch die Trennung des Sakralen und des Weltlichen die islamische Zivilisation und Kultur mit all ihren Institutionen, Gesetzen und Werten beschädigt zu haben.⁸¹

Es gibt in der heutigen Türkei zwei Dimensionen des Islamismus: die gesellschaftliche Reislamisierung und den politischen Islamismus. Die gesellschaftliche Reislamisierung rückt die religiösen Traditionen in Vordergrund und fordert ein orthodox-muslimisches Leben. Sie ist ein soziologisches Phänomen. Obwohl die gesellschaftliche Reislamisierung und der politische Islamismus gewisse Berührungspunkte haben, gehört die Analyse der gesellschaftlichen Reislamisierung nicht zum Untersuchungsbereich der vorliegenden Arbeit. Dennoch sollen hier einige Indikatoren erwähnt werden. Der politische Islamismus soll in diesem Zu-

⁸⁰ Kili, S. 70.

⁸¹ Berkes, S. 71f.

sammenhang im Lichte der türkischen Aufklärung und Rationalisierung im Sinne Webers neu bewertet und analysiert werden. Tatsächlich stellt man fest, dass heute die junge Generation der Islamisten zunehmend studiert, qualifizierte Berufe ergreift und eine intellektuell-konservative Schicht mit Reislamisierungstendenz bildet, die zwar eine orthodoxe Lebensweise der Muslimen – Einhaltung der islamischen Traditionen im Alltagsleben – fordert, doch gleichzeitig sich von zahlreichen säkularistischen Phänomenen – z.B. Gleichstellung der Frau im Berufsleben, Parallele im Konsumverhalten mit anderen Bevölkerungsteilen etc. – nicht abwenden kann und somit eine türkische Interpretation des Islamismus hervorbringt.

Der türkische Historiker Berkes bezeichnet den Islamismus – und er meint in diesem Kontext den politischen Islamismus – als das Gegenteil der Verwestlichung bzw. Europäisierung.⁸² Diese Einsicht, die dem Gedankenbild der frührepublikanischen Epochen der Türkei entspricht, schließt eine Demokratisierung und Systemanpassung der islamistischen Bewegung aus. In der Tat nahm der Islamismus sich selbst als ein Gegenpol der Europäisierung wahr und brachte diese historisch bedingte fundamentale Wahrnehmung in Form seines reaktionären Charakters oft in Ausdruck. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die türkischen Islamisten Europa mit all seinen politischen, wissenschaftlich-technologischen oder kulturellen Eigenschaften ablehnten. Wie die anderen politischen Bewegungen in der Türkei, befanden sich die türkischen Islamisten in einem kontinuierlichen Interaktionsprozess mit Europa. Dies brachte eine gewisse Evolution der islamistischen Ideologien hervor. Die reformistische und im außenpolitischen Sinne pro-europäische AKP von Erdoğan gilt in diesem Zusammenhang als ein konkretes Beispiel. Es wäre daher nicht falsch anzunehmen, dass die Islamisten in der Türkei – abgesehen von marginalen radikalen Gruppierungen – generell nicht mehr als das Gegenteil der Europäisierung bezeichnet werden können.

Ein radikaler Teil der Islamisten in der Türkei, die jedoch, wie oben erwähnt, eine marginale Minderheit auch in der islamistisch-konservativen Szene des Landes bilden, geht von einer fundamentalen, ursprünglichen und reinen islamischen Ordnung wie in der Frühzeit der islamischen Religion als der idealen gesellschaftlichen und politischen Ordnung aus.⁸³ Diese wichtige ideologische Grundlage ist entstehungsbedingt nicht nur etwas türkeispezifisches, sondern vor allem in anderen

⁸² Ibid. S. 71.

⁸³ Ibid. S. 72f.

islamischen Ländern ohne säkulare gesellschaftliche und politische Ordnung sogar intensiver als in der Türkei zu beobachten, d.h. sie ist implizit – obwohl relativiert – im universellen Islamismus. So weist Meier diesbezüglich auf einen Rekurs auf den Islam der so genannten *idealen Frühzeit* hin, wonach die „historischen Entartungen“ im Islam im Sinne eines Idealbildes nach den Kriterien der heiligen Schrift *Koran* und nach *Sunna*, dem vorbildlichen Leben des Propheten Mohammed, als die überlieferten unmittelbaren Quellen korrigiert werden.⁸⁴ In diesem Zusammenhang bedeuten der Islamismus bzw. genauer ausgedrückt die Islamismen eine Reaktion auf die Moderne und deren Beeinflussung der islamischen Gesellschaften.

Die türkischen Islamismen unterscheiden sich jedoch historisch bedingt von den islamistischen Bewegungen in der restlichen islamischen Welt. Die Islamismen in den meisten anderen muslimischen Ländern implizieren, wie bereits angedeutet, einen gewissen antikolonialen Charakter. Die „hegemonialen Einflüsse von außen kolonialistischer bzw. neokolonialistischer Art“⁸⁵ spielten bei der Formulierung der islamistischen Ideologien in der restlichen muslimischen Welt eine entscheidende Rolle. Der arabische Raum verfügte seit der kolonialen Machtexpansion des Osmanischen Imperiums jahrhundertlang über keine Möglichkeit, eine Eigenstaatlichkeit zu entwickeln. Er wurde als Ergebnis der Gebietsverluste des Osmanischen Reichs nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten aufgeteilt und die kolonialen Staaten Großbritannien und Frankreich bildeten durch das völkerrechtliche Instrument der Mandatherrschaft Interessengebiete. Die Türkei wurde jedoch anderes als z.B. die arabischen Ländern nicht kolonialisiert und es entwickelten sich daher keine generellen anti-westlichen Tendenzen in der türkischen Gesellschaft.⁸⁶ Darüber hinaus hängen in der arabischen Welt die Begriffe der Nation und der ethisch-religiösen Gemeinschaft der islamischen Umma eng zusammen. Die arabische Identität hat eine gewisse religiöse Dimension, welche die arabische Sprache und arabische Kultur impliziert.⁸⁷ Meier weist in diesem Kontext darauf hin, dass der Islamismus sich in seinen Anfängen zeitgleich mit dem arabischen Nationalismus entwickelte.⁸⁸ In der Türkei wurde jedoch die in der spätosmanischen Zeit begonnene Modernisierungs- und Reformpolitik durch die Etablie-

⁸⁴ Meier, S. 74.

⁸⁵ Ibid. S. 74.

⁸⁶ Sander, S. 88-89.

⁸⁷ Ibid. S. 79-80.

⁸⁸ Meier, S. 73.

rung der Republik mit der Abschaffung der osmanischen Dynastie (1922) sowie des Kalifats (1924) im Sinne der Systemtransformation durch die Große Nationalversammlung vollendet und der mit der osmanischen Staatsidee verbundene islamische Universalismus auf der Grundlage der muslimischen multiethnischen Glaubensgemeinschaft Umma (Ümme) durch einen Nationalstaat nach modernem europäischem Muster ersetzt.⁸⁹ Es ist relevant, darauf hinzuweisen, dass es sich bei diesen Reformen um die politischen Entscheidungen der türkischen Führungseliten handelte. Entsprechend dieser politischen und gesellschaftlichen Entwicklung fanden auch unter den Islamisten in der Türkei einige Spaltungen im Hinblick auf ihre Weltanschauungen statt. Vor allem distanzierte sich die Mehrheit der islamistischen Intellektuellen und Eliten von dem klassischen islamischen Fundamentalismus und dem antimodernen Charakter des früheren Islamismus. Diese Transformation vollzog sich z.B. bei den wichtigsten islamistischen politischen Bewegungen des Landes wie der MSP-RP-AKP-Linie, aber auch bei der Nur-Bewegung des religiösen Führers Fettullah Gülen. Die führenden Persönlichkeiten der AKP wie Premierminister Erdoğan und Außenminister Gül bezeichnen die AKP als eine konservative Partei und versuchen, sich von den radikalen Komponenten des im Vergleich zu den anderen islamischen Gesellschaften ohnehin deutlich säkular orientierten liberaleren türkischen politischen Islam deutlich zu distanzieren. Einer der Gründe, weshalb sie die konservativeren islamistischen Ursprünge ihrer Partei und ihrer Vorgeschichte ablehnen, kann neben anderen pragmatischen Gründen mit dem offen anti-islamistischen Charakter der türkischen Armee erklärt werden. Die türkische Armee, die vor den demokratisierenden Reformen des Landes eine bestimmende Rolle bei den politischen Entscheidungen des Inneren spielte, nahm – und nimmt noch immer – die Islamisten entsprechend ihren eigenen Perzeptionen als Feinde der Demokratie wahr. Tatsächlich wurden in der nahen Vergangenheit der Türkei Entwicklungstendenzen beobachtet, die darauf hingedeutet haben, dass die islamistischen Eliten der MSP in den 70er Jahren und der RP in den 90er Jahren sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik gewisse islamistische Ziele verfolgten. Der offen proklamierte Wunsch und der konkrete Versuch des islamistischen Premierministers der RP-DYP-Koalition, Erbakan, eine Organisation der muslimischen Staaten (D8-Organisation) sowie eine Verteidigungsunion der muslimischen Staaten zu gründen und die NATO durch diesen Verteidigungs-

⁸⁹ Ibid. S. 52.

pakt zu ersetzen, können als Beispiele für die außenpolitischen Ziele der politischen Islamisten in der Türkei erwähnt werden. Erbakan besuchte gleich nach seiner Amtsübernahme den Iran, Ägypten, Tunesien, Nigeria und Libyen. Die diplomatischen Praktiken Erbakans wurden von den Medien, aber vor allem von Kreisen des Außenministeriums scharf kritisiert. Der offizielle Libyenbesuch hatte einen Misstrauensantrag in der Großen Nationalversammlung als Folge.⁹⁰ Die Koalitionsregierung RP/DYP von Erbakan setzte tatsächlich islamistische, also ideologisch begründete, Aktente in der Außenpolitik.

Die außenpolitischen Prioritäten der AKP-Regierung unterscheiden sich von denen der RP, deren Parteivorsitzender und Premierminister Erbakan, wie oben dargelegt, eine deutliche außenpolitische Reislamisierung zu betonen versuchte. Anders als die RP von Erbakan strebt die AKP-Regierung die Integration des Landes in die EU als primäres außenpolitisches Ziel an und versucht, das Land entsprechend den EU-Beitrittskriterien weiter zu reformieren und zu demokratisieren. Wenn man berücksichtigt, dass die AKP und ihre führenden Politiker sämtlich aus den Reihen der RP stammen, kann diese neue außenpolitische Vorstellung der AKP irritieren. Doch der politische Islamismus in der heutigen Parteienlandschaft der Türkei befindet sich in einem Evolutionsprozess, in dem die islamistischen Entscheidungsträger und politischen Eliten sich ebenfalls transformieren. Die Annäherung der Türkei als anerkannter Beitrittskandidat an die EU spielte bei dieser Transformation der grundlegenden außenpolitischen Positionsänderungen eine entscheidende Rolle. In diesem Annäherungsprozess vom Beginn der 90er Jahre bis Frühjahr 2004 wurde die Türkei weitgehend demokratisiert und im politischen Sinne mehr als je zuvor europäisiert. Die Islamisten gehören in diesem Demokratisierungsprozess zu denjenigen Gruppen, die von der gesellschaftlich-politisch-administrativen Demokratisierung im Sinne der politischen Meinungsfreiheit am meisten profitieren konnten. Gleichzeitig aber bedeutet die Europäisierung auch für die Islamisten eine neue Herausforderung, weil sie ihre orthodox-muslimische religiöse Identität im politischen Sinne mit ihrer Zugehörigkeit zu Europa neu definieren müssen. Die politischen Begriffe wie Demokratie, Menschenrechte, Zivilgesellschaft etc. nehmen im politischen Jargon der Machtteligen der konservativ-islamistischen AKP viel mehr Platz als orthodox-islamistische Forderungen.

⁹⁰ Sen, Faruk: Die gegenwärtige politische Lage in der Türkei unter der neuen Regierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B11, 12 (1997), S. 3-12; S.9f.

Auf der anderen Seite soll darauf hingewiesen werden, dass der Wille der AKP-Führung, ihre politische Bewegung in eine muslimdemokratische und im politischen System der Türkei fest integrierte Richtung zu transformieren, gerade an ihrer fundamentalistisch geprägten Wählerschaft scheitern könnte. An der innenpolitischen und beinahe antagonistischen Streitigkeit zwischen den Islamisten und Kemalisten um den Status der Imam-Berufsschulen,⁹¹ deren Aufgabe die Imamausbildung ist, beteiligte sich die AKP von Erdoğan ganz energisch entsprechend ihren islamistischen Reflexen zugunsten der fundamentalistischen Position, die den Absolventen dieser Schulen über ein Studium an den theologischen Fakultäten hinaus auch einen generellen Zugang zu allen universitären Fachrichtungen ermöglichen soll. Wie an diesem Beispiel ersichtlich, beinhaltet das Verhältnis zwischen den kemalistischen und islamistischen Ideologiepositionen großes Konfliktpotential. Falls derartige Konfliktpotentiale nicht mit einem zivilen Konsens in der TBMM gelöst werden können, werden sie vor allem im Hinblick auf das demokratisierte und EU-nahe politische System des Landes eine Schwachstelle darstellen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Debatte um solche Themen, die bezüglich des politischen Systems des Landes von großer Relevanz sind, nicht zwischen den staatlichen Institutionen (gemeint ist vor allem das Militär) und der verfassungsmäßig legitimen Regierung, sondern zwischen der Regierung, den in der TBMM repräsentierten und den sonstigen politischen Parteien, aber freilich auch mit der Beteiligung der staatlichen Einrichtungen und NGOs geführt werden. In der Thematik der Imam-Berufsschulen kann nicht davon gesprochen werden, dass die AKP-Regierung sich um eine gesellschaftliche Debatte zur Ermöglichung eines breiten Konsenses bemüht hat. Die Gesetzesänderung realisierte die AKP mit ihrer Mehrheit in der TBMM, die natürlich über alle Rechte der Gesetzgebung verfügt. Daher kann diese Vorgehensweise nicht aufgrund ihrer Legitimität kritisiert werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob es im demokratischen Sinne nicht angemessener gewesen wäre, bei dermaßen sensiblen politischen Entscheidungen einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu ermöglichen. Trotz eines fehlenden Konsenses handelt es sich hierbei um die Regierungskompetenz der Exekutive, die laut Verfassung zur Regierung gehört. Das Türkische Verfassungsgericht ist die einzige Instanz des Landes, die innerhalb der demokratischen Ordnung das verfassungsmäßige Recht hat, über die eventuelle Disharmonie eines Gesetzes mit der türkischen Verfassung zu urteilen

⁹¹ Tageszeitung Milliyet vom 9., 10., 11. Mai 2004.

und das demokratische und säkulare Regime zu schützen. In diesem Prozess verfügen keine weiteren staatlichen Instanzen über verfassungsmäßige Rechte.

Das AKP-Experiment der Türkei könnte auf die Zukunft einer demokratisch orientierten islamistischen Partei in der EU hinweisen. Dies könnte in der nahen Zukunft der Beitrag der türkischen Islamisten zur europäischen Kultur sein. Die politischen Eliten der AKP messen der Türkei eine Brückenrolle zwischen Europa, zu dem auch die Türkei sich zählt, und der muslimischen Welt des Nahen und Mittleren Ostens bei. Im Hinblick auf diese Perzeption soll die Türkei die Demokratietauglichkeit der islamischen Religion beispielhaft für die restliche muslimische Welt beweisen. Ganz besonders nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September gewinnt eine solche Funktion an Relevanz.

2.2.3. Nationalismus als Turkismus und Panturkismus

Im Prozess der Gestaltung der türkischen Turkrepublikenpolitik, die erst nach der Auflösung der Sowjetunion als eine Option der Außenpolitik entstanden ist, spielten das panturkistische Gedankengut und die panturkistischen Intellektuellen entscheidend wichtige Rollen. Die Auflösung der Sowjetunion, die sowohl die türkischen als auch andere europäischen Intellektuelle zweifelsohne überraschte, veränderte mit unvorstellbarer Geschwindigkeit die Konstanten der regionalen Politik der Türkei, die während des Ost-West-Konflikts den türkischen Entscheidungsträgern wenig Spielraum für die regionale Politik überließen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verschwanden diese während des Kalten Krieges das außenpolitische Verhalten der Türkei dominierenden Konstanten und es entstanden neue, zuvor die Regionalpolitik der republikanischen Türkei nicht einmal latent beeinflussende Determinanten und Motivationsfaktoren.

Es wird in diesem Abschnitt die (pan)turkistische Ideologie, die teilweise aus sich unterscheidenden Ansätzen besteht, als ein neuer Bestimmungsfaktor der türkischen Regionalpolitik bezüglich der Politik gegenüber den postsowjetischen Turkrepubliken unter besonderer Berücksichtigung ihrer historischen Evolution behandelt.

Andererseits kann das kemalistische Konzept des türkischen Nationalismus, das während der republikanischen Geschichte bis zum Ende des Ost-West-Konflikts zweifelsohne das theoretische Fundament der Definition der türkischen Nation war, gleichgültig ob es als ein ideologi-

sches Konzept oder als die „Erfassung einer konkreten Problemstellung und die Entscheidung zu ihrer Bewältigung“⁹² beschrieben wird, nicht unabhängig von den Einflüssen seiner panturkistischen bzw. turkistischen nationalistischen Vorgängerkonzepten betrachtet werden. Nach der Auflösung der Sowjetunion und der Entstehung der postsowjetischen Turkrepubliken wurde die kemalistische bzw. republikanische Definition der türkischen Nation problematisch, da von diesem Zeitpunkt an die (pan)turkistische Terminologie, welche die Nation unter anderem auch ausgehend von dem Begriff der Ethnie bzw. Rasse begreift, bezüglich der Turkvölker und Turkrepubliken verwendet wurde, was in der Türkei ein begriffliches Durcheinander verursachte, das bisher noch nicht bewältigt wurde. Das Nationalismuskonzept des Kemalismus bzw. die offizielle republikanische Auffassung der Nation förderte einen Prozess der Nationwerdung durch die Schaffung eines Nationalbewusstseins unter den türkischen Staatsbürgern ungeachtet deren ethnischer Herkunft bzw. Rasse und lehnte daher jegliche andere Art des rassistisch orientierten Nationalismus ab. Entsprechend dieser Auffassung wird jeder türkische Staatsbürger als „Türke“ bezeichnet. Andererseits werden, wie bereits darauf hingewiesen wurde, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auch die Turkvölker entsprechend der (pan)turkistischen Terminologie als „Türken“ bezeichnet. Dieses begriffliche Differenzierungsproblem bzw. türkeispezifische Problematik ist zugleich im Hinblick auf die türkische Perzeption bezüglich der postsowjetischen Turkrepubliken und dementsprechend im Hinblick auf die diesbezüglichen außenpolitischen Entscheidungen von Bedeutung und soll daher hier behandelt werden.

Zusammenfassend werden die ideologischen Hintergründe der heutigen Beziehungen der Türkei zu den Turkrepubliken aus zwei Gründen behandelt: Erstens angesichts der Feststellung, dass sie ein Motivationsfaktor der türkischen Turkrepublikenpolitik sind, und zweitens aufgrund ihrer die türkische Perzeption betreffenden Rolle.

Der (Pan)Turkismus ist im Kindermannschen Sinne eine *offene* und gleichzeitig eine *partielle Ideologie*, denn er ist nicht an einzelne, ihn formulierende, interpretierende und ihn mit Exklusivitätsanspruch gleichsam verwaltende Trägerorganisationen gebunden und bezieht sich nur auf bestimmte Teilaspekte der soziopolitischen Daseinsführung. Es existieren also, wie oben in der historischen Darstellung der panturkisti-

⁹² Steinbach, Udo: Die Grundlagen der Türkischen Republik, in: Informationen zur politischen Bildung, „Türkei“, 2. Quartal (223), 1989, S. 13-16; S.14.

schen Ideologie gezeigt wurde, verschiedene Strömungen im (Pan)Turkismus. In diesem Zusammenhang ist es möglich, einige Komponenten der Ideologie im außenpolitischen Entscheidungsprozess zu berücksichtigen, ohne direkte panturkistische Außenpolitik zu betreiben. Oder anders gesagt, können einige der Beweggründe der außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken, insbesondere die auswärtige Kulturpolitik gegenüber diesen neuen Staaten, unter Berücksichtigung der (pan)turkistischen Ideologie neu „gelesen“ und bewertet und somit besser verstanden werden.

Die türkischen Begriffe *Pantürkizm* (Panturkismus) und *Türkçülük* (Turkismus bzw. Türkismus) werden in der folgenden Darstellung als (Pan)Turkismus verwendet, da die Begriffe *Pantürkizm* und *Türkçülük* aufgrund spezifischer historischer Gründe eng miteinander verflochten sind. Man könnte zwar den Panturkismus in kategorischer Weise als eine alle „Türken“ in einem Staat zu vereinigen beabsichtigende bzw. ferner die Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten der türkischen bzw. turksprachigen Völker Eurasiens im politischen, besonders im außen- und kulturpolitischen Kontext betonende und diese fördernde Ideologie definieren und demgegenüber den Turkismus als ein Nationalismuskonzept ohne diesen Pan-Charakter beschreiben, was aber eine gewisse Vereinfachung und einschränkende Zusammenfassung des realen Gehaltes bedeuten würde. Der Begriff (Pan)Turkismus wird also im Sinne eines Oberbegriffes verwendet, der alle nationalistischen Konzepte umfasst. Es könnte in diesem Sinne von „Turkismen“ die Rede sein. Der (Pan)Turkismus forderte die Vereinigung aller „Türken“, d.h. aller turksprachigen Völker, in einem gemeinsamen Staat. Obwohl er damit einem gewissen irredentistischen Außenpolitikcharakter anhängt, sollten die besonderen Entstehungskonditionen dieser ideologischen Richtung, vor allem die endogenen und exogenen Bestimmungsfaktoren der Entstehung des türkischen Nationalismus als eine richtunggebende Reaktion auf den Untergang des Osmanischen Imperiums, bei der Bewertung unbedingt mitberücksichtigt werden. Er erschien für manche osmanischen Intellektuelle zu Beginn des 20. Jahrhunderts und zum Teil auch für die turksprachigen Intellektuelle außerhalb des Osmanischen Reichs vor allem als ein Weg, welcher den Niedergang des Osmanischen Staates verhindern und diesen in der damaligen Weltpolitik wieder zu einem bedeutenden Akteur machen sollte.⁹³ Darüber hinaus soll hier auf den

⁹³ Laçiner, Ömer & Bora, Tanıl: Die Turkrepubliken und die Türkei: Der zweite Anlauf, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 8/1 (1995), S. 115-138; S.115.

reaktionären Charakter des (Pan)Turkismus gegen den irredentistischen Panslawismus hingewiesen werden.

Der (Pan)Turkismus begann sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der herrschenden Oberschicht des Osmanischen Reichs zu verbreiten. Die Literatur und Geschichte waren diejenigen Bereiche, in denen nationalistische Konzepte in der osmanischen Geschichte das erste Mal einen Platz fanden. Zu dieser Zeit identifizierte sich die Mehrheit der osmanischen Oberschicht noch mit der islamischen Glaubensgemeinschaft Umma und/oder mit dem Osmanischen Reich. Gemäß Lewis (siehe oben), identifizierten sich die Türken, d.h. auch die osmanischen Türken, seit ihrer Islamisierung in Zentralasien gänzlich mit dem Islam und schienen ihre türkische Vergangenheit völlig vergessen zu haben.⁹⁴ Bis zum 19. Jahrhundert wurde in den osmanischen Schriften bzw. Dokumenten der Begriff „Türkei“ nicht verwendet und das Land der osmanischen Türken von den Osmanen selbst *Memalik-i İslam* (Islamische Länder), *Memalik-i Şahane* (Länder des Herrschers) oder *Diyar-ı Rum* (Land der Römer) genannt.⁹⁵ Der Begriff „Türke“ bezeichnete in der Tat lediglich die türkischsprachigen anatolischen Nomaden und Bauern und besaß keine positive Bedeutung.⁹⁶ Die Nationalität als identitätsstiftende Basis tauchte im Osmanischen Reich erst viel später, nämlich durch die Beeinflussung der von den nach Europa geschickten Studenten mitgebrachten turkologischen Studien auf. Lewis weist im Zusammenhang mit der Verbreitung des türkischen Nationalbewusstseins im Osmanischen Reich auf den Einfluss der Historiker und Sprachwissenschaftler hin.⁹⁷ Ahmet Vefik Pascha, ein bedeutender Historiker seiner Zeit, behandelte beispielsweise zum ersten Mal die vorosmanischen Perioden der türkischen Geschichte und kam zu dem Schluss, dass die Sprache der Osmanen der westliche Zweig einer alten Sprachfamilie sei. Auch einige seiner türkischen Zeitgenossen, z.B. Süleyman Pascha und der Turkologe Necip Asım sowie der Sprachwissenschaftler Semdeddin Sami publizierten Sprache und Geschichte betreffenden Werke. Diese wissenschaftlichen Studien trugen zur Entstehung des (Pan)Turkismus bei.

⁹⁴ Lewis, Bernard: *The Emergence of Modern Turkey*, London 1968, S. 331.

⁹⁵ *Ibid.* S. 332.

⁹⁶ Lewis konkretisiert diese Perzeption mit folgendem Beispiel: „Even Halit Efendi, who went to Paris in 1802, seems to have been shocked to find himself called the ‚Turkish ambassador‘ and, when congratulating himself on having countered a hostile manoeuvre, remarks that this time they had not found him the ‚Turkish ambassador‘ – i.e. the ignorant boor – that they wanted“. Siehe *ibid.* S. 333.

⁹⁷ *Ibid.* S. 347.

Zur selben Zeit gewann das neue nationalistische Konzept durch den Einfluss der Entwicklungen in der russischen Turkologie einerseits sowie durch die Reaktion auf den russischen Panslavismus andererseits auch in den von turksprachigen Völkern bewohnten Regionen des Russischen Reichs, vor allem im Wolgagebiet, auf der Krim und in Aserbaidschan an Bedeutung.⁹⁸

Der wichtigste Führer und Theoretiker der (pan)turkistischen Bewegung war Gaspıralı İsmail Bey (İsmail Gasprinsky), ein tatarischer Intellektueller von der Krim,⁹⁹ der in der Literatur unter anderen als Vater des Panturkismus genannt wird.¹⁰⁰ Er wurde während seines Aufenthalts im Osmanischen Reich von den Debatten und publizierten Werke über die türkische Sprache, insbesondere von den Studien Ahmet Vefik Paschas, beeinflusst.¹⁰¹ Nach seiner Rückkehr auf die Krim führte er Studien über eine künstliche Turksprache durch, eine Art Esperanto der turksprachigen Völker, die der problemlosen Verständigung aller Turkvölker dienen sollte. Er betrachtete die Entwicklung einer gemeinsamen Schriftsprache für die politische und kulturelle Einheit aller Turkvölker als notwendig und fasste sein Ideal unter dem Motto „Einheit in der Sprache, der Idee und dem Tun“ zusammen.¹⁰² İsmail Bey konnte eine solche Sprache sogar tatsächlich entwickeln und ins Leben rufen, indem er eine Zeitung, *Tercüman* (Dolmetscher), veröffentlichte. Der türkische (pan)turkistische Denker Gökalp bezeichnete das Sprachexperiment von İsmail Bey mit *Tercüman* als gelungen, da diese Zeitung sowohl von osmanischen Intellektuellen in der Türkei als auch von anderen turksprachigen Eliten in Russland verstanden wurde.¹⁰³ İsmail Bey selbst war davon überzeugt, dass er mit der *Tercüman* bewies, dass die sprachliche Einheit aller „Türken“ möglich ist.¹⁰⁴

İsmail Bey betrachtete die turksprachigen Völker als eine einheitliche Nation¹⁰⁵ und war der Meinung, dass die Sprachunterschiede zwischen ihnen, die er selbst als „Dialektunterschiede“ bezeichnete, die Ein-

⁹⁸ Ibid. S. 348.

⁹⁹ Kushner, S. 12.

¹⁰⁰ Özdoğan-Göksu, Günay: Sovyetler Birliği'nden Bağımsız Cumhuriyetlere. Uluslaşmanın Dinamikleri, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 25-104; S. 31.

¹⁰¹ Saray, Mehmet: Türk Dünyasında Dil ve Kültür Birliği, İstanbul 1993, S. 46f.

¹⁰² „Dilde, fikirde ve işte birlik.“ Siehe Kushner, S. 12.

¹⁰³ Gökalp, Ziya: Türkçülüğün Esasları, İstanbul 1955, S. 6.

¹⁰⁴ Ibid. S. 6.

¹⁰⁵ Oba, Ali Engin: Türk Milliyetçiliğinin Doğusu, Ankara 1995, S. 152.

heitlichkeit der „türkischen Nation“ nicht beeinträchtigten.¹⁰⁶ Er breitete sein (pan)turkistisches Konzept durch seine Zeitung aus. Zu dieser Zeit wurden im Russischen Reich neben *Tercüman* weitere 25 turksprachige Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, die İsmail Beys Ideen verbreiteten.¹⁰⁷

Der (Pan)Turkismus von İsmail Bey beinhaltete – wie die meisten anderen Konzepten derselben politischen Richtung – ein Modernisierungsprogramm entsprechend dem europäischen Modell. Er sah es als notwendig an, neue und modernere Methoden im Bildungswesen anzuwenden bzw. die klassischen islamischen Bildungsmethoden zu modernisieren.¹⁰⁸ Sein Modernisierungskonzept wurde *Ceditçilik* (Reformismus) genannt. Es beeinflusste nicht nur die turksprachigen Eliten in der Wolgaregion des Russischen Reichs, sondern auch die Intellektuellen im von Russland besetzten Zentralasien. Es wurden in den zentralasiatischen Städten Taschkent, Samarkant, Buchara und im Gebiet Fergana zahlreiche an die Vorstellungen İsmail Beys angelehnte Bildungseinrichtungen eröffnet.¹⁰⁹ Sein Konzept des Reformismus beeinflusste unter anderem auch die Politik in Zentralasien. So wurden beispielsweise einige politische Parteien wie die „Junge Buharaner“, die „Junge Hivener“ oder die „Turan“ gegründet, die sich sowohl ideologische als auch reformistische Konzepte İsmail Beys aneigneten. Die politischen Kader dieser Parteien versuchten, in Zentralasien eine Modernisierung durchzuführen und setzten sich für ein unabhängiges Turkestan ein, das durch die Proklamation des autonomen Turkestans im Oktober 1917 realisiert wurde.¹¹⁰ Der *Ceditçilik* von İsmail Bey existierte auch nach der Oktoberrevolution von 1917 als eine politische Bewegung weiter und bildete die ideale Basis der Widerstandsbewegung *Basmacı* gegen die russische Fremdherrschaft in der Region. Die Anhänger der *Basmacı*-Bewegung wurden zwischen 1920-1925 von der sowjetischen Autorität unter Kontrolle gebracht. 1929 wurde *Basmacı* verboten, ihre Anhänger wurden verhaftet bzw. exekutiert.¹¹¹

¹⁰⁶ İsmail Bey bezeichnete die „türkische Sprache“ als die mächtigste Bindung der „türkischen Nation“ und betrachtete die sprachlichen Unterschiede zwischen den Turksprachen als Dialektunterschiede. Vgl. *ibid.* S. 152.

¹⁰⁷ *Ibid.* S. 143.

¹⁰⁸ Hambly, Gavin: *Fischer Weltgeschichte. Zentralasien*, Frankfurt a.M. 1966, S. 205.

¹⁰⁹ Kasimov, Begali: 20. Yüzyıl Basında Türkistan'daki Ceditçilik Akımının Başlıca Özellikleri, in: *Avrasya Etüdleri*, Herbst 3/1995, S. 88.

¹¹⁰ Kasimov, S. 89.

¹¹¹ *Ibid.* S. 90.

Ein Anderer turksprachiger Denker, Hüseyinzade Ali Bey aus Aserbaidshan, beeinflusste das panturkistische Gedankengut ebenso wie İsmail Bey. Auch er hielt sich in der osmanischen Hauptstadt Istanbul auf und machte sich dort mit dem (Pan)Turkismus vertraut. Nach seinem Aufenthalt im Osmanischen Reich kehrte er nach Aserbaidshan zurück, schrieb in der islamistischen Zeitung *Hayat* (Leben), propagierte jedoch einen (Pan)Turkismus. Er ist der erste Propagandist des kulturellen und politischen (Pan)Turkismus in Aserbaidshan.¹¹² Hüseyinzade Ali Bey wies darauf hin, dass die politische Entwicklung in Richtung der Nationalstaaten lief, deren Basis eine gemeinsame Sprache, Religion und Kultur des Staatsvolkes sei. Entsprechend dieser Feststellung vertrat er die Ansicht, dass das gemeinsame Schicksal der transkaukasischen Turkvölker in der Vereinigung mit dem Osmanischen Reich läge, welches das politische und geistige Zentrum der islamischen und türkischen Welt sei.¹¹³ Sein Konzept beinhaltete ebenfalls reformistische Bestandteile: Er begriff den (Pan)Turkismus in Einheit mit dem religiösen Hintergrund, also dem Islam, und den die Gesellschaft modernisierenden bzw. europäisierenden Innovationen. Hüseyinzade Ali Beys Einfluss ist noch in der zeitgenössischen aserbaidshanischen Gesellschaft zu spüren. Sein Motto „Türkisierung, Islamisierung und Europäisierung“ symbolisiert die heutige Nationalflagge der Republik Aserbaidshan.¹¹⁴ Swietochowski weist darauf hin, dass zu seiner Zeit sich in Aserbaidshan eine türkische Identität unter den Intellektuellen entwickelte.¹¹⁵ Vergleichbar den im Osmanischen Reich nach der „Bewegung der Jungtürken“ von 1908 durchgeführten Innovationen im Bereich der Sprache, vor allem der Simplifizierung der geschriebenen Sprache, setzten sich die (pan)turkistischen Intellektuelle für eine Sprachreform in Aserbaidshan ein. Ab 1912 publizierten die Anhänger der jungtürkischen Sprachreform in Aserbaidshan, vor allem Hüseyinzade Ali Bey, die aserbaidshanische Zeitschrift *Şelale* (Wasserfall), durch die sie eine sprachliche Annäherung an den modernen Istanbuler Dialekt des Türkischen beabsichtigten, welche sie als ersten Schritt zur sprachlichen Vereinigung aller turksprachigen Völker betrachteten.¹¹⁶ Ähnlich wie Hüseyinzade Ali Bey setzten sich auch die Führer der pro-islamistischen Bewegung, die eben-

¹¹² Oba, S. 154.

¹¹³ Swietochowski, Tadeuzs: Müslüman Cemaatten Ulusal Kimliğe Rus Azerbaycanı (1905-1920), İstanbul 1988, S. 89. und Oba, S. 156.

¹¹⁴ Swietochowski, S. 88f.

¹¹⁵ Ibid. S. 89.

¹¹⁶ Ibid. S. 91. und Oba, Ali Engin: Türk Milliyetçiliğinin Doğuşu, Ankara 1995, S. 156.

falls (pan)turkistische Ziele verfolgte, für die Simplifizierung der Sprache ein.¹¹⁷

Ein anderer (pan)turkistischer Denker aus Aserbaidschan, der in Europa studierte und die Entstehung des (Pan)Turkismus beeinflusste, war Ahmet Ağaoğlu (Agayev). Seine Kontakte zum Osmanischen Reich gingen sogar über einen Aufenthalt in Istanbul hinaus: Er pflegte Kontakte zu den Führern der jungtürkischen Bewegung im Osmanischen Reich. Er bemühte sich ebenfalls um die Verwirklichung einer sprachlichen Einheit und veröffentlichte die (pan)turkistische Zeitung *İrşad* (Wegweiser). Er war nach der jungtürkischen Revolution von 1908 einer der Herausgeber der (pan)turkistischen Zeitschrift *Türk Yurdu* (Türkische Heimat), die im Osmanischen Reich veröffentlicht wurde.¹¹⁸ In seinem Konzept wurden Volkstum bzw. Nationalität in drei Kategorien definiert: Die erste und relevanteste Kategorie war für ihn – wie bei den Konzepten anderer Denker dieser ideologischen Richtung – die gemeinsame Sprache. Die weiteren Kategorien waren Religion, Sitten und Bräuche sowie die Heimat und das gemeinsame Schicksal.¹¹⁹ Ağaoğlu setzte sich im Unterschied zu anderen (pan)turkistischen Denkern auch mit den konfessionellen Differenzen zwischen den Aserbaidschanern und osmanischen Türken auseinander und kam zu dem Schluss, dass die konfessionellen Differenzen zwischen den überwiegend schiitischen Aserbaidschanern und den überwiegend sunnitischen Türken im Osmanischen Reich die Entstehung einer gemeinsamen türkischen Identität beider Völker beeinträchtigt.¹²⁰ Insofern positionierte er sich ganz offen gegen die anderen Konzepte, welche die Religion als ein dominantes konstitutives Element der Nation vorsahen.¹²¹

Ein anderer bedeutender Denker derselben ideologischen Richtung war Yusuf Akçura von der Krim, der in Istanbul aufwuchs und an der osmanischen Kriegsakademie und später in Paris Politik studierte.¹²² Es ist insofern angebracht, ihn als einen osmanischen Intellektuellen zu bezeichnen, der zu den (pan)turkistischen Diskussionen dieser Zeit viel beitrug. In seinem unter seinen Zeitgenossen sehr bekannten Aufsatz *Üç Tarz-ı Siyaset* (Drei Art und Weise der Politik) setzte Akçura den (Pan)Turkismus mit den zwei anderen zeitgenössischen ideologischen

¹¹⁷ Ibid. S. 108f.

¹¹⁸ Kushner, S. 13.

¹¹⁹ Swietochowski, S. 105.

¹²⁰ Ibid. S. 105.

¹²¹ Ibid. S. 105.

¹²² Oba, S. 168.

Grundpositionen im Osmanischen Reich, nämlich mit dem Osmanismus und dem Panislamismus in Beziehung. Sowohl (Pan)Turkismus als auch Osmanismus und Panislamismus waren Strategien, die den Untergang des Osmanischen Reichs verhindern sollten. Der Osmanismus forderte die Bildung einer multikulturellen „osmanischen Nation“ durch die Förderung der osmanischen Identität der sich innerhalb des Osmanischen Reichs befindenden Nationalitäten. Der Panislamismus beabsichtigte hingegen, die muslimischen Nationalitäten im Osmanischen Reich und in benachbarten Regionen durch die Förderung der traditionellen islamischen Identität *Umma* (islamische Glaubensgemeinschaft) zusammenzuhalten, um den Auflösungsprozess des türkischen Reichs rückgängig und dieses wieder zu einem bedeutenden internationalen Akteur in der Weltpolitik machen. Die Vereinigung aller „Türken der Welt“ unter einem Staat, also der Panturkismus, sei nach Akçura der einzig mögliche und den Bedingungen dieser Zeit entsprechende Weg für die Verhinderung der Vernichtung des „einzigsten unabhängigen Türkenstaates“.¹²³

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war (Pan)Turkismus in der Oberschicht der osmanischen Gesellschaft als eine der bedeutenden Ideologien etabliert. Zahlreiche Denker und Intellektuelle sympathisierten mit ihm. Dies hatte vielerlei Gründe: Zum einen verdeutlichte die Unabhängigkeitsbestrebungen und staatlichen Aufspaltungen der christlichen Nationen des Osmanischen Reichs, dass das Konzept des auf eine künstliche Identität gegründeten Osmanismus als quasi offizielle Ideologie des Osmanischen Reichs die schrittweise Auflösung des türkischen Staates nicht verhindern konnte. Zum anderen verlor auch der Panislamismus, die Vereinigung der muslimischen Nationen unter der osmanischen Autorität, angesichts des Bedeutungsverlusts der *Umma* durch den albanischen und später arabischen Nationalismus seine Gültigkeit als Option, obwohl sein Einfluss in der osmanischen Innenpolitik bis zur Gründung der Republik Türkei aufgrund der Position des osmanischen Sultans als *Halife* (Kalif, geistiger Führer des Islam) weiterhin relativ spürbar war. Darüber hinaus spielten die Entwicklungen in der europäischen Turkologie, Beiträge der nationalisierten Geschichtsschreibung im Osmanischen Reich entsprechend den wissenschaftlichen Befunden der Turkologie sowie die (pan)turkistische Propaganda durch Zeitschriften und Zeitungen eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung des (Pan)Turkismus in der osmanischen Oberschicht.

¹²³ Akçura, S.33f.

Die Koalitionen des Ersten Weltkriegs nahm die Partei der Jungtürken zum Anlass, eine expansionistische Außenpolitik an der Seite der Zentralmächte zu betreiben. Enver Pascha, einer der wichtigsten Führungspersonlichkeiten der jungtürkischen *İttihat ve Terakki Fırkası* (Partei von Vereinigung und Fortschritt) und Kriegsminister der osmanischen Regierung, war von der Überlegenheit Deutschlands im Krieg überzeugt. Die osmanische Partnerschaft war für Deutschland ebenfalls vorteilhaft. Das Osmanische Reich beabsichtigte, unter anderem die von den turksprachigen Völkern bewohnten Gebiete in Russland zu erobern. Gegen Kriegsende – kurz nach der Oktoberrevolution in Russland – hofften die osmanischen Entscheidungsträger, vor allem der Reichskriegsminister Enver Pascha, das Machtvakuum in Russland, das auf dem Kaukasus und in Zentralasien entstand, ausnutzen zu können.¹²⁴ Zum ersten Mal seit der Entstehung des (Pan)Turkismus erschien die Realisierung der Utopie des *Turan*, des großen, alle Turkvölker umfassenden türkischen Staates, realisierbar.¹²⁵ Die osmanischen Entscheidungsträger wussten, dass diese expansionistische Zielsetzung erst dann realisiert werden könnte, wenn Russland den Krieg verlöre. Die osmanischen Truppen, die im Ersten Weltkrieg an mehreren Fronten gleichzeitig kämpfen mussten und unter anderen an der Kaukasusfront gegen die russische Armee den Krieg führten, um das nahe liegende Aserbaidschan und den restlichen Kaukasus zu erobern, verloren trotz zeitweiser Erfolge schließlich in dramatischer Weise den Krieg.¹²⁶ Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte 1919 das Ende des Osmanischen Reichs. Nach dem Befreiungskrieg unter Kemal Atatürk, der einen anderen, auf Anatolien bezogenen Nationalismus im Sinn hatte, wurde es ersetzt durch einen türkischen Nationalstaat, die Türkei.

Für einige politische Führungspersonlichkeiten der jungtürkischen Bewegung fanden die (pan)turkistischen Träume trotz des Verlustes der osmanischen Unabhängigkeit durch die Besetzung der osmanischen Hauptstadt Istanbul durch die alliierten Truppen nicht ihr Ende.¹²⁷ Nachdem die sowjetischen Truppen der Roten Armee die nationale Regierung Turkestans in Zentralasien stürzten und die Region besetzten, begannen die zentralasiatischen nationalistischen Rebellen gegen die sowjetische Besetzung Widerstand zu leisten. Der ehemalige Kriegsminister und Oberkommandierender des Heeres des geschlagenen und be-

¹²⁴ Laçiner, 1995, Heft 1, S. 115-138; S. 118.

¹²⁵ Ibid.

¹²⁶ Sander, S. 272f.

¹²⁷ Laçiner, 1995, Heft 1, S. 115-138; S. 118.

setzten Osmanischen Reichs, Enver Pascha, übernahm das Kommando der Widerstandsbewegung in Zentralasien und kämpfte weiter.¹²⁸ Die verlorene Schlacht Enver Paschas gegen die Truppen der Roten Armee im heutigen Usbekistan und sein Tod ließen sowohl den Widerstand in Zentralasien als auch die expansionistischen (pan)turkistischen Träume endgültig scheitern.

Nach der Konsolidierung der Sowjetunion, der Kapitulation des Osmanischen Reichs und der anschließenden Besetzung der osmanischen Hauptstadt Istanbul wurden die Kontakte zwischen den türkischen und turksprachigen Intellektuellen abgebrochen. Außerdem verlor der (Pan)Turkismus, dessen oberstes politisches Ziel die Vereinigung aller turksprachigen Völker durch Gründung eines großtürkischen Staates war, angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage seine Realitätsbasis, da weder für die osmanischen Türken in Anatolien noch für die sich unter der sowjetischen Herrschaft befindenden turksprachigen Völker in der damaligen weltpolitischen Konstellation irgendeine konkrete Möglichkeit abzeichnete, ihre eigene Unabhängigkeit in absehbarer Zeit wieder zu erlangen, geschweige denn sich politisch zu vereinigen. Entsprechend diesen Konditionen schlug die nationalistische Bewegung, die sich bis dahin (pan)turkistischen Tendenzen verschrieben hatte, eine andere Richtung ein.

Die Nationalisten in der Türkei vereinigten sich unter Mustafa Kemal Pascha, dem einzig unbesiegten osmanischen General im Ersten Weltkrieg, um die Unabhängigkeit und die politische Souveränität der Türkei wieder zu erlangen. Aus bekannten Gründen distanzieren sich der nationale Widerstand und später die Gründer der Republik von (pan)turkistischen Nationalismusansätzen. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass eine völlige gedankliche Differenzierung des kemalistischen bzw. republikanischen Nationalismuskonzepts von allgemeinen (pan)turkistisch orientierten Nationalismen nicht möglich erscheint, da zum einen den politischen Kadern der nationalstaatlichen Bewegung Mustafa Kemals zahlreiche ehemals (pan)turkistisch geneigte Intellektuelle, ja sogar panturkistische Vordenker angehörten, zum anderen das kemalistische Konzept des türkischen Nationalismus ursprünglich als eine elaborierte Form und Fortentwicklung der früheren (pan)turkistisch orientierten Nationalismen klassifiziert werden kann.

¹²⁸ Hayit, Baymirza: Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi, Ankara 1995, S. 283. und Laçiner, 1995, Heft 1, S. 115-138; S. 118.

Ziya Gökalp, ein bedeutender Denker und Theoretiker des (Pan)Turkismus, steht beispielhaft für diese Intellektuellen. Er beeinflusste durch seine Werke das kemalistische Nationalismuskonzept. Sein erster Entwurf, zusammengefasst als „Türkisierung, Islamisierung und Modernisierung“, wurde 1918 in der türkistischen Zeitschrift *Türk Yurdu* (Türkische Heimat) veröffentlicht.¹²⁹ Er bezeichnete in diesem Aufsatz die islamische Religion als den identitätsstiftenden Bestandteil des türkischen Nationalbewusstseins und gründete sein Nationalismuskonzept auf die nationale Kultur, die religiöse Gemeinschaft des Islam und die internationale – vor allem die westlich-europäische – Zivilisation.¹³⁰ Oba weist darauf hin, dass Gökalp offensichtlich vom Konzept „Türkisierung, Islamisierung und Europäisierung“ des aserbajdschanischen Denkers Hüseyinzade Ali Bey beeinflusst wurde.¹³¹

1923 veröffentlichte Gökalp sein Hauptwerk *Türkçülüğün Esasları* (Grundlagen des Turkismus), in dem er den Begriff Nation nicht als eine Rasse, ein ungemischtes Volk, als eine in zufälliger Weise in einem Land existierende Gesellschaft, als eine Gesellschaft der unterschiedlichen Völker in einem Staat, als eine religiöse Gemeinschaft oder als Identitäten einzelner Individuen, sondern vielmehr als eine Gesellschaft definierte, die aus über die gleiche Bildung verfügenden, in ähnlicher Weise sozialisierten sowie in Sprache, Religion, Ethik und Ästhetik sich gleichenden Individuen besteht.¹³² Seine Definition unterschied sich damit allerdings von (pan)türkistischen Konzepten, die den Begriff Nation ausgehend von den Kategorien der Rasse und der ethnischen Herkunft definierten. Der Auffassung Gökalps zufolge gehört jeder, der sich als Türke wahrnimmt, zur türkischen Nation.¹³³ Dieses Konzept entspricht gänzlich dem Kemal Atatürks und seiner CHP.

Dennoch lehnte Gökalp den (Pan)Turkismus nicht völlig ab. Auch sein Konzept implizierte pantürkistische Elemente. In *Türkçülüğün Esasları* klassifizierte er sein Nationalismuskonzept in drei Kategorien: *Türkiyecilik* (Türkeismus), *Oğuzculuk* bzw. *Türkmencilik* (Oghuzismus bzw. Turkmenismus) und *Turancılık* (Turanismus).¹³⁴ Sein Ideal war jedoch primär nicht die politische, sondern die kulturelle Vereinigung der

¹²⁹ Heyd, Uriel: Foundations of Turkish Nationalism. The Life of Ziya Gökalp, Westport Connecticut 1979, S. 149.

¹³⁰ Ibid. S. 149.

¹³¹ Oba, S. 155.

¹³² Gökalp, S. 10-14.

¹³³ Ibid. S. 15.

¹³⁴ Gökalp, S. 18.

„Türken“. Dieses Ideal Gökalsps traf in der neuen politischen Konstellation des euroasiatischen Großraums nach der Desintegration der Sowjetunion auf eine veränderte, unverhofft günstige politische Ausgangslage und gewann daher in den 90er Jahren an Bedeutung. Türkeiismus meint demgegenüber den Prozess der Nationwerdung der Türken in der Türkei. Dieser Prozess wurde durch die Gründung des türkischen Nationalstaates realisiert. Die Begriffe Oghuzismus bzw. Turkmenismus deuten auf die engere ethnische und sprachliche Verwandtschaft der westlichen turksprachigen Völker hin, die als Oghuzen bezeichnet werden und zu denen die Türken in der Türkei, auf dem Balkan und auf Zypern, die Aserbaidshaner im Iran und dem heutigen Aserbaidshan sowie die Turkmenen in Turkmenistan, im Irak und im Iran gehören. Gökalsp vertrat die Ansicht, dass insbesondere das Ideal der kulturellen Vereinigung unter den westlichen Turkvölkern (Oghuzen) realisierbar sei.¹³⁵ Seine letzte Kategorie, der Turanismus, beinhaltete die Vereinigung aller turksprachigen Völker der Welt und meinte damit ihre kulturelle Vereinigung, die Endphase seines kulturellen Panturkismuskonzepts.

Der Nationalismus des Kemalismus bzw. der offizielle republikanische Nationalismus stimmte zwar mit den idealisierten mythischen und historischen Elementen des Panturkismus von Gökalsp überein und betonte in seiner in den ersten Jahren formulierten Geschichtsthese die ursprüngliche Zugehörigkeit zur so genannten Urheimat der türkischen Nation in Zentralasien, distanzierte sich jedoch vom im politischen Sinne expansionistischen Panturkismus, da er sich lediglich auf die im Vertrag von Lausanne festgelegten Staatsgrenzen der heutigen Republik Türkei begrenzt verstand. Die türkische Politikwissenschaftlerin Kili weist darauf hin, dass das kemalistische Nationalismuskonzept jeden, der innerhalb der türkischen Staatsgrenzen lebt und das Schicksal des türkischen Volkes teilt, als Türke betrachtet und jeden religiösen, konfessionellen und ethnischen Separatismus ablehnt.¹³⁶ In diesem Sinne stimmt die kemalistische Auffassung mit dem oben skizzierten Nationalismuskonzept von Gökalsp überein, der die nationale Zugehörigkeit nicht auf dem Fundament einer Rasse, sondern eines identitätsstiftenden Bewusstseins begriff.

Der kemalistische Nationalismus nahm den Prozess der Nationwerdung als ein relevanter Bestandteil des republikanischen Modernisierungsprojektes an. Ein weiterer konkreter Unterschied des kemalisti-

¹³⁵ Ibid. S. 16.

¹³⁶ Kili, Suna: Atatürk Devrimi. Bir Çağdaşlaşma Modeli, Ankara 1981, S. 238.

schen Nationalismus besteht darin, dass er die islamische Religion im Hinblick auf die nationale Identität nicht allzu sehr wichtig einsah. In diesem Zusammenhang hängen das kemalistische Prinzip des Säkularismus und der dementsprechende entreligionisierte Nationalismus eng zusammen, weil angesichts der kemalistischen Staatsauffassung die Sphäre des Religiösen und des Staatlichen – Politischen bzw. Administrativen – strikt voneinander getrennt werden. Der Kemalismus schrieb insofern der säkularisierten und entethnisierten Nationalität die alleinige identitätsstiftende Rolle zu, wodurch dem säkularen Nationalbewusstsein in Konkurrenz mit der bisher identitätsstiftenden islamischen Religion im Hinblick auf die staatsbürgerliche Identität künftig die Hauptrolle zukam. Es war in gewisser Weise, vergleichbar den anderen kemalistischen Reformen, ein von oben geförderter Prozess der Nationwerdung. Die in der frührepublikanischen Phase durch den Auftrag des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk ins Leben gerufenen staatlichen Institutionen, beispielsweise *Türk Dil Kurumu* (Institut für türkische Sprache) und *Türk Tarih Kurumu* (Institut für türkische Geschichte) sowie später die von der CHP gegründeten *Köy Enstitüleri* (Dorfinstituten), dienten unter anderem dem Zweck der Förderung des in Gang gesetzten Prozesses der Nationwerdung.¹³⁷

Trotz der strikten republikanischen Trennung des auf die Türkei bezogenen Nationalismus vom Panturkismus existierte der (pan)turkistisch orientierte Nationalismus, dessen Aktivisten vom Staat überwacht wurden, weiter, aber eher als eine marginale rechtsextreme Ideologie, die eher von untergeordneter Relevanz war. Die republikanische Geschichte des (Pan)Turkismus lässt sich grob vier Epochen einteilen: Von der Gründung der Republik im Jahr 1923 bis zum Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland, während der NS-Zeit in Deutschland und des Zweiten Weltkriegs, vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Staatsstreich von 1980 sowie von 1980 bis heute.

Die untergeordnete Rolle des (Pan)Turkismus in der ersten Epoche wandelte sich durch den Einfluss der deutschen Rassentheorie während des nationalsozialistischen Regimes. Zwischen 1930 und 1940 war eine relative Zunahme der Bedeutung des Panturkismus in der Türkei sowie eine deutliche ideologische Extremisierung und Radikalisierung seiner Anhänger entsprechend der deutschen Rassenpolitik zu beobachten. Diese exogen bedingte innenpolitische Zunahme der Relevanz des (Pan)Turkismus implizierte sogar ein latentes Einflusspotential bei eini-

¹³⁷ Kili, S. 245f.

gen regierungsnahen Kreisen im Hinblick auf die außenpolitischen Lagebeurteilungen, Szenarien und Optionen. In diesem Zusammenhang gewann der (Pan)Turkismus wieder an Realitätsbasis und Bedeutung. Auch Deutschland versuchte, wie im Ersten Weltkrieg, diesbezüglich einen gewissen Einfluss auf die (pan)turkistisch orientierten bzw. mit (Pan)Turkismus sympathisierenden türkischen Entscheidungsträger und Kreisen auszuüben. Insbesondere nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion nahm der deutsche Einfluss auf die türkischen panturkisten deutlich zu. Önder zeigt, dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg an die Ideen der panturkistischen Bewegung anknüpfte und versuchte, auf diese Weise die Türkei in den Krieg zu ziehen.¹³⁸ Die Panturkisten in der Türkei verbanden mit einem deutschen Sieg, der die turksprachigen Völker in der Sowjetunion befreien würde, sollte diese den Krieg mit Nazi-Deutschland verlieren, ein konkretes außenpolitisches Interesse. Im Krieg gegen die Sowjetunion benutzte Deutschland in der Tat die turksprachigen Völker, um die Sowjetunion intern destabilisieren zu können. Rund. 180.000 turksprachige Kämpfer aus der Sowjetunion wurden den Verbänden der Waffen-SS untergestellt und kämpften an verschiedenen Fronten im Kaukasus, in Norditalien und sogar in Berlin.¹³⁹ Während dieser Zeitperiode verfolgte auch die türkische Regierung latent panturkistische Interessen. Önder führt in diesem Zusammenhang Gespräche des damaligen türkischen Außenministers Saraçoğlu mit dem deutschen Botschafter von Papen in Ankara über die „Lösung der pantürkischen Frage“ an, wobei Saraçoğlu zwar eine offizielle türkische Unterstützung Deutschlands ablehnte, die Verbindung von „Persönlichkeiten nichtamtlichen Charakters“ mit der deutschen Regierung jedoch in Aussicht stellte.¹⁴⁰ Auch eine angeblich kleine Gruppe der türkischen Abgeordneten soll in der Großen Nationalversammlung panturkistische außenpolitische Ziele eingebracht und, unter dem Eindruck der deutschen Erfolge, sogar den Eintritt der Türkei in den Krieg verlangt haben. Önder weist auch darauf hin, dass sogar der damalige Generalstabschef der Türkei, General Çakmak, ein überzeugter Panturkist, und Nuri Pascha, der 1918 die osmanische Truppen im Osten des Reichs gegen Russland kommandierte und die aserbajdschanische Hauptstadt Baku eroberte, bereit waren, dem deutschen Botschafter Papen Informationen unter anderem über den Kaukasus zu liefern. Nuri Pascha reiste 1941 inoffiziell nach Deutschland und besprach mit dem Unterstaatssek-

¹³⁸ Vgl. Önder, S.145.

¹³⁹ Ibid. S.149.

¹⁴⁰ Ibid. S.150.

retär im deutschen Auswärtigen Amt Woermann mögliche Strategien im Hinblick auf die Turkvölker in der Sowjetunion sowie die türkische Haltung.¹⁴¹ Die direkten Kontakte deuten darauf hin, dass auch in der republikanischen Türkei, die den Panturkismus offiziell ablehnte, während des Zweiten Weltkriegs, als eine gewisse realpolitische Basis für den Panturkismus bestand, ja die panturkistischen Ideen sogar im Kontext der Außenpolitik wieder an Bedeutung gewannen.

Die panturkistischen Aktivitäten in der Türkei wurden von der türkischen Regierung nach der Wende des Krieges bei Stalingrad und den weiteren sowjetischen Siegen aus strategischen Gründen nicht mehr geduldet. Präsident İnönü bezeichnete den Panturkismus zu dieser Zeit als „schädlich und abenteuerlich“ sowie dessen Anhänger als „gewissenlose Unruhestifter“ und verwies auf die Gefährdung der Beziehungen zur Sowjetunion.¹⁴² Gegen Ende des Krieges ließ die türkische Regierung die panturkistischen Vereine verbieten und ihre Aktivisten verhaften.

Nach dem Kriegsende intensivierten die Panturkisten ihre Aktivitäten wieder und gründeten Institutionen, die wissenschaftliche Publikationen und Propagandawerke veröffentlichten. Die wichtigsten panturkistischen Institutionen waren unter anderen das *Türk Kültürünü Araştırma Enstitüsü* (Forschungsinstitut für die türkische Kultur) und dessen Zeitschrift *Türk Kültürü* (Türkische Kultur). In der Nachkriegszeit flüchteten einige turksprachige Persönlichkeiten, wie z.B. Dr. Baymirza Hayit, aus der Sowjetunion in den Westen und wurden als Wissenschaftler und Propagandisten aktiv. Daher ist es nicht unangebracht, die Nachkriegszeit als eine neue Epoche für die panturkistische Bewegung zu bezeichnen, in der sie sich zunehmend antikommunistisch und dementsprechend antisowjetisch positionierte, was nach der Trennung des (Pan)Turkismus von dem türkeibezogenen Nationalismuskonzept des Kemalismus als weitere wichtige Transformation der Bewegung in der republikanischen Türkei gesehen werden kann.

Die nächste relevante Änderung brachte die durch die Einführung des Mehrparteiensystems erfolgte Institutionalisierung der panturkistischen Bewegung in einer politischen Partei. 1948 gründete General Çakmak, der ehemalige Generalstabschef der Türkei, die ultranationalistische *Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi* (Republikanische Partei der Bauern und der Nation), die nach der Etablierung der Kader von Alpaslan

¹⁴¹ Ibid. , S.146f.

¹⁴² Ibid. S.152.

Türkeş 1969 in *Milliyetçi Hareket Partisi*¹⁴³ (Partei der Nationalistischen Bewegung) umbenannt wurde.¹⁴⁴ Die Partei nennt in ihrem derzeitigen Programm die Thematik der so genannten „Auslandstürken“, d.h. der türkischen und turksprachigen Völker, zypriotische Türken, Türken in Südosteuropa und der Türkei-Türken, die in anderen Ländern leben. Trotz der Betonung der Gemeinschaft von Türken in der Türkei und „Auslandstürken“ propagierte die Partei der Nationalistischen Bewegung keinesfalls direkt eine Politik, die auf die politische Vereinigung der Türkei mit ihren turksprachigen Stammesgenossen abzielte, da nach der Einsicht der Parteispitze eine solche panturkistische Politik nicht den Rahmenbedingungen der Zeit des Kalten Krieges entsprach. Die Parteieliten warnten hingegen davor, dass die Republik Türkei durch eine voreilige panturkistische Politik gefährdet würde, und die so genannte „Rettung der Auslandstürken“ noch gerade von der Weiterexistenz der Türkei abhinge.¹⁴⁵ In der Tat waren sogar kulturelle Beziehungen unter den in der Sowjetunion lebenden turksprachigen Völker undenkbar.

Gegen Ende der 60er Jahre änderte die Parteiführung ihre bisherige säkulare Einstellung. 1969 wurden erstmals islamische und islamistische Komponenten in das Parteiprogramm aufgenommen. Dadurch übernahm die islamische Religion eine das nationale Identitätskonzept der Parteianhänger ergänzende Rolle, obschon das panturkistisch und ultranationalistisch orientierte Nationalismuskonzept der Partei weiterhin ihre primäre Ideologie blieb.¹⁴⁶ Can und Bora weisen darauf hin, dass die Aufnahme des islamischen Elements in das Parteiprogramm eher ein taktischer Zug der Parteispitze – und in der Tat keine ideologische Überzeugung – gewesen sei, um der eher marginalen Position der Partei in

¹⁴³ In deutschen Publikationen und Zeitungen wird der Name dieser Partei ins Deutsche als „Nationalistische Aktionspartei“ übersetzt. Dazu vgl. z.B. Buhbe, S. 269. Doch diese Übersetzung entspricht nicht der türkischen Bedeutung. Die korrekte Übersetzung lautet „Partei der Nationalistischen Bewegung“.

¹⁴⁴ Viele führende Persönlichkeiten und Mitglieder der Republikanischen Partei der Bauer und Nation traten von der Partei zurück, nachdem Türkeş und seine Kader die Parteiführung übernahmen. Der ehemalige Justizminister Irfan Baran verglich Türkeş sogar mit Hitler und beschuldigte ihn wegen seiner nationalsozialistisch erscheinenden politischen Ideen. Vgl. Ağaogulları, Mehmet Ali: *Milliyetçi Hareket Partisi*, in: *Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi*, İstanbul 1983, S. 2111-2119; S. 2111.

¹⁴⁵ Bora, Tanıl & Can, Kemal: *Devlet, Ocak, Dergah*. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket, İstanbul 1994, S. 527.

¹⁴⁶ Bora & Can, S. 54f.

Bezüglich der Integration der islamischen Elemente mit dem Nationalismuskonzept der Partei der Nationalistischen Bewegung vgl. Ağaogulları, S. 2114.

der derzeitigen türkischen Parteienlandschaft entgegenzuwirken.¹⁴⁷ Das Phänomen der zunehmend an Bedeutung gewinnenden politischen Reislamisierung und des politischen Islamismus habe die Parteiführung zu dieser Positionskorrektur bewegt. Aufgrund dieser Veränderungen in der ideologischen Grundausrichtung der Partei entstanden allerdings ernsthafte Meinungsverschiedenheiten und Fraktionen unter den Spitzenfunktionären der MHP. So trennte sich die Fraktion von Nihal Atsız, dem Vertreter eines eher rassistisch orientierten Nationalismus war, der mythische vorislamische Epochen der Türken betonte und die Synthese des Nationalismus mit dem Islam daher strikt ablehnte, von der Partei der Nationalistischen Bewegung.¹⁴⁸

Zur gleichen Zeit eignete sich die Partei angesichts der zunehmenden linken Tendenzen in der türkischen Gesellschaft und entsprechend den damaligen Konditionen des Kalten Krieges eine schärfere antikommunistische bzw. allgemein antilinke Positionierung an,¹⁴⁹ wobei der (Pan)Turkismus infolge der zunehmend innenpolitisch orientierten Haltung in den Hintergrund trat. Selbst der MHP nahestehende Autoren bezeichnen die antikommunistische Haltung als einen deutlichen Wechsel von einem „agierenden“ hin zu einem „reagierenden“ Charakter der Programmatik.¹⁵⁰ Für die Panturkisten bzw. Ultrationalisten sei es wichtiger gewesen, was sie nicht sein wollten, als das, was sie waren. Die Linken bzw. Kommunisten waren das „andere“, durch das die Ultrationalisten ihre Identität definierten und bestätigen ließen. Die Kommunisten – alle Linke wurden von der MHP als Kommunisten wahrgenommen – stellten für die Parteispitze „die gefährlichste Bedrohung der türkischen Nation“ dar, weil sie beabsichtigten, die „Einheit der türkischen Nation mit dem türkischen Vaterland“ zu zerstören.¹⁵¹ Zumal wenn man die unter der kommunistischen sowjetischen Herrschaft ohne politische Souveränität existierenden Turkvölker berücksichtigte, musste diese Haltung gegenüber den türkischen linken Tendenzen aus der Perspektive des Panturkismus und seines Verständnisses der bedrohten Existenz des „einzigen unabhängigen türkischen Staates“ als legitim betrachtet worden sein. Darüber hinaus popularisierte sich die Partei durch

¹⁴⁷ Bora & Can, S. 54.

¹⁴⁸ Ağaogulları, S. 2114f. Siehe auch Bora & Can, S. 55. Bora und Can weisen sogar auf die blutigen Abrechnungen während des Prozesses der Auflösung der Fraktion von Atsız hin.

¹⁴⁹ Bora & Can, S. 56-60.

¹⁵⁰ Ibid. S. 56.

¹⁵¹ Türkeş, Alpaslan: *Yeni Ufuklara Doğru*, İstanbul 1988, S. 37.

ihre reaktionäre Haltung nicht nur unter den Ultranationalisten, sondern auch generell unter den rechten Vertretern des extremistisch-antikommunistischen und konservativ-islamistischen Gedankenguts, was die Position der Partei in der türkischen Parteienlandschaft stärkte. Dementsprechend positionierten sich die rechtsextremistischen Jugend- und Studentenorganisationen der MHP – die Schüler- und Studentenorganisation *Ülkü Ocakları* (Herde der Idealisten) sowie die militante und bewaffnete Jugendorganisation *Bozkurtlar* (Graue Wölfe) – auf der Straße und in den Hochschulen mit Gewalt gegen die ebenfalls gewalttätigen Linksextremisten. Bora und Can deuten darauf hin, dass die rechtsextremistischen Militanten der Partei der Nationalistischen Bewegung trotz ihrer bewaffneten Gewalt möglicherweise infolge ihrer antikommunistischen Haltung vom Staat lange toleriert bzw. sogar unterstützt wurden.¹⁵²

Die MHP, die vor 1977 in der Großen Nationalversammlung mit drei Abgeordneten repräsentiert war, beteiligte sich mit zwei Ministern – Alpaslan Türkeş und Mustafa Kemal Erkovan – an der nach der sozialdemokratischen Regierung der CHP gegründeten Koalitionsregierung der so genannten 1. *Milliyetçi Cephe* (Ersten Nationalistischen Front) unter der führenden zentralrechten *Adalet Partisi* (Gerechtigkeitspartei) von Demirel und räumte ihren Anhängern und Sympathisanten ganz bewusst die Beamtenlaufbahn im staatlichen Dienst ein. 1977 erhöhte sie ihren Stimmenanteil von 3,4% zu 6,4% und erhielt 16 Sitze in der Großen Nationalversammlung, worauf sie diesmal 5 Ministerposten erhielt, unter anderen den des Vizepremierministers, den der Parteivorsitzende Türkeş bekleidete.¹⁵³

Mit dem Staatsstreich von 1980 änderten sich die politischen Rahmenbedingungen für alle politischen Bewegungen in der Türkei, unter anderem für die Partei der Nationalistischen Bewegung und deren Anhänger. Die MHP wurde, wie die anderen politischen Parteien des Landes, von der Militärregierung unter General Kenan Evren aufgelöst. Zu Beginn der Militärregierung wurde von Seiten der Parteiführung der MHP wenig Kritik am Staatsstreich, wahrscheinlich aufgrund der traditionellen, den Staat im mythischen Sinne idealisierenden pro-staatlichen Haltung der MHP. Sowohl die Parteispitze als auch viele Anhänger, insbesondere Militanten der Bewegung, identifizierten sich anfangs (zwischen 1980-1983) mit dem Staatsstreich und der Militärregierung.¹⁵⁴

¹⁵² Bora & Can, S. 59.

¹⁵³ Vgl. Ağaoğulları, S. 2117. Vgl. auch Bora & Can, S. 60-64.

¹⁵⁴ Bora & Can, S. 142.

Doch bald stellte es sich heraus, dass die Militärregierung gegen die Aktivisten der Partei der Nationalistischen Bewegung genauso hart und brutal wie gegen die linken Extremisten vorging.¹⁵⁵ Gegen 392 Spitzenfunktionäre und Aktivisten, unter anderen den Parteivorsitzenden Türkeş, wurde aus unterschiedlichen Gründen Anklage erhoben. 5 Angeklagte wurden zum Tode, 9 zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe und 219 zu unterschiedlichen Gefängnisstrafen verurteilt.¹⁵⁶ Agah Oktay Güner, der zu Zeiten der Militärregierung einer der bedeutendsten Parteifunktionäre der nationalistischen Bewegung war und später als Abgeordneter ins Parlament gewählt wurde, fasste die damalige Wahrnehmung der Bewegung mit den Worten „Ideen [der Bewegung] an der Macht, die Bewegung selbst im Gefängnis“ zusammen.¹⁵⁷ Can und Bora stellen fest, dass die Bewegung gegen Mitte der 80er Jahre begann, sich gegen das Regime des Staatsstreichs von 1980 zu positionieren, der ihre politisch-ideologische Existenz kriminalisierte, und die türkeispezifische Tradition der militärischen Intervention auf die Politik zu kritisieren.¹⁵⁸ Sogar Türkeş, der ehemals Oberst in der türkischen Armee war und im Staatsstreich von 1960 selbst eine aktive Rolle spielte, übte offen Kritik am Staatsstreich von 1980¹⁵⁹ und bezeichnete ihn als eine direkt gegen seine Bewegung unternommene Intervention.¹⁶⁰

Der Staatsstreich vom 12. September 1980 war unter anderem auch im Hinblick auf die nationalistische Ideologie von Bedeutung. Die Militärregierung identifizierte sich mit einer autoritären und militaristischen Interpretation des Kemalismus und versprach eine diesem Kemalismusverständnis entsprechende Neuregulierung der Gesellschaft, Politik und Kultur. Bora und Can zufolge ermöglichte der *eklektische Charakter* des Kemalismus der Junta eine derartige Auslegung.¹⁶¹ Die Militärregierung konnte einige „nicht nützliche“ Komponente des Kemalismus von seinem eigenen Kemalismuskonzept ausschließen, während andere ausgewählt und betont wurden. Als Beispiel kann in diesem Zusammenhang

¹⁵⁵ Wie die damals verhafteten Linksextremisten wurden auch die Militanten der Partei der Nationalistischen Bewegung während der Haft gefoltert und misshandelt, was die positive Haltung der Parteifunktionären, Aktivisten und Anhänger der Bewegung gegenüber dem Staatsstreich von 1980 veränderte. Vgl. Ibid. S. 131ff.

¹⁵⁶ Ağaogulları, S. 2119. und Bora & Can, S. 111.

¹⁵⁷ Güner, A. Oktay & Somuncuoğlu, S. & Er, A.: MHP ve Ülkücü Kuruluşlar Davası, Ankara 1982, S. 21.

¹⁵⁸ Bora & Can, S. 143-144.

¹⁵⁹ Çalışlar, Oral: Liderler Hapishanesi, İstanbul 1989, S. 156.

¹⁶⁰ Bora & Can, S. 146.

¹⁶¹ Ibid. S. 147-148.

das Laizismuskonzept des Kemalismus genannt werden. Hier fehlte der Militärregierung aufgrund der deutlichen säkularen Tendenz des Kemalismus die Unterstützung des Islam. Nach der Ansicht der Militärregierung könnte der Islam im Hinblick auf die Legitimität ihrer antidemokratischen und repressiven Politik eine relevante Rolle spielen. Infolge des Laizismuskonzepts des Kemalismus jedoch kam die politische Nutzung der Religion nicht in Frage, was für die Militärregierung eine Legitimationsschwäche bedeutete. Um sie zu beseitigen, wurden islamische Komponenten der *Türk-İslam-Sentezi* (Türkisch-Islamischen-Synthese) in das ideologische Konzept der Militärregierung eingeschlossen.¹⁶² Obwohl die militärische Führung die Partei der Nationalistischen Bewegung wie alle anderen politischen Parteien auflöste und ihren Spitzenfunktionären die Teilnahme an der Politik verbat, verhalf sie dadurch dennoch zum Teil vergleichbar konservativen Kräften des Landes zur Dominanz im politischen Leben. Dieser politische Zug sollte in der Zukunft die Position der konservativen politischen Bewegungen – insbesondere die der Islamisten und Ultrationalisten – in der politischen Parteienlandschaft des Landes gravierend ändern und neue Gewichtsverhältnisse in der türkischen Innenpolitik hervorbringen, die auch im Hinblick auf die Außenpolitik relevante Veränderungen mit sich brachte.

Das Konzept der Türkisch-Islamischen-Synthese, das als quasi-offizielle Ideologie des Militärregimes bezeichnet werden kann,¹⁶³ wurde vom *Aydınlar Ocağı* (Herd der Intellektuellen)¹⁶⁴ formuliert. Der Herd der Intellektuellen war ein Verein der nationalistischen rechten Intelligenzija des Landes, der die Vereinigung der Nationalisten unter einem Dach und gemeinsamen Widerstand gegen die an Bedeutung gewinnenden linken Tendenzen in der Gesellschaft propagierte sowie bei der Bildung der Koalitionsregierung der *Milliyetçi Cephe* (Nationalistischen Front) zwischen der zentralrechten Gerechtigkeitspartei von Demirel (AP), der islamistischen Nationalen Heilspartei von Erbakan (MSP) und der ultranationalistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) eine gewisse Rolle spielte. Nach dem Staatsstreich von 1980 unterstützte auch der

¹⁶² Ibid. S. 148.

¹⁶³ Toprak, Binnaz: Religion as State Ideology in a Secular Setting: The Turkish-Islamic Synthesis, in: Wagstaff, Malcolm (Hg.): Aspects of Religion in Secular Turkey (University of Durham. Centre for Middle Eastern and Islamic Studies. Occasional Paper Series/40), Durham 1990, S. 10-15. und Bora & Can, S. 151.

¹⁶⁴ *Aydınlar Ocağı* (Herd der Intellektuellen) war ein Verein der rechten parteilosen Intellektuellen, der 1970 gegründet wurde, um die Zersplitterung des so genannten rechten Lagers in der Türkei zu verhindern.

Herd der Intellektuellen wie die Partei der Nationalistischen Bewegung die Militärführung. Auch er betrachtete die Macht des Staates als „heilig und übergeordnet“ und glaubte daran, dass die Militärregierung gegen die als destruktiv bezeichneten gesellschaftlichen Entwicklungen notwendig gewesen sei und nun eine Rückkehr zur „nationalen Kultur“ erfolgen würde. Unabhängig von seiner ideologischen Nähe zur MHP betrachtete der Herd der Intellektuellen die Existenz dieser Partei allerdings nicht als unverzichtbar, was sein Bekenntnis zum Staatsstreich trotz Auflösung der nahe stehenden Partei nicht verhinderte.¹⁶⁵

Der Herd der Intellektuellen war eine „Gruppe der rechten, eher (pan)turkistisch orientierten Eliten“: Zwischen 1970-1980 betrug die Anzahl der Mitglieder des Herds 110 und im Zeitraum 1980-1985 wurden lediglich 20 neue Mitglieder aufgenommen.¹⁶⁶ Dies deutet auf die elitäristische Organisation der Gruppe hin. Der Herd präsentierte sich als ein Gremium von Experten. Seine Mitglieder waren überwiegend Wissenschaftler. Seit den 80er Jahren nahmen zahlreiche Mitglieder des Herds der Intellektuellen relevante Posten in der höheren Bürokratie – insbesondere in der im Militärregime gegründeten *Yüksek Öğrenim Kurulu* (Kommission der Höheren Bildung)¹⁶⁷ – ein, und seine Ideologie der Türkisch-Islamischen-Synthese, die ein Bestandteil der Ideologie des neuen Regimes wurde, entfaltete eine wachsende Bedeutung für das neue Regime.¹⁶⁸ Insbesondere wurden das Hochschulsystem und die Sekundärschulen über das Nationale Bildungsministerium von der Ideologie stark beeinflusst.

Die Ideologie der Türkisch-Islamischen-Synthese¹⁶⁹, die das erste Mal 1972 von İbrahim Kafesoğlu¹⁷⁰, der wichtigsten Persönlichkeit des türkisch-islamischen Herds der Intellektuellen, formuliert wurde, forderte die Neuschreibung der türkischen Geschichte. Insbesondere die Beziehung zwischen Nation und Religion, also dem Islam, sah die Tür-

¹⁶⁵ Bora & Can, S. 151.

¹⁶⁶ Ibid. S. 154.

¹⁶⁷ Vgl. Ibid. S. 185-189.

¹⁶⁸ Vgl. Toprak, Binnaz: Religion als Staatsideologie in einem laizistischen Staat. Die Türkisch-Islamische-Synthese, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 2/1 (1989), S. 55-62; S. 56.

¹⁶⁹ Die ursprüngliche Bezeichnung lautete *Türk-İslam-Batı-Sentezi* (Türkisch-Islamisch-Westliche-Synthese).

¹⁷⁰ İbrahim Kafesoğlu (1914-1984) war ein Professor für Literaturwissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Istanbul. Seine Publikationen befassen sich mit der seldschukischen und türkischen Kulturgeschichte. Ideologischer Kopf der *Türk-İslam-Sentezi*. Vgl. Buhbe, S. 231.

kisch-Islamische-Synthese als entscheidend für die neue Geschichtsschreibung, wobei die vom ursprünglichen Kemalismus vernachlässigte osmanische bzw. islamische Komponente in die neue Geschichtsschreibung aufgenommen wurde. Grundlegende inhaltliche These der Türkisch-Islamischen-Synthese ist die Annahme einer Verbindung zwischen Türkentum und der islamischen Religion. In diesem Sinne hätten die Türken bereits in der vorislamischen Zeit an einen *Gök Tanrı* (Himmelgott) geglaubt und daher eine monotheistische Religion gehabt, deren Rituale und soziale Beziehungen im Großen und Ganzen mit den vom Islam vorgesehenen Prinzipien übereinstimmten. Die Türkisch-Islamische-Synthese sah das türkische Volk als eine die islamische Gesellschaftsstruktur säkularisierende und reformierende Kraft an. Kafesoğlu zufolge gab es in der vorislamischen Gesellschafts- und insbesondere der Familienstruktur sowie im Bereich des Politischen der frühen Türken eine relative Trennung des Weltlichen vom Spirituellen,¹⁷¹ was sich später in gleicher Weise im politischen System der osmanischen und republikanischen Türkei manifestierte. Das „türkische Volk“ wurde von diesem Ideologiekonzept als eine homogene Nation wahrgenommen. Seine ethnische und konfessionelle Disparität wurde dabei nicht mitberücksichtigt.

Die Türkisch-Islamische-Synthese umfasste allerdings nicht nur eine neue Geschichtsschreibung, sondern auch eine Kritik der republikanischen Modernisierung. Nach Kafesoğlu hätten die osmanischen und republikanischen Führungseliten die Modernisierung mit der Europäisierung gleichgesetzt. Aufgrund dieser Nachahmung Europas und des Versuchs, eine europäische Nation hervorzubringen, hätten sie das „Gleichgewicht zwischen der türkischen und islamischen Kultur“ zerstört, das in der Geschichte zwischen „Familie, Moschee und Armee“ geschaffen worden sei. Das republikanische Bildungssystem hätte die eigentlichen Werte der türkischen Nationalkultur durch die Übernahme fremder Werte wie die des Humanismus in Wissenschaften und Schulbücher vernachlässigt,¹⁷² was die Jugend seiner eigenen nationalen Geschichte und Kultur entfremdet hätte.¹⁷³ Um dieser angeblichen Entfremdung entgegenzuwirken, forderte Kafesoğlu die Stärkung der so genannten „nationalen Kultur“, deren Quelle das Türkentum und die islamische Religion sei, durch staatliche Propaganda, entsprechende natio-

¹⁷¹ Kafesoğlu, Ibrahim: *Türk Milliyetçiliğinin Meseleleri*, İstanbul 1993, S. 66-67. und Bora & Can, S. 171-173.

¹⁷² Kafesoğlu, S. 142-147.

¹⁷³ *Ibid.* S. 142.

nal(istisch)e Bildungspolitik und die Nutzung der Massenmedien. Er maß dem Staat eine Sonderrolle bei, die Kultur entsprechend der Türkisch-Islamischen-Synthese zu nationalisieren. Natürlich widersprachen die Ideen der Türkisch-Islamischen-Synthese sowohl denen des ursprünglichen Kemalismus als auch der osmanischen jungtürkischen Ideologie, die ebenfalls eine Europäisierungspolitik forderte.

Bora und Can bezeichnen das Verhältnis des militärischen Regimes zum Islam in den 80er Jahren als ein Politikfeld, das von der Türkisch-Islamischen-Synthese dominant beeinflusst wurde.¹⁷⁴ Die Anhänger der Türkisch-Islamischen-Synthese betonten, wie oben bereits angedeutet, im Sinne ihrer Auffassung der „nationalen Kultur“ den Islam als Wesen der türkischen Kultur und forderten die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Schulen. Die Militärführung eignete sich die Thesen der Türkisch-Islamischen-Synthese bezüglich der „vereinigenden sozialen Rolle der islamischen Religion“ an, da der klassische Kemalismus mit seinem eklektischen und partiellen Charakter bzw. aufgrund seiner Evolution in die Sozialdemokratie diese vereinigende Funktion in der Gesamtgesellschaft nicht mehr erfüllen konnte, und setzte sich für einen „religiösen, aber nicht islamistischen Staat“ ein.¹⁷⁵ An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass dies nicht unbedingt aus ideologischer Überzeugung geschehen sein mag, sondern möglicherweise eher funktionalen Erwägungen folgte, um der gesellschaftlichen Polarisierung in der damaligen Türkei entgegenzuwirken. In der Elementar- und Sekundärschulbildung wurde der Religionsunterricht zum Pflichtfach. Entsprechend der neuen Bildungspolitik wurden die Schulbücher neu erarbeitet¹⁷⁶ und die Universitäten verloren durch die Gründung der *Yüksek Öğrenim Kurulu YÖK* (Kommission der Höheren Bildung) überwiegend ihren autonomen Status.

Die Türkisch-Islamische-Synthese, die nach dem Staatsstreich von 1980 bis Ende der 80er Jahre das politische Regime in der Türkei in gewissem Maße beeinflussen konnte, begann gegen Ende der 80er Jahre aufgrund der durch den Regierungswechsel entstandenen relativen Normalisierung des politischen Lebens kontinuierlich an Bedeutung zu

¹⁷⁴ Bora & Can, S. 174.

¹⁷⁵ Ibid. S. 175.

¹⁷⁶ Zum Beispiel beinhaltete das vom Prof. Dr. Ahmet Mumcu verfasste Schulbuch für das Pflichtfach *Atatürk İlkeleri ve İnkılap Tarihi* (Prinzipien Atatürks und Reformgeschichte) die Information, dass Atatürk keinesfalls Atheist bzw. Konfessionslos wäre und in der Türkei zu keiner Zeit so viele Moscheen gebaut worden wären als während der Republik.

verlieren.¹⁷⁷ Doch auch während der neuen Koalitionsregierung Demirel von *Doğru Yol Partisi* (Partei des Rechten Weges) und der *Sosyaldemokrat Halkçı Parti* (Sozialdemokratischen Volkspartei) von Erdal İnönü fanden weitere Reformen der türkisch-islamischen Unterrichtsinhalte sowie eine Reorganisation des Hochschulwesens statt. Daher können die Nachwirkungen der Türkisch-Islamischen-Synthese auch heute noch – insbesondere im Bildungswesen und in der Kulturpolitik – beobachtet werden.

In den 80er Jahren bestand zudem das Konzept der *Milliyetçi Çalışma Partisi* (Partei der Nationalistischen Arbeit) bzw. Partei der Nationalistischen Bewegung¹⁷⁸ von Türkeş neben der Türkisch-Islamischen-Synthese fort. Zugleich mit dem wachsenden Bedeutungsverlust der Türkisch-Islamischen-Synthese zu Beginn der 90er Jahre begann die Nationalistische Bewegung in der Parteienlandschaft des Landes wieder an Bedeutung zu gewinnen.¹⁷⁹ Gegen Ende der 90er Jahre konnte die Nationalistische Bewegung einen deutlichen Gewinn an Popularität insbesondere unter den jungen Wähler verzeichnen, errang dadurch eine enorme Zunahme an Gewicht in der Parteienkonstellation und war sogar an der Koalitionsregierung der demokratisch-linken DSP von Ecevit beteiligt.

Die bisher zusammenfassend dargestellten panturkistisch bzw. ultranationalistisch ausgerichteten Konzepte, insbesondere die der Partei der Nationalistischen Bewegung sowie der Türkisch-Islamischen-Synthese des Herds der Intellektuellen, beeinflussten vor allem die Turkrepublikenpolitik der Türkei in der Etablierungsphase. Unter dem Einfluss der exogenen Determinanten – insbesondere durch die Auflösung der Sowjetunion und die dadurch entstandene neue regionale Umwelt der Türkei – transformierten sich die panturkistisch-ultranationalistischen Bewegungen weg von ihrem reaktionären (antikommunistischen bzw. antilinken) Charakter der vergangenen Jahrzehnte durch die so genannten „Entstehung der türkischen Welt von Adria bis zur chinesischen Mauer“ hin zu einem aktionären Charakter. Die Panturkismen, die während des Ost-West-Konflikts sowie angesichts der politischen Konditionen in der regionalen Umwelt der Türkei keine

¹⁷⁷ Saylan, Gencay: *Türkiye’de İslamcı Siyaset*, Ankara 1992, S. 113.

¹⁷⁸ Die Partei wurde nach dem Wiedereinführung der 1980 durch den Staatsstreich von 1980 abgeschafften demokratischen Ordnung aufgrund des noch bestehenden Verbots mit einem anderen Namen wieder ins Leben gerufen: *Milliyetçi Çalışma Partisi* (Partei der Nationalistischen Arbeit). In folgenden Jahren wurde die Partei der Nationalistischen Arbeit zum alten Namen, nämlich zur Partei der Nationalistischen Bewegung, umgewandelt.

¹⁷⁹ Für die Einzelheiten dieses Prozesses siehe Bora & Can, S. 435-451.

mögliche Option mehr waren, schienen nun den türkischen Ultranationalisten und sogar anderen politischen Eliten eine reale außenpolitische Option zu sein. Dadurch gewannen die „veralteten“ Ideen der panturkistisch orientierten Eliten erneut an Bedeutung.

Die ideologischen Spuren des (Pan)Turkismus werden insbesondere in der türkischen Kulturpolitik für die postsowjetischen Turkrepubliken Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan sichtbar. Darüber hinaus beeinflusste der Panturkismus auch in der Zypernfrage sowie in den Kriegen in Ex-Jugoslawien die türkische Außenpolitik. Dabei ging es beim Einfluss des (Pan)Turkismus auf das außenpolitische Verhalten der Türkei in den 90er Jahren eher darum, jegliche Art der Kooperation zwischen den neuen unabhängigen *türkischen* Staaten – so werden diese in der Türkei, insbesondere aber unter den nationalistischen Eliten wahrgenommen – und den türkischen, turksprachigen und/oder muslimischen Völkern in Südosteuropa, in Russland etc. zu unterstützen sowie die Annäherung der turksprachigen Völker dieser Staaten zu fördern. Hierbei ist die türkische Kulturpolitik ein nützliches Instrument, bei dem insbesondere das panturkistische Gedankengut aufgegriffen wird. Die panturkistische Außenpolitik mit dem Schwerpunkt einer auswärtigen Kulturpolitik im Sinne des Gökalpischen kulturellen Panturkismus, obwohl sie von den hochrangigen türkischen Entscheidungsträgern offiziell nicht so bezeichnet wird, machte den kulturpolitischen Bereich der Beziehungen zu den Turkrepubliken zum erfolgreichsten Teil der außenpolitischen Neuorientierungen der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Wie aus den obigen zusammenfassenden Ausführungen ersichtlich wird, stellt der (Pan)Turkismus spezifische Wertpostulate. Von denen ausgehend umfasst er Zielsetzungen, die zwar im Sinne historisch unterschiedlichen (Pan)Turkismen Varianten darstellen, doch im Grunde dem selben ursprünglichen Ideal der Einheit der turksprachigen bzw. *türkischen* Völkern entspringen. Diese Zielsetzung erhielt zumindest im kulturellen Bereich eine unerwartete, nicht zu unterschätzende Realitätsbasis in der weltpolitischen Konstellation der 90er Jahren. Man kann den (Pan)Turkismus der 90er Jahren als eine aktionsorientierte Ideologie bezeichnen. Die Demonstrationen der nationalistischen Massen nach der Besetzung der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku durch die Truppen der Roten Armee oder im aserbaidshanisch-armenischen Konflikt um die Region Berg-Karabach können als Belege dieser Sichtweise gelten. Diese Mobilisierung sensibilisierte die Bevölkerung in Fragen der postsowjetischen Turkrepubliken und der verwandten Turkvölker und er-

weckte das Interesse der Medien an der Thematik. Das Interesse der türkischen Bevölkerung an den Turkvölkern der ehemaligen Sowjetunion war zu Beginn der 90er Jahre groß. Dies rief eine entsprechend große Sensibilität der türkischen Entscheidungsträger und Machteliten in neuen außenpolitischen Betätigungsregionen wie dem Kaukasus und Zentralasien hervor. Die Turkvölker und die außenpolitischen Optionen der Türkei in den turksprachigen Gebieten blieben nicht nur ein sensibles Thema der panturkistisch orientierten Eliten und Politiker, sondern entwickelte sich aufgrund des neu entstandenen Drucks und der Erwartungen in der Öffentlichkeit zu einem nationalen Thema der türkischen Außenpolitik. Diese gesellschaftlich-politische Entwicklung kann auch als eine Perzeptionsänderung der türkischen Entscheidungsträger interpretiert werden. Ungeachtet der möglichen Faktoren dieser Perzeptionswandlung realisierte man auch außerhalb der Türkei das neue außenpolitische Potential der Türkei in der turksprachigen postsowjetischen Umwelt. Die Turkrepubliken waren damit eines der ersten Betätigungsfelder der neuen türkischen Außenpolitik nach der Desintegration der Sowjetunion.

Die außenpolitischen Entscheidungsträger verwendeten die wertbezogenen Leitideen der panturkistischen Ideologie sowie des entstandenen öffentlichen Interesses bei allen die Turkrepubliken oder Turkvölker betreffenden Fragen auch als Legitimierungsgrundlage ihrer Zielsetzung, im Kaukasus und in Zentralasien, welche letztlich noch immer weitgehend *russisches nahes Ausland* sind, den türkischen Einflussmöglichkeiten in dieser Region auszubauen, um wirtschaftliche Interessen insbesondere an fossilen Energierohstoffen besser wahrnehmen zu können. In diesem Zusammenhang liegt es nahe, anzunehmen, dass zwar nicht die panturkistische Ideologie selbst, jedoch zumindest ihre Wertpostulate – u.a. die Verwandtschaft der Turkvölker, ethnische und sprachliche Einheit bzw. Gemeinsamkeit sowie die gemeinsame kulturelle Herkunft – den türkischen Regierungen zur Verschleierung primärer strategischer, machtpolitischer sowie wirtschaftlicher Interessen dienten. Die geschichtlichen und ideologischen Ausgangspunkte der türkischen Turkrepublikenpolitik, die in diesem Abschnitt der Arbeit dargestellt wurden, ergänzen damit vor allem das Wissen zur Vorgeschichte eines relevanten Teiles der ideologiepolitischen Konstellationen, deren Effekte Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind.

3. GESTALTUNG DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT

In diesem Kapitel wird die Gestaltung der türkischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der außenpolitischen Entscheidungsprozesse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie der Beziehungen zwischen den in die Gestaltung der auswärtigen Politik involvierten Machtinstanzen behandelt.

Vor dem Beginn der Analyse ist es notwendig, einige Grundbegriffe der Thematik zu verdeutlichen. Sartori bezeichnet politische Entscheidungen als „kollektivierte Entscheidungen“, die ein Kollektiv betreffen, ob sie nun von einem, wenigen oder vielen getroffen werden.¹⁸⁰ Außenpolitische „Entscheidungen werden als Abfolge untereinander verknüpfter Situationsanalysen, Bewertungen und Handlungsentscheide verstanden, die sich sowohl reaktiv als auch initiativ vollziehen“.¹⁸¹ Das Entscheidungszentrum eines Kollektivs, in diesem Fall des türkischen Staates, trifft also rechtsverbindliche und legitime Entscheidungen, welche sämtliche Staatsbürger betreffen. Kollektivierte Entscheidungen sind Sartori zufolge insoweit politisch, als sie erstens souverän, zweitens flächendeckend und drittens sanktionierbar sind: Souverän sind sie, weil sie jede andere Regelung aufheben können; flächendeckend, weil sie sich bis an die Grenzen des Staatsterritoriums erstrecken; sanktionierbar, weil das rechtliche – legitimierte und legale – Gewaltmonopol hinter ihnen steht.¹⁸² Für das Zustandekommen außenpolitischer Entscheidungen können, wie für alle politischen Entscheidungen, ganz allgemein folgende Kriterien aufgestellt werden: Eine vorhandene Wahlhandlung bzw. eine vorhandene Option, ein Handlungsspielraum, bewusste Wahl einer Option, d.h. keine Zufallswahl, und schließlich der Willen eines Entscheidungsträgers.¹⁸³ Schellhorn weist darauf hin, dass außenpolitische Entscheidungen im Wirkungszusammenhang von drei relevanten Determinanten stehen:

Erstens wird die Außenpolitik eines Staates von Determinanten eines innerstaatlichen Bereichs bestimmt, zweitens

¹⁸⁰ Sartori, Giovanni: *Demokratietheorie*, Darmstadt 1992, S. 212-213.

¹⁸¹ Wolke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen 1995, Unter „Außenpolitischer Entscheidungsprozess“, S.19-22; S.19.

¹⁸² Sartori, S. 213.

¹⁸³ Schellhorn, S.180.

*bilden die Träger außenpolitischer Entscheidungen und die ihnen angegliederten Verwaltungs- und Vollzugsinstanzen ein wichtiges Determinanten-Feld, und drittens werden außenpolitische Entscheidungen von dem Determinanten-Feld der außenpolitischen Umwelt, d.h. von den fremden Staaten ... und der regionalen und/oder weltpolitischen Gesamtlage betroffen.*¹⁸⁴

Im Rahmen der internationalen Politik wird jeder Staat allein durch seine Regierung repräsentiert und nach außen hin als geschlossene Einheit vertreten,¹⁸⁵ was unter anderen bedeutet, dass jeder Staat durch seine außenpolitischen Entscheidungsträger agiert. Es ist jedoch in der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses von großer Relevanz, herauszufinden, welche Organe in dieser geschlossenen Aktionseinheit in welchem Maße Verantwortung tragen oder, mit anderen Worten, wie der (außen)politische Entscheidungsprozess funktioniert. In der vorliegenden Analyse wird unter anderem die Frage diskutiert, ob im außenpolitischen Entscheidungsprozess die Komponente des Entscheidungssystems entsprechend ihren gesetzlich definierten Rahmenbedingungen einerseits und der nach außen als geschlossen wahrgenommene Staat (außenpolitische Aktionseinheit) andererseits harmonisch interagieren. Daher werden insbesondere die Machtverhältnisse im Determinantenfeld der Träger außenpolitischer Entscheidungen sowie der ihnen angegliederten Verwaltungs- und Vollzugsinstanzen im türkischen Staatsapparat dargestellt werden. Denn die Gewichte der am türkischen außenpolitischen Entscheidungsprozess beteiligten Machtzentren und Instanzen weichen in mancher Hinsicht von den außenpolitischen Entscheidungsprozessen anderer demokratischen Staaten Europas ab. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der türkischen EU-Beitrittskandidatur problematisch. Insofern ist das Thema auch in den türkisch-europäischen Beziehungen der 90er Jahre von Relevanz. Wichtige Punkte, die hierbei diskutiert werden, sind die Lage der Macht-, Kompetenz- und Einflussverhältnisse zwischen den das Regierungsapparat bildenden Institutionen des Staates sowie insbesondere das Verhältnis zwischen zivilen Entscheidungs-, Verwaltungs- und Vollzugsinstanzen und dem Militär. Ebenso wichtig sind die unterschiedlichen Perzeptionen der türkischen Führungseliten und die außenpolitischen Grundhaltungen in der türkischen Parteienlandschaft.

¹⁸⁴ Ibid. S. 181.

¹⁸⁵ Ibid. S. 166.

Bezüglich des innerstaatlichen Entscheidungsprozesses konnten während der 90er Jahre folgende Phänomene beobachtet werden, die in diesem Bereich zu Veränderungen führten: 1) Kontinuierliche Machtzunahme des Militärs im innen- und außenpolitischen Entscheidungsprozess nach dem Staatsstreich von 1980, 2) relative und temporäre Machtzunahme des Präsidentenamtes entsprechend den Rahmenbedingungen der Verfassung von 1982, die nach dem Staatsstreich von 1980 unter starkem Einfluss des Militärs verfasst wurde, 3) temporäre de facto Einschränkung der Kompetenzen des Parlaments bezüglich der außenpolitischen Fragen, 4) seit dem Beginn der 90er Jahre das Land regierende schwache Koalitionsregierungen sowie Legitimations- und Machtverlust der zivilen Entscheidungsträger aufgrund persönlicher und institutionell bedingter Erfolglosigkeit in zahlreichen vitalen Politikbereichen, insbesondere aber im Bereich der makroökonomischen Verwaltung des Landes.

Die Entscheidungs-, Vollzugs- und Verwaltungsinstanzen, die am außenpolitischen Entscheidungsprozess beteiligt sind, sind der Ministerrat bzw. das Kabinett, der Präsident, das Parlament, der Nationale Sicherheitsrat (NSR) und das Militär. Die Rechte und Kompetenzen dieser Institutionen, die in Gesetzen definiert werden, sowie die landesspezifischen, traditionell bedingten de facto Machtverhältnisse und dementsprechende Rangordnungen der Macht samt unterschiedlicher Einflussmöglichkeiten im politischen, insbesondere aber im außenpolitischen Entscheidungsprozess werden in diesem Abschnitt der Arbeit behandelt. Es muss jedoch bereits vorab betont werden, dass in der Analyse aufgrund nicht veröffentlichter offizieller Primärquellen (z.B. Inhalte der Versammlungen des NSR) lediglich Gesetzestexte sowie Sekundärquellen und Medienberichte berücksichtigt werden können. Daher ist es lediglich lückenhaft möglich, die Wechselwirkungen zwischen den zivilen Regierungs- und Verwaltungsmitgliedern und den militärischen Instanzen im politischen Entscheidungsprozess rekonstruierend und interpretierend darzustellen. Dennoch wird die Behandlung des politischen Entscheidungsprozesses ein wichtiger Bestandteil der Gesamtanalyse sein, weil erstens in bisherigen wissenschaftlichen Publikationen über die Thematik des Entscheidungsprozesses, insbesondere über den Einfluss des Militärs im außenpolitischen Kontext, nicht bzw. kaum berichtet wurde, und zweitens sich das politische Entscheidungsprozess zu einem zentralen Thema den Türkei-EU-Beziehungen im Sinne des Beitrittsprozesses der Türkei und damit im europäischen Erweiterungsprozess entwickelte.

3.1. Sicherheit im Kontext des außenpolitischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozesses

Der Begriff Sicherheit spielt im außenpolitischen Entscheidungsprozess der Türkei eine übergeordnete relevante Rolle. Die landesspezifische Bedeutung dieses Begriffes genauer zu verstehen, ist für die Analyse der Gestaltung der türkischen Außenpolitik im Hinblick auf ein umfassendes Verständnis der untersuchten Zeitperiode von Bedeutung. Deshalb soll zu Beginn auf den im außenpolitischen Entscheidungsprozess eine Schlüsselrolle zukommenden Begriff der Sicherheit hingewiesen werden. Der türkische Politikwissenschaftler Özcan weist darauf hin, dass in der Türkei der Begriff der Außenpolitik überwiegend in Einheit mit dem Begriff der nationalen Sicherheit und der Verteidigungspolitik gebraucht wird.¹⁸⁶ Die Außenpolitik wird in der Türkei als „überparteilich bzw. überpolitisch“ und „national“ wahrgenommen,¹⁸⁷ was eine gewisse Relativierung der Macht der Exekutive bezüglich des außenpolitischen Entscheidungsspielraumes bedeutet. Die Beeinflussung „ziviler politischer Gruppen“ auf die Formulierung der nationalen Sicherheitspolitik, d.h. des Kerns der Außenpolitik, ist nach diesem Konzept also nicht allzu sehr erwünscht.¹⁸⁸ Dementsprechend sind die grundlegenden außenpolitischen Diskussionen gesellschaftlich begrenzt bzw. sogar tabuisiert.¹⁸⁹

Der Begriff Sicherheit hängt in der Türkei überwiegend mit der territorialen Integrität des Landes zusammen. Es ist zwar nicht außergewöhnlich, dass der türkische Staat, wie jeder andere Staat, als eine seiner primären Aufgaben die Gewährleistung seiner territorialen Integrität definiert. Dennoch muss an dieser Stelle auf das landesspezifische historische Trauma der Türken nach der Niederlage des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg hingewiesen werden, die den Auflösungsprozess des Osmanischen Reichs mit seinem Zerfall beendete. Das zweite Trauma bezüglich der territorialen Integrität verursachte der Friedensvertrag von Sevres nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, der auch die Zerstückelung des den Türken nach dem Krieg verbliebenen und von den Füh-

¹⁸⁶ Özcan, Gencer: *Türkiye’de Siyasal Rejim ve Dış Politika (1983-1993)*, in: Sönmezoğlu, Faruk: *Türk Dış Politikasının Analizi*, İstanbul 1994, S. 293-315; S. 294.

¹⁸⁷ Özcan, S. 296.

¹⁸⁸ T.C. Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği (Hg.): *Devletin Kavram ve Kapsamı*, 1991, S. 43, zitiert nach *ibid.* S. 295.

¹⁸⁹ *Ibid.* S. 295.

rungseliten als Kernland bezeichneten Staatsgebietes – das heutige Territorium der Türkei – vorsah. Unter diesen Voraussetzungen führte die Nationalbewegung den Befreiungskrieg gegen die Besatzungsmächte, um die äußerst negativen Bedingungen des Vertrages von Sevres zu revidieren und die türkische Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Nach dem Sieg im Befreiungskrieg gegen die Besatzungsmächte und seiner völkerrechtlichen Bestätigung durch die Paraphierung des Friedensvertrages von Lausanne erlangte die Türkei wieder ihre volle Souveränität und Unabhängigkeit, die in die Gründung der Republik Türkei und damit den türkischen Nationalstaat mündete. Die traumatischen Erlebnisse der türkischen Führungseliten bis zur Erlangung der Unabhängigkeit bestimmten weitgehend das Sicherheitskonzept der neuen republikanischen Türkei. Eine äußerst neutrale Außenpolitik und eine große Empfindlichkeit bezüglich des Schutzes der territorialen Integrität kennzeichneten die ersten Jahrzehnte der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik. Dadurch entstand ein Außenpolitikkonzept, in dem die Sicherheitspolitik eine ganz spezielle, entscheidende Rolle spielte.

Die Reduzierung der Außenpolitik auf die Sicherheitspolitik und die daraus folgende relative Entpolitisierung der Außenpolitik ist möglicherweise auch auf das historische sicherheitspolitisch dominierte Außenpolitikkonzept des NATO-Frontstaates Türkei während des Ost-West-Konflikts zurückzuführen. Obwohl nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der Außenpolitik anderer NATO-Staaten relevante Veränderungen in den sicherheits- und außenpolitischen Konzepten stattfanden, wurden in der Türkei bis zum Ende der 90er Jahre keine bzw. nur geringfügige strukturelle Veränderung im Prozess der außenpolitischen Entscheidungsabläufe durchgeführt. Bis zu den EU-Anpassungsreformen waren die außenpolitischen Entscheidungen – trotz der durch Reformen gegen Ende der 90er Jahre geschaffenen Transparenz – an das unübersichtliche „nationale Sicherheitskonzept“ anzupassen. Wie während des Ost-West-Konflikts dominierte die Sicherheitspolitik bis zu den jüngsten Reformen die außenpolitischen Entscheidungen. Auf der anderen Seite wird in der Türkei der Begriff der nationalen Sicherheit mit der Abwehr von militärischer Bedrohung gleichgesetzt, was die politischen, wirtschaftlichen, umweltpolitischen etc. Dimensionen der nationalen Sicherheit vernachlässigt.¹⁹⁰ Auch das Konzept der inneren Bedrohung nimmt stets Bezug auf den Begriff der Sicherheit. Ethnischer Separatismus – die Bedrohung seitens der terroris-

¹⁹⁰ Özcan, S. 295f.

tischen kurdischen PKK – oder religiöser Fundamentalismus bzw. Islamismus – wie beispielsweise im Fall der islamistisch-fundamentalistischen Terrororganisation Hisbullah oder der Kooperation zwischen der islamistisch-fundamentalistischen Terrorzelle IBDA-C und der internationalen Terrororganisation Al-Qaida – sind erkennbar interne Phänomene, die von diesem türkeispezifischen erweiterten Sicherheitskonzept erfasst werden. Das Militär war bis Ende der 90er Jahre sowohl bei der Wahrnehmung solcher Bedrohungen als auch bei der Politikgestaltungsphase gegen diese Bedrohungen ein entscheidender Akteur im türkischen Staatsapparat.

Hierbei ist es wichtig, zu ergründen, welche entscheidungstragende Institutionen bzw. Instanzen in welchem Maße die Definition und Formulierung des nationalen Sicherheitskonzepts und somit der Außenpolitik beeinflussen.

3.2. Exekutive und Außenpolitikgestaltung

In jedem Staat hält in der Regel die Regierung – und ihr bürokratischer Apparat – die politische Macht in ihren Händen. Sie ist in der Lage, die Verwaltung des Staates zu steuern sowie ihre Anordnungen durchzusetzen.¹⁹¹ Ohne diese Fähigkeit der Regierung kann von politischer Macht nicht die Rede sein. Die der Regierung verfügbare politische Macht wird, angelehnt an die Definition Max Webers, als Chance verstanden, den eigenen Willen bzw. eigene Interessen auch gegen den Widerstand durchzusetzen. In demokratischen und rechtsstaatlichen politischen Systemen ist die gewählte Regierung diejenige Instanz, die über die politische Macht der Exekutive entsprechend der klassischen Gewaltenteilung verfügt. Dementsprechend ist sie der entscheidende Bestandteil der Exekutive, der die auswärtige Gewalt ausübt. Die auswärtige Gewalt bedeutet die Fähigkeit eines Staates, über die Gestaltung seiner auswärtigen Beziehungen bzw. seine Außenpolitik als Völkerrechtssubjekt zu entscheiden.¹⁹² Die Regierung ist also in den demokratisch-pluralistischen politischen Systemen das wichtigste Macht- und Ent-

¹⁹¹ Schellhorn, Kai M.: Der Staat: Die wichtigste Aktionseinheit in der internationalen Politik, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 165-179; S. 172.

¹⁹² Vgl. Bracher, Karl Dietrich & Fraenkel, Ernst (Hg.): Das Fischer Lexikon Internationale Beziehungen, unter „Auswärtige Gewalt“, Frankfurt am Main 1969, S. 32-35; S. 32.

scheidungszenrum im Staat und somit im Regelfall die höchste Instanz im (außen)politischen Willensbildungsprozess. Schellhorn bezeichnet je nach dem partikularen politischen System den Regierungschef, Präsident oder Kanzler sowie die Ressortminister, insbesondere die Außen- und Verteidigungsminister, als die in der außenpolitischen Exekutive wichtigsten Führungspersönlichkeiten bzw. „Außenpolitiker“.¹⁹³ In der Türkei wird dieser enge Kreis von Regierungsmitgliedern – abgesehen vom Präsident – als Kernkabinett bezeichnet. Wie in anderen Staaten dient auch in der Türkei als Instrument der auswärtigen Exekutive ein technisch-bürokratischer Behördenapparat der selektiven Informationsbeschaffung, Informationsaufbereitung und Informationsverarbeitung, wobei insbesondere die Bürokratie des Außenministeriums im Hinblick auf die Beratung der Entscheidungsträger in Frage kommt. In diesem Zusammenhang soll eine Darstellung und Analyse der bestehenden normativen Lage, d.h. der rechtlichen Determinanten des politischen Staatsapparates bezüglich der Exekutive in der Türkei, einen besseren Überblick über die türkischen Entscheidungsprozesse ermöglichen.

Die Exekutive besteht in der Türkei de jure aus zwei politischen Körperschaften: dem Präsidenten und der Regierung.¹⁹⁴ Die Regierung oder – wie in der sich noch heute in Kraft befindenden Verfassung von 1982 genannt – der *Bakanlar Kurulu* (Ministerrat)¹⁹⁵ ist laut türkischer Verfassung die oberste Instanz der Exekutive des Landes und der politische Entscheidungsträger. Der Ministerrat hat gemäß der Verfassung die Aufgabe und Verantwortung, jegliche Politik des Staates zu bestimmen und sie durchzuführen.¹⁹⁶ Er besteht aus dem Premierminister und den Ministern, die vom Premierminister gewählt und vom Präsidenten ernannt werden.¹⁹⁷ Die Regierung ist gegenüber dem türkischen Parlament, der Großen Nationalversammlung, verantwortlich. Der Premierminister bestimmt als Vorsitzender des Ministerrats die Richtlinien der allgemeinen – inneren und auswärtigen – Politik des Staates und trägt für ihre Koordination Verantwortung.¹⁹⁸ Gemäß der politischen Ranghierarchie übt neben dem Premierminister, der eher für die Grundzüge der allgemeinen Außenpolitik verantwortlich ist, der Außenminister die entscheidende Funktion aus. Diese – auch in den früheren Verfassungen

¹⁹³ Vgl. Schellhorn, *Der Staat*, S. 176-177.

¹⁹⁴ T.C. 1982 Anayasası, Artikel 8.

¹⁹⁵ *Ibid.* Artikel 109.

¹⁹⁶ *Ibid.* Artikel 8 und 112.

¹⁹⁷ *Ibid.* Artikel 109.

¹⁹⁸ Sencer, Muzaffer: *Türkiye'nin Yönetim Yapısı*, İstanbul 1986, S. 185.

festgelegte – Befugnis des Premierministers und des Kabinetts bezüglich Bestimmung und Koordination der allgemeinen Innen- und Außenpolitik relativierte sich jedoch nach dem Staatsstreich von 1980. Es werden in den 80er und 90er Jahren dementsprechend grundlegende Abweichungen von diesem oben beschriebenen System beobachtet. Um die veränderte, von anderen politischen Systemen Europas abweichende Rolle der Regierung in der außenpolitischen Exekutive der Türkei verstehen zu können, müssen daher zunächst die Auswirkungen des diese Veränderung auslösenden Staatsstreichs von 1980 und der folgenden Militärjunta auf das generelle politische Leben in der Türkei – insbesondere auf den politischen Entscheidungsprozess im Untersuchungszeitraum – zusammenfassend behandelt werden.

Unter dem Begriff Staatsstreich bzw. Militärputsch wird eine Aktion von oben verstanden, bei der meistens eine politische bzw. militärische Gruppe oder das Militär selbst als geschlossene Aktionseinheit ohne demokratischen Auftrag durch gewaltsame Beseitigung der Verfassung und deren Ordnung sowie durch Ausschaltung der parlamentarischen Körperschaften die politische Macht gewaltsam übernimmt. In der Türkei ereigneten sich bisher drei Staatsstrieche bzw. militärische Direkt-einmischung in die Politik, welche die Gestaltung des politischen Entscheidungsprozesses in direkter oder indirekter Weise beeinflussten.¹⁹⁹ Darüber hinaus kann auch das Memorandum des Militärs von 1997 im Hinblick auf seine politische Wirkung in diesem Kontext als eine politische Intervention des Militärs bezeichnet werden. Für den Untersuchungszeitraum kommen insbesondere der Staatsstreich von 1980 und das militärische Memorandum von 1997 in Frage. Doch auch die beiden früheren Staatsstrieche sind im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das politische System des Landes und dessen interne Machtverteilung sowie den gesellschaftlichen Legitimationsprozess der militärischen Staatsstrieche überhaupt von großer Bedeutung. Was das Memorandum des Militärs von 1997 betrifft, herrscht bisher keine politikwissenschaftliche Meinungseinheit in Bezug auf die Klassifikation dieser Intervention. Das Memorandum des Militärs von 1997 unterscheidet sich insbesondere im Hinblick auf Legitimität und Umfang deutlich von den Staatsstreichen von 1960, 1971 und 1980, weil das Militär bei diesem Memorandum das verfassungsmäßige Organ *Milli Güvenlik Kurulu* (Nationaler Sicherheits-

¹⁹⁹ Für detaillierte Informationen über die Staatsstrieche bzw. Junta-Regierungen siehe „NSR und Militär“ in der vorliegenden Arbeit. Für die Einzelheiten vgl. Hale, William: *Türkiye’de Ordu ve Siyaset*, İstanbul 1996; für die Originalausgabe vgl. Hale, William: *Turkish Military and Politics*, London 1994.

rat – NSR) instrumentalisiert hat. Daher sollte es kategoriell nicht als ein Staatsstreich, sondern eher als direkte Einmischung des Militärs in die Politik bezeichnet werden.

Obwohl die Verfassung von 1982 die Befugnisse der Exekutive gegenüber der Legislative und Judikative weitgehend ausdehnte,²⁰⁰ war in den 90er Jahren de facto eine relative Einschränkung der Befugnisse der Regierung zugunsten der kontinuierlichen Machtzunahme des Militärs zu beobachten. Eine wichtige Ursache dieses Phänomens könnte in der aktuellen Parteienlandschaft des Landes liegen.

Die wichtigste Auswirkung des Staatsstreichs von 1980 im Hinblick auf die Befugnisse der Regierung bei der Bestimmung und Koordination der außenpolitischen wie auch innenpolitischen Exekutive liegt in der Konstellation der politischen Parteien, also in der Parteienlandschaft des Landes. Der Putsch führte zur Auflösung ausnahmslos aller politischer Parteien, darunter auch der zwei großen Zentralparteien, der konservativen *Adalet Partisi* (Gerechtigkeitspartei, AP) und der sozialdemokratischen *Cumhuriyet Halk Partisi* (Republikanische Volkspartei, CHP), weil die Entscheidungsträger der Junta die politischen Parteien für die unkontrollierbar gewordene innenpolitische Lage des Landes – diese manifestierte sich vorwiegend in Anarchie sowie Terrorismus und wurde daher als eine direkte Bedrohung auf die nationale Sicherheit des Landes wahrgenommen –, mit der sie ihre Intervention begründeten, mitverantwortlich machten. Auch nach der Wiedereinführung der demokratischen Ordnung im Jahre 1982 durften die alten politischen Parteien lange nicht wieder ins Leben gerufen werden. Auch die führenden charismatischen Politiker wie Süleyman Demirel und Bülent Ecevit, die Vorsitzenden der beiden zentralen Parteien (AP und CHP), wurden nach dem Putsch von der politischen Bühne verbannt. Darüber hinaus wurden alle politisch relevanten legalen Nichtregierungsorganisationen – Gewerkschaften, Studentenorganisationen etc. – verboten.

Aufgrund dieses durch das Militär von oben durchgeführten Eingriffs wurden nach der Wiedereinführung des parlamentarischen Systems zahlreiche, in der Gesellschaft weniger etablierte neue konservativ-zentralrechte und sozialdemokratische bzw. demokratisch-linker Parteien gegründet, was eine weitgehende Zersplitterung des zentralen konservativen Blocks und der Sozialdemokratie verursachte und gegen Ende der 80er und in den 90er Jahren die Gründung stabilerer Regierungen fast verunmöglichte. Die militärischen Interventionen in der Türkei zeigten

²⁰⁰ Özcan, S. 307.

zwar, dass eine Partei bzw. eine politische Bewegung zu verbieten keinesfalls ihre endgültige Verbannung aus dem politischen Leben bzw. die Vernichtung des politischen Gedankengutes bedeutete.²⁰¹ Dies beweist die heutige politische Parteienlandschaft des Landes deutlich. Dennoch verursachten die Eingriffe des Militärs sehr wohl schwer reparable Schäden im politischen System, insbesondere aber in der tradierten Parteienlandschaft des Landes. So wird seit der Wiedereinführung der parlamentarischen demokratischen Ordnung nach dem Staatsstreich von 1980 problematische Konstellationen der politischen Richtungen innerhalb und außerhalb der Großen Nationalversammlung beobachtet.²⁰² Seit Mitte der 80er Jahre zeichnet sich das türkische Parteiensystem durch eine übermäßige Vielfalt von Parteien mit ähnlichen politischen Aussagen, Vorstellungen, Visionen und Zielen aus. Das Verbot der traditionellen sozialdemokratischen und konservativen Zentralparteien und deren politischer Führer verursachten somit ein Machtvakuum in der Parteienlandschaft und eine Zersplitterung der Sozialdemokraten und Konservativen im politischen System. Während in den 90er Jahren die *Anavatan Partisi* (Mutterlandspartei, ANAP) von Özal und die *Doğru Yol Partisi* (Partei des Richtigen Wegs, DYP) von Demirel als bürgerlich konservative Parteien im Parlament miteinander konkurrierten, konnten zugleich die zumeist auf persönliche Rivalitäten der Parteiführer zurückzuführenden Spannungen zwischen der sozialdemokratischen bzw. demokratisch linken *Demokratik Sol Parti* (Demokratischen Linkspartei, DSP) und der CHP trotz vielerlei Bemühungen nicht beseitigt werden. Als Folge davon mussten in den 90er Jahren Koalitionsregierungen zwischen großen zentralrechten und sozialdemokratischen Parteien gebildet werden, um regierungsfähige Regierungen ermöglichen zu können. Es konnten also keine linken bzw. rechten Blöcke im Parlament zustande gebracht werden, so dass stattdessen Koalitionen zwischen bürgerlichen konservativen und linken sozialdemokratischen Parteien gebildet wurden. Dieses innenpolitische Phänomen erschwerte die Konsensbildung und Kooperation für die Verwirklichung gemeinsamer Visionen zwischen den sozialdemokratisch bzw. demokratisch-links ausgerichteten Parteien wie CHP und DSP, aber auch zwischen den demokratisch-rechten politischen Parteien wie ANAP und DYP.

Die Konstellation als Folge des Staatsstreiches von 1980 bedingte vor allem, dass die zentralen linken bzw. zentralen rechten Parteien ihre

²⁰¹ Vgl. für die Einzelheiten Hale, S. 266.

²⁰² Vgl. für eine zusammenfassende Darstellung der Umbildung der Parteienlandschaft der Türkei nach dem Staatsstreich von 1980 Buhbe, S. 117-119.

Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit kontinuierlich verloren, was zur Folge hatte, dass die radikalen Parteien des rechtsextremistischen Lagers – wie z.B. die im allgemeinen als ultranationalistisch bezeichneten *Milliyetçi Hareket Partisi* (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) von Türkeş bzw. später von Bahçeli und die islamistische *Refah Partisi* (Wohlfahrtspartei, RP) von Erbakan bzw. später von Kutan sowie die anderen Parteienbildungen aus dieser politischen Bewegung – diese für sie günstige Lage der Parteienlandschaft ausnutzen und im politischen Leben kontinuierlich an Einfluss gewinnen konnten. Während die Islamisten unter Erbakan in der republikanischen Geschichte der Türkei zum ersten Mal als stärkste Fraktion an die Macht kamen und der bedeutendste islamistische Politiker des Landes, Erbakan, zum Premierminister wurde, gelang es unter diesen Rahmenbedingungen der MHP unter der Führung von Bahçeli, sich zur stärksten rechten Partei in der Großen Nationalversammlung aufzuschwingen und an der Koalitionsregierung von Ecevit (DSP) mit großem politischem Gewicht teilzunehmen. Zuletzt zeigte sich dieses Phänomen bei den Parlamentswahlen von 2002, in denen die zwei wichtigsten zentralrechten Parteien, die ANAP von Yılmaz und die DYP von Çiller, sowie die bisher stärkste linke Partei in der TBMM, die DSP vom Ministerpräsident Ecevit, unter der Zehn-Prozent-Hürde blieben und daher derzeit in der TBMM nicht vertreten sind. Die *Adalet ve Kalkınma Partisi* (Partei von Gerechtigkeit und Fortschritt, AKP) von Erdoğan und Gül konnte infolge des türkischen Wahlsystems, das die in der TBMM repräsentierten Parteien bei der Sitzverteilung die absolute Mehrheit in der TBMM erobern. Neben der AKP ist augenblicklich lediglich die sozialdemokratische CHP von Baykal in der TBMM vertreten.

Aufgrund der abnehmenden Macht der linken Bewegung und fehlender politischer Innovationen der sozialdemokratischen CHP von Baykal sowie der DSP von Ecevit insbesondere in der Südost- bzw. Kurdenpolitik vertraten die pro-kurdisch-separatistischen, in der Regel linksorientierten Politiker zunehmend extremere Positionen. Obwohl es schwer nachzuweisen ist, dass die Passivität der Sozialdemokraten eine Intensivierung des Terrors der terroristisch/separatistischen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) verursachte, ist es denkbar, dass frühzeitige Reformprojekte der zentralen linken Parteien zur politischen Lösung der Kurdenfrage unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte der Problematik wie u.a. das Reformpaket der TBMM vom August 2002, das die kulturellen Rechte der türkischen Staatsbürger kurdischer Abstammung weitgehend anerkannte, möglicherweise die

Eskalation des separatistischen Terrors der PKK hätten eindämmen können. Stattdessen näherte sich jedoch die Politik der Sozialdemokraten an die Politik der Konservativen, um weitere Verluste an Stimmen in der weitgehend nationalisierten Gesellschaft zu verhindern. Dies verflachte das Profil der sozialdemokratischen Politik in dieser relevanten innenpolitischen Frage und bestätigte die vermeintliche Alternativlosigkeit der dominanten Kurdenpolitik der rechtsgerichteten Regierungen, was zugleich eine allgemeine Niederlage der sozialdemokratischen bzw. linksgerichteten, in der Regel reformistischen politischen Bewegung bedeutete.

Die zentralen linken sowie die zentralen rechten Blöcke teilen sich, wie bereits erwähnt, in den 90er Jahren in jeweils zwei Parteigebilde, d.h. in zwei führende sozialdemokratische sowie zwei führende konservative Parteien. Aufgrund der mangelhaften politischen Partizipation der Staatsbürger bzw. auch der Parteimitglieder bestehen aktuell kaum Möglichkeiten, dieser Situation von unten, also ausgehend von der kommunalen Ebene, entgegenzuwirken. Darüber hinaus ist die Macht der Parteifunktionäre auf regionaler und lokaler Ebene angesichts des zentralistisch strukturierten parteipolitischen Systems in der Türkei begrenzt. Die Republik Türkei wird, anders als ihr Vorgänger Osmanisches Reich, seit ihrer Gründung im Jahr 1923 weitgehend zentralistisch regiert. Das politische Zentrum der Republik ist die Hauptstadt Ankara und jegliche politische Entscheidung wird dort getroffen. Diese zentralistische Organisationsstruktur gilt auch für die politischen Parteien. Die Parteizentrale einer politischen Partei verfügt entsprechend über weitgehende Machtbefugnisse in Bezug auf die Erstellung der Kandidatenlisten sowohl in den Parlaments- als auch in den Kommunalwahlen. Dies erschwert vor allem die Einleitung der Reformen von unten sowie durch die Parteibasis betriebene Machtwechsel an der Parteispitze. Daher ergibt sich für die politischen Parteien auch keine zwingende Notwendigkeit zum Aufbau einer wirkungsvolleren Parteiorganisation auf regionaler und lokaler Ebene, welche die Parteipolitik in bedeutender Weise beeinflussen und bei fundamentalen politischen Entscheidungen der Partei mitwirken könnte. Das zentralistische Parteiensystem räumt demgegenüber jedem Parteivorsitzenden einen weit ausgebreiteten Macht- und Handlungsspielraum in seiner eigenen Partei ein. Der Parteivorsitz einer politischen Partei hat also kein Interesse, seine Macht durch die Fusion mit einer „Schwesterpartei“ derselben politischen Richtung aufzugeben oder durch eine parteiinterne Demokratisierung und Dezentralisierung zu mindern.

Diese Struktur bei der Parteiorganisation bestimmt ferner auch das Verhältnis zwischen der zivilen politischen Elite des Landes und den türkischen Streitkräften. Angesichts der sensiblen Gleichgewichte auf der politischen Bühne behält das Militär als ein konstantes politisches Machtzentrum seine Bedeutung aufgrund seiner tradierten relativen Vormachtstellung in der türkischen Politik.

Diese problematische Konstellation der Parteienlandschaft ist noch heute zu beobachten. Das größte Problem besteht ohne Zweifel darin, dass die rechtsgerichteten Volksparteien wie die ANAP und DYP sowie die demokratisch-linker Partei DSP in der TBMM nicht mehr vertreten sind. Die Entscheidungsträger der islamistischen AKP behaupten, trotz ihrer islamistischen Wurzeln eine systemkonforme und zentralrechtsgerichtete politische Bewegung zu sein. In diesem Zusammenhang ist davon auszugehen, dass die Parteispitze der AKP versucht, eine neue muslimisch-demokratische Identität in ihrer religiös-konservativen Wählerschaft zu etablieren. Vom Anfang der 90er Jahre bis zur AKP-Regierung von Erdoğan wurde die Türkei von großen Koalitionen zentralrechter und zentrallinker Parteien regiert. Dies verhinderte die Dauerhaftigkeit stabiler und mächtiger Regierungen mit einer langfristig garantierten parlamentarischen Unterstützung. Die koalitionsinterne Machtkonkurrenz erschwerte den Konsens in relevanten politischen Sachfragen wie beispielsweise der oben erwähnten Kurdenfrage. Die Folge war eine Einschränkung des Handlungsspielraums der Exekutive. Aufgrund dieser ungünstigen Parteienlandschaft bestand in den 90er Jahren das durch den Staatsstreich von 1980 bedingte Machtvakuum in der Exekutive weiter, was auch Auswirkungen auf die (außen)politischen Entscheidungen hatte. Die Instabilität und entsprechende Machtverlagerung als Folge der zersplitterten Parteienlandschaft wird deutlich, wenn die Amtszeiten der Außenminister im Zeitraum vom Beginn der republikanischen Ära bis heute verglichen werden. Hierbei ist die fehlende politische Kontinuität ein entscheidender Faktor des oben beschriebenen Machtvakuum, was wiederum die Exekutive auch im Hinblick auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess schwächte. Zwischen 1920-1990 beträgt die durchschnittliche Amtszeit der Außenminister 30 Monate, also genau 2,5 Jahren. In der Zeit von 1990 bis 2000 beträgt sie hingegen lediglich zehn Monate, also weniger als ein Jahr. Man kann daher kaum von einer generellen Kontinuität der Führung im Außenministerium sprechen. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass im gleichen Zeitraum das Militär kontinuierlich in den außenpolitischen Beziehungen – besonders in der Zypernfrage, den Beziehungen zu Griechenland im allgemeinen, sowie

bei der Europapolitik der Türkei im Zusammenhang der türkischen Beitrittskandidatur – an Bedeutung gewann, da der häufige Wechsel der höchsten politischen Entscheidungsträger zu einem Macht- und Kompetenzverlust der zivilen Autorität führte.

3.3. Präsident und Außenpolitikgestaltung

Im Kontext der Machtverlagerung nach dem Staatsstreich von 1980 soll auch die Rolle des Amtes des Staatspräsidenten erwähnt werden. Die militärische Intervention von 1980 veränderte nicht nur die Parteienlandschaft in der Türkei, sondern dehnte entsprechend der allgemeinen Kompetenzzunahme der Exekutive gemäß der Verfassung von 1982 auch die Rechte und Kompetenzen des Präsidentenamts aus. Der Präsident wird zwar – wie in der republikanischen Vorgeschichte – von der TBMM (dem Parlament) gewählt und ist in dieser Hinsicht nicht direkt vom Volk legitimiert. Gemäß der Verfassung von 1982 ist der Präsident jedoch keineswegs ein symbolischer und im Sinne der Exekutive unbedeutender Akteur. Der Artikel Nr. 8 der Verfassung von 1982 ermächtigt den Präsidenten zu aktivem politischem Handeln und macht ihn zu einem der außenpolitischen Macht- und Entscheidungszentren.²⁰³ Der Präsident ist ein verfassungsmäßiger Bestandteil der Exekutive.²⁰⁴ Laut Verfassung übernimmt der Präsident sowohl im Hinblick auf die Legislative und Judikative als auch auf die Exekutive relevante Aufgaben und Kompetenzen, welche die eines symbolischen Amtes weit überschreiten. Dem Präsident steht es beispielsweise zu, das Parlament einzuberufen, Gesetzesentwürfe wieder an das Parlament zurückzuschicken,²⁰⁵ über ein Referendum zu Verfassungsänderungen zu entscheiden und falls er es nötig hält, vorgezogene Parlamentswahlen auszurufen. Er ist gleichzeitig der Vorsitzende des für den politischen Entscheidungsprozess äußerst relevanten *Milli Güvenlik Kurulu* (Nationalen Sicherheitsrates, NSR).²⁰⁶ Darüber hinaus kann er über den Einsatz türkischer Streitkräfte entscheiden und ist verfassungsgemäß im Kriegsfall der Oberbefehlsha-

²⁰³ T.C. 1982 Anayasası, Artikel Nr. 8.

²⁰⁴ Ibid. Artikel 8.

²⁰⁵ Falls das Parlament das Gesetz unverändert wieder zustimmt, muss der Präsident es auch zustimmen bzw. er kann es vor das Verfassungsgericht bringen.

²⁰⁶ Ibid. Artikel 104. Dem Präsident stehen als Vorsitzender zwei Stimmen zur Verfügung, während die Mitglieder, darunter auch der Premierminister, nur eine Stimme besitzen.

ber der türkischen Streitkräfte.²⁰⁷ Die Aufgaben und Kompetenzen des Präsidenten sind im Vergleich zur vorherigen Verfassung von 1961 deutlich umfangreicher.²⁰⁸

Seit Ende der 80er Jahre wird als Folge dieser gesetzlich festgelegten Macht- und Kompetenzzunahme des Präsidentenamtes die Tendenz beobachtet, dass das Präsidentenamt zunehmend Gewicht in den außenpolitischen Entscheidungen erhielt. Einer der Gründe dieser Abweichung vom früheren republikanischen politischen System war die Sonderrolle General Evrens, der sich nach der Machtübernahme der türkischen Streitkräfte im Jahr 1980 zum Staatsoberhaupt ernannte: Zu diesem Zeitpunkt ein verfassungswidriges und nicht legitimierte Amt mit den Kompetenzen eines Präsidenten in einem destruierten System ohne Gewaltenteilung. General Evren ließ sich durch eine Volksabstimmung, deren demokratischer Charakter infrage gestellt werden kann, zum Republikpräsidenten wählen und dadurch seine Rolle als Staatsoberhaupt im neuen politischen System nach dem Staatsstreich von 1980 legitimieren. Aus diesem Grund ist in die neue Verfassung von 1982 die erweiterte Funktion des Staatsoberhauptes aus der Zeit der Militärdiktatur mit eingeflossen. Anfangs setzte Ex-General Präsident Evren seine weitgehenden Vetorechte gegen die politischen Führer und Parteivorsitzenden wie Demirel, Ecevit, Türkeş und Erbakan ein, um deren Teilnahme an den Parlamentswahlen zu verhindern. Insbesondere in der Anfangsphase der Wiederherstellung der Demokratie zu Beginn der 80er Jahre verfügte Evren über weitgehende Einflussmöglichkeiten im politischen Entscheidungszentrum des Landes. Diese verfassungsgemäß unter den besonderen Konditionen der Nachputschära legitimierten Erweiterungen des Macht- und Kompetenzenbereichs des Präsidentenamtes gaben auch seinen Nachfolgern ein erhebliches Gewicht im politischen Entscheidungsprozess.

Ein weiterer wichtiger Grund dieser Entwicklung liegt möglicherweise in der Wahl charismatischer Politiker wie Turgut Özal und Süleyman Demirel von der Großen Nationalversammlung der Türkei zu Präsidenten. Schellhorn weist darauf hin, dass sich aufgrund starker Persönlichkeitsfaktoren von Mitgliedern der Entscheidungsspitze auch eine unter Umständen von der Rangnorm abweichende außenpolitische Entscheidungsstruktur entwickeln kann.²⁰⁹ Vor allem im Bereich der Außenpolitik konnte in diesem Sinne ein zunehmender Einfluss der Präsi-

²⁰⁷ Ibid. Artikel 104 und 117.

²⁰⁸ T.C. 1961 Anayasası, Artikel 97 und Nr. 98.

²⁰⁹ Schellhorn, Der Staat, S. 177.

dentschaften Özal und Demirel beobachtet werden. In diesem Zusammenhang bezeichnet der türkische Politikwissenschaftler Özcan die Machtzunahme des Präsidentenamts während der Präsidentschaft Özals als eine „Tendenz der persönlichen Initiative in der Außenpolitik“.²¹⁰ Obwohl die Tendenz der zunehmenden politischen Initiative von Özal und Demirel bei den außenpolitischen Entscheidungen möglicherweise auf ihr Charisma und die jeweilige politische Vergangenheit zurückzuführen ist, bleibt der Umstand entscheidend, dass ohne die oben dargestellten gesetzlichen Erweiterungen des Kompetenzenbereichs des Präsidentenamtes eine derartig aktive Rolle dieser Präsidenten im politischen Entscheidungsprozess nicht möglich gewesen wäre. Dies bedeutet allerdings, dass die Befugnisse des Präsidentenamts in der Exekutive von Präsidenten mit einer aktiven politischen Karriere, in der Regel als ehemaliger Parteivorsitzende und Premierminister, zum Nachteil der gewählten Regierung im Hinblick auf politische Entscheidungen benutzt werden können.²¹¹ Die aktive Teilnahme bzw. Initiative des Präsidenten im politischen Entscheidungsprozess, die bis in die 80er Jahre sogar als von der Rangnorm abweichend betrachtet werden kann, brachte eine andere und vor allem komplexere und möglicherweise auch potentiell widersprüchliche außenpolitische Entscheidungsstruktur hervor. Der zur Zeit amtierende Präsident A. Necdet Sezer, ein Jurist, Richter und der ehemalige Vorsitzende des Türkischen Verfassungsgerichtshofes, wies in diesem Zusammenhang in seiner Rede in der Großen Nationalversammlung anlässlich seiner Amtsübernahme darauf hin, dass die Macht- und Kompetenzzunahme des Präsidentenamts reduziert werden sollte. Anders als Präsident Sezer, ein unparteilicher höherer Richter ohne aktive politische Vergangenheit, waren seine beiden Vorgänger zuvor Premierminister und Parteivorsitzende, d.h. politische Persönlichkeiten, die lange Zeit direkt oder indirekt die innere und auswärtige Politik des Landes entscheidend beeinflussten. Ihre Parteien, die ANAP und die DYP, besaßen in der Großen Nationalversammlung lange Zeit nach ihrer Amtsübernahme eine relativ mächtige Position, die es ihnen ermöglichte, ihren Einfluss in den eigenen Parteien zur Gestaltung der Politik weiterhin zu nutzen. So entwickelte sich das Präsidentenamt seit den 80er Jahren über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinaus auch in der politischen Praxis der Türkei von einer eher symbolischen Institution zu ei-

²¹⁰ Özcan, S. 311.

²¹¹ Vgl. Yavuz, Haluk K.: *Türkiye’de Siyasal Sistem Arayışı ve Yürütmenin Güçlendirilmesi*, Ankara 2000, S. 461.

nem aktiven, mitgestaltenden und je nach politischer Konstellation sogar teilweise dominierenden politischen Akteur der Exekutive.

Die türkeispezifische Tradition der republikanischen Geschichte bis zu den 80er Jahren, „unparteiliche“ ehemalige Berufssoldaten zum Präsidenten zu wählen, ging mit der Präsidentschaft von Turgut Özal zu Ende. Er wurde am 31.10.1989 vom Parlament zum Präsidenten gewählt. An Stelle unparteilicher und meist politisch nicht allzu sehr engagierter Präsidenten mit militärischen Karrieren tritt in Gestalt des Ingenieurs und Ökonomen Özal, dem Sohn einer kurdisch-türkischen Familie, der in der südostanatolischen Stadt Malatya geboren wurde, eine dynamische, charismatische und nötigenfalls Partei ergreifende Persönlichkeit mit bürokratischer und erfolgreicher politischer Karriere auf die Bühne. In den frühen 80er Jahren fungierte er als führender Politiker des konservativ-bürgerlich-demokratischen rechten Lagers und gründete die *Anavatan Partisi* (Mutterlandspartei, ANAP), gewann die Parlamentswahlen trotz – oder vielleicht dank – der latenten Opposition des Ex-Generals Evren und wurde Premierminister. Die Regierung Özal plädierte für die freie Marktwirtschaft, eine exportorientierte Volkswirtschaft und die radikale Reduzierung der Rolle des Staates im Wirtschaftsbereich. Özal betrieb eine Politik der Integration der Türkei in den Europäischen Binnenmarkt. 1987 stellte er den EG/EU-Beitrittsantrag der Türkei. Sein Charisma beruhte vor allem darauf, dass er sowohl in der Türkei wie auch im Ausland als der Technokrat und Politiker galt, der die weitgehend etatistisch orientierte türkische Volkswirtschaft im Sinne der freien Marktwirtschaft reformierte und liberalisierte sowie die wirtschaftliche Exportorientierung – und somit eine neue Weltanschauung und Philosophie in der türkischen Volkswirtschaft – in Gang setzte. Gleich nach der Wahl des Premierministers Turgut Özal zum Präsidenten in der TBMM begann in der türkischen Öffentlichkeit Diskussion über die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Befugnisse des Präsidenten in der Gestaltung der Außenpolitik.²¹² Denn Özal war als ein Einzelgänger bekannt, der in der Lage war, ohne Beratung mit seiner Fraktion spontan wichtige politische Entscheidungen zu treffen und die Machtkompetenzen seines Amtes bis zur äußersten Grenze zu nutzen, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Er verfügte noch als Präsident über die Kontrolle in der Mutterlandspartei und ermöglichte so den Aufstieg von Akbulut, ein ihm treu ergebenen Politiker in der Partei, zum Parteivorsitzenden der ANAP und schließlich zum Pre-

²¹² Özcan, S. 311.

mierminister. Dadurch entfernte er potentielle innerparteiliche Konkurrenten wie der Yılmaz aus der leitenden Parteispitze und sicherte die Kontinuität seiner Einflussmöglichkeiten in der ANAP. Durch diese Strategie konnte er seine Macht sowohl in der ANAP als auch in der amtierenden Regierung aufrechterhalten, nachdem er zum Präsidenten gewählt wurde. Dank dieser Initiative sowie den verfassungsrechtlich erweiterten Machtkompetenzen seines Amtes wurde Özal der wichtigste Entscheidungsträger im höchsten türkischen Entscheidungszentrum. Er begründete in diesem Zusammenhang aufgrund seiner dominierenden Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik eine relative Machtabnahme der Befugnisse des Außenministeriums und dementsprechend des Außenministers sowie des gesamten Ministerrats. Insbesondere wird der Einfluss des Präsidenten Özal bei der Gestaltung der offiziellen Außenpolitik in der speziellen Frage der Unterdrückung der türkischen Minderheit in Bulgarien unter dem damaligen kommunistischen Regime. Außenminister Mesut Yılmaz von der Özals Mutterlandspartei trat daher am 20. Februar 1990 aufgrund der aktiven Einflussnahme des Präsidenten in seinem Kompetenzbereich zurück. Er selbst begründete seinen Rücktritt mit den „persönlichen Interventionen innerhalb seines Befugnisrahmens“.²¹³ Auch andere politische Gegner des Präsidenten waren nicht in der Lage, die Vormachtstellung des Präsidenten zu relativieren.

Das zweite konkrete Beispiel der Einflussnahme des Präsidenten auf die Außenpolitikgestaltung ist die hauptsächlich von Präsident Özal bestimmte Krisenmanagement/Politik während des Zweiten Irakkrieges von 1990. Die türkische Haltung während dieser Krisensituation in der Region ist nicht nur aufgrund des Einflusses von Özal auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess von großer Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die allgemeine auswärtige Politik der Türkei und die Zeitgeschichte. Präsident Özal betrieb bereits vor Beginn der Krise am Persischen Golf durch die irakische Besetzung Kuwaits eine „aktive türkische Außenpolitik“²¹⁴ im benachbarten Nahen Osten. Er glaubte daran, dass die Türkei ihre Rolle als europäische Macht und Mitglied der NATO durch eine möglichst pro-westliche Außenpolitik und, soweit möglich, eine aktive Teilnahme an den militärischen Operationen auf irakischem Territorium unterstreichen sollte. Er

²¹³ Ibid. S. 311.

²¹⁴ Der Begriff „aktive Außenpolitik“ wurde zum ersten Mal während der Golfkrise verwendet und wurde in den 90er Jahren zu einem relevanten Begriff im Zusammenhang der türkischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

war trotz heftiger Kritik der parlamentarischen und außerparlamentarischen oppositionellen Eliten des Landes der Ansicht, dass die Türkei als ein mit dem europäischen Kontinent fest verbundenes Land an der Peripherie Europas ihre traditionelle außenpolitische Haltung der Neutralität im Nahen Osten aufgeben sollte. Özal sah in der aktiven prowestlichen türkischen Außenpolitik einer in Europa integrierten Türkei eine konkrete Zunahme an Einfluss Europas in der Weltpolitik und daher einen beiderseitigen Vorteil. In diesem Sinne zögerte er nicht, die aktive Außenpolitik der Türkei als eine Begründung für die zukünftige Vollmitgliedschaft des Landes in der EG/EU darzustellen. Auch die USA unterstützten diese strategische Begründung Özals. Anders als Özal, der durch Truppenentsendung und die Beteiligung der türkischen Luftwaffe an den alliierten Luftangriffen am Golfkrieg teilnehmen wollte, missbilligten das Außenministerium und der Generalstab die aktive Golfpolitik des Präsidenten und warnten vor einer außenpolitischen Kursänderung des Landes. Auch im Ministerrat gab es weitgehend Unsicherheit und sogar Opposition gegen die aktive Leitung der türkischen Golfpolitik durch den Präsidenten. Das Außenministerium und der Generalstab waren der Meinung, dass das Land seine gewöhnliche neutrale Haltung in der benachbarten Krisenregion nicht verändern sollte. Obwohl es Präsident Özal nicht gelang, die Türkei aktiv am Golfkrieg zu beteiligen, gab er durch seine Haltung die ersten Signale einer außenpolitischen Neuorientierung. In einer Rede in der Großen Nationalversammlung TBMM forderte er von den Mitgliedern des Parlaments, der Regierung alle erforderlichen Vollmachten – u.a. Truppenentsendung in die Region, Erlaubnis zur Stationierung fremder Truppen auf türkischem Territorium sowie Kriegserklärungsvollmacht im Falle eines Angriffs – zu erteilen.²¹⁵ Während Premierminister Akbulut (ANAP) und die Mehrheit seiner Regierung und Partei die Forderung Özals hinnahmen, kritisierte die Opposition diese Forderung. Der Vorsitzende der Demokratischen Linkspartei (DSP) Ecevit warnte unter anderem davor, dass eine solche Kompetenzübertragung auf den Staats- bzw. Regierungschef eine gefährliche Machtkonzentration verursachen könnte.²¹⁶ Der Vorsitzende der Partei des Richtigen Weges (DYP) Demirel kritisierte ebenfalls das Ansinnen des Präsidenten und wies darauf hin, dass die Kompetenzen des Parlaments unübertragbar bleiben sollten.²¹⁷ Eine Umfrage der englischspra-

²¹⁵ Esen, Erol: Chronologie zur Haltung der Türkei im Golfkonflikt August 1990-Februar 1991, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 3/2 (1991), S. 247-265; S. 250.

²¹⁶ Esen, S. 250.

²¹⁷ Ibid. S. 250.

chigen türkischen Tageszeitung *Turkish Daily News* berichtete über die zunehmende Machtfülle des Präsidenten im außenpolitischen Entscheidungsprozess. So waren rund 80% der Befragten der Meinung, dass Präsident Özal das Land regiere und Premierminister Akbulut lediglich eine stellvertretende Funktion innehabe.²¹⁸ In diesem Sinne wurde über ein de facto Präsidialsystem in der Türkei diskutiert. Infolge der von Präsident Özal geführten Außenpolitik ergriff die Türkei zum ersten Mal seit der Gründung der Republik deutlich Partei in einem Konflikt in ihrer unmittelbaren Umgebung im benachbarten Nahen Osten und stellte mit Zustimmung der Großen Nationalversammlung die unter ihrer Zuständigkeit stehenden strategisch relevanten Luftwaffenstützpunkte ihren alliierten Partnern zur Verfügung, welche diese während des Kriegs kontinuierlich nutzten. Die Große Nationalversammlung ermächtigte darüber hinaus am 5. September 1990 die Regierung, u.a. eigene Streitkräfte in ein fremdes Land zu entsenden sowie die Stationierung ausländischer Truppen auf türkischem Territorium zu erlauben.²¹⁹ Präsident Özals direkte Einmischung in die Gestaltung der türkischen Außenpolitik im Zweiten Golfkrieg endete mit einem Machtkampf in der Regierung, der aufgrund der unterschiedlichen Perzeptionen der Außenpolitiker im Entscheidungszentrum eskalierte. Aus diesem Grund traten schließlich der Außenminister Bozer, Verteidigungsminister Giray und Generalstabschef Torumtay zurück. Gemeinsam mit dem zuvor zurückgetretenen Außenminister Yılmaz – nach dem Tod von Özal Vorsitzender der ANAP – positionierten sich vier wichtige Persönlichkeiten im außenpolitischen Entscheidungszentrum gegen den Präsidenten bzw. gegen seine abweichende Initiative im Entscheidungsprozess. Dennoch unterlagen sie letztlich der Dominanz Özals in der Gestaltung der Außenpolitik.

Präsident Demirel, ebenfalls Ingenieur und ehemaliger Technokrat während der Regierung der *Demokrat Parti* (Demokratischen Partei, DP) von Menderes nach der Einführung des Mehrparteiensystems nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, später Gründer der Nachfolgerpartei der DP *Adalet Partisi* (Gerechtigkeitspartei, AP) und unbestrittener Spitzenpolitiker des konservativen Lagers in der Türkei, stand nach dem Staatsstreich von 1980 zunächst unter Politikverbot. Er kam 1987 durch eine Volksabstimmung zurück in die aktive Politik und übernahm den Vorsitz der *Doğru Yol Partisi* (Partei des Richtigen Weges, DYP). 1991 ging

²¹⁸ Tageszeitung *Hürriyet*, 4. 9. 1990.

²¹⁹ Vgl. Esen, S. 248.

seine DYP aus den Parlamentswahlen als Sieger hervor und Demirel wurde nach Gründung der Koalitionsregierung mit der *Sosyaldemokrat Halkçı Parti* (Sozialdemokratischen Volkspartei, SHP) von İnönü Premierminister. Nach dem Tode Özals wurde Demirel von der Großen Nationalversammlung zum Präsidenten der Türkei gewählt. Das Curriculum Vitae Demirels beinhaltet unübersehbare Parallelitäten zum Lebenslauf Özals. Beide Präsidenten studierten an der *İstanbul Teknik Üniversitesi* (Technischen Universität Istanbul, İTÜ), kannten sich sogar bereits während des Studiums an der İTÜ, wurden Ingenieur, übten wissenschaftliche Tätigkeiten aus, waren Technokraten im Dienste des Staates, sympathisierten mit dem politischen Gedankengut der DP von Menderes, repräsentierten die zentralrecht-konservative politische Richtung mit gemäßigten islamischen – nicht islamistischen – Komponenten und standen somit den konservativ-ländlichen Volksmassen nahe. Demirel war bis zu seiner Präsidentschaft sieben Mal Premierminister des Landes und somit eine erfahrene Führungspersönlichkeit. Wie Özal wurde auch Demirel von der TBMM zum Präsidenten gewählt, als er amtierender Premierminister war. Da allerdings die DYP mit der sozialdemokratischen SHP von İnönü koalierte, standen Demirel nicht vergleichbar viele Einflussmöglichkeiten in der TBMM wie Özal zur Verfügung, dessen ANAP allein an der Macht war. Zudem wurde nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Demirel die Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Çiller die erste Premierministerin des Landes, nachdem sie aus dem innerparteilichen Kampf als Siegerin hervorgegangen war und somit die DYP absolut kontrollierte, was den Einfluss Demirels in der DYP einschränkte. All diese Fakten deuten darauf hin, dass die Struktur der Machtverteilung im Entscheidungszentrum des Staatsapparates während der Präsidentschaft von Demirel deutlich komplexer und die politischen Gleichgewichte zwischen den an der Entscheidungsfindung beteiligten Akteuren umso sensibler waren. Daher war Demirel im Hinblick auf die Macht- und Einflussausübung nicht in der Lage, eine Özal vergleichbare dominierende Rolle in der Außenpolitik zu spielen. Dennoch stellte sich Demirel als ein wichtiger Teil des außenpolitischen Entscheidungszentrums dar und zeigte sich als ein außergewöhnlich aktiver Außenpolitiker. Insbesondere nach der Auflösung der Sowjetunion beeinflusste Demirel die Gestaltung der Außenpolitik. In der neuen Regionalpolitik des Landes spielte er eine konstruktive und mit der DYP-SHP-Koalitionsregierung der Premierministerin Çiller abgestimmte Rolle. Seine internationalen Kontakte und sein Pragmatismus als eine Besonderheit seiner politischen Laufbahn halfen ihm bei seiner aktiven Rolle

als Außenpolitiker. Er übernahm insbesondere während der Koalitionsregierung zwischen der islamistischen RP von Erbakan und der DYP von Çiller eine Vermittlerrolle zwischen der Bürokratie (vor allem dem Militär) und der Koalitionsregierung und gewann in diesem gespannten Zeitraum an Einfluss in der Innen- und Außenpolitik.

Durch die Einführung der Verfassung von 1982 sowie die Präsidentschaft von Turgut Özal und Süleyman Demirel nach der Wiederherstellung der demokratischen Grundordnung in der Türkei entwickelte sich das Amt des Präsidenten zu einem bedeutenden politischen Entscheidungsfaktor im Machtzentrum des Landes und wurde zum Mitgestalter der Außenpolitik. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass dies nicht nur auf den gesetzlich erweiterten Macht- und Kompetenzrahmen des Präsidentenamtes zurückzuführen ist, sondern vor allem eine persönliche Leistung von Özal und in Teilen von Demirel darstellt. In diesem Zusammenhang erscheinen die Biographien der Präsidenten von großer Relevanz beim Verständnis der Rolle der Präsidenten in (außen)politischen Entscheidungsprozessen zu sein. Dazu ist anzumerken, dass die aktive und bestimmende Teilnahme des Präsidenten am außenpolitischen Entscheidungsprozess offenbar einer bewussten Auswahl entspringt und daher möglicherweise nicht allein struktureller Natur ist. Die bisherige Amtszeit des amtierenden Republikpräsidenten Sezer, der sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern Özal und Demirel nicht als ein primärer Außenpolitiker sieht und seine Aufgabe eher im überparteiischen Sinne wahrnimmt, ist ein Beleg für diese Sichtweise. Allerdings muss man im gleichen Atemzug hinzufügen, dass sich Präsident Sezer im Hinblick auf seine Biographie von Özal und Demirel deutlich unterscheidet. Als ehemaliger Richter und Vorsitzender des Verfassungsgerichts der Türkei tendiert Präsident Sezer seit seiner Amtsübernahme vor allem im außenpolitischen Bereich zur weitgehenden Wahrung der Neutralität.

Zusammenfassend werden zwei wesentliche Phänomene in der Veränderung der Exekutive im Hinblick auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess festgestellt: Zum einen beobachtet man einen kontinuierlichen Machtverlust der Regierung bzw. des Kernkabinetts im außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess infolge der erörterten landesspezifischen politischen Gegebenheiten seit dem Anfang der 80er Jahren. Zum anderen ist eine relative Machtzunahme des Präsidentenamtes im außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch die gesetzlich erweiterten Rahmenbedingungen sowie die auf den persönlichen Qualitäten der Machtinhaber beruhende

Machtausübung bis zum Ende der Amtszeit Demirels festzustellen. Mit der Präsidentschaft von Sezer scheint die Machtzunahme des Präsidentenamtes aufgrund der persönlichen Einstellung des Amtsträgers relativiert zu sein. Dennoch besteht die Gesetzeslage unverändert weiter, die das Präsidentenamt gegenüber der Regierung bekräftigt. Daher besteht das Konfliktpotential in der Exekutive zwischen der Regierung (dem Premierminister) und dem Präsidenten fort, was eine weitere Schwachstelle des aktuellen politischen Systems darstellt.

3.4. Parlament und Außenpolitikgestaltung

Das türkische Parlament gehört zu den Akteuren der Außenpolitik in der Türkei. In den 90er Jahren sank der Einfluss der TBMM in außenpolitischen Fragen sowie im außenpolitischen Entscheidungsprozess der Türkei, obwohl sie traditionell insbesondere zu Beginn der republikanischen Geschichte im politischen Entscheidungsprozess der Türkei eine bestimmende Rolle spielte. In unterschiedlichen Epochen der republikanischen türkischen Geschichte übernahm das türkische Parlament Rollen unterschiedlicher Wichtigkeit im politischen Entscheidungsprozess.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verabschiedete das Osmanische Parlament einen letzten Appell zur Wahrung der territorialen Integrität der Türkei (Nationalpakt) und löste sich auf. Am 23. April 1920 wurde die *Türkiye Büyük Millet Meclisi* (Große Nationalversammlung der Türkei, TBMM) in Ankara gegründet. Sie wurde de facto das politische Entscheidungszentrum der Türkei, in dem Legislative, Exekutive und Judikative sich vereinigten. Das primäre Ziel der TBMM war es, den Nationalpakt²²⁰ zu verwirklichen, also die territoriale Integrität der Türkei zu schützen und die Souveränität des türkischen Staates wieder zu erlangen. Zu dieser Zeit übernahm das Parlament de jure und de facto die Funktion eines politischen Entscheidungszentrums – eine Art direkte Exekutive –, das ausnahmslos alle politischen Teilgebiete umfasste. Sogar die militärischen Entscheidungen wurden von der Großen Nationalversammlung in Ankara getroffen.

Gemäß der ersten republikanischen Verfassung von 1924 blieb das Parlament weiterhin das Zentrum der politischen Entscheidungen. Die Gesamtgewalt der Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung war in

²²⁰ Misak-ı Milli bzw. Milli Misak (Nationaler Eid).

der TBMM vereinigt.²²¹ Anders als das vorherrschende System zwischen 1920-1924, in welchem de jure und de facto das Parlament herrschte, ermöglichte jedoch die Verfassung von 1924 die Einführung einer Exekutive in Gestalt einer Regierung, die vom Parlament beauftragt wurde. Dadurch wurde die Rolle des Parlaments in politischen Entscheidungen relativiert, was bedeutet, dass eine de facto Arbeitsteilung innerhalb des Parlaments entstand. Dieses System wurde durch die Verfassung von 1961 gründlich geändert. Sie trennte im demokratischen Sinne die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative. Dadurch wurde die Dominanz des Parlaments im politischen Entscheidungsprozess der Türkei beendet. Die Verfassung von 1982 veränderte die diesbezügliche Grundordnung des politischen Systems nicht. Es wurden jedoch durch die Einführung der Verfassung von 1982 die Gleichgewichte der Gewalten zugunsten der Exekutive, insbesondere des Präsidentenamtes verändert.

Gemäß der Verfassung von 1982 können internationale bilaterale und multilaterale Verträge jeder Art ohne Zustimmung des Parlaments nicht in Kraft treten. Das heißt, die Exekutive ist zwar ermächtigt, für solche Abkommen die Verhandlungen zu führen, sie zu unterzeichnen sowie einige Rechte und Pflichten an internationale Organisationen und Staatengemeinschaften abzugeben. Dies impliziert auch das Recht auf partiellen Souveränitätsverzicht, was ganz besonders im Hinblick auf den supranationalen Charakter der Europäischen Union von Bedeutung ist, in der die Türkei Vollmitglied zu sein beabsichtigt. Ob ein solches Abkommen internationaler oder supranationaler Art in Kraft tritt, hängt jedoch von der Zustimmung der Großen Nationalversammlung ab. Erst durch die Ratifizierung durch das Parlament werden die unterzeichneten Verträge für das nationale Recht verbindlich. Falls bestehende Gesetze in Widerspruch zu internationalen Verträgen stehen, muss eine entsprechende Gesetzesänderung folgen, um diesen Konflikt zu beseitigen. Es besteht also in der aktuellen türkischen Verfassung keinen Mechanismus, nach dem die bi- und multilateralen Verträge gegenüber der Verfassung vorrangig sind. Darüber hinaus gehören folgende Rechte und Kompetenzen zum Parlament, die im Hinblick auf die außenpolitischen Entscheidungen von Relevanz sind: Krieg zu erklären, Truppen bzw. militärische Einheiten ins Ausland zu schicken und fremden Truppen Stationierungserlaubnis zu erteilen.

²²¹ Vgl. Soysal, S. 37.

Im Zeitraum von 1990 bis heute gab es mehrere politische Ereignisse, in welchen das Parlament seine laut Verfassung festgelegten Rechte und Kompetenzen nicht wahrnehmen konnte. Dies ist auf die Machtzunahme des Militärs und des NSR im politischen Leben des Landes zurückzuführen. Solche auf einige Bereiche konzentrierten Kompetenzergreifungen des Militärs sind insbesondere im Falle der Entsendung von Truppen ins Ausland beobachtbar. Im Untersuchungszeitraum (bis 2000) fanden zahlreiche militärische Operationen der türkischen Truppen im Nordirak statt mit dem Ziel, PKK-Aktivitäten in der Region außerhalb der türkischen Grenzen zu stoppen und bewaffnete PKK-Gruppen zu bekämpfen. Die Entscheidung über die Operation der türkischen Militäreinheiten im Ausland (hier auf irakischem Territorium) wurde nicht von der TBMM getroffen. In mehreren Fällen wurde das Parlament nicht einmal vorab benachrichtigt. Es bestehen darüber hinaus ernsthafte Zweifel daran, ob zumindest die Regierung die Entscheidungen traf und mittrug. Leider kann von wissenschaftlicher Seite nicht mit absoluter Sicherheit festgestellt werden, welche Instanz solche Entscheidungen trifft – die Regierung, der NSR oder das Militär – da über den Entscheidungsprozess keine offiziellen Dokumente zur Verfügung stehen. Dennoch wird in der Sekundärliteratur und in den Berichten der türkischen Medien oft auf die politikgestaltende Rolle des Militärs in diesem Bereich hingewiesen. In den türkischen Medien wurde bis Ende der 90er Jahre zudem selten Kritik an diesen Auslandsmissionen der türkischen Antiterrorereinheiten geübt.

Seit den jüngsten demokratisierenden Reformen hat sich diese Situation deutlich verändert. Entsprechend der sukzessiven Machtabnahme des Militärs im staatlichen Entscheidungszentrum, vor allem im NSR, werden vermehrt das Militär und seine Einmischung in die Politik kritisierende Berichte in den Medien registriert. Ein weiteres Phänomen ist zugleich die zunehmende Passivität der Abgeordneten in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in den 90er Jahren. Dies ist zum einen auf die so genannte Parteidisziplin, zum anderen auf die fast traditionelle Haltung der Abgeordneten in der Türkei zurückzuführen, die Außen- und Sicherheitspolitik als Sache des so genannten „tiefen Staates“ zu begreifen. Dennoch weisen die jüngsten politischen Entwicklungen seit der Zeit vor dem Beginn des Dritten Irakkrieges darauf hin, dass das türkische Parlament, auch infolge der Stärkung seiner Rolle im Hinblick auf die Demokratisierungsreformen im Land und die Annäherung an die EU, im Begriff ist, durchaus eine stärkere Position auch im außenpolitischen Entscheidungsprozess zu übernehmen. Als Indiz der Kompeten-

zunahme des türkischen Parlamentes in außenpolitischen Fragen soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass die TBMM, trotz der abweichenden Positionen des Militärs und des Außenministeriums sowie des massiven Drucks seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, deutlich Position gegen die Teilnahme der Türkei am Irakkrieg sowie die Stationierung US-amerikanischer und britischer Soldaten auf türkischen Territorium bezog und eine türkische Beteiligung am Konflikt verweigerte. Aufgrund der Erfahrungen der jüngsten Geschichte ist anzunehmen, dass die TBMM ihre Haltung zur Machtverteilung im Staat weiterhin verändert und eine aktivere und bedeutende Rolle im außenpolitischen Entscheidungszentrum für sich beansprucht.

3.5. Militär und Außenpolitikgestaltung

Es ist in der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses von großer Relevanz, herauszufinden, welche Organe in dieser geschlossenen Aktionseinheit in welchem Maße Verantwortung tragen, oder, mit anderen Worten, wie der (außen)politische Entscheidungsprozess funktioniert. Bisher wurde das Verhältnis zwischen den verfassungsgemäß legitimierten und politisch verantwortlichen Teilbereichen der außenpolitischen Exekutive behandelt. In diesem Abschnitt wird nun die Rolle des Militärs im Entscheidungsprozess analysiert.

Im außenpolitischen Entscheidungsprozess der Türkei scheint ein fundamentaler latenter Konflikt, d.h. eine dualistische Struktur in Regierung und Verwaltung zu existieren, was zur Folge hat, dass die nach außen geschlossen wahrgenommene Aktionseinheit Staat in ihrem Entscheidungsprozess in Wirklichkeit gar nicht harmonisch agiert. Die Rolle des Militärs in der Politik der Türkei ist mit dieser disharmonischen Struktur eng verbunden. Dies ist Beobachtungen zufolge kein epochales Einzelphänomen, sondern zeigt einen kontinuierlichen Charakter. Daher sollen an dieser Stelle die möglichen Ursachen dieses Phänomens untersucht werden. In der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses müssen insofern sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch de facto Machtverhältnisse zwischen den *gewählten* und den *ernannten* Entscheidungsträgern, d.h. zwischen den Regierungs- sowie den zivilen Verwaltungseliten und den bürokratischen und militärischen Eliten, sowie die Organisationsstrukturen im Entscheidungszentrum behandelt werden. In zahlreichen Quellen wird auf die Beziehungen zwischen den zivilen und militärischen Entscheidungsträgern bezüglich des politischen

Entscheidungsprozesses vor dem und im Analysezeitraum der vorliegenden Arbeit hingewiesen. Doch die Ursachen und Gründe der politischen Aktivität des türkischen Militärs wurden insbesondere im Analysezeitraum der vorliegenden Arbeit nicht genügend behandelt. Ohne eine Analyse dieses besonderen politischen Phänomens im politischen System der Türkei sind jedoch zahlreiche zentrale Ereignisse und Entscheidungen der türkischen Außenpolitik nicht genügend zu verstehen. In der Analyse wird daher der Versuch unternommen, die Funktionen und Einflüsse der Entscheidungs-, Vollzugs- und Verwaltungsinstanzen, die Bestandteile des Entscheidungszentrums sind, im Hinblick auf den de jure und de facto bestehenden Macht- und Kompetenzrahmen vergleichend darzustellen.

Die Rolle des Militärs im politischen Leben der Türkei ist ein aktuelles und politikwissenschaftlich relevantes Thema, dessen Wurzeln bis zur Zerfallsepoche des Osmanischen Reichs zurückzuverfolgen sind.²²² In der diesbezüglichen Fachliteratur wird von fast allen Autoren auf die überaus aktive Rolle des Militärs in der Innenpolitik sowie bei der Gestaltung der sicherheitspolitisch dominierten Außenpolitik des Landes hingewiesen. Dennoch wurde diesem Thema bislang nicht die seiner politikwissenschaftlichen Relevanz entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist eines der Ziele der vorliegenden Analyse, hierzu die grundlegenden Fakten und Entwicklungstendenzen aufzuzeigen.

Zu Beginn der Analyse sollen einige Begriffe definiert werden, die notwendig sind, um eine klare Antwort zu formulieren, in welcher Weise das türkische Militär die politischen Entscheidungen beeinflusst. Özcan klassifiziert den kontinuierlichen Einfluss des türkischen Militärs auf die außenpolitischen Entscheidungen in zwei Gruppen: Direkte und indirekte Einflussnahme des Militärs. Wie bereits dargelegt, fanden in der Geschichte der Türkei drei erfolgreiche Staatsstriche²²³ (1960, 1971 und 1980) sowie 1997 das Memorandum des Militärs statt. In den diesen Staatsstreichen folgenden militärischen Regierungszeiten kann Özcan zufolge von einem „direkten Einfluss“ des Militärs gesprochen werden. Demgegenüber bezeichnet er den militärischen Einfluss auf die Außenpolitik während der zivilen Regierungszeiten als „indirekt“.²²⁴ Ausge-

²²² Für eine zusammenfassende Darstellung des Einflusses des Militärs im Osmanischen Reich siehe Iba, Şaban: *Ordu Devlet Siyaset*, Istanbul 1998, 29-41.

²²³ Erfolgreich in dem Sinne, dass es dem Militär gelungen ist, durch seine Intervention und die Eliminierung der zivilen Autorität die Führung des Landes zwangsweise zu übernehmen.

²²⁴ Vgl. Özcan, S. 298 & 302.

hend von dieser Unterscheidung tragen die indirekten Interventionen des Militärs auf die außenpolitischen Entscheidungen einen kontinuierlichen, legitimen und gewohnheitsrechtlichen Charakter. Hale beschreibt drei Militärregimetypen: Vetoregime, Wächterregime und Herrschende Regime.²²⁵ In den Vetoregimen verfügt das Militär über gewisse Vetobefugnisse bezüglich der Entscheidungen der zivilen Instanzen, ohne zivile Institutionen wie das Parlament oder die politischen Parteien aufzulösen. Dabei können die Entscheidungen der zivilen Entscheidungsträger in mehreren Politikfeldern vom Militär begrenzt bzw. orientiert werden. Dieser Typ wird von Hale als den Status quo beibehaltend und konservativ bezeichnet. In den Wächterregimen übernimmt das Militär in der Regel kurzfristig die politische Macht und erreicht dadurch einen größeren Einfluss und bessere Kontrolle. Die Wächterregimen betrachten sich als dafür verantwortlich, den „Schmutz der zivilen Politik sauberzumachen“. Nach der Schaffung der dafür notwendigen, beispielsweise gesetzlichen Bedingungen geben die Militärs die politische Macht an die zivilen Instanzen zurück. Schließlich gibt es nach der Terminologie von Hale noch die Herrschenden Regime, die relativ lange an der Macht bleiben und eine weitgehende politische Kontrolle ausüben. Die Führer dieses Regimetypus bezeichnen sich in der Regel selbst als revolutionär bzw. radikale Modernisierer.

Sowohl die Klassifizierung von Özcan als auch die von Hale formulierte Typologien erwähnten Typologien sind hilfreich, den militärischen Einfluss auf das zivile politische Entscheidungszentrum der Türkei zu beschreiben. Vorab erscheint es allerdings sinnvoll, zunächst einmal die institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Türkei im historischen Kontext zu analysieren.

Die politische Rolle des Militärs in der Türkei ist zum einen auf die historische Stellung des Militärs im türkischen Staatswesen, d.h. die transformierende und innovative Rolle des Militärs im Osmanischen Imperium und in der republikanischen Zeit sowie insbesondere die so genannte Staatsgründer-Militärschicht, zum anderen auf die direkten Interventionen des Militärs²²⁶ zurückzuführen. In der Fachliteratur wird in diesem Zusammenhang auf den so genannten „prätorianischen“ Charakter des türkischen Militärs hingewiesen. Der Begriff des Prätorianis-

²²⁵ Hale, S. 259-260.

²²⁶ In 1960, 1971, 1980 und 1997 ereigneten sich direkte Interventionen des Militärs im unterschiedlichen Maße, in denen das militärische Oberkommando für begrenzte Zeit die Führung des Landes übernommen hat bzw. den zivilen Ablauf der Politik durch ein Memorandum verändert hat.

mus bedeutet in engerem Sinne die Machtzunahme eines unabhängigen militärischen Elements im Staatsapparat, das beginnt, eine beherrschende Stellung im Staat einzunehmen.²²⁷ Seit dem 19. Jahrhundert wurde das Militär im politischen System des Osmanischen Staates zu einem unabhängigen, das Schicksal des politischen Regimes entscheidend beeinflussenden Element.²²⁸ Dennoch transformierte sich dieses System in der Zerfallsepoche des Osmanischen Reichs und der Regierungszeit der *Jöntürkler Hareketi* (Jungtürkischen Bewegung) unter der politischen Bewegung von *İttihat ve Terakki* (Einheit und Fortschritt) quasi zu einer Koalition der Zivilen und des Militärs.²²⁹ In diesem Sinne hat unter anderem auch das Militär als der wichtigste treibende Faktor eine zunehmende Demokratisierung und Modernisierung des Osmanischen Reichs vorangetrieben.

Die politischen und militärischen Führer des türkischen nationalen Widerstandes nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, die politischen Gründungsväter der Republik Türkei und die Entscheidungsträger der politischen und gesellschaftlichen Innovationen in der jungen Republik waren die selben ehemaligen hochrangigen osmanischen Offiziere wie Kemal Atatürk und İsmet İnönü. Huntington bezeichnet die Gründung dieses neuen republikanischen politischen Systems in der Türkei in diesem Zusammenhang als Transformation eines prätorianischen Regimes zu einem zivilen Regime.²³⁰ Im Kontrast zu Huntington weist Hale darauf hin, dass selbst zu Beginn der republikanischen Regierung das neue türkische Regime nicht als rein militärisch betrachtet werden könnte. Er sieht zivile Elemente im politischen Bereich bereits während des Befreiungskriegs (1919-1923) und in der Gründungsphase der Republik. Aus dieser Perspektive kann die türkische Geschichte nicht als Transformation eines militärischen Regimes zu einem zivilen politischen System bezeichnet werden, da er dem Militär im politischen System der Türkei zwischen 1923-1950 eine zweitrangige Stelle nach der Republikanischen Volkspartei beimisst.²³¹ Dennoch wird in der Literatur auf die besondere dynamische Rolle des Militärs während der Staatsgründung hingewiesen. Darüber hinaus waren die relevanten Parteifunktionäre und Väter der CHP ehemalige Berufsoffiziere, die zumindest mit der Jungtürki-

²²⁷ Vgl. die Definition des Begriffes: Hale, S. 255.

²²⁸ Ibid. S. 256.

²²⁹ Ibid. S. 261.

²³⁰ Huntington, Samuel P.: *Political Order in Changing Societies*, London 1978, S. 258. zitiert nach Hale, S. 260f.

²³¹ Ibid. S. 261-262.

schen Bewegung in der osmanischen Zeit sympathisierten oder sogar aus ihrer Tradition stammten. Wie Weiher feststellt, betrug in den politischen Spitzenpositionen in Parlament, Kabinett und der allein regierenden CHP der Anteil ehemaliger Militärs zwischen 1923 und 1946 15% bis 30%, womit die ehemaligen Militärs die größte Berufsgruppe unter den damals führenden politischen Eliten darstellten.²³² Auch die ersten zwei Präsidenten der Republik und Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei, Atatürk und İnönü waren hochrangige osmanische Offiziere. Für Weiher manifestiert sich in diesem Zusammenhang die führende Rolle der Armee bei der Errichtung des neuen politischen Systems in der Person Atatürks.²³³ Während der Präsidentschaft von Atatürk und İnönü wurde die Türkei von der allein herrschenden CHP regiert und das Militär fungierte als ein dieses System und seine Reformen stützendes Element.²³⁴ Weiher zufolge wurde in dieser Zeit die Tradition der indirekten politischen Mitsprache des Militärs begründet, welche zugleich die Wahrscheinlichkeit einer Intervention für den Fall erhöhte, da die indirekte Einflussnahme zur Durchsetzung der Ziele des Militärs nicht mehr ausreichte.²³⁵ Diese Tradition kann inzwischen auch als eine Art Gewohnheitsrecht bezeichnet werden und bietet eine plausible Erklärung des noch heute bestehenden militärischen Einflusses auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess. Darüber hinaus betrachtet sich das Militär selbst als „eigentlicher Inhaber und Schützer“ des bestehenden kemalistischen, säkularen und republikanischen Systems der Türkei. Es gibt sich die Funktion der Verteidigung dieses politischen Systems gegen innere und äußere Bedrohungen und betrachtet daher jegliche eigene Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen als legitim. Beschützerrolle ist dabei nicht nur eine willkürliche Selbstperzeption des türkischen Militärs, sondern beruht vor allem auf dem *Ordu İç Hizmet Kanunu* (Internen Dienstgesetz des Militärs) Nr. 211.²³⁶ Artikel 35 dieses Gesetzes benennt die Aufgabe des türkischen Militärs als „Verteidigung und Beschützen der Republik Türkei und des türkischen Vaterlandes entsprechend der Verfassung“ zugleich schließt die Verfassung allerdings militärische Interventionen auf politischer Ebene aus und ist freilich für alle

²³² Weiher, Gerhard: *Militär und Entwicklung in der Türkei (1945-1973)*. Ein Beitrag zur Untersuchung der Rolle des Militärs in der Entwicklung der Dritten Welt, Opladen 1978, S. 97.

²³³ Weiher, S. 95.

²³⁴ Hale, S. 261.

²³⁵ Weiher, S. 97.

²³⁶ T.C. *Ordu İç Hizmet Kanunu*.

Gesetze – auch militärischen – verbindlich. Das Militär interpretierte diese Aufgabe in der Vergangenheit jedoch auch als Verteidigung und Beschützen des Vaterlandes gegen vermeintliche oder reale interne politische Bedrohungen.²³⁷ Seine bisherigen Direktinterventionen von 1960, 1971 und 1980 begründete und legitimierte die Militärführung stets durch dieses Dienstgesetz. Auch die Anweisung des türkischen Militärs vom 11. Juni 1997, die als eine politische Parteinahme des Militärs gegen die so genannten islamisch-fundamentalistischen Bewegungen in der Türkei zu bewerten ist, erwähnt das Interne Dienstgesetz der Türkischen Streitkräfte als Legitimationsgrundlage für die Einmischung des Militärs in die Politik. Diese Anweisung geht sogar noch weiter und behauptet, dass Artikel 85/1 der Dienstverwaltungsvorschrift der Türkischen Streitkräfte das Militär ermächtige, die Republik gegen Außen und Innen wenn nötig mit Waffengewalt zu schützen.²³⁸ Das Militär betrachtet sich also auch im Untersuchungszeitraum und bis heute als Beschützer der Republik gegen die äußeren sowie die inneren Bedrohungen und legitimiert dementsprechend seine politische Aktivität. Karaosmanoğlu unterstreicht die Feststellung dieser Perzeption des Militärs folgendermaßen:

*The military continues to consider itself as the guardian of the state, established and maintained according to Atatürk's Republican and secularist principles. In other words, the task of the armed forces is to protect the political and territorial integrity of the state as well as its secular character not only against external threats but also against its internal enemies.*²³⁹

Barkey stellt ebenfalls fest, dass „the military not only had a political role, but would intervene when deemed necessary“.²⁴⁰ Die Teilnahme des Militärs bedeutet also nicht nur eine politische Parteinahme, sondern impliziert auch ein politisch motiviertes Agieren. Auch die späteren di-

²³⁷ Yavuz, S. 350.

²³⁸ Vgl. Genelkurmay Başkanlığı İrtica Brifingi (Anweisung des Generalstabs über den islamischen Fundamentalismus), in: Tageszeitung Cumhuriyet von 12. Juni 1997.

²³⁹ Karaosmanoğlu, Ali L.: The Evolution of the National Security Culture and the Military in Turkey, Journal of International Affairs, Volume 54/1, Fall 2000, S. 199-216; S. 213.

²⁴⁰ Barkey, Henri J.: The Struggles of a „Strong“ State, Journal of International Affairs, Volume 54/1, Fall 2000, S. 87-105; S. 96.

rekten Interventionen des Militärs bekräftigten die Institutionalisierung seiner Rolle im politischen System der Türkei. Diese direkten militärischen Interventionen manifestierten sich bei den Eingriffen des Militärs in den Jahren 1960, 1971 und insbesondere von 1980. Auch das Memorandum des Militärs von 1997, das in der Türkei von einigen Autoren als „postmoderne Intervention des Militärs“ bezeichnet wird, kann dazu gezählt werden, obwohl es nach diesem Memorandum nicht zu einer Militärregierung kam. In dieser Arbeit soll jedoch die Rolle des Militärs im außenpolitischen Entscheidungsprozess während der Herrschaft der Militärregime nicht behandelt werden. Dennoch muss in diesem Kontext auf den Einfluss der Militärregierungen auf die späteren Zivilregierungen nach der Rückkehr zur parlamentarischen Ordnung im Hinblick auf die anhaltend aktive Rolle des Militärs im politischen Entscheidungsprozess hingewiesen werden. Vor allem die Kontinuität gesetzlicher Regulierungen der Militärregierungen ist hierbei von großer Relevanz.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Beteiligung des Militärs an den politischen Entscheidungen wurden bereits nach dem Staatsstreich von 1960 in der darauf folgenden neuen Verfassung geschaffen. Der Staatsstreich von 1960 trägt nach der Klassifizierung von Hale die Charaktereigenschaften eines Wächterregimes. Das Militär ergriff die politische Macht von der regierenden Demokratischen Partei von Adnan Menderes und verwirklichte tief greifende strukturelle, institutionelle und gesetzliche Transformationen. Einige führende Politiker der Demokratischen Partei, unter anderen der Premierminister Menderes, wurden in Folge dieses Staatsstreiches hingerichtet. Das Militärregime schuf die Verfassung ab und eine vom Militär gegründete Kommission erarbeitete eine neue Verfassung, die 1961 in Kraft trat.

Die erwähnten Merkmale entsprechen in der Tat dem Typus eines Wächterregimes. Dennoch weichen einige charakteristische Merkmale der Militärregierung von diesem Typus ab. Beispielsweise war das Ziel der militärischen Intervention nicht der Schutz des Status quo, sondern das Regime verwirklichte eine gewisse Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Systems. Aufgrund dessen bewertet die Mehrheit der linken türkischen Intellektuellen den Staatsstreich von 1960 anders als die nachfolgenden Staatsstrieche von 1971 und 1980. In deren Sichtweise wird der Staatsstreich von 1960 als revolutionär und progressiv bezeichnet. Die politischen Absichten oder Ergebnisse der Intervention oder die Frage, inwieweit der Staatsstreich tatsächlich eine Demokratisierung hervorbrachte, sind dahingestellt und sind nicht Gegenstand der vorliegenden Analyse. Thematisch relevant bleibt allerdings die Rolle

des Militärs im politischen System des Landes, insbesondere sein Einfluss im politischen Entscheidungsprozess. Das Militärregime von 1960 schuf gerade in diesem Zusammenhang institutionelle Strukturen im Staatsapparat, welche die spätere kontinuierliche Überwachung der Politik ermöglichte. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Schaffung des *Milli Güvenlik Kurulu* (Nationalen Sicherheitsrats, NSR) zu nennen, der aus dem Präsidenten, dem Premierminister, den wichtigsten Ministern, dem Generalstabschef, sowie den Oberbefehlshabern der Armee, der Marine, der Luftwaffe und der Gendarmerie, bestand und dessen Vorsitzender der Präsident war.²⁴¹

Ein Meilenstein im Hinblick auf die zunehmende Einflussmöglichkeit des NSR ist der Staatsstreich von 1980. Der NSR entwickelte sich nach dem Staatsstreich von 1980 zu einem primär relevanten politischen Gremium in der Verteidigungs-, der inneren und auswärtigen sowie der Sicherheitspolitik. Einige Autoren weisen darauf hin, dass das Militär, das für die nationale Verteidigung weitgehend die Verantwortung trägt, nach 1980 auch zunehmend als Entscheidungsträger der Außenpolitik auftritt.²⁴² Diese seine normalen Kompetenzen überschreitende besondere Rolle des Militärs in der Türkei bedingte einen dualistischen, bisweilen widersprüchlichen Charakter in der Staatsführung.

Barkey stellt fest, „the officers sought to create institutions – such as the National Security Council (NSC) – to validate their role“.²⁴³ Die Kompetenzen des ersten NSR von 1961 wurden folgendermaßen definiert: „Der NSR teilt der Regierung seine Grundeinsichten mit, um dem Ministerrat bei der Festlegung der Entscheidungen bezüglich der nationalen Sicherheit und deren Koordination zu helfen“.²⁴⁴ Ein bedeutender Unterschied zu den späteren Formen dieses Gremiums von 1961 bestand darin, dass dieses Verfassungsorgan de jure einen ziemlich beschränkten Macht- und Befugnisrahmen sowie lediglich eine politische Beratungsfunktion innehatte. Seine Mitglieder waren dennoch, abgesehen vom Vorsitzenden, im Hinblick auf ihr Stimmengewicht und ihre Stellung gleichberechtigt, was bedeutete, dass die gewählten und die politische Verantwortung tragenden zivilen Entscheidungsträger des Kernkabinetts und die ernannten, politisch unverantwortlichen hochrangigen Berufssoldaten als gleichberechtigte Mitglieder de jure die selben Kompetenzen im Gremium besaßen. Nach dem Memorandum des Militärs von

²⁴¹ T.C. 1982 Anayasası, Artikel 118.

²⁴² Vgl. Özcan, S. 296.

²⁴³ Barkey, S. 96.

²⁴⁴ T.C. 1961 Anayasası, Artikel 111.

1971, der zweiten Intervention des Militärs, die wie die erste dem Typus des Wächterregimes nach Hale entspricht und zu einigen die demokratischen Grundfreiheiten beschränkenden Verfassungsänderungen und zu einem unfreiwilligen politischen Machtwechsel führte, wurde durch eine Verfassungsänderung die gesetzliche Kompetenz der „Mitteilung der Grundeinsichten, um dem Ministerrat zu helfen“ durch die Kompetenz der „Empfehlung der Ansichten“ ersetzt.²⁴⁵ Durch diese neue Formulierung des Artikels 111 der Verfassung wurde nach der Meinung des türkischen Verfassungsrechtlers Soysal die Rolle des NSR im politischen Entscheidungszentrum erweitert.²⁴⁶ Schließlich wurde der Kompetenzrahmen des NSR hinsichtlich der inneren und äußeren Sicherheit nach dem Staatsstreich von 1980 weiter ausgedehnt.²⁴⁷ Der Staatsstreich von 1980 diente, wie seine Vorläufer, der Installation eines Wächterregimes. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch vor allem darin, dass er vor der Wiedereinführung der Demokratie die gesetzlichen Rahmenbedingungen eines Vetoregimes auch de jure gestaltet hat, um dadurch nach der Amtsübernahme der zivilen Regierung dem Militär eine kontinuierliche politische Interventions- bzw. Einflussmöglichkeit sicherzustellen. Durch die neue Verfassung von 1982 wurde der ursprünglich zur Beratung gegründete NSR zu einem de facto politischen Entscheidungsgremium weiterentwickelt, das innen- und außenpolitische sowie sicherheitspolitische „Entscheidungen trifft“, welche vom zivilen politischen Entscheidungszentrum, nämlich vom Ministerrat, „vordringlich beachtet werden“.²⁴⁸ Entsprechend der Bewertung von Soysal kann diese neue Formulierung als Erweiterung der Machtbefugnisse des NSR bezeichnet werden. Nach Artikel 8 des Gesetzes zur Nationalen Sicherheit ist der Ministerrat angehalten, die Beschlüsse des NSR mit Priorität zu behandeln und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.²⁴⁹ Der Begriff „Nationale Sicherheit“ wurde laut diesem Gesetz definiert als Schutz und Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung, der Existenz und Integrität des Staates sowie seiner politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und

²⁴⁵ Vgl. die Veränderung von 1971 der T.C. 1961 Anayasası, Artikel 111.

²⁴⁶ Soysal, S. 224.

²⁴⁷ Harris, George: The Role of the Military in Turkey in the 1980s: Guardians or Decision-Makers?, in: Heper, Metin & Evin, Ahmet (Hg.): State, Democracy and the Military, New York-Berlin 1988, S.177-200; S. 194.

²⁴⁸ T.C. 1982 Anayasası, Artikel 118.

²⁴⁹ Bahadır, Şefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/97, 7. März 1997, S. 33-40; S. 38.

sonstigen Interessen auf nationaler und internationaler Ebene vor äußeren und inneren Bedrohungen jeder Art.²⁵⁰ Dies machte in der Praxis jedes Thema, das die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik betraf, zu einem Thema im Aufgabenbereich des NSR. Zwar hatte Militär im neuen System de jure keine direkten Vetobefugnisse, doch standen ihm angesichts seiner gesetzlich festgelegten gleichberechtigten Stellung im NSR sowie seiner Machtfülle in wesentlichen politischen Bereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik weitgehende Einflussmöglichkeiten in politischen Entscheidungsabläufen zur Verfügung, welche de facto einem Vetorecht gleichkamen.

Das Gesetz Nr. 2945 des NSR und das Generalsekretariat des NSR sind im Zusammenhang mit dem gesetzlich festgelegten Machtrahmen dieser Institution von besonderer Bedeutung.²⁵¹ Die in diesem Gesetz detailliert festgelegten Befugnisse des NSR übertrafen sogar diejenigen Kompetenzen, die in der Verfassung grob festgelegt sind.²⁵² Das Generalsekretariat des NSR wurde entsprechend dem gesetzlichen Rahmen bis zu den jüngsten Reformen der AKP-Regierung von Erdoğan von einem Offizier mit dem höchsten militärischen Rang, dem Rang eines kommandierenden Generals bzw. Admirals, geleitet.²⁵³ Das Generalsekretariat verfügte bis 2003 über große Einflussmöglichkeiten, entsprechend seinen Empfehlungen Entscheidungen treffen zu lassen bzw. von Regierungsentscheidungen oder Ministervorschlägen abzuraten. Tanör vertritt die Meinung, dass das NSR-Sekretariat dadurch gelegentlich die Rolle eines „Schattenpremierministers“ übernehmen konnte.²⁵⁴ Der NSR war gemäß dem Gesetz Nr. 2945 für die Bestimmung der nationalen Sicherheitspolitik und deren Anwendung sowie für die dazu notwendige Koordination im Staatsapparat verantwortlich,²⁵⁵ was ihn insbesondere

²⁵⁰ Artikel 4, Satz a des „Gesetzes betreffend den NSR und das Generalsekretariat des NSR“ Nr. 2945 vom 9. 11. 1983, in: Resmi Gazete (Staatsanzeiger), Nr. 18218 vom 11. 11. 1983, S. 3-10. Zitiert nach Bahadır, S. 38.

²⁵¹ Die Rahmenbedingungen der politischen Macht des NSR wird entsprechend dem folgenden Gesetz festgelegt: T.C. Milli Güvenlik Kurulu ve Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği Kanunu, Gesetznummer: 2945, 11. 11. 1983.

²⁵² Interview mit Prof. Dr. Bülent Tanör über den NSR: in: Tageszeitung Milliyet, 14. 12. 2000.

²⁵³ T.C. Milli Güvenlik Kurulu ve Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği Kanunu, Gesetznummer: 2945, 11. 11. 1983.

²⁵⁴ Interview mit Prof. Dr. Bülent Tanör über den NSR: in: Tageszeitung Milliyet, 14. 12. 2000.

²⁵⁵ T.C. Milli Güvenlik Kurulu ve Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği Kanunu, Gesetznummer: 2945, 11. 11. 1983, Artikel 4 / a.

im Zusammenhang mit außenpolitischen Entscheidungen zu einem äußerst wichtigen politischen Faktor machte. Die gesetzlich festgelegten Kompetenzen des NSR wurden allerdings im Reformpaket der AKP-Regierung von Erdoğan im Jahr 2003 weitgehend eingeschränkt.

Das Generalsekretariat des NSR ist verantwortlich für die Bestimmung und Umsetzung der nationalen Verteidigungspolitik und die dafür notwendige Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Institutionen im Staatsapparat.²⁵⁶ Aufgrund des Gewichts des Militärs im NSR bis 2003 wurde bisher mehrfach auf die besondere Rolle des Militärs in der Politik des Landes hingewiesen. Da die Generalsekretäre bisher in der Regel Berufssoldaten waren und daher nicht unabhängig von der militärischen Befehlskette betrachtet werden können, ist anzunehmen, dass die militärischen Mitglieder des NSR einen erheblichen Vorteil gegenüber den zivilen Mitgliedern besaßen, aufgrund der bestimmenden Funktion des Generalsekretariats des NSR in der Regel die Tagesordnung zu bestimmen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die hochrangigen militärischen Mitglieder des Gremiums im Untersuchungszeitraum bis 2003 die dominanteren Entscheidungsträger der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik waren. Kam es wie bisweilen beobachtet zu Unstimmigkeiten zwischen den zivilen und den militärischen Mitgliedern des NSR, konnten die militärischen Mitglieder meistens ihre Interessen durchsetzen.²⁵⁷ Tanör wies darauf hin, dass sich die Politik die Beschlüsse des NSR in der Praxis weitgehend aneignete.²⁵⁸ An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass der gesetzliche Handlungsrahmen des NSR in sich widersprüchlich ist. Denn das Gremium, in dem auch das Kernkabinett selbst vertreten ist, trifft Entscheidungen, die vom Ministerrat vordringlich beachtet werden, also unter anderem auch vom Kernkabinett. Das heißt, dass das Kernkabinett seine eigenen Entscheidungen vordringlich beachten muss, was in einen Zirkeltrugschluss führt. Falls jedoch die militärischen Mitglieder des NSR dem Kernkabinett tatsächlich ihren eigenen Willen diktieren und somit die Politikges-

²⁵⁶ Ibid. Artikel 13 / d.

²⁵⁷ Beispielsweise berichteten Zeitungen über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Premierminister Ecevit und dem militärischen Flügel des NSR bezüglich der Frage des religiösen Führers des islamischen Nurcu-Ordens Fettullah Gülen. Obwohl Ecevit der Meinung war, dass Gülen keine anti-säkulare Aktivitäten unterstütze, konnte er das Militär nicht davon überzeugen. Die militärischen Mitglieder des Gremiums setzten durch, dass der Nationale Sicherheitsrat einen entsprechenden Beschluss getroffen hat.

²⁵⁸ Tanör, S. 324.

taltung dominieren können, dann bedeutet dies, dass die Regierung in diesem Entscheidungsprozess völlig entmachteter wird. Selbst unter der Annahme, dass die Regierung das Diktat der militärischen Seite nicht akzeptiert, die eigenen Entscheidungen allerdings vor den militärischen Mitgliedern des NSR rechtfertigen muss, bleibt der Generalstab die dominierende politische Macht in der türkischen Politik. Dies entspricht in der Typologie Hales dem Typus eines Vetoregimes mit geringfügiger Intensität.

Auch in der Medienberichterstattung wurde vielfach auf die vom Militär dominierte Rolle des NSR hingewiesen, verschiedentlich wurde der NSR sogar mit dem Militär gleichgesetzt²⁵⁹ oder zumindest als ein Militär dominiertes Gremium dargestellt, vor dem die Regierung des Landes ihre Entscheidungen rechtfertigen müsse. Dieser Umstand ist im Hinblick auf die Wahrnehmung der türkischen Öffentlichkeit von Relevanz. Durch die EU-Anpassungsreformen des Jahres 2003 unter der AKP-Regierung von Erdoğan ist ein deutlicher Rückzug des Militärs aus der Politik zu beobachten. Akute Konflikte zwischen Politik und Militär in der Türkei sind derzeit nicht erkennbar. Die Medien berichten trotzdem äußerst sensibel und kritisch zur Thematik Militär und Politik.

Ein Beispiel für die aktive Rolle des NSR im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist die Mitteilung des Rates vom 1. April 1991 an den Ministerrat. Der NSR teilte der Regierung damals mit, dass konkrete außenpolitische Entscheidungen, unter anderem die Anrufung des Sicherheitsrats der UN, aufgrund der kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak, die wegen der Verfolgungen der irakischen Führung in die Türkei eingedrungen sind, beschlossen wurden.²⁶⁰ Der NSR stellte sich also de facto als ein politisches Entscheidungszentrum dar, das selbstverständlich Entscheidungen trifft bzw. bestätigt oder ablehnt.

Ein weiteres anschauliches Beispiel sind die Spannungen zwischen der Türkei und Deutschland, welche durch die Nutzung der von Deutschland als Militärhilfe zur Verfügung gestellten Panzerfahrzeuge gegen die separatistische PKK im Südosten der Türkei im Jahr 1992. Die deutsche Regierung forderte die Türkei dann auf die von ihr im Rahmen der NATO-Kooperation zur Verfügung gestellten Waffen nicht im Kampf gegen die PKK einzusetzen. Um die zwischenstaatlichen Spannungen beilegen zu können, entschied der Ministerrat nach einer Lageberatung, die ursprünglich deutschen Waffen in den militärischen Ope-

²⁵⁹ Özcan, S. 302.

²⁶⁰ Vgl. Tanör, S. 324.

rationen im Südosten des Landes nicht mehr zu verwenden. Auf diese Entscheidung der Regierung reagierte der Generalstab jedoch ablehnend, da das Militär es als erforderlich ansah, im Kampf gegen den Terror der separatistischen PKK wieder auf die von Deutschland zur Verfügung gestellten Waffen zurückgreifen zu können. Nun musste die Regierung bzw. das Kernkabinett die militärischen Mitglieder des NSR von der Notwendigkeit einer Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland überzeugen, indem die militärischen Mitglieder des NSR über die außenpolitischen, völkerrechtlichen und diplomatischen Gründe der Entscheidung aufgeklärt wurden.²⁶¹ In diesem Stadium wurde der Generalstab von den zivilen Entscheidungsträgern überzeugt und die militärischen Mitglieder des NSR bestätigten die Entscheidung der Regierung.

Als letztes Beispiel sei an dieser Stelle die Polemik zwischen den führenden politischen Eliten im Jahr 1993 darüber, wo und wie die Lösungsvorschläge bezüglich des „Konflikts im Südosten“, d.h. der Kurdenfrage, diskutiert werden sollten. Die damalige Premierministerin Çiller schlug vor, eine parlamentarische Kommission, bestehend aus den in der TBMM vertretenen politischen Parteien, zu gründen, um die politischen Optionen zur Lösung des Konflikts zu bewerten und eine neue Politik zu gestalten. Doch Oppositionsführer Yılmaz von der Mutterlandspartei vertrat die Einsicht, dass Entscheidungen einer derartigen Kommission keinerlei politische Orientierung vorgeben könnten und wies auf die Notwendigkeit einer Einigung mit dem NSR hin.²⁶² Yılmaz beschrieb eine solche Einigung folgendermaßen:

Im NSR gibt es Dokumente zur in der Kurdenfrage betriebenen Staatspolitik. Die Regierungen mögen wechseln, dennoch bleibt diese Staatspolitik unverändert. Falls die neue, eventuell in einer parlamentarischen Kommission gestaltete Kurdenpolitik zu diesen Dokumenten im Widerspruch stehen sollte, wird selbstverständlich dennoch eine Einigung mit dem NSR gebraucht.²⁶³

²⁶¹ Vgl. Özkök, Ertuğrul: MGK'yı İkna Brifingi, in: Tageszeitung Hürriyet von 10. Juni 1992.

²⁶² Cıvaoglu, Güneri: Belgeler ve Kafalar, in: Tageszeitung Sabah von 14. Juli 1993, zitiert nach Özcan, S. 303.

²⁶³ Cıvaoglu, Güneri: Belgeler ve Kafalar, in: Tageszeitung Sabah von 14. Juli 1993, zitiert nach Özcan, S. 303.

Dieses Beispiel zeigt wie die vorherigen, dass der NSR seitens seines gesetzlich festgelegten Befugnisrahmens als ein ursprüngliches Beratungsorgan eine machtvolle und weit reichende Position im politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess der Türkei einnahm. In diesem konkreten Fall erscheint der NSR als ein Staatsorgan, das ermächtigt ist, die zivilen Entscheidungen im Prozess des Policy-Making zu bestätigen. In dieser Konstellation erscheint das Militär nicht als ein Instrument der Politik, sondern als ein zumindest gleichberechtigter Partner im politischen Entscheidungsprozess. Die besondere Rolle des türkischen Militärs begrenzte offensichtlich die Macht der zivilen Organe im Policy-Making bzw. behinderte ihre Bemühungen, zivile Maßnahmen für die Lösung solcher auch die Außenpolitik sowie die bilateralen und multilateralen Beziehungen des Landes direkt oder indirekt beeinflussenden sozialen Probleme zu ergreifen.

Angesichts der Entscheidungsstruktur im Staatsapparat wird also in diesem Zeitraum ein dualistischer Charakter des politischen Entscheidungszentrums der Türkei offensichtlich. Auf der einen Seite gab es eine zivile, im demokratischen Sinne vom Volk gewählte und legitimierte Regierung, auf der anderen Seite eine militärische, im politischen Sinne nicht legitime politische Macht ohne klar definierte Befugnisse. Beide Machtzentren verfügten über Einflussmöglichkeiten auf die politischen Entscheidungen. Der militärische Apparat erscheint jedoch in bestimmten fundamentalen Politikfeldern wie der Sicherheits- und Außenpolitik im Vergleich zu den zivilen Organen tonangebend zu sein.

Die Analyse des Verhältnisses zwischen Zivilisten und Militärs im NSR ist ebenfalls von relevanter Bedeutung für das Verstehen des türkischen Entscheidungsprozesses. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen werden die Entscheidungen im NSR mit absoluter Mehrheit getroffen.²⁶⁴ Dennoch darf bezweifelt werden, ob dieses de jure demokratische Abstimmungsprinzip in den Versammlungen tatsächlich angewendet wird. Davon unberührt bleibt Frage, inwieweit es in einem demokratischen parlamentarischen System überhaupt legitim ist, dass die ernannten Mitglieder des Gremiums den gewählten Mitgliedern gleichberechtigt sind, ist dahingestellt. In einem Gespräch äußerte beispielsweise der ehemalige Generalstabschef Güreş folgendes:

²⁶⁴ Siehe T.C. Milli Güvenlik Kurulu ve Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği Kanunu, Gesetznummer: 2945, 11. 11. 1983, Artikel 7.

Im NSR sind die Zivilisten und Militärs mit gleichem Gewicht repräsentiert. Es gibt keine Abstimmung mit Handzeichen im NSR. Bis heute hat eine solche Abstimmung nie stattgefunden. Der Generalstab ist wie eine Universität. Es kommen wichtige Informationen an. Es gibt ein bedeutendes Bewertungsteam. Die erhaltenen Informationen werden dort ausgewertet und man bekommt ein Ergebnis. ... Der NSR funktioniert folgendermaßen: Einige Themen kommen auf den Tisch. ... Wir äußern uns entsprechend den erwähnten Analysen. Ein Auszählen von Stimmen findet nicht statt.²⁶⁵

Wie Özcan feststellt, muss man aufgrund dieses Statements zum Schluss kommen, dass die Entscheidungen im NSR nicht nach dem in Gesetzen festgelegten Prinzip der absoluten Mehrheit getroffen werden. Entscheidungen erfolgen also nicht nach der Aufklärung der zivilen Ratsmitglieder durch die militärischen „Berater“ im Rahmen eines Überzeugungsprozesses mittels undefiniertem „Konsens“.²⁶⁶

Das Sekretariat des NSR erstellt darüber hinaus detaillierte Berichte über potentielle sicherheitspolitische Gefahren ohne Kenntnis des Ministerrats. Diese werden sodann in den Versammlungen des NSR vorgelesen. Die in den Berichten behandelten sicherheitspolitischen Gefahren können auch die auswärtige Politik des Landes betreffen. So berichtete das Sekretariat des NSR z.B. über die Risiken eines EU-Beitritts der Türkei bezüglich des ethnischen Separatismus in der Türkei und betonte damit zusammenhängende sicherheitspolitische Besorgnisse des Militärs.²⁶⁷ Ein weiteres für die Außenpolitik relevantes Beispiel der aktiven politischen Rolle des Militärs ist die Erklärung des Generalstabs zu den im Lande seit langer Zeit diskutierten kulturellen Rechten der türkischen Staatsbürger kurdischer Abstammung. In der Erklärung beschuldigte der Generalstab die EU der Ermutigung separatistischen Terrors durch die PKK. Die Erklärung setzte eine Demokratisierung in diesem Gebiet mit der „politischen Anerkennung der PKK“ gleich, welche als die „zweite Dimension des separatistischen Terrors“ bezeichnet wird.²⁶⁸ Zu dieser Zeit befand sich der türkische Premierminister Ecevit auf dem EU-Gipfel in Nizza und unterzeichnete das Access-Partnership-Dokument

²⁶⁵ Şefkat, Uğur: in: Tageszeitung Sabah, 25. 04. 1993, zitiert nach Özcan, S. 305.

²⁶⁶ Özcan, S. 305.

²⁶⁷ Tageszeitung Cumhuriyet, 1. 12. 2000.

²⁶⁸ Tageszeitung Milliyet, 8. 12. 2000.

zwischen der Türkei und der EU, in dem unter anderem auch eine Liberalisierung auf dem Gebiet der kurdischen Sprache vorgesehen ist. Offensichtlich verursachten die unterschiedlichen Perzeptionen der politischen Entscheidungsträger und des Militärs erneut eine Dualität in der Staatsführung. Das Militär war bis 2003 nicht nur de facto ein politischer Akteur im Entscheidungsprozess im diskreten Rahmen des NSR, sondern erschien auch in der Öffentlichkeit als solcher. Der amtierende Kommandeur der türkischen Militäarakademien, General Şenoğul, erörterte in einer Rede in der Militäarakademie die Politik der türkischen Integration in die EU und deutete auf die Gefahren der EU-Annäherung hin:

Um die zeitgenössische Zivilisation erreichen zu können, muss die Türkei der EU beitreten. Dennoch befürchten wir, dass unser Nationalstaat während des Beitrittsprozesses beschädigt wird. Wir äußern diese Besorgnis. Um die Mitgliedschaft der Türkei zu unterstützen, demonstrierten die Anhänger der separatistischen Organisation [PKK] in europäischen Städten. Kann man dies mit Logik begreifen? ... Mehr als wir freuten sich [nach der Bestätigung der türkischen Kandidatur] Griechenland, die griechischen Zyprioten, die separatistische Terrororganisation, die Kräfte, welche die säkulare Republik zerstören wollen, und vielleicht am meisten die EU-Botschafterin Claudia Roth. ... Die Wünsche der separatistischen Terrororganisation und die Forderungen der Europäischen Union stimmen miteinander überein. Wenn wir die Forderungen der EU genau so akzeptieren, werden die Probleme wie der islamische Fundamentalismus und der ethnische Separatismus zunehmen. ... Bestehen unsere europäischen Freunde darauf, so müssen wir in der Lage sein, ihnen zu sagen, dass die zeitgenössische Zivilisation nicht nur aus Europa besteht.²⁶⁹

Wie an diesen Beispielen ersichtlich wird, verursachte die Rolle des Militärs im politischen Leben einen konkreten Dualismus im Staatsapparat. Die hochrangigen Militärs konnten die Politik der Regierung offen kritisieren bzw. von ihr abweichende Statements abgeben. Darüber hinaus waren ihrer politischen Parteinahme keine Grenzen gesetzt. Dieser

²⁶⁹ Vgl. Statement von Nahit Şenoğul in der Tageszeitung Hürriyet vom 14. Januar 2001.

Zustand wurde lange Zeit von vielen Medien als völlig normal betrachtet.²⁷⁰ Özcan weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in der Türkei insbesondere die Kurdenfrage, deren außenpolitische Relevanz vor allem für die Türkei-EU-Beziehungen unbestreitbar ist, von Politikern im allgemeinen als ein Thema betrachtet wurde, das lediglich im NSR diskutiert werden könnte.²⁷¹ In der Tat wurden die eventuellen Reaktionen des Militärs auf die diesbezügliche Politik der Regierung stets berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass bei der Gestaltung der Kurdenpolitik bzw. in der Frage des ethnisch-separatistischen Terrors der Generalstab bis Ende der 90er Jahre meistens das letzte Wort hatte. Eine politische Entscheidung unabhängig vom Militär zu treffen war also unter den damaligen türkischen Verhältnissen möglicherweise unrealistisch und de facto nicht durchführbar. So wiesen führende zivile Entscheidungsträger wie beispielsweise der ehemalige Staatsminister für Menschenrechtsfragen, İrtemçelik in einem Interview in der türkischen Tageszeitung Milliyet auf die dominierende Rolle des Militärs im politischen Entscheidungsprozess hin:

Was mit dem NSR gemeint wird, ist das Generalsekretariat des NSR und die bestimmende Rolle des Militärs in der Politik. Dieses Bild, das unter den besonderen Bedingungen der Türkei bis heute unverändert geblieben ist, muss unbedingt geändert werden, wenn wir eine erstklassige Demokratie werden wollen.²⁷²

İrtemçelik weist darauf hin, dass die politische Funktion des NSR in der Türkei eine deutliche Abweichung vom (west)europäischen Demokratieverständnisses sei. Obwohl in manchen anderen westlichen politischen Systemen ähnliche, den politischen Entscheidungsträgern in sicherheitspolitischen und militärischen Fragen zuarbeitende Gremien vorzufinden sind, unterstehen diese de jure und de facto jeweils der zivilen Regierung. Demgegenüber spricht İrtemçelik im Zusammenhang mit der Rolle des Militärs in der türkischen Politik von den „besonderen Bedingungen der Türkei“. Obwohl er nicht expliziert, was mit den „beson-

²⁷⁰ Beispielsweise weist der Kolumnist Şahin Alpay darauf hin, dass die diesbezüglichen Einsichten der Generälen diskutiert werden sollten. Vgl. Tageszeitung Milliyet vom 16. Januar 2001.

²⁷¹ Özcan, S. 304.

²⁷² Interview mit dem ehemaligen Staatsminister und aktueller Abgeordneter der Mutterlandspartei, Mehmet Ali İrtemçelik, in: Tageszeitung Hürriyet, 12. 11. 2000.

deren Bedingungen der Türkei“ gemeint ist, sind die wesentlichen Unterschiede, in den gesellschaftlichen, geopolitischen und historischen Voraussetzungen der Türkei zu suchen. Im gesellschaftlichen Bereich ist der Einfluss der islamischen Religion von entscheidender Bedeutung. Das Land steht aufgrund seines säkularen politischen Systems und der dieses System in der Wahrnehmung des Militärs und einiger Machteliten drohenden radikalen islamistisch-fundamentalistischen Bewegungen einem ernsthaften Dilemma gegenüber. Einerseits erfordert ein demokratisches politisches System unbeschränkte Handlungsfreiheit für alle politischen Bewegungen, gleichgültig, welche politischen Zielsetzungen diese verfolgen, solange sie die demokratische und freiheitliche Grundordnung des Systems akzeptieren. Andererseits aber beabsichtigen die radikalen islamisch-fundamentalistischen Bewegungen, die bestehende demokratische Grundordnung aufzuheben.²⁷³ Es ist eine Tatsache, dass die zivilen Regierungen diese ursprünglich systemfeindlichen politischen Bewegungen seit mehreren Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen tolerieren. Die Gründe hierfür sind unter anderem in der Politisierung des Islam in letzten Jahrzehnten zu suchen. Seine Anhänger haben in den 90er Jahren insbesondere für die zentralrechten politischen Parteien wie die DYP und die ANAP als potenzielle Wähler an Bedeutung gewonnen. Offiziere der türkischen Streitkräfte sehen die von den systemfeindlichen islamistischen Bewegungen ausgehende Gefahr neben den Risiken des ethnischen Separatismus als eine der zwei größten Bedrohungen der nationalen Sicherheit.²⁷⁴ Im Umkehrschluss betrachtet die Armeeführung die zunehmenden islamistischen Tendenzen in Gesellschaft und Politik neben den kurdischen Separatismustendenzen als einer Legitimationsgrundlage für die Rolle des Militärs im politischen Leben. Überdies scheinen sich die zivilen Machteliten mit der dominanten Rolle des Militärs abgefunden zu haben. Es ist in diesem Zusammenhang ein freiwilliger Macht- und Kompetenzverzicht der zivilen Autorität zu beobachten. Doch nicht nur die gewählten politischen Entscheidungsträger, sondern auch zahlreiche Intellektuelle im Land – insbesondere die Linken – sind bereit, dem Militär über seine Primäre Rolle der Landesverteidigung

²⁷³ Die fundamentalistischen Islamisten befürworten eine Politik- und Rechtsordnung auf der Basis der islamischen Religion – Scharia – in der Türkei nach dem iranischen oder wahabistisch-saudischen Muster. Einige marginale islamistisch-fundamentalistische Terrororganisationen in der Türkei wie die IBDA-C sympathisieren und kooperieren mit Al-Qaida.

²⁷⁴ Vgl. Genelkurmay Başkanlığı İrtica Brifingi, in: Tageszeitung Cumhuriyet von 11. Juni 1997.

hinaus auch im politischen Leben eine dominierende Rolle einzuräumen.²⁷⁵ Allerdings wird in keiner anderen europäischen Gesellschaft eine vergleichbare Haltung beobachtbar. Selbst im EU-Mitglied Spanien, in dem eine separatistische Partei verboten wurde, ist eine Beeinflussung der Politik durch das Militär nicht erkennbar.

Aber auch im Hinblick auf ihre sicherheitspolitische Lage unterscheidet sich die Türkei von den anderen europäischen Staaten. Die Türkei liegt in der nordöstlichen Mittelmeerregion zwischen Europa, dem Nahen Osten und dem Kaukasus. Als Folge ihrer geographischen Lage ist die äußere Sicherheit des Landes nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eher als mehrfach denn weniger bedroht zu bezeichnen. Das Land befindet sich nicht in der Umgebung von Staaten, welche die selben politischen Grundprinzipien, ähnliche politische Systeme sowie vergleichbare außenpolitische Ziele teilen, sondern in der Nachbarschaft von Staaten, deren politische Systeme, außenpolitische Grundkonzepte, politische Werte sowie historische und kulturelle Gegebenheiten deutlich voneinander abweichen. Die Türkei muss in dieser regionalen Konstellation der Multipolarität nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, anders als viele europäische Staaten und andere NATO-Mitglieder, eine relativ größere Armee einsatzbereit halten. Zudem kann ganz allgemein von einer von den EU-Staaten abweichenden gesellschaftlichen Sonderstellung des Militärs in der Türkei gesprochen werden. Nichtsdestoweniger dürfen solche Erklärungen, die für das Verstehen des Phänomens möglicherweise hilfreich sind, nicht dazu dienen, die dominante Rolle des Militärs im politischen Entscheidungsprozess des Landes allein zu rechtfertigen. An dieser Stelle sollte lediglich der Zusammenhang zwischen den seitens der politischen Eliten wahrgenommenen Bedrohungen und der dementsprechend dem Militär zur Verfügung gestellten Macht unterstrichen werden. Entsprechend diesem Erklärungsmodell erhielt das Militär desto mehr Kompetenzen im politischen Entscheidungsprozess, je stärker die innere und äußere Sicherheit des Landes bedroht erschien. So erhielt das Militär während des intensiven bewaffneten Kampfes gegen die PKK insbesondere in der Südosttürkei durch die Zusammenarbeit mit der Sonderverwaltung eine gewisse Autonomie. Diese de facto Macht- und Kompetenzzunahme des Militärs im Kontext der Befugnisse des NSR fand Özcan zufolge nicht gegen den Willen der zivilen Regierung statt, sondern durch ihren freiwilligen Verzicht auf politi-

²⁷⁵ Vgl. Ülsever, Cüneyt: Türk Aydınının Sefaleti, in: Tageszeitung Hürriyet von 4. August 2003.

sche Macht diesem relativ komplizierten Politikbereich.²⁷⁶ Nach Ansicht des Militärs sollte der Staat keine Schritte unternehmen, die individuellen kulturellen und politischen Rechte der türkischen Staatsbürger kurdischer Abstammung auszuweiten, um den separatistischen Terror nicht zu ermutigen. Der NSR übernahm in diesem Sinne eine Art Brückenfunktion für die Entscheidungsvermittlung zwischen den von Zivilisten einerseits und Militärs andererseits dominierten Politikbereichen.

Es ist wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass der politische Einfluss dieser Institution keinesfalls lediglich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen abhing. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum der NSR, d.h. unter anderem die militärischen Mitglieder dieses Gremiums, eine deutlich aktivere Rolle im Entscheidungsprozess übernahmen als die zivilen Politiker. Hierbei spielte möglicherweise die Selbstperzeptionen der Militärs eine entscheidende Rolle. In diesem Kontext weist Hale darauf hin, dass das Militär bereits seit den 60er Jahren durch Institutionen wie den NSR die zivilen Regierungen beobachtete.²⁷⁷ Harris spricht in diesem Zusammenhang von der ausreichend etablierten „guardian role of the armed forces“.²⁷⁸ In langjährigen Schulungen werden die Berufssoldaten einem militärischen Sozialisationsprozess unterzogen. Das Ausbildungssystem der türkischen Armee fördert eine Abkapselung der Berufssoldaten von der restlichen Gesellschaft, auch während des späteren Berufslebens aufrechterhalten wird. Deshalb betrachten sich die Berufssoldaten als eine separate und elitäre Gesellschaftsgruppe,²⁷⁹ sogar als eine eigenständige Gesellschaftsschicht. Die Mehrheit der türkischen Gesellschaft akzeptiert diese Selbstausgrenzung und das Militär genießt ein positives Ansehen in der Bevölkerung der Türkei. Birand zufolge unterstützt die Mehrheit der Berufssoldaten formell die Demokratie als Regierungsform der Türkei, doch betrachten sie zugleich die militärischen Interventionen als legitim, sobald sie die „untrennbare Einheit des Staates mit seinem Land und seiner Nation“ oder die „Prinzipien Atatürks“ gefährdet sehen.²⁸⁰ Es ist insofern davon auszugehen, dass die Mehrzahl der Berufssoldaten den zivilen Entscheidungsträger in bestimmten Politikbereichen kaum bzw. nicht vertraut und daher die Notwendigkeit sieht, die Zivilisten unter anderem im NSR zu lenken. Der erweiterte Begriff der Sicherheitspolitik, für die der

²⁷⁶ Özcan, 304.

²⁷⁷ Hale, S. 273.

²⁷⁸ Harris, S. 199.

²⁷⁹ Vgl. Hale, S. 269f.

²⁸⁰ Birand, Mehmet Ali: *Emret Komutanım*, İstanbul 1986, S.509-511.

NSR zuständig ist, sollte dabei im Kontext der inneren sowie äußeren Bedrohung des bestehenden kemalistischen Systems verstanden werden. Auch die Außenpolitik hängt, wie bereits erwähnt, mit dem erweiterten Begriff der Sicherheit zusammen. Solange die Militärs ihre Perzeption der eigenen Rolle im politischen System nicht ändern, werden daher die latenten Konfliktpotentiale zwischen *gewählten* Entscheidungsträgern und *ernannten* Militärs weiter bestehen. In jüngster Zeit wurden allerdings durch gesetzliche Reformen die Möglichkeiten der Einflussnahme des Militärs in der Politik erheblich eingeschränkt und das Verhältnis zwischen den gewählten und ernannten Eliten im Sinne der Rechtsstaatlichkeit neu geregelt. Mittel- und langfristig kann und soll durch die 2003 eingeleitete Reform der politischen Strukturen auch eine Änderung der Selbstperzeption der Beteiligten in sicherheits- und außenpolitischen Entscheidungsprozessen herbeigeführt werden.

Der Dualismus zwischen den zivilen und militärischen Eliten des Landes ist die Basis der Diskussion über den so genannten „tiefen Staat“. Bisher wurde allerdings kein wissenschaftlicher Versuch unternommen, diesen alltäglichen politischen Begriff, der zum türkischen Politikjargon gehört, allgemeingültig zu definieren. Dabei ist dieser Begriff einer der meist gebrauchten Begriffe der politischen Terminologie der 90er Jahre. Insbesondere im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen zivilen und militärischen Entscheidungsträgern ist der Begriff des tiefen Staates von elementarer Bedeutung. Der ehemalige Botschafter und Kolumnist Türkmen weist in diesem Kontext auf die ursprüngliche Aufgabe der Regierung zur Kontrolle des Militärs, der Bürokratie und der nationalen Geheimdienste hin.²⁸¹ Vor diesem Hintergrund kann der Begriff „tiefer Staat“ als Charakterisierung einer aufgrund der eingeschränkten Macht der zivilen politischen Entscheidungsträger entstandene Machtzunahme bestimmter militärischer sowie bürokratischer Instanzen und die damit verbundene Entstehung eines kleinen militärisch-bürokratischen „(kern)staatlichen“²⁸² Kreises im politischen Leben definiert werden. Die Mitwirker und Unterstützer dieses Kreises werden als „Falken“ bezeichnet. Sie sind insbesondere gegenüber Neuformulierungen und unkonventionellen Kompromissvorschlägen in der Innen- und Außenpolitik skeptisch und tendieren dazu, traditionelle Strukturen in allen Politikbereichen, vor allem aber in der Außen- und Sicherheitspolitik, beizubehalten und abweichende neue Akzente in diesen Politikbereichen zu ver-

²⁸¹ Türkmen, İlder, in: Tageszeitung Hürriyet, 14. 12. 2000.

²⁸² Dafür wird in der türkischen politischen Terminologie der Begriff „devletli“ verwendet.

hindern, um die türkischen Nationalinteressen zu schützen. Änderungen in der traditionellen Außen- und Sicherheitspolitikkonzepten sind gemäß diesem Begriff des tiefen Staates nicht vereinbar mit den nationalen Interessen der Türkei. Die diesem Gedankengut anhängenden Eliten glauben, dass lediglich sie in der Lage seien, die höheren nationalen Interessen der Türkei zu wahren, während anders denkende Entscheidungsträger im Staatsapparat, die als „Tauben“ bezeichnet werden, entweder mangels Wahrnehmungsvermögen politischer Interessen oder aufgrund fehlender politischer Integrität die Grundinteressen des Landes, beispielsweise die territoriale Integrität oder nationale Einheit, gefährden. Der tiefe Staat ist also quasi ein Kernstaat im Staat. Doch muss betont werden, dass der Begriff des tiefen Staates keinesfalls eine reale Sozialgruppe bzw. (quasi)organisierte Organisation meint. Er ist vielmehr im instrumentellen und idealtypischen Sinne zu interpretieren. Nach dieser Definition können alle militärischen Mitglieder des NSR und hochrangigen Offiziere aufgrund ihrer den Status quo schützenden Aufgabe – beispielsweise in der Kurdenfrage – als ein Bestandteil des tiefen Staates bezeichnet werden.

Infolge der Differenzen zwischen dem türkischen System und den anderen europäischen Politiksystemen gehört die Thematik der Rolle des Militärs in der türkischen Politik besonders seit der offiziellen Beitrittskandidatur des Landes in den 90er Jahren zur aktuellen politischen Debatte und ist regelmäßiger Bestandteil offizieller Berichte der EU. Der Einfluss des Militärs und des von ihm dominierten NSR sowie politisch unkontrollierbar erscheinende Strukturen wie der „tiefe Staat“ stellen daher insbesondere im Integrationsprozess der Türkei in die EU eine erhebliche Belastung dar. In zahlreichen EU-Berichten wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Existenz des NSR und seine Kompetenzen bis zu den jüngsten Reformen der AKP-Regierung eine Abweichung von den demokratischen Regeln der europäischen Staatengemeinschaft sei. So wird in den Berichten der EU Kommission „Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt“ von 1998, 1999 und 2000 die problematische Rolle des NSR folgendermaßen beschrieben:

Die Empfehlungen des NSR

[...] have a strong influence on government policy. ... The National Security Council demonstrates the major role played by the army in political life. The army is not subject to civil control and sometimes even appears to act without

*the government's knowledge when it carries out certain large-scale repressive military operations.*²⁸³

*Die Schlussfolgerungen, Erklärungen und Empfehlungen des [Nationalen Sicherheitsrates] üben auf den politischen Prozess weiterhin starken Einfluss aus. ... Außerdem wird die Rolle der Regierung durch die Standpunkte des NSR in der Praxis offenbar stark eingeschränkt, während dem Parlament in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen unzureichend Rechenschaft abgelegt wird.*²⁸⁴

Die Berichte weisen darauf hin, dass der NSR bis 2003 de facto die Funktion eines „Oberkabinetts“²⁸⁵ hatte. Das Militär war demzufolge offensichtlich in der Lage, seinen politischen Willen im NSR und dementsprechend im Allgemeinen durchzusetzen. Es handelt sich hierbei vor allem um Fragen der nationalen Sicherheit, die mit der auswärtigen Politik eng zusammenhängen. Es finden sich für die 90er Jahre, wie oben angeführt, mehrfach Beispiele der direkten und indirekten Beeinflussung bzw. Intervention des Militärs mittels seines Einfluss im NSR. Die konkreteste Intervention des Militärs im Analysezeitraum, die auch internationale Aufmerksamkeit erregte, ereignete sich während der Regierungszeit der Koalitionsregierung RP und der DYP (8. Juli 1996 – 18. Juni 1997). Während dieser Koalitionsregierung missbilligte das Militär ganz offen die von der Regierung betriebene auswärtige Politik. Es war allgemein bekannt, dass die Islamisten noch zu Oppositionszeiten Bedenken bezüglich der Integration der Türkei in die Europäische Union hatten, den pro-westlichen außenpolitischen Kurs der Türkei kritisierten und eine außenpolitische neue Orientierung an die islamischen Staaten forderten. Die außenpolitischen Prioritäten der Islamisten, offen ideologisch bzw. religiös begründet waren und vom Prozess der kontinuierlichen Westorientierung der Türkei und der entsprechenden Außenpolitik abwichen, erschwerten die Koalitionsgespräche zwischen RP und DYP,²⁸⁶ deren Parteiprogramm und Tradition die Kontinuität der Westorientierung im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Sinne

²⁸³ Vgl. Berichte der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 1998, 1999 und 2000.

²⁸⁴ Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 8. November 2000.

²⁸⁵ Diesen Begriff „Oberkabinetts“ (Üst Kabine) verwendet Özcan. Vgl. Özcan, S. 302.

²⁸⁶ Akpınar, Hakan: 28 Şubat. Postmodern Darbenin Öyküsü, Ankara 2001, S. 59-61.

sowie die Intensivierung der Integration in die EU vorsah. Nach mehreren Gesprächsrunden gaben die Entscheidungsträger der RP ihre außenpolitische Position schließlich auf und stimmten zu, das außenpolitische Ziel der Integration in die EU formell ins Koalitionsprotokoll aufzunehmen,²⁸⁷ um die Koalitionsgespräche mit der DYP nicht zu gefährden sowie die erstmalige Regierungschance seiner Partei nicht auf Spiel zu setzen. Dies war der Ausgangspunkt weiterer innerstaatlicher Konflikte infolge der auswärtigen Politik während der Regierungszeit von Erbakan.

Die Spitzenfunktionäre der Wohlfahrtspartei bzw. deren islamistischen Vorgängerbewegungen betonten in der Vergangenheit oft die Relevanz einer islamischen Orientierung der türkischen Außenpolitik und einer Integrationspolitik mit denjenigen Staaten, deren Bevölkerung mehrheitlich muslimisch ist. Dies wurde von ihnen nicht nur als eine weitere Öffnung bzw. Ergänzung der türkischen Regionalpolitik, sondern vor allem als eine Alternative zur Integration in Europa verstanden. Zu Beginn der Koalitionsregierung erschien es jedoch aus realpolitischen Gründen eher unwahrscheinlich, eine außenpolitische Neuorientierung an die muslimischen Staaten zu erreichen, da Erbakan entsprechend dem Koalitionsprotokoll die politische Verantwortung für die Außenpolitik der DYP überlassen musste. Die Vorsitzende der DYP, Çiller, wurde in der neuen Koalitionsregierung zur Außenministerin ernannt. Nichtsdestotrotz zögerte die Führung der RP nicht, zahlreiche außenpolitische Initiativen zu ergreifen, ohne dass das Außenministerium informiert war. Es gelang den Islamisten, den außenpolitischen Kurs der Türkei zunehmend zu beeinflussen. Der islamistische Premierminister Erbakan spielte hierbei die Hauptrolle. Seine ersten offiziellen Auslandsbesuche stattete er als Premierminister der Türkei bewusst den islamischen Staaten ab. Insbesondere seine offiziellen Staatsbesuche im Iran und in Libyen erwiesen sich als problematisch für die türkische Außenpolitik und die für sie verantwortliche Bürokratie und provozierte offene Spannungen im Staatsapparat. Der Koalitionspartner DYP und die große Mehrheit der für die Außenpolitik verantwortlichen Bürokratie waren gegen diese Staatsbesuche des Premierministers, weil sie der Ansicht waren, dass die Staatsbesuche als erste Schritte auf dem Weg zu einer Neuorientierung auf diese Staaten hin dienen sollten. Diese religiös und ideologisch begründeten außenpolitischen Entscheidungen beeinträchtigten zudem die Beziehungen zu den USA. Der Sprecher des Ministry of State der USA, Davies, kritisierte Erbakan, dem Iran „zum falschen Zeitpunkt eine fal-

²⁸⁷ Akpınar, S. 59-61.

sche Botschaft“ gegeben zu haben.²⁸⁸ Im NSR berichtete der türkische Nationale Nachrichtendienst (MIT) über die iranische Unterstützung der separatistischen PKK und Erbakan wurde von den militärischen Mitgliedern des NSR wegen seiner Iranpolitik kritisiert. Die Spannungen zwischen dem islamistischen Flügel der Koalition und der staatlichen Bürokratie und den militärischen Mitgliedern des NSR eskalierte infolge der Reise Erbakans nach Libyen. Der türkische Botschafter in Libyen warnte das türkische Außenministerium im Vorfeld mehrfach vor den negativen politischen Auswirkungen eines offiziellen Besuches des Premierministers in Libyen.²⁸⁹ Auch die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition im Lande sowie die westlichen Alliierten der Türkei, vor allem aber die USA,²⁹⁰ missbilligten diesen Staatsbesuch. Der innere und äußere Druck hinderte Premierminister Erbakan jedoch nicht daran, die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik weiter voranzutreiben. Er und eine offizielle türkische Delegation besuchten Libyen. Während des Besuches wurden die türkische Delegation und Premierminister Erbakan von Staatsoberhaupt Gaddafi in undiplomatischer und unmissverständlicher Weise für die türkische West- und EU-Orientierung sowie die politische und militärische Kooperation der Türkei mit Israel kritisiert.²⁹¹ Die sozialdemokratische CHP beantragte daraufhin in der TBMM ein Misstrauensvotum gegen die Koalitionsregierung. Auch andere inner- und außerparlamentarische Oppositionskräfte kritisierten die Folgen des Libyenbesuches. Außenministerin Çiller rief den türkischen Botschafter Balkan aus Libyen zurück, ohne den noch nicht in die Türkei zurückgekehrten Premierminister Erbakan zu benachrichtigen und brach in einem eigenmächtigen Schritt über Nacht die diplomatischen Beziehungen zu Libyen ab.²⁹² Der Libyenbesuch Erbakans und dessen Folgen wurden schließlich auch während der Versammlung des NSR am 26. April 1997 thematisiert und scharf kritisiert.

²⁸⁸ Ibid. S. 86.

²⁸⁹ Ibid. S. 102f.

²⁹⁰ Die USA betrachteten sowohl den Iran als auch Libyen erstens infolge ihrer Unterstützung der gegen den Westen mit Gewalt agierenden radikalen Gruppen und zweitens wegen ihrer anti-westlichen und antisemitischen Regierungen als terroristische Staaten.

²⁹¹ Während der Libyenreise Erbakans kritisierte der Führer Libyens, ehemaliger Oberst Muammar Gaddafi, die engen Beziehungen der Türkei zum Westen sowie ihre NATO-Mitgliedschaft und die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel. Er bezeichnete die Türkei als ein Land, das von den US-amerikanischen Militärbasen besetzt ist.

²⁹² Akpınar, S. 111.

Der Oberbefehlshaber der türkischen Marine, Admiral Erkaya, fragte Erbakan sarkastisch nach seiner Funktion im so genannten islamischen Volksgeneralstab unter Gaddafi, den der Führer Libyens während des Besuches von Erbakan in einem Gespräch erwähnte.²⁹³ Der Konflikt zwischen den militärischen und zivilen Mitgliedern des NSR eskalierte auf diese Weise bis zur Infragestellung der Integrität des türkischen Premiers.

Der außenpolitische Kurs der Koalitionsregierung sowie die innenpolitischen Entwicklungen, vor allem die zunehmenden islamistischen Aktivitäten, wurden von militärischen Kreisen nicht nur missbilligt, sondern offen kritisiert. In den Versammlungen des NSR wurden die zivilen Mitglieder, unter anderen auch Premierminister Erbakan, durch Berichterstattung und Dokumente über die wachsenden radikalislamistischen Aktivitäten im Lande informiert. Schließlich verkündeten die militärischen Mitglieder des NSR am 28. Februar 1997 den zivilen Mitgliedern des Gremiums, d.h. dem Kernkabinett, ein Memorandum.²⁹⁴ Das Militär betonte in diesem Memorandum seine ablehnende Haltung gegenüber den kontinuierlich zunehmenden islamistischen Aktivitäten gegen das säkulare politische System des Landes und gab der Regierung aufgrund ihrer Zurückhaltung und Passivität die Schuld an den verfassungswidrigen Entwicklungen. Wie gewöhnlich bestätigten die zivilen Mitglieder des NSR die „im Gremium beschlossenen Entscheidungen“. Zum ersten Mal seit dem Staatsstreich von 1980 nutzte das Militär im politischen System seine faktische Vetomacht. Die Aussagen des ehemaligen Generalsekretärs des Generalstabs, General Erol Özkasnak, einem der Mitverantwortlichen des Memorandums vom 28. Februar 1997, offenbarten später, dass zur Zeit des Memorandums unter den gegebenen Bedingungen zwar keine „klassische militärische Intervention“, d.h. ein Staatsstreich, des Militärs geplant war, belegen aber indirekt, abweichend von bisherigen Erklärungen des Militärs, die behaupteten, die „Entscheidungen vom 28. Februar“ seien gemeinsam mit den Zivilen *beschlossen* wurden, ein Diktat des Militärs.²⁹⁵ Darüber hinaus sind seine Aussagen ein Indiz dafür, dass die Intervention vom 28. Februar 1997 entsprechend einem Plan des Generalstabs durchgeführt wurde, weil laut General Özkasnak Präsident Demirel bereits am 11. Januar 1997 in

²⁹³ Ibid. S. 250.

²⁹⁴ Vgl. Tageszeitung von Cumhuriyet, Tageszeitung Milliyet, Tageszeitung Hürriyet von 1. März 1997.

²⁹⁵ Vgl. die Aussagen vom General Özkasnak in der Tageszeitung Milliyet von 16. Januar 2001.

das Hauptquartier des Generalstabs eingeladen und über die selben Informationen aufgeklärt wurde, die später den zivilen Mitgliedern des NSR vorgelegt wurden.²⁹⁶ Das Memorandum veränderte die Machtverhältnisse zwischen den im Parlament vertretenen Parteien. Die Koalitionsregierung der pro-islamischen RP und der DYP verlor als Folge dieses militärischen Memorandums erheblich an Macht und die Regierung trat schließlich am 18. Juni 1997 zurück.²⁹⁷ Als Spätwirkung des Memorandums ist auch die veränderte Konstellation der politischen Parteien in der Großen Nationalversammlung nach den Parlamentswahlen von 1999 zu sehen. Die bestätigen die Aussagen von General Özkasnak:

Diejenigen, die die Bedeutung des 28. Februar herabsetzen, sollten die Realität ins Auge fassen: Hätte dieser Prozess keinen Erfolg gehabt, wären die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 18. April 1999 anders ausgefallen. Die Ursache, weshalb die Islamisten Stimmen verloren, sind die Vorgänge des 28. Februar.²⁹⁸

Das Memorandum vom 28. Februar 1997 war die direkteste Intervention des Militärs nach dem Staatsstreich von 1980. Heute herrscht in der Türkei zumindest dahingehend eine Meinungseinheit, dass die am 28. Februar 1997 im NSR getroffenen Entscheidungen nicht durch die Teilnahme, sondern trotz der zivilen Mitglieder zustande kamen und Zivilisten diese Entscheidungen hinnehmen mussten. Die Meinungen variieren jedoch, wie diese Intervention klassifiziert werden soll. Gül, Staatsminister der damaligen Koalitionsregierung, heute stellvertretender Premierminister und amtierender Außenminister der seit 2002 alleine regierenden AKP-Regierung von Erdoğan, ist beispielsweise der Meinung, dass das Memorandum ein postmoderner Staatsstreich gewesen sei, der die demokratische Ordnung durch den Sturz der demokratisch gewählten Regierung zumindest teilweise auflöste.²⁹⁹ Der ehemalige Gesundheitsminister der damaligen Koalitionsregierung, Aktuna, von der DYP ist hingegen der Meinung, dass der „Prozess“ vom 28. Februar kein Staatsstreich, sondern lediglich die Instruierung der Regierung seitens

²⁹⁶ Ibid.

²⁹⁷ Tageszeitung Cumhuriyet von 19. Juni. 1997.

²⁹⁸ Vgl. die Aussagen vom General Özkasnak in der Tageszeitung Milliyet von 16. Januar 2001.

²⁹⁹ Vgl. Statement von Abdullah Gül in der Tageszeitung Milliyet vom 16. Januar 2001.

des Generalstabs über das säkulare politische System des Staates ernsthaft bedrohende Gefahren gewesen sei.³⁰⁰ Der türkische Politikwissenschaftler Ateş klassifiziert hingegen das Memorandum vom 28. Februar 1997 gleichfalls als einen Staatsstreich. Allerdings weist er, unter Berücksichtigung der damals bestehenden Rahmenbedingung der Verfassung von 1982, darauf hin, dass der Staatsstreich demnach nicht einfach als verfassungswidrig bezeichnet werden könne.³⁰¹

Ob die verfassungsrechtliche Begründung des Memorandums des Militärs Bestand hat, muss an dieser Stelle offen bleiben. Tatsächlich kritisierten zahlreiche zivile Organisationen – die großen Gewerkschaften, Berufsverbände, Arbeitgeberverbände, Universitäten etc. – bereits vor dem Memorandum des Militärs die von der pro-islamischen RP betriebene außenpolitische Neuorientierung hin zu den islamischen Ländern und die Passivität der Koalitionsregierung bezüglich der islamistisch-fundamentalistischen Bewegungen. Es bestand also in diesem Zusammenhang eine weitgehende öffentliche Unterstützung für die Haltung des Militärs. Die Frage, die sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit stellt, ist vielmehr, ob die zivilen Entscheidungsträger, die vom Volk gewählt wurden, von ernannten Offizieren in gewissen politischen Entscheidungen dominiert werden dürfen. Es geht also um eine fundamentale Frage der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Der Politikwissenschaftler Karaosmanoğlu vertritt die Meinung, dass „although the military still plays a decisive role in political decisions concerning any domestic or international issue ... its general role in politics has certain boundaries. ... The military is gradually accepting the supremacy of the civilian power“.³⁰² Das Verhalten des Militärs reflektiere mehr und mehr die Absicht, die demokratischen Institutionen nicht zu untergraben.³⁰³ Unter Berücksichtigung des Memorandums vom 28. Februar 1997 entspricht die Feststellung Karaosmanoğlus jedoch nicht ganz dem Verhalten des Militärs in der Türkei. Vielmehr ist bis Ende der 90er Jahre keine Tendenz des Militärs zu beobachten, sich aus dem politischen Entscheidungsprozess zurückzuziehen. Im Gegenteil: Das Memo-

³⁰⁰ Vgl. Statement von Yıldırım Aktuna in der Tageszeitung Milliyet vom 16. Januar 2001.

³⁰¹ Vgl. Statement von Toktamış Ateş in der Tageszeitung Milliyet vom 16. Januar 2001.

³⁰² Karaosmanoğlu, Ali L.: The Evolution of the National Security Culture and the Military in Turkey, *Journal of International Affairs*, Volume 54/1, Fall 2000, S. 199-216; S. 213.

³⁰³ Karaosmanoğlu, S. 214.

randum schärfte den Blick auf die weiterhin bestehende Rolle des Militärs in der türkischen Politik.

Wie Bahadır konstatiert, stellt die Abschaffung bzw. demokratische Neugestaltung der Funktion des NSR, der in seiner damaligen Stellung eher eine Abweichung vom europäischen Rechtsstaatlichkeitsprinzip war, sowohl eine wichtige Herausforderung für den Demokratisierungsprozess des Landes, als auch eine wesentliche Voraussetzung für die weitere politische Integration der Türkei in die EU dar.³⁰⁴ In diesem Zusammenhang gewinnt die europäische Perspektive des Landes an Bedeutung. Genauso wie andere europäische Mittelmeerstaaten, z.B. Griechenland, Spanien und Portugal, wird auch die Türkei entsprechend ihrer zunehmenden Integration und der Konkretisierung ihrer Mitgliederschaftsperspektive im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie politisch konditioniert und stabilisiert. Im Nationalprogramm der Türkei zur Vorbereitung des Beitritts in die EU wurde es inzwischen als ein mittelfristiges Ziel formuliert, die Gesetzeslage, die Struktur des NSR sowie dessen Funktion im Sinne der politischen EU-Kriterien von Kopenhagen neu zu definieren.³⁰⁵

Im Rahmen der Verfassungsänderung (Artikel 118) vom Oktober 2001 wurde ausschließlich der beratende Charakter des NSR wurde unterstrichen, wobei im gleichen Zuge die Anzahl der zivilen Mitglieder des NSR erhöht wurde. Die zivilen Mitglieder des Rates bilden seitdem die Mehrheit. Darüber hinaus wurden die Bestimmungen bezüglich der Kompetenzen des Gremiums geändert. So wurde die politische Funktion des NSR im Hinblick auf die politische Entscheidungsfindung deutlich eingeschränkt, indem die Formulierung, dass „der NSR dem Ministerrat über seine Standpunkte und Vorschläge berichtet“ gestrichen wurde. Die Vertreter des NSR in der Aufsichtsbehörde für Kino, Video und Musik wurden durch eine entsprechende Gesetzesänderung abberufen.³⁰⁶ Das im Juli 2003 verabschiedete siebte Reformpaket für die Anpassung an die EU-Normen beinhaltete weitere grundlegende Änderungen an den Aufgaben, der Funktionsweise und der Zusammensetzung des NSR. So wurden die Kompetenzen des Generalsekretariats des NSR minimiert. Insbesondere wurden alle Bestimmungen gestrichen, welche den Generalsekretär des NSR ermächtigten, im Namen des Präsidenten und des Premierministers die Umsetzung jeder Empfehlung des NSR weiterzu-

³⁰⁴ Bahadır, S. 38.

³⁰⁵ Vgl. T.C. Nationalprogramm der Türkei.

³⁰⁶ Vgl. EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 20.

verfolgen. Andere Rechte, die den uneingeschränkten Zugriff des NSR auf zivile Einrichtungen gestatteten, wurden ebenfalls gestrichen. Zugleich wurde es ermöglicht, auch zivile Personen zum Generalsekretär des NSR zu berufen. Überdies wird nach der neuen Gesetzeslage der Generalsekretär des NSR nun nicht mehr vom Generalstabschef, sondern vom Premierminister ernannt,³⁰⁷ wodurch das Generalsekretariat de jure unter zivile Autorität gestellt ist. Auch Häufigkeit der Zusammenkünfte des NSR wurde geändert. So kommt der NSR anstatt einmal monatlich aktuell alle zwei Monate zusammen. Diese Neugestaltung des NSR transformierte das Organ von einem Entscheidungszentrum des Staatsapparates zu einem beratenden Gremium ohne Entscheidungskompetenz, was die Möglichkeit eines Vetoregimes im Sinne von Hale kategorisch ausschließt. Aus Sicht der Armeeführung bedeutet die grundlegende Reduzierung der politischen und administrativen Kompetenzen des Generalsekretariats des NSR und die Transformation des NSR zu einem rein beratenden Organ allerdings eine negative Entwicklung. Generalstabschef Özkök brachte entsprechend die Bedenken des Militärs hinsichtlich des Gesetzesentwurfes zur Reformierung des NSR bereits im Vorfeld seiner Verabschiedung durch einen Brief an Premierminister Erdoğan zum Ausdruck.³⁰⁸ Das Hauptanliegen der Armeeführung betraf verständlicherweise das bisher mächtige Generalsekretariat des NSR, das gemäß den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen unter der zivilen Kontrolle des Premierministers unterstellt worden war. Da die Reform eine neue Machtverteilung hervorbrachte und trotz der latenten Opposition der Armeespitze durchgesetzt wurde, entstand zumindest am Anfang eine potenzielle Spannung zwischen der zivilen Autorität und der Armeespitze, die sich in konkretester Form während der Versammlung des Höheren Militärates vom August 2003 manifestierte, in der Premierminister Erdoğan aufgrund des Drucks seitens der Armeeführung die Ernennung eines militärischen NSR-Generalsekretärs für ein weiteres Jahr hinnehmen musste, obwohl die Regierung für diesen Posten einen zivilen Bürokraten im Rang eines Botschafters vorsah.³⁰⁹ Obgleich die Machtdemonstration nichts an der Tatsache ändert, dass NSR als Institution gemäß den heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht mehr als ein von den militärischen Mitgliedern dominiertes Organ gelten kann, verdeutlicht sie, dass das Militär die Entmilitarisierung der politisch-administrativen Sphäre in der Türkei nicht als passiver Beob-

³⁰⁷ Vgl. Tageszeitung Hürriyet vom 16.07.2003.

³⁰⁸ Vgl. Tageszeitung Hürriyet von 4. August 2003.

³⁰⁹ Vgl. Tageszeitung Hürriyet von 4. August 2003.

achter hinnehmen wird. Es wird also erst in der Praxis abzuwarten sein, ob die zivilen Machteliten ihre nun auch gesetzlich festgelegte Vormachtstellung im NSR hinreichend wahrnehmen können. Dies wird insbesondere die bisher dominante Rolle des NSR im außenpolitischen Entscheidungsprozess neu definieren. In diesem Sinne wird erst die Zukunft zeigen, inwieweit die bisher vorhandenen Einflussmöglichkeiten des Militärs auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess aufgrund der neuen Konstellation im NSR, der nun lediglich ein überwiegend aus Regierungsmitgliedern bestehendes verfassungskonformes Beratungsorgan ist, tatsächlich beschränkt und im rechtsstaatlichen Sinne entsprechend den EU-Normen reguliert sind. Auch wenn der NSR derzeitig de jure von zivilen Regierungsmitgliedern dominiert wird, sollte nicht vergessen werden, dass es hierbei nicht nur um den gesetzlichen Status des NSR, sondern um die realen Machtverhältnisse im und jenseits des Gremiums geht. Auch in diesem Zusammenhang ist seit der Neugestaltung des NSR eine Änderung des Verhältnisses zwischen der Regierung und des Militärs zu beobachten. Zwar schließt AKP-Regierung die militärische Seite nicht völlig vom Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess aus und berücksichtigt die Einsichten des Militärs bei politischen Entscheidungen, zögert aber auch nicht, Entscheidungen selber zu treffen. Die Zyperngespräche im April 2004 zeigten in diesem Sinne deutlich, dass die Regierung, nicht zuletzt infolge der Neugestaltung des NSR, nun in der Lage ist, sogar bei der sicherheitspolitisch höchst relevanten Thematik Zypern den politischen Willen auch abweichende Ansichten der Militärführung im NSR durchzusetzen. Zugleich scheint auch die Militärspitze inzwischen ihre neue entpolitisierte Rolle akzeptiert zu haben.

Mit dieser Neugestaltung der Machtverteilung in der Exekutive wurde der Dualismus von ziviler und militärischer Macht im Entscheidungszentrum beendet. Die Regierung ging aus diesem kontrolliert ausgetragenen Konflikt der Machtverteilung letztendlich als Sieger hervor. Dabei muss nochmals betont werden, dass die EU infolge ihres Gewichtes aufgrund der türkischen Beitrittskandidatur diesen Reformprozess erheblich beeinflusst und beschleunigt hat.

3.6. Synopsis

Seit Ende der 90er Jahre sind in der Türkei im Bereich der Außenpolitik – seien es konstitutionelle und institutionelle Rahmenbedingungen oder de facto Machtverhältnisse in der politischen Praxis – bedeutende

Transformationen zu beobachten, die das außenpolitische Handeln der Türkei zunehmend intensiver beeinflussen. Das türkeispezifische Sicherheitskonzept hat sich im Reformprozess geändert.

Die Herangehensweise der Regierung in der Zypernfrage zeigte deutlich, dass die Außenpolitik sich allmählich vom bislang dominanten Einfluss des undeutlich formulierten Sicherheitskonzepts befreit. Diese Entwicklung ist dabei vom konkreten Willen der türkischen Entscheidungsträger zu einer Harmonisierung des außenpolitischen und sicherheitspolitischen Verhaltens der Türkei entsprechend der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU getragen. Der türkische EU-Beitrittsprozess wirkt hierbei als der bedeutendste Katalysator, der die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Außen- und Sicherheitspolitik beschleunigt. Solange die türkische Beitrittsperspektive besteht und die offizielle Kandidatur der Türkei mit dem konkreten Endziel der Integration in die EU fortschreitet, kann kurz- und mittelfristig eine kontinuierliche Anpassung der Türkei an die GASP der EU erwartet werden, was auch im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen der EU von großer Bedeutung ist. Des Weiteren ist festzustellen, dass die Exekutive im Reformprozess des Landes erheblich an Gewicht gewinnen konnte. Den zivilen Machtinhabern gelang es, ihre legitime Souveränität bei außenpolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Die Neuorientierung in der Zypernfrage mit der Bestätigung des UN-Plans belegt diese Feststellung. Da die AKP von Premierminister Erdoğan in der TBMM derzeit die stärkste Fraktion ist, ermöglicht dies der Regierung Erdoğan eine weitgehende Übereinstimmung mit der von seiner Partei dominierten Legislative. Die parlamentarische Unterstützung ist in diesem Sinne ein relevanter Faktor des zunehmenden Gewichts der Regierung in der Außenpolitik.

Die verfassungsrechtliche Grundlage der Rolle des Präsidenten bei (außen)politischen Entscheidungen scheint demgegenüber eine anhaltende Schwäche des politischen Systems des Landes zu sein. Dies stellt jedoch den demokratischen Charakter des politischen Systems nicht infrage. Andererseits konnte im Untersuchungszeitraum ein deutlicher und bewusster Machtverzicht des amtierenden Präsidenten Sezer im außenpolitischen Entscheidungsprozess beobachtet werden. In seiner Amtszeit zeigte sich Sezer überwiegend als ein überparteilicher Präsident. Dies könnte trotz der fortbestehenden verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen weitreichender Kompetenzen des Präsidenten, die ihm eine aktive Teilnahme an politischen Entscheidungen einräumen, zu einer neuen Tradition. Dennoch besteht für die Zukunft weiterhin die

potentielle Gefahr einer Machtkonkurrenz zwischen der Regierung – vor allem dem Premierminister – und dem Präsidenten, die den (außen)politischen Entscheidungsprozess beeinträchtigen könnte.

Andererseits konnte die Frage nach der zukünftigen Rolle des NSR im Speziellen so wie Beziehungen zwischen Regierung und Militär im Allgemeinen – vormals eine der sensibelsten Fragen in der türkischen Politik – weitgehend beantwortet werden. Nach den Reformen wurde der NSR verfassungsrechtlich neu definiert. Entsprechend dieser neuen Definition wurde das Organ von einem Entscheidungszentrum zu einem beratenden Gremium ohne faktische Entscheidungskompetenz transformiert. Auch hieran hatte der Einfluss der EU im türkischen Reformprozess wesentlichen Anteil.

4. KONTINUITÄT DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK AM BEISPIEL DER TRADITIONELLEN ORIENTIERUNG NACH EUROPA

4.1. Historische Grundlagen als Determinante der türkischen Europaorientierung

Die frühesten türkisch-europäischen Begegnungen, die meistens als militärische Konfrontationen stattfanden, können bis zur Schlacht von Malazgirt 1071 zwischen dem Reich der türkischen Seldschuken und dem (oströmischen) Byzantinischen Reich, d.h. dem Erben des Römischen Reichs, zurückverfolgt werden. Nachdem der seldschukisch-türkische Feldherr Alparslan in dieser Schlacht die byzantinische Armee des Kaisers Romanos Diogenes besiegen konnte, beschleunigte sich die Türkifizierung Anatoliens. Im Laufe des 13. Jahrhunderts führte die Wanderung der turksprachigen bzw. türkischen Völker aus Zentralasien zu einer Übermacht der türkischsprachigen Bevölkerung über die ortsansässigen Völker.³¹⁰ Seitdem bestand in Anatolien ununterbrochen ein türkisches Staatswesen unter der Herrschaft der Römischen³¹¹ bzw. Anatolischen Seldschuken, zahlreicher türkischer Fürstentümer, dem Osmanischen Imperium und der Republik Türkei. Die Türkifizierung Anatoliens und die Gründung türkischer Staatswesen an der Peripherie Europas und in Europa machten die Türken zu einem Bestandteil der politischen Geschichte Europas. Das Fürstentum der Osmanen, das sich später zum Nachfolgestaat des Reichs der türkischen Rum-Seldschuken entwickelte, trat von Anfang an in politische Beziehungen zum entmachteten Byzantinischen Reich ein und begann sein Territorium in Südosteuropa auszuweiten, längst bevor die Hauptstadt der Byzantiner, Konstantinopel (Istanbul), vom Mehmet II., dem Eroberer, eingenommen und zur Hauptstadt des Osmanischen Imperiums gemacht wurde. Die Eroberung Istanbuls war das Ende des tausendjährigen Oströmischen Reichs und der Beginn der osmanischen Großmacht in Europa.³¹² Bereits vor der Eroberung Istanbuls lag die osmanische Hauptstadt Edirne auf dem euro-

³¹⁰ Rill, Bernd: Die Türken zwischen Europa und Asien. Von der Schlacht von Malazgirt bis zum Beitrittsesuch zur Europäischen Gemeinschaft, in: Politische Studien, September-Oktober 1999, 367, S. 52-69; S. 53.

³¹¹ Die Seldschuken nahmen sich als Nachfolger des Ostroms und bezeichneten sich Rum, d.h. Römer bzw. römisch.

³¹² Bender, Iris: Das Osmanische Reich. Entstehung und Zerfall, in: Massarat, Mohsen (Hg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996, S. 242-260; S. 243.

päischen Kontinent. Wie Rüstow feststellt, sagt ein türkisches Sprichwort „Wir kommen aus dem Osten, wir gehen nach Westen“, das sich auf die Wanderung der Türken von Zentralasien nach Anatolien im 11. Jahrhundert bezieht. Diese Wanderung nach Westen hielt auch später an, während die Türken von der arabischen Halbinsel bis Zentraleuropa, vom Kaukasus bis Nordafrika ihr Reich eroberten, welches das größte und dauerhafteste Reich seit dem Untergang Roms war.³¹³ Das Osmanische Imperium, dessen Staatsgebiet sich auf drei Kontinente – Europa, Asien und Afrika – erstreckte, betrachtete sich jedoch eher als eine europäische Macht. Rill weist darauf hin, dass die Rolle der Osmanen

*[...] als Großmacht eher damit zusammenhing, dass sie an der Nahstelle des christlichen und islamischen Kulturkreises beträchtliche Gebiete in beiden gleichzeitig beherrschten, und dass dabei ihre Position im eroberten Ungarn wichtiger war als etwa diejenige in Bagdad.*³¹⁴

Auch Steinbach unterstreicht, dass das Osmanische Reich im politischen und diplomatischen Sinne eher eine europäische als eine asiatische Macht sei.³¹⁵ Das Osmanische Reich hätte spätestens unter Süleyman dem Prächtigen – im Türkischen Süleyman der Gesetzgeber (1520-1566) – begonnen, eine Rolle als europäische Großmacht zu spielen und sich dabei auf Europa zuzubewegen³¹⁶, indem das Osmanische Reich 1536 mit Frankreich einen Vertrag – in der türkischen Literatur als *Kapitülasyonlar* (Kapitulationen) bekannt – unterzeichnete, der die Handelsfragen, die Rechtssprechung der Franzosen auf osmanischem Staatsterritorium, die diplomatische Vertretungen etc. zwischen dem Osmanischem Reich und Frankreich regelte.³¹⁷ Er richtete sich vornehmlich gegen den gemeinsamen Gegner in Zentraleuropa, das Habsburgerreich. 1856 wurde das Osmanische Reich nach dem dreijährigen Krimkrieg an der Seite von Großbritannien und Frankreich gegen das Russische Reich mit dem Vertrag von Paris als eine europäische Macht im völkerrechtlichen Sinne an-

³¹³ Rüstow, Dankwart A.: Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident, Göttingen 1990, S. 31.

³¹⁴ Rill, S. 57.

³¹⁵ Steinbach, Udo: Die Türkei, S. 30.

³¹⁶ Steinbach, Udo: Im Spannungsfeld zwischen Marxismus und islamischem Fundamentalismus: Ende der Verwestlichung?, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Die türkische Krise, Nr. 89/90, Februar 1981, S. 49-59; S. 49.

³¹⁷ Steinbach, Die Türkei, S. 30.

erkannt. Anders als manche Meinung in der Geschichtsschreibung glauben machen möchte, bestanden die Existenz des Osmanischen Imperiums und dessen Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn nicht lediglich aus religiös begründeten kriegerischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen, sondern beruhte auch auf politischen und diplomatischen Beziehungen sowie militärischen Kooperationen und Bündnissen. Auch im Bereich der Kultur gab es auf der Ebene der Eliten Kontakte und vielerlei gegenseitige Einflüsse zwischen Europa und dem Osmanischen Reich.³¹⁸

Die osmanischen Türken betrachteten sich in der Blütezeit des Osmanischen Imperiums zivilisatorisch und kulturell überlegener als die christlichen Europäer.³¹⁹ Josef Matuz weist auf die nach damaligen Maßstäben bereits im 16. Jahrhundert fortschrittliche Rechtsstaatlichkeit im Osmanischen Reich hin.³²⁰ Zur Blütezeit der Kultur kann keinesfalls von der Suche nach europäischen Modellen die Rede sein. Mit Beginn des 17. Jahrhunderts relativierte sich die osmanisch-türkische Vormachtsstellung in Europa.³²¹ Dies schlug am konkretesten in der mangelnden militärischen Konkurrenzfähigkeit mit anderen europäischen Großmächten nieder, die auf die abendländischen Fortschritten im Bereich der Wissenschaft und Technik zurückzuführen war.³²² Als das Osmanische Reich aufgrund der schweren Niederlage im türkisch-russischen Krieg von 1768 den Vertrag von Küçük Kaynarca unterzeichnete und somit große Gebietsverluste auf dem Balkan und im Kaukasus hinnehmen musste, verlor es seine Vormachtsstellung in der Europapolitik endgültig.³²³ Diese mangelnde militärische Konkurrenzfähigkeit zwang den osmanischen

³¹⁸ Für eine zusammenfassende Darstellung siehe Faroqhi, Suraiya: *Geschichte des Osmanischen Reichs*, München 2000, S. 74-76. Für eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse über die europäischen Einflüsse im Bereich der Kultur siehe Faroqhi, Suraiya: *Kultur und Alltag im Osmanischen Reich. Vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 251-314.

³¹⁹ Vgl. Mardin, Şerif: *Türk Modernleşmesi*, İstanbul 1991, S. 12-13.

³²⁰ Bender, Iris: *Das Osmanische Reich. Entstehung und Zerfall*, in: Massarat, Mohsen (Hg.): *Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung*, Münster 1996, S. 242-260; S. 243.

³²¹ Für die Einzelheiten bezüglich des Untergangs des Osmanischen Reichs siehe Gökyay, Bülent: *Der Untergang des Osmanischen Reiches und der Balkan*, in: *Welt Trends*, 6/1995, S. 36-44.

³²² Vgl. Önder, Zehra: *Die Türkei im Konflikt zwischen Europa und der islamisch-nachöstlichen Umwelt: Überblick über ein Jahrhundert*, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): *Die türkische Krise*, Nr. 89-90, Februar 1981, S. 15-22; S. 16.

³²³ Für die Einzelheiten vgl. Steinbach, *Die Türkei*, S. 35.

Hof sowie die osmanischen Führungseliten zu Innovationen und Reformen im technischen und organisatorischen Bereich, wobei das europäische Modell zum Vorbild genommen wurde. Danach fanden mehrfach Reformen vor allem im militärischen Bereich statt, um die verlorene militärische Konkurrenzfähigkeit des Reichs gegenüber den anderen europäischen Mächten zurückzugewinnen. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die Reformen zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit alleine im Bereich des Militärs nicht ausreichen würden, sondern umfangreichere, gesellschaftliche und kulturelle Reformen nötig waren. So wurden weitere Reformen im Bereich der bürokratischen Organisationsstruktur, des Bildungssystems, des Rechtswesens etc. durchgeführt. Adanır wies darauf hin, dass die Reformen neben der Erhöhung der militärischen Schlagkraft hauptsächlich dazu bestimmt waren, den Vorwand der europäischen Interventionen bezüglich der Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu beseitigen.³²⁴ Die Reformverordnungen von 1839, 1866 und schließlich die erste osmanische Verfassung von 1876 modernisierten bzw. „europäisierten“ das politische System des Osmanischen Reichs und proklamierten die Länder der osmanischen Dynastie zum gemeinsamen unteilbaren Vaterland aller osmanischen Untertanen, die nunmehr vor dem Gesetz gleichberechtigt seien.³²⁵ Die osmanische Verfassung, die an die belgische Verfassung von 1831 und die preußische Verfassung von 1850 angelehnt war,³²⁶ sah die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie und eines Zweikammernparlaments vor. Diese Reformen und Innovationen wurden später zu Recht als Europäisierung bzw. Verwestlichung bezeichnet, da Europa der Ursprung und das Zentrum all dieser Reformen und Innovationen war. Ironischer Weise wurde die osmanische Oberschicht „europäisiert“, damit das Reich sich gegen Europa durchsetzen konnte. Dies setzte auch kontroverse Diskussionen und Konzepte bezüglich der osmanisch-türkischen Identität in Gang.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts beschäftigten sich die Intellektuellen im Osmanischen Reich mit der Problematik der Identität der Bevölkerung und der Suche nach einer neuen Staatsform bzw. ihrer Legitimität. Es ging bei dieser Identitätsfrage allgemein gesprochen um die Konkurrenz der drei relevanten Hauptidentitäten in der osmanischen

³²⁴ Adanır, Fikret: Der jungtürkische Modernismus und die nationale Frage im Osmanischen Reich, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 2/2 (1989), S. 79-91; S. 83.

³²⁵ Ibid. S. 84.

³²⁶ Yeşilyurt, Zuhâl: Die Türkei und die Europäische Union. Chancen und Grenzen der Integration, Osnabrück 2000, S. 21.

Gesellschaft, nämlich der islamischen, der osmanischen und letztlich der ethnischen bzw. türkischen Identität.³²⁷ Das Osmanische Reich bestand aus zahlreichen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen bzw. Bevölkerungsteilen. Aufgrund der Einflüsse der Französischen Revolution und der Nationalismuswelle mussten der Hof und die osmanischen Machteliten der Gefahr des im Grunde nationalistisch begründeten Separatismus bewusst sein, der die territoriale Integrität des Reichs bedrohte. Beginnend mit den christlichen Nationalitäten in südosteuropäischen Teilen des Reichs entstanden seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem osmanischen Staatsgebiet kleinere Nationalstaaten. Diese Entwicklung stellte freilich das osmanische „Millet-System“³²⁸ und die bisher mehr oder weniger etablierte osmanische Identität in Frage. In der islamischen Welt, vor allem aber in ihrem Zentrum, dem Osmanischen Reich, entstand im Zuge der Französischen Revolution von 1789 erstmals eine Debatte um die Idee der Nation.³²⁹ Gegenüber dem Osmanismus und dem Islamismus übernahm das Türkentum auf intellektueller Ebene zunehmend eine identitätsstiftende Rolle bei der Oberschicht. Während manche Intellektuelle die religiöse Zugehörigkeit der muslimischen Mehrheitsbevölkerung, d.h. das *Umma*-Konzept, in den Staatsgrenzen des Reichs als das Fundament der Gesellschaft betrachteten, sahen andere entsprechend dem in Europa entstandenen Nationalismus als Ursprung einer neuen Identitätsbildung an. Nach der so genannten Revolution der Jungtürken im Jahre 1908 gewann der Nationalismus in Form von Panturkismus bzw. Turkismus an Relevanz.³³⁰ Lewis fasst diese Entwicklung folgendermaßen zusammen:

The spread of nationalism among the subject peoples of the [Ottoman] Empire, and the final contamination, by the nationalist virus, of even the Turkish masters of it, ended for

³²⁷ Vgl. Steinbach, Die Türkei, S. 45-48.

³²⁸ Unter dem Begriff der osmanischen *Millet* sind in diesem Kontext autonome religiöse Gemeinschaften zu verstehen, die sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts im Osmanischen Imperium entwickelt hatten. Insofern unterscheidet der Begriff *Millet* sich von der heutigen Bedeutung, nämlich der Nation. Für weitere Einzelheiten siehe Adanır, S. 79-91.

³²⁹ Griefingholt, Heidi & Wehmann, Roman: Europäische Expansion und kolonialistische Staatenbildung im islamischen Orient, in: Massarat, Mohssen (Hg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996, S. 261-278; S. 262.

³³⁰ Für die historischen Entwicklungstendenzen des (Pan)Turkismus siehe Abschnitt 7.1.1.3. in dieser Arbeit.

*ever the ottomanist dream of the free, equal and peaceful association of peoples in a common loyalty to the dynastic sovereign of a multi-national, multi-demonational empire.*³³¹

Europäisierung wurde zu dieser Zeit von vielen intellektuellen Kreisen im Reich zum Ausdruck gebracht, propagiert und gefordert. Sie wurde von ihren radikaleren Befürwortern nicht als eine Wahl, sondern als überlebensnotwendig wahrgenommen. Entweder würde eine Europäisierung durchgeführt oder das Reich würde untergehen. Man betrachtete Europa als die einzige Zivilisation. A. Cevdet, ein Journalist aus Istanbul und überzeugter Vertreter des Europäisierungskonzepts, fasste die Forderung nach Europäisierung folgendermaßen zusammen: „There is no second civilisation; civilisation means European civilisation, and it must be imported with both its roses and its thorns“.³³² Dadurch begann auch unter den staatstragenden türkischen Eliten und den Intellektuellen in der Hauptstadt Istanbul ein Nationwerdungsprozess, d.h. eine Neigung zur Herausbildung eines Nationalbewusstseins und eines Nationalstaates nach europäischem Muster.

Diese Art von radikaler Verwestlichung bzw. Westernisierung sollte später von der kemalistischen republikanischen Türkei übernommen werden. Auch der türkische Unabhängigkeitskrieg nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, den das Osmanische Reich verloren hatte und durch den seine Existenz als unabhängiges Völkerrechtssubjekt de facto zu Ende ging, sowie die danach gegründete Republik Türkei und die kemalistischen Reformen können aus dem Blickwinkel der historischen türkischen Europaorientierung betrachtet werden. Nach dem endgültigen Sieg der türkischen Unabhängigkeitsbewegung unter der Führung von M. Kemal Pascha, der wie viele Vertreter der Machtelite in seinem politischen Kader ebenfalls ein früherer Anhänger der reformistischen jungtürkischen Bewegung gewesen war, wurde am 29. Oktober 1923 die Republik Türkei gegründet. Damit begann die Ära des ersten Präsidenten Mustafa Kemal Atatürk. Sie gekennzeichnet durch radikale Transformationen, Reformen und Innovationen in allen gesellschaftlichen, kulturellen und vor allem politischen Bereichen, die unter der Einparteienherrschaft der Republikanischen Volkspartei (CHP), deren Gründer und Vorsitzender ebenfalls Atatürk selbst war, in teilweise repressiver Weise durchgeführt wurden. Das Modernisierungsprogramm wurde in sechs

³³¹ Lewis, Bernard: *The Emergence of Modern Turkey*, London 1968, S. 218.

³³² *Ibid.* S. 235f.

kemalistischen Prinzipien zusammengefasst: Nationalismus, Laizismus bzw. Säkularismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus und Revolutionismus. Durch die kemalistischen Reformen sollte die Türkei zu einem modernen, d.h. europäischen Staat werden. Vor allem das Prinzip des Laizismus bzw. Säkularismus veränderte das türkische politische System fundamental und trennte die Verbindungen zur Tradition des islamischen Kulturkreises. Im Rahmen der Reformen wurden auch andere für das politische System des Landes und die Gesellschaft wichtige Reformen durchgeführt, darunter die Einführung weiterer westlicher Gesetzgebung, Gleichberechtigung der Geschlechter, das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, obligatorische schulische Elementarbildung für alle Kinder, Einführung metrischer Maße und des europäischen Kalendersystems, Abschaffung des Kalifats, Abschaffung der Monarchie als politisches Regime, Einführung des säkularen und unparteilichen Staates, Einführung des lateinischen Alphabets, Vereinfachung der Schriftsprache, Förderung der nationalen Geschichtsschreibung, etc. All diesen republikanischen Reformen der Ära Atatürk lag eine deutliche Orientierung der Türkei an Europa zugrunde. Das von Atatürk gesetzte und später von der Mehrheit der türkischen Machteliten verfolgte primäre Ziel der republikanischen Türkei, nämlich sich an die westliche Zivilisation und Kultur anzugleichen, brachte ein völlig neues gesellschaftliches und politisches Experiment hervor, das nicht auf Modernisierung in begrenzten Gesellschaftsbereichen beschränkt war, sondern allumfassend die türkische Gesellschaft veränderte. Es gibt letztlich keine Gesellschaftsbereiche in der Türkei, die von den Reformen der Ära Atatürk nicht beeinflusst wurden. Die osmanischen und jungtürkischen Reformen aus der Zeit des Osmanischen Reichs und die kemalistischen Reformen der Republik unterscheiden sich nicht in ihrer europäisierenden und modernisierenden Richtung, sondern eher in ihrem Umfang und insbesondere in ihrer Vergangenheitsperzeption. Ahmad formuliert diesen Unterschied folgendermaßen:

The Young Turks ... retained the dynasty and tried to manipulate its legacy in order to carry out a programme of radical reform and structural change. On the other hand, the regime led by Mustafa Kemal (better known as Atatürk) which succeeded the Young Turks, tried totally to reject the

*entire legacy, abolished the monarchy, banished the dynasty,
and set up a secular republic.*³³³

4.2. Türkische Interessen an der Integration in die EU

Die Bestimmungsfaktoren der außenpolitischen Europa-Orientierung der Türkei lassen sich in vier Gruppen unterscheiden: Faktoren bezüglich der türkischen Selbstperzeption, politische Bestimmungsfaktoren, wirtschaftliche Interessen sowie sicherheitspolitische Motive.

Wie bereits darauf hingewiesen wurde, betrachteten die türkischen Führungseliten und Entscheidungsträger die europäische Zivilisation und Kultur, die in der Türkei auch die „zeitgenössische Zivilisation“ genannt wird, als die einzige. Um die Türkei zu einem europäischen Land zu machen – und zwar nicht nur im politischen und wirtschaftlichen, sondern auch in kulturellem Sinne – wurden seit dem 17. Jahrhundert zahlreiche von oben geleitete Reformen verwirklicht. Doch die türkischen Führungseliten waren insbesondere seit der Gründung der Republik, vor allem aber seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Ansicht, dass eine Modernisierung im Sinne der Europäisierung nur dann zu vollenden war, wenn wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Kooperationen mit dem Westen intensiviert werden könnten. Eine Europäisierung im türkischen Sinne kann nicht nur die Übernahme der europäischen Zivilisation und Kultur durch einen Reformprozess sein, sondern muss auch als eine Folge der Interaktionen zwischen den Türken und den Europäern angesehen werden. Nicht nur aufgrund der als Europäisierung wahrgenommene Modernisierung seit den Osmanen, sondern auch die identitätsstiftende Selbstperzeption der türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten ist bei der kontinuierlichen Europaorientierung des Landes von Relevanz. Gerade in diesem Zusammenhang bedeutet die türkische Europäisierung „taking place in the civilisation of Europe“³³⁴, da aus Sicht der türkischen Eliten das Land

³³³ Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, London/New York 1993, S. 15.

³³⁴ Auch Keyder und Bozdağlıoğlu weisen darauf hin. Vgl. Keyder, Çağlar: „Wither the Project of Modernity: Turkey in the 1990s“, in: Kasaba, Reşat & Bozdoğan, Sibel (Hg.): *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, S. 37. Vgl. Bozdağlıoğlu, Yücel: *Turkish Foreign Policy and Turkish Identity. A Constructivist Approach.*, New York 2003, S. 35.

zweifelsohne zu Europa gehört.³³⁵ Diese türkische Wahrnehmung und Zielsetzung können als der Ausgangspunkt der außenpolitischen Europaorientierung des Landes bezeichnet werden. In der Literatur herrscht Übereinstimmung über die psychologischen Gründe der türkischen Europaorientierung in Bezug auf den Willen der türkischen Entscheidungsträger, das Land zu europäisieren und es zu einem Teil Europas zu machen. Bozkurt bezeichnet z.B. die Westorientierung der Türkei in diesem Zusammenhang als den wichtigsten Grund für die außenpolitische Europaorientierung.³³⁶ Özertan deutet ebenfalls in diesem Kontext auf den „neuen Weg“ in der Türkei und auf die „Aufgabe der traditionellen Identitätsstrukturen“ durch die kemalistischen Reformen hin.³³⁷ Yeşilyurt bezeichnet das Bestreben der Türkei, ihre Zugehörigkeit zur europäischen Familie der westeuropäischen Demokratien und Industrienationen und den Status der Türkei als moderne, westliche Gesellschaft zu bestätigen, als „das gewichtigste Motiv“ für den türkischen EWG-Assoziationsantrag.³³⁸ Esen erwähnt zu den Motiven der Türkei bezüglich ihrer Beziehungen zu Europa ebenfalls das Endziel der kemalistischen Staatsführung, „auf schnellstem Wege das Niveau der mit dem Westen identisch wahrgenommenen ‚Zivilisationswelt‘ zu erreichen“.³³⁹ Für die türkischen Führungseliten verkörperte Europa also nicht nur neue wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Kooperationsmöglichkeiten, sondern gleichzeitig auch ein Zivilisationsprojekt bzw. „Verwestlichungsprojekt“³⁴⁰. Diese türkische Interessenlage blieb seit dem Beginn der Beziehungen der Türkei zur EWG/EG/EU bis heute unverändert.

Ein weiterer Motivationsfaktor für die türkische Annäherung an Europa war der griechische Antrag auf ein Assoziationsverhältnis mit der

³³⁵ Beispielsweise bezeichnet der ehemalige türkische Präsident Demirel die Türkei als ein unzertrennlicher Teil Europas. Siehe Demirel, Süleyman: 21. Yüzyilin, S. 9.

³³⁶ Bozkurt, Mahmut: Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union, Diss. Frankfurt am Main 1995, S. 8.

³³⁷ Özertan, Nüşet S.: Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter Besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei, Diss. Münster 1989, S. 183.

³³⁸ Yeşilyurt, S. 28f.

³³⁹ Esen, Erol: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der innertürkischen Kontroversen um die Assoziation 1973-1980, Diss. Pfaffenweiler 1990, S. 11.

³⁴⁰ Eralp, Atila: Soğuk Savaşın Günümüze Türkiye-Avrupa Birliği İlişkileri, in: Eralp, Atila (Hg.): Türkiye ve Avrupa, Ankara 1997, S. 88-121; S. 88.

EWG.³⁴¹ Aufgrund des seit den Fünfziger Jahren kontinuierlich in den Mittelpunkt der türkischen Außenpolitik gerückten türkisch-griechischen Machtverhältnisses im östlichen Mittelmeer verfolgten die türkischen Entscheidungsträger eine Politik des Machtgleichgewichts mit Griechenland. Es herrschte gegen Ende der Fünfziger Jahre in der Außen- und Sicherheitspolitik beider Staaten eine gewisse Parallelität. Beide südosteuropäische Staaten wurden zu Beginn des Kalten Krieges durch die Truman-Doktrin unterstützt und anschließend gleichzeitig in die NATO aufgenommen. Die türkischen Führungseliten glaubten daran, dass ein auf die Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EWG vorgesehenes Abkommen im Hinblick auf das türkisch-griechischen Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer sowie auf die Außenwirtschaftsbeziehungen beider Staaten zum europäischen Markt in der Zukunft Griechenland nicht zu unterschätzende Vorteile schaffen.³⁴² Birand weist darauf hin, dass es beim vorrangigsten Grund für einen folgenden türkischen Assoziationsantrag vor allem darum ging, Griechenland zu folgen und nicht zurückzubleiben, während Griechenland seinen Platz in der westlichen Welt einnahm.³⁴³ Die türkischen Entscheidungsträger waren der Ansicht, dass die Türkei in allen politischen Zusammenschlüssen, in denen Griechenland präsent ist, auch teilnehmen müsste. In Bezug auf diese Perzeption waren die türkischen Entscheidungsträger anfangs weniger an den mit einer EWG-Assoziationsmitgliedschaft verbundenen möglichen Folgen, als vielmehr an den durch griechischen Einfluss gegenüber der Türkei anrichtbaren möglichen Benachteiligungen und Schäden interessiert.³⁴⁴ Diese Lagebeurteilung der türkischen Entscheidungsträger erwies sich nach der Aufnahme Griechenlands in die EG als richtig. Griechenland zögerte nach seiner Vollmitgliedschaft in der EG/EU nicht, seine vorteilhafte Position in der EG/EU als Mitglied bei den bilateralen Konflikten – Ägäiskonflikten, beim Zypernkonflikt sowie seine negative Haltung bezüglich des türkischen Beitrittswillens in die EG/EU – zugunsten seiner eigenen Interessen zu nutzen und durch die Unterstützung der EU einen Vorteil in seinen Beziehungen zur Türkei zu erreichen. Der erste relative Wandel der griechischen Türkeipolitik be-

³⁴¹ Cayhan, Esra & Ateşoğlu-Güney, Nurşah in: *Avrupa'da Yeni Güvenlik Arayışları NATO-AB-Türkiye*, İstanbul 1996, S. 96.

³⁴² Für die Reaktionen der türkischen Entscheidungsträger auf den Assoziationsantrag Griechenlands siehe Birand, Mehmet Ali: *Türkiye'nin Ortak Pazar Macerası (1959-1985)*, İstanbul 1985, S. 55-65.

³⁴³ Birand, S. 64.

³⁴⁴ Vgl. Yeşilyurt, S. 30.

züglich der türkischen Beitrittskandidatur fand 1995 durch den Beitritt der Türkei in die Zollunion mit der EU und 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki statt, wobei Griechenland seine negative Haltung gegen den türkischen Beitrittskandidatenstatus änderte. Obwohl dieser Politikwandel Griechenlands im Vergleich zur früheren radikaleren anti-türkischen Haltung in der EG/EU eine gewisse Annäherung in den türkisch-griechischen Beziehungen hervorbrachte, ist es noch zu früh, von einer generellen Entspannung zu sprechen. Griechenland war vor allem daran interessiert, den baldigen Beitritt Zyperns, d.h. de facto den griechischen südlichen Teil der Insel, in die EU zu verwirklichen³⁴⁵ und darüber hinaus eine von ihm bevorzugte Lösung des Konflikts durch die Unterstützung der EU zu fördern, was mittlerweile auch den türkischen Interessen entspricht.³⁴⁶ Die türkisch-europäischen Beziehungen waren infolge des Zypernproblems zwischen der Türkei und Griechenland fast seit dem Beginn der Beziehungen betroffen. Ohne Zugeständnisse der Türkei in der Zypernfrage wäre keine Verbesserung der Türkei-EU-Beziehungen zu erwarten.³⁴⁷ Die notwendige Kursänderung in der türkischen Außenpolitik bezüglich der Zypernfrage und entsprechende Zustimmung des UN-Plans (2004), den auch die EU und die USA energisch unterstützten, erfolgte in der Regierungszeit der AKP-Regierung von Erdoğan, wobei deren wichtigste Grund möglicherweise auf die zunehmende Einflussnahme der EU in der türkischen Außenpolitik zurückzuführen ist. Da die Türkei sich im Gegensatz zu Griechenland nicht im Entscheidungsmechanismus der EU befand, war sie nicht in der Lage, europäische Entscheidungen bezüglich der europäischen Zypernpolitik entscheidend zu beeinflussen. Im Hinblick auf diese Gegebenheiten ist die Türkei an einem Beitritt in die EU unter anderen auch deswegen interessiert, um das Gleichgewicht in den türkisch-griechischen Beziehungen wiederherzustellen. Andererseits bemerkten die türkischen Entscheidungsträger, wie es in der jüngsten Zeit bei der Zypernfrage zu beobachten war, den zunehmenden Einfluss der EU auf die Außen- und Innenpolitik der Türkei, was als Folge der zunehmenden Integration des

³⁴⁵ Bezüglich dieses Interesses Griechenlands siehe Riedel, Sabine: Die griechisch-türkischen Spannungen vor dem Hintergrund des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien. Neue Aspekte eines alten Konfliktherds in Südosteuropa, in: Südosteuropa, 45/1 (1996), S. 11-47; S. 35.

³⁴⁶ Im April 2004 unterstützte sowohl die türkische als auch die griechische Regierung den Wiedervereinigungsplan der UN von Annan.

³⁴⁷ Axt, Heinz-Jürgen: Konfliktriade im östlichen Mittelmeer. Die Türkei, Griechenland und Zypern, in: Internationale Politik, 51/2 (1996), S. 33-38; S. 35.

Landes in die EU interpretiert werden kann. Die EU-Außenpolitik erhält zunehmendes Gewicht auch im außenpolitischen Verhalten der türkischen Entscheidungsträger.³⁴⁸

Die Türkei verfolgt durch seine Politik der EU-Orientierung wie die anderen Beitrittskandidaten auch wirtschaftliche Interessen. Diese spielten auch zu Beginn ihrer Beziehungen zur EU eine relevante Rolle. Damals versuchten die türkischen Entscheidungsträger eine durch das ausländische Kapital geförderte Wachstumspolitik zu betreiben. Wie bereits betont, stellten die westlichen Staaten, vor allem aber die USA als führende Supermacht im westlichen Block, der Türkei aufgrund ihrer geopolitischen Lage und angesichts ihrer beigemessenen sicherheitspolitische Rolle in der atlantischer Allianz Wirtschaftshilfen und Kredite zur Verfügung. In diesem Zusammenhang betrachteten die türkischen Führungseliten auch die damals noch primär wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein Binnenmarkt ermöglichende EWG/EG als eine wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeit. Vor allem erhofften sie finanzielle Hilfen und intensivere Handelsbeziehungen, besseren Zugang zu den westeuropäischen Märkten und westeuropäische Investitionen in der Türkei, die auf dem türkischen Arbeitsmarkt Arbeitsplätze für die Beschäftigten schaffen sollten. Ferner beabsichtigten die türkischen Entscheidungsträger, durch die im Assoziationsvertrag als Endziel in Aussicht gestellte Freizügigkeit von Waren, Kapital und Arbeitskräfte zu profitieren und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben sowie die türkische Industrie konkurrenzfähiger zu machen und das Land in den gemeinsamen europäischen Markt zu integrieren.

Ein weiteres politisches Interesse der Türkei an der Vollmitgliedschaft in der EU führt auf die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandenen politischen Bedingungen auf dem europäischen Kontinent und der ganzen Welt zurück. Der sicherheitspolitisch bedingte Stellenwert der Türkei für Europa, die während des Ost-West-Konflikts in den türkisch-europäischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielte, nahm durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Pakts dramatisch ab. Diese neue Ausgangslage war für die türkischen Führungseliten ein Rückschlag, weil das Land durch seine

³⁴⁸ Dieses Verhalten war auch in der türkischen Irakpolitik während und nach der US-amerikanischen Invasion im Irak zu beobachten. Obwohl die Regierung Erdoğan aufgrund des Drucks der Amerikaner dazu tendierte, den USA die Möglichkeit anzubieten, das türkische Territorium im Irakkrieg zu benutzen, verhinderte das türkische Parlament (TBMM) dieses Vorhaben, was in den türkisch-amerikanischen Beziehungen eine temporäre Krise verursachte.

frühere Rolle als Bestandteil der Südflanke der NATO ein unverzichtbarer Teil des Westens gewesen ist. Die ehemals kommunistischen ost- und südosteuropäischen Staaten orientieren sich seitdem an die EU und ihnen wurde befriedigende Integrations- und klare Beitrittsperspektiven mit einem Prozesscharakter angeboten, die 2004 mit dem Beitritt der 10 neuen Staaten in die EU erfolgreich abgeschlossen wurden. Die sich in der Peripherie Europas befindende Lage der Türkei wurde hingegen innerhalb der EU von zahlreichen politischen Kreisen zunehmend in Frage gestellt. Die EU war nicht mehr eine vor allem im wirtschaftlichen Bereich kooperierende Staatengemeinschaft mehr, sondern entwickelte sich insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Richtung einer Union der gemeinsamen politischen Werte und Kultur. Einige konservative Kreise Europas begannen, die EU als ein unter anderen auch aus den abendländisch-christlichen Werten geprägtes politisches Gebilde wahrzunehmen. Solche europäische Perzeptionen, die keinesfalls als marginale Ansichten einiger europäischen Kreise unterschätzt zu werden sind, drohen der Türkei mit der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Isolation in der Peripherie der EU und werden von den türkischen Machteliten als gefährliche Zukunftsszenarien mit innenpolitischen Folgen für das Land wahrgenommen. Schließlich sollten die Ergebnisse des EU-Gipfels in Luxemburg, die eine Krise mit schweren politischen Folgen in den Türkei-EU-Beziehungen verursachten, im Lichte solcher türkischen Perzeptionen bewertet werden. Isolation im Gegensatz zur Integration in die EU könnte für die Türkei sowohl außen- und sicherheitspolitische, als auch wirtschaftliche, aber auch innenpolitische Folgen und Auswirkungen mit sich bringen. In diesem Zusammenhang gewann die Orientierung der Türkei an die EU zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine zusätzliche politische Bedeutung.

Seit den 90er Jahren bemüht sich die EU, ein außen- und insbesondere sicherheitspolitisches Profil zu gewinnen. Ihre Bemühungen, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu definieren sowie eine diesbezügliche Identität zu entwickeln, konzentrieren sich seit dem Ende der 90er Jahre darauf, wie im Vertrag von Maastricht vorgesehen wurde, eine für die sicherheitspolitischen und militärischen Fragen in und um Europa verantwortliche – sowie von der NATO unabhängige – europäische Institution zu gründen. Gegen Ende der 90er Jahre übernahm die Westeuropäische Union (WEU), deren Gründe bereits durch den Vertrag von Brüssel (1948) zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg gelegt wurden, eine europäische sicherheitspolitische Funktion. Die Rolle der WEU/Europäische Sicherheitsidentität

im Rahmen der EU wurde de jure durch den Vertrag von Maastricht konkretisiert. Da die Türkei noch kein Mitglied in der EU ist, kann sie an dieser europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nicht teilnehmen. Sie besitzt lediglich den Status eines assoziierten Mitglieds. Nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten im Jahr 2004 – außer Bulgarien und Rumänien – werden auch diese Staaten in der sicherheitspolitischen Integration in die EU einen erheblichen Vorteil gegenüber der Türkei haben. Dies wäre aus Sicht der türkischen Entscheidungsträger ein beträchtlicher Nachteil und eine Schwächung der Sicherheit des Landes. Die Türkei ist jedoch ein NATO-Mitglied und infolge dieses Status steht ihr im Entscheidungsprozess der NATO ein relevantes Mitspracherecht zu. Infolge der besonderen Beziehung zwischen der WEU/Europäischen Verteidigungsidentität und der NATO ist die türkische Haltung im Falle einer eventuellen gemeinsamen Mission für die Handlungsfähigkeit einer zukünftigen EU-Truppe in einer Mission von großer Relevanz.³⁴⁹ Die türkischen Entscheidungsträger sind darum besorgt, dass die Türkei ohne Vollmitgliedschaft in der EU nicht in der Lage sein wird, die sicherheitspolitischen Entscheidungen in Europa zu beeinflussen. Sie sehen auch gegenüber Griechenland und ferner gegenüber dem griechischen Teil des Zyperns eine Eskalationsgefahr des Konfliktes, wenn die EU bei diesen Konflikten zugunsten von diesen EU-Mitgliedern Partei greifen würde, was im Hinblick auf ihre Vollmitgliedschaft in der EU und aufgrund der Tatsache, dass die Territorien dieser beiden Staaten EU-Territorien sind (für Zypern ab Mai 2004), dann könnte eine derartige Eskalation die Beziehungen der Türkei zur EU irreparabel beschädigen. Es besteht zwar anhand der letzten Entwicklungen, insbesondere nachdem die Türkei dem UN-Plan von Annan verbindlich zugestimmt hat, nicht mehr die akute Gefahr einer Spannung im Zypernkonflikt. Berücksichtigt man jedoch, dass die griechisch-zyprische Führung sich gegen den UN-Plan positioniert hat, sollte weiterhin die Möglichkeit einer Verschärfung des Konfliktes in Betracht gezogen werden. Diesmal handelten die türkischen Entscheidungsträger allerdings entsprechend dem Völkerrecht (UN) und den Erwartungen der EU. Dieses Beispiel konkretisiert die Relevanz der türkischen Integration in der EU auch im sicherheitspolitischen und militärischen Sinne. Die Türkei ist daran interessiert, entweder eine „vorläufige Sonderbeziehung“ zur neugegründeten europäischen Verteidigungsidentität zu knüpfen, was seitens der EU bisher strikt abgelehnt wird, oder so schnell wie möglich

³⁴⁹ Für die Einzelheiten dieser Thematik siehe Cayhan, S. 110-116.

der EU beizutreten. Die türkischen Entscheidungsträger nehmen jegliche Entfremdung und Isolation von „westlichen“ Sicherheitsstrukturen als bedrohlich für die türkische Sicherheit wahr und betrachten in diesem Zusammenhang die Entwicklung der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Westen seit Beginn des Kalten Krieges als einen linearen sicherheits- und außenpolitischer Kurs. Sie schließen daher nicht einmal den Rückgriff auf die türkische Position in der NATO als Instrument gegen die Politik der EU aus, falls die EU entscheiden sollte, die Türkei von der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität auszuschließen.

4.3. Interessen der Europäischen Union an der Integration der Türkei

Hinsichtlich der Interessen der EU an einer türkischen Integration bzw. dem türkischen Beitritt kann vorab auf die sich wandelnde Prioritätenpyramide hingewiesen werden. Entsprechend den Rahmenbedingungen der regionalen Konstellation in Europa ändern sich die Interessen der EU an der Partnerschaft mit der Türkei bzw. an der vorgesehenen Intensität der Integration dieses Landes. Dies deutet wiederum darauf hin, dass die Beziehungen der EU zur Türkei von aktuellen strategischen sicherheitspolitischen Interessen der EU stark beeinflusst werden. Die schwankende Haltung zahlreicher Entscheidungsträger in Europa, die Türkei nicht als einen natürlichen Teil Europas wahrzunehmen, ist sowohl durch die periphere geologische Lage als auch die abweichende religiösen Identität der Türken bedingt und gaben von jeher Anlass zu einer eher strategisch-geopolitisch begründeten Interessenformulierung der EU gegenüber der Türkei. Diese Interessen unterscheiden sich fundamental von den europäischen Interessen an der Integration der osteuropäischen Staaten in die EU, die als natürlicher Teil Europas wahrgenommen werden.

Als die türkische Regierung einen Antrag auf assoziierte Mitgliedschaft in der EWG stellte, handelte die EWG weniger entsprechend ihrer wirtschaftlichen, sondern vielmehr ihrer politischen Interessen. Man kann in der Anfangsphase der Beziehungen zur Türkei grundsätzlich zwei politische Interessen der EWG/EG unterscheiden. Zum einen waren zu dieser Zeit die Assoziierungsanträge der Türkei und Griechenlands vor allem in Bezug auf das Prestige und die internationale Anerkennung von nicht zu unterschätzender Relevanz. Kurz nach der Paraphierung der Römischen Verträge und dem Scheitern der westeuropäi-

schen Zusammenarbeit mit Großbritannien wurde die Europäische Freihandelszone (EFTA) ins Leben gerufen und es entstand eine Art latenter Konkurrenz zwischen der EWG und EFTA. In diesem Zusammenhang bedeuteten die türkischen und griechischen Anträge auf Assoziierung mit der Gemeinschaft eine politische Aufwertung nicht nur der Antragsteller, sondern auch der Gemeinschaft.³⁵⁰

Zum anderen hatte die Gemeinschaft aus sicherheitspolitischen Gründen Interesse an einer engeren Kooperation mit der Türkei. Wichtig war in diesem Sinne die Rolle der Türkei als NATO-Mitglied für die Verteidigung Westeuropas. Die geographische Lage der Türkei in der Peripherie Europas im nordöstlichen Mittelmeer war im Hinblick auf die Verteidigung Westeuropas gegen die sowjetische Bedrohung von strategischer Bedeutung. Die sicherheitspolitische Rolle des Landes bestimmte deshalb zu dieser Zeit überwiegend seine Beziehungen zu Westeuropa. Die Türkei erfüllte während des Ost-West-Konflikts zusammen mit Griechenland eine unersetzliche sicherheitspolitische Funktion in Südosteuropa und wurde von den europäischen Entscheidungsträgern bis zum Beginn der 90er Jahre dementsprechend anders als heute wahrgenommen. Im angespannten politischen Klima des Ost-West-Konflikts betrachteten die westeuropäischen Staaten die Einbindung der Türkei in das westliche System als unbedingt notwendig für die Gewährleistung der Sicherheit Westeuropas. Auch in der einschlägigen Fachliteratur wird diese Sichtweise formuliert:

*Die engen Beziehungen der EG zur Türkei ... wurden und werden von den meisten EG-Ländern ... vor allem als Mittel der Anbindung der Türkei an den Westen verstanden. Sie beruhen weniger auf wirtschaftlichem Kalkül als politischen Interessen, die sich vornehmlich aus der geostrategischen Lage der Türkei erklären.*³⁵¹

Das Ende des Ost-West-Konflikts beeinflusste daher auch die politischen Interessen und Prioritäten der EU bezüglich ihrer Beziehungen zur Türkei. Nach der Auflösung der Sowjetunion verlor die Türkei aus der

³⁵⁰ Siehe Birand, S. 62. Auch Bozkurt betont die politischen Gründe der EWG. Vgl. Bozkurt, S. 10. Für ähnliche Überlegungen vgl. auch Yeşilyurt, S. 31.

³⁵¹ Von Leipzig, Wolf-Heinrich: Forschungsbericht: Die Gemeinsame Außenpolitik der Zwölf und der Türkei: Gemeinsamkeiten und Divergenzen, in: Integration, 14. Jg., 2/91 (1991), Beilage zur Europäischen Zeitung, 4/91, S. 76-81; S. 76. Für ähnliche Interpretationen vgl. Yeşilyurt, S. 30; Bozkurt, S. 10f. Eralp, S. 91-92.

Perspektive der europäischen Entscheidungsträger ihre sicherheitspolitische Funktion zur Verteidigung Europas. Die sowjetische Bedrohung verschwand und die bipolare Konstellation in Europa ging dadurch zu Ende. Stattdessen etablierte sich die EU als ein Gravitationszentrum für den ganzen, nun nicht mehr ideologisch geteilten Kontinent. Die neuen politischen Rahmenbedingungen auf dem europäischen Kontinent und vor allem die Hinwendung der ost- und südosteuropäischen Staaten zur EU brachten für das „Projekt Europa“ neue Impulse, Herausforderungen und Perspektiven. Diese neue Konstellation hatte auch Auswirkungen auf die europäischen Sichtweisen zur Türkeipolitik.

Die türkische Kandidatur für den Beitritt in die Union verlor zu Beginn der 90er Jahre infolge der neuen Entwicklungen in Europa an Relevanz und verharrte seitdem im Hinblick auf die neu gesetzten Prioritäten der EU an der Peripherie, analog zur geographischen Lage der Türkei ausgehend aus zentraleuropäischer Perspektive. Darüber hinaus wurden und werden von manchen politischen Entscheidungsträgern in verschiedenen EU-Ländern kulturell, religiös und geographisch begründete Argumente gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft vorgebracht. Sie betonen zwar in der Regel die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Relevanz der Türkei an der „äußersten Peripherie“ des europäischen Kontinents sowie das europäische Interesse an einer sowohl innen- als auch außen- und sicherheitspolitisch westlich-europäisch orientierten Türkei, vertreten aber die Ansicht, dass zur Türkei eine Art „Sonderbeziehung“³⁵² aufgenommen werden sollte, ohne dem Land eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Diese Variante wird als „Zollunion plus“ bezeichnet. Demnach soll die EU die türkisch-europäische Zollunion ausweiten und dadurch die pro-europäische Orientierung des Landes sicherstellen. Gerade diese Position wird jedoch von den türkischen Entscheidungsträgern kategorisch abgelehnt. Sie sehen die Sonderbeziehung als eine Diskriminierung der Türkei und warnen die EU vor den Folgen einer solchen Neuformulierung der europäischen Türkeipolitik. Es gibt freilich zahlreiche Ansichten und Vorschläge zu einer möglichen Sonderbeziehung der EU zur Türkei. Sie können als Formen der Superassoziation mit einer möglichen engeren sicherheitspolitischen Kooperation sowie einem Programm der wirtschaftlichen Unterstützung

³⁵² Die Parteispitze von CDU und CSU, Angela Merkel und der Edmund Steuber in Deutschland sowie einige andere konservative Politiker in Mitteleuropa, insbesondere in Frankreich, fordern anstatt der Vollmitgliedschaft des Landes in der EU eine Art Sonderbeziehung zwischen der EU und der Türkei. Die Türkei lehnt diese Forderung kategorisch ab.

zusammengefasst werden. Ein solches Konzept der Türkeipolitik der EU wurde auf dem Luxemburger Gipfel der EU (1997) auf höchster Ebene offiziell zur Diskussion gestellt, indem die Türkei nicht in die Liste der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen wurde.

Andererseits wurde dieses Konzept der europäischen Türkeipolitik aufgrund der heftigen Reaktionen der türkischen Regierung, Entscheidungsträger und Bevölkerung aus kulturell-religiösen Gründen diskriminiert worden zu sein, auch innerhalb der EU in Frage gestellt. Die Entscheidung der türkischen Regierung, die EU in ihren außenpolitischen Beziehungen nicht mehr als Gesprächspartner zu akzeptieren führte zu einer Einfrierung der EU-Türkei-Beziehungen, durch welche die EU ihrer unmittelbaren Einflussmöglichkeit auf relevante Politikfelder beraubt wurde. Außerdem begriffen die Entscheidungsträger der EU, dass die Türkei ihre kontinuierliche EU-Orientierung im Falle einer europäischen Türkeipolitik der „Sonderbeziehungen“ und dementsprechend ohne konkrete Perspektive einer Vollmitgliedschaft nicht länger aufrechterhalten würde. Mehr noch könnte eine derartige Abgrenzung der Türkei von der EU die westlich orientierten Machteliten des Landes schwächen und die europafeindlichen Kräfte des Landes stärken. Aus diesen Gründen setzte Ende der 90er Jahre ein erneuter Wandel in den Interessenperzeptionen der europäischen Eliten und dementsprechend in der Türkeipolitik der EU ein. Er mündete schließlich in die Aufnahme der Türkei in den Kreis der offiziellen Beitrittskandidaten auf dem EU-Gipfel im Jahr 1999 in Helsinki.

Andererseits gelang es den türkischen Entscheidungsträgern, in relativ kurzer Zeit eine funktionsfähige Regionalpolitik zu etablieren und in der komplexen Struktur der bilateralen Beziehungen insbesondere im postsowjetischen Südkaukasus, im postsowjetischen Mittelasien sowie im Schwarzmeerraum, dem Balkan und dem Nahen Osten ein weitgehend stabiles pro-europäisches Land zu bleiben. Angesichts der neuen Konfliktpotentiale und Kooperationsmöglichkeiten, die eng mit den östlichen Nachbarregionen der Türkei zusammenhängen – sei es der islamistische Terrorismus von Al-Qaida, der Krieg im Irak oder instabile Verhältnisse im Nahen Osten einerseits, Kooperation im Bereich der Energiepolitik (Pipeline zwischen dem Kaspischen Meer und der türkischen Mittelmeerküste) andererseits, gewann die Türkei im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen der EU erneut an Relevanz. In diesem Zusammenhang wird in der EU zunehmend realisiert, dass die Türkei aufgrund ihrer besonderen geographischen Lage und ihres Status als NATO-Mitglied die Sicherheit Europas erheblich verbessern und der Po-

litik der EU in der Region eine größere Autorität und Wirksamkeit verschaffen kann.³⁵³ Obwohl es in der EU einzelne Vertreter von Führungseliten gibt, die einem Beitritt der Türkei zur EU wegen einer möglichen übergroßen Rolle der EU in den oben erwähnten Regionen weitgehend skeptisch gegenüberstehen, wird von anderen die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei gerade aufgrund der strategischen Rolle der EU als globaler Akteur im östlichen Mittelmeer, im Südkaukasus, im Nahen Osten und in Zentralasien befürwortet. Es ist dabei eine Tatsache, dass diese Entwicklung eine (bereits weitgehend vollendete) politische und wirtschaftliche Anpassung der Türkei erfordert. Benötigt wird allerdings auch die Vorbereitung der EU auf einen eventuellen Beitritt der Türkei.

Die EU hat also Interesse an einer stabilen, europaorientierten, freiheitlich-demokratischen Türkei im Südosten des Kontinents. Zum einen entspricht dies ihren sicherheitspolitischen Vorstellungen, da eine Abspaltung der Türkei vom europäischen Integrationsprozess in der Türkei eine anti-europäische Haltung auslösen könnte, die durch eine kurz- oder mittelfristige Islamisierung oder Nationalisierung des politischen Lebens in der Türkei eine konkrete Gefahr für die Region und ganz Europa darstellen würde. Zum anderen könnte die Türkei nach dem 11. September 2001 gerade als säkularer Staat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung und europäischer freiheitlich-demokratischer Gesellschaftsform durch eine gelungene Integration in die EU anderen muslimischen Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens ein Beispiel sein. Aufgrund der Nachbarschaft eines erweiterten Europas zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist ihre Demokratisierung ein primäres europäisches Interesse. Eine gelungene Integration der Türkei in die EU könnte anderen, mehrheitlich von Muslimen bewohnten Staaten einen neuen Weg für die Modernisierung und Demokratisierung aufzeigen und die These der Ultra-Islamisten, dass Islam und Demokratie nicht vereinbar seien, widerlegen. Eine Isolation der Türkei von der EU und vom europäischen Kulturkreis mit Hinweis auf den Islam hingegen wäre gerade nach dem 11. September ein falsches Signal an die Nachbarregionen. Die beiden Anschläge von Al-Qaida in Istanbul und in Spanien können hierbei als ein Wendepunkt betrachtet werden. Die EU und ihr Gedankengut sind und bleiben – wie im türkischen Fall – Ziel terroristischer Anschläge. Es entspricht dem sicherheitspolitischen Interesse der EU, ihre Werte auch in benachbarten Regionen geltend zu machen. Zahl-

³⁵³ Europäisches Parlament, Plenarsitzungsdokument Bericht, A5-0204/2004, 19. März 2004, S.13/37.

reiche Entscheidungsträger in der EU messen der Türkei in diesem Zusammenhang eine relevante neue Brückenrolle bei.

Ein weiteres Interesse der EU an der türkischen Integration hängt mit der zunehmenden Relevanz des Landes als Transitland und Verteilungsterminal für fossile Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas zusammen. Die Türkei betrieb gleich nach dem Zerfall der Sowjetunion eine relativ erfolgreiche Regionalpolitik in ihren benachbarten postsowjetischen Regionen. Die wichtigste Komponente dieser Regionalpolitik war die türkische Pipelinepolitik. Als Erfolg dieser Politik konnte die türkische Politik gegen russischen Widerstand in enger Kooperation mit den USA, Aserbaidschan und Georgien erreichen, dass aserbaidischisches Erdöl in naher Zukunft durch eine Pipeline zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert und von dort aus vermarktet wird.³⁵⁴ Dies erhöht den Stellenwert des Landes für die EU. Da die EU großes Interesse am Erdöl aus dem Südkaukasus hat, verschaffen das Verteilungsterminal und die strategische Bedeutung der Pipeline auf türkischem Territorium bei einer EU-Mitgliedschaft der Türkei der EU nicht zu unterschätzende Vorteile.

Die wirtschaftlichen Interessen der EU an der Integration der Türkei können aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Im Hinblick auf die Anzahl ihrer Einwohner bildet die Türkei für die EU einen enorm großen Markt. Zwar entspricht das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lediglich 23% des EU-Durchschnitts, jedoch unterscheidet sich die Türkei diesbezüglich nicht von anderen EU-Kandidaten wie Bulgarien und Rumänien.³⁵⁵ Die Türkei ist im Hinblick auf die Einwohneranzahl allerdings etwa achtmal größer als Bulgarien und mehr als dreimal so groß wie Rumänien. Im Hinblick auf Bruttoinlandsprodukt-Wachstum (BIP-Wachstum) wies die türkische Volkswirtschaft in den letzten Jahren mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 7,8% mehr Entwicklungspotential als Bulgarien (4,8%) oder Rumänien (4,9%) auf.³⁵⁶ Das Wirtschaftswachstum der Türkei ist auch im Vergleich mit den zehn im Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten die höchste. Die türkischen Exporte in die EU machten 2003 51,5% der Gesamtexporte aus,

³⁵⁴ Mit den Bauarbeiten dieser Pipeline wurde bereits begonnen. Für die Einzelheiten über die diesbezüglichen Entwicklungen siehe Kapitel 5, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

³⁵⁵ Für die statistischen Daten siehe SEC (2003) 1210, 1211, 1212, EU Bericht, Die Erweiterung Fortsetzen. Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Bulgariens, Rumäniens und der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, S. 48.

³⁵⁶ Ibid.

während die türkischen Importe zu 45,5 % aus Ländern der EU kamen.³⁵⁷ Da die Türkei bereits seit 1996 Mitglied der EU-Zollunion ist, beweist sie seit acht Jahren die Konkurrenzfähigkeit und Immunität ihrer Volkswirtschaft. Dies verschafft der Türkei Vorteile hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Integrationspotenzials. Mit ihrer im Vergleich zu den alten und neuen Mitgliedsstaaten der EU überdurchschnittlich jungen Bevölkerung verfügt die Türkei über ein großes Arbeitskräftenpotential für den europäischen Binnenmarkt. Das Konsumverhalten der Türken entspricht überwiegend dem der alten EU-Staaten. Die makroökonomischen Ungleichgewichte werden jedoch von der EU weiterhin als problematisch betrachtet.³⁵⁸ Der Beitritt zur Zollunion der EU diene nicht zuletzt auch den wirtschaftlichen Interessen der EU. Die Zollunion ermöglicht den freien Warenverkehr zwischen der Türkei und der EU. Die Türkei übernahm den EU-Zolltarif und akzeptierte die gemeinschaftliche Handelspolitik. Auch die türkischen Rechtsvorschriften in diesem Bereich, unter anderem die Wettbewerbsregeln und der Schutz des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums, wurden an die EU-Normen angeglichen.³⁵⁹ Die dargestellte Entwicklung zeigt die wachsende Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen sollten daher für beide Seiten von primärem Interesse sein.

Wie oben dargelegt, werden die Interessen der EU an einer Integration der Türkei stets aus der Perspektive sicherheitspolitischer oder strategischer Interessen begründet. Natürlich entsprechen all diese Interessen realen Perspektiven der EU. Dennoch ist festzustellen, dass vor allem die kulturelle Dimension der türkischen Integration in Europa, das sich seit den 90er Jahren zunehmend auch um eine identitätsstiftende kulturelle Integration seiner Mitgliedsstaaten sowie seiner Unionsbürger bemüht, größtenteils außer Acht gelassen wird. Gerade die kulturelle Dimension des Europaprojekts beeinflusst jedoch die Perzeptionen der europäischen Entscheidungsträger, Eliten und Intellektuellen. Die fehlende Akzeptanz der Türkei und vor allem der türkischen Kultur – sollte es nicht zu einschneidenden Veränderungen auf diesem Gebiet kommen – in der nahen Zukunft das Verhältnis von EU und Türkei zu-

³⁵⁷ Für die Statistiken siehe EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 162.

³⁵⁸ Ibid. S. 52-61.

³⁵⁹ Bahadır, Şefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12 (1997), S. 33-40; S. 35f.

nehmend belasten. Diese Belastung wird desto größer sein, je weiter die formale Integration der Türkei in die EU voranschreitet und je näher der türkische Beitritt rückt.

4.4. Vorgeschichte der Türkei-EU-Beziehungen

Historisch betrachtet sahen die türkischen Entscheidungsträger und Eliten die Beziehungen der Türkei zur EWG vor allem aus der Perspektive der türkischen Westorientierung.³⁶⁰ Tekeli und İlkin zufolge wurde der am 25. März 1957 zwischen sechs europäischen Staaten unterzeichnete Vertrag von Rom und seine Folgen in der Türkei nicht hinreichend diskutiert.³⁶¹ Die politischen Eliten des Landes nahmen die EWG anfangs nur als eine unter mehreren wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten in Europa wahr. Die Europäische Freihandelszone gegen Ende der Fünfziger Jahre und ab 1960 die EFTA waren weitere bisweilen mit der EWG konkurrierende wirtschaftliche Organisationen in Europa. Die türkischen Entscheidungsträger wählten allerdings die EWG als Assoziationspartner.

Der wichtigste Faktor der türkischen EWG-Orientierung war der am 15. Juli 1959 gemäß Artikel 238 des Römischen Vertrages gestellte Antrag Griechenlands auf Assoziation mit der EWG. Artikel 237 des Römischen Vertrages ermöglichte den Antrag auf Vollmitgliedschaft und Artikel 238 auf Assoziation mit der EWG. Zwei Wochen nach dem griechischen Antrag, am 31. Juli 1959, beantragte auch die Türkei die Assoziation und war somit das zweite europäische Land nach Griechenland, das sich ernsthaft um ein zur Vollmitgliedschaft führendes Assoziierungsverhältnis bemühte.³⁶²

1960 begannen die Verhandlungen der EWG mit Griechenland und es wurde seitens der EWG beschlossen, die griechischen und türkischen Anträge parallel zu prüfen,³⁶³ um das türkisch-griechische Gleichgewicht nicht zu beeinträchtigen. Am 27. Mai 1960 kam es in der Türkei zur ersten Machtübernahme des Militärs durch einen von unten organisierten Staatsstreich. Die vom militärischen Komitee der Nationalen Einheit (KNE) ernannte Zivilregierung betonte in ihrem Regierungsprogramm

³⁶⁰ Siehe hierzu beispielsweise Grothusen, S. 117.

³⁶¹ Tekeli & İlkin, S. 124.

³⁶² Karluk, Rıdvan: *Gümrük Birliği Dönemecinde Türkiye. Gümrük Birliği Ne Getirdi Ne Götürdü?*, Ankara 1997, S. 6.

³⁶³ Ibid.

die Relevanz der Verhandlungen mit der EWG im Hinblick auf die sich entwickelnde türkische Industrie. Auch das KNE erklärte, dass die Türkei ihren Verbündeten und internationalen Verpflichtungen treu sei.³⁶⁴ Auf die Beziehungen der Türkei zur EWG hatte der Staatsstreich von 1960 jedoch einen äußerst negativen Einfluss. Die EWG-Staaten warfen die Frage auf, „...inwieweit die Beseitigung der Basis des westlichen Staatsverständnisses – der parlamentarischen Demokratie – mit der weiteren Mitgliedschaft im westlichen Bündnissystem vereinbar sei“.³⁶⁵ Obwohl die USA die Türkei trotz des Staatsstreiches weiter unterstützten, war die EWG an einer Türkei, in der die demokratische Grundordnung (vorläufig) abgeschafft worden war, als Assoziationspartner nicht interessiert.³⁶⁶ Darum wurden die Assoziierungsverhandlungen abgebrochen und lediglich auf Wunsch der türkischen Seite eine konsultative „Informationsversammlung“ einberufen.³⁶⁷

Am 6. März 1961 schloss die EWG die Verhandlungen mit Griechenland ab und paraphierte ein den griechischen Interessen entgegenkommendes Assoziierungsabkommen, das auch die Türkei-EWG-Beziehungen beeinflusste. Der stellvertretende Vorsitzende der EWG-Kommission Manshold wies damals darauf hin, dass die in diesem Abkommen gemachten Zugeständnisse eine Ausnahme wären und kein Beispiel für die anderen Staaten bilden könnten.³⁶⁸ Das Abkommen Griechenlands sah nach dem Ende einer Übergangsfrist die Vollendung der Zollunion und die zukünftige Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EWG vor. Die türkische Seite bestand auf einem vergleichbaren Abkommen, doch die EWG wollte der türkischen Seite nur ein weniger intensives Kooperationsmodell anbieten. Es ging bei der EWG-Haltung nicht um die Einzelheiten des Abkommens, das die Zukunft der Türkei-EWG-Beziehungen und den Entwicklungsrahmen der Vertragspartner bestimmen sollte, sondern viel mehr um eine Grundsatzfrage der Assoziation. Die türkischen politischen Eliten wünschten, ein Abkommen gemäß Artikel 238 des Römischen Vertrages zu ermöglichen, um sich dadurch die Europazugehörigkeit des Landes bestätigen zu lassen sowie den zukünftigen Beitritt in die Gemeinschaft sicherzustellen. Die Entscheidungsträger der EWG waren jedoch anfangs der Meinung, dass die Türkei nicht in der Lage sei, die makroökonomische Last der Zollunion

³⁶⁴ Tekeli & İlkin, S. 89.

³⁶⁵ Grothusen, S. 117.

³⁶⁶ Siehe Tekeli & İlkin, S. 146.

³⁶⁷ Ibid.

³⁶⁸ Tekeli & İlkin, S. 154. Siehe auch Birand, S. 96-99.

zu bewältigen. Sie beabsichtigten, die Beziehung der EWG zur Türkei auf ein Handelsabkommen zu begrenzen.³⁶⁹ Infolge der negativen politischen Rahmenbedingungen des Staatsstreiches, der die parlamentarische Tätigkeit für eineinhalb Jahre aufhob, gelang es der Türkei nicht, bezüglich der Assoziation Fortschritte zu erzielen. Erst nach der Wiederherstellung der demokratischen Grundordnung, der Etablierung einer Zivilregierung und der Normalisierung der Innenpolitik konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.³⁷⁰ Zwischen 1959 und 1963 fanden insgesamt 10 Verhandlungsrunden zwischen der Türkei und der EWG statt. Erst in der siebenten Verhandlungsrunde (14.-24. Januar 1963) konnte zwischen den beiden Seiten ein Konsens dahingehend gefunden werden, dass ein den Grundprinzipien des griechischen Abkommens entsprechendes Abkommen ausgehandelt werden sollte, das gemäß Artikel 238 des Römischen Vertrages die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft vorsah.³⁷¹ Dadurch erreichten die türkischen Entscheidungsträger eine klare Perspektive für die zukünftige Vollmitgliedschaft in der EWG, d.h. die Anerkennung als beitriffähiger europäischer Staat. In den folgenden Verhandlungsrunden wurden die technischen Einzelheiten des Abkommens festgelegt.³⁷² Am 12. September 1963 wurde in Ankara das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft paraphiert. Dadurch wurde das Fundament der zukünftigen Beziehungen zwischen der Türkei und der EG/EU gelegt. Das Abkommen trat 1. Dezember 1964 in Kraft, womit synchron auch die Vorbereitungsphase begann. Die Jahre nach der Paraphierung des Assoziierungsabkommens von Ankara bezeichnet Yeşilyurt als eine auf unterschiedlichen Perzeptionen und Interpretationen beider Seiten basierte „Phase des unberechtigten Optimismus“.³⁷³ Die Türkei sah – wie Griechenland – den späteren Beitritt in die Gemeinschaft basierend auf dem Assoziationsabkommen von Ankara als „legales Recht“³⁷⁴ auf „Grundlage einer automatischen Mitglied-

³⁶⁹ Vardar, Deniz: *Türkiye-Avrupa Topluluğu İlişkileri*, in: Sönmezoğlu, Faruk: *Türk Dış Politikasının Analizi*, İstanbul 1994, S. 121-132; S. 124.

³⁷⁰ Nach den Parlamentswahlen vom 14. Oktober 1961 wurde die Regierung der Republikanischen Volkspartei unter İsmet İnönü gebildet.

³⁷¹ Vardar, S. 124. Vgl. auch Feld, Werner J.: *The European Community in World Affairs. Economic Power and Political Influence*, Washington D.C. 1976, S. 29.

³⁷² Für die Einzelheiten dieser Gesprächsrunden siehe Tekeli & İlkin, S. 134-188.

³⁷³ Yeşilyurt, S. 38.

³⁷⁴ Eralp, Atila: *Turkey and the European Community in the Changing Post-War International System*, in: Balkır, Canan & Williams, Allan M. (Hg.): *London/New York 1993*, S. 24-44; S. 28.

schaft“³⁷⁵ an, während die EWG die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei lediglich im Fall der Erfüllung aller Verpflichtungen und Bedingungen für möglich hielt. Die Türkei war am raschen Eintritt in die Übergangsphase vor allem deswegen interessiert, da sie wirtschaftliche Vorteile erhoffte, u.a. eine Verbesserung der unzureichenden Exportmöglichkeiten für Agrar- und Industrieprodukte sowie eine stärkere wirtschaftliche Unterstützung seitens der EWG. Darüber hinaus beabsichtigten die türkischen Entscheidungsträger mehr Arbeitnehmer in die Staaten der EWG zu schicken, um mit dem resultierenden Devisentransfer eine Verringerung des türkischen Außenhandelsdefizits zu erreichen sowie höhere Kredite seitens der Gemeinschaft zu ermöglichen. In den 60er Jahren fanden in der Türkei wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationen statt. Die *Türkiye İşçi Partisi* (Türkische Arbeiterpartei, TIP) war mit 15 Abgeordneten in der TBMM vertreten. Die so genannte Mitte-Links-Orientierung der CHP bzw. die sozialdemokratische Orientierung unter dem jungen Premierminister Ecevit, die Einigung der Konservativen unter dem Dach der AP von Demirel, ein dynamisches Wirtschaftswachstum in Höhe von 7% bei einer Inflationsrate von 15-20% sowie die Zuwanderung türkischer Arbeitnehmer und deren Familien in die westeuropäischen Länder – vor allem nach Deutschland – veränderten die türkische Wirtschaft und Gesellschaft.³⁷⁶ Dennoch ist die Vorbereitungsphase nicht durchgehend als Erfolg zu bewerten. Auch die EWG war nicht davon überzeugt, dass die Türkei für den Eintritt in die Übergangsphase im wirtschaftlichen Sinne hinreichend vorbereitet wäre.³⁷⁷ In der Tat fanden in der Türkei zunächst keine tief greifenden Reformen der Wirtschaftsverwaltung zur Anpassung an die zukünftige Zollunion mit der Gemeinschaft statt.³⁷⁸ Die türkischen Führungseliten versuchten vielmehr, wirtschaftliche Vorteile bereits auf der Basis der Assoziation zu erzielen³⁷⁹ und waren in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass eine Verlängerung der Vorbereitungsphase – das Abkommen

³⁷⁵ Yeşilyurt, S. 38. Siehe für die weiteren Einzelheiten Keskin, Yıldırım: *The Turkey-EEC-Association and Its Problems*, in: Gumpel, Werner (Hg.): *Die Türkei auf dem Weg in die EG. Möglichkeiten und Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft*, München/Wien 1979, S. 65-72;

³⁷⁶ Siehe hierzu Tekeli & İlkin, S. 12-16. Siehe auch Birand, S. 185-191. Für eine zusammenfassende Bewertung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der Türkei im Hinblick auf die Türkei-EWG-Beziehungen siehe Tekeli & İlkin, S. 34-43.

³⁷⁷ Yeşilyurt, S. 39f.

³⁷⁸ Tekeli & İlkin, S. 17.

³⁷⁹ Ibid.

von Ankara sah für diese Phase einen Zeitraum zwischen 5 und 10 Jahren vor – der Türkei keine Vorteile zu bieten hätte. Die Politik der EWG, zeitgleich mit nicht europäischen mediterranen Staaten und Staaten der Dritten Welt Handelsabkommen zu paraphieren, beunruhigten die Entscheidungsträger der Türkei, dass sie um die durch das Assoziationsabkommen erzielten wirtschaftlichen Vorteile fürchteten.³⁸⁰ Daher wollten die Entscheidungsträger der Türkei die Vorbereitungsphase so schnell wie möglich abschließen und den Eintritt in die Übergangsphase beantragen. Sie hielten den Zeitpunkt für günstig, weil die Beziehungen zwischen Griechenland und der EWG aufgrund des Staatsstreiches des Militärs in Griechenland zu dieser Zeit eingefroren waren. Dies erschien den türkischen Machteliten eine einmalige Gelegenheit zu sein, um den qualitativen und quantitativen Unterschied zu Griechenland im Hinblick auf die bisher erzielte Intensivierung der Beziehungen mit der EWG aufzuholen.³⁸¹ Nach intensiven Bemühungen der türkischen Seite entschied der Assoziationsrat am 9. Dezember 1968, die Verhandlungen über den Eintritt der Türkei in die Übergangsphase aufzunehmen.³⁸² Am 23. November 1970 wurde das Zusatzprotokoll unterzeichnet, das am 1. Januar 1973 in Kraft trat. Mit der Paraphierung des Zusatzprotokolls begann die zweite Stufe des Assoziierungsverhältnisses, nämlich die Übergangsphase, die gemäß dem Assoziierungsabkommen von Ankara einen Zeitraum zwischen 12 und 22 Jahren umfassen sollte.

4.5. Vertragliche Grundlagen und Institutionen der türkischen Assoziation

Streinz zufolge versteht man im Recht der internationalen Organisationen unter Assoziierung die Beteiligung eines Staates an einer Staatenverbindung, die unter der Vollmitgliedschaft bleibt.³⁸³ Gemäß dem Europarecht können zwei unterschiedliche Formen der Assoziierung unterschieden werden: Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gemäß Artikel 182 EGV und die Assoziierung gemäß Artikel 310 EGV, bei der wiederum zwei Typen, nämlich die Assoziierung mit

³⁸⁰ Birand bezeichnet diese Relativierung als „Erosion“. Birand, S. 200. EWG unterzeichnete Abkommen mit Israel (1964), Libanon (1965), Tunesien und Marokko (1969) und führte 1972 die Mittelmeerpolitik ein. Siehe Tekeli & İlkin, S. 34.

³⁸¹ Birand, S. 96-99. Yeşilyurt, S. 38-41.

³⁸² Yeşilyurt, S. 40.

³⁸³ Streinz, Rudolf: Europarecht, Heidelberg 1999, S. 221.

außereuropäischen Staaten im Rahmen der Entwicklungspolitik und die Assoziierung der europäischen Staaten unter dem Aspekt der Vorbereitung des Beitritts, die „dynamische Assoziierung“, unterschieden werden.³⁸⁴

Die vertragliche Basis der Türkei-EWG/EG/EU-Beziehungen bildet das am 12. September 1963 paraphierte und am 1. Dezember 1964 in Kraft getretene Abkommen von Ankara. Auch in der Literatur wird auf die historische Bedeutung dieses Abkommens hingewiesen. Das Abkommen von Ankara gehört entsprechend der obigen Definition zur zweiten Untergruppe der zweiten Gruppe von Assoziierungen, nämlich zu den „dynamischen Assoziierungen“, welche die Funktion haben, den assoziierten Staat auf die Vollmitgliedschaft vorzubereiten. Durch diese Besonderheit unterscheidet sich die Türkei grundsätzlich von den nordafrikanischen Staaten, die ebenfalls den politischen Willen gezeigt haben, der EU beizutreten, was seitens der EU aufgrund fehlender Zugehörigkeit zu Europa abgelehnt wurde. Angesichts häufiger Vergleiche der Türkei mit diesen nordafrikanischen Staaten, insbesondere mit Marokko, soll an dieser Stelle betont werden, dass diese im Hinblick auf die völkerrechtliche Lage sowie das bisher erreichte Integrationsniveau der Türkei mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft nicht sinnvoll sind. Die nordafrikanischen Staaten besitzen jenseits der Religion kaum Gemeinsamkeiten mit der Türkei, die im Zusammenhang mit den Türkei-EU-Beziehungen von Bedeutung sind. Marokko und Tunesien sind zwar Kooperationspartner im Rahmen der Mittelmeerpolitik der EU wie auch die Türkei, doch auch Zypern und Malta nahmen im Vorfeld ihrer Mitgliedschaft an der Mittelmeerkooperation der EU teil.³⁸⁵

Der politische Wille der türkischen und europäischen Entscheidungsträger zeichnete den türkisch-europäischen Beziehungen durch die Paraphierung des Abkommens von Ankara eine völlig andere Entwicklungsrichtung vor als den nordafrikanischen Staaten: eine an die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EWG/EG/EU heranführende Assoziierung mit dem Endziel des Beitritts. Auch Streinz, der auf die oben erwähnte begriffliche Dichotomie bezüglich der unterschiedlichen Arten von Assoziierung verweist, erkennt türkischer Assoziation das beiderseitige Bekenntnis zur Vorbereitung einer zukünftigen Mitgliedschaft.³⁸⁶

³⁸⁴ Streinz, S. 221ff.

³⁸⁵ Für die Einzelheiten der Mittelmeerpolitik der EU siehe Rhein, Eberhard: Europa und Mittelmeerraum, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 691-710.

³⁸⁶ Streinz, S. 223.

Bozkurt zufolge bildet das Abkommen „den juristischen Grundstein für die EG-Assoziation der Türkei“.³⁸⁷ Im gleichen Sinn weist Esen auf die fundamentale juristische bzw. völkerrechtliche Bedeutung des Abkommens von Ankara hin.³⁸⁸ Yeşilyurt sieht die Relevanz des Abkommens insbesondere in der Festschreibung des türkischen Status als europäisches Land und der positiven Anerkennung und Bestätigung des Beitrittswillens.³⁸⁹ Steinbach hält das Abkommen gleichfalls für eine Bestätigung der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa:

*Damit sollte der letzte Stein in das Gebäude der Eingliederung der Türkei in das westeuropäische Bündnissystem eingefügt werden. Wie weit die Bindung der Türkei an die westeuropäischen Staaten bereits fortgeschritten war, ist danach abzulesen, dass kein Mitglied der EWG Einwände unter Bezug auf die Römischen Verträge von 1958 erhob, welche ausdrücklich bestimmten, dass nur europäische Länder Mitglied der EWG werden könnten.*³⁹⁰

Das Abkommen von Ankara besteht aus 33 Artikeln und zwei zusätzlichen Protokollen, dem so genannten „Vorläufigen Protokoll“ und dem Finanzprotokoll. Es sah drei Etappen der wirtschaftlichen Integration vor: die Vorbereitungs-, die Übergangs- und die Endphase. Es proklamiert die Gründung einer Kooperation zwischen der Türkei und der EWG, die die rasche Entwicklung der türkischen Volkswirtschaft und die Erhöhung der Lebensqualität der türkischen Bürger fördern soll.³⁹¹ Das Abkommen von Ankara sieht – genauso wie das griechische Abkommen – die stufenweise Bildung einer Zollunion, damals Hoch- und Endpunkt der Kooperation und Integration in der EWG. In der Vorbereitungsphase gewähren die Staaten der EWG der Türkei einseitige Handelsvergünstigungen und finanzielle Unterstützung. Diese erste Phase sollte mindestens 5 und höchstens 10 Jahre dauern. Der Übergang der ersten zur zweiten Stufe, der Übergangsphase, soll nicht automatisch erfolgen, sondern erst nach dem Konsens der Türkei und der EWG über ein Zusatzprotokoll, das die Bedingungen der Übergangsphase festlegen

³⁸⁷ Bozkurt, S. 12.

³⁸⁸ Esen, S. 19.

³⁸⁹ Yeşilyurt, S. 32-35.

³⁹⁰ Steinbach, Udo: Europa und die Türkei, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 681-690; S. 683.

³⁹¹ Artikel 2/1 des Abkommens von Ankara.

soll. In der Übergangsphase, für die zumindest 12 Jahre vorgesehen waren, soll nun auch die Türkei gegenüber der EWG bestimmten Verpflichtungen nachkommen, d.h. im Assoziationsverhältnis gilt von nun an das Prinzip der Gegenseitigkeit. Die Türkei soll versuchen, ihre Wirtschaftspolitik an die der EWG anzunähern.³⁹² Die dritte Stufe, die Endphase, soll frühestens nach 17 und höchstens nach 22 Jahren nach der Inkrafttreten des Abkommens von Ankara beginnen. Sie sieht die Verwirklichung der Zollunion zwischen der Türkei und der Gemeinschaft vor. Das Abkommen erwähnt jedoch für diese Phase keine vorgeschriebene Zeitperiode. Die Vertragspartner werden die Möglichkeit des Beitritts der Türkei in die Gemeinschaft überprüfen, wenn erkennbar ist, dass die Türkei in der Lage sein wird, die vom Abkommen ausgehenden Verpflichtungen zu übernehmen.³⁹³ Die Türkei hat gemäß dem Abkommen von Ankara zwar keinen Anspruch auf einen automatischen Beitritt in die Gemeinschaft, selbst wenn sie die dafür erforderlichen wirtschaftlichen Bedingungen erfüllt, aber die Möglichkeit eines Beitritts in die Gemeinschaft ist entsprechend dem Abkommen grundsätzlich vorgesehen.³⁹⁴

Das wichtigste Organ, das durch das Abkommen von Ankara geschaffen wurde, war der Assoziationsrat. Die Türkei war kein Mitglied der EWG und insofern auch nicht berechtigt, in den Institutionen der EWG mitzuwirken. Um dennoch die benötigte institutionelle Beziehung zu etablieren und aufrechtzuerhalten, wurde der Assoziationsrat gegründet, der aus den türkischen Regierungsmitgliedern einerseits und aus den Mitgliedern des Rats und der Kommission der EWG andererseits besteht. Beide Seiten verfügen im Assoziationsrat über eine Stimme, d.h. alle Entscheidungen müssen einstimmig getroffen werden.³⁹⁵ Der Assoziationsrat ist befugt, eigenständig Beschlüsse zu fassen, die die Kooperation und die Weiterentwicklung der Integration beider Vertragsparteien fördern soll, und die Auswirkungen der Assoziationsregelungen zu prüfen.³⁹⁶

³⁹² Für die Einzelheiten siehe Tekeli & İlkin, S. 194-196; Vardar, S. 124f.

³⁹³ Artikel 28 des Abkommens von Ankara.

³⁹⁴ Siehe Tekeli & İlkin, S. 125.

³⁹⁵ Artikel 23 des Abkommens von Ankara.

³⁹⁶ Aslan, Yusuf: Die Türkei: von der Westintegration zur Ostwendung? Institutioneller Werwestlichungsprozess in der türkischen Geschichte und dessen Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen der Türkei zum Europa-Rat, der NATO und der EU, Frankfurt am Main 1998, S. 139.

Ein weiteres, ebenfalls im Abkommen von Ankara institutionalisiertes Gremium ist der Parlamentarische Assoziierungsausschuss,³⁹⁷ der als „demokratischer Kontrollrat“³⁹⁸ bezeichnet werden kann und aus je 15 Mitgliedern der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) und 15 Mitgliedern des Europäischen Parlaments besteht. Der Parlamentarische Assoziierungsausschuss versammelt sich zwei Mal im Jahr und beschäftigt sich mit allen Problemen der Assoziation. Zu dem prüft er die vom Assoziationsrat erstellten Jahresberichte. Seine Beschlüsse sind jedoch Empfehlungen und daher unverbindlich.

Eine ergänzende Säule der Assoziation der Türkei an die EWG/EG/EU bildete das Zusatzprotokoll von 1970, das vorsah, innerhalb eines Zeitraumes von 12 bis 22 Jahren die gegenseitigen Zölle schrittweise abzubauen und schließlich bis zum 1. Januar 1995 die Zollunion zwischen der Türkei und der Gemeinschaft zu errichten. Das Zusatzprotokoll ermöglichte den freien Zugang der türkischen Industriegüter mit Ausnahme von Textilprodukten und Erdölerzeugnissen zum Binnenmarkt der Gemeinschaft, d.h. alle Zölle, zollähnliche Steuer und Abgaben wurden aufgehoben,³⁹⁹ die Importbeschränkungen für einige türkische Agrarprodukte gelockert.⁴⁰⁰ Darüber hinaus sah das Protokoll die finanzielle Unterstützung der Türkei durch die Gemeinschaft bis zur Errichtung der Zollunion vor, um das Land auf die bevorstehende Konkurrenz im EWG-Binnenmarkt vorzubereiten. Auf der anderen Seite sollte die Türkei die Zölle für Industriegüter aus der Gemeinschaft senken und dadurch bis zum Ende der Übergangsphase alle Zölle stufenweise aufheben.⁴⁰¹ Das Zusatzprotokoll regulierte auch die Frage der Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer:

Der Artikel 36 bis 42 des Zusatzprotokolls legten die Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Gemeinschaft zwischen dem zwölften (01. Dezember 1976) und dem zweiundzwanzigsten (01. Dezember 1986) Jahr fest.⁴⁰²

³⁹⁷ Vgl. Artikel 27 des Abkommens von Ankara. Beschluss des Assoziationsrats 1/65 vom 27. 07. 1965.

³⁹⁸ Tekeli & İlkin, S. 198.

³⁹⁹ Artikel 9 und 24ff. des Zusatzprotokolls, zitiert nach Yeşilyurt, S. 41.

⁴⁰⁰ Vardar, S. 126.

⁴⁰¹ Vardar, S. 126. Yeşilyurt, S. 41.

⁴⁰² Yeşilyurt, S. 42.

Es war vorgesehen, dass die türkischen Arbeitnehmer bezüglich Arbeitsbedingungen, der Entlohnung und sozialer Absicherung genauso wie Arbeitnehmer aus den EG-Staaten behandelt werden.⁴⁰³

4.6. Entwicklung der türkischen Integration in die EU bis zu den 90er Jahren

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EWG/EG/EU sind einem kontinuierlichen Wandel unterworfen, der vor allem mit sich ebenfalls verändernden Perzeptionen, Interessen und entsprechenden politischen Haltungen und Handlungen beider Seiten zusammenhängt. Diese sich verändernden Perzeptionen, Interessen sowie politischen Haltungen und Handlungen führen zu endogenen und exogenen Veränderungen in der regionalen Konstellation, den internationalen Rahmenbedingungen und der Weltpolitik, die politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Art sind. Auch die vertraglichen Grundlagen wurden aufgrund der sich stets wandelnden Perzeptionen und neu definierten Interessenslagen beider Seiten je nach dem Zeitgeist unterschiedlich wahrgenommen und ausgelegt.

Yeşilyurt zufolge begannen beispielsweise bereits kurz nach der Paraphierung des Zusatzprotokolls Überlegungen zur „Ausländerproblematik“ in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich über 80 Prozent der in den EG-Staaten beschäftigten türkischen Arbeitnehmer befanden, als die ansteigenden „sozialen Kosten“ erkennbar wurden.⁴⁰⁴ 1973 verkündete die bundesdeutsche Regierung fast gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Zusatzprotokolls den Anwerbestopp für türkische Arbeitnehmer⁴⁰⁵ und ergriff Maßnahmen für die Rückführung türkischer Immigranten.⁴⁰⁶ Andere EU-Staaten folgten dem Beispiel Deutschlands.⁴⁰⁷ Seitdem erscheinen Themen wie das Bevölkerungswachstum in der Türkei, der deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, und die zeitliche Zu-

⁴⁰³ Für den Wortlaut des Zusatzprotokolls siehe Amtsblatt der EG, Nr. 293, 29. 12. 1972. Zitiert nach Grothusen, S. 135; Siehe auch Yeşilyurt, S. 44.

⁴⁰⁴ Kramer, Heinz: Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Stiftung Wissenschaft und Politik, Bd. 21, Baden Baden 1988, S. 60.

⁴⁰⁵ Grothusen, S. 136.

⁴⁰⁶ Gümrükçü, Harun: The Turkish Labour Market and Migration, in: Evin, Ahmet & Denton, Geoffey (Hg.): Turkey and the European Community, Opladen 1990, S. 163-167.

⁴⁰⁷ Yeşilyurt, S. 45.

nahme an Arbeitslosen auf dem türkischen Arbeitsmarkt als Bedrohung für die großen Staaten der Union, die selbst mit strukturellen Problemen ihrer Makroökonomie kämpfen. Diese Neudefinition, die von Yeşilyurt als „Stimmungswechsel innerhalb der EG“ bezeichnet wird, war ein Hindernis für die Umsetzung der Bestimmungen des neu paraphierten Zusatzprotokolls.⁴⁰⁸ Die türkischen Machteliten nahmen dasselbe Phänomen anders als die europäischen Entscheidungsträger wahr. Sie interpretierten den Wandel der EG-Perzeption anfangs als eine Missachtung des Assoziationsabkommens von Ankara.⁴⁰⁹ Die türkischen Entscheidungsträger bestanden darauf, dass die Türkei im Hinblick auf die Besonderheit des Assoziierungsverhältnisses, das einen zukünftigen Beitritt in Aussicht stellt, eine vorteilhaftere Position in den Außenbeziehungen der EG haben müsse als Drittstaaten, mit denen die EG Wirtschaftsabkommen geschlossen hatte. Obwohl die EG ihre Position bezüglich der Möglichkeit eines türkischen Beitritts als Endziel des Assoziationsabkommens nicht änderte, vermied sie, die Türkei im Vergleich zu den Drittstaaten besser zu stellen.⁴¹⁰ Der zu dieser Zeit verschärfte Zypernkonflikt mit all seinen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Negativfolgen für die Türkei, ganz besonders aber im Hinblick auf die Beziehungen der Türkei zur EG und zum Westen allgemein, zwang die türkischen Entscheidungseliten dazu, die relative Kontinuität der Beziehungen zur EG nicht zu gefährden. Die Türkei durfte vor allem aus politischen Gründen ihre Beziehungen zur EG nicht destabilisieren. Denn die 1974 erfolgte militärische Intervention der Türkei in Zypern in der Funktion einer der völkerrechtlich bestätigten Garantemächten der Republik Zypern unmittelbar nach dem Staatsstreich der griechischen Extremisten, die das politische Ziel der *Enosis* – des Anschluss an Griechenland verfolgten – verursachte eine fast völlige außenpolitische Isolierung der Türkei.⁴¹¹ Die einschneidendste Konsequenz der türkischen Intervention war abgesehen von der außenpolitischen Isolierung das 1975 verhängte US-amerikanische Waffenembargo. Unter diesen äußerst negativen Umständen mussten die türkischen Entscheidungsträger trotz der bestehenden Unstimmigkeiten und unterschiedlich wahrgenommenen Interessenslagen die Beziehungen zur EG aufrechterhalten. Eine radikale Kursänderung in der türkischen Außenpolitik als Zugeständnis an die Haltung der internationalen Gemeinschaft

⁴⁰⁸ Kramer, S. 60.

⁴⁰⁹ Yeşilyurt, S. 45.

⁴¹⁰ Ibid. S. 46.

⁴¹¹ Grothusen, S. 134.

hätte vor allem die Politik der antiwestlich und islamistisch ausgerichteten *Milli Selamet Partisi* (Nationalen Heilspartei, MSP) von Erbakan sowie der zu dieser Zeit infolge der außenpolitischen Isolation des Landes eher blockfrei tendierten CHP unterstützt.⁴¹² Im Mai 1977 wurde zwischen der Türkei und der EG das Dritte Finanzprotokoll unterzeichnet, das die Gewährung von 310 Millionen US-Dollar vorsah. 1977 und 1978 versammelte sich der Assoziationsrat nicht, und der Gemischte Parlamentarische Ausschuss tagte erst im Oktober 1978 wieder. Diese Unterbrechung der Beziehungen bedeutete auch eine Schwächung der türkischen Position in der EG und einen Rückschlag in den Bemühungen um eine Integration der Türkei in Europa. 1975 stellte Griechenland den Antrag auf Beitritt in die EG. Ihm folgten 1977 die spanischen und portugiesischen Beitrittsanträge. Insbesondere gegenüber einem Beitritt Griechenlands hatten die türkischen Entscheidungsträger ernsthafte Bedenken, da die Mitgliedschaft in der EG den Griechen eine äußerst vorteilhafte Position in den türkisch-griechischen Konflikten bringen würde. Bozkurt bezeichnet diese Beitrittsanträge in seiner Monographie daher zu Recht als „neuen politischen Sprengstoff“ für die Türkei-EG-Beziehungen.⁴¹³ Der Beitritt würde es den Griechen absehbar ermöglichen, die Beziehungen der Türkei zur EG entsprechend ihren eigenen Nationalinteressen zu beeinflussen. Die türkischen Entscheidungsträger befürchteten außerdem die Minderung ihres politischen Stellenwertes in Europa.⁴¹⁴

In den 70er Jahren nahmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei aufgrund der Ölkrise rapide zu. Die ansteigenden Erdölpreise vergrößerten das türkische Handelsbilanzdefizit und hatten zu Folge, dass Arbeitslosigkeit und Inflation in der Türkei rapide anstiegen. Die neu an die Macht gekommene sozialdemokratische CHP-Regierung unter Premierminister Ecevit betrachtete die Assoziation der Türkei mit der EG im Rahmen eines neuen Konzepts der auswärtigen Beziehungen, nämlich des „multiplen Gleichgewichts in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen“⁴¹⁵, d.h. als ein Mittel zur Bildung einer stabileren Nationalwirtschaft und nahm im Grunde eine eher kritische Haltung gegenüber der Assoziation und der Integration der Türkei in die EG ein. Die CHP-Regierung und insbesondere Premierminister Ecevit waren der Ansicht, dass die im Assoziationsabkommen von Ankara vorgesehenen

⁴¹² Yeşilyurt, S. 47.

⁴¹³ Bozkurt, S. 46.

⁴¹⁴ Ibid.

⁴¹⁵ Tekeli & İlkin, S. 235.

und bis dato zum Teil verwirklichten Zollsenkungen⁴¹⁶ die sich in der Krise befindende türkische Wirtschaft negativ beeinflussten. Die Regierung beabsichtigte, die türkische Industrie durch die Verschiebung weiterer Zollsenkungen vor den europäischen Gütern zu schützen. Daher schlug die Regierung eine so genannte fünfjährige Immunitätsphase für die Türkei vor, während welcher der Zollabbau eingefroren werden sollte. Darüber hinaus forderte sie Zoll- und Kontingenzfreiheit für alle türkischen Industrieprodukte inklusive der Textilprodukte sowie die Gewährung der gleichen Handelsvorteile für türkische Agrarprodukte wie für die von Drittländern. Schließlich forderte die türkische Regierung die Gewährung der im Assoziationsabkommen und im Zusatzprotokoll vorgesehenen Freizügigkeiten sowie höherer Kredite für die Türkei.⁴¹⁷ Der EWG-Rat beschloss im Mai 1979, dem türkischen Wunsch, die Beziehungen für 5 Jahre einzufrieren, zu entsprechen, beabsichtigte jedoch für diesen Zeitraum die Handelsvorteile für türkische Agrarprodukte aufzuheben und die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer einzufrieren.⁴¹⁸ Die Thematik der Freizügigkeit sollte erst 1982, während der Überprüfung des Zusatzprotokolls von 1970, wieder an die Tagesordnung gebracht werden.⁴¹⁹ Die EWG stellte der Türkei darüber hinaus eine Finanzhilfe in Höhe von 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung.⁴²⁰

Zu dieser Zeit waren nicht zuletzt die türkischen Linken gegenüber der EWG skeptisch. Zahlreiche Vertreter der türkischen Öffentlichkeit maßen ihrem eigenen Land in der EWG lediglich eine Funktion als ein Markt bei, da sie annahmen, dass die Türkei nicht fähig wäre, angesichts ihrer relativ begrenzten Industrialisierung mit den Gütern der entwickelteren Volkswirtschaften der EWG zu konkurrieren. Diese Sichtweise fassten die türkischen Linken damals unter dem ironischen Motto zusammen „Sie sind gemeinsam und wir sind der Markt“ zusammenzufassen. Das mangelnde Selbstvertrauen der hauptsächlich linksgerichteten türkischen Eliten und oberen Gesellschaftsschichten sollte bis zur neuen außenwirtschaftlichen Orientierung der Regierung Özal die Geschwindigkeit der Heranführung der Türkei an die EWG/EG negativ beeinflussen.

⁴¹⁶ 1973 und 1976 erfüllte die Türkei die ersten beiden Zollsenkungen von je 10 %.

⁴¹⁷ Tekeli & İlkin, S. 223ff.

⁴¹⁸ Ibid. S. 234.

⁴¹⁹ Ibid.

⁴²⁰ Ibid. Yeşilyurt zufolge betrug die Summe dieser Finanzhilfe 75 Millionen US-Dollar. Sie gibt jedoch keine Quelle für diese Summe an. Yeşilyurt, S. 50.

1979 kam die Minderheitsregierung der AP von Süleyman Demirel an die Macht. Die neue Regierung von Demirel zog die Vorschläge seines Vorgängers zurück und vertrat die Position, trotz wirtschaftlicher Probleme das Assoziationsabkommen weiter auszubauen.⁴²¹ Diesen erneuten Wandel in der türkischen EG-Politik, insbesondere die Absicht der neuen Regierung, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen, fürchtete die EG-Seite.⁴²² Die neue Minderheitsregierung war jedoch auf die parlamentarische Unterstützung der islamistischen MSP von Erbakan und der ultranationalistischen MHP von Türkeş angewiesen, deren führende Politiker zu dieser Zeit eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG nicht befürworteten. Erbakan betrachtete eine Vollmitgliedschaft in der EG als Kolonialisierung der Türkei von christlichen europäischen Nationen und forderte daher lediglich den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur EG.⁴²³ Der Vorsitzende der ultranationalistischen MHP, Türkeş, betrachtete die EG in ähnlicher Weise wie Erbakan als ein neuer „Kreuzzug“ des Westens, der unbedingt gestoppt werden müsse.⁴²⁴ Die Übereinstimmung der türkischen Ultrarechten und der Sozialdemokraten in ihrer damaligen Euroskepsis war bemerkenswert. Zwar teilte der türkische Außenminister Erkmen (von der AP) den EG-Vertretern auf dem Treffen des Assoziationsrates die Haltung der neuen Regierung, d.h. letztlich der mitterechts-konservativen AP von Demirel zum Beitritt mit.⁴²⁵ Die EG-Staaten zweifelten jedoch – möglicherweise auch in Anbetracht der Machtlage der schwachen Minderheitsregierung von AP – an der Ernsthaftigkeit des politischen Willens der Regierung, den Beitrittsantrag tatsächlich zu stellen.⁴²⁶ Dennoch versuchte die Regierung Demirel, zunächst einen der größten Kritikpunkte der EG, die Binnenmarktorientierung der Türkei, durch ein umfangreiches Reformprogramm (24. Januar 1980) anzugehen,⁴²⁷ das eine weitgehende wirtschaftliche Öffnung der Wirtschaft des Landes nach außen ermöglichen sollte. Der Technokrat dieser makroökonomischen Reformen war Turgut Özal, der zukünftige Premierminister der mitterechts-konservativen ANAP-Regierung und der spätere Republikpräsident sowie der Hauptentschei-

⁴²¹ Ibid. S. 50.

⁴²² Tekeli & İlkin, S. 237.

⁴²³ Ibid. S. 238.

⁴²⁴ Ibid. S. 214.

⁴²⁵ Yeşilyurt, S. 51.

⁴²⁶ Ibid. S. 51f.

⁴²⁷ Ibid. S. 50.

dungsträger des türkischen Antrages für die Vollmitgliedschaft in der EG von 1987.

Am 12. September 1980 kam es aufgrund der zunehmenden anarchischen innenpolitischen und sozialen Lage im Land – die öffentlich zur Legitimation angeführten Gründe waren zunehmender Terrorismus, politischer Extremismus und Separatismus sowie die steigende Zahl politischer Morde – zum dritten militärischen Staatsstreich in der Geschichte der türkischen Republik. Der Anführer des Staatsstreiches war der amtierende Generalstabschef der türkischen Streitkräfte General Kenan Evren. Abgesehen von seinen verheerenden innenpolitischen Folgen sollte die Machtübernahme des Militärs die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG nachhaltig beeinträchtigen.⁴²⁸ Mit dem Staatsstreich wurde die parlamentarisch-demokratische Ordnung in der Türkei vorübergehend abgeschafft, die Gewerkschaften und politische Parteien sowie deren Jugend- und Frauenorganisationen geschlossen und verboten. Die militärische Führung verkündete den baldigen Rückkehr zur Demokratie und die Einhaltung außenpolitischer Verpflichtungen. Die Staaten der EG reagierten auf den Staatsstreich zunächst zurückhaltend und äußerten die Hoffnung, Wiederherstellung der demokratischen Ordnung einschließlich der Einhaltung der Menschenrechte würde, wie angekündigt, möglichst rasch erfolgen.⁴²⁹ Das Europäische Parlament teilte anfangs trotz immer zahlreichen Nachrichten über die Verfolgung der politischen Opposition und führender Gewerkschaftsvertreter diese Haltung.⁴³⁰ Doch die Stimmung sollte bald umschlagen. Am 10. April 1981 kritisierte das Europäische Parlament offen die noch immer anhaltende Lähmung der demokratischen Institutionen sowie die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei unter der militärischen Junta und drohte mit politischen und wirtschaftlichen Folgen.⁴³¹ Die EG-Kommission und das Europäische Parlament beschlossen, in Anbetracht der Verzögerung der Rückkehr zur demokratischen Grundordnung wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei zu verhängen. In diesem Zusammenhang sollte das Vierte Finanzprotokoll zwischen der EG und der Türkei eingefroren bleiben, solange keine Demokratisierungsschritte eingeleitet würden.

⁴²⁸ Für die Einzelheiten siehe Kapitel 3. Abschnitt 4. dieser Arbeit.

⁴²⁹ Vgl. Bourguignon, Roswitha: *The History of the Association Agreement between Turkey and the European Community*, in: Evin, Ahmet & Denton, Geoffrey (Hg.): *Turkey and the European Community*, Opladen 1990, S. 51-61; S. 61.

⁴³⁰ Yeşilyurt, S. 54-55.

⁴³¹ Siehe Europäische Gemeinschaften, AB1 der EG C 101 vom 4.5.1981, zitiert nach Yeşilyurt, S. 56.

Am 7. November 1982 wurde die neue türkische Verfassung, die von der so genannten Beratenden Versammlung entworfen worden war, durch eine Volksabstimmung in Verbindung mit der Wahl General Evrens zum Präsidenten mit über 90% der abgegebenen Stimmen angenommen. Doch diese neue Verfassung war weit von einem demokratischen Grundgesetz entfernt: sie beinhaltete zahlreiche Artikel und Bestimmungen, die im Hinblick auf die Wiederherstellung einer demokratischen Ordnung problematisch waren und daher auch von der EG und Europäischem Parlament zu Recht kritisiert wurden. Auf Ablehnung stießen vor allem das überbetonte Staatsschutzkonzept, der mangelnde Schutz der Grundrechte, die weitgehenden Regelungen zur Entpolitisierung des öffentlichen Lebens sowie die Übergangartikel zum vorübergehenden Politikverbot der frühen führenden Politiker.

1983 fanden die ersten Parlamentswahlen nach dem Staatsstreich von 1980 statt und die zentralrechte ANAP von Turgut Özal kam alleine an die Macht. Die Regierung von Özal bemühte sich um eine Normalisierung der nach dem Staatsstreich erheblich belasteten Beziehungen zwischen der Türkei und der EG. Mit der Wiedereinführung der demokratischen Ordnung entstand unter den in der Großen Nationalversammlung vertretenen und auch den außerparlamentarischen Parteien ein wachsender Konsens bezüglich der EG-Orientierung der Türkei. Auch der türkische Privatsektor und Unternehmen, die aufgrund der wirtschaftlichen Liberalisierung seit dem Beginn der 80er Jahre zunehmend exportorientiert handelten, befürworteten nun mehr und mehr eine auf die EG ausgerichtete türkische Außenpolitik. Die Wirtschaft drängte die Regierung, möglichst schnell den Beitritt des Landes zu beantragen.⁴³² Nicht zuletzt die traditionell europäisch orientierten Eliten des Landes unterstützten jetzt offen eine weitergehende Annäherung der Türkei an Europa. Abgesehen von den nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Vorteilen bedeutete die Mitgliedschaft der Türkei in der EG für sie zugleich eine Stabilisierung der Westorientierung, die kontinuierliche Modernisierung und die Einschränkung des negativen Einflusses des Militärregimes auf die türkische Demokratie nach dem Staatsstreich von 1980. Abgesehen von den islamistisch orientierten politischen Bewegungen befürworteten nun alle Parteien und Fraktionen die Mitgliedschaft des Landes in der EG.⁴³³

⁴³² Yeşilyurt, S. 68.

⁴³³ Öniş, Ziya: In Search of Identity, in: *The Middle East Journal*, 1995, S. 48-68; S. 53.

Am 14. April 1987 stellte die Türkei unter Hinweis auf Artikel 237 des EWG-Vertrages sowie auf Artikel 205 des EAG-Vertrags und Artikel 98 des EGKS-Vertrags den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG. Die belgische Präsidentschaft nahm den türkischen Antrag an und teilte mit, dass die EG den türkischen Beitrittsantrag ohne Diskriminierung behandeln werde. Diese Entscheidung wurde in der Türkei begrüßt. Nichtsdestotrotz war die EG aufgrund des unerwarteten türkischen Antrages in der Phase der Normalisierung der türkisch-europäischen Beziehungen überrascht. Infolge der fehlenden detaillierten Untersuchungen und Vorbereitungen wurde dem türkischen Beitrittsantrag zu diesem Zeitpunkt allerdings wenig Aussicht auf Erfolg gestellt, da die EG vor allem mit der Etablierung des Binnenmarktes sowie der Bewältigung der wirtschaftlichen Problemen der erst vor kurzem erfolgten Süderweiterung befasst war. Trotz der von den einzelnen EG-Staaten unterschiedlich begründeten, insgesamt jedoch einhelligen Ablehnung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschied der Ministerrat der EG, den türkischen Antrag an die Kommission weiterzuleiten. Es herrschte in der EG in der Tat eine äußerst negative Stimmung gegen den konkreten Schritt der Türkei für den Beitritt in die Gemeinschaft. Am 18. Dezember 1989 beschied die Kommission der EG den türkischen Antrag negativ, obwohl sie in ihrer Stellungnahme betonte, dass die Türkei im Prinzip geeignet für die Mitgliedschaft sei. Dies bedeutete, dass die Entscheidung der EG, zu diesem Zeitpunkt nicht mit den türkischen Beitrittsverhandlungen zu beginnen, nicht endgültig war. Die EG begründete ihre Ablehnung vor allem mit dem ökonomischen Gefälle zwischen der Türkei und den Mitgliedsstaaten, das kurzfristig nicht beseitigt werden könne. Als weitere Ablehnungsgründe nannte die Kommission den fehlenden Pluralismus, die ungenügende Achtung der Menschenrechte sowie der Rechte der Minderheiten und – als außenpolitisches Problem – den noch immer schwelenden Zypernkonflikt.⁴³⁴ Das heißt, es gab zwei wesentliche Bereiche, die zur Begründung der Ablehnung von Beitrittsverhandlungen angeführt wurden: Zum einen den Bereich der Wirtschaft, in dem die makroökonomischen Verhältnisse der Türkei nicht den Erwartungen der EG entsprachen; zum anderen den Bereich der Politik, in dem Probleme sich sowohl aus dem (innen)politischen System als auch aus der Außenpolitik ergaben.

⁴³⁴ Vgl. Bulletin der EG, 12-1989, Ziffer 2.2.37.

4.7. Die neue Ausgangslage der Türkei-EU-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

In den 90er Jahren fanden in Europa grundlegende politische und sicherheitspolitische Veränderungen statt. Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion gewann die EG, die sich zu einer politischen Union zu transformieren begann, zunehmend an Bedeutung. In den ehemaligen sozialistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die europaweite Integrationspolitik als ihr oberstes außenpolitisches Ziel definierten und sich größtenteils in Richtung EG/EU orientierten, begann ein schneller politischer und wirtschaftlicher Transformationsprozess hin zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Während die politische Entwicklung nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Zerfall des Warschauer Pakts der EG/EU neue Perspektiven eröffnete, hatte sie auf die westliche Verteidigungsallianz NATO eine komplett andere Wirkung. Die primäre Aufgabe der NATO bestand bisher in der sicherheitspolitischen und militärischen Positionierung gegen die sowjetische Bedrohung. Nach dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Ende des ideologischen Gegensatzes zwischen Ost und West verlor die Militärallianz ihre bisherige primäre Funktion und musste ihre Aufgaben entsprechend der veränderten Konstellation neu definieren.

Diese neue Konstellation hatte in Europa unter allen NATO- bzw. EG/EU-Staaten den stärksten Einfluss auf die Außenpolitik der Türkei. Bisher definierte die Türkei ihre Europazugehörigkeit sowie ihre politische und wirtschaftliche Bedeutung für Europa vor allem über ihre unverzichtbare sicherheitspolitische und militärische Rolle in der NATO. Das Land übernahm an der Südostflanke der NATO eine entscheidende Funktion zum militärischen Schutz Westeuropas, die von seinen westeuropäischen Partnern durchaus gewürdigt wurde. Es ist anzunehmen, dass ohne die besonderen Bedingungen des Kalten Krieges die Stellung der Türkei in Europa und ihre Möglichkeit zur Beteiligung am europäischen Integrationsprozess heute anders aussehen würde. In diesem Sinne hatte das Ende des Ost-West-Konflikts für die Türkei als Einzelstaat vergleichbare Folgen wie für die NATO als internationale Organisation. Die Türkei musste daher ihre Außen- und Sicherheitspolitik entsprechend den gewandelten internationalen Rahmenbedingungen neu definieren. Die betraf in besonderem Maße auch die Europapolitik der Tür-

kei. Die geographische Sonderstellung des Landes als Bindeglied zwischen den politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch relevanten Regionen, Südosteuropa, Kaukasus und dem Nahen Osten, eröffnete zwar für die auswärtige Politik der Türkei unterschiedliche Optionen und Orientierungsmöglichkeiten, doch die historische Westorientierung stellte eine politische Prädisposition dar. Andererseits brachte die geographische Lage des Landes an der Peripherie Europas auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da die ehemals sozialistischen mittel- und südosteuropäischen Staaten als neue Konkurrenten im Integrationsprozess auftraten und dem Kern Europas näher lagen. Darüber hinaus verfolgte die EG durch ihre Transformation zur Europäischen Union ein politisches, wirtschaftliches, sicherheitspolitisch und kulturelles Integrationsprojekt mit dem Ziel eines supranationalen föderalistischen Machtgebildes, das politisch wie wirtschaftlich einen Weltmachtstatus beanspruchte. Diese ehrgeizige Zielsetzung der EU bedeutete für die Türkei sowohl im Hinblick auf ihre abgenommene sicherheitspolitische Relevanz als auch auf ihre Lage an der Peripherie des europäischen Kontinentes einen politischen Rückschlag, zumal auch die abweichenden historischen, religiösen und kulturellen Wurzeln des Landes negativ auf seine Attraktivität als EU-Beitrittskandidat wirken mussten. Die Voraussetzungen hatten sich verändert, also musste in der Folge auch die Argumentation für den Einschluss der Türkei in die europäische Integration sich ändern. In diesem Zusammenhang nahmen die Entscheidungsträger der Türkei nun zunächst einmal die Zollunion mit der EU als ein realitätsnahes politisches Ziel im Sinne der Annäherung des Landes an die Union wahr.

4.7.1. Zollunion zwischen der Türkei und der EU

Die Europäische Zollunion kann als erster Schritt auf dem Weg zur Bildung eines europäischen Binnenmarktes bezeichnet werden. Sie sieht die Abschaffung der nationalen Zölle und die Einführung eines gemeinsamen europäischen Außenzolls vor. Die Europäische Zollunion unterscheidet sich damit von anderen regionalen Kooperationen wie der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), da im Falle der EU-Zollunion nicht nur die Zölle zwischen den Mitgliedsstaaten abgebaut werden, sondern auch

gegenüber den dritten Ländern ein für alle Mitgliedsstaaten verbindlicher Außenzoll erhoben wird.⁴³⁵

Die türkischen Entscheidungsträger sahen die Mitgliedschaft in der Europäischen Zollunion folglich als Maßnahme zur zwangsläufigen Intensivierung der Türkei-EU-Beziehungen und damit als eine wichtige Etappe im Prozess der türkischen Europaintegration mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft.

4.7.1.1. Entwicklungen bis zur Verwirklichung der Zollunion zwischen der Türkei und der EU

Nach der vorläufigen Ablehnung des türkischen Beitrittsgesuchs von 1987 im Dezember 1989 konzentrierten sich die Entscheidungsträger der Türkei, wie bereits erwähnt, aus realpolitischen Gründen auf die Verwirklichung der Zollunion mit der EU. Die Bildung der Zollunion war nicht nur eine Voraussetzung unter anderem für die weitere Integration, sondern der einzig übrig gebliebene Weg,⁴³⁶ um den Integrationsprozess nach dem negativen Bescheid der EG auf den Antrag von 1987 nicht zu unterbrechen. Die 1991 an die Macht gekommene Koalitionsregierung zwischen der konservativ-zentralrechten DYP von Süleyman Demirel und der sozialdemokratischen SHP von Erdal İnönü erklärte die umfassende Demokratisierung, den Sieg des Rechtsstaates über den Terrorismus sowie die Senkung der Inflationsrate von 70% auf um 10% zu primären Zielen der neuen Regierung.⁴³⁷ Die Integration der Türkei in die EU sollte laut Koalitionsprogramm außenpolitische Priorität haben. Dabei spielten einerseits die klassischen Motive der Europaorientierung im Zusammenhang der Europäisierung, andererseits wirtschaftliche und außenwirtschaftliche Gründe eine Rolle. Die neue Regierung unterzeichnete zunächst mit der EFTA ein Freihandelsabkommen,⁴³⁸ das den unbeschränkten Handel mit den EFTA-Staaten ermöglichte. Im Jahr 1992 nahm auch der Assoziationsrat seine Arbeit wieder auf, konzentrierte

⁴³⁵ Für die Einzelheiten siehe Thiel, Elke: Die Europäische Union, München 2001, S. 18-21.

⁴³⁶ Yeşilyurt, S. 126.

⁴³⁷ Buhbe, S. 134.

⁴³⁸ Tschani, Hanspeter: in: Strang, Mary & Redmond, Arlene (Hg.): Turkey and the European Community. A Forum Europe Conference, Brüssel 1991, S. 174f. Zitiert nach Yeşilyurt, Zuhâl: Die Türkei und die Europäische Union. Chancen und Grenzen der Integration, Diss. Bonn 1999, S. 128.

sich nun allerdings um den Ausbau der Beziehungen auf der Basis der angestrebten Zollunion.

Am 17. April 1993 starb der Präsident Turgut Özal unerwartet und der Ministerpräsident Süleyman Demirel wurde vom türkischen Parlament zum neuen Präsidenten der Türkei gewählt. Um den Posten des Parteivorsitzenden der DYP bewarben sich drei führende Abgeordnete der DYP, unter anderen die Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Tansu Çiller. Sie ging aus der Wahl auf dem eilig berufenen Parteitag der DYP als Siegerin hervor und gründete am 5. Juli 1993 eine neue Koalitionsregierung unter Beteiligung der sozialdemokratischen SHP von Erdal İnönü. Tansu Çiller wurde damit die erste Premierministerin der Türkei. Çiller warnte die EU gleich nach ihrer Amtsübernahme davor, die Türkei als Beitrittskandidaten zu diskriminieren oder gar abzuweisen, da dies die Gefahr einer zunehmenden Orientierung der türkischen Innen- und Außenpolitik in Richtung islamische Welt in sich bergen würde. In diesem Zusammenhang maß die Premierministerin Çiller der Entwicklung der türkisch-europäischen Beziehungen auf der Basis der Vollendung der Zollunion höchste Relevanz zu. Die türkischen Entscheidungsträger betrachteten die Vollendung der Zollunion als eine Etappe auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft. Die Regierungen der EU-Staaten hingegen, insbesondere die deutsche Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl, vermieden jedoch bewusst, der Türkei direkte positive Signale im Hinblick auf eine zukünftige Vollmitgliedschaft zu geben. Sie sahen in der gezielten Zollunion nicht eine Etappe im Integrationsprozess, sondern den Abschluss der wirtschaftlichen Annäherung der EU und Türkei. Entsprechend stand die Türkei nicht auf der seitens der EU auf dem Gipfel von Essen im Dezember 1994 veröffentlichten Liste von sechs ost-europäischen Staaten, die als offizielle Beitrittskandidaten anerkannt wurden und nach dem Jahr 2000 in die Union aufgenommen werden sollten. Die Türkei wurde lediglich im Zusammenhang mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der Mittelmeerpolitik erwähnt. Dies nährte die Zweifel der türkischen Seite an der Ernsthaftigkeit des politischen Willens der EU, die europäische Integration der Türkei voranzutreiben und minderte aus türkischer Sicht somit zugleich die Vorteile der Zollunion. Dennoch entschieden sich Premierministerin Çiller und ihr Koalitionspartner SHP den außenpolitischen Kurs mit dem Ziel der Zollunion nicht zu revidieren.

Während in der Türkei die Islamisten (RP) die Zollunion mit der EU kategorisch ablehnten, kritisierten auf EU-Seite vor allem die grünen und sozialistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP) Mängel

der Türkei im Bereich der Menschenrechte und Demokratie und drohten mit einer Aufkündigung der Zollunionspläne. Diese Haltung der europäischen Parlamentarier offenbarte erhebliche Widersprüche in der Verbindung wirtschaftlicher und politischer Forderung. Während von der Türkei einerseits die Erfüllung der politischen Kriterien der EU erwartet wurde, fanden andererseits die politischen Erwartungen der Türkei, d.h. die Perspektive der Vollmitgliedschaft in der EU, im Kontext der Zollunion keine Berücksichtigung. Für diese Diskrepanz gibt es verschiedene Erklärungen: Zum einen dürfte die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten über die Türkeipolitik der EU, d.h. über die zukünftige Form der Beziehungen – ob Vollmitgliedschaft oder im Rahmen einer weitgehenden Partnerschaft, jedoch ohne völlige Integration – eine Rolle gespielt haben. Zum anderen blieben die alten Perzeptionen des Ost-West-Konflikts, aus deren Perspektive die EG eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türken positiver betrachtete, weiter wirksam. Zudem zeigten die europäischen Forderungen an die türkische Politik durchaus Wirkung: Schließlich führte die Realisierung der von außen eingeforderten demokratischen Reformen zu konkreten Änderungen an 16 Artikeln der türkischen Verfassung sowie des umstrittenen Paragraphen 8 des türkischen Antiterrorgesetzes. Auf Seiten der Türkei wies Premierministerin Çiller weiterhin unermüdlich auf die Relevanz der türkischen Mitgliedschaft in der EU auch im Hinblick auf geostrategische Sicherheit und Stabilität an der Peripherie der EU hin. Çiller zufolge bestand für die türkische Demokratie mittel- und langfristige die Gefahr einer Machtexpansion der islamischen Fundamentalisten, sollte die EU der Türkei nicht die Tür öffnen. Eine solche Entwicklung könnte nicht im Sinne der Interessen der EU sein.⁴³⁹

*Fundamentalism is only going to be a threat if Turkey is left out of Europe. I think Europe needs Turkey if it does not want the forces of fundamentalism to move up to its borders.*⁴⁴⁰

Allerdings konnte auch die Politik Çillers keine Revision der europäischen Politik einer entpolitisierten Zollunion als Maximalangebot an die Türkei erreichen.

⁴³⁹ Siehe z.B. Buhbe, S. 156. Bahadır S. 33-40; S. 33f.

⁴⁴⁰ Turkey: The Customs Union with Europe. Rumbles in the east as the gate opens, in: Financial Times vom 22.1.1996, S. 26; Zitiert nach: Bahadır, S. 33.

Am 6. März 1995 erklärte der Assoziationsrat die 22jährige Übergangsperiode gemäß Artikel 2 des Abkommens von Ankara für abgeschlossen.⁴⁴¹ Am 23. Oktober 1995 entschied sich das Assoziierungskomitee, dem Assoziierungsrat mitzuteilen, dass die Türkei die erforderlichen gesetzlichen Änderungen, die als Voraussetzung der Verwirklichung der Zollunion seitens der EU gefordert worden waren, vorgenommen habe und damit die Bedingungen für das Funktionieren der Zollunion gegeben seien.⁴⁴² Der Assoziationsrat bestätigte am 30. Oktober 1995 infolge des positiven Berichts seinerseits die Erfüllung der Bedingungen zur Errichtung der Zollunion.⁴⁴³ Entsprechend ratifizierte das Europäische Parlament am 13. Dezember 1995 mit 343 gegen 149 Stimmen bei 36 Enthaltungen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Zollunion.⁴⁴⁴ Das Europäische Parlament hielt allerdings bestehende Forderungen nach einer weiterführenden Verfassungs- und Strafrechtsreform, einer Verbesserung der Menschenrechtssituation, politischen Lösungsansätzen in der Frage der Minderheiten sowie einem Ende der türkischen Militärpräsenz auf Nordzypern aufrecht, indem es eine diese Themen betreffende Erklärung abgab.⁴⁴⁵ Der Beitritt der Türkei zur Zollunion der EU war ein Meilenstein ihrer Integration in das europäische Wirtschaftssystem. Von ebenso Bedeutung ist jedoch – trotz aller Vorbehalte gegen eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei – der politische Aspekt des Beitritts zur Zollunion. Immerhin ist die Türkei bislang das einzige Land, das eine Zollunion mit der EU gebildet hat, ohne zuvor die Mitgliedschaft zu erwerben.⁴⁴⁶

4.7.1.2. Perzeptionen, Interessenslagen und vertragliche Grundlagen der Zollunion

Gemäß Artikel 23 Abs. 1 EVG ist die Zollunion die Grundlage der Gemeinschaft, erstreckt sich auf den gesamten Warenaustausch und be-

⁴⁴¹ Karluk, S. 187.

⁴⁴² Ibid. 201.

⁴⁴³ Bulletin der EU 10-1995, Ziffer 1.4.76. Siehe auch Ibid. S. 201.

⁴⁴⁴ Die Verteilung der Stimmen im Europäischen Parlament: Ja-Stimmen: Radikalen 9, Liberalen 34, Union für Europa 34, Christdemokraten 144, Sozialisten 110, Gruppe der Europäischen Nationen 2, Unabhängige 10; Nein-Stimmen: Radikalen 4, Liberalen 6, Extreme Linken 23, Extreme Rechte 12, Grünen 21, Union für Europa 4, Christdemokraten 12, Sozialisten 60, Gruppe der Europäischen Nationen 7. Für diese Daten siehe Ibid. S. 202.

⁴⁴⁵ Buhbe, S. 157.

⁴⁴⁶ Bahadır, S. 33.

steht aus dem Verbot von Ein- und Ausfuhrzöllen sowie Abgaben gleicher Wirkung sowie dem Gebot der Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs zwischen den Mitgliedstaaten der EWG/EG/EU und Drittstaaten.⁴⁴⁷

Die Zollunion war ohne Zweifel eine längst fällige Etappe in den Beziehungen der Türkei zur EWG/EG/EU auf dem Fundament des 1963 unterzeichneten Assoziationsabkommens von Ankara und des Zusatzprotokolls von 1970, das 1973 in Kraft trat. Wie bereits ausgeführt, sah das Abkommen von Ankara, das auf der Grundlage der Römischen Verträge basierte, eine schrittweise Integration der Türkei in den gemeinsamen Markt der EWG/EG vor. Das Abkommen von Ankara verband die drei Hauptphasen mit einem konkreten Zeitplan: Eine 5 bis 10 Jahre währende Vorbereitungsphase, eine 12jährige Übergangsphase und anschließend die Endphase, die frühestens nach 17 und höchstens nach 22 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens von Ankara beginnen sollte.

Zweck dieser vorgeschriebenen Etappen war die Förderung der Anpassung der Türkei an europäische Marktkonditionen sowie die stufenweise Bildung der Zollunion. Die Türkei sollte in diesem vorgesehenen Zeitraum ihre Wirtschaftspolitik an die der EWG annähern.⁴⁴⁸ Gemäß dem Abkommen von Ankara hatte die Türkei wie jedes andere europäische Land das Recht, im Falle der Vollendung ihrer Anpassung die Vollmitgliedschaft zu beantragen, wobei der Gemeinschaft die Möglichkeit blieb, den Beitritt der Türkei erneut zu prüfen. Die Türkei besaß also keinen Anspruch auf einen nach dem Abschluss des Vorbereitungsprozesses automatisch zu erfolgenden Beitritt zur Gemeinschaft. Dennoch implizierte das Abkommen von Ankara die Möglichkeit der Vollmitgliedschaft. Es handelte und handelt sich also bei der Frage nach dem Ja oder Nein zum Beitritt der Türkei in die EU um eine politische Entscheidung, nichts anders wie bei anderen europäischen Staaten.

Das Zusatzprotokoll von 1970 sah darüber hinaus den schrittweisen Abbau aller gegenseitigen Zölle innerhalb eines Zeitraumes von 12 bis 22 Jahren vor, der schließlich zum 1. Januar 1995 in die Zollunion zwischen der Gemeinschaft und der Türkei münden würde. Die erzielte Zollunion sollte entsprechend dem Abkommen von Ankara und dem Zusatzprotokoll von 1970 (Artikel 36, 37, 38, 39 des Zusatzprotokolls betreffen die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer, Artikel 41 des Zusatzprotokolls betrifft das Niederlassungsrecht von Personen) den gesamten freien

⁴⁴⁷ Streinz, S. 260.

⁴⁴⁸ Für die Einzelheiten siehe Tekeli & İlkin, S. 194ff.; Vardar, S. 124f.

Warenaustausch, die Beseitigung aller Importbeschränkungen, den gewerblichem Warenverkehr, die Landwirtschaft und den Handel mit Agrarprodukten, die Ermöglichung der Niederlassungsfreiheit, den freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie Regeln zur schrittweisen Herstellung der Freizügigkeit Arbeitskräfte umfassen.⁴⁴⁹

Im Vergleich zu diesem im Assoziationsabkommen von Ankara und vom Zusatzprotokoll von 1970 festgeschriebenen Dokument ist die 1995 eingerichtete Zollunion zwischen der Türkei und der EU erheblich eingeschränkt. Der wesentlichste Unterschied besteht im divergierenden Geist der beiden Konzepte. War der Entwurf der Zollunion von 1963 und 1970 noch als Vorstufe einer Vollmitgliedschaft konzipiert worden und hatte dementsprechende Bestimmungen enthalten, so ist die 1995 bestätigte und 1996 in Kraft getretene heutige Zollunion eine stark reduzierte Version der ursprünglichen Vorstellungen und Zielsetzungen. Offensichtlich hatten die europäischen Entscheidungsträger zwar ein Interesse daran, die Türkei an Europa zu binden, doch vermieden sie tunlichst, dem Land die Mitgliedschaft in der EU zu versprechen.⁴⁵⁰ Mit dieser Politik hofften die EU-Staaten, die pro-europäischen Kräfte der Türkei gegen islamistische und nationalistische Tendenzen im Land zu unterstützen und den eigenen Einfluss auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei aufrecht zu erhalten. Sie realisierten durchaus, dass die Annäherung der Türkei an Europa gerade auch im Fall des Beitritts zur Zollunion für die herrschenden türkischen Politiker im Hinblick auf die Stärkung einer europäischen Identität der Türkei wichtig war. Der niederländische Außenminister Van Mierlo betonte beispielsweise während der Tagung des Assoziationsrates EG-Türkei aus Anlass des Beitritts der Türkei zur Zollunion die Dimension dieses Integrationsschnittes im Hinblick auf die Bestätigung der europäischen Identität der Türkei.⁴⁵¹ Selbst wenn die EU die Türkei nicht als Vollmitglied aufnehmen würde,

⁴⁴⁹ Bozkurt, S. 13. Siehe auch 1963 Türkiye ile AET Ortaklık Anlaşması, Ekleri ve Ortaklık Konseyi İçtüzüğü, in: Soysal, İsmail: Türkiye'nin Uluslararası Siyasal Bağlıları Bd. 2 (1945-1990), Kesim A Çok Taraflı Bağlılar, Ankara 1991, S. 661-682; und Türkiye ile Avrupa Ekonomik Topluluğu Arasında Katma Protokol Mali Protokol ve Kömür ve Çelik Avrupa Topluluğu Yetki Alanına Giren Ürünlere İlişkin Anlaşma, in: Soysal, İsmail: Türkiye'nin Uluslararası Siyasal Bağlıları Bd. 2 (1945-1990), Kesim A Çok Taraflı Bağlılar, Ankara 1991, S. 685-718.

⁴⁵⁰ Axt, Heinz-Jürgen: Konflikttriade im östlichen Mittelmeer. Die Türkei, Griechenland und Zypern, in: Internationale Politik, 51/2 (1996), S.33.38; S.36.

⁴⁵¹ Bulletin EU 4-1997, Mittelmeerländer und Länder des Nahen und Mittleren Ostens (12/21), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9704/p104074.htm>.

sollte sich mit der Türkei ein wirtschaftlich und politisch verwandtes, pro-europäisches Land an der Peripherie der EU befinden.

Andererseits nahmen die türkischen Entscheidungsträger die Zollunion weiterhin als eine Vorstufe der türkischen Vollmitgliedschaft wahr⁴⁵² – eine Sichtweise, welche sowohl die türkischen Medien, als auch die türkische Öffentlichkeit teilte. Dabei spielten innenpolitische Gründe eine große Rolle. Vor allem die damals amtierende Premierministerin Çiller nutzte die Zollunion als programmatisches Thema ihrer Partei, indem sie die Integration des Landes in die EU als ihr primäres politisches Ziel definierte und die Zollunion als Zwischenerfolg wertete. Ähnlich verhielt sich der damalige Koalitionspartner SHP. Es ist anzunehmen, dass die europäischen Regierungen um diese innenpolitische Konditionierung der türkischen Entscheidungsträger wussten. Çillers Regierungskoalition war ganz offensichtlich nicht in der Lage, eine reduzierte Form der Zollunion abzulehnen und auf die Verwirklichung einer Zollunion gemäß dem Abkommen von Ankara zu bestehen, denn sie brauchte dringend einen politischen Erfolg zur Legitimation und Fortsetzung ihrer pro-europäischen Politik im eigenen Land. Das neue Zollunionsabkommen von 1995 löste in der Realität das Zusatzprotokoll von 1970 zum Assoziationsabkommen von Ankara (1963) hinsichtlich der Bestimmungen über die Zollunion schlicht ab.⁴⁵³ Mit der Reduzierung des ursprünglichen Konzepts der Zollunion wurde die Aufgabe ihres Etappencharakters auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft von den türkischen Entscheidungsträgern nolens-volens hingenommen.

Die aktuelle Zollunion umfasst den freien Warenverkehr zwischen der Türkei und EU, die Annahme des Außenzolltarifs der EU und der Handelspolitik der Union durch die Türkei sowie die Angleichung der türkischen Rechtsvorschriften insbesondere zum Wettbewerb und zum Schutz des geistigen, gewerblichen und kommerziellen Eigentums an die Normen der EU.⁴⁵⁴ Abgesehen von einigen Übergangsregelungen und Ausnahmeklauseln ist die türkische Wirtschaft mit der Verwirklichung der Zollunion in den europäischen Wirtschaftsraum integriert.⁴⁵⁵ Durch die Entscheidung, der Zollunion der EU beizutreten, akzeptierten die türkischen Entscheidungsträger die faktische Übertragung einzelner Souveränitätsrechte der Türkei, unter anderem im Hinblick auf den EU-Außenzolltarifs sowie die EU-Handelspolitik, an die EU, obwohl die

⁴⁵² Siehe hierzu Bahadır, S. 35.

⁴⁵³ Yeşilyurt, S. 137.

⁴⁵⁴ Bahadır, S. 35.

⁴⁵⁵ Bahadır, S. 35.

Türkei aufgrund ihres Status an den Entscheidungsmechanismen der EU nicht teilnehmen kann. Dieses politische und rechtliche Ungleichgewicht, das in der türkischen Politik und Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen wird, birgt freilich das innenpolitische Risiko antieuropäischer Revisionsgelüste. Langfristig kann daher absehbar nur eine auch politische Integration der Türkei in die EU ihre Rolle als Teil der europäischen Staatengemeinschaft, ihres Wirtschaftssystems und ihrer Kultur sichern.

4.7.2. Europäische Perzeptionen als Problemfeld der türkischen EU-Integration: Frage der Europazugehörigkeit der Türkei

Ist die Türkei ein europäisches Land? Sollte sie in die Europäische Union aufgenommen werden? Gibt es so etwas wie die „natürlichen Grenzen“ des europäischen Kontinentes? Ist die EU mit dem europäischen Kontinent gleichzusetzen? Wo enden die „natürlichen Grenzen“ der EU? Was ist die gemeinsame europäische Identität und gehören die Türken dazu? Ist die EU ein christlicher Staatenbund? Soll das Christentum eine der Säulen der entstehenden Identität in der EU sein? Solche Fragen, die während des Ost-West-Konfliktes in den türkisch-europäischen Beziehungen kaum eine Rolle spielten, beschäftigten seit den 90er Jahren zahlreiche europäische und türkische Entscheidungsträger und Vordenker. Seitdem die europäische Staatengemeinschaft nicht länger nur als eine wirtschaftliche und politische Kooperationsform, sondern auch als ein kulturelles Integrationsprojekt begriffen wird, sind solche Fragen unvermeidlich geworden. Nach der Anerkennung der Türkei als offizieller EU-Beitrittskandidat und zukünftiges Mitglied der EU realisierten die türkischen Regierungen eine rasche und umfassende Systemtransformation, um die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllen zu können. Die bevorstehende Aufnahme der Beitrittsverhandlungen möglicherweise noch im Jahr 2004 und somit die unvermeidbare Konkretisierung der türkischen Mitgliedschaft in der EU mobilisieren die Gegner der türkischen Mitgliedschaft. Eine Analyse der Türkei-Perzeptionen der europäischen Eliten kann daher zum Verständnis und zur Akzeptanz des Integrationsprozesses zweifelsohne beitragen.

Wie bereits angedeutet, entwickelten insbesondere seit den 90er Jahren zahlreiche politische Entscheidungsträger und einflussreiche Eliten in verschiedenen EU-Ländern – vor allem auch in Deutschland, das über eine führende Machtposition in der EU verfügt – eine zunehmende Ab-

neigung gegen eine türkische Vollmitgliedschaft in der Union. Im Mittelpunkt stehen dabei die periphere geographische Lage der Türkei in Europa sowie kulturelle und geschichtliche Unterschiede der türkischen Gesellschaft im Vergleich mit anderen europäischen Völkern, die in der Grundsatzfrage nach der Europazugehörigkeit der Türkei zusammengefasst werden können. Aus Sicht der Kritiker einer türkischen EU-Mitgliedschaft sollte die Türkei nicht in die Gemeinschaft aufgenommen werden, da sie erstens geographisch gesehen kein europäisches Land sei, zweitens historisch betrachtet nicht als ein Teil der europäischen Geschichte bezeichnet werden könne und drittens aufgrund ihrer islamisch geprägten Kultur nicht zum europäischen Kulturkreis zähle, wobei die europäische Kultur hier letztlich mit dem Christentum identisch wahrgenommen wird.

Obwohl derartige Perzeptionen nicht die offizielle Politik der EU gegenüber der Türkei bestimmen, sind sie im Hinblick auf die EU-Türkei-Beziehungen keinesfalls als marginal und unbedeutend zu bezeichnen, denn sie charakterisieren und beeinflussten zugleich die politische Meinungsbildung bezüglich der Türkei in den EU-Staaten und dementsprechend auch die Türkei-EU-Beziehungen. Daher soll im Folgenden näher auf das Türkei-Bild der europäischen Entscheidungsträger und Eliten eingegangen werden.

Die nur partielle geographische Zugehörigkeit der Türkei zum europäischen Kontinent ist eines der Hauptargumente der Türkeiskeptiker in der Europäischen Union, die gegen eine EU-Mitgliedschaft des Landes anführen, dass lediglich ein kleiner Teil des türkischen Staatsgebiets in Europa liege und die Türkei geographisch daher dem Nahen Osten zuzuordnen sei. In der Tat verfügt die Türkei über Territorien sowohl in Europa als auch in Asien. Die Meinungen gehen jedoch darüber auseinander, welche türkischen Gebiete Europa und welche Asien zugeordnet werden sollen. Diese Frage überschneidet sich mit der aktuellen, über die Türkei hinausweisenden Diskussion darüber, wo die östlichen Grenzen Europas liegen und wie weit die Europäische Union letztlich ausgedehnt werden sollte.

Das Staatsgebiet der Türkei umfasst eine Fläche von 780 576 km². Davon liegen 23 721 km² nordwestlich der türkischen Meerengen, welche unter geographischen Gesichtspunkten gemeinhin als Grenze des europäischen Kontinents bezeichnet werden.⁴⁵⁶ Dieser als europäisch geltende Teil des Landes, d.h. als die Ostthrakien bezeichneten Territo-

⁴⁵⁶ Hütteroth, Wolf-Dieter: Türkei, Darmstadt 1982, S. 18.

rien einschließlich der türkischen Millionenmetropole Istanbul, macht weniger als 5% des türkischen Staatsterritoriums aus, beherbergt jedoch mit einer Bevölkerung von rund 20 Millionen ca. ein Drittel der türkischen Gesamtbevölkerung. Die Türkei ist im Nordwesten mit Griechenland und Bulgarien und im Osten und Südosten mit Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak und Syrien verbunden und infolge dieser geographischen Lage sowohl ein Teil Europas als auch der benachbarten kaukasischen und nahöstlichen Regionen.

Die östlichen Grenzen Europas sind, wie bereits angemerkt, infolge der fehlenden natürlichen Grenze zu Asien schwer zu bestimmen. Einige Fachleute bezeichnen Europa daher als einen Subkontinent ähnlich wie Indien oder Ostasien.⁴⁵⁷ Diese Urteile hängen zwangsläufig mit historischen, kulturellen und sozialen Faktoren und entsprechenden Perzeptionen zusammen. Wallace schreibt dazu:

*As long as the Soviet Union drew the line between Eastern and Western Europe, the question of Europe's institutional limits was containable.*⁴⁵⁸

Zumindest im politischen Sinne wurde diese Ansicht weitgehend akzeptiert. Erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion wurde die Thematik der zukünftigen geographischen Ostgrenzen der Europäischen Union auf die Tagesordnung gebracht. Insbesondere die Stellung der anatolischen Halbinsel als einer Landbrücke zwischen Europa und Asien erweist sich seitdem im Hinblick auf die geographische Definition Europas als problematisch. Anatolien wird auch in der politikwissenschaftlichen Literatur im geographischen Sinne generell nicht als ein Bestandteil Europas, sondern als ein Teil Asiens bezeichnet, obwohl die Türkei sowohl im völkerrechtlichen wie im politischen Sinne mit ihrem gesamten Staatsgebiet als ein europäischer Staat anerkannt ist.

⁴⁵⁷ Siehe z.B. Louis, Herbert: Die Stellung Anatoliens am Rande Europas, in: Die Türkei in Europa. Beiträge des Südosteuropa-Arbeitskreises der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum IV. Internationalen Südosteuropa-Kongress der Association Internationale d'Études du Sud-Est-Européen, Ankara 13.-18.8.1979, Göttingen 1979, S. 11-19; S. 11.

⁴⁵⁸ Wallace, William: From Twelve to Twenty Four? The Challenges to the EC Posed by the Revolutions in Eastern Europe, in: Crouch, Colin & Marquand, David (Hg.): Towards Greater Europe? A Continent without an Iron Curtain, Kent 1992, S. 34-51; S. 40.

Gegen die häufig als allgemein verbindlich wahrgenommene Zuordnung Anatoliens zu Westasien wenden sich allerdings verschiedene Wissenschaftler in ihren Ausführungen. So diskutiert Louis die Schwierigkeiten der Grenzziehung im Fall Anatoliens und tendiert dazu, die anatolische Halbinsel nicht als Teil Asiens, sondern eher des europäischen Kontinents zu bezeichnen:

Mit Ostthrakien greift die Türkei von der Voranatolischen Halbinsel über den Bosphorus nach Westen auf die Balkanhalbinsel über. Im Bosphorus und den Dardanellen wird nach dem seit der Antike überlieferten Herkommen gewöhnlich ohne weiteres Nachdenken die Grenze zwischen Europa und Asien angenommen. Diese Unterscheidung hat aber ursprünglich nur begrenzt örtliche Bedeutung gehabt. Seither sind die Begriffe Europa und Asien mit stark verlagerten Inhaltsschwerpunkten angewachsen. Danach ist die beste Grenzziehung weder physisch-geographisch noch kultur-geographisch mehr sinnvoll. ... Sicher ist jedenfalls, dass die Meerengen weder naturgeographisch noch kultur-geographisch eine Grenze von mehr als enger örtlicher Bedeutung darstellen.⁴⁵⁹

Louis Definition nach gehören im geographischen Sinne nicht nur die Gebiete in Thrakien, sondern auch der größte Teil der anatolischen Halbinsel zu Europa. Eine solche Sichtweise wird auch durch die geographische Zugehörigkeit der Mittelmeerinsel Zypern zu Europa gestützt, die im Mai 2004 in die EU aufgenommen wurde. In der Tat wurde die Zugehörigkeit Zyperns zu Europa zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt. Ähnlich äußert auch Hütteroth die Ansicht, dass die Ausgrenzung Anatoliens sowohl geographisch als auch kultur-geographisch „nichssagend“ sei.⁴⁶⁰ Er begründet die Europazugehörigkeit der Türkei anhand des dem europäischen Muster entsprechenden Besiedlungstypus und kommt zur Schlussfolgerung: „In diesem kultur-geographischen Sinne gehört die Türkei also sicher zu Europa“.⁴⁶¹

Freilich finden sich in der wissenschaftlichen Literatur auch andere Perspektiven auf die kultur-geographische Klassifizierung Anatoliens. Huntington zufolge spielen kulturelle und insbesondere religiöse Kom-

⁴⁵⁹ Louis, S. 11-19.

⁴⁶⁰ Hütteroth, S. 24.

⁴⁶¹ Ibid.

ponenten bei der Definition der Grenzen Europas die bestimmende Rolle. Er ist der Meinung, dass Europa dort aufhöre, wo das westliche Christentum aufhörte und christliche Orthodoxie und der Islam begännen.⁴⁶² Dieser umstrittenen Definition zufolge wird der gesamte südöstliche Teil Europas, vor allem die Balkanhalbinsel einschließlich der Türkei, vom europäischen Kontinent ausgeschlossen. Diese radikale religiöse Grenzziehung entspricht zwar nicht der realen politischen Situation, ist aber in der politischen Praxis nicht gänzlich unbedeutend. Immerhin verbinden viele Konservative, in der Regel christdemokratische Politiker in den EU-Staaten, vor allem in Deutschland und Frankreich, die Frage der Grenzziehung mit der kulturgeographischen Bedeutung des Christentums und argumentieren auf der Basis der nicht-christlichen religiösen Identität der Türkei gegen ihre geographische Zugehörigkeit zu Europa. Doch betrachten sie anders als Huntington, das Christentum ohne konfessionelle Unterscheidung als den einheitlichen Kern des europäischen Kulturkreises.

Die ersten Hinweise auf die kulturellen Unterschiede der Türkei als Argument gegen die zukünftige EU-Mitgliedschaft des Landes können bis zum Beginn der 90er Jahre zurückverfolgt werden. So berichtete zum Beispiel Raymond Dury, Mitglied des Europäischen Parlaments, im Jahr 1992 über die kulturellen Unterschiede der Türkei im Vergleich mit anderen Staaten der EU und kam zum Schluss, dass die kulturelle Identität der Türkei von jener der Gemeinschaft abweicht.⁴⁶³ Im März 1997 erklärten die im Europaparlament zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossenen christlich-demokratischen Politiker der EU, unter ihnen auch der damals amtierende deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem Gipfel der Europäischen Volkspartei (EVP) in Brüssel, dass die Türkei weder kurz- noch langfristig ein Beitrittskandidat für die EU sei, da sie als islamisches Land über andere kulturelle Werte verfüge und daher nicht zur europäischen Zivilisation passe.⁴⁶⁴ Kohl sprach dabei von „unübersteigbaren kulturellen und religiösen Schranken“ und sprach sich für eine eindeutige Absage an die türkische Kandidatur aus.⁴⁶⁵ Die Europäische Volkspartei verkündete unmissverständlich, dass

⁴⁶² Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, München 1997, S. 252.

⁴⁶³ Tageszeitung Milliyet vom 15. Januar 1992.

⁴⁶⁴ Vgl. Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vom 22.3.1997, zitiert nach Gür, Gürsel: Das Türkei-Bild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen, Münster/Frankfurt am Main 1998, S. 124.

⁴⁶⁵ Sommer, Theo: Europa ist kein Christen-Club, in: Die Zeit, Nr. 12 vom 14.3.1997, zitiert nach Krämer, Raimund: Zwischen Kooperation und Abgrenzung. Die Ost-

die EU ein zivilisatorisches Projekt sei und die Türkei in Europa keinen Platz habe.⁴⁶⁶ Europa wird also in diesem Zusammenhang nicht nur als eine supranationale Organisation oder geographische Größe begriffen, sondern vielmehr als eine kulturgeographische Landschaft wahrgenommen, die EU entsprechend als christlich bestimmte Identität definiert.⁴⁶⁷

Andere vertreten eine vermittelnde Position, indem sie die Türkei zwar im geographischen und kulturellen Sinne als ein auch europäisches Land bezeichnen, das aber gleichzeitig Bestandteil anderer Regionen und Kulturkreise sei. Mit dieser Argumentation spricht sich unter anderem der deutsche CDU-Politiker Wolfgang Schäuble gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus:

Es kann zu Europa nur gehören, wer zu Europa gehört. ... Sie [die Türkei] ist auch europäisch, aber nicht nur. ... Es stört mich, dass jedes EU-Mitgliedsland der Türkei sagt, wir wollen, dass ihr Mitglied werdet. Aber niemand will es.⁴⁶⁸

Auch Vertreter der Liberalen in Deutschland betrachten die Türkei nicht als geschlossenen europäischen Staat und schließen sie daher grundsätzlich als Beitrittskandidat aus.⁴⁶⁹ Krämer zufolge sei der „Raum Europa“ keinesfalls grenzenlos. Er stellt die Frage, ob ein politischer Raum ohne äußere Grenzen überhaupt wünschenswert sei. Seiner Meinung nach seien Grenzen für die Identität der Europäer nötig. Die Türkei liegt nach Krämer allerdings nicht innerhalb der Grenzen Europas:

Mit Griechenland besteht nun auch eine direkte Grenze zur Türkei und damit, trotz des weltlichen Charakters dieses Staates und seiner NATO-Mitgliedschaft, auch zur islamischen Welt. Zwar haben Marokko und die Türkei im Jahre

grenzen der Europäischen Union, in: Welt Trends, Nr. 22, Frühjahr 1999, S. 9-26; S. 15.

⁴⁶⁶ Nuttall, Chris & Traynor, Ian: Kohl tries to cool row with Ankara, The Guardian vom 7.3.1997, zit. nach Müftüler-Baç, Meltem: Türkiye ve AB. Soğuk Savaş Sonrası İlişkiler, İstanbul 2001, S. 61.

⁴⁶⁷ Huntington, S. 27f.

⁴⁶⁸ General-Anzeiger vom 30.1.1995, zitiert nach Gür, S. 124.

⁴⁶⁹ Exklusiv-Dienst Bonn vom 15.4.1992, zitiert nach Gür, S. 124.

1987 auch Beitrittsanträge gestellt, jedoch tendieren deren Chancen gleich null.⁴⁷⁰

Doch solche Ansichten sind – genauso wie die Huntingtonische Grenzziehung – problematisch, da doch einer Reihe muslimisch oder zumindest teilweise muslimisch geprägter Staaten wie Albanien, Bosnien, Zypern, Griechenland, Mazedonien oder Bulgarien zu Europa gezählt werden und große muslimische Minderheiten in vielen europäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien leben. Wallace weist in diesem Zusammenhang unabhängig von einer historisch begründeten Rechtfertigung der christlichen Identität Europas auf die Gefahren einer solchen Definition hin:

There are immense dangers defining ‚Europe as Christian, in implicit contradistinction to the Muslim world: though there is considerable popular appeal in doing so, and good historical justification as well.⁴⁷¹

Der Gegensatz von Christentum und Islam ist in der Diskussion um die kulturelle Identität der Türkei die argumentative Hauptquelle der Kritiker, denen zufolge dem Christentum die wesentliche identitätsstiftende Rolle in einem vereinten Europa unterschiedlicher Kulturen zukomme. Arnold bezeichnet die Europazugehörigkeit der Türkei als ein Kunstgebilde:

Es ist aus den Bedingungen des Kalten Krieges entstanden, in dem die Türkei aus Gründen der militärischen Geographie von Anfang an ein wichtiger Teil des westlichen Verteidigungsaufbaus war. Hinzu kamen europäische und türkische wirtschaftliche Interessen. Die Vorstellung von einer

⁴⁷⁰ Krämer ignoriert die Unterschiede der vertraglichen Grundlagen zwischen der Türkei und Marokko. Gemäß dem Vertrag von Ankara ist die Türkei im Rahmen des Europarechts und aus anderen völkerrechtlichen Gesichtspunkten ein europäisches Land und hat wie jedes europäisches Land das Recht, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen. Bezüglich dieses Charakters ihres Antrages ist es angebrachter, die Türkei-EU-Beziehungen eher mit Griechenland-EU-Beziehungen zu vergleichen. Siehe Krämer, S. 15.

⁴⁷¹ Wallace, William: From Twelve to Twenty Four? The Challenges to the EC Posed by the Revolutions in Eastern Europe, in: Crouch, Colin & Marquand, David (Hg.): Towards Greater Europe? A Continent without an Iron Curtain, Kent 1992, S. 34-51; S. 40f.

*Zugehörigkeit der Türkei zu Europa entstand allein auf dieser Grundlage. Ansonsten gibt es keinen ernsthaften Grund für die Annahme, die islamische und sich seit der europäischen Wende naturgemäß immer stärker auf den Mittleren Osten und auf die asiatischen Turkvölker orientierende Türkei sei ein Teil Europas.*⁴⁷²

Diese Ansicht betrifft eine der zentralen Fragestellungen dieser Arbeit, nämlich ob die Türkei durch ihre Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre traditionelle West- bzw. Europaorientierung aufzugeben beabsichtigt, oder vielmehr versucht, sich an die neuen Rahmenbedingungen der Welt- und Regionalpolitik anzupassen und zugleich die Integrationspolitik mit Europa fortzuführen. Auch Huntington weist auf dieses Dilemma hin und bezeichnet die Türkei als ein im kulturellen Sinne zerrissenes Land, dessen Eliten versuchten, es zu einem Staat westlicher Prägung zu machen – ohne dabei auf die Sympathie Europas zu stoßen – obwohl die Türkei ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen nach ein nicht westliches Land sei.⁴⁷³ Allerdings ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die außenpolitische Westorientierung der Türkei keinesfalls ausschließlich Folge der Bedingungen des Ost-West-Konflikts war, wie Arnold es darstellt, sondern ihre Wurzeln in der seit Jahrhunderten kontinuierlich andauernden türkischen Europäisierung und Modernisierung hat, die nicht nur die türkische Außenpolitik bestimmten, sondern längst auch die landesspezifische Kultur, den heterogenen und liberalen türkischen Islam sowie das säkulare und demokratische System des Landes. Die Europaorientierung der Türkei begann lange vor der Paraphierung der Römischen Verträge. Wie Steinbach feststellt, realisierten die Türken eine demokratisch fundierte Grundordnung aufgrund ihrer eigenen Entscheidung:

[D]ie Türkei [ist] ein demokratisches Land. Und zwar nicht, weil Demokratie von außen der Türkei oktroyiert wurde, sondern weil sie selbst die Demokratie als Staatsform wählte

⁴⁷² Arnold, Hans: Europa am Ende? Die Auflösung von EG und NATO, München 1993, S. 31.

⁴⁷³ Huntington, S. 42ff.

*und bis heute eine Demokratie ist. Diese Demokratie beruht auf der Basis des Prinzips des Säkularismus.*⁴⁷⁴

Dennoch ist die Einschätzung Arnolds von Relevanz. Möglicherweise differenzierten sich die türkischen und westlichen Beweggründe nachgerade im Prozess der Annäherung beider Seiten: Tatsächlich nahmen die Europäer die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa größtenteils im funktionellen Sinne wahr, d.h. sie schufen eine „militärische Geographie“ Europas entsprechend ihren sicherheitspolitischen Interessen, in der die Türkei aufgrund ihres damaligen sicherheitspolitischen Stellenwertes als ein Teil Europas akzeptiert wurde. Obwohl die Türkei in ihrer Politik der Westorientierung ebenfalls primär ihre sicherheitspolitischen Interessen im Ost-West-Konflikt berücksichtigte, spielten zugleich tiefergehende traditionelle Beweggründe eine wichtige Rolle. Für die türkischen Entscheidungsträger und Eliten war der Westen, mit dem in der Türkei meistens Europa assoziiert wird, mehr als ein Bündnispartner. Er war infolge der geographischen Nachbarschaft zwangsläufig eine politische, kulturelle und technologische Macht, mit der die Türkei und die türkischen Eliten sich verglichen. Dieser Interaktionsprozess begann bereits vor Jahrhunderten. Europa repräsentierte in der türkischen Wahrnehmung die zeitgenössische Zivilisation, der die Türken sich zugehörig fühlten. Europa war und ist also für die Türken nicht nur im sicherheitspolitischen Sinne, sondern auch kulturell, politisch und wirtschaftlich ein Anziehungszentrum. Berücksichtigt man den Zeitraum, in dem die Türken sich kulturell nach Europa orientieren, scheint auch die Huntingtonische Hypothese einer klaren kulturellen Divergenz nicht allzu plausibel zu sein. Selbst in ländlichen Gebieten der Türkei ist heute längst eine Synthese der okzidentalen und orientalen Kultur und Lebensweise festzustellen. Europäische und islamische Elemente gehen in der türkischen Kultur eine Verbindung ein, in der europäische Elemente eine gleichermaßen identitätsstiftende Rolle spielen wie der türkische Nationalismus und die islamische Religion.

Es kann also im Fall der Türkei nicht von einer homogenen islamischen Kultur ausgegangen werden.⁴⁷⁵ Vielmehr ist nicht zuletzt im Be-

⁴⁷⁴ Steinbach, Udo: Demokratie auf der Basis der Säkularisierung als Experiment, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Herausforderung Mittelmeer: Aufgaben, Ziele und Strategien europäischer Politik. Vorträge, Debatten und Dokumente der internationalen Konferenz in Barcelona, 7.-8. Oktober 1991, Gütersloh 1992, S. 161-164; S. 162.

⁴⁷⁵ An dieser Stelle soll die Frage gestellt werden, ob es einen homogenen Islam überhaupt gibt. Beispielsweise geht die Religionssoziologie von einem pluralen Cha-

reich der Religion und religiösen Praxis eine weitgehende Pluralität zu beobachten, die sich wenig von der religiösen Vielfalt in anderen europäischen Gesellschaften unterscheidet. Neben den konfessionellen Unterschieden zwischen Sunniten und Alewiten sind es vor allem weltanschauliche, ideologische, ethnische, regionale und bildungsspezifische Differenzen, welche die gesellschaftliche Heterogenität ausmachen. Die von Europa seit Jahrhunderten ausgehende kulturelle Prägung der Türkei sollte daher keinesfalls als eine marginale Kultur der herrschenden Eliten abgetan werden.

Steppacher formuliert die Frage nach dem tatsächlichen oder vermeintlichen religiös-kulturellen Gegensatz von christlichem Europa und islamischer Türkei folgendermaßen:

Zugespitzt gesagt, bewegt sich die EU-interne Diskussion über die künftigen Beziehungen der EU-Türkei zwischen den Begriffen Morgenland versus Liberale Demokratie. ... Kritiker einer eventuellen türkischen EU-Mitgliedschaft weisen darauf hin, dass durch die politisch-kulturellen Unterschiede die zentrifugalen Tendenzen in der EU verstärkt würden.⁴⁷⁶

Der Begriff des „Orient“ wird in Europa meist mit dem Islam assoziiert, „liberale Demokratie“ andererseits als Produkt des christlichen Europas wahrgenommen. Ausgehend von einem politisierten fundamentalistischen Islambild, für welches in der Tat Beispiele aus zahlreichen muslimisch geprägten Ländern angeführt werden können, wird die islamische Religion als eine Art totalitäre politische Doktrin wahrgenommen, die mit der liberalen Demokratie unvereinbar sei. Doch diese stark vereinfachende und generalisierende These hat keinen Bestand, betrachtet man Islam aus religionssoziologischer Perspektive nicht als homogene Größe, sondern als Summe heterogener Glaubensformen und politisch bestimmter Islamten. So ist es illegitim, ausgehend vom Bild des iranischen, afghanischen oder saudischen Islam die türkische, albanische oder bosnische Lebensweisen, religiöse Praxis oder gar den Einfluss der Religion auf die Gesellschaft sowie das politische System dieser Länder zu beurteilen. Die Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung

rakter der Religionen aus und betrachtet die Religion im kulturellen Zusammenhang nicht als eine homogene Form.

⁴⁷⁶ Steppacher, Burkard: Türkeipolitik der EU, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Köln 1998, S. 465-467; S. 467.

variieren im Hinblick auf ihr politisches System, ihr Rechtssystem und vor allem ihre Kultur in gleichem Maße wie die christlichen Gesellschaften sich im Hinblick auf ihre Kultur unterscheiden. Gerade die türkische Gesellschaft eignet sich in besonderem Maße als Beispiel der kulturellen Heterogenität des Islam.

Ein weiteres Argumentationsfeld gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei bilden die möglichen Folgen einer solchen Mitgliedschaft für die Integrität der EU. Dabei werden neben Kultur und Religion weitere Stichworte in die Diskussion eingebracht. So ist Faul der Ansicht, dass die EU sich der fundamentalen Frage, was Europa sei, zu stellen habe:

Ob man der Türkei den Beitrittswunsch erfüllen kann, ohne nicht nur das europäische Integrationsvermögen vollends zu überfordern, sondern letztlich auch die schon ungefestigte Identität Europas schlechthin zu verwässern, bleibt hier die Frage. Wir beantworten sie mit nein!⁴⁷⁷

Auch Frankenberger äußert sich entsprechend dieser These:

Eine EU, der die Türkei, die Ukraine oder gar Russland angehörten, hätte mit dem Sechser-Klub von 1957 aber auch nichts gemein. Sie wäre ein Koloss, der von der eigenen Größe und Überdrehung niedergehalten würde, ohne dass ein eigenes, alle Teile verbindendes zivilisatorisches und konstitutionelles Projekt ihm Kraft geben könnte.⁴⁷⁸

Frankenberger weist auch auf die geopolitisch bedingten Gefahren einer überzogenen Ausdehnung der Europäischen Union hin:

[M]it der Türkei als Mitglied reichte der Integrationsraum der EU an eine Region mit einer unübersichtlichen Gemengelage ethnischer, nationaler und politischer Konflikte, an den Kaukasus, ebenso wie an Iran, Irak und Syrien. Die Vorstellung, dass die EU eines Tages an Iran grenzen könnte, ist abenteuerlich.⁴⁷⁹

⁴⁷⁷ Faul, Erwin: Eine Aufnahme der Türkei untergräbt die Legitimität und innere Sicherheit der EU, in: Politik und Gesellschaft. International Politics and Society, 4/1997, S. 446-450; S. 446.

⁴⁷⁸ Frankenberger, S. 25.

⁴⁷⁹ Ibid. S. 26.

Der Beitritt der Türkei wird in diesen Aussagen als für die Identität Europas dargestellt, da in einer dergestalt „überdehnten“ EU das verbindende zivilisatorische Element fehlen würde. Letztlich wird damit die geographische Lage der Türkei an der Peripherie Europas, die doch auch eine Chance darstellt, als ein Komplikationsfaktor perzipiert. Wiederum wird, wie bei Faul, auf den Mangel eines gemeinsamen kulturellen Erbes Europas auf der einen Seite und der muslimischen Völker auf der anderen Seite verwiesen:

*Griechisch-römischer Kulturfundus, das (okzidentale) Christentum, Renaissance und Aufklärung bilden einen spannungsreichen Gesamtzusammenhang, mit dem islamisch geprägte Länder, wie die Türkei, im Ursprung nur Bezüge zur Mittelmeerantike, aber nicht die späteren Momente gemeinsam haben, denen sie vielmehr in einem über tausendjährigen kriegerischen Antagonismus gegenüberstanden.*⁴⁸⁰

Der türkische Politikwissenschaftler Yurdusev weist in diesem Kontext ebenfalls auf das historische Erbe der griechischen und römischen Tradition, des Christentums, des feudalen Mittelalters, der Renaissance und Reformation sowie der Aufklärung für die Entstehung einer europäischen Identität hin, betont jedoch zugleich, dass diese historischen Prägungen nicht in allen europäischen Ländern gleichermaßen beobachtet werden können, obwohl ihr Einfluss auf Europa nicht zu bestreiten ist.⁴⁸¹ In der Tat schuf die antike griechische Zivilisation eine lokale begrenzte Kultur und das Römische Imperium umfasste selbst zu Zeiten seiner äußersten Expansion nicht näherungsweise das gesamte heutige Europa. Ohnehin lag der Schwerpunkt des Römischen Imperiums nicht im Herzen Europas, sondern im Mittelmeerraum. Anatolien lag Rom näher als Skandinavien und die Römer beherrschten größere Gebiete jenseits des europäischen Kontinents als in Europa. Das Christentum erreichte erst zum Ende des Mittelalters seine gesamteuropäische Ausdehnung, Renaissance blieb als kulturgeschichtliche Epoche in Nord- und Osteuropa weitgehend bedeutungslos und die Reformation ereignete sich lediglich

⁴⁸⁰ Faul, S. 449.

⁴⁸¹ Yurdusev, Nuri A.: Avrupa Kimliğinin Oluşumu ve Türk Kimliği, in: Eralp, Atila (Hg.): Türkiye ve Avrupa. Batılılaşma, Kalkınma Demokrasi, Ankara 1997, S. 17-85; S. 53f.

im lateinischen Christentum.⁴⁸² Daneben fand dank der Existenz des Islam um und in Europa zu allen Zeiten ein mehr oder minder intensiver christlich-islamischer Austausch, der nicht unerwähnt bleiben sollte.

Die Haltung Fauls, die Türkei ausgehend von ihrer vorwiegend islamisch geprägten Gesellschaft lediglich im Kontext eines historisch zweifelhaften „tausendjährigen kriegerischen Antagonismus“ zwischen Christentum und Islam zu sehen, trägt in letzter Konsequenz dazu bei, dass der Islam von vielen Europäern bis heute als ein „Objekt der Feindseligkeit“ und als eine „Bedrohung“⁴⁸³ wahrgenommen wurde und wird. Die Analogie dieser Haltung zu den populistischen Thesen des heutigen fundamentalistisch-islamistischen Terrorismus ist nicht zu übersehen. Terrororganisationen wie Al-Qaida propagieren ebenfalls einen fundamentalistischen Antagonismus zwischen dem Islam und dem Christentum sowie zwischen dem Islam und dem Judentum. Die Vordenker des islamistischen Extremismus predigen, dass die muslimischen Völker in einer „fundamental-islamischen Ordnung“ – nach vahabitischen, iranischen oder afghanischen Muster – leben sollen. Sie halten Demokratie und Islam für gleichermaßen unvereinbar wie die konservativen Theoretiker des christlichen Europa, die Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus oder die Gleichheit der Geschlechter als genuin christliche Errungenschaften begreifen. Allerdings zeigen die Attentate von Al-Qaida in Istanbul – vor allem gegen die dortige Synagoge – dass nicht das Christentum, sondern die Demokratie mit ihren gesellschaftlichen Errungenschaften des Pluralismus und Säkularismus vom islamistisch-fundamentalistischen Terror bedroht ist. Die säkular gerichtete türkische Gesellschaft wird dabei von den Islamisten als nicht weniger westlich wahrgenommen wie andere europäische Staaten auch.

Allerdings ist es kein Zufall, dass die europäische Identität bis heute vielfach mit dem Christentum gleichgesetzt wurde und wird, da der Islam Yurdusev zufolge insbesondere in Gestalt des Osmanischen Imperiums und des Türkentums sich selbst als die andere, dem europäischen Selbstverständnis entgegengesetzte Identität positioniert habe. Er weist darauf hin, dass die heutige primäre türkische Identität eigentlich eine nationale Identität sei, obgleich sie im historischen Verständnis eher einer zivilisatorischen Identität, vergleichbar der christlicher Identität, entspreche.⁴⁸⁴ Die Begriffe „Türke“ und „Muslim“, d.h. Angehöriger des Is-

⁴⁸² Für die Einzelheiten siehe Yurdusev, S. 54.

⁴⁸³ Diese Begriffe wurden entliehen von Yurdusev, S. 65.

⁴⁸⁴ Ibid. S. 59.

lam, seien von den Europäern lange gleichgesetzt worden.⁴⁸⁵ In diesem Sinne wirkten die Kreuzzüge und vor allem die imperiale Machtexpansion der osmanischen Türken in Europa als eine in der äußeren Bedrohung und dem gemeinsamen Feind das christliche Europa vereinigende und Identität stiftende Kraft.⁴⁸⁶ Historisch betrachtet entsprach dieses Bild durchaus den realen Gegebenheiten bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Nichtsdestoweniger war das Osmanische Imperium auch in dieser Zeit stets ein Akteur der europäischen Politik.⁴⁸⁷ Beispielsweise verbündeten sich das Osmanische Imperium, Holland und England ab 1580 gegen die Habsburger Hegemonie in Europa. Im 16. und 17. Jahrhundert unterstützte die osmanische Politik die Protestanten.⁴⁸⁸ Die Faulische Diktion des „tausendjährigen kriegerischen Antagonismus“ von muslimischem Osmanischem Reich und christlichem Einheit-Europa entspricht also nicht der historischen Realität der türkisch-europäischen Beziehungen, die weniger durch einen christlich-islamischen Gegensatz als vielmehr durch politische Auseinandersetzungen, aber auch Kooperation im Kontext einer zunehmenden Rationalisierung und Säkularisierung der Beziehungen gekennzeichnet waren.

Es existieren, wie bereits betont, neben den Türken weitere muslimische Völker in Europa, die sich hinsichtlich ihrer politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Merkmale von den Muslimen und ihren Staaten im Mittleren Osten unterscheiden. Der Islam ist nicht weniger als das Christentum ein fester Bestandteil Süd- und Südosteuropas und damit Teil des europäischen Kulturerbes. Hierbei muss insbesondere auf den osmanisch-türkischen Einfluss auf die europäische Kultur unter anderem in der Architektur und Musik hingewiesen werden. Seit den Zeiten des Oströmischen Reiches bis zum Niedergang des Osmanischen Reichs bildeten Südosteuropa und die anatolische Halbinsel eine geographische und politische Einheit. In Anbetracht der gemeinsamen osmanischen Geschichte ist auch die Türkei dieser sowohl christlich als auch muslimisch geprägten südosteuropäischen Regionen zuzuordnen.

Schließlich ist, unabhängig von historischen Gegebenheiten, heute die Frage zu stellen, inwieweit die religiös-kulturelle Selbstdefinition Eu-

⁴⁸⁵ Es soll beispielsweise darauf hingewiesen werden, dass im jugoslawischen Bürgerkrieg die Serben die Bosnier als Türken wahrgenommen haben.

⁴⁸⁶ Für die Einzelheiten siehe Yurdusev, S. 17-85.

⁴⁸⁷ Für die Einzelheiten über die osmanische Politik in Europa zwischen 1300-1600 siehe İnalçık, Halil: *The Ottoman Empire. The Classical Age 1300-1600*, New York 1973, S. 35-41.

⁴⁸⁸ Yurdusev, S. 62.

ropas oder die geographische Lage der Türkei im aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Integrationsprozess überhaupt noch von Bedeutung sind. Lippert und Wessels zufolge prägte der Begriff der „europäischen Identität“ zwar zahlreiche formelle Diskussionen, werde in den offiziellen Erweiterungsdebatten allerdings selten offen ausgesprochen.

Geographische Kriterien reichen ... nicht aus, um die ‚europäische Identität‘ zu bestimmen. Schwierigkeiten bereitet auch die Operationalisierung des ‚gemeinsamen Erbes‘, obschon sie zu den gängigen Formeln in Deklarationen des Europäischen Rates ... zählt. Historische Entwicklungs- und vor allem Trennungslinien ... bieten selten eindeutige und keinesfalls endgültige Hinweise für zeitgemäße Entscheidungen für oder gegen ein Land als EG-Mitglied. Nicht zu leugnen ist jedoch die Bedeutung solcher historisch, religiös usw. motivierten und oftmals instinktiven Vorentscheidungen, die für oder gegen ein Land als Mitglied einnehmen.⁴⁸⁹

Ähnlich äußert sich Von den Broek:

Für alle Geographen ist das Konzept eines weiteren Europa selbstverständlich absurd. Europa kann weder weiter noch enger sein. ... In Wirklichkeit ist die Geographie natürlich ein untauglicher Führer zu den politischen und psychologischen Grenzen Europas, die sich je nach Standpunkt ausdehnen oder verengen. ... Europa ist heute weniger ein geographischer Terminus als vielmehr eine politische Hoffnung, der Wunsch verschiedener Völker unseres Kontinents, in politischer und wirtschaftlicher Freiheit zusammenzuleben.⁴⁹⁰

⁴⁸⁹ Lippert, Barbara & Wessels, Wolfgang: Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten, in: Jakobeit, Cord & Yenal, Alparslan (Hg.): Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 439-457; S. 454.

⁴⁹⁰ Van den Broek, Hans: Die Herausforderung eines erweiterten Europa, in: Röttlinger, Moritz & Weyringer, Claudia (Hg.): Handbuch der europäischen Integration. Strategie-Struktur-Politik der Europäischen Union, Wien 1996, S. 445-452; S. 445-446.

Dennoch bleiben geographische Begriffsbestimmungen in der Debatte um die EU-Erweiterung schon aus rechtlichen Gründen weiterhin bedeutsam. Immerhin existiert eine völkerrechtlich bindende geographische Definition von Europa in zahlreichen Verträgen. Artikel 49 des EU-Vertrags bestimmt den geographischen Rahmen des Beitritts dabei eindeutig:

*Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.*⁴⁹¹

Dieselbe Bestimmung enthalten die Römischen Verträge in Artikel 237. Unter Verweis auf diese Bestimmung wurde 1987 das Beitrittsersuchen Marokkos abgelehnt, da das Land geographisch nicht zu Europa gehöre.⁴⁹² Im Fall der Türkei wurde de jure bereits mit der Paraphierung des im Jahr 1963 unterzeichneten Assoziationsabkommens von Ankara ihre Zugehörigkeit zu Europa festgeschrieben. Der damalige Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, brachte die Grundphilosophie des Assoziationsabkommens von Ankara in seiner Rede im türkischen Parlament folgendermaßen zum Ausdruck:

Turkey is part of Europa. That is really the ultimate meaning of what we are doing today. It confirms in incomparably topical form a truth which is more than the summary expression of a geographical concept or a historical fact that holds good for several centuries. Turkey is a part of Europe: and here we think first and foremost of the ... personality of Atatürk whose work meets us at every turn in this country, and of the radical way in which he recast every aspect of life in Turkey along European lines. ... Turkey is part of Europe: today this means that Turkey is establishing a constitutional relationship with the European Community. Like

⁴⁹¹ EU-Vertrag, Artikel 49, in: Läufer, Thomas (Hg.): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000, S. 43.

⁴⁹² Vgl. Margedant, Udo: Beitritt, Beitrittsverhandlungen, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Köln 1998, S. 47-50; S. 49.

*the Community itself, that relationship is imbued with the concept of evolution.*⁴⁹³

Die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa wurde darüber hinaus in der 1989 erfolgten Ablehnung des im Jahre 1987 gestellten türkischen Antrags auf Vollmitgliedschaft in der EG erneut festgestellt,⁴⁹⁴ als ausschließlich wirtschaftliche und politische Gründe für die Zurückweisung angeführt wurden.⁴⁹⁵ Auf dem EU-Gipfel von Helsinki 1999 wurde die Türkei schließlich offiziell in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten aufgenommen und der Türkei erstmals eine konkrete Beitrittsperspektive eröffnet.

Auf der anderen Seite definierte die EU bis heute keinerlei kulturelle Rahmenbedingungen, auf deren Grundlage eine gemeinsame europäische Identität und Kultur zu verstehen ist. Ein solches Unterfangen ist allerdings gleichermaßen schwierig wie fragwürdig, da kulturelle Identität doch mit dem Ergebnis generationenübergreifender sozialer Prozesse zusammenhängt. Dennoch legt Artikel 6 des EU-Vertrages zumindest politische Werte fest, an die jeder Mitgliedsstaat und jeder EU-Beitrittskandidat sich orientieren muss:

(1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam. (2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in

⁴⁹³ Váli, Ferenc A.: *Bridge Across the Bosphorus. The Foreign Policy of Turkey*, Baltimore/London 1971, S. 335; zitiert nach Yeşilyurt, Zuhâl: *Die Türkei und die Europäische Union. Chancen und Grenzen der Integration*, Diss. Bonn 1999, S. 33-34.

⁴⁹⁴ Vardar, S. 128. Mit von Stechows Worten: „Die Weiterleitung des Beitrittsantrages zur Stellungnahme durch die Kommission im Rahmen von Art. 237 EWG-Vertrag bedeutet politisch eine Bestätigung der Beitrittsoption der Türkei aus dem Ankara-Abkommen als europäisches Land nach dem EWG-Vertrag“. Vgl. Von Stechow, Andreas: *Der Beitrittsantrag der Türkei aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland*, in: Sen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): *Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkei-studien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989*, S. 99-112; S. 103.

⁴⁹⁵ Vgl. Sen, Faruk: *Einleitung: Osteuropa hat Vorrang und die Türkei muss noch warten*, in: Sen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): *Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkei-studien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989*, S. 3-6. Vardar, S. 128.

*Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedsstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.*⁴⁹⁶

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Türkei im geographischen wie historischen, politischen wie völkerrechtlichen Sinn als ein europäisches Land gelten kann, das sich zu den europäischen Werten bekennt. Warum aber wird ihre Zugehörigkeit zu Europa immer wieder infrage gestellt? Sammland erklärt dies als Folge allgemeiner Unkenntnis:

*Die immer noch stattfindenden Debatten um diese Fragen [um die Europazugehörigkeit der Türkei] ... zeugen nur davon, wie wenig bekannt das Assoziierungsabkommen ist.*⁴⁹⁷

Doch nicht allein das Assoziierungsabkommen selbst, sondern auch die seitdem erfolgten Entwicklungen werden von vielen Politikern und Vertretern der öffentlichen Meinung in Europa ignoriert. Trotz der Bestätigung des Kandidatenstatus der Türkei durch die Staats- und Regierungschefs der EU in den Jahren 1999 und 2002 wird die zukünftige EU-Mitgliedschaft der Türkei vor allem seitens der christdemokratisch-konservativen Entscheidungsträger und Intellektuellen in Europa noch immer prinzipiell infrage gestellt. Mangelndes Wissen oder Ethnozentrismus? Es ist nicht möglich, im Rahmen der vorliegenden Arbeit diese Frage zu beantworten. Sicher ist jedoch, dass sowohl die türkischen Entscheidungsträger als auch die EU sich in einem über vierzig Jahre sich hinziehenden Prozess entscheiden haben, die Integration der Türkei in die europäische Staatengemeinschaft zu wagen. Angesichts der politisch wie völkerrechtlich bindenden Festlegung beider Seiten ist eine Abkehr vom Integrationsprozess kaum vorstellbar. Doch die kulturelle

⁴⁹⁶ Artikel 6 des EU-Vertrages, in: Läufer, Thomas (Hg.): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000, S. 23.

⁴⁹⁷ Sammland, Detlev: Türkei und die europäische Integration, in: Sen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkeistudien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989, S. 7-13; S. 12.

Dimension der Europazugehörigkeit der Türkei bleibt bis auf weiteres ein relevanter Bestandteil der Diskussionen über die türkische EU-Mitgliedschaft.

4.7.3. Frage der problematischen EU-Kandidatur der Türkei

Gegen Ende der 90er Jahre wurden die EU-Türkei-Beziehungen sich aufgrund der Konkretisierung der oben behandelten, die europäische Identität des Landes in Frage gestellten Perzeptionen der einigen europäischen Regierungen durch eine Entscheidung über die zukünftigen Mitgliedern der EU ernsthaft verschlechtert. Die neue weltpolitische und regionale Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatte zu Folge, dass die Türkei mit der Problematik konfrontiert war, aus der Perspektive der hauptsächlich sicherheitspolitisch dominierten europäischen Interessen ihre Relevanz überwiegend verloren zu haben. Die energische EU-Orientierung der ehemals sozialistischen mittel- und osteuropäischen Staaten trug auch zu dem Wertverlust der Türkei im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung bei. Die Entscheidungsträger der EU lehnten zwar bisher die Vollmitgliedschaft der Türkei nicht kategorisch ab, das Thema der türkischen Kandidatur war jedoch auf der Tagesordnung der Union kein aktuelles Thema. Die fehlende EU-Beitrittsperspektive des Landes verursachte zu dieser Zeit bei den türkischen Entscheidungsträgern und Führungseliten ein tiefes Misstrauen gegenüber der EU. Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg vom 12. - 13. Dezember 1997 war in diesem Sinne der Tiefpunkt der Türkei-EU-Beziehungen. Die wichtigste Frage in Luxemburg war für die türkische Seite die Festlegung des Status der Türkei für die EU. Es wurde von den türkischen Entscheidungsträger vor dem EU-Gipfel in Luxemburg erwartet, dass die Frage beantwortet werden würde, auf welcher Ebene die EU-Türkei-Beziehungen fortfahren werden: Entweder würde die Türkei von der EU-Erweiterung völlig ausgeschlossen oder ihr würde eine unumstößliche Beitrittsperspektive wie den anderen ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten gewährt. Diese Entscheidung war nicht nur im Hinblick auf die zukünftige Integration der Türkei in der EU von Bedeutung, sondern auch bezüglich des außenpolitischen und sicherheitspolitischen Kurses der Türkei sowie der Fortsetzung des türkischen Demokratisierungsprozesses.

Wie bereits darauf hingewiesen wurde, nahmen die skeptischen Fragen über die zukünftige Form des türkisch-europäischen Verhältnis-

ses unter besonderer Berücksichtigung der Europazugehörigkeit der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und in der neuen internationalen Konstellation in Europa einen besonderen, auf jeden Fall mehr als einen rhetorischen Platz in den Beziehungen der Türkei zur EU. Infolge der zunehmenden skeptischen Haltung der zahlreichen europäischen Führungseliten und der Öffentlichkeit gegenüber der EU-Perspektive der Türkei, vergrößerte sich sowohl bei den politischen Eliten der Türkei wie auch in der türkischen Öffentlichkeit das Gefühl, von der EU-Erweiterung und der zukünftigen EU ausgeschlossen und isoliert zu sein. Nichtsdestotrotz blieb die Frage der zukünftigen Vollmitgliedschaft in der EU – vor allem in der Bürokratie in Brüssel – als ein Tabu-Thema. Es herrschte innerhalb der EU eine deutliche Unübersichtlichkeit bezüglich der Türkeipolitik: Sollte die Türkei wie die anderen Beitrittskandidaten – d.h. wie die mittel-, ost- und südosteuropäischen beitrittswilligen Staaten – behandelt und sie in den Kreis der offiziellen Beitrittskandidaten der Union aufgenommen werden, oder sollte man ein anderes Kooperationsfundament für die weitere Intensivierung der Beziehungen in bestimmten ausgewählten Bereichen legen und ein intensives Verhältnis ohne Mitgliedschaft bevorzugen? Wie würden die türkischen Entscheidungsträger auf eine sonderbare Beziehungsform mit der EU reagieren? In Anlehnung dieser Frage, die zwischen den beiden Partnern bisher kaum auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sollten die Entscheidungsträger der EU auf dem Gipfel in Luxemburg eine europäische „Strategie für die Türkei“, genauer gesagt die „Türkeipolitik der EU“ anhand der neuen weltpolitischen und die europäische Konstellation auf fundamentale Weise veränderten Konditionen entwickeln. Doch bereits vor dem Gipfeltreffen wurde weder in der Türkei noch in der EU erwartet, dass der Luxemburger EU-Gipfel zur Türkei eine Beitrittsperspektive für die Vollmitgliedschaft eröffnen würde. Man ging davon aus, dass die EU die Türkei lediglich im Rahmen der Entwicklung der aktuellen Zollunion erwähnen und die Perspektive der Möglichkeit der türkischen Vollmitgliedschaft für absehbare Zeit ausschließen würde. Die Regierung sowie die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten von allen Parteien waren sich darüber einig, dass das Angebot außer einer zur Vollmitgliedschaft des Landes führenden konkreten Beitrittsperspektive, etwa eine Art Sonderbeziehung – gleichgültig welche wirtschaftlichen oder politischen Zugeständnisse von der EU im Rahmen einer derartigen Sonderbeziehung in Aussicht gestellt werden – für die Türkei nicht akzeptabel ist. Die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung der EU und deren wahrscheinliche Auswirkungen bezüglich

der EU-Beziehungen wurden in der türkischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert.

Die türkischen Entscheidungsträger betrachteten die Assoziation mit der EWG/EG/EU vom Beginn der Beziehungen an als ein Weg, der in die Vollmitgliedschaft führt. Auch die Zollunion war also, wie bereits darauf hingewiesen wurde, für sie nichts anderes als ein radikaler Schritt in die Richtung der Mitgliedschaft. Während dieser außenpolitische Europakurs der türkischen Führungseliten konstant blieb und den Ausgangspunkt der außenpolitischen Orientierung ausmachte, sowie die türkische Gesellschaft mehrheitlich diesen außenpolitischen Kurs billigte, veränderten und verlagerten sich die europäischen Türkeiwahrnehmungen entsprechend den Veränderungen in der internationalen Konstellation auf dem europäischen Kontinent – vor allem die Systemtransformation und Demokratisierung der ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas und deren EU-Orientierung – und beeinflussten die Türkei-EU-Beziehungen in gravierender Weise. So wurden die osteuropäischen Staaten wie Ungarn und Polen 1991 im Gipfel von Maastricht von der EU als zukünftige Mitgliedsstaaten wahrgenommen, während die Türkei nicht in die Liste der Beitrittsländern aufgenommen wurde. Ähnlich wies der Bericht der EU-Kommission „Europe and the Challenge of Enlargement“ 1992 beim Gipfel von Lisabon auf den Dialog entsprechend dem Assoziationsabkommen von Ankara (1964) hin, die türkische Kandidatur für eine künftige Mitgliedschaft wurde jedoch in diesem Bericht nicht erwähnt.⁴⁹⁸ Auch im Agenda 2000 der Europäischen Kommission (1997) wurde die Beitrittskandidatur der Türkei nicht vorgesehen und die Türkei wurde nicht in den Kreis der zukünftigen Mitglieder der Union aufgenommen. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass Entscheidungsträger der EU bis zu diesem Zeitpunkt die Türkei eher als ein Kooperationspartner jedoch nicht als ein zukünftiges EU-Mitglied wahrgenommen haben. Dies brachte in den Regierungskreisen und bei den Führungseliten und Intellektuellen in der Türkei, aber auch in der türkischen Gesellschaft Enttäuschungen hervor. Diese unterschiedliche Perzeptionen der beiden Partnern unterschieden sich in dem Maße, dass anschließend ein „Erosionsprozess“ in den Beziehungen begann, der langsam aber kontinuierlich die Vertrauensbasis zwischen der Türkei und der EU beeinträchtigte und sich zu Ende der 90er Jahren als deutlich beobachtbares Konfliktpotential manifestierte.

⁴⁹⁸ Müftüler-Baç, Meltem: *Türkiye ve AB. Soğuk Savaş Sonrası İlişkiler*, İstanbul 2001, S. 48.

Das auf die unterschiedlichen Perzeptionen beider Seiten beruhende Konfliktpotential könnte sich schnell in anderen problematischen Bereichen konkretisieren, solange das langfristige partnerschaftliche Verhältnis für den einen oder anderen Partner keinen Sinn mehr machte. Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen eines sich konkretisierten Konfliktes, welche die ökonomischen Interessen beider Seiten betreffen würden, könnten sogar sicherheitspolitische und die westliche Allianz schwächende Folgen entstehen, wenn man beispielsweise den chronischen Zypernkonflikt betrachtet. Die seit 1974 geteilte Mittelmeerinsel Zypern – gemeint wird hierbei lediglich der griechische Teil der Insel, der international anerkannt ist – wurde in den Erweiterungsprozess der EU aufgenommen und dadurch wurde die EU eine indirekte Konfliktpartei. Es war zu erwarten, dass die Zypernfrage sich dadurch verkomplizieren könnte, da die türkischen Entscheidungsträger, vor allem die militärischen Kreise des Staates, eine Politik der Vereinigung als Gegenmaßnahme gegenüber dem Beitritt des griechischen Teils in die EU betreiben könnten. Eine derartige Entwicklung würde den multilateralen Konflikt auf der Insel mit der Beteiligung der EU am Konflikt zusätzlich verschärfen und die Bemühungen der Vereinten Nationen bei der friedlichen Lösung des Konflikts erschweren.⁴⁹⁹ Auch die Ägäiskonflikte zwischen der Türkei und Griechenland könnten in diesem Fall im negativen Sinne beeinflusst werden. Die Türkei von der EU zu isolieren bedeutete also gleichzeitig eine sicherheitspolitische und sogar militärische Polarisierung innerhalb der westlichen Allianz und eine Einflussabnahme der EU in diesem Land. Eine Türkei, die sich trotz der NATO-Mitgliedschaft gegenüber Europa alleine fühlte und für sich neue Kooperationen in ihrer Region zu schließen beabsichtigte, könnte langfristig die Sicherheit Europas gefährden, indem sie unter möglichen politisch extremistischen Ideologien wie dem extremistischen Nationalismus oder aber vor allem politischem Islamismus nicht mehr den Erwartungen Europas entsprechende Politiken folgte.

In der Europäischen Union war vor dem Luxemburger Gipfel trotz all solcher Interessengegebenheiten die Tendenz dominierend, ihre Beziehungen mit der Türkei im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation einzugrenzen und die Perspektive der politischen Integration der Türkei in der EU, welche im Assoziierungsabkommen von Ankara vorgesehen worden war „für absehbare Zeit“ abzuschließen. Entsprechend dieser

⁴⁹⁹ Für die Einzelheiten se hierzu Kapitel 4, Abschnitt 9 der Arbeit.

europäischen Tendenz würde die Türkei außerhalb der zukünftigen Grenzen der EU bleiben.

Die türkischen Führungseliten fürchteten sich davor, dass eine deutliche europäische Tendenz der Ablehnung extremistische Bewegungen im Lande, vor allem die islamistisch-fundamentalistische und ultranationalistische Bewegungen bekräftigen, eine zunehmende und die daraus resultierte tief greifende Enttäuschung eine gefährliche Europhobie unter den Eliten und der türkischen Öffentlichkeit hervorrufen und mittel- und langfristig die innere Sicherheit des Landes im Hinblick auf das demokratisch-säkulare Regime negativ beeinflussen könnte. Denn die türkischen Entscheidungsträger, Führungseliten und Intellektuellen sowie die Mehrheit der Bevölkerung nahmen sich trotz ihrer islamischen Wurzeln als ein Bestandteil des europäischen Kulturmosaiks wahr. Eine eventuelle Ablehnung durch die EU könnte für die Mehrheit der türkischen Bevölkerung eine Erosion der europäischen Identität ausrufen.

Der Gipfel der Europäischen Union in Luxemburg am 12./13. Dezember 1997 brachte keine unerwarteten Ergebnisse im Hinblick auf die Erweiterung der EU hervor. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich auf dem Gipfeltreffen über den Ablauf der EU-Erweiterungsverhandlungen. Danach sollen alle zehn Bewerberstaaten aus Ost- und Mitteleuropa sowie Zypern – gemeint ist hier nur der griechische Teil der Insel – in den Erweiterungsprozess einbezogen werden. Konkrete Beitrittsverhandlungen sollte es jedoch vom 1. April 1998 an zunächst mit Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern geben. Die übrigen Länder, nämlich Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen brauchen nach Auffassung der EU jedoch noch eine längere Anpassungsfrist.⁵⁰⁰ Die Beziehung der Türkei zur EU war eines der Hauptthemen des EU-Gipfeltreffens in Luxemburg. Wie erwartet wurde die Türkei von der EU nicht als „Beitrittskandidat“ anerkannt. Stattdessen sprach die EU von einer türkeispezifischen „Annäherungsstrategie“ und bot der türkischen Regierung die Möglichkeit für die Teilnahme der Türkei an der Europa-Konferenz an, an der auch die EU-15, restlichen 10 Mittel- und Osteuropäische Beitrittskandidaten sowie Zypern teilnehmen sollten. Die Europa-Konferenz beinhaltet jedoch keine offizielle Funktion im Zusammenhang der Erweiterung der EU. Dennoch forderte die EU, dass die Türkei einige vorgeschriebene Bedingungen erfüllen soll, um sich „an die EU anzunähern“ und an der Europa Konferenz teilzunehmen. Diese sind die Angleichung der Maßstäbe und Praktiken im

⁵⁰⁰ Süddeutsche Zeitung von 13-14 Dezember 1997.

Bereich der Menschenrechte an die in der EU angewandten Maßstäbe und Praktiken, Achtung und Schutz von Minderheiten, Herstellung zufriedener und stabiler Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei, Beilegung von Streitigkeiten insbesondere auf gerichtlichem Wege und hierbei vor allem über den internationalen Gerichtshof, sowie Unterstützung der Verhandlungen, die unter der Federführung der UN im Hinblick auf eine politische Lösung der Zypernfrage auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der UN geführt werden.⁵⁰¹

Die Annäherungsstrategie war ein nur die Türkei betreffendes Konzept, da sie im Rahmen der bisherigen EU-Erweiterungsprozessen für keinen anderen Staat, der Beitritt in die EU suchte, verwendet wurde. Abgesehen davon wurde dieses Konzept nicht genau definiert. Der EU-Rat bestätigte zwar, dass die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt, aber die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen waren nach der Ansicht der EU nicht gegeben. Die Türkei wurde daher nicht in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen. Die Strategie beinhaltete folgende Punkte: 1) Entfaltung der Möglichkeiten des Assoziationsabkommens von Ankara, 2) Vertiefung der Zollunion zwischen der Türkei und der EU, 3) Durchführung der finanziellen Zusammenarbeit, 4) Annäherung der Rechtsvorschriften sowie der Übernahme des Besitzstands der Union, 5) Beteiligung der Türkei an bestimmten Programmen und Einrichtungen.⁵⁰² Diese Annäherungsstrategie unterschied sich grundsätzlich von den Beitrittspartnerschaften der anderen Beitrittskandidaten. Infolge dieser Unklarheit bestand Zweifel darüber, ob die EU mit der „Annäherungsstrategie“ die Türkei tatsächlich auf die zukünftige Vollmitgliedschaft vorzubereiten beabsichtigte oder aber – entsprechend der bisherigen Türkeipolitik der EU – dazu diente, die Türkei an Europa zu binden, ohne sie aufnehmen zu müssen. Unter den türkischen Entscheidungsträger breitete sich zu gegebener Zeit und ausgehend von den Ergebnissen des Europäischen Rates von Luxemburg die zweite Ansicht aus. Nach der Abschlusserklärung der EU-Konferenz in Luxemburg kündigte der türkische Premierminister Yılmaz nach einer Sondersitzung des Kabinetts an, dass die Regierung die Entscheidung traf, die Beziehungen der Türkei zur EU abubrechen,

⁵⁰¹ Bulletin EU 12-1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (6/27), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9712/i1006.htm>. Vgl. hierzu auch Tageszeitung Milliyet von 14 Dezember 1997

⁵⁰² Bulletin EU 12-1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (6/27), <http://europa.int/abc/doc/off/bull/de/9712/i1006.htm>.

bis dass die EU die Türkei mit den anderen Beitrittskandidaten gleich betrachte und sie in den Erweiterungsprozess aufnehme. Die Regierung kündigte an, die EU nicht mehr als politischer Gesprächspartner zu betrachten, da die Türkei nicht in die EU-Erweiterung aufgenommen werde. Demzufolge würden innen- und außenpolitische Themen nicht mehr mit der EU erörtert, solange die Türkei von der EU als ein Drittstaat im Rahmen ihrer Außenbeziehungen wahrgenommen wird. Hierbei wurden insbesondere Themen wie Zypernfrage, türkisch-griechische Beziehungen, Menschenrechtssituation oder Kurdenproblematik in der Türkei gemeint. Die türkische Regierung teilte jedoch auch mit, dass die bisherigen Verträge und die bestehenden Kooperationsfelder zwischen der EU und der Türkei vorläufig in Kraft seien. Dazu gehörte auch die Zollunion. Das Luxemburger Gipfel der EU und dessen Folgen für die zukünftige Integration des Landes in Europa riefen heftige Diskussionen in der Politik, den Medien und dem Wissenschafts- und Wirtschaftsleben des Landes hervor.

Der EU-Gipfel von Luxemburg konkretisierte auch die Perzeption der EU in der Frage über die Zukunft Zyperns. Dass der seit 1974 geteilte Mittelmeerinsel – nördlicher türkischer Teil und südlicher griechischer Teil – von der EU auch im Falle einer Nichtlösung des Konflikts ein konkretes Datum für den EU-Beitritt ernannt wurde, löste in der Türkei Reaktionen aus. Nach dem EU-Gipfel in Luxemburg entwickelte sich der Zypernkonflikt also zu einem weiteren Problemfeld zwischen der Türkei und der EU, weil die EU nach türkischer Perzeption in der Zypernfrage zugunsten der griechischen Zyprioten deutlich Partei ergriff. Wenn man berücksichtigt, dass Zypern nicht nur wegen der türkisch-zypriotischen Bevölkerung auf der Insel, sondern auch im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen der Türkei im östlichen Mittelmeer eine Relevanz darstellt, kann nachvollzogen werden, dass von einer gewissen Internationalisierung bzw. Supranationalisierung eines gefährlichen Eskalationspotentials die Rede sein. Die türkischen Entscheidungsträger vertraten die Ansicht, dass die Entscheidung der EU, mit der griechisch-zypriotischen Regierung die Beitrittsverhandlungen bereits im 1998 zu beginnen, eher kontraproduktiv für die Lösung des Konfliktes im Sinne der UN-Lösungsvorschläge sei. Wenn der griechische Teil der Insel in die EU aufgenommen würde, würde die Türkei den Prozess der de facto Vereinigung mit dem türkischen Teil der Insel beschleunigen. Dies wurde nach dem EU-Gipfel von Luxemburg von zahlreichen Entscheidungsträgern der türkischen politischen Bühne auf unmissverständlicher Weise ausgedrückt.

Die Zeitperiode nach dem EU-Gipfel von Luxemburg kann als die bisher schwierigste und problematischste Phase der EU-Türkei-Beziehungen bezeichnet werden. In diesem Zeitraum nahmen die Regierungsvertreter der Türkei keinerlei diplomatische Beziehungen zur EU auf und beschränkten die Beziehungen des Landes auf die bilateralen Beziehungen zu den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Sie bezeichneten die Politik der EU gegenüber der Türkei als eine Diskriminierung. Das türkische Außenministerium und die Entscheidungsträger des Landes, vor allem aber der Premierminister Yılmaz, waren der Ansicht, dass insbesondere Deutschland unter der Regierung Kohl die aktive Rolle auf dem Luxemburger Gipfel spielte. Der türkische Premierminister kritisierte die antitürkische Haltung des deutschen Bundeskanzlers Kohl und interpretierte sogar die deutsche Unterstützung für die Aufnahme der Mittel- und Osteuropäischen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes im Kontext der deutschen Lebensraum-Außenpolitik während des Zweiten Weltkrieges. In diesem Sinne bezeichnete Yılmaz, der selbst in Deutschland studierte, die Politik Deutschlands und einiger anderen EU-Staaten bezüglich der türkischen EU-Kandidatur als kultur- und ethnozentristisch orientierte Politik.

Diese gespannte Lage zwischen der Türkei und der EU, die auch bilaterale Konflikte der Türkei mit einigen EU-Staaten – vor allem mit der Bundesrepublik Deutschland – hervorrief, dauerte bis zu dem die Luxemburger Entscheidung revidierten Kurskorrektur der EU auf dem Gipfel in Helsinki. Der Europäische Rat von Helsinki (Dezember 1999) und dessen Ergebnisse, welche die Türkei betrafen, waren im Hinblick auf die Festlegung der Türkeipolitik der EU und auf die zukünftige Form der Beziehungen der Türkei zur Union ein „Wendepunkt“⁵⁰³ von entscheidender Relevanz. Die 15 europäischen Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, die bis dahin in den Beziehungen zur Türkei vor allem bezüglich der Frage der türkischen Beitrittskandidatur und zukünftiger Mitgliedschaft eine Politik der Unübersichtlichkeit bevorzugten und dazu tendierten, dem Land anders als den anderen beitragswilligen Ländern keine konkrete Perspektive für die Vollmitgliedschaft in Aussicht zu stellen, erklärten die Türkei offiziell als Beitrittskandidat der EU und garantierten, dass für die Türkei die selben Kriterien wie für die anderen Beitrittskandidaten gelten:

⁵⁰³ EU Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2000.

*Die Türkei ist ein beitrittswilliges Land, das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Ländern gelten, Mitglied der Union werden soll. Auf der Grundlage der derzeitigen europäischen Strategie soll der Türkei wie den anderen beitrittswilligen Ländern eine Heranführungsstrategie zugute kommen, die zu Reformen anregen und diese unterstützen soll.*⁵⁰⁴

Der türkische Premierminister Ecevit bezeichnete den Weg für die Vollmitgliedschaft der Türkei als geebnet.⁵⁰⁵ Die türkischen Führungseliten erreichten, was seit langer Zeit als primäres außenpolitisches Ziel des Landes galt, nämlich die Türkei als zukünftiges EU-Mitglied anerkennen zu lassen. Dadurch legte die EU einen jahrelangen internen Konflikt über ihr künftiges Verhältnis zur Türkei bei. Gleichzeitig dehnte die Union ihre künftigen Grenzen bis zum Kaukasus und dem Nahen Osten aus, zu denen die Türkei eine Grenze hat.

Die Türkei galt vor dem EU-Gipfel von Helsinki nicht als Beitrittskandidat der EU. Die Entscheidung in Helsinki bestätigte die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa – und zur Zukunft der EU – verdeutlichte die strategischen Interessen der EU an einer näheren Integration mit der Türkei.⁵⁰⁶ Der Beitrittsprozess beinhaltet wie für die anderen Beitrittskandidaten der Union drei wesentliche Komponenten. Die erste Stufe ist Initialisierung einer Heranführungsstrategie, die zweite Stufe das Screening, d.h. die systematische Bestandsaufnahme der Anwendung des in der Union geltenden Rechtssystems und die letzte Etappe bildet die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen. Ein relevantes Instrument der Heranführungsstrategie ist die Beitrittspartnerschaft. Die Türkei sollte in diesem Zusammenhang ein nationales Programm für die Übernahme des Besitzstandes der EU ausarbeiten. Nach der Anerkennung als Beitrittskandidat beauftragten die Regierungschefs der EU die Kommission, bereits mit der Bestandsaufnahme des türkischen Rechtssystems im Hinblick auf den Beitritt zu Beginnen. Entsprechend dem Screening-Prozess werden alle EU-Beitrittskandidaten geprüft. Diese erfolgt jährlich durch eine Berichterstattung der Kommission. In diesen Jahresbe-

⁵⁰⁴ Siehe EU Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003, S. 4.

⁵⁰⁵ Tageszeitung Frankfurter Rundschau vom 13.12.1999.

⁵⁰⁶ Lesser, Ian O.: Turkey in a Changing Security Environment, in: Journal of International Affairs, Herbst, 54/2000, S. 183-198; S. 188.

richten wird die Türkei wie die anderen EU-Kandidaten bezüglich ihrer Fortschritte bei der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft bewertet.

Seit der Anerkennung der Türkei von der EU als ein beitriffsähiges Land und Kandidat (offizielle Bestätigungen der europäischen Zugehörigkeit: Annahme des Assoziationsantrags der Türkei von 1959 und Beginn der Verhandlungen, Paraphierung des Assoziierungsabkommens von Ankara im Jahr 1963, der die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei vorsah und vor allem die Bestätigung des Status der Türkei als offizieller Beitrittskandidat der EU im Jahr 1999 in Helsinki) befindet sich die Türkei in einem Anpassungsprozess. Seit 1999 wird in der Türkei eine Intensivierung der Bemühungen und Anstrengungen für die Realisierung einer raschen Anpassung an die EU-Normen zur Erfüllung der politischen aber auch der wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen beobachtet. Im Oktober 2002 bestätigte die EU in Brüssel die von der Türkei unternommenen relevanten Schritte, um die Beitrittskriterien der Union zu erfüllen, sowie die Tatsache, dass das Land bezüglich der wirtschaftlichen Kriterien und der Anpassung an den Besitzstand der EU vorangekommen ist.⁵⁰⁷ Die EU weist hierbei unmissverständlich darauf hin, dass dadurch die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei näher gerückt ist⁵⁰⁸ und es wird in diesem Zusammenhang der türkischen Regierung empfohlen, den Reformprozess fortzusetzen. Dies ist seitens der EU eindeutig ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, obwohl die EU es vermied, der Türkei zu diesem Zeitpunkt ein konkretes Datum zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zu ernennen. Konkretisiert wurde der Termin der Entscheidung über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von der EU zum ersten Mal bei der Tagung des Europäischen Rats im Dezember 2002 in Kopenhagen. Hierbei spielte die deutsch-französische Initiative, die sich für einen Verhandlungsbeginn mit der Türkei einsetzte, eine entscheidende Rolle.⁵⁰⁹ Diese Position Deutschlands und Frankreichs wurde auch von anderen EU-Staaten positiv angenommen.⁵¹⁰ Der Europäische Rat erkannte in Kopenhagen die konkre-

⁵⁰⁷ EU Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003, S. 5.

⁵⁰⁸ Ibid. S. 6.

⁵⁰⁹ Tageszeitung Frankfurter Allgemeine vom 11. Dezember 2002.

⁵¹⁰ Der deutsche Außenminister Fischer berichtete, bei einem informellen Gespräch im Kreise der Außenminister der EU-Staaten habe sich eine deutliche Mehrheit auf der Grundlage der deutsch-französischen Initiative bewegt. Dies gelte vor allem für diejenigen Länder, die einem Türkei-Beitritt skeptisch gegenüber stehen. Wichtig ist

ten Schritte der türkischen Regierung zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien sowie die anschließenden Durchführungsmaßnahmen an, die in der Beitrittspartnerschaft festgelegten wesentlichen Prioritäten (zur Vollendung der Anpassung) abdecken.⁵¹¹ Somit signalisierte die EU zum ersten Mal, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen trotz einiger unvollkommenen Reformen erfüllt und drückt den politischen Willen die Türkei in den Erweiterungsprozess mit einzubeziehen wie folgt aus:

*Entscheidet der Europäische Rat im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen.*⁵¹²

Somit beschlossen die Staats- und Regierungschefs, die Türkei konkret in die neue Erweiterungsrunde aufzunehmen, die ins Blickfeld rückt.⁵¹³ Die Erklärung des EU-Rats fordert die Türkei auf, alle bezüglich der politischen Beitrittskriterien noch bestehenden Mängel nicht nur im Hinblick auf die Gesetzgebung, sondern auch auf dem Gebiet der Umsetzung, d.h. vor allem in der politischen Praxis, rasch anzugehen. Einige EU-Staaten, vor allem Großbritannien, Spanien, Italien und Belgien, positionierten sich sogar für eine frühere Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.⁵¹⁴ Der EU-Erweiterungskommissar Verheugen ernannte das Jahr 2013 als frühestes mögliches Datum für den Beitritt der

hierbei, dass kein Land sich grundsätzlich gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aussprach. Hierzu vgl. Tageszeitung Frankfurter Allgemeine vom 11. Dezember 2002.

⁵¹¹ Kommunique des EU-Rates in Kopenhagen im Dezember 2002, siehe auch EU Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003, S. 6.

⁵¹² EU Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003, S. 6.

⁵¹³ Ruge, Undine: Europas variable Geometrie. Die erweiterte Union braucht eine Avantgarde, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2003, S. 314-322; S. 314.

⁵¹⁴ Dies bestätigte der deutsche Außenminister Fischer, ohne die Namen dieser Staaten zu erwähnen. Die Süddeutsche Zeitung zitiert bezüglich der Länder für ein früheres Datum nach den Angaben der Diplomaten. Vgl. Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2002.

Türkei zur EU.⁵¹⁵ Die EU verdeutlichte mit dieser Aussage ihren politischen Willen bezüglich des zukünftigen Beitritts der Türkei. Eine Tendenz zur Verschiebung der Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist eher unwahrscheinlich.⁵¹⁶ Die EU-Kommission hat bereits mit der Erstellung einer Studie bezüglich der möglichen Folgen eines türkischen EU-Beitritts begonnen.⁵¹⁷ Auch der Vorschlag der EU-Kommission über die kaukasischen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien, die mit der Türkei eine Grenze haben, in den geographischen Geltungsbereich der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) aufzunehmen,⁵¹⁸ kann in dem Zusammenhang des nun relativ konkretisierten türkischen Beitritts zur EU als eine langfristige Vorbereitung auf die zukünftige EU-Außenpolitik interpretiert werden.

4.8. Prozess der türkischen EU-Kandidatur und die Beitrittskriterien der EU

Die EU erwartet von den Beitrittskandidaten, d.h. beitriftswilligen Staaten, die als Kandidaten für einen Beitritt in die EU in Frage kommen und akzeptiert werden, bestimmte Standards, die in den Mitgliedern der EU erfüllt werden. Diese Standards betreffen das politische System und die Regulierung der makroökonomischen Lenkungsmechanismen und Konditionen. Obwohl seit dem Beginn der europäischen Integration solche gemeinsame Werte der Mitgliedsstaaten eine europäische Politikkultur gebunden mit einer marktwirtschaftlich funktionierenden Wirtschaft hervorriefen und etablierten, und diese z.B. Einhaltung der Menschenrechte wie im Falle der Etappen der türkischen Integration nach der Unterzeichnung des Abkommens von Ankara seit den 60er Jahren bezüglich der Entwicklung der Heranführung der Türkei an die EWG/EG/EU mitberücksichtigt wurden, ließen sich diese erst im Jahre 1993 auf dem EU-Gipfel von Kopenhagen institutionalisieren. Die auf diesem Gipfeltreffen ernannten Kriterien verdeutlichen die Rahmenbedingungen der politischen Kultur und die fundamentale Haltung des Staates im Wirtschaftsleben und die diesbezüglichen europäisch-liberalen Prinzipien in den Staaten der EU. Es ist ziemlich wichtig darauf hinzuweisen, dass die

⁵¹⁵ Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vom 10.12.2002.

⁵¹⁶ Siehe Der Standard vom 13.05.2004, <http://derstandard.at/druck.asp?id=1664709>.

⁵¹⁷ Siehe Der Standard vom 13.05.2004, <http://derstandard.at/druck.asp?id=1664709>.

⁵¹⁸ IP/04/632, Brüssel, 12.05.2004.

EU durch die Formulierung dieser Kriterien, die als Kriterien von Kopenhagen bezeichnet werden, klar demonstrierte, wie sie sich selbst wahrnahm und konkretisierte ihre Transformation von einer anfangs lediglich auf die makroökonomische Integration gezielten Organisation zu einer auf die politische, aber auch die kulturelle Integration gezielten supranationalen Formierung über den Nationalstaaten Europas. Dadurch wurden die wirtschaftlichen Kriterien des Maastrichter Gipfels von 1991 durch die Hinzufügung der bereits etablierten aber bisher nicht klar formulierten politischen Kriterien ergänzt. Darüber hinaus beinhalten die Kriterien von Kopenhagen auch die Dimension des Administrativen der EU.

Die EU-Kriterien von Kopenhagen lassen sich in drei Bereichen kategorisieren: 1) politische Kriterien, 2) wirtschaftliche Kriterien, 3) Administrative Kriterien. Die politischen Kriterien setzen die Etablierung der bestimmten politischen Standards in dem betreffenden Staat voraus. Diese erfordern die funktionierende Existenz einer Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des funktionierenden Rechtssystems, der Einhaltung der Menschenrechte und der Minderheitenrechte. Die wirtschaftlichen Kriterien bedingen eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die die Kapazität beinhalten soll, gegenüber dem Konkurrenzdruck der Marktwirtschaften der anderen EU-Mitgliedsstaaten zu widerstehen. Darüber hinaus erwähnen die Kriterien, die als administrative Kriterien bezeichnet werden können, das Erfordernis, das Gemeinschaftsrecht und die weiteren administrativen und rechtlichen Prozeduren der EU zu übernehmen und anzueignen. Jedes beitrittswillige Land muss diese Kriterien größtenteils erfüllt haben, um der EU beitreten zu können.

Seitdem die Türkei von der EU wie die anderen beitrittswilligen Staaten Ost- und Südosteuropas als Beitrittskandidat anerkannt wurde, erklärten die türkischen Entscheidungsträger, die Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen als eine außenpolitische Priorität.⁵¹⁹ In ihrem Reformprozess verwirklichte die Türkei zahlreiche Transformationen in ihrem politischen System, politischen Leben und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die diese betreffen. Es ist daher erforderlich, diese im zusammenfassenden Rahmen zu thematisieren.

⁵¹⁹ Vgl. Statements des Premierministers Ecevit und des Außenministers Cem nach dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs, 11.,12.12.1999, Milliyet von 11.,12.,13.12.1999.

4.8.1. Nationalprogramm der Türkei zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien

Der türkische Premierminister Ecevit (DSP) deklarierte nach dem EU-Gipfel von Helsinki, dass die Türkei die politischen und wirtschaftlichen Kriterien der EU rasch erfüllen und das Beitrittsdatum des Landes deutlich vor den Erwartungen der meisten EU-Staaten liegen werde.⁵²⁰ Dennoch waren die türkischen Entscheidungsträger sich dessen bewusst und räumten ein, dass die Türkei im Vergleich zu den EU-Staaten gewisse Defizite in den Fragen der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit aufwies. So gestand der türkische Premierminister Ecevit nach dem Gipfel von Helsinki zu, dass die Türkei noch nicht die wirtschaftlichen und politischen Beitrittskriterien der EU erfülle.⁵²¹ Die Koalitionsregierung von Ecevit hat zwar erhebliche zusätzliche Anstrengungen zu Reformen unternommen, was die Verbesserung der Menschenrechtssituation des Landes hervorbrachten, doch es war klar, dass diese kleinere Schritte waren, wenn man die Erwartungen der EU berücksichtigt. Das politische System sowie das Rechtssystem des Landes waren in zahlreichen Bereichen reformbedürftig.

Um die weitere Entwicklung der Integration ermöglichen zu können, mussten die problematischen reformbedürftigen Bereiche des politischen Systems, des Rechtssystems und vor allem deren Praxis festgestellt und reformiert werden. Dafür war eine Koordination mit einer konkret festgelegten „road map“ erforderlich. In diesem Zusammenhang nahm die AKP-Regierung im Juli 2003 das überarbeitete Nationale Programm (NP) der Türkei zur Übernahme des Besitzstands der EU (NPAA) und zur Anpassung an die EU-Normen an und unterbereitete das NP den politischen Parteien des Landes und den Nichtregierungsorganisationen (NRO) zur Erörterung.⁵²² Vor allem die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien der EU war bezüglich der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen von höchster Relevanz. Im Nationalen Programm sicherte die türkische Regierung zahlreiche Anpassungsreformen zu, die Meinungsfreiheit, Gefängnisystem des Landes, Verringerung der Dauer der Untersuchungshaft, undemokratische Artikel des Strafgesetzbuches, Rundfunkgesetz, Vereinigungsfreiheit, Minderheitenrechte, Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, Reform des Justizsystems, Aufhe-

⁵²⁰ Zeitung Handelsblatt vom 13.12.1999.

⁵²¹ Tageszeitung Frankfurter Allgemeine vom 13.12.1999.

⁵²² Vgl. EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 19.

bung des Ausnahmezustandes in einigen Regionen des Landes, den Nationalen Sicherheitsrat und die Rechte und Kompetenzen der Exekutive, Todesstrafe etc. betreffen.⁵²³ Das Nationale Programm der Türkei beinhaltet neben den reformbedürftigen gesetzlichen und politischen Gebieten, welche mit den politischen Kriterien der EU zusammenhängen, auch Gebiete, die die wirtschaftlichen Beitrittskriterien der EU und die Übernahme des gesetzlichen Besitzstandes der EU betreffen. In diesem offiziellen Programm sichert die Türkei zu, kurz-, mittel- und langfristig die erforderlichen politischen, wirtschaftlichen und administrativen Reformen zu verwirklichen und umzusetzen, um die Beitrittskriterien der EU zu erfüllen. Diese im Nationalen Programm beinhalteten Reformen und deren Durchführung in der politischen Praxis, die in einem Reformprozess durchgeführt werden sollen, sind von der EU regelmäßig zu überprüfen.

4.8.2. Reformprozess der Türkei auf dem Weg zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU

Die Erfüllung der Beitrittskriterien der EU, vor allem aber der politischen Kriterien, die im Hinblick auf die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von entscheidender Relevanz sind, ist seit dem EU-Gipfel von Helsinki (1999) das wesentliche Ziel der türkischen Regierungen. Der Europäische Rat von Kopenhagen (1993) forderte von denjenigen Staaten, die die EU beizutreten beabsichtigen, eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten. Inzwischen wurden die in Kopenhagen festgelegten Kriterien mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam (1999) als Verfassungsprinzip in den EU-Vertrag aufgenommen. Der Artikel 6 Absatz 1 des EU-Vertrages besagt, dass die EU auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruht.⁵²⁴ Artikel 49 des EU-Vertrages ermöglicht jedem europäischen Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 erwähnten Grundsätze achtet, den Beitritt in die EU zu beantra-

⁵²³ Für die Einzelheiten siehe T.C. Avrupa Birliği Müktesebatının Üstlenilmesine İlişkin Türkiye Ulusal Programı.

⁵²⁴ Vgl. EU-Vertrag, Artikel 6, Absatz 1.

gen. Diese Prinzipien wurden in der Charta der Grundrechte der EU hervorgehoben, die beim EU-Rat in Nizza (2000) deklariert wurde.⁵²⁵

Die türkischen Entscheidungsträger bemühen sich seit der Anerkennung der Türkei als offizieller Beitrittskandidat der EU viel intensiver um die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien der Union. Im Hinblick auf ihren politischen Standards stellte die EU fast seit dem Beginn der Beziehungen der Türkei zur EWG/EG/EU gewisse Defizite fest. Seit dem Staatsstreich von 1980 wird beobachtet, dass die politischen Themen, vor allem Themen wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, in den Türkei-EU-Beziehungen zunehmend eine relevante Rolle spielen.⁵²⁶ Bei der negativen Beurteilung des 1987 gestellten Beitrittsantrages der Türkei begründete die EU-Kommission ihr Urteil neben den wirtschaftlichen Defiziten und dem türkisch-griechischen Konflikt auch direkt mit den Demokratiedefiziten und der problematischen Menschenrechtssituation in der Türkei.⁵²⁷ Im Prozess der Zollunion waren Themen wie Demokratiedefizite und Menschenrechtsfragen wiederum problematische Bereiche. Nach der Schließung der prokurdischen *Demokrasi Partisi* (DEP) bezeichnete der Vorsitzende der EU-Kommission Jacques Delors dies als einen Schritt, der nicht mit dem europäischen Integrationsprozess im Einklang ist.⁵²⁸ Im März 1995 wurde der Beitritt der Türkei in die Zollunion der EU unterzeichnet, doch ohne Bestätigung des Europäischen Parlaments war das Abkommen nicht rechtskräftig. Im Herbst 1995 setzte das Europäische Parlament die türkische Regierung unter Druck und forderte die Abschaffung einiger Artikel des türkischen Antiterrorgesetzes aufgrund seiner Sonderbestimmungen sowie die Freilassung der verhafteten Abgeordneten der prokurdischen DEP.⁵²⁹ Die Große Nationalversammlung stimmte dem Vorschlag der Regierung bezüglich der Veränderung des Artikels 8 des türkischen Antiterrorgesetzes zu und nach dieser Gesetzesänderung wurde es möglich, dass zahlreiche politische Gefangene freigelassen wurden. Doch bei der Thematik der Freilassung der Abgeordneten der DEP ge-

⁵²⁵ Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003).

⁵²⁶ Dağı, İhsan D.: İnsan Hakları ve Demokratikleşme. Türkiye-Avrupa Birliği İlişkilerinde Siyasal Boyut, in: Eralp, Atilla (Hg.): Türkiye ve Avrupa. Batılılaşma Kalkınma Demokrasi, S. 120-176; S. 126ff.

⁵²⁷ Nas, Çiğdem: The Enlargement Policy of the European Union and its Link with the External Dimension of Human Rights Policy with Special Emphasis on the Turkish Case, in: Marmara Journal of European Studies, 5/1-2 (1997), S. 179-199; S. 180.

⁵²⁸ Tageszeitung Turkish Daily News vom 29.06.1994.

⁵²⁹ Tageszeitung Turkish Daily News vom 18.09.1995.

lang dem Europäischen Parlament lediglich ein Teilerfolg: zwei Abgeordnete wurden freigelassen, während die Verurteilung weiterer 15 Abgeordneten vom Obersten Gerichtshof der Türkei bestätigt wurde. Als Sanktion gegen diese Entscheidung verlieh das Europäische Parlament dem verhafteten kurdischstämmigen Parlamentsmitglieds der prokurdischen DEP Leyla Zana den Sacharow-Preis.⁵³⁰ Das Gewicht der Europäischen Union in der türkischen Innenpolitik verdeutlichte sich entsprechend der Intensivierung der türkischen Integration in der Union. Trotz seiner Kritik bei Themen wie Defizite der Menschenrechte und der Demokratie sowie der Kurdenfrage entschied sich das Europäische Parlament, dem Beitritt der Türkei zur Zollunion der EU zuzustimmen. Die europäischen Entscheidungsträger und Führungseliten begriffen, dass die EU in der Türkei desto mehr über politische Einflussmöglichkeiten verfügte, je mehr Fortschritte die Türkei in der EU-Integration erzielte.⁵³¹

Mit der zunehmenden Tendenz in der EU, die Türkei als ein Beitrittsland und zukünftiges Mitglied der Union wahrzunehmen, vergrößerte sich der politische Druck auf die türkischen Entscheidungsträger. Die Erfolge der ehemals sozialistischen Osteuropäern bei ihren politischen und wirtschaftlichen Reform- und Systemtransformationsprozessen bildeten in diesem Zeitraum weitere Maßstäbe und Vergleichsmöglichkeiten für die Führungseliten in der EU. In dem Regelmäßigen Bericht von 1998 über die Türkei wies die EU-Kommission auf die Anomalien in der Funktionsweise der öffentlichen Hand, das Anhalten der Menschenrechtsverletzungen und wichtige Mängel in der Behandlung der Minderheiten hin und bezeichnete das fehlende zivile Kontrollmöglichkeit des Militärs und seine aktive Rolle im politischen Entscheidungssystem über den Nationalen Sicherheitsrat (NSR) beunruhigend.⁵³² In diesem Bericht kritisierte die Kommission die Türkei auf latenter Weise auch in Bezug auf die Streitigkeiten mit den Nachbarländern, wobei Zypernkonflikt und Ägäiskonflikte mit Griechenland bezeichnet werden.

Nach der offiziellen Anerkennung der Türkei von der EU als Beitrittskandidat (Helsinki 1999) erhielt die EU nun mehr Möglichkeiten, die Türkei in solchen innenpolitischen Problembereichen im europäischen Sinne zu beeinflussen und die Reformprozesse in diesem Land anzuregen. Im Oktober 2001 wurde in der Türkei eine umfassende Verfassungsreform durchgeführt, um die Grundfreiheiten und Garantien im

⁵³⁰ Tageszeitung Milliyet vom 13.12.1995.

⁵³¹ Dağı, S. 165.

⁵³² EU-Regelmäßiger Bericht über die Türkei (1998).

Bereich Menschenrechte zu stärken und die Todesstrafe, die infolge eines Memorandums seit Mitte der 80er Jahren ohnehin nicht angewendet wurde, einzuschränken. Im November 2001 nahm die TBMM in diesem Zusammenhang ein neues bürgerliches Gesetzbuch an, das die Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Garantien zum Schutz der Rechte des Kindes verbessert hat.⁵³³ Die Einrichtung eines reformierten Systems der Familiengerichte führte ebenfalls zur Stärkung des Justizsystems.⁵³⁴ Eine der wichtigsten Defizite des türkischen Politik- und Rechtssystems bildete trotz der Einschränkung die Todesstrafe. Mit dem im August 2002 verabschiedeten Reformpaket wurde die Todesstrafe in Friedenszeiten abgeschafft sowie der Ausnahmezustand – die Sonderverwaltung gegen den separatistischen Terror in der Südosttürkei – in zwei Provinzen aufgehoben und es wurde beschlossen, in den beiden Provinzen, die noch im Ausnahmezustand sind, bis Ende 2002 aufzuheben.⁵³⁵ Durch Änderungen von Artikel 159 und Artikel 312 des Strafgesetzbuches wurden einige Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit sowie der Presse- und Rundfunkfreiheit gelockert. Im Rahmen des Reformpakets von August 2002 wurde erlaubt, Rundfunksendungen und Unterricht in anderen Sprachen als Türkisch – gemeint werden hier nicht Fremdsprachenunterrichte, sondern die Sprachen der ethnischen Gruppen in der Türkei, vor allem Kurdisch – erlaubt.⁵³⁶ Hierdurch wird eine Entfaltung der Kultur der türkischen Staatsbürger mit anderen ethnischen Wurzeln weitgehend ermöglicht und in diesem Sinne ein bedeutender Schritt im Hinblick auf die Gewährung der Minderheitenrechte gewährleistet. Im Rahmen der Reformen wurden die Zuständigkeitsbereiche der Staatssicherheitsgerichte begrenzt und die Dauer der Untersuchungshaft verringert. Die ausnahmslose Abschaffung von Incommunicado-Haft, d.h. Haft ohne Kontakt zur Außenwelt, war ein weiterer wichtiger Beitrag zur Modernisierung des Rechts- und Justizsystems. Für Richter und Rechtsvollzugsbeamte wurden zusätzlich Ausbildungskurse zu Menschenrechtsfragen abgehalten,⁵³⁷ um die Anwendung der Reform auch in der Praxis zu unterstützen. Im November 2002 wurde der Ausnahmezustand (Sonderverwaltung) in allen verbleibenden Provinzen im Südosten des Landes, den

⁵³³ EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 15.

⁵³⁴ Ibid. S. 47.

⁵³⁵ Ibid. S. 14f.

⁵³⁶ Ibid. S. 15.

⁵³⁷ Ibid.

mehrheitlich die türkische Staatsbürger kurdischer Herkunft bewohnen, aufgehoben und somit wurde auch das letzte übrig gebliebene Erbe des Staatsstreichs von 1980 im Verwaltungssystem des Landes abgeschafft. Dies vereinheitlichte die Provinzverwaltung landesweit und war insofern ein beachtlicher Schritt zur Erfüllung des Kriteriums der Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus rief die Regierung eine „Nulltoleranz-Politik“ gegenüber der Folter aus. Im Juni 2002 ratifizierte die TBMM den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen sowie das sechste Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) über die Abschaffung der Todesstrafe.⁵³⁸ Die TBMM verabschiedete darüber hinaus 143 neue Gesetze zur Anpassung an die politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen. Im April 2003 wurde ein parlamentarischer Ausschuss für die Integration mit der EU, der EU-Harmonisierungsausschuss genannt wird, eingerichtet, dessen Aufgabe darin besteht, Entwicklungen im Integrations- und Beitrittsprozess des Landes zu verfolgen sowie Entwürfe zur Rechtsakte bezüglich der Einhaltung des Besitzstands zu prüfen.⁵³⁹ Während der Regierungszeit der AKP-Regierung vom Premierminister Erdoğan wurden die Aufgaben, die Funktionsweise und die Zusammensetzung des Nationalen Sicherheitsrates (NSR) reformiert (Oktober 2001 und Juni 2003). Diese Reform veränderte die Aufgaben, Zuständigkeiten und Arbeitsweise des NSR auf fundamentale Weise und brachte den Rahmen der Beziehungen zwischen den politisch verantwortlichen zivilen Entscheidungsträger und dem Militär näher an die Praxis in den EU-Staaten.⁵⁴⁰ Die Kompetenzen des Generalsekretärs des NSR im Hinblick auf seine Exekutivbefugnisse wurden abgeschafft. Die AKP-Regierung von Erdoğan beabsichtigt mit dem letzten Reformpaket für die Anpassung des Landes an die EU-Normen, die weiteren übrig gebliebenen kleineren Einflussmöglichkeiten des Militärs in der politischen Praxis – z.B. die Präsenz der Vertreter des Militärs in zivilen Gremien wie dem Hohen Fernseh- und Rundfunkrat (RTÜK) und dem Rat der Hochschulen (YÖK) – ebenfalls abzuschaffen. Darüber hinaus wurde die Urteilskompetenz der Militärgerichte über Zivilisten abgeschafft. Somit wurden die politischen Einflussmöglichkeiten des Militärs in der Praxis de jure verunmöglicht und die Legitimität der politischen Mitbestimmungskompetenzen des Militärs, die

⁵³⁸ Ibid. S. 26.

⁵³⁹ Ibid. S. 18.

⁵⁴⁰ Ibid. S. 46.

nach dem Staatsstreich von 1980 in das Politik- und Rechtssystem des Landes aufgenommen worden waren, endgültig aufgehoben.⁵⁴¹

Die Korruption in der Türkei ist nach EU-Berichten und den Zugeständnissen der türkischen Entscheidungsträger auf einem bedenklich hohen Niveau. Mehrere Initiativen seitens der Regierung brachten lediglich kleinere Erfolge. Die Türkei trat 2004 der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) bei, was als politisches Zeichen der Regierung bezeichnet werden kann. Unterzeichnet wurden von der Türkei im Rahmen der Reformen auch andere europäische und internationale Übereinkommen wie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Pakt über soziale und wirtschaftliche Rechte und das sechste Protokoll der europäischen Menschenrechtskonvention.⁵⁴²

Auch im Bereich der Außenpolitik bzw. der Beziehungen der Türkei zu den benachbarten Staaten fand im Reformprozess eine konkrete Neuorientierung statt. In diesem Zusammenhang bildet besonders die außenpolitische Haltung der AKP-Regierung von Erdoğan in der Zypernfrage einen relevanten Schritt in Richtung Harmonisierung mit der GASP der EU. Die Türkei wurde seitens der EU in der Schlussfolgerung des Europäischen Rates von Thessaloniki und in den Beitrittspartnerschaften ermutigt, die Bemühungen des UN-Generalsekretärs um eine Lösung des Konfliktes energisch zu unterstützen.⁵⁴³ Die AKP-Regierung akzeptierte vor dem Referendum auf Zypern den UN-Plan des Generalsekretärs Annan zur Wiedervereinigung der Mittelmeerinsel und unterstützte die pro-europäische nordzyprriotische Regierung vom Premierminister Talat trotz der negativen Haltung des nordzyprriotischen Präsidenten Denктаş für die Zustimmung des UN-Plans.⁵⁴⁴ Darüber hinaus stellt der Regelmäßige Bericht der EU von 2003 fest, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland sich weiter verbessert haben und die Sondierungskontakte zwischen den beiden Staaten fortgeführt wurden. Ein weiterer positiver Schritt der Türkei war die Änderung der türkischen Politik in der NATO in Bezug auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, was eine weitere Annäherung der Türkei an die EU ermöglichen konnte. Die türkische Regierung stimmte den Moda-

⁵⁴¹ Für die Einzelheiten vgl. Kapitel 3 und Abschnitt 4 dieser Arbeit unter „Militär und Außenpolitik“.

⁵⁴² EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 47.

⁵⁴³ Ibid. S. 48.

⁵⁴⁴ Für die Einzelheiten siehe Abschnitt 4. 9. Türkische EU-Integration und Konflikte mit dem Nahen Europa: Zypernfrage.

litäten der Beteiligung nicht der EU angehörender europäischer Bündnispartner an von der EU unter Rückgriff auf NATO-Einrichtungen geführten Einsätzen zu und trug somit dazu bei, ein wichtiges Problem mit der EU zu lösen, das bislang der tatsächlichen Einleitung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entgegenstand⁵⁴⁵ und daher die Integration der Türkei an die EU negativ beeinflusste.

4.8.3. Bisherige Ergebnisse und Bewertung der türkischen Kandidatur

Seit der Anerkennung der Türkei als ein offizieller Beitrittskandidat der Europäischen Union nach der Tagung des Europäischen Rats in Helsinki (1999) und der Aufnahme der Türkei in die Heranführungsstrategie, in der sich auch die anderen Beitrittskandidaten der EU befanden und befinden, kann deutlich beobachtet werden, dass die türkischen Entscheidungsträger umfangreiche Reformen in die Tat umsetzen konnten, die das Ziel haben, das Land entsprechend den EU-Normen zu reformieren und das politische System des Landes zu transformieren, um die politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen zu erfüllen und mit den Beitrittsverhandlungen mit der Union beginnen zu können. Die EU spielt bei der Demokratisierung und dem Reformprozess der Türkei eine entscheidende Rolle. Die Entscheidungsträger der EU nehmen diese europäische Rolle durchaus wahr. Dem EU-Erweiterungskommissar Verheugen zufolge ist der Prozess der Modernisierung und Demokratisierung der Türkei und der Prozess der europäischen Integration des Landes untrennbar miteinander verbunden.⁵⁴⁶

Bisher wurden das politische System, das Justizsystem und Rechtsvorschriften von der Verfassung bis zu den Verwaltungsvorschriften im Rahmen mehreren großen politischen Reformpakete weitgehend reformiert. Es wurden dadurch in zahlreichen Rechtsbereichen grundlegende Änderungen eingeführt und realisiert. Darüber hinaus wurden umfassende Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ergriffen, politischer Willen für die Einhaltung der Menschenrechte und zum Minderheitenschutz demonstriert, zusätzliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte türkischer Staatsbürger anderer ethnischer Herkunft – Kurden, Tscherkessen, Bosnier – eingeführt. Der Regelmäßige EU-Bericht von 2003 weist darauf hin, dass einige Reformen politisch von großer Bedeu-

⁵⁴⁵ EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 48f.

⁵⁴⁶ Siehe Der Standart vom 13.05.2004, <http://derstandart.at/druck.asp?id=1664709>.

tung sind, weil sie im türkischen Kontext heikle Fragen wie die Meinungsfreiheit, die Demonstrationsfreiheit, die kulturellen Rechte der ethnischen Minderheiten und die zivile Kontrolle des Militärs betreffen.⁵⁴⁷ Auch im Bereich der Außenpolitik demonstrierten die türkischen Entscheidungsträger ihren Willen zur Lösung bilateraler Konflikte mit dem EU-Mitglied Griechenland und der Zypernfrage, um den Beitritt des wiedervereinigten Zypern in die EU entsprechend dem UN-Plan von Generalsekretär Annan zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang akzeptierte die türkische Regierung den UN-Wiedervereinigungsplan des Generalsekretärs Annan und nahm Einfluss auf die türkisch-zypriotische Regierung für eine Lösung im Sinne der UN und der EU.⁵⁴⁸ Die sich längst verbesserten Beziehungen zu Griechenland wurden auch von der Regierung Erdoğan intensiviert und vertieft.⁵⁴⁹

Trotz dieser durchaus umfassenden Reformen und Verbesserungen, die im Zusammenhang der Erfüllung der politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen als konkrete Schritte bewertet und von der EU begrüßt werden, stellt der Regelmäßige Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt von 2003 einige konkrete Problembereiche fest, die reform- und anpassungsbedürftig sind. Zusammenfassend werden folgende Punkte im Regelmäßigen Bericht von 2003 erwähnt:⁵⁵⁰

Die Präsenz der Vertreter des Militärs in einigen zivilen Behörden, eingeschränkte parlamentarische Kontrolle über die Militärausgaben, unvollkommene Effizienz des Justizsystems, uneinheitliche Umsetzung der Reformen vor Ort, Einschränkung der verabschiedeten politischen Reformen durch Exekutiv- und Justizbehörden, Existenz der Korruption trotz mehrerer Initiativen der Regierung, Probleme der Urteile der EGMR im Hinblick auf die Vollstreckung, Foltermeldungen – der Bericht bestätigt, dass gegen Folter und Misshandlungen stärker vorgegangen wurde und das türkische Rechtssystem sich in dieser Hinsicht stärker an die Standards der EU angenähert hat –, trotz der zugestandenen umfangreichen Rechte für die Häftlingen nicht immer gewährtes Recht auf

⁵⁴⁷ EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 46.

⁵⁴⁸ Hierzu siehe Kapitel 4 Abschnitt 11 dieser Arbeit.

⁵⁴⁹ Der dreitägige Besuch des Premierministers Erdoğan in Griechenland war ein gutes Beispiel dazu. Vgl. hierzu Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vom 7. Mai 2004, „Eine europäische Freundschaft“.

⁵⁵⁰ EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 46-49.

einen Anwalt in der Praxis, mangelnde Berufungsverfahren, unverhältnismäßiger Gebrauch von Gewalt der Behörden bei einigen Demonstrationen, in einigen Fällen die Verfolgung einiger Vereinigungen und Menschenrechtlern, das politische Verbotsverfahren gegen die prokurdische *Halkın Demokrasi Partisi* (Demokratiepartei des Volkes, HADEP), fehlende Rechtsfähigkeit von Religionsgemeinschaften, das Verbot der Ausbildung und Schulung ihrer Geistlichen und den uneingeschränkten Genuss ihrer Eigentumsrechte, fehlende Praxis der Minderheitensprachen (gemeint ist die kurdische Sprache) in Medien und Unterricht trotz der zugestandenen gesetzlichen Möglichkeiten. Der Regelmäßige Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt von 2003 bewertet die Anpassung der Türkei an die politischen Beitrittskriterien der EU von Kopenhagen wie folgt:

Insgesamt hat die Türkei im Laufe der letzten zwölf Monate weitere beeindruckende legislative Anstrengungen unternommen, die im Hinblick auf die Einhaltung der politischen Kriterien von Kopenhagen einen bedeutenden Fortschritt darstellen. Die Türkei sollte sich in diesem Bericht hervorgehobenen, noch offen stehenden Fragen zuwenden und dabei der Stärkung der Unabhängigkeit und der Funktionsweise der Justiz, dem allgemeinen Rahmen für den Genuss der Grundfreiheiten (Vereinigungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit), der weiteren Angleichung der Beziehungen zwischen Zivilsphäre und Militär an die europäische Praxis, der Lage im Südosten und den kulturellen Rechten besondere Aufmerksamkeit beimessen. Um zu gewährleisten, dass die türkischen Bürger Menschenrechte und Grundfreiheiten nach europäischen Standards genießen können, sollte die Türkei die vollständige und wirksame Umsetzung der Reformen gewährleisten. Darüber hinaus sollte die Türkei die Bemühungen um eine umfassende Lösung des Zypern-Problems nachdrücklich unterstützen.⁵⁵¹

Die Regierung Erdoğan erscheint entschlossen zu sein, auch diese letzten Defizite im türkischen Politik- und Rechtssystem aufzuheben. Das fünfte und letzte Reformpaket, das im Mai 2004 im Parlament erörtert und abgestimmt wurde, sah weitere Reformen vor, die den Anpas-

⁵⁵¹ EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 49.

sungsprozess der Türkei zur Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen bis Ende Frühling 2004 zu vollenden, um die baldige Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU zu ermöglichen. Mit diesem letzten Reformschritt wurden die Staatssicherheitsgerichte abgeschafft. Somit vollendete die Türkei weitgehend ihren vorgesehenen Reformprozess. Die türkische Regierung ist der Ansicht, dass die kritische Masse bezüglich der Erfüllung der politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen mit diesem Schritt erreicht wurde. Der EU-Erweiterungskommissar Verheugen bezeichnete die Reformen als einen „sehr bedeutenden Schritt“.⁵⁵² Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU dazu tendiert, trotz einiger wenigen Defizite an der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen, ist groß. Auch der EU-Erweiterungskommissar Verheugen deutete darauf hin.⁵⁵³

4.9. EU-Integration und Konflikte mit benachbartem Europa: Zypernfrage

Seit dem Beitritt Griechenlands in die EG/EU ist die griechische Haltung in Europa in Bezug auf die türkisch-europäischen Beziehungen von entscheidender Relevanz. Die EU-Mitgliedschaft Griechenlands verstärkte die Position der griechischen Entscheidungsträger in allen bilateralen Konflikten und Konfliktpotenzialen mit der Türkei sowie im Hinblick auf die griechische Politik in der Zypernfrage gegenüber den Positionen der türkischen Entscheidungsträger, da Griechenland über weitgehende Einflussmöglichkeiten in der EU verfügt. In die EU trägt die griechische Regierung die außenpolitischen bilateralen Probleme mit den Nachbarstaaten und in der EU sucht Griechenland politische Unterstützung in der Zypernfrage,⁵⁵⁴ indem die griechischen Entscheidungsträger einerseits die Probleme ihres Landes in der regionalen Konstellation europäisieren und andererseits die EU für griechische Interessen instrumentalisieren. In diesem Zusammenhang kann man von einem latenten „Trilaterismus“⁵⁵⁵ in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU

⁵⁵² Siehe Der Standart vom 18.05.2004, <http://derstandart.at/druck.asp?id=1668895>.

⁵⁵³ Siehe Tageszeitung Hürriyet vom 28. Mai 2004.

⁵⁵⁴ Meinardus, Ronald: Griechenland in Europa: Probleme und Perspektiven, in: Südosteuropa Mitteilungen, 4/32 (1992), S. 275-280; S.280.

⁵⁵⁵ Kramer, Heinz: Der türkische EG-Beitrittsantrag und der „griechische Faktor“, in: Europa Archiv, 42 (1987), S.605-614; S.605.

sprechen, denn die türkisch-griechischen Konflikte haben aufgrund der Instrumentalisierung der EU bezüglich dieser bilateralen Konflikte auch den türkischen Integrationsprozess in Europa im negativen Sinne beeinflusst. Es wurde insbesondere in den 90er Jahren observiert, dass Konflikte und Konfliktpotentiale wie die Zypernproblematik oder z.B. die bilateralen Ägäisfragen zwischen der Türkei und Griechenland im Zusammenhang der türkischen EU-Kandidatur zunehmend an Relevanz gewannen und sich zu einer weiteren Determinante der türkisch-europäischen Beziehungen entwickelten. Während die türkisch-griechischen Beziehungen sich seit der offiziellen Beitrittskandidatur der Türkei deutlich verbesserten und insbesondere infolge der Annäherungspolitik des türkischen Außenministers Cem und des griechischen Außenministers Papandreou, später aber auch zwischen der Regierung Erdoğan und Regierung Karamanlis und aufgrund der zunehmenden Unterstützung der EU durch die EU-Kandidatur der Türkei eine neue Ära in den türkisch-griechischen Beziehungen anfangen konnte, entwickelte sich die Zypernproblematik zu einer Belastungsfaktor in den Türkei-EU-Beziehungen.

Zypern ist eine Insel im nordöstlichen Mittelmeer, deren Entfernung zu der nächsten Landmasse, nämlich der anatolischen Halbinsel, lediglich 70 Kilometer beträgt. Im engeren geographischen Sinne gehört Zypern, wie die anatolische Halbinsel, zu Asien. Im Hinblick auf ihrer kulturellen Identität, die ihre Referenzen sowohl von der griechischen, wie auch von der türkischen Kultur bezieht, gehört die Insel jedoch historisch und kulturell genauso wie die Türkei zu Europa. Die günstige geopolitische Lage Zyperns zwischen regionalen (Türkei und Griechenland) und nicht regionalen Mächten (Großbritannien) ist eine wesentliche Determinante der politischen Spaltung und des Konfliktes auf der Mittelmeerinsel. Auf Zypern befinden sich seit der Teilung der Insel im Jahre 1974 de facto zwei Regierungen. Der griechische Teil Zyperns im Süden der Mittelmeerinsel ist international anerkannt und wird ausgehend der von der 1960 gegründeten griechisch-türkischen Republik Zyperns, wobei die internationale Gemeinschaft anerkennt, dass die Südrepublik der Zyperngriechen das ganze Zypern repräsentiert. Der türkische Teil Zyperns im Norden proklamierte 1975 den *Kıbrıs Türk Federe Cumhuriyeti* (Türkischen Föderalrepublik von Zypern) und später die *Kuzey Kıbrıs Türk Cumhuriyeti* (Türkische Republik Nordzyperns). Auch der türkische Teil verfügt also seitdem über eigene Souveränität und Eigenstaatlichkeit, die jedoch außer der Türkei international nicht anerkannt ist. Seit dem Beginn der 90er Jahren entwickelte sich der Zypernkonflikt ange-

sichts der EU-Kandidatur der Türkei und Zyperns zunehmend zu einem die Beziehungen der Türkei zur EU belastenden Problem.

Die von dem Osmanischen Imperium 1571 von den Venezianern eroberte Mittelmeerinsel Zypern gelang 1914 nach dem Kriegseintritt der Türken durch die Annexion unter britische Kontrolle und wurde 1925 zur britischen Kolonie. Während die griechischen Zyprioten, die im Grunde Zypern als eine griechische Insel betrachteten und die Existenz der türkischen Zyprioten ignorierten, versuchten, die britische Kolonialherrschaft auf Zypern zu beenden und die *Enosis* (Vereinigung der Insel mit Griechenland) zu verwirklichen, positionierten die türkischen Zyprioten für die Erhaltung des Status quo, um die Annexion der Insel von Griechenland zu verhindern. Dieser Perzeptions- und Interessenkonflikt verursachte Spannungen zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten. Die Türkei positionierte sich vom Anfang an gegen die *Enosis*, also gegen die Vereinigung Zyperns mit Griechenland und betonte die Existenz der zwei Völker auf der Insel. Griechenland hingegen sympathisierte mit dem Gedankengut der *Enosis* und unterstützte die nationalistischen Bemühungen der Inselgriechen. Zypern erlangte 1959 die Unabhängigkeit durch die von Großbritannien, der Türkei und Griechenland ausgehandelten internationalen Verträge von London und Zürich. Gemäß diesen Verträgen wurde im Rahmen der Verfassung der neu gegründeten Republik Zypern bestätigt, dass die Mittelmeerinsel die gemeinsame Heimat der Inselgriechen und Inseltürken ist und die Problematik der Repräsentation der beiden Staatsvölker in der Administration mit den in der Verfassung festgelegten Quoten (70% griechisch und 30% türkisch bzw. 60% griechisch und 40% türkisch) gelöst. Durch die Verträge wurde darüber hinaus jede mögliche Vereinigung bzw. Union Zyperns mit einem anderen Staat oder Staatenbund sowie Mitgliedschaft in einer politischen Organisation, in der alle drei Garantiemächte nicht Mitglied sind, verhindert sowie die Veränderung bestimmter Artikel der zypriotischen Verfassung – zusammen mit einem Garantievertrag – untersagt.⁵⁵⁶ Mit dem Garantievertrag wurde ebenfalls festgelegt, dass die drei Garantiemächte, Türkei, Griechenland und Großbritannien, aufgrund ihres Garantiemacht-Status das Recht erhielten, unter bestimmten Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der vertraglich festgelegten und/oder konstitutionellen Ordnung auch allein auf Zypern intervenie-

⁵⁵⁶ Vgl. Gürel, Şükrü: *Tarihsel Boyut İçinde Türk Yunan İlişkileri (1821-1993)*, Ankara 1993, S.56; S.148.

ren zu können.⁵⁵⁷ Durch die Gründung der Republik Zypern erschien vorerst die *Enosis* (griechisch-zypriotischer Anschlussgedanke) gescheitert zu sein.

Die Gründung der Republik Zypern konnte jedoch die Konflikte zwischen den türkischen und griechischen Zyprioten nicht lösen. Im Jahre 1963 entstanden in der zypriotischen Regierung zwischen den türkischen und griechischen Regierungsmitgliedern aufgrund einiger Änderungsvorschläge der griechischen Zyprioten zur Verfassung von 1960 äußerst kontroverse Positionen.⁵⁵⁸ Mitte 1964 wurde das Verfassungsprinzip, das die Volksrepräsentativität zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten in administrativen Bereichen der Republik entsprechend dem oben erwähnten Quotensystem regulierte, von den griechisch-zypriotischen Entscheidungsträgern abgeschafft.⁵⁵⁹ Dies löste weitere gewaltige Konflikte zwischen den beiden Völkern aus. Die Inseltürken verloren de jure ihre verfassungsmäßigen Rechte sowie de facto ihren rechtmäßigen Status als Staatsvolk und wurden dazu gezwungen, in Ghettos zu leben.⁵⁶⁰ Die Einsetzung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNO) konnte die Ordnung und Ruhe auf der Insel nicht wiederherstellen. Die türkischen Entscheidungsträger tendierten dazu, entsprechend den Garantieverträgen zu intervenieren. Die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen wurden infolge einer unmittelbar bevorstehenden türkischen Intervention auf Zypern äußerst belastet, da die USA der türkischen Intervention nicht zustimmten.⁵⁶¹ Im Februar 1966 äußerten die griechische Regierung und der Präsident Zyperns, Makarios, in Athen ihren Willen, die *Enosis* zu verwirklichen. Die türkischen Zyprioten begannen daraufhin mit der Konstituierung ihrer separaten Verwaltungsräte in ihren Enklaven. Im Jahr 1967 musste Griechenland und die zyperngriechische Regierung aufgrund der Initiative der türkischen Regierung nach der aggressiven Haltung der zyperngriechischer

⁵⁵⁷ UNTS. 382. 1960. Dok. 5475, S.4-6. Zit. nach Grothusen, Klaus-Detlev: Die politische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg. Außenpolitik, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.): Südosteuropa-Handbuch IV. Türkei, Göttingen 1985, S.128.

⁵⁵⁸ Wolfe, James H.: Zypern. Teilung der Macht oder Teilung des Landes?, München 1987, S.71.

⁵⁵⁹ Bölükbaşı, Süha: Türkiye'nin Yakınındaki Avrupa ile İlişkileri, in: Eralp, Atila (Hg.): Türkiye ve Avrupa. Batılılaşma Kalkınma Demokrasi, Ankara 1997, S.241-276; S.243.

⁵⁶⁰ Bölükbaşı, S.243.

⁵⁶¹ Der US-Präsident Johnson drohte der türkischen Regierung mit der Isolation seitens der NATO im Falle einer Eskalation des Konflikts mit der Beteiligung der Sowjetunion. Vgl. Grothusen, S.119.

Nationalgarde unter dem Kommando des ehemaligen EOKA-Führers General Grivas gegen die türkischen Siedlungen und den darauf folgenden Eskalationen zwischen den zypriotischen Völkern hinnehmen, eine Division (ca. 20 Tausend) griechische Soldaten, die vertragswidrig und heimlich auf Zypern stationiert wurden, abzuziehen.⁵⁶² Der zunehmende Druck der griechischen Zyprioten auf die türkischen Zyprioten verstärkte die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den türkischen und griechischen Völkern auf der Insel weiter. Die türkischen Zyprioten mussten auf ca. 5% der Insel in Ghettos leben und ihre Existenz war ohne finanzielle Unterstützung aus dem türkischen Festland nicht mehr zu gewährleisten.⁵⁶³

In den 70er Jahren nahm der Druck der griechischen Zyprioten auf die türkischen Zyprioten zu. Die Angriffe und Aktivitäten der griechischen Nationalgarde und der griechischen rechtsradikalen EOKA-B, die das nationalistische Endziel der Enosis beabsichtigten, führten zur Eskalation und letztendlich zum Bürgerkrieg. Die Militärregierung in Griechenland unterstützte die ultranationalistische und verfassungswidrige *Enosis*-Bewegung der Inselgriechen. Darunter litten insbesondere die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland. Es fand am 15. Juli 1974 ein Staatsstreich der griechischen Nationalgarde unter der Führung von Nicos Sampson, eines griechischen Rechtsradikalen, gegen die Regierung Makarios mit dem Ziel, die Vereinigung der Insel mit Griechenland zu realisieren, statt.⁵⁶⁴ Der zyperngriechischer Präsident Makarios musste die Insel verlassen. Hinter diesem Staatsstreich stand das Militärregime in Griechenland.⁵⁶⁵

Der rechtsradikale griechische Staatsstreich, das Ende der rechtsstaatlichen demokratischen Grundordnung und die völlige Abschaffung der Konstitution in der Inselrepublik gefährdete die Sicherheit und Existenz der Inseltürken. Aufgrund dieser Entwicklung entschied sich die türkische Regierung, anlehnend an ihrem in den Verträgen von London und Zürich festgelegten Status als Garantiemacht militärische Maßnahmen zu ergreifen. Die türkische Marineinfanteristen und Sondereinheiten landeten folglich am 20. Juli 1974 auf Zypern und gewährleisteten zunächst einen schmalen Korridor im Norden der Insel. Nach der türki-

⁵⁶² Bölükbaşı, S.244. Für die Einzelheiten siehe auch Zelepos, Ioannis: Zeittafel, in: Grothusen, Klaus-Detlev & Steffani W. & Zervakis, P. (Hg.): Zypern. Südosteuropa-Handbuch, Bd. VIII, Göttingen 1998, S.820-842.

⁵⁶³ Bölükbaşı, S.243ff.

⁵⁶⁴ Dokumente zur Zypern-Krise, in: Europa Archiv, 29/19 (1974), D. 439-460; D. 439.

⁵⁶⁵ Grothusen, S.13

schen Intervention auf Zypern trat das griechische Militärregime in Griechenland zurück und es wurde die rechtsstaatliche demokratische Grundordnung in Griechenland wieder hergestellt. In der Genfer Konferenz, an der die Garantiemächte (Großbritannien, Türkei und Griechenland) sowie die USA und die Sowjetunion als Beobachter teilnahmen, konnten keine positiven Ergebnisse erzielt werden, woraufhin die türkische Regierung am 14. August 1974 die zweite militärische Operation auf Zypern startete und etwa 36% der Mittelmeerinsel unter türkische Kontrolle brachte. Seitdem ist die Mittelmeerinsel in zwei Regionen geteilt: Im Süden der Insel bilden die Griechen, im Norden der Insel bilden die Türken die Mehrheit.

Beim Zypernkonflikt sollen die entgegen gesetzten Interessen sowie die Machtverhältnisse der an der Konfliktkonstellation beteiligten Akteure zusammenfassend behandelt werden, da diese im Grunde auch die späteren Perzeptionen der Akteuren bestimmen. Griechenland und die griechischen Zyprioten beabsichtigten seit den Fünfziger Jahren, die britische Kolonialherrschaft auf Zypern zu beenden und die Mittelmeerinsel mit Griechenland zu vereinigen. Sowohl die griechischen wie auch die zyperngriechischen Machteliten und Entscheidungsträger nahmen Zypern als eine griechische Insel wahr und ignorierten die Existenz der Zyperntürken bzw. betrachteten sie nicht als Staatsvolk, sondern als eine Minderheit auf Zypern. Die türkischen Machteliten und Entscheidungsträger schätzten hingegen die Vereinigung Zyperns mit Griechenland als das negativste Szenario ein. Zum einen begründeten sie ihre Wahrnehmung mit der fehlenden Sicherheit der türkischen Volksgruppe unter einem griechischen Unitarstaat, zum anderen betonten sie den international anerkannten Status der Zyperntürken als ein mit staatstragendes Volk. Die türkischen Machteliten und Entscheidungsträger betrachteten die griechische Politik in der Zypernfrage (Enosis) aus der Perspektive des Traumas der griechischen Expansion für die Verwirklichung der *Megali Idea* (Idee eines Großgriechenlands) zu Beginn des 20. Jahrhunderts – sogar die westlichen Regionen der heutigen Türkei wurden nach dem Ersten Weltkrieg von den griechischen Truppen besetzt – seit der Unabhängigkeit Griechenlands. Auf der anderen Seite nahmen alle drei Garantiemächte (Großbritannien, Türkei, Griechenland) die strategische Relevanz Zyperns jeweils aus ihrem eigenen Interessenblickwinkel wahr und gestalteten ihre Außenpolitik entsprechend dieser Interessenperzeption. Großbritannien beabsichtigte seine sicherheitspolitisch und militärisch relevante Präsenz auf der Insel aufrechterhalten und erhielt gemäß den Verträgen von London und Zürich relevante Militärstützpunkte auf

Zypern. Die strategischen Interessen Griechenlands und der Türkei waren bei dem Zypernkonflikt entgegengesetzt: während die griechischen Entscheidungsträger beabsichtigten, durch die Annexion Zyperns die anatolische Halbinsel einzukreisen, die Türkei somit im östlichen Mittelmeer militärisch weitgehend zu entmachten und sie vom europäischen Nordostmittelmeerraum zu isolieren, interpretierten die türkischen Entscheidungsträger eine etwaige Entwicklung in der östlichen Mittelmeerregion zugunsten Griechenlands als ein erheblicher Verlust des relevanten Teiles ihrer geostrategischer Bedeutung sowie als eine direkte Bedrohung gegen die nationale Sicherheit der Türkei, da im Falle der Annexion Zyperns von Griechenland die Lage der türkischen Marine ernsthaft beeinträchtigt wäre, was wiederum die Verteidigung der Türkei erschweren würde. Es gab für die beiden Akteure natürlich auch innenpolitische Gründe. Sowohl in der Türkei als auch in Griechenland war Zypern ein weitgehend emotionales und zum Teil ein primär nationalistisch erfasstes Thema. Daher mussten die Entscheidungsträger beider Ägäisländer jeweils die öffentliche Brisanz bei ihren Entscheidungen über die Zypernfrage mit berücksichtigen. Durch die Zypernintervention realisierte die Türkei die geographische, demographische und politische Teilung Zyperns und gewährleistete die Sicherheit der türkischen Zyprioten, die anschließend die Möglichkeit erhielten, ihre Eigenstaatlichkeit zu erlangen. Darüber hinaus erlangte die Türkei durch diese geringfügige militärische Machtprojektion eine kontinuierliche militärische Präsenz auf Zypern, verdeutlichte ihre Position und ihre Entschlossenheit im europäischen Nordostmittelmeer, gegen einseitige Status-quo-Änderungen (auch im östlichen Ägäis) ebenfalls einseitig sowie auch mit militärischer Machtprojektion zu reagieren. Dies scheint eine konzeptionelle Änderung in der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik zu sein, wenn man die vergangene türkische Haltung in türkisch-griechischen Konflikten betrachtet. Es geht hierbei um die Darstellung der türkischen Perzeptionen und deren Folgen, die den außenpolitischen Entscheidungsprozess und die Gestaltung der auswärtigen Politik der Türkei beeinflusst haben. Die Frage, ob die türkischen Entscheidungsträger bei ihrer Entscheidung für die Ergreifung militärischer Maßnahmen in einer internationalen Konfliktkonstellation im Recht oder Unrecht waren, sei in diesem Kontext dahingestellt. Die Beweggründe der Konfliktakteure sind ebenso mannigfaltig wie ihre polymorphen Perzeptionen bezüglich der Legitimitätsansprüche ihrer außenpolitischen Entscheidungen.

Die Zypernintervention und folglich die Existenz der türkischen Truppen auf Zypern hatten mehrere außenpolitische Folgen, die sowohl

kurz- als auch langfristiger Art sind. Kurzfristig gesehen verursachte die Zypernintervention eine fast totale außenpolitische Isolierung der Türkei in der internationalen Politik.⁵⁶⁶ Die USA verhängten nach der Intervention von 1974 gegen die Türkei ein Waffenembargo, das die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen sowie die Position der Türkei in den transatlantischen Beziehungen weitgehend beeinträchtigte. Auch die Existenz eines zyperntürkischen Staates wurde bisher international nicht anerkannt. Die langfristigen Folgen der Zypernintervention und des danach entstandenen politischen Zustandes betrafen die bilateralen Beziehungen der Türkei zu Griechenland und den türkischen EU-Integrationsprozess.

Seit der türkischen Intervention von 1974 fanden zwischen den politischen Machtinhabern der beiden zypriotischen Volksgruppen insbesondere durch die Initiativen der Vereinten Nationen (UN) zahlreiche Gespräche statt, die bisher zu keiner Lösung des Konfliktes führen konnten. Die Lösungsvorschläge variierten von einer stark zentralistisch orientierten Föderation (zyperngriechische Tendenz) bis zu einer lockeren Konföderation (zyperntürkische Tendenz) jeweils mit geteilten Territorien. Weitere Komponenten der Verhandlungen waren die Festlegung der Größe der zyperntürkischen und zyperngriechischen Territorien, die Garantieregulierung, die Existenz ausländischer Truppen auf Zypern, die Gleichberechtigungs- und Anerkennungsproblematik der zyperntürkischer Seite, Frage der so genannten Drei-Freiheiten der zyperngriechischer Seite. Es lässt sich feststellen, dass es sich bei diesem Konflikt um eine mehrdimensionale Komplexität handelt.

Die Konfliktkonstellation verkomplizierte sich zunehmend insbesondere nach dem Beginn des EU-Integrationsprozesses Zyperns (im Folgenden wird mit Zypern die zyperngriechische Regierung im Süden der Insel gemeint). Es existieren folgende Dimensionen des Konfliktes: die bilaterale Dimension, die die türkisch-griechischen Beziehungen betrifft, die internationale Dimension, die sowohl die Garantiemächte als auch die beiden zypriotischen Volksgruppen sowie die USA und die UN betrifft, und die Dimension der EU, die sowohl den EU-Erweiterungsprozess im Hinblick auf den Integrationsprozess der Türkei und Zyperns, als auch die europäische Sicherheit grundsätzlich betrifft. Die dritte Dimension ist im Hinblick auf die Thematik, die in dieser Arbeit behandelt wird, von großer Relevanz.

Sowohl die Türkei als auch Zypern waren Beitrittskandidaten der EU. Die EU bot Zypern mit dem Ratbeschluss vom 6. März 1995 eine

⁵⁶⁶ Grothusen, S.134.

konkrete Beitrittsperspektive und sicherte der Regierung Zyperns die Aufnahme der Beitrittsgespräche zu.⁵⁶⁷ Die EU brachte zwar mehrfach ihren Willen zum Ausdruck, die Zyperntürken in die Beitrittsverhandlungen einzubeziehen und Gesamtzypern in die Union aufzunehmen,⁵⁶⁸ doch die Frage, mit welchem Status die türkischen Zyprioten an den Verhandlungen teilnehmen würden, war äußerst strittig und betraf die entgegen gesetzten Perzeptionen der zypriotischen Volksgruppen. Die Entscheidungsträger der EU konnten während der Beitrittsverhandlungen ihre Strategie bezüglich der Teilnahme des nördlichen türkischen Teils der Insel nicht konkretisieren und dadurch erhielt der südlich griechische Teil erhebliche Vorteile sowohl in den Beitrittsverhandlungen als auch, und viel wichtiger, in den Verhandlungen für die Wiedervereinigung der Insel gemäß dem UN-Plan. Die Politik des zyperntürkischen Präsidenten Denktaş begünstigte die vorteilhafte Position der griechischen Republik Zyperns. Denn er schloss die Teilnahme an den Beitrittsverhandlungen sowie den Beitritt des türkischen Teiles in die EU aus, wenn die Souveränität und Gleichberechtigung der Türkischen Republik Nordzyperns von der EU nicht anerkannt werden. Die EU betonte bisher mehrfach, dass Zypern der Union beitreten wird, selbst wenn die zyperntürkische Führung ihre Position nicht überdenkt. Es wurde also seitens der EU vom Anfang an nicht ausgeschlossen, dass ein geteiltes Zypern der EU beitreten kann. Diese Option wurde zwar von den Entscheidungsträger der EU als die letzte Möglichkeit betrachtet, doch die Wahrscheinlichkeit, dass nur der griechische Teil Zyperns in die EU aufgenommen wird, erschien angesichts der letzten Entwicklungen deutlich höher zu sein als der gleichzeitige Beitritt Gesamtzyperns. Aufgrund dieser EU-Politik betrachteten die Entscheidungsträger der griechischen Südrepublik den EU-Beitritt als garantiert, was ihre Kompromissbereitschaft für die Wiedervereinigung der Insel deutlich reduzierte. Andererseits erklärten sowohl die Entscheidungsträger der Türkei als auch die Regierung der Türkischen Republik Nordzyperns bisher mehrfach ihre politische Entschlossenheit als Sanktion auf einen derartigen Schritt der EU, dass die Türkei und Nordzypern sich politisch und wirtschaftlich entsprechend der Integration Südzyperns in der EU integrieren werden, falls die EU den griechischen Teil Zyperns als einzige politische Vertretung der gesamten Insel aufnehmen sollte. Doch die EU-Beitrittsperspektive der Türkei, die weitgehende Systemtransformation

⁵⁶⁷ Axt, Konflikttriade, S.33-38.

⁵⁶⁸ Ibid. S.36.

und Demokratisierung und die konstruktive und unparteiliche Initiative der Vereinten Nationen zur Lösung des Konflikts trugen zu einer außenpolitischen Positionsänderung der türkischen Entscheidungsträger bei. Erst der neuen AKP-Regierung unter Premierminister Erdoğan gelang es, in diesem Zusammenhang eine außenpolitische Neuorientierung in der Zypernfrage und den ausgehandelten UN-Lösungsplan in der Türkei durchzusetzen.

Die Hoffnungen der EU bezüglich der Mitaufnahme des türkischen Teiles erschien anfangs größtenteils gescheitert zu sein, als der Zypernplan des UN-Generalsekretärs Annan von der zyperntürkischen Regierung unter entscheidendem Einfluss des Präsidenten Denктаş vorübergehend abgelehnt wurde. Denктаş begründete seine Haltung mit seinen Bedenken bezüglich der mangelnden Anerkennung der zyperntürkischen Souveränität und Staatlichkeit sowie mit der ungerechten Teilung der Territorien, insbesondere aber der Wasserquellen, gemäß dem Zypernplan der UN-Generalsekretärs.⁵⁶⁹ Die türkische Regierung von Gül bzw. Erdoğan (beide AKP) war hingegen von Beginn des Prozesses an für die Wiedervereinigung Zyperns gemäß dem UN-Plan. Auch die Motivation der türkischen Entscheidungsträger für ihre eigene EU-Option bzw. den Beitritt in die EU spielte in der Zypernpolitik der Türkei in der nahen Geschichte eine Rolle, weil die türkischen Entscheidungsträger zutreffender Weise diagnostizierten, dass der chronische Zypernkonflikt den türkischen Integrationsprozess in der EU ernsthaft beeinträchtigte. Die Haltung des zyperntürkischen Präsidenten Denктаş wurde daher in der türkischen Perzeption zunehmend als eine ernstzunehmende Barriere gegen die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei betrachtet. Der türkischen Regierung gelang es vorerst nicht, den zyperntürkischen Präsidenten Denктаş zu der Zustimmung des UN-Plans zu überzeugen. Auf der anderen Seite erhoffte die zyperntürkische Bevölkerung einen baldigen Beitritt Zyperns in die EU mit den griechischen Zyprioten zusammen und war größtenteils für den UN-Friedensplan. Im Frühjahr 2003 protestierten zahlreiche Zyperntürken gegen die Tendenz von Denктаş, den UN-Plan abzulehnen, was gleichzeitig eine Absage gegen die Beitrittsoption der Inseltürken in die EU bedeuten würde. Zahlreiche türkische Zyprioten erhielten bisher auf eigenen Antrag den Rei-

⁵⁶⁹ Gemäß dem UN-Plan wurde der nordzypriotische türkische Teil Zyperns als Gründerstaat des neuen bizonalen föderalen Staates auf Zypern festgelegt. Dies ermöglichte den türkischen Zyprioten einen egalitären Status mit den griechischen Zyprioten zusammen. Somit wurde die türkische These der Bizonalität auch von der UN und der EU akzeptiert.

sepass der griechischen Regierung Zypern. Darauf hin entschied sich die zyperntürkische Regierung überraschend, die seit der türkischen Intervention von 1974 gesperrte Grenze zwischen den beiden Teilen der Insel wieder zu eröffnen. Tausende türkische und griechische Zyprioten besuchten bisher gegenseitig den anderen Teil der Insel. Dies trug sicherlich zur Normalisierung der Wahrnehmung der anderen Seite bei. Diese Demonstrationen trugen freilich auch dazu bei, dass der Präsident des türkischen Teiles Denktaş, der sich offensichtlich gegen den UN-Plan vom Generalsekretär Annan positionierte, seine innenpolitische Kontrolle erheblich verloren hat, was bei den jüngsten Wahlen im türkisch-nördlichen Teil der Mittelmeerinsel zu einem Machtwechsel führte. Der neue Premierminister Talat, ein Reformist und EU-Befürworter, forderte die Weiterführung der Verhandlungen mit der griechischen Seite auf der Basis des UN-Wiedervereinigungsplans des Generalsekretärs Annan. Diese Positionsänderung brachte diesmal den griechisch-südlichen Teil der Insel in Schwierigkeiten, weil eigentlich die griechisch-zypriotischen Entscheidungsträger den UN-Plan nicht zustimmen wollten, um die Souveränität mit den Zyperntürken nicht teilen zu müssen, denn der Annan-Plan akzeptierte vor allem die Souveränität des türkisch-nördlichen Teils der Insel als Gründerstaat der neuen bizonalen Föderation. Im Zeitraum März-April 2004 fanden nochmals bilaterale Zyperngespräche unter Beteiligung der UN mit dem UN-Sonderbeauftragten Alvaro de Soto auf der Basis des Wiedervereinigungsplans des UN-Generalsekretärs Annan statt. Diesmal mussten die Verhandlungsführer beider Seiten akzeptieren, beim Scheitern der Gespräche den UN-Plan jeweils in beiden Inselteilen zur Volksabstimmung zu bringen, welche am 24. April 2004 stattfinden sollte. Auch die EU und die USA standen hinter dem Wiedervereinigungsplan der UN.

Seitdem die türkischen Zyprioten in der nördlichen Teilrepublik und vor allem die Türkei dem UN-Plan von Annan zugestimmt haben, verdeutlichte sich die Positionierung der griechisch-zypriotischen Entscheidungsträger des südlichen Teils der Insel gegen die Wiedervereinigung. Im Griechischen Teil forderte sogar der Präsident Papadopoulos die griechisch-zypriotische Bevölkerung auf, im Referendum gegen den UN-Plan zu stimmen. Der EU-Kommissar für die Erweiterung Günter Verheugen warnte die griechisch-zypriotische Seite vor den negativen Folgen einer Ablehnung des Wiedervereinigungsplans der UN und bezeichnete den UN-Plan als letzte Chance.⁵⁷⁰ Am 24. April 2004 stimmten

⁵⁷⁰ Tageszeitung Hürriyet, vom 8. 04. 2004.

76% der Inselgriechen gegen den UN-Plan und gegen die Wiedervereinigung Zyperns. Im türkischen Norden der Insel hingegen stimmte 65% der Inseltürken für den UN-Plan und brachten somit ihren politischen Willen in Ausdruck, in einer vereinigten Föderation Zypern zusammen mit den Inselgriechen die Souveränität zu teilen.⁵⁷¹

Das Referendum vom 24. April verursachte einige äußerst relevante Änderungen in der Gesamtkonstellation. Die griechischen Zyprioten bestätigten indirekt die Teilung der Insel gemäß der Grenze von 1974 und lehnten eindeutig die Integration mit den Inseltürken. Da der griechische Teil im Süden der Insel unter diesen Konditionen am 1. Mai 2004 alleine der EU beitreten sollte, würde die Grenze von 1974 zwischen dem griechischen Süden und türkischen Norden auf der Insel ab dem Beitritt der Inselgriechen die Außengrenze der EU. Die Inselgriechen bestätigten mit dem Ergebnis des Referendums indirekt, dass die griechisch-zypriotische Bevölkerung im Süden das Interesse eindeutig nicht wahrnimmt, in einem wiedervereinigten föderalen Staat bestehend aus einer griechischen und einer türkischen Teilrepublik zu leben. Auch der griechisch-zypriotische Präsident Papadopoulos, seine Partei sowie die sozialistische AKEL und andere kleinere Parteien im griechischen Teil trugen trotz des politischen Drucks des UN-Generalsekretärs Annan, der EU und der USA mit ihrer bewussten politischen Anti-Haltung gegen den UN-Plan zum Ergebnis des Referendums im griechischen Teil deutlich bei. Es ist zu erwarten, dass die Regierung der griechisch dominierten Republik Zypern im Süden der Insel aufgrund ihrer Politik und der Haltung der Mehrheit ihrer Bevölkerung im Referendum erhebliche Schwierigkeiten haben könnten, ihre bisher geltende offizielle Position, die gesamte Insel zu repräsentieren, vor der internationalen Gemeinschaft weiter zu vertreten.

Die türkische Regierung brachte mit ihrer neuen Zypernpolitik, die darauf basiert war, den UN-Plan zu akzeptieren und die Wiedervereinigung Zyperns gemäß diesem Plan zu unterstützen, ihren europahanen politischen Willen zum Ausdruck. Gemäß dem UN-Plan akzeptierte die türkische Regierung die Präsenz der türkischen Truppen (etwa 20.000 Mann) bis auf eine symbolische Zahl völlig abzuziehen. Die türkischen Entscheidungsträger, vor allem Premierminister Erdoğan und Außenminister Gül, hielten an dieser politischen Haltung in der Zypernfrage fest und manifestierten deutlich, dass die Türkei nicht eine Konfliktpartei bleiben will, die an keiner Lösung interessiert ist, sondern im Gegen-

⁵⁷¹ Euronews Nachrichten vom 24. 04. 2004. Tageszeitung Milliyet vom 25.04.2004.

teil, dass die Türkei sowohl in der Verhandlungsphase des UN-Plans, wie auch nachher bis zum Referendum kompromissbereit war. Die türkischen Entscheidungsträger akzeptierten den UN-Plan mit seinen negativen und positiven Komponenten und berücksichtigten die europäische Dimension der Zypernfrage in ihren Perzeptionen. Die Zypernfrage war und ist genauso wie in Griechenland ein sehr emotionales politisches Thema. Das historische Erbe der Problematik ist verständlicher Weise für alle Konfliktparteien von großer Bedeutung. In der Türkei positionierten sich einige Oppositionsparteien, vor allem die sozialdemokratische CHP von Baykal, ehemaliger Premierminister und Präsident Demirel sowie ehemalige Premierminister Ecevit und Erbakan, gegen die neue Zypernpolitik der Regierung Erdoğan. Auch Marginalgruppen wie die türkischen Rechtsextremisten und die politischen Anhänger der *İsçi Partisi* (Türkischen Arbeiterpartei) von Perinçek, positionierten sich gegen die neue Zypernpolitik der AKP-Regierung. Dennoch gaben die Entscheidungsträger den rationalen außenpolitischen Kurs in der Zypernfrage nicht auf und unterstützten weiterhin die UN- und EU-Position für die Wiedervereinigung Zyperns. Auch in der Türkischen Republik Nordzyprens unterstützte die Regierung von Talat den UN-Friedensplan und versuchte sogar, den Vorsitzenden der sozialistischen Koalitionspartner AKEL im griechischen Teil der Insel, Christofias, für die Zustimmung des UN-Plans zu überzeugen.⁵⁷² Die AKEL kündigte anfangs, den UN-Plan zu unterstützen und ihren Wählern die Zustimmung des Plans im Referendum zu empfehlen, veränderte jedoch diese Haltung nach der nationalistischen Stimmungswechsel auf der Insel. Im türkischen Teil forderte der türkisch-zypriotische Präsident Denktaş die Bevölkerung auf, dem UN-Plan nicht zuzustimmen. Dennoch änderten weder die Türkei noch die türkisch-zypriotische Regierung von Talat den politischen Kurs. Als Folge dieser innenpolitischen Konstellation verlor Präsident Denktaş überwiegend sein politisches Gewicht.

Die türkischen Entscheidungsträger betrachteten das Ergebnis des Referendums im griechischen Teil der Insel enttäuschend, jedoch als die demokratische Wahl der Inselgriechen. Nach der türkischen Wahrnehmung verpasste der griechische Teil somit die größte Chance für die Wiedervereinigung. Die türkischen Entscheidungsträger bewerteten das Ergebnis des Referendums als Bestätigung ihres friedlichen und EU-nahen außenpolitischen Kurses in der Zypernpolitik.⁵⁷³ Obwohl dieser

⁵⁷² Tageszeitung *Hürriyet* vom 14.04.2004.

⁵⁷³ Für die Perzeptionen der türkischen Entscheidungsträger vgl. die Statements von Erdoğan und Gül, TRT-Int, 24.04.2004.

außenpolitische Kurs die Wiedervereinigung auf der Insel nicht ermöglichen konnte, gelang es der Türkei, durch diese neue Zypernpolitik der internationalen Gemeinschaft und vor allem der EU zu zeigen, dass für das Bestehen des geteilten Status in Zypern nun die Türkei nicht mehr verantwortlich ist und die türkische Seite nicht mehr als Hindernis gegen die Lösung des Zypernkonflikts bezeichnet werden kann.⁵⁷⁴ Die türkische Entscheidungsträger betrachten die Folgen ihrer neuen Zypernpolitik als äußerst positiv, da sie davon ausgehen, dass nach dem Scheitern der Wiedervereinigung am griechischen Referendum die EU die Lösung der Zypernfrage nicht mehr mit den türkischen Beitrittsverhandlungen oder dem türkischen Beitritt verknüpfen wird. Die bisherige Last der ungelösten Zypernfrage wird nach dem Ergebnis des Referendums vom 24. April die türkische Außenpolitik, insbesondere aber die Türkei-EU-Beziehungen nicht mehr bestimmend beeinträchtigen. Andererseits wurde der griechische Teil Zyperns am 1. Mai 2004 Mitglied der EU. Dies kann die Türkei-EU-Beziehungen etwas verkomplizieren.

Solange der türkische Teil Zyperns, der seit Jahrzehnten getrennt vom griechischen Teil als international nicht anerkannte politische Einheit und als Staatswesen existiert bzw. kein gleichberechtigter Gründerstaat einer zypriotischen Föderation – wie der UN-Plan vorausgesetzt hat – ist, besteht permanent die Gefahr für die Inseltürken, vom wirtschaftlich stärkeren, mächtigeren und politisch anerkannten EU-Mitglied „Republik Zypern“ zur politisch entmachteten Minderheit degradiert zu werden. Gerade in diesem Kontext beinhaltet der alleinige Beitritt der Inselgriechen zur EU Konfliktpotenziale, denn die Türkei akzeptierte zwar als Garantiemacht den UN-Plan als Kompromiss, der den Inseltürken weitgehend den Status als Gründerstaat der neuen zypriotischen Föderation sowie egalitäre Rechte in der Verwaltung sowohl des eigenen Teilstaates wie auch des föderalen Staates gewährleistet hatte. Aber die andere Option, nämlich die Vereinigung auf Zypern ohne völkerrechtliche Garantien für die Inseltürken werden die türkischen Entscheidungsträger nicht hinnehmen. Dies brachten der türkische Premierminister Erdoğan und der Außenminister Gül deutlich zum Ausdruck.⁵⁷⁵ Es ist also nach dem 1. Mai 2004 vor allem eine Herausforderung für die EU, eine neue Strategie zu entwickeln, um derartige Konfliktpotenziale zu lindern, bevor sie eskalieren.

⁵⁷⁴ Statements von Erdoğan und Gül, TRT-Int, 24.04.2004.

⁵⁷⁵ Vgl. die Statements von Erdoğan und Gül, TRT-Int, 24.04.2004.

Das Ergebnis der UN-Friedens- und Wiedervereinigungsinitiative zeigte folgendes deutlich: es war zwar richtig anzunehmen, die Mitgliedschaft Zyperns und die Lösung der Zypernfrage miteinander zu verknüpfen, indem man dem griechischen Teil die Mitgliedschaft vorab zusicherte. Dies übte verständlicherweise enormen Druck auf die türkischen Entscheidungsträger und förderte die Kompromissbereitschaft der türkischen Regierung und der Regierung von Nordzypern. Aber es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die EU nicht damit gerechnet hat, dass der griechische Teil auf der Insel nicht allzu sehr an einer Lösung gemäß dem UN-Plan interessiert war, denn der UN-Plan erforderte Kompromisse von beiden Seiten, also nicht nur von der türkischen, sondern auch von der griechischen Seite. Doch die Entscheidungsträger der griechisch-zypriotischen Seite verfügten erstens über den Status als international anerkannten Staat und zweitens die Zusicherung für den Beitritt in die EU, was, anders als bei der türkischen Seite, ihre Kompromissbereitschaft völlig irrelevant machte. So forderte der griechisch-zypriotische Präsident Papadopoulos von seinem Volk eindeutig mit klarem Nein zu votieren und somit den UN-Plan abzulehnen, um die Gründung der Föderation gemäß dem UN-Plan nicht zu ermöglichen und die politische Macht mit der türkisch-zypriotischen Seite nicht zu teilen. Die griechisch-zypriotische Führung zeigte sich während der Verhandlungen zwar kompromissbereit, aber als die Große Nationalversammlung der Türkei (TBMM) und die Regierung von Erdoğan und die türkische Regierung von Nordzypern erklärten, den UN-Plan akzeptiert zu haben, änderte sie ihre Grundposition. Dies deutet darauf hin, dass die griechisch-zypriotischen Entscheidungsträger anfangs angenommen haben sollten, dass die türkische Seite und die Zyperntürken den UN-Plan ablehnen würden. Doch die Entscheidungsträger der Türkei und der Zyperntürken akzeptierten den UN-Plan. Daraufhin betrieb die Regierung Papadopoulos im griechischen Süden eine offensichtlich gegen den UN-Plan gerichtete Politik, um die griechisch-zypriotische Bevölkerung dazu zu bringen, den UN-Plan abzulehnen. Die griechisch-zypriotische Führung begründete diese Positionsänderung mit der fehlenden internationalen Garantie zum Rückzug der türkischen Truppen auf der Insel, obwohl der von der Türkei akzeptierte UN-Plan den Rückzug dieser Truppen vorgesehen hatte. Der Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums, Boucher, beschuldigte die Regierung von Papadopoulos sogar mit der Einschränkung der Pressefreiheit

und mit der Zensur im griechischen Teil.⁵⁷⁶ Der Kurswechsel der Regierung im griechischen Süden wurde in der EU ebenfalls energisch kritisiert. Der Erweiterungskommissar der EU, Verheugen, der den UN-Plan von Anfang an unterstützte, erklärte, von dem griechisch-zypriotischen Führer Papadopoulos irreführt zu sein.⁵⁷⁷

Während die Türkei und die türkischen Zyprioten mit einer friedlichen und EU-nahen Zypernpolitik eine endgültige Lösung gegen die Teilung der Mittelmeerinsel gemäß dem UN-Plan des Generalsekretärs Annan herbeizuführen versuchten, distanzieren sich die zyperngriechische Regierung von Papadopoulos und die führenden Parteien des griechischen Teils klar und deutlich vom UN-Plan. Die Bemühungen der UN, der EU und der USA, die Regierung Papadopoulos für die Zustimmung des UN-Plans zu überreden, mussten ebenfalls scheitern. Obwohl die Zypernpolitik der Türkei und die Haltung der türkisch-zypriotischen Regierung den deutlichen politischen Willen der türkischen Seite für die Wiedervereinigung Zyperns zeigten sowie die Bevölkerung des türkischen Nordzyperns mit einer klaren Mehrheit den UN-Plan zustimmten, konnte das Scheitern der Wiedervereinigung vor dem EU-Beitritt infolge des 76% Neins der griechischen Bevölkerung im Süden nicht verhindert werden. Dies kann als eine relative Erfolglosigkeit der Zypernpolitik der EU bezeichnet werden. Denn somit wurde am 1. Mai 2004 ein Land mit einem de facto und nach dem Ergebnis des Referendums auch de jure Teilung und mit eindeutig nicht gelösten innenpolitischen Problemen sowie vor allem unklar definierten Außengrenzen in die EU aufgenommen. Dadurch wurde zum ersten Mal in der Geschichte der EU auch ein multidimensionaler interner Konflikt mit höchst komplexen internationalen Dimensionen in die Europäische Union importiert. In mittlerer Zukunft könnte das Referendum über den UN-Plan im griechischen Teil der Insel wiederholt werden. Die Eigenstaatlichkeit der nordzyprischen Türken könnte außer der offiziellen Anerkennung als unabhängiges Völkerrechtssubjekt auch international stufenweise wahrgenommen werden. Eine offene Frage ist die Zollunion zwischen der Türkei und der EU. Nach dem Beitritt des griechischen Teils Zyperns – offiziell der Republik Zypern – zur EU ist die Türkei mit der Problematik der Ausdehnung ihrer Zollunion entsprechend der Erweiterung der EU konfrontiert. Die von der Türkei offiziell nicht anerkannte griechische Republik Zypern ist seit Mai 2004 EU-Mitglied. Diese Sachlage könnte den Beitritts-

⁵⁷⁶ Tageszeitung Milliyet vom 24.04.2004.

⁵⁷⁷ Tageszeitungen Milliyet, Cumhuriyet und Hürriyet im Zeitraum 22.04.2004-26.04.2004.

prozess der Türkei erheblich beeinträchtigen, falls die Entscheidungsträger der Türkei und der EU keine gemeinsame Lösung für dieses nun verkomplizierte Verhältnis zwischen der Türkei und der Republik Zypern finden können.

4.10. Synopsis

Die türkischen Entscheidungsträger der republikanischen Türkei nehmen ihr Land als ein Teil des europäischen Staatensystems und des europäischen Kontinents wahr. Die Vorgänger der osmanischen Türken, die Rum-Seldschuken (1071), bezeichneten sich selbst als Nachfolger Roms (Rum). Die osmanischen Türken übernahmen wesentliche Komponente der staatlichen Organisation und der politischen Kultur vom Oströmisch-Byzantinischen Reich. Die Türken sind seit mehr als 600 Jahren ein wichtiger Akteur der europäischen Staatenkonstellation, und zwar nicht nur als der „andere“ oder als Gegner, sondern oft auch als Verbündeter der anderen europäischen Mächte in Konflikten mit anderen europäischen Gegnern. Die Selbstperzeption der türkischen Führungseliten, sich anfangs nur in der Politik, später aber auch in anderen Bereichen europäisch wahrzunehmen, kann bis zu den Anfängen des Osmanischen Reichs zurückverfolgt werden. Die osmanischen Türken wurden nicht nur in wertneutralen Bereichen wie Technik, Wissenschaft und Verwaltung, sondern auch die politische Kultur, Bildungssystem und Rechtswesen des Osmanischen Reichs von den anderen europäischen Mächten beeinflusst. Der Einfluss Europas war umso intensiver, je mehr das Reich sich nach Europa orientierte. Diese Europaorientierung, die anfangs lediglich das Ziel hatte, die abnehmende Konkurrenzfähigkeit des türkischen Reichs wieder zu erlangen, rief auf langer Sicht eine weit reichende Systemtransformation des Osmanischen Reichs nach europäischem Muster und eine europäisierende Evolution des türkischen Volkes hervor. Das Osmanische Reich, dessen Führungseliten und Intellektuelle sowie das türkische Volk wurden auch von der Französischen Revolution sowohl im Hinblick auf die demokratische Transformation des Staatswesens, des politischen Systems und der politischen Kultur, wie auch im Zusammenhang der Selbstwahrnehmung und der modernen türkischen Identität stark beeinflusst. Die Akkumulation der politischen Kultur Europas manifestierte sich in den Debatten um die Idee der Nation nach der Französischen Revolution von 1789, in der ersten Verfassung des Osmanischen Reichs von 1876 und in der jungtürkischen

Revolution von 1908. Letztendlich die Gründung des ersten türkischen Nationalstaates (1920) und die Etablierung der republikanischen Regierungsform (1923) definierten die Türkei als Teil Europas und das türkische Volk als ein Teil der europäischen Familie. Die Interaktionen mit anderen europäischen Ländern setzte Transformation der islamisch geprägten türkischen Gesellschaft in Gang, die in der türkischen Kultur die europäischen Werte wie Freiheit, Gleichheit, Parlamentarismus, Säkularismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit etablieren ließ. Die Gründer der Republik basierten das neue politische System, das Rechtssystem und die gesellschaftliche Ordnung auf solchen Werten europäischen Ursprungs. In der Türkei entwickelten sich – anders als in vielen anderen Ländern mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung – zu keiner Zeit antiwestliche oder antikolonialistische Tendenzen, da die Türken als staatstragendes Volk in ihrer Geschichte nie kolonialisiert wurden. Sogar nach dem Befreiungskrieg (1919-1923), der hauptsächlich gegen die Besatzungsmächte der westlichen Großmächte wie Großbritannien, Frankreich und Italien, aber auch von Griechenland geführt wurde, entstanden in der Türkei keine antieuropäischen Tendenzen. Die republikanischen Führungseliten führten im Gegenteil fundamentale Reformen nicht nur im politischen System und dem Staats- und Rechtswesen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich und modernisierten das Land, um es weiter zu „europäisieren“. Die Türkei, die im Zweiten Weltkrieg von allen europäischen Mächten um eine Kriegsbeteiligung unter Druck gesetzt wurde, konnte bis zum Kriegsende ihren neutralen Status bewahren und nach der Spaltung Europas im Kalten Krieg, in dem sie sich angesichts der sowjetischen Bedrohung sicherheitspolitisch ebenfalls in unmittelbarer Gefahr befand, eine entscheidend relevante sicherheitspolitische Rolle für die Verteidigung des freien Europas als Teil von ihm übernehmen. Als NATO-Mitglied intensivierte die Türkei ihr Beziehungsgefüge mit dem restlichen freiheitlich-demokratischen Europa, nahm das Mehrparteiensystem an und wurde Mitglied im Europarat, Gründungsmitglied der OEEC (später OECD), Mitglied im GATT sowie in der Europäischen Zahlungsunion (EZU).

Seit dem Beginn der europäischen Integration mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom, 1958) sowie dem Zusammenschluss dieser drei Gemeinschaften als die Europäische Gemeinschaft (EG) ist die europäische Integration eine wirtschaftliche, sicherheitspolitische, politische und kulturelle Anziehung für die türkischen Führungseliten. Die Türkei als

europäisches Land orientierte sich nach Europa mit dem Ziel, in dieser Integration ihren Platz einzunehmen. Es wäre nicht falsch davon auszugehen, dass das primäre Ziel der türkischen Außenpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Intensivierung der Kooperation mit dem freiheitlichen Europa in Form von Beteiligung an die europäischen Organisationen ist. Die konkreteste Form dieser Politik manifestierte sich im Beitrittswunsch der Türkei in die EWG/EG/EU. In diesem Zusammenhang versucht die Türkei, seit ihrem Antrag auf die Assoziation gemäß dem Römischen Vertrag (Artikel 237) im Juli 1959, also fast seit dem Beginn der europäischen Integration, Mitglied im sich vereinigenden Europa zu werden. Als im September 1963 das Assoziationsabkommen von Ankara zwischen der EWG und der Türkei gemäß dem Artikel 238 des Römischen Vertrages paraphiert und somit die europäische Zugehörigkeit de facto und de jure bestätigt und der künftige Beitritt des Landes in Aussicht gestellt wurde, war die türkische Europapolitik bereits der relevanteste und kontinuierlichste Bestandteil der auswärtigen Politik dieses Landes. Daran hat sich seitdem nichts geändert: die Mehrheit der führenden türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten, gleichgültig ob sie zu sozialdemokratischen, liberalen, konservativen oder gar islamisch-konservativen (wie die regierende AKP von Erdoğan) gehören, sind sich darüber einig, die Türkei sich von der europäischen Integration, in der sich das Land seit fast 50 Jahren befindet, nicht isolieren darf. Diese außenpolitische Orientierung wird von der deutlichen Mehrheit der türkischen Bevölkerung unterstützt und gefordert. Diesen starken politischen Willen demonstrierte die Türkei mit ihrem Beitritt in die Zollunion der EU und somit übernahm sie einseitig den Zolltarif der Union für die dritten Staaten ohne an dem Entscheidungsgremium der EU teilnehmen zu können.

Angesichts der neuen Ausgangslage in der europäischen Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fanden in Europa – und natürlich auch in der EU – grundlegende Veränderungen statt. Die ehemaligen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas orientierten sich zunehmend an der EU. Die neue Konstellation in Europa ermöglichte für die EU die Erfüllung einer einmaligen historischen Vision, nämlich die Einigung des ganzen europäischen Kontinents. Die Relevanz der Türkei für die EU im Hinblick auf die zukünftige Mitgliedschaft relativierte sich angesichts der neuen Erweiterungschancen der Union in Mittel- und Osteuropa. Die Türkei verfügte im neuen Projekt Europa anfangs über wesentlich geringere Priorität im Vergleich zu den ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Ost-

europas. Der Türkei verweigerte die EU lange den Kandidatenstatus. Dazu noch wurde die Europazugehörigkeit des Landes entweder infolge seiner peripheren geographischen Lage oder der kulturellen Aspekten – muslimisch geprägte Gesellschaft – zunehmend infrage gestellt. Zahlreiche Christdemokraten in Europa von der Europäischen Volkspartei äußerten sich gegen den türkischen Beitritt wegen religiösen, kulturellen, geographischen oder historischen Gründen. Die Entscheidung der europäischen Staats- und Regierungschefs bei der Tagung des Europäischen Rates in Helsinki (1999), in der die EU der Türkei den Kandidatenstatus einräumte, war zwar kein Ende der Diskussionen über die Identität, kulturelle und geographische Zugehörigkeit oder dem europäischen Charakter der türkischen Gesellschaft, aber zumindest eine offizielle Antwort auf die infrage gestellte Europazugehörigkeit der Türkei.

Seit der offiziellen türkischen Kandidatur spielt die EU in der Türkei nicht nur als Ziel im außenpolitischen Sinne, sondern auch in der türkischen Innenpolitik eine wachsende Rolle. Die türkischen Regierungen seit dem Gipfel von Helsinki reformierten das politische System, das Rechtssystem, das Bildungssystem, die Beziehungen zwischen Zivilen und Militärs sowie mehrere Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die die demokratischen und bürgerrechtlichen Freiheiten der türkischen Staatsbürger betreffen. Es wäre nicht falsch, darauf hinzuweisen, dass die Perspektive der zukünftigen EU-Mitgliedschaft in der Türkei die umfassendsten Reformen seit der Gründung der Republik in Gang gesetzt haben, die die Verfassung des Landes, die nach dem Staatsstreich von 1980 unter dem Einfluss des Militärregimes verfasst wurde, gravierend liberalisierten und sie inzwischen auf europäisches Niveau bringen konnten. Darüber hinaus wurden im Zeitraum von 1999 bis Mai 2004 zahlreiche umfassende Reformen zur Erfüllung der politischen Beitrittskriterien der Europäischen Union verwirklicht, die die Rolle des Parlaments verstärkten, den Einfluss des Militärs auf die Politik weitgehend verhinderten, das Justizsystem modernisierten und liberalisierten, im Bereich der Einhaltung der Menschenrechte die bürgerlichen und politischen Rechte auf das europäische Niveau brachten, zusätzliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gewährleisteten und Rechte zum Schutz der Minderheiten einführten. Diese Reformen zur Erfüllung der politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen demokratisierten, erneuerten und modernisierten den türkischen Staat und gestalteten eine demokratische Grundordnung im europäischen Sinne.

Darüber hinaus fanden zwischen den türkisch-griechischen Beziehungen im Analysezeitraum, insbesondere aber seit 1999, eine deutliche

Verbesserung statt. Die politischen Kontakte zwischen den beiden Ägäisländern intensivierten sich ganz besonders mit den gegenseitigen Initiativen der Außenminister Cem (DSP) und Papandreou (PASOK). Auch die AKP-Regierung von Erdoğan folgt denselben außenpolitischen Dialogkurs der vergangenen Regierung von Ecevit (DSP). Die Bemühungen beider Staaten um die Umsetzung neuer vertrauensbildender Maßnahmen gehen weiter und die Sondierungskontakte über die Ägäisfragen werden fortgeführt. Die Türkei bemüht sich, im Rahmen ihrer Kandidatur die GASP der EU intensiver zu unterstützen. In diesem Sinne ist die Zustimmung der Modalitäten der Beteiligung nicht der EU angehörender europäischer Staaten an von der EU unter Rückgriff auf NATO-Einrichtungen geführten Einsätzen ein weiterer Schritt der Türkei, mit der EU im Bereich der GASP intensiver zu kooperieren. Derselbe europanahe Kurs wird auch in der neuen Zypernpolitik der Türkei beobachtet. In diesem Zusammenhang unterstützte die Türkei die Vermittlungsbemühungen des UN-Generalsekretärs Annan und akzeptierte den auch von der EU energisch unterstützten UN-Plan zur Wiedervereinigung Zyperns. Auch Premierminister Talat und seine Regierung der international nicht anerkannten Türkischen Republik von Nordzypern akzeptierten – trotz der Opposition des Präsidenten Denktaş – den UN-Plan, der nach dem Referendum im türkischen Teil der Insel von 65% der türkischen Zyprioten angenommen wurde. Doch 76% der griechischen Zyprioten im Süden Zyperns lehnten den UN-Plan ab und verhinderten die Wiedervereinigung der Mittelmeerinsel. Die türkischen Entscheidungsträger zeigten dagegen, dass sie diejenige Seite sind, die den optimistischen Lösungsvorschlag der internationalen Gemeinschaft beachtet und akzeptiert. In diesem Zusammenhang wird die Zypernfrage im Hinblick auf die Beziehungen der Türkei zur EU keine die Kandidatur der Türkei negativ beeinflussende Rolle mehr spielen. Die Möglichkeit der Wiederholung des Referendums erscheint eine der möglichen Optionen zu sein.

Im Dezember 2004 wird der Europäische Rat über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entscheiden. Hierbei geht es nicht mehr darum, über die Beitrittsfähigkeit des Landes ein Urteil zu fällen. Diesbezüglich verdeutlichte die EU 1999 in Helsinki die Grundsatzentscheidung. Es geht bei der Entscheidung der EU vom Dezember 2004, ob die Union die Türkei im Hinblick auf die politischen Beitrittskriterien von Kopenhagen auf dem Niveau des EU-Standards sieht. Mit einer anderen Formulierung soll die EU entscheiden, ob die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz in der Türkei das Mindestniveau der EU erreicht hat. Eine positive Entscheidung der EU

würde die Türkei tatsächlich zum Teil der zukünftigen Europäischen Union machen und somit die südöstlichen Grenzen der EU bis zum Kaukasus und zur Nahostgrenze der Türkei verlagern.

Eine neue Herausforderung für die türkischen Entscheidungsträger wäre im Falle der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Anstrengungen auf den Wirtschaftsbereich zu konzentrieren und die Reformen in diesem Bereich zu intensivieren. Die Türkei hat das Funktionieren ihrer Marktwirtschaft deutlich verbessert und reduzierte beispielsweise ihre Inflationsrate von dreistelligen Zahlen der 90er Jahre auf etwa 9% im Jahr 2004 mit einer Wachstumsrate von 6%. Das Pro-Kopf-Einkommen im Lande nahm in den letzten Jahren dynamisch zu. Die Arbeitslosenquote liegt bei 9,3%. Dazu noch befindet sich das Land bereits in der Zollunion der EU und erwies sich als wettbewerbsfähig. Die kurzfristigen Prioritäten der türkischen Regierung, die auf die wirtschaftlichen Kriterien der Union bezogen sind, wurden zum Teil verwirklicht. Im Bereich der wirtschaftlichen Kriterien muss sich die Türkei dennoch um die weiteren Anpassungen und Verbesserungen bemühen.⁵⁷⁸

Der Beitritt der Türkei erscheint für die EU-Bürger keine rein technische Entscheidung zu sein. Die Frage der türkischen Mitgliedschaft ist ein emotionsbeladenes und diskussionsbedürftiges Thema und hat somit einen Sonderplatz in der europäischen Integrationsgeschichte, ungeachtet dessen, ob die Türkei der Union beitreten wird oder nicht. Für die Entscheidungsträger der EU, die Staats- und Regierungschefs und die Bürokraten der EU handelt es sich bei der Mitgliedschaft des Landes um eine politische Entscheidung anhand eines Berichts. Doch letztendlich geht es darum, ob die Europäer ihre Zukunft auf gleichberechtigter Art und Weise mit der Türkei und den türkischen Bürgern zusammen gestalten wollen. Die Diskussionen um die Mitgliedschaft der Türkei gehen ungeachtet der politischen Entscheidungen der EU weiter. Der sich nun mehr konkretisierte zukünftige EU-Beitritt der Türkei bedarf nicht nur in der Türkei eines umfassenden Reformprozesses und löste eine gesellschaftliche Transformation aus, sondern er wird künftig auch in der EU einen Prozess des Umdenkens bei den europäisch-türkischen Beziehungen auf staatlicher, vor allem aber auf kulturell-gesellschaftlicher Ebene erfordern. Der Erfolg der türkischen Integration wird davon abhängen, ob die EU-Bürger die Perzeptionen der türkischen Bürger und politi-

⁵⁷⁸ Vgl. für die Einzelheiten EU-Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003), S. 50-61.

schen Entscheidungsträger, trotz ihrer Unterschiede dieselben Werte der EU zu verteidigen und Europäer zu werden, nachempfinden werden. Die Entscheidung über den Beitritt der Türkei beinhaltet also nicht nur für die Türkei-EU-Beziehungen eine Relevanz, sondern ist vor allem ein Beitrag der EU und ihrer Bürger zu ihrer Identität – genauso galt dies während des bisherigen Integrationsprozesses der Türkei auch für die türkischen Bürger –, die darauf eine Antwort geben soll, wer sie sind und wer sie sein wollen. In diesem Zusammenhang tragen die Türken als Europäer sowohl als zukünftiges Mitglied, aber auch als derzeitiger Beitrittskandidat zur europäischen Kultur ihren maßgeblichen Beitrag bei.

Die Entscheidung von Helsinki (1999) ist nicht nur für die Türkei sondern vor allem für die gemeinsame Zukunft Europas von großer Bedeutung. Falls die EU-Kommission im Dezember 2004 entscheidet, dass die Türkei die wesentlichen politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen erfüllt, wird die EU ohne Verzug die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnen. Die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bedeutet natürlich nicht, dass das Land kurzfristig der EU beitreten wird. Doch somit hätte die Türkei eine irreversible politische Beitrittszusage von der EU. Der Beitritt der Türkei wäre daher nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen weniger eine Frage des „ob“ sondern des „wann“. Deswegen ist die Entscheidung der EU im Dezember 2004 sowohl für die Türkei als auch für die EU aber auch im Hinblick auf die Zukunft der Türkei-EU-Beziehungen von immenser Relevanz.

5. NEUORIENTIERUNGEN DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK AM BEISPIEL DER REGIONALPOLITIK IN ZENTRALASIEN UND IM KAVKASUS

5.1. Neue außenpolitische Optionen der Türkei nach dem Ost-West-Konflikt

Aufgrund der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandenen exogenen Faktoren, die bereits behandelt wurden, befand sich die Türkei in der neuen regionalen Konstellation in Südosteuropa, im Kaukasus, in Zentralasien, im Schwarzmeerraum und im östlichen Mittelmeerraum in einer günstigeren Lage im Hinblick auf die Entwicklung einer regionalen Außenpolitik mit diversen potentiellen Kooperationsmöglichkeiten sowie zusätzlichen exportorientierten außenwirtschaftlichen Expansionschancen. Henze zufolge verursachte die Auflösung der Sowjetunion für die Türkei in diesem Sinne mehr Möglichkeiten als Probleme.⁵⁷⁹ Im südeuropäischen Nordwesten des Landes befinden sich die sich nun nach Europa orientierenden postkommunistischen Balkanstaaten – mit Bulgarien hat die Türkei eine Grenze – mit historischen Bindungen bzw. geschichtlichen Berührungspunkten. Im Schwarzmeerraum wurde die ehemalige sowjetische Unionsrepublik Ukraine unabhängig und die Russische Föderation entstand als eine im Vergleich zur Sowjetunion schwächere aber dennoch als eine beachtliche militärische Stärke und als regionale Macht. Im Kaukasus mit akuten Konflikten und Konfliktpotenzialen des sowjetischen Erbes grenzt die Türkei – anstatt die Sowjetunion – die ihre Unabhängigkeiten neu erlangten ehemaligen sowjetischen Unionsrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan. In ehemals sowjetischem Zentralasien bzw. entsprechend der alten Terminologie Turkestan oder Turan entstanden fünf unabhängige Staaten. In vier von diesen Republiken sind turksprachige Völker Titularnationen, mit denen die Türkei diverse Gemeinsamkeiten hat. In der benachbarten nahöstlichen Region wurde der Irak nach dem Zweiten Irakkrieg in seinen nördlichen Gebieten de facto entmachtet und es entstand dadurch ein Machtvakuum, das im Hinblick auf die innere Sicherheit der Türkei Folgen hatte. Nach der amerikanisch-britischen Invasion nach dem Ende des Dritten Irakkriegs herrscht wiederum eine Unübersichtlichkeit im Hin-

⁵⁷⁹ Henze, Paul B.: Türkiye: 21. Yüzyıla Doğru, in: Fuller, Graham E. & Lesser, Ian O.: Balkanlar'dan Batı Çin'e Türkiye'nin Yeni Jeopolitik Konumu, İstanbul 2000, S. 1-46; S. 36.

blick auf die zukünftigen Entwicklungstendenzen in dieser Region. Die Islamische Republik Iran ist aus der Sicht der Europäer – und der Türken – ein undemokratischer und totalitärer Staat mit einem aus dem islamisch-schiitischen Fundamentalismus fungierten politischen System und bildet dadurch gegenüber der liberal-demokratischen und säkularen Türkei mit einer konkreten europäischen Perspektive einen ideologisch-antagonistischen Gegenpol im Sinne der Politik und der Gesellschaftsordnung. Darüber hinaus fand eine Annäherung zwischen der Türkei und Israel insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik und der militärischen Kooperation statt, die trotz der undemokratischen und die Menschenrechte der Palästinenser missachtenden Terrorbekämpfung weitergeht. Im Mittelmeerraum befand sich die Türkei gleich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer chronischen Konfliktkonstellation mit Griechenland und mit dem griechischen Teil Zyperns, die sich von einem bilateralen Konflikt zunehmend zu einem Thema der europäischen Integration entwickelte und dadurch zumindest die Möglichkeit einer Eskalation der Konflikte erheblich reduzierte. Seit der offiziellen EU-Kandidatur der Türkei fand eine konstruktive Annäherung zwischen der Türkei und Griechenland. Auch in der Zypernfrage setzte sich die europäisch orientierte Linie in der türkischen Außenpolitik und die Türkei stimmte dementsprechend gemeinsam mit der türkisch-zypriotischen Regierung von Talat dem UN-Plan zur Wiedervereinigung der Mittelmeerinsel zu. Diese neuen und sich kontinuierlich wandelnde Konditionen in den benachbarten Regionen der Türkei erforderten eine komplexere Außenpolitik im Vergleich zu den Zeiten des Ost-West-Konflikts. Die türkischen Entscheidungsträger hatten kaum eine andere Alternative: das Land musste sich an diese neuen Rahmenbedingungen anpassen und seine bisherige Außenpolitik, die seit dem Ende der 40er Jahre bis Anfang der 90er Jahre mit Kontinuität betrieben hatte, modifizieren. Diese Tatsache bewegte die außenpolitischen Entscheidungsträger der Türkei zur Entwicklung neuer regionalpolitischen Konzepten, wobei mehr türkische Eigeninitiative erforderlich war.

Im Rahmen dieser Arbeit wird insbesondere die Regionalpolitik der Türkei in den so genannten postsowjetischen Regionen behandelt. An diesem Beispiel sollen die neuen außenpolitischen Orientierungen der Türkei analysiert werden. Unter dem Begriff der postsowjetischen Regionen sollen die der Türkei benachbarten Gebiete der ehemaligen Sowjetunion verstanden werden. Diese umfassen den größten Teil des Schwarzmeerraums – auch unter indirekter Berücksichtigung der anderen regionalen Staaten – den Kaukasus und Zentralasien. In diesen oben

genannten Gebieten erscheinen insbesondere der Kaukasus und Zentralasien diejenigen Regionen zu sein, in denen die Türkei seit der Auflösung der Sowjetunion im außenpolitischen, kulturpolitischen und außenwirtschaftlichen Sinne besonders aktiv ist.

5.2. Türkische Zentralasienpolitik

Die türkische Zentralasienpolitik bezeichnet größtenteils die außenpolitische Orientierung der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken. In diesem Sinne kann man von einer Turkrepublikenpolitik sprechen. Selbst die Beziehungen der Türkei zu Georgien und Armenien im Kaukasus können als ein Teil der Turkrepublikenpolitik der Türkei verstanden werden. Dies entspricht auch der Perzeption der türkischen Entscheidungsträger.

5.2.1. Begriffserläuterung

Mit dem Begriff der „Turkrepubliken“ wird in der vorliegenden Analyse die durch die Auflösung der Sowjetunion unabhängig gewordenen und deren Titularnationen aus den eine Turksprache sprechenden Völkern bestehenden, neuen postsowjetischen Republiken Aserbaidschan (im Kaukasus), Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan (in Zentralasien) bezeichnet. Die souveränen autonomen Republiken in der Russischen Föderation, deren Titularnationen eine Turksprache sprechen – beispielsweise Tatarstan und Baschkirdistan – gehören nicht zum Untersuchungsbereich der vorliegenden Arbeit. Der Begriff „Turkvolk“ und seine Pluralform „Turkvölker“ sind Sammelbegriffe für alle Völker und Volksgruppen, welchen eine Turksprache zu Eigen ist. In diesem Sinne weisen diese Begriffe auf die ethnische, sprachliche und zum Teil kulturelle Nähe der Titularnationen dieser Republiken hin.

Der Begriff „Zentralasiatische Staaten“ wird in der Analyse nicht bevorzugt, da er zum einen in der Türkei weder im wissenschaftlichen noch im politischen Bereich allzu oft benutzt wird und zum zweiten er die kaukasische Turkrepublik Aserbaidschan nicht impliziert. Auch der Begriff „Muslimische Republiken“ wird nicht verwendet, weil sich die postsowjetische Republik Tadschikistan ebenfalls wie die postsowjetischen Turkrepubliken in Zentralasien befindet und eine Republik ist, deren Bevölkerung überwiegend muslimisch ist, aber eben nicht sprachlich

zu den Turkvölkern zugeordnet wird. Insofern wird angenommen, dass die Begriffe „Turkrepubliken“ und „Turkstaaten“ für eine politikwissenschaftliche Begrifflichkeit in dieser Arbeit am treffendsten unter allen vorhandenen Bezeichnungen sind.

Die Bezeichnungen „Turkrepubliken“ und „Turkstaaten“ werden nicht nur deswegen verwendet, weil sie sowohl kulturelle, sprachliche und historische Gemeinsamkeiten der Turkrepubliken betonen als auch dem in der Türkei relativ etablierten Begriff *Türki Cumhuriyetler* entsprechen sollen, sondern sie machen auch auf die gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen, regionalen und sozialen Verhältnisse und Besonderheiten der erwähnten Republiken aufmerksam, welche durch die jahrhundertlang andauernde russische und die siebzigjährige russisch-sowjetische Fremdherrschaft aufgekommen sind. Insofern ist es denkbar, die postsowjetischen Staaten Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan – trotz ihrer Unterschiede in verschiedenen Bereichen – im kategorischen Sinne als eine Staatengruppe anzunehmen.

Die Verwendung des türkischen Begriffes *Türk Cumhuriyetleri* (Türkische Republiken bzw. Türkrepubliken) impliziert in der Türkei eine gewisse politische Bedeutung. In der türkischen Sprache existiert beispielsweise kein Unterschied zwischen den Begriffen „Turkish“ und „Turkic“ wie im Englischen. Der türkische Begriff *Türk* entspricht dem englischen Begriff *Turkish* und verursacht insofern Missverständnisse für die ausländischen Leser. Die turksprachigen postsowjetischen Republiken sind keine „türkischen Republiken“, sondern „Turkrepubliken“. Ihre Titularnationen sprechen nicht die türkische Sprache, sondern eine Turksprache, eine Sprachgruppe, in der sich unter anderen auch Türkisch befindet. Trotz der bestehenden nahen sprachlichen Verwandtschaft ist es wissenschaftlich nicht korrekt, diese Sprachen mit dem Türkischen gleichzusetzen und die bestehenden Sprachunterschiede als Dialektunterschiede zu bezeichnen. Daher wäre es angebrachter, stattdessen den türkischen Begriff *Türki Cumhuriyetler* – trotz der vielen Kritiken, welche zu Recht die Künstlichkeit dieses Begriffes betonen – exakter Weise als Turkrepubliken bzw. *Turkic Republics* zu übersetzen.

5.2.2. Historische Grundlagen

Die Frage, warum sich die türkischen Entscheidungsträger sich entschlossen, die Außenpolitik der Türkei im Rahmen der neuen Regionalpolitik nach der Auflösung der Sowjetunion zuerst und am intensivsten

zu den ehemaligen Unionsrepubliken südlich des sowjetischen Territoriums, also zu den neuen, unabhängigen Turkrepubliken zu orientieren, lässt sich auch im Zusammenhang der bestehenden historischen Grundlagen – beispielsweise der ethnischen, sprachlichen, religiösen etc. Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten – beantworten. Es ist im Hinblick auf die Analyse der Neuorientierung(en) der türkischen Außenpolitik zu diesen Staaten erforderlich, diesen historischen Aspekt bzw. Ausgangspunkt zu behandeln. Durch die Behandlung dieses Aspekts werden die Perzeptionen der türkischen Machteliten, die Beweggründe der türkischen Entscheidungsträger sowie ein relevanter Bestandteil der Determinanten der türkischen Turkrepublikenpolitik besser verständlich gemacht.

Die Türken besitzen Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten mit den Völkern der postsowjetischen Turkrepubliken in Zentralasien und im Transkaukasus in Bereichen Geschichte und Kultur, die ohne Zweifel die relevanteste Basis der Beziehungen zu diesen Staaten bilden. Diese Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten werden sowohl in der deutsch- und englischsprachigen Fachliteratur, wie auch in den türkischen Quellen und fachspezifischen wissenschaftlichen Veröffentlichungen als Ausgangspunkt der Beziehungen unterstrichen.

Die Quellen weisen darauf hin, dass um 630 nach Christus das erste Staatswesen der turksprachigen Stämmen innerhalb der heutigen Staatsgrenzen der Mongolischen Volksrepublik entstand, das gegen Ende des 7. Jahrhunderts durch die Gründung des Osttürkischen Reichs von einigen turksprachigen Stämmen, die sich Gök-Türken bzw. Kök-Türken nannten, ersetzt wurde.⁵⁸⁰ Die Khane der Gök-Türken hinterließen die ersten türkischen bzw. turksprachigen schriftlichen Quellen, die *Orchun-Monumente*, die über die heldenhaften Taten der türkischen Khane Bilge, Kül Tegin und Tonjukuk berichten.⁵⁸¹ Diese Inschriften sind das gemeinsame Kulturerbe der heutigen Türken und unter anderen auch der anderen turksprachigen Nationen.

Die so genannte Urheimat der Turkvölker umfasste fast das ganze Zentralasien, das von einigen Autoren auch mit dem geographischen und politischen Begriff Turkestan und Turan bezeichnet wird. In der Geschichte wurden nach dem Untergang des Osttürkischen Reichs zahl-

⁵⁸⁰ Haussig, Hans Wilhelm: Die Geschichte Zentralasiens und der Seidenstraße in islamischer Zeit, Darmstadt 1994, S. 68f.

⁵⁸¹ Für die Einzelheiten dieser Hinterlassenschaften siehe Barthold, Wilhelm: Orta Asya Türk Tarihi Hakkında Dersler, Ankara 1995, S. 3-25.

reiche Staatswesen der turksprachigen Völker gegründet, die jedoch die Turkvölker nicht vereinigen konnten.

Ein im Hinblick auf die Geschichte der heutigen turksprachigen Nationen äußerst relevantes soziales Ereignis ist die Begegnung mit der islamischen Religion und Kultur. Die Turkvölker begannen ab dem 10. Jahrhundert ihre schamanistische Naturreligion⁵⁸² aufzugeben und durch den Kontakt mit den muslimischen Arabern zum Islam zu bekehren. Mit der Bekehrung der islamischen Religion begannen sie, sesshaft zu werden. Bis zum 11. Jahrhundert wurde die Mehrheit der turksprachigen Stämme in Zentralasien islamisiert. Lewis deutet darauf hin, dass die islamisierten Türken sich gänzlich mit ihrer neuen Religion identifizierten ihre separate türkische Vergangenheit mit erstaunlicher Geschwindigkeit vergaßen.⁵⁸³ Durch die Gründung des türkischen Großen Seldschukischen Reichs im 11. Jahrhundert und durch seine anschließenden Eroberungen in Persien begannen die turksprachigen Völker, in der islamisch geprägten Region und in der islamischen Welt politisch zunehmend eine relevante Rolle zu spielen. Das Reich der Seldschuken dominierte politisch lange Zeit die islamische Welt. Durch die Eroberungen des Reichs der Seldschuken in Ostanatolien (Beginn der Existenz der Türken in der anatolischen Halbinsel im Jahr 1071 nach dem Sieg der seldschukischen Türken über die griechischen Byzantiner) kamen die Turkvölker zum ersten Mal mit christlichem Europa in Berührung, wodurch gleichzeitig die Ansiedlung der turksprachigen muslimischen Völkern in Anatolien schrittweise vorankam. Dieser Prozess der Überlagerung brachte die zunehmende Türkifizierung Anatoliens im sprachlichen Sinne, die auch nach dem Untergang des Seldschukischen Reichs voranging. Die seldschukischen Türken gründeten in Anatolien das Reich der Anatolischen Rum-Seldschuken,⁵⁸⁴ das der Vorgänger des türkischen Osmanischen Imperiums und der heutigen Republik Türkei war.

In Zentralasien eroberten die Mongolen am Beginn des 13. Jahrhunderts die von turksprachigen Stämmen bewohnten Gebiete. Zahlreiche turksprachige Stämme drangen während der Angriffe der Mongolen nach Westen vor. Die Eroberer vermischten sich jedoch mit den zentralasiatischen Turkvölkern und wurden im sprachlichen und kulturellen

⁵⁸² Ihre monotheistische Auffassung vom Gök-Tanrı-Glaube (Glaube an einem Himmelgott) soll ihre Bekehrung zum Islam erleichtert haben.

⁵⁸³ Lewis, Bernard: *The Emergence of Modern Turkey*, London 1968, S. 331.

⁵⁸⁴ Siehe für die Vorgeschichte der Turkvölker und der Seldschuken Matuz, Josef E.: *Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte*, Darmstadt 1990, S. 9-19.

Sinne assimiliert.⁵⁸⁵ Nach der Eroberung Zentralasiens von Mongolen gründete der Khan Timur ein Reich, das beinahe die ganzen Gebiete Zentralasiens unter seine Kontrolle bringen konnte. Nach dem Tod des Khans Timur brach das Timuriden-Reich in Zentralasien jedoch auseinander.

Während in Anatolien nach der Auflösung des Reichs der Anatolischen Rum-Seldschuken zahlreiche kleinere türkische Fürstentümer⁵⁸⁶ auf seinem Territorium ihre Souveränität erlangen konnten, entstanden in Zentralasien zahlreiche kleinere Khanaten, beispielsweise der Khanat von Usbeken, der Khanat von Harezm und der Khanat von Buchara, welche die politische Einheit der Turkvölker in der Region nicht verwirklichen konnten. Dem Fürstentum der Osmanen in Westanatolien gelang es hingegen, die politische Einheit der türkischen Fürstentümer in der anatolischen Halbinsel schrittweise zu verwirklichen und ein wichtiges politisches Machtzentrum in Südosteuropa und in Vorderasien zu werden. In den von Turkvölkern angesiedelten Gebieten konnte das Osmanische Reich lediglich im Transkaukasus in direkter und indirekter Weise Einfluss ausüben. Die von den zentralasiatischen Turkvölkern bewohnten Gebiete gelangten nicht unter die osmanische Kontrolle, da die osmanischen Türken eher als eine europäische Macht wahrnahmen. Dennoch traten die kleineren Khanate in Zentralasien, z.B. die Khanate von Hiva, Hokand und Buchara, gelegentlich in politische Beziehungen zum Osmanischen Reich,⁵⁸⁷ wobei es sich meistens um die politische Anerkennung dieser Khanaten vom Osmanischen Imperium – das ohne Zweifel die führende Macht in der islamischen Welt war – und von seinem Herrscher, der gleichzeitig der Kalif, d.h. der geistliche Oberhaupt der islamischen Welt, oder um das Erbitten von militärischer Hilfe handelte. Die primäre Rolle spielten also in diesen Beziehungen nicht auf die gemeinsamen ethnischen und sprachlichen Origine basierende, sondern vor allem auf die gemeinsame islamische Religion zurückführende Zusammengehörigkeitsgefühle.⁵⁸⁸ Eine politische Zusammenarbeit in ir-

⁵⁸⁵ Hayit, Baymirza: *Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi*, Ankara 1995, S. 1f.

⁵⁸⁶ Türkische Singularform: Beylik. Das Fürstentum der Osmanen war eines von diesen Fürstentümern.

⁵⁸⁷ Für die Einzelheiten dieser Beziehungen siehe Saray, Mehmet: *Rus İşgali Devrinde Osmanlı Devleti ile Türkistan Hanlıkları Arasındaki Siyasi Münasebetler (1775-1875)*, Ankara 1994, S. 13-18.

⁵⁸⁸ Saray, Mehmet: *Türkiye ve Orta Asya Cumhuriyetleri Arasında Siyasi, Ekonomik ve Kültürel İlişkiler*, in: *Avrasya Etüdüleri*, 1 / 2 (1994), S. 47-51; S. 49.

gendeiner Form zwischen den osmanischen Türken und den zentralasiatischen Turkvölkern fand nicht statt, da vor allem die Existenz des Reichs der Safawiden in Persien ein geographisches und politisches Hindernis zwischen den Osmanen und zentralasiatischen Turkvölkern war. Mit anderen Worten waren die turksprachigen Khanate für die osmanische Außenpolitik lediglich im Sinne der islamischen Identität *Umma* von Bedeutung. Dies gilt auch für die späteren Zeitperioden der Beziehungen, beispielsweise für die der türkisch-russischen Kriege sowie die während der russischen Expansion im Transkaukasus und in Zentralasien. Denn, wie bereits angedeutet, spielte bei den osmanischen Türken lediglich die religiöse Zugehörigkeit eine identitätsstiftende Rolle.

Nach dem türkisch-russischen Krieg von 1768-1774 erhielt das Russische Reich Gebiete im nördlichen Transkaukasus und unterwarf 1783 das Khanat der Krim.⁵⁸⁹ Weitere Gebiete der turksprachigen Völker im Transkaukasus und in Zentralasien wurden vom Russischen Reich anschließend schrittweise erobert. Die Kasachen, das Emirat von Buchara und das Khanat Chiwa und weitere Gebiete in Zentralasien mussten sich zuerst unter russisches Protektorat stellen und anschließend ihre Souveränität verlieren.⁵⁹⁰ Diese Lage verhinderte selbst die geringfügigen Kontakte der turksprachigen Völker zum Osmanischen Reich.

In diesem Zusammenhang soll auch auf die Beziehungen zwischen den Intellektuellen der turksprachigen Welt hingewiesen werden, die als eine der Grundlagen der heutigen auswärtigen Kulturpolitik der Türkei bezeichnet werden kann. Die Entstehung des Nationalismus und Nationalbewusstseins ist im Hinblick auf die Intensivierung der Beziehungen zwischen den osmanisch-türkischen und turksprachigen Intellektuellen von großer Bedeutung. Die Türken wurden infolge ihrer Nähe zu anderen europäischen Mächten von den politischen Entwicklungen, vor allem von den Ergebnissen der Französischen Revolution, stark beeinflusst. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts breitete sich unter anderen eine „nationale Geschichtsauffassung“ im Osmanischen Reich aus, das anders als die vorherrschende osmanische Geschichtsauffassung in innovativer Weise davon ausging, dass die Geschichte der Osmanen – Türken – nicht nur aus der Geschichte des Osmanischen Reichs besteht.⁵⁹¹ Bisher be-

⁵⁸⁹ Grotzky, Johannes: Konflikt im Vielvölkerstaat: Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch, München 1991, S.16. und Hayit, Baymirza: Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi, Ankara 1995.

⁵⁹⁰ Für eine Zusammenfassung siehe Grotzky, S. 11-21.

⁵⁹¹ Sarıay, Yusuf: Türk Milliyetçiliğinin Tarihi Gelişimi ve Türk Ocakları (1912-1931), İstanbul 1994, S. 219.

trachteten die osmanischen Türken ihre Geschichte als die Geschichte des Islam. Diese Veränderung in der Geschichtsauffassung und Geschichtsschreibung rief hervor, dass ideologische Begriffe wie der Turkismus, der Turanismus und Panturkismus entstanden, die zwar rasch an Popularität unter den Intellektuellen gewannen, und die unter den osmanischen Intellektuellen vorherrschenden Ideologien, vor allem den Islamismus und den Osmanismus, welche ebenfalls zeitgenössische ideelle Produkte waren, langsam ersetzten. Im Hinblick auf die kulturellen Beziehungen zwischen den osmanischen und turksprachigen Intellektuellen sollte hierbei darauf hingewiesen werden, dass die bedeutenden Theoretiker dieser nationalistischen Ideologien nicht nur die osmanischen Denker aus den Kulturzentren des Osmanischen Reichs wie aus Selanik (Saloniki) oder Istanbul, sondern auch die Intellektuelle aus den zu dieser Zeit unter der russischen Fremdherrschaft stehenden Kulturzentren der Turkvölker waren. Diese turksprachigen Intellektuellen trugen zum Prozess der Nationwerdung im Osmanischen Reich bei und beeinflussten gleichzeitig auch ihre eigenen Gesellschaften.

Trotz solcher Kontakte im Bereich der Kultur ist es den turksprachigen Völkern nicht gelungen, die sprachlichen Gemeinsamkeiten zu pflegen und eine einheitliche gemeinsame Sprache der Turkvölker zu schaffen sowie die im Osmanischen Reich bereits begonnenen nationalistischen Strömungen – und entsprechenden Prozess der Nationwerdung – in ihren eigenen Ländern auszubreiten. Ein wichtiger Grund dieser historischen Entwicklung war möglicherweise das Fehlen der Eigenstaatlichkeit der turksprachigen Völker und die russische Fremdherrschaft.

Es muss in diesem Zusammenhang besonders auf die Russifizierung der Turkvölker hingewiesen werden, die nicht nur ein natürliches Ergebnis des Zusammenlebens der Turkvölker mit den Russen, sondern auch eine Folge der bewussten Russifizierungspolitik des Russischen Reichs bzw. seines Nachfolgers zu bezeichnen ist. Die Russifizierung war ein Bestandteil der sowjetrussischen Assimilationspolitik.⁵⁹² Im Rahmen dieser Assimilationspolitik wurden in den von den turksprachigen Völkern bewohnten Territorien bzw. Unionsrepubliken der Sowjetunion, beispielsweise in der Unionsrepublik Aserbaidschan und in den zentralasiatischen Unionsrepubliken, neue Schriftsprachen aus verschiedenen turksprachigen Volksdialekten künstlich herausgebildet, um die Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Turkvölkern zu verhin-

⁵⁹² Zur Thematik der sowjetrussischen Assimilationspolitik während der Sowjetunion siehe Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 372-374.

dern.⁵⁹³ Auch die Alphabete der Turkvölker wurden unter der russischen Herrschaft geändert. Die Turkvölker verwendeten in der Geschichte verschiedene Alphabete. Einige bedeutende Alphabete, die sie benutzten, sind unter anderen das Göktürk-Alphabet bzw. Orchnalphabet der Gök-Türken, das uigurische, das arabische und das während der russischen Fremdherrschaft eingeführte kyrillische Alphabet. Zu Beginn der sowjetrussischen Herrschaft wurde in einer relativ kurzen Zeitperiode (1924-1928) das lateinische Alphabet in den turksprachigen Regionen eingeführt.⁵⁹⁴ Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Alphabete der Turkvölker wiederum auf das kyrillische umgestellt.⁵⁹⁵ Der Grund liegt möglicherweise darin, die sprachlichen Verständigungsmöglichkeiten der Turkvölker zu minimieren sowie die relative Einheit der turksprachigen Literatur zu zerstören, damit die russische Sprache in den turksprachigen Gesellschaften – insbesondere durch die Verwendung der russischen Sprache im Bildungswesen – etabliert werden konnte. Ab dem Ende der Fünfziger Jahre wurde die russische Sprache als „zweite Muttersprache“ aller nichtrussischen Völker angenommen und von einer äußerst zweifelhaften „freiwilligen Akzeptanz der russischen Sprache von den nichtrussischen Völkern“ ausgegangen.⁵⁹⁶ Diese sprachliche Assimilationspolitik könnte auch als ein politisches Instrument bezeichnet werden, das dazu diente, die politische Loyalität der Turkvölker – besonders während des Zweiten Weltkrieges – sicherzustellen. Ein weiterer wahrscheinlicher Grund der assimilierenden Sprachen- und Bildungspolitik der Sowjetunion wäre es nach Saray, die durch die Einführung des lateinischen Alphabets in der Türkei theoretisch vorhandene Kommunikationsmöglichkeit zwischen den Türken in der Türkei und den Turkvölkern in der Sowjetunion zu verhindern. Saray weist darauf hin, dass die sowjetische Führung in einer solchen eventuellen Annäherung der Türken in der Türkei und der Turkvölkern im Bereich der Kultur eine potenzielle Gefahr gesehen haben sollte, da eine solche Entwicklung die Loyalität der Turkvölker gefährden könnte.⁵⁹⁷ In

⁵⁹³ Malek, Martin: Sprachenpolitik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in: Osteuropa, 8/1994, S. 743-759; S. 743.

⁵⁹⁴ Saray, Mehmet: Türk Dünyasında Dil ve Kültür Birliği, İstanbul 1993, S. 80ff. vgl. auch Malek, Martin: Sprachenpolitik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in: Osteuropa, 8/1994, S. 743-759; S. 743f.

⁵⁹⁵ Malek, S. 743f.

⁵⁹⁶ Ersanlı-Behar, Büşra: Azerbaycan Özbekistan ve Türkmenistan'da Eğitim ve Kültür Politikaları, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kirgizistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 143-220; S. 191.

⁵⁹⁷ Siehe Saray, Türk Dünyasında Dil S. 89ff.

der siebzigjährigen sowjetrussischen Fremdherrschaft im Kaukasus und in Zentralasien entstanden aus turksprachigen Volksdialekten nationale Sprachen.

Von der Gründung der Sowjetunion im Jahr 1917 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts waren die Türken in der Türkei und die Turkvölker in der Sowjetunion nicht in der Lage, politische oder kulturelle Kontakte aufzunehmen.

5.2.3. Panturkistische Eliten und Neuorientierungen in der Außenpolitik

Wie die Entscheidungsträger in anderen westlichen Staaten waren auch die türkischen Intellektuelle und Eliten auf den überraschenden Wandel der internationalen Politik am Ende des Ost-West-Konflikts nicht ausreichend vorbereitet. Die Auflösung des Ostblocks und später der bisherigen Supermacht Sowjetunion konfrontierte die türkischen Entscheidungsträger mit neuartigen außen- und sicherheitspolitischen Konflikten sowie Konfliktpotenzialen und beschäftigte sie mit zuvor unvorstellbar gewesenen außenpolitischen, strategischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und auswärtig orientierten kulturpolitischen Möglichkeiten. Wie bereits zuvor darauf kurz hingewiesen, brachte dieser gravierende Wandel in der Welt- und vor allem der regionalen Politik für den Panturkismus und dessen Anhänger ein neues politisches und wirtschaftliches Potenzial und vor allem eine kulturell orientierte Einflussmöglichkeit hervor, da sich bisher lediglich die Anhänger und Sympathisanten des Panturkismus mit der Thematik der in der Sowjetunion lebenden turksprachigen Völkern politisch und wissenschaftlich beschäftigten. Die sozialdemokratisch und linksorientierten Intellektuellen betrachteten die Thematik der sowjetischen Turkvölker alleine aus reaktionären bzw. ideologischen Gründen gegen die rechtsradikale Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) von Türkeş sowie aufgrund ihrer im Sinne des Nationalismus traditionellen türkeibezogenen kemalistischen Haltung als Tabu, während die sich in einem geschlossenen Lager – jedoch später in den 90er Jahren in zwei miteinander konkurrierenden Parteien – befindenden türkischen Liberalen und Konservativen sich trotz ihrer vorhandenen latenten Sympathie zu den Turkvölkern sowie ihrer Zusammenarbeit mit den Ultrationalisten während der Regierungszeiten der Koalitionsregierungen der ersten und zweiten Nationalistischen Front aus sicherheitspolitischen Besorgnissen während des Kalten Krieges politisch im Grunde nicht unterschiedlich als die Lin-

ken anti-panturkistisch positionierten. Auch die politischen Islamisten berücksichtigten die Turkvölker im Sinne des Islam und dessen Identität und maßen den Turkvölkern deswegen keine besondere Bedeutung bei. Dies brachte ein gewisses Monopol der panturkistisch tendierten Intellektuellen und politischen Eliten bei der Thematik der Turkvölker hervor, als die Sowjetunion offiziell aufgelöst wurde. Aufgrund ihrer besonderen wissenschaftlichen und ideologisch begründeten Aktivität der in der Turkologie und Kaukasus- und Zentralasienkunde gelang es den panturkistischen Intellektuellen, bei der Gestaltung der türkischen Turkrepublikenpolitik eine gewisse Rolle zu spielen.

Die ersten Einflüsse solcher Eliten können bereits während des ersten Flüchtlingsstroms am Ende des Ost-West-Konflikts aus Bulgarien festzustellen. 1989 flüchteten hunderttausende bulgarische Türken wegen der Unterdrückung durch die Zwangsassimilation der kommunistischen Regierung Bulgariens in die Türkei.⁵⁹⁸ Die Partei der Nationalistischen Arbeit (MÇP) von Türkeş – die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) war zu dieser Zeit verboten – veranstaltete eine große Demonstration in der Provinz Kahramanmaraş und die Parteiführung brachte die Probleme der bulgarischen Türken in der Öffentlichkeit zum Ausdruck. Nicht nur seitens der Partei der Nationalistischen Arbeit kamen solche Reaktionen: Ehemalige Aktivisten dieser Bewegung und der Türkisch-Islamischen-Synthese, die nach der Wiedereinführung der demokratischen Ordnung im Jahr 1982 in anderen politischen Parteien – unter anderen vor allem in der Mutterlandspartei (ANAP)⁵⁹⁹ von Turgut Özal, die derzeit an der Macht war – einige wichtige Positionen übernommen haben, reagierten gegen die bulgarische Unterdrückung ebenfalls. Bora und Can wiesen auf die sich durch die Behauptung der Verei-

⁵⁹⁸ Die in Bulgarien lebenden Türken waren einer Politik der Assimilation, Zwangs-Bulgarisierung und Zwangsaussiedlung ausgesetzt. Durch die repressiven Maßnahmen der kommunistischen Regierung Bulgariens wurden die türkischen Namen bulgarischer Türken durch christlichen und slawischen Namen ersetzt, der Status der türkischen Sprache als Minderheitensprache abgeschafft, die Auswanderung der türkischen Bevölkerung erschwert. Anfang 1989 begannen die bulgarischen Türken, gegen diese administrative Assimilationspolitik zu protestieren und Widerstand zu leisten. Es kam im Sommer desselben Jahres zu einem Exodus von mehr als 300 000 bulgarische Türken in die Türkei. Siehe Oswald, S. 80-84.

⁵⁹⁹ Die *Anavatan Partisi* von Özal behauptete nach ihrer Gründung, die vier Grundrichtungen in der türkischen Parteienlandschaft, nämlich Konservativen, Sozialdemokraten, Islamisten und Ultrationalisten (Anhänger der Partei der Nationalistischen Bewegung bzw. Ultrationalisten sowie der Türkisch-Islamischen-Synthese) in sich vereinigt zu haben.

nigung der politischen Grundrichtungen in der Parteienlandschaft manifestierten Nähe der Mutterlandspartei zur Türkisch-Islamischen-Synthese hin.⁶⁰⁰ Einige Gründer und Machteliten der Mutterlandspartei, beispielsweise Veysel Atasoy, Kazım Oksay, Mustafa Taşar, Vehbi Dinçerler und Ercüment Konukman, gehörten zur Doktrin der Türkisch-Islamischen-Synthese, andere Parteifunktionäre wie der Parteivorsitzende Turgut Özal pflegten enge Kontakte zum Herd der Intellektuellen, während z.B. İsmail Dayı, der von der Mutterlandspartei 1983 zum Abgeordneten gewählt wurde, einer der Gründer des Herds der Intellektuellen war.⁶⁰¹ Diese Angaben deuten auf den Einfluss der Türkisch-Islamischen-Synthese auf die zu dieser Zeit regierende Mutterlandspartei hin. Für die vorgezogenen Parlamentswahlen von 1987 beworben sich darüber hinaus die ehemaligen wichtigen Aktivisten der Partei der Nationalistischen Bewegung wie Yaşar Okuyan, Avni Çarsancaklı, Süleyman Servet Sazak und Namık Kemal Zeybek um die Abgeordneten kandidatur bei der Mutterlandspartei, doch lediglich Zeybek wurde als Kandidaten nominiert und zum Abgeordneten gewählt.

Eine Persönlichkeit kommt im Hinblick auf ihr Gewicht bei der Gestaltung der türkischen Turkrepublikenpolitik ganz besonders in Frage, nämlich Ercüment Konukman. Konukman stand, wie bereits darauf hingewiesen wurde, nicht der MHP, sondern der Doktrin der Türkisch-Islamischen-Synthese nahe. Er wurde in der Regierung Özal von 1987 zum Staatsminister und erregte ab dem Beginn der Tragödie der bulgarischen Türken im Jahr 1989 mit seinen Statements bezüglich der Probleme der Türken im Ausland bzw. Turkvölker Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Auch der Premierminister Özal maß entsprechend den diesbezüglichen Erwartungen der ultranationalistischen bzw. panturkistischen Kreisen⁶⁰² sowie der Bevölkerung in den Grenzgebieten dieser außenpolitischen und humanitären Problematik eine besondere Bedeutung bei. Durch die Entwicklungen in Bulgarien und anschließende Reaktion einiger Spitzenpolitiker in der Regierung Özal und der Sympathisanten der Partei der Nationalistischen Bewegung sowie der Türkisch-

⁶⁰⁰ Bora & Can, S. 203.

⁶⁰¹ Bora & Can, S. 203.

⁶⁰² Beispielsweise veranstalteten die panturkistisch bzw. türkisch-islamische *Türk Ocakları* (Türkische Herde) sowie Aktivisten und Sympathisanten der Türkisch-Islamischen-Synthese umfangreiche Protestveranstaltungen und Demonstrationen zwischen 1989-1990 bezüglich der Tragödie der bulgarischen Türken. Vgl. Tageszeitung Cumhuriyet von 27. und 29. Januar 1990.

Islamischen-Synthese entstand ein allgemeines öffentliches Interesse im Zusammenhang des „Türkentums außerhalb der Türkei“.

Das öffentliche Interesse für die in der Türkei weitgehend als „Außentürken“ wahrgenommenen Turkvölker in der Sowjetunion vergrößerte sich wiederum durch ein anderes internationales Ereignis. Aufgrund der sich 1990 erheblich intensivierten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Aserbajdschaner und Armenier um die aserbajdschanische Region Berg-Karabakh schickte die sowjetische Zentralregierung Truppen der Roten Armee in die sowjetische Unionsrepublik Aserbajdschan. Die Situation eskalierte rasch und entwickelte sich zu einer zahlreiche Menschenleben kostenden sowjetischen Invasion, die in der Türkei wiederum umfangreiche Protestaktionen hervorrief, wobei die Ultrationalisten bzw. Panturkisten bei der Mobilisierung der Massen eine entscheidende Rolle spielten. Doch diesmal war die Regierung Özal aus realpolitischen Gründen nicht mehr in der Lage, außenpolitisch aktiv zu reagieren wie bei der Tragödie der bulgarischen Türken. Trotz dieser realpolitisch begründeten Passivität der türkischen Regierung gaben einige Regierungsmitglieder, vor allem der Staatsminister Konukman und der stellvertretende Parteivorsitzende der Mutterlandspartei Özsoy die sowjetische Politik verurteilten Statements ab. Konukman und Özsoy erklärten, dass die turksprachigen Unionsrepubliken der Sowjetunion sehr bald ihre Unabhängigkeit erlangen und sich zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Integration mit der Türkei orientieren würden.⁶⁰³ Der Premierminister Özal besuchte während der sowjetischen Intervention in Aserbajdschan offiziell die USA und schlug ganz andere Töne als die panturkistisch tendierten Aktionäre in seiner Partei an, wobei er den konfessionellen Unterschied zwischen den Türken und Aserbajdschaner betonte und die Angelegenheit nicht als eine türkische, sondern angesichts der konfessionellen Nähe – die Aserbajdschaner sind überwiegend Schiiten – eher als eine iranische Angelegenheit bezeichnete.⁶⁰⁴ Diese Sichtweise Özals löste Proteste der Ultrationalisten gegen die Regierung Özal aus. Ähnlich wie der ultrationalistische Flügel der ANAP und der Regierung verurteilte auch der ultrationalistische Abgeordnete Ayvaz Gökdemir von der mit der Mutterlandspartei konkurrierenden zentralrechten DYP von Demirel die sowjetische Intervention trotz der Passivität seiner Partei bei dieser Thematik und sagte, dass keine Macht mehr in der Lage wäre, 120 Millionen Türken zu separieren.⁶⁰⁵

⁶⁰³ Bora & Can, S. 501f.

⁶⁰⁴ Siehe Chronologie in der Tageszeitung Cumhuriyet von 26. August 1993.

⁶⁰⁵ Zeitschrift Türk Yurdu von März 1990, S. 7-11; Zitiert nach Bora & Can, S. 502ff.

Solche emotionale und ultranationalistische Rhetorik der (pan)turkistischen Regierungsmitgliedern sowie der zentralrechten Abgeordneten der ANAP und der DYP konnten zwar die offizielle neutrale Haltung der Türkei nicht verändern, doch sie trugen dazu bei, die türkische Öffentlichkeit im Zusammenhang der turksprachigen Völker in der Sowjetunion und bezüglich deren Probleme zu sensibilisieren.

Nicht nur die panturkistischen Mitglieder der Großen Nationalversammlung beschäftigten sich mit der Thematik der Turkvölker, sondern auch panturkistischen und eher neutralen Intellektuelle und Eliten außerhalb des Parlaments. Von 1989 an brachten die panturkistischen Zeitungen und Zeitschriften die so genannten „Sklaventürken“ wieder an die Tagesordnung.⁶⁰⁶ Sogar eher kemalistisch bzw. sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung *Cumhuriyet* (Republik) berichtete ab 1990 ziemlich oft über die turksprachigen Völker. In der pro-ultranationalistischen bzw. panturkistischen Zeitschrift *Yeni Düşünce* (Neuer Gedanke) wurde eine neuartige türkische Außenpolitik gefordert und empfohlen, den in den Balkanländern Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland lebenden Türken sowie anderen, als Bestandteil der türkischen Geschichte betrachteten muslimischen Völkern auf der Balkan in der türkischen Außenpolitik mehr Gewicht beizumessen.⁶⁰⁷

Mit der Ernennung von Namık Kemal Zeybek, der, wie oben kurz darauf hingedeutet wurde, vor dem Staatsstreich von 1980 ein wohl bekannter Aktivist der rechtsradikalen Partei der Nationalistischen Bewegung war, zum Kultusminister im Jahre 1989 verdeutlichte sich der Einfluss der panturkistischen Entscheidungsträger auf die türkische Turkrepublikenpolitik, deren intensivste Betätigungsfeld zweifelsohne die türkische Kulturpolitik in den Turkrepubliken war. Zeybek beherrschte mehrere Turksprachen und durch sein persönliches Engagement als Kultusminister paraphierte die Türkei in den 90er Jahren zahlreiche bilaterale Kulturabkommen mit den postsowjetischen Turkrepubliken.⁶⁰⁸

Auch Ahat Andican, ein panturkistisch tendierender Politiker in der Mutterlandspartei, übte als der für die Turkrepubliken verantwortliche Minister während der Anasol-D-Regierung Einfluss auf die türkische Turkrepublikenpolitik. Er betrachtete eine – eher als langfristiges außenpolitisches Ziel verstandene – Integrationspolitik mit den postsowjeti-

⁶⁰⁶ Für eine detaillierte Darstellung siehe Bora & Can, S. 506-513.

⁶⁰⁷ Zeitschrift *Yeni Düşünce* vom 10. August 1990.

⁶⁰⁸ Für die Einzelheiten der türkischen Kulturpolitik siehe Abschnitt 5.2.6. dieser Arbeit.

schen Turkrepubliken als ein für die Türkei wahrzunehmendes Interesse:

Die Türkei muss die soziokulturellen Beziehungen zu den Turkrepubliken intensivieren, deren Vorteile nach langer Zeit geerntet werden. ... Das Ziel, das früher oder später erreicht zu werden ist, eine EU-ähnliche Staatengemeinschaft zu bilden, die gemeinsame Werte hat, wirtschaftlich gesehen im weitgehenden Sinne integriert ist sowie gegen andere Machtzentren in der Welt gemeinsame Politik betreiben kann.⁶⁰⁹

5.2.4. Türkische Interessen

Um die aktuelle Politik der Türkei im Kaukasus und in Zentralasien verstehen und Ziele, Funktion und Gesamtgewicht dieser neuen Orientierungen im türkischen außenpolitischen Verhalten feststellen sowie möglichen Zukunftstendenzen dieser Politik einschätzen bzw. vorhersagen zu können, sollen die Interessenslagen der Türkei dargestellt werden.

Für die türkische Außenpolitik existierten während des Ost-West-Konflikts keinerlei Optionen im Kaukasus und in Zentralasien. Die Sowjetunion wurde von den türkischen Entscheidungsträgern stets als eine Einheit wahrgenommen. Außer den (pan)türkistischen Eliten beschäftigte sich kaum jemand im wissenschaftlichen, politischen und ideologischen Sinne mit den sowjetischen Turkvölkern. Im Grunde war das Interesse der (pan)türkistischen Kreise in der Türkei für diese turksprachigen Völker und Regionen der Sowjetunion ideologisch motiviert und deren Perzeptionen waren deshalb größtenteils realitätsfern. Die (Pan)Turkisten in der republikanischen Ära – vor allem die Anhänger der MHP – gingen von einer großen türkischen Nation aus und bezeichneten in diesem Kontext die Turkvölker in der Sowjetunion als *Esir Türkler* (gefangene Türken). Doch selbst die Eliten dieser Bewegung erkannten die Konditionen des Ost-West-Konflikts an und gestanden die be-

⁶⁰⁹ Andican, Ahat A.: *Değişim Sürecinde Türk Dünyası*, İstanbul 1996, S. 134f, 161, 534; zitiert nach Kuru, Ahmet T.: *Uluslararası Ortam ve Bölgesel Entegrasyon Teorileri Işığında Türk Birliği Meselesi*, in: Öke, Kemal Mim (Hg.): *Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri*, İstanbul 1999, S. 152-210; S. 184.

grenzten außenpolitischen Optionen der Türkei für die Turkvölker und somit die realpolitische Lage.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eröffnete sich eine postsowjetische Region mit neuen unabhängigen Staaten. Die auf Gemeinsamkeiten beruhende Komponente kultureller, sprachlicher, ethnischer, historischer und religiöser Art, die bisher im Hinblick auf die reale türkische Außenpolitik irrelevant war, gewann an Bedeutung, gestaltete eine Basis für eine außenpolitische Orientierung der Türkei zu diesen postsowjetischen Regionen und beeinflusste die Formulierung neuer außenpolitischer Interessen der Türkei. Die außenpolitische Vorstellungswelt und die verhaltenssteuernden Interessenkonzeptionen der türkischen Entscheidungsträger wurden von diesen exogenen Faktoren in der außenpolitischen Umwelt der Türkei beeinflusst. Es kann davon ausgegangen werden, dass die oben erwähnten Gemeinsamkeiten im Sinne des Ausgangspunkts potenzieller Interessen durch die exogenen Veränderungen in der politischen Konstellation in der Welt- und Regionalpolitik den Charakter der realen Interessen übernahmen.

Das primäre Interesse der Türkei liegt in der Etablierung der Unabhängigkeit und der Eigenstaatlichkeit der postsowjetischen Turkrepubliken im Kaukasus und in Zentralasien. Das Türkische Außenministerium verspricht in diesem Zusammenhang die türkische Unterstützung für die Systemtransformation in Richtung der parlamentarischen und pluralistischen Demokratie und für die Etablierung der Eigenstaatlichkeit in diesen Republiken.⁶¹⁰ Die Türkei verfügt über ausreichend Erfahrung im Bereich der Demokratisierung und Systemtransformation. Die türkischen Entscheidungstreffer betrachten also die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der postsowjetischen Turkrepubliken im Hinblick auf die türkischen Interessen von großer Relevanz und sie äußern den politischen Willen für die Unterstützung dieser neuen unabhängigen Staaten. In diesem Zusammenhang bezeichnet das politische Dokument des Türkischen Außenministeriums, in dem die politischen Zielsetzungen, Strategien und Orientierungen der Türkei zu den neuen Turkrepubliken formuliert wurden, die postsowjetischen Turkrepubliken Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan als primär bevorzugte Staaten unter allen postsowjetischen Staaten für die türkischen Wirtschaftshilfen.⁶¹¹

⁶¹⁰ TC. Dışişleri Bakanlığı: Yeni Türk Cumhuriyetleri'ne Yönelik Siyaset Hedefleri, Stratejiler ve Politika Uygulamaları Koordinasyon Toplantısı. Politika Belgesi, Ankara 18.02.1993.

⁶¹¹ Ibid.

Ein weiteres Interesse der türkischen Entscheidungsträger beruht auf die sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Turkrepubliken und der Türkei. Die politischen Entscheidungsträger und Eliten der Türkei beabsichtigten, im Rahmen einer auswärtigen Kulturpolitik als ein relevanter Bestandteil der neu gestalteten türkischen Regionalpolitik das gemeinsame sprachliche und kulturelle Erbe zwischen den Turkrepubliken und der Türkei zu pflegen. Dadurch könnten die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen neuen Staaten möglicherweise intensiviert werden. Dies würde ferner die Bedeutung und Relevanz des Landes in der internationalen Konstellation parallel zu seiner Einflussnahme im Kaukasus und in Zentralasien bekräftigen. Aufgrund der Tatsache, dass die Sprachen der Turkvölker – außer des Aserbaidschanischen – trotz ihrer Ähnlichkeiten infolge der gemeinsamen Wurzeln eine einwandfreie alltägliche Kommunikation nicht ermöglichen, erscheint jedoch der Versuch, eine gemeinsame Sprache zu fördern, nicht allzu sehr wahrscheinlich zu sein. Die türkischen Entscheidungsträger forderten in diesem Zusammenhang die Einführung des in der Türkei angewandten lateinischen Alphabets in den Turkrepubliken und unterstützten entsprechende Vorhaben in den in Frage kommenden Staaten. Diese Politik der Annäherung deutet auf das Interesse der türkischen Entscheidungsträger für die Förderung der gemeinsamen Kultur und Sprache hin.

Ein weiteres Interesse der Türkei ist der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Turkrepubliken. Für die türkischen Exportprodukte bilden Kaukasus und Zentralasien gemeinsam einen nicht zu unterschätzenden Absatzmarkt. Obwohl die Konsumstärke der Bürger in diesen beiden Märkten im Vergleich zum türkischen Binnenmarkt – und zum europäischen Binnenmarkt, zu dem die Türkei im Rahmen ihrer Zollunion mit der EU einen relevanten Zugang hat – deutliche Schwächen zeigen, gewinnen Kaukasus und Zentralasien im Hinblick der türkischen Exportmöglichkeiten zunehmend an Relevanz. Es ist wahrscheinlich, dass in der mittleren Zukunft diese Märkte – vor allem Aserbaidschan und Kasachstan aufgrund ihrer Erdöl- und Erdgasreserven – an Bedeutung gewinnen werden. Darüber hinaus nehmen die türkischen Investitionen in diesen neuen Märkten, vor allem im Bausektor, sowie zahlreiche türkischen Joint Ventures konzentrieren die türkischen Wirtschaftsinteressen auf diese Regionen. Tausende türkische Experten und Facharbeiter sind in den Turkrepubliken tätig. Als wichtigstes wirtschaftliches Interesse der Türkei gelten die Bauprojekte der Erdöl-Pipelines aus Aserbaidschan, die als Baku-Ceyhan-Projekt zusammenge-

fasst werden. Das Baku-Ceyhan-Projekt beinhaltet neben wirtschaftlichen Vorteilen für die Türkei vor allem eine politische und geostrategische Dimension, da es erstens zur Konsolidierung der Unabhängigkeit Aserbaidschans erheblich beitragen wird und zweitens im Zusammenhang der türkischen Integration in der EU die Position der Türkei bekräftigt.

Eine weitere Dimension im Hinblick auf die türkischen Interessen hängt mit den sicherheitspolitischen Vorstellungen der türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten zusammen. Diese sind sich dessen bewusst, dass nach der Desintegration der Sowjetunion nun in den unmittelbaren Gebieten der benachbarten Länder der Türkei zahlreiche Konflikte und Konfliktpotentiale existent sind, die im Hinblick auf die Stabilität der Türkei eine konkrete Gefahr darstellen. Das Erbe der Sowjetunion im nahen Kaukasus ist konfliktbeladen und gefährdet auf konkrete Weise die Etablierung einer friedlichen Umwelt für die Türkei und verhindert oder zumindest bremst regionale Kooperationen, die für die Türkei im politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Sinne viel bedeuten. Insbesondere die türkische Pipelinepolitik, deren Endergebnisse im strategischen Sinne das relevanteste Interesse des Landes bilden, wurde und wird infolge des Konfliktes zwischen den mit der Türkei benachbarten postsowjetischen Ländern Armenien und Aserbaidschan um die Region Karabakh äußerst negativ beeinflusst. Das diesbezügliche türkische Interesse, nämlich das aserbaidschanische Erdöl durch eine Pipeline über Georgien zur türkischen Mittelmeerküste zu bringen, stimmt mit den US-amerikanischen und europäischen Interessen überein. In diesem Zusammenhang sind die USA und die EU wie die Türkei an der Stabilisierung der südkaukasischen Region interessiert. Für die EU spielt die türkische EU-Kandidatur und der zukünftige Beitritt der Türkei eine zusätzliche Rolle bezüglich der Stabilisierung dieser Region. Wie die Türkei ist die EU auch daran interessiert, von stabilen und konfliktfreien Staaten umgeben zu sein. In diesem Sinne sind die Beziehungen Georgiens und Aserbaidschans, aber auch Armeniens zur EU von großer Relevanz. Die türkischen Entscheidungsträger betonen zunehmend die potenzielle stabilisierende Rolle der Türkei in dieser Region parallel zur innenpolitischen Demokratisierung und zu den Fortschritten der EU-Integration der Türkei.

Das fundamentalste Interesse der Türkei war und ist die Anpassung des Landes an die neue regionale Konstellation. Nach der Desintegration der Sowjetunion und dem daraus entstandenen Machtvakuum in der Region erforderte die Gestaltung einer neuen Regionalpolitik. Die Para-

meter der türkischen Außenpolitik aus der Zeit des Ost-West-Konflikts verloren nach der Entstehung der neuen Konstellation in der Region völlig ihre Gültigkeit. Die neue multipolare Struktur der regionalen Konstellation verkomplizierte Rahmenbedingungen, Ausgangslagen und exogene Determinanten der türkischen Regionalpolitik. Die Türkei musste in diesen Regionen größtenteils als selbständiger Akteur agieren, was als ein deutlicher Unterschied zur türkischen Außenpolitik während des Ost-West-Konflikts betont werden muss. Die türkischen Entscheidungsträger könnten den Entwicklungen in der Region gegenüber nicht gleichgültig bleiben und eine passive Regionalpolitik betreiben, weil einerseits die Sicherheit und Stabilität des Landes mit den gravierenden Transformationen in der regionalen Konstellation zusammenhing und daher eine außenpolitische Anpassung erforderlich war, und andererseits die neuen, oben dargestellten Interessen entsprechend den neuen regionalen Konditionen wahrgenommen wurden.

5.2.5. Etablierung politischer Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken

In den letzten zwei Jahren vor Auflösung der Sowjetunion ergaben sich die ersten politischen Kontakte zwischen der Türkei und den Turkrepubliken. Durch die Initiativen türkischer Geschäftsleute entstanden schon während des raschen Auflösungsprozesses der Sowjetunion wirtschaftliche Beziehungen, da die turksprachigen Unionsrepubliken der Sowjetunion zu dieser Zeit längst de facto eine gewisse politische Autonomie im Hinblick auf ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen zu Drittstaaten erlangt hatten.

Obwohl die Türkei bereits gegen Ende der 60er Jahre im Rahmen der damaligen türkisch-sowjetischen Beziehungen zu den turksprachigen Unionsrepubliken der Sowjetunion symbolische kulturelle Kontakte aufbauen konnte, begannen die bilateralen Beziehungen der Türkei zu diesen Republiken de jure erst nach der Proklamation der Souveränitätserklärungen dieser Staaten. Doch das Interesse der türkischen Öffentlichkeit richtete sich bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf die turksprachigen Regionen der Sowjetunion, als in der sowjetischen Unionsrepublik Kasachstan die eher nationalistisch orientierte Studentenbewegung gegen den von der sowjetischen Zentralregierung in Moskau ernannten russischen Chef der Kommunistischen Partei Gennadij Kolbin Protestaktionen und Demonstrationen veranstaltete und als die bewaff-

neten Auseinandersetzungen zwischen den Aserbajdschanern und Armeniern um die umstrittene aserbajdschanische Region Berg-Karabach in unmittelbarer Nähe zur türkisch-sowjetischen Grenze begann. Der Einmarsch von Truppen der sowjetischen Roten Armee in aserbajdschanische Hauptstadt Baku führte zu neuen und heftigeren Reaktionen in der türkischen Öffentlichkeit in Gang und löste Massendemonstrationen aus. Abgesehen von den Protestaktionen in den Metropolen des Landes wie Istanbul, Ankara und Izmir fanden besonders im Osten des Landes in den Provinzen an der türkisch-sowjetischen Grenze umfangreiche Demonstrationen statt, die vor allem von den tendenziell ultranationalistisch bzw. panturkistisch orientierten Bewegungen, insbesondere von der MHP von Alpaslan Türkeş und deren Sympathisanten organisiert und veranstaltet wurden.

Anders als die türkische Öffentlichkeit betrachtete die türkische Regierung diese Geschehnisse in den sowjetischen turksprachigen Unionsrepubliken Kasachstan und Aserbajdschan als interne Angelegenheiten der Sowjetunion. Zu dieser Zeit stellte die Sowjetunion trotz der relativen Entspannung im Ost-West-Konflikt realpolitisch gesehen noch immer eine Bedrohung für die Türkei dar, die als einziger NATO-Staat eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hatte. Diese vorsichtige Haltung der türkischen Regierung als Reflex des Kalten Krieges konnte jedoch nicht verhindern, dass sich die Beziehungen der Türkei zu den noch sowjetischen Ländern zunehmend intensivierten. Es fanden zahlreiche politische Kontakte zwischen der türkischen Regierung und den Administrationen der turksprachigen Unionsrepubliken der Sowjetunion statt. Im März 1991 besuchte beispielsweise Präsident Turgut Özal die Sowjetunion. Er beschränkte seine Reise jedoch nicht nur auf Moskau, sondern besuchte offiziell auch die sowjetischen Unionsrepubliken Kasachstan und Aserbajdschan. Dies galt als ein konkretes politisches Signal dahingehend, dass in der türkischen Außenpolitik eine neue Dimension eröffnet wurde.

Nach dem erfolglosen Versuch eines militärischen Staatsstreichs im August 1991, der die alte Ordnung in der Sowjetunion wieder herzustellen beabsichtigte, erklärten die turksprachigen Unionsrepubliken der Sowjetunion (mit Ausnahme der sowjetischen Unionsrepublik Kasachstan) ihre Unabhängigkeit.⁶¹² Obwohl die türkische Regierung nicht zö-

⁶¹² Unionsrepublik Aserbajdschan am 30. 08. 1991, Unionsrepubliken Usbekistan und Kirgisien am 31. 08. 1991 und Unionsrepublik Turkmenistan am 27. 10. 1991. Kasachstan erklärte als letzte turksprachige Unionsrepublik der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit am 16. 12. 1991.

gerte, zu diesen neuen Staaten in bilaterale Beziehungen zu treten, erkannte sie, wie die anderen westlichen Staaten, die Unabhängigkeitserklärungen dieser Staaten nicht sofort an. Am 8. Dezember 1991 wurde die *Sojus Nesavisimich Gosudarstv* (Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten, GUS) gegründet. Die Türkei war der erste Staat überhaupt, der nach der Auflösung der Sowjetunion am 9. Dezember 1991 die Unabhängigkeit der Republik Aserbaidschan und eine Woche später die der anderen turksprachigen Republiken offiziell anerkannte.⁶¹³ Nach der offiziellen diplomatischen Anerkennung richtete die Türkei als erster Staat Botschaften in den neu gegründeten Turkrepubliken ein, die wiederum auch ihre ersten Auslandsvertretungen in der Türkei eröffneten.

Die unerwartet entstandene neue regionale Lage nach der Auflösung der Sowjetunion und dem Erlangen der Unabhängigkeit der turksprachigen Unionsrepubliken und deren mögliche Auswirkungen auf die regionale Politik der Türkei wurde in der TBMM beraten,⁶¹⁴ wobei der Vorsitzende der ultranationalistischen MHP, Türkeş, die Regierung davor warnte, zuviel Zeit zu verlieren, bevor die Türkei ihren Einfluss in den Turkrepubliken festigen könne, und nicht andere interessierte regionale bzw. global einflussreiche Staaten zu einem größeren und einflussreicheren Machtfaktor in Zentralasien und im Transkaukasus würden. Türkeş schlug vor, ein besonders für die Turkrepubliken verantwortliches und die zukünftige Politik der Türkei bezüglich der „Auslandstürken“ koordinierendes Ministerium zu etablieren,⁶¹⁵ um die neuen Chancen und Möglichkeiten für die türkischen Interessen besser wahrnehmen zu können. Er kündigte an, dass nach der Gründung der Turkrepubliken auf der Welt nunmehr 200 Millionen „Türken“ frei erreichbar geworden seien.

Zwar wurde kein solches, alleine für die Turkrepubliken oder turksprachigen Völker zuständiges Ministerium außerhalb des Außenministeriums in die Tat umgesetzt, aber durch die Gründung der Turkish Agency for Technical and Economic Cooperation (TIKA) als ein Organ des türkischen Außenministeriums am 24. Januar 1992 wurde der bedeutendste Schritt für die türkische Interessenswahrnehmung in der

⁶¹³ Freitag-Wirminghaus, Reiner: Keine großen Brüder. Der Einfluss der islamischen Welt in Zentralasien und in Aserbaidschan, in: Der Überblick, 2/28 (1992), S. 50-54; S. 53.

⁶¹⁴ Am 12. Und 17. Dezember 1991 fanden in der Großen Nationalversammlung (TBMM) zwei diesbezügliche und im Hinblick auf die zukünftige Turkrepublikenpolitik der Türkei relevante Debatten über die neu entstandenen Turkrepubliken statt.

⁶¹⁵ Winrow, Gareth M.: Turkey in post-sowjet Central Asia, London 1995, S. 13.

Region eingeleitet. Die Tätigkeitsbereiche der TIKA umfassen die Koordination der Zusammenarbeit zwischen den Turkrepubliken und der Türkei in den Bereichen Wirtschaft, Ausbildung, Kultur, Kunst, Geschichte und Geschichtsforschung, Sprache und Alphabet, Ethnographie, Tourismus, Verwaltung, Justiz, Sicherheit, Kommunikation und Kommunikationstechnologie, Umwelt, Wissenschaft und Technologie.⁶¹⁶ Die Gründung der TIKA ist ein deutliches politisches Zeichen dafür, dass die Türkei in ihrer regional ausgerichteten „neuen“ Außenpolitik den Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken eine besondere Bedeutung beimaß und den türkischen Willen verdeutlichte, den Begriff der „Region“ – der bis dahin höchstens teilweise den Balkan und den benachbarten Nahen Osten umfasste – entsprechend der neuen weltpolitischen Konstellation nach Auflösung der Sowjetunion ziemlich deutlich zum Kaukasus und nach Zentralasien hin ausweitete. Die türkischen Entscheidungsträger betrachteten diese ehemals sowjetischen Territorien als Regionen, die im Hinblick auf die türkischen außenpolitischen Interessen nach dem Ende der alten internationalen Ordnung von vordringlicher Relevanz seien und brachten diese Betrachtungsweise als „Entstehung der türkischen Welt“ in Ausdruck. Der US-amerikanische Staatsmann Henry Kissinger verwendete in ähnlicher Weise den Begriff der „türkischen Welt von Adria bis China“.⁶¹⁷ Präsident Özal kündigte an, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Türken werde,⁶¹⁸ wenn die neuen Turkrepubliken diese einmalige Chance richtig nützten.⁶¹⁹ Auch der damals amtierende Premierminister Demirel wies – ausgehend von der Bezeichnung Kissingers – auf die Erweiterung des von der Türkei beeinflussbaren Großraumes von der Adria bis zur Chinesischen Mauer

⁶¹⁶ Arık, Umut: Üçüncü Çalışma Yılında TIKA, in: Avrasya Dosyası, 2/2 (1995), S. 163-182; S. 166f.

⁶¹⁷ Kut weist darauf hin, dass der Begriff „türkische Welt von Adria bis China“ zum ersten Mal in der Welt-Wirtschaftsforum am 1. Februar 1992 von dem US-amerikanischen Politiker Henry Kissinger zum Ausdruck gebracht wurde. Auch der Untertitel des Buches von Graham Fuller und Ian O. Lesser wurde als „From the Balkans to Westen China“ formuliert. Siehe Kut, Gün: Yeni Türk Cumhuriyetleri ve Uluslararası Ortam, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 9-24; S. 13.

⁶¹⁸ Mit dem Ausdruck „Türken“ meinte Özal die Türken und Turkvölker.

⁶¹⁹ Bozdağ, Abidin: Die Zentralasienpolitik der Türkei, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): Mittelasien von der „Zweiten“ zur „Dritten“ Welt?, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik, 15 (1993), S. 27-42; S. 33.

hin.⁶²⁰ Anfangs unterstützten auch die Aussagen der höchsten Führungseliten der neu gegründeten turksprachigen Republiken das neue bzw. neu formulierte Konzept einer ausgedehnten Interessensregion mit der Führungsrolle der Türkei, die sie wahrzunehmen begann. Der Präsident Usbekistans, Islam Karimow, sprach in diesem Sinne von der „Vision eines Commonwealth zwischen den turksprachigen Republiken“ und kündigte an, sein Land werde den türkischen Weg einschlagen.⁶²¹ Ende Dezember 1991 bezeichnete der Präsident Kirgisiens, Askar Akajew, während seines Türkeiibesuchs das säkulare und demokratische System der Türkei als ein Modell für die Turkrepubliken.⁶²² Zu dieser Zeit wurde die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik auch von westlichen Politikern als realistisch bezeichnet und unterstützt. Sie sprachen in diesem Zusammenhang davon, dass eine führende Rolle der Türkei im Kaukasus und in Zentralasien auf jeden Fall unterstützt werden sollte, um den möglichen islamistischen Einfluss des Iran einzudämmen. Die Eigenschaften der Türkei bekräftigten diese These: Ein säkulares, modernisiertes und europäisches, im Westen politisch, wirtschaftlich sowie sicherheitspolitisch weitgehend integriertes und zudem muslimisches und turksprachiges Land. Der US-amerikanische Präsident George Bush (Senior) bezeichnete die Türkei in diesem Zusammenhang als ein Modell für die postsowjetischen Turkrepubliken.⁶²³ Auch der zu dieser Zeit amtierende Generalsekretär der NATO, Manfred Wörner, erklärte während seines Besuchs in Moskau im Februar 1992, dass die Türkei mit ihrem säkularen politischen System die sicherheitspolitischen Interessen der westlichen Allianz in den zentralasiatischen und kaukasischen Regionen im Sinne der Eindämmung der Gefahr der Radikalisierung und Politisierung des Islam unterstützen solle.⁶²⁴ Dieser Aspekt der türkischen Neuorientierung wurde auch von den türkischen Führungseliten und intellektuellen Kreisen begrüßt. Es wurde davon ausgegangen, dass das politische System der Türkei von den turksprachigen Republiken durchaus als ein wünschenswertes Modell angenommen werden könnte, da es den ursprünglich westeuropäischen politischen Laizismus und den weitge-

⁶²⁰ Kuru, Ahmet T.: Türkiye'nin Orta Asya'ya Yönelişi: Dokuz Asır Sonra Politika Değişimi, in: Öke, Kemal Mim (Hg.): Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri, Istanbul 1999, S. 128-151; S. 142.

⁶²¹ Brown, Bess & Fuller, Elisabeth: Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Sankt Augustin 1994, S. 18.

⁶²² Ibid.

⁶²³ Kuru, S. 142.

⁶²⁴ Winrow, S. 13.

hend etablierten gesellschaftlichen Säkularismus in einem Land mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung seit 1923 erfolgreich in die Tat umsetzen konnte. Darüber hinaus verfügte die Türkei über eine im Vergleich zu den anderen Staaten der islamischen Welt eine äußerst entwickelte demokratische Ordnung und konnte überdies eine einzigartige politische, wirtschaftliche und vor allem sicherheitspolitische Integration mit westlichen Staaten und politischen Organisationen mit der deutlichen Zustimmung und Unterstützung der eigenen Bevölkerung realisieren. All dies rechtfertigte anfangs die neue Rolle der Türkei, die sie in der postsowjetischen Weltordnung gerne zu spielen beabsichtigte, und unterstrich ihr neues Regionalkonzept sowie ihre organisatorischen Schritte wie die Gründung der TIKA.

Für die Turkrepubliken war die Zusammenarbeit mit und enge Beziehungen zu der in fast allen westlichen Organisationen vertretenen Türkei von großen Nutzen im Hinblick auf die Beseitigung ihrer Isolierung, insbesondere von der westlichen Gemeinschaft, deren Unterstützung lebenswichtig für ihre regionale Selbstbehauptung, vor allem aber gegenüber der Russischen Föderation war. Die Türkei übernahm für die Turkrepubliken in diesem Sinne bei den westlichen politischen und wirtschaftlichen Organisationen, unter anderen im Atlantischen Kooperationsrat, im Europarat, in der OECD, in der OSZE, in der EU und im IWF eine „Türöffner- und Fürsprecherfunktion“.⁶²⁵ So schlug sie im Januar 1992 die Mitgliedschaft der postsowjetischen Turkrepublik Aserbaidschan in der unmittelbar nach der Desintegration der Sowjetunion belebten Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) vor. Beim Treffen der ECO-Mitglieder Türkei, Iran und Pakistan wurden alle postsowjetischen Turkrepubliken außer Kasachstan, das zunächst nur einen Beobachterstatus in der ECO wünschte, in die Organisation aufgenommen.⁶²⁶

Im Oktober 1992 versammelte sich der erste Gipfel der Turkrepubliken in Ankara, bei dem die Türkei, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan jeweils von ihren Präsidenten repräsentiert wurden. In der offiziellen Deklaration des Gipfels wurde der gemeinsame Wunsch der Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen den Turkrepubliken und der Türkei in Kultur, Ausbildung, Sprache, Sicherheit, Wirtschaft sowie Politik zum Ausdruck gebracht.⁶²⁷ Die Präsi-

⁶²⁵ Kramer, Heinz: Zentralasien im Interessenfeld der Türkei, Ebenhausen/Isartal 1995, S. 14.

⁶²⁶ Brown, S. 19-20.

⁶²⁷ Tageszeitung Cumhuriyet sowie Tageszeitung Milliyet vom 02. 11. 1992.

dentem beschlossen auch, mindestens einmal jährlich zu ähnlichen Gipfeltreffen zusammenzukommen. Die Teilnehmerstaaten äußerten darüber hinaus ihre Absicht, in internationalen Organisationen zum Vorteil aller Turkrepubliken gemeinsam zu agieren.⁶²⁸ Die Staatsoberhäupter waren sich darüber einig, verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen, die an Projekten in oben erwähnten Kooperationsfeldern tätig sein sollten. Unrealisierbare Vorstellungen der türkischen Seite, beispielsweise der Vorschlag des türkischen Präsidenten, Turgut Özal, den türkischen Pipelineprojekten zuzustimmen oder die türkische Nationalwährung in den Turkrepubliken offiziell gültig zu machen, oder einen Binnenmarkt zwischen den Turkrepubliken und der Türkei zu verwirklichen, in dem Arbeitskräfte und Kapital Freizügigkeit genießen sollten,⁶²⁹ wurden von den Führungen der postsowjetischen Turkrepubliken strikt abgelehnt und ernteten darüber hinaus heftige Kritik aus Russland. Auch die Führungen der Turkrepubliken kritisierten diese Vorstellungen der Türkei. Solche Wünsche deuteten darauf hin, dass die Türkei nicht nur eine Außenpolitik für die Realisierung intensiver bilateraler Beziehungen zu den postsowjetischen Republiken zu betreiben, sondern auch eine Art regionale Integration wirtschaftlicher und politischer Art zu verwirklichen beabsichtigte. Der kasachische Präsident Nasarbajew lehnte die Gründung jeglicher nationaler bzw. religiöser Organisationen ab⁶³⁰ und sein usbekischer Kollege Karimow positionierte sich klar und deutlich gegen einen supranationalen politischen Mechanismus zwischen den Turkrepubliken. Später begründete der kasachische Präsident Nasarbajew seine negativen Ansichten bezüglich einer solchen Integrationspolitik folgendermaßen:

Es ist eine Tatsache, dass wir gemeinsame Wurzeln haben. Doch lebten wir seit langer Zeit ziemlich entfernt voneinander. Ich schlug vor, die bereits abgetrennten Bindungen unserer Kultur wieder zu knüpfen, indem wir gegenseitig die Souveränität jeden Staates respektieren. Ich fügte aber auch hinzu, dass wir unsere Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten nicht abbrechen werden bzw. nie mehr

⁶²⁸ Brown, S. 24.

⁶²⁹ Sen, Faruk: Türkische Aktivitäten in Mittelasien, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 5/2 (1992), S. 267-270; S. 268f.

⁶³⁰ Kramer, S. 23.

*Beziehungen aufnehmen werden, bei denen wir nicht gleichberechtigt sind. ... Karimow unterstützte mich.*⁶³¹

Auch der usbekische Präsident Karimow betont, dass Usbekistan nicht nur zur Türkei Beziehungen aufnehmen und pflegen wolle.⁶³² Aufgrund solcher unterschiedlicher Vorstellungen der Führungen der Turkrepubliken und der türkischen Entscheidungsträger wurde auch keine Abschlussdeklaration zur Unterstützung der international nicht anerkannten Türkischen Republik von Nordzypren bzw. zum Konflikt um die Region Berg-Karabakh zwischen Aserbaidshan und der postsowjetischen Republik Armenien abgegeben.⁶³³ Die Führungen der Turkrepubliken hatten keinerlei konkrete Interessen, die Türkei in der Zypernfrage oder Aserbaidshan in der Frage um die Region Berg-Karabakh zu unterstützen. Solche Meinungsverschiedenheiten deuten darauf hin, dass das türkische Außenministerium für das erste Gipfeltreffen der turksprachigen Republiken nicht ausreichend vorbereitet hatte.

Nach diesem Gipfeltreffen besuchte der Präsident Özal kurz vor seinem Tod die Turkrepubliken. Der diplomatische Verkehr zwischen der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken war eindrucksvoll intensiviert worden. Dennoch begannen die türkischen Führungseliten zu verstehen, dass die Türkei im Kaukasus und in Zentralasien unter gegebenen internationalen Bedingungen nicht den politischen Einfluss würde nehmen können, den man sich anfangs euphorisch vorgestellt hatte. Insbesondere die innenpolitische Instabilität in Aserbaidshan, die mit dem Putsch gegen den demokratisch gewählten Staatsoberhaupt Eltschibej begann, verdeutlichte die fehlenden Machtmittel der Türkei, im Kaukasus und in Zentralasien bedeutenden Einfluss auszuüben. Obwohl die türkische Regierung durch eine offizielle Stellungnahme gegen den verfassungsfeindlichen Putsch gegen Eltschibej protestierte, der bisher klar und deutlich eine pro-türkische Außenpolitik betrieben hatte, und der türkische Außenminister Çetin durch Briefe an die Vereinten Nationen und an die KSZE die türkische Haltung bezüglich des Putsches in Aserbaidshan unterstrich, musste sie nach zwei Tagen, nachdem das

⁶³¹ Nasarbajew, Nursultan: *Yüzyılların Kavşağında*, Ankara 1997, S. 200-201, zitiert nach Kuru, Ahmet T.: *Uluslararası Ortam ve Bölgesel Entegrasyon Teorileri Işığında Türk Birliği Meselesi*, in: Öke, Kemal Mim (Hg.): *Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri*, İstanbul 1999, S. 152-210; S. 185.

⁶³² Kuru, S. 155.

⁶³³ Winrow, S.20.

aserbaidsschanische Parlament den Machtübergang auf Alijew beschlossen hatte, die neue aserbaidsschanische Führung offiziell anerkennen.⁶³⁴ Das war für die türkische Außenpolitik bezogen auf die postsowjetischen Turkrepubliken das deutlichste Signal, dass das euphorische und rhetorische Außenpolitikkonzept im Hinblick auf die Turkrepubliken sowie das erweiterte Regionalkonzept bis zur chinesischen Grenze realpolitisch gesehen ohne Grundlage war.

Infolge der politischen Ereignisse in Aserbaidsschan wurde das zweite Treffen der Turkrepubliken, das in der aserbaidsschanischen Hauptstadt Baku stattfinden sollte, auf ein unbekanntes Datum verschoben. Aus diesem Grund fand der zweite Turkstaatengipfel (19. Oktober 1994) in Istanbul statt. Die Präsidenten der postsowjetischen Turkrepubliken verdeutlichten dieses Mal, dass sich ihre Länder als unabhängige Staaten ihre außenpolitische Orientierung nicht von der Russischen Föderation vorschreiben lassen wollten.⁶³⁵ Anders als beim ersten Gipfeltreffen wurden in der Deklaration von Istanbul eine Lösung des Konflikts in der Region Berg-Karabakh im Rahmen der Empfehlung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorgesehen und die türkischen Pipelineprojekte, die den Transport des Erdöls aus den Turkrepubliken bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan vorsahen, unterstützt.⁶³⁶ Es wurde ebenfalls empfohlen, die interparlamentarischen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten zu fördern und regelmäßige gegenseitige Besuche der Kultusminister der Turkrepubliken und der Türkei zu ermöglichen.

Andererseits wurde der türkisch-aserbaidsschanische Versuch, die armenische Aggression gegen Aserbaidsschan in der gemeinsamen Deklaration des Gipfels zu verurteilen, von Kasachstan abgelehnt. Die Präsidenten Kasachstans und Turkmenistans nahmen darüber hinaus eine ähnliche Haltung wie ihr russischer Kollege ein und übten Kritik an dem Vertrag zwischen dem internationalen Erdölkonsortium in Aserbaidsschan und der aserbaidsschanischen Regierung, der die Erdölexploration im Kaspischen Meer regelt. Die beiden Staaten und die Russische Föderation, die ebenfalls Anrainerstaaten sind, vertraten die Ansicht, dass zunächst eine Einigung zwischen den am Kaspischen Meer gelegenen Anrainerstaaten zu erlangen sei, bevor mit internationalen Konsortien Verträge unterzeichnet werden könnten.⁶³⁷

⁶³⁴ Brown, S. 36.

⁶³⁵ Kramer, S. 23.

⁶³⁶ Winrow, S. 29f.

⁶³⁷ Ibid. S. 30.

Die Turkstaatengipfel der 90er Jahre ermöglichten zwar die intensivste und ausgedehnteste direkte politische Kommunikation zwischen der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken, konnten jedoch die von der türkischen Seite erwünschte Entwicklung der Kooperation nicht in die Tat umsetzen. Die Führungen der postsowjetischen Turkrepubliken und die türkischen Entscheidungsträger hatten deutlich differenzierte Ansichten über die Form dieser Kooperation. Die unregelmäßigen jährlichen Versammlungen der Staatsoberhäupter der Turkrepubliken, d.h. Turkstaatengipfel, hatten bisher keine dauerhafte Struktur.⁶³⁸ Auch die ECO als eine Organisation zur regionalen Kooperation entwickelte sich zwischen 1990-2004 nicht zu einer von türkischer Seite erwünschten Plattform der Zusammenarbeit. Trotz der Vorstellungen mancher türkischer Führungseliten und Oppositionsführern der Turkrepubliken wurde in diesem Zusammenhang weder eine EU- bzw. NAFTA-ähnliche Kooperationsstruktur verwirklicht, noch fand eine Zusammenarbeit der Turkrepubliken in internationalen Organisationen bzw. die Bildung eines Arabischen Liga ähnlichen „türkischen Blocks“ statt.

Insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre wurde keine andere Region von den führenden türkischen Politikern und Geschäftsleuten so oft bereist wie Aserbaidshan und Zentralasien. Als Ergebnis dieser politischen Aktivitäten entstand ein umfangreiches, durch verschiedenen Verträge und Übereinkommen abgesichertes Netz von politischen, aber zugleich auch kulturellen und staatlichen sowie nichtstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken. Dennoch ist es der Türkei nicht gelungen, sich im Transkaukasus und in Zentralasien zu einer dominierenden Regionalmacht zu entwickeln. Die Türkischen Entscheidungsträger hatten anfangs nicht damit gerechnet, dass die Russische Föderation die Kontrolle in den ehemals unter russischer bzw. sowjetischer Herrschaft stehenden Regionen, die sie heute als „nahes Ausland“ betrachtet und im Hinblick auf ihre eigene Sicherheit noch weiter zu überwachen beabsichtigt, auch unter den postsowjetischen internationalen Bedingungen zu halten vermag. Auch die Führungen der postsowjetischen Turkrepubliken sind nicht in der Lage, sich vom russischen Einfluss zu befreien, sondern benötigen vielmehr den russischen „Schutzschild“, um sich vor Konflikten wie im zentralasiatischen Tadschikistan oder dem armenisch-

⁶³⁸ Kuru, 155.

aserbaidshischen Konflikt im Transkaukasus schützen zu können.⁶³⁹ Außerdem ist die Russische Föderation für die postsowjetischen Staaten dieser Regionen der relevanteste Warenlieferant und der bedeutendste Wirtschaftspartner. Nicht nur ihre sicherheitspolitische Lage verhindert das Eingehen alternativer internationaler Kooperationen der Turkrepubliken, sondern vielleicht noch relevanter ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von der Russischen Föderation, die auf die russische bzw. sowjetische Herrschaft zurückzuführen ist.

Es ist in Anbetracht des wirtschaftlichen und politischen Potenzials und im Hinblick auf die fehlende Fähigkeit der Machtprojektion der Türkei, sowie aufgrund der regionalen Konstellation und des fehlenden politischen Willens der Führungseliten der Turkrepubliken kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten, dass die Türkei und die postsowjetischen Turkrepubliken ihre Beziehungen auf der Grundlage einer gemeinsamen supranationalen Organisation vertiefen und sich annähern können. Der Gedanke einer Integration mit den Turkrepubliken konnte sich auch unter den türkischen Entscheidungsträgern und Führungseliten sowie in der türkischen Öffentlichkeit nicht etablieren. Marginale Einflussmöglichkeiten der rechtsextremistischen und (pan)turkistisch orientierten Führungseliten und Intellektuellen konnten zwar bis zu einem gewissen Grad zur Entwicklung der türkischen Regionalpolitik im Kaukasus und in Zentralasien beitragen, aber eine Integrationspolitik in Richtung der Etablierung einer Organisation mit supranationalem Charakter auf der Grundlage der ethnischen Abstammung, über die manche (pan)turkistisch orientierten Politiker spekulierten, wurde von der Türkei ernsthaft nicht als außenpolitische Option berücksichtigt. Hierbei spielen nicht nur die realpolitisch begrenzten Möglichkeiten der wirtschaftlichen und militärischen Machtprojektion der Türkei in den erwähnten Regionen eine Rolle, sondern vor allem die Lage in den postsowjetischen Turkrepubliken. Im Hinblick auf ihre Infrastruktur, ihren Demokratisierungsstand und ihre defizitäre Marktwirtschaft weichen die Turkrepubliken aus vielerlei Hinsicht qualitativ von der Türkei ab, die in diesen Bereichen im Rahmen ihrer Beitrittspartnerschaft mit der EU beachtliche Fortschritte erzielen konnte. Darüber hinaus stellte sich offensichtlich heraus, dass die EU-Orientierung der Türkei infolge der geographischen Lage des Landes sowie seiner bisherigen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitisch-militärischen Integration in Europa und im Westen sowie im Hinblick auf die europäische Selbst-

⁶³⁹ Brown, S. 20.

wahrnehmung der politischen Entscheidungsträger, Führungseliten und der großen Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei zur absoluten politischen Priorität des Landes gehören und in diesem Zusammenhang die politischen Beziehungen der Türkei zu den Turkrepubliken von den türkischen Entscheidungsträgern eher als eine außenpolitische Neuorientierung betrachtet werden, die zur außenpolitischen Anpassung der Türkei an die Rahmenbedingungen der neuen regionalen und internationalen Konstellation dienen.

5.2.6. Auswärtige Kulturpolitik mit Blick auf die postsowjetischen Turkrepubliken

Als Ergebnis der intensiven politischen bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken wurden bisher mehrere Verträge über die Kooperation in Sprache, Bildung, Wissenschaft und Technik unterzeichnet und mehrere Projekte ins Leben gerufen. Daraus wird ersichtlich, dass die auswärtige Kulturpolitik ein relevanter Bestandteil der Beziehungen zu den Turkrepubliken ist. Die Kulturpolitik kann auf lange Sicht als eine Investition im Hinblick auf die Formulierung und Gestaltung der künftigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen bzw. Kooperationen zwischen der Türkei und den Turkrepubliken betrachtet werden.

Das Hauptziel der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei ist die Verbesserung bzw. Ermöglichung der Kommunikation und Verständigung. In diesem Sinne bildet die Politik der sprachlichen Annäherung der turksprachigen Völker ein primäres langfristiges Interesse der türkischen Außenpolitik. Angesichts der Wahrnehmung der türkischen Entscheidungsträger ist die so genannte „sprachliche Gemeinsamkeit“ der Turkvölker der Ausgangspunkt der nach der Auflösung der Sowjetunion betriebenen Kulturpolitik der Türkei. In der türkischen Fachliteratur herrscht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die sprachliche Verwandtschaft zwischen den Türken und den postsowjetischen Turkvölkern, die in fünf je unabhängigen Staaten leben, der wichtigste Bestandteil der kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten ist. Diese sprachliche Verwandtschaft wird von der türkischen Öffentlichkeit generell als eine Art sprachliche Einheit wahrgenommen. Das Fehlen gegenseitiger Kontakte zwischen den Türken und den turksprachigen Völkern sowie die Propaganda der (pan)turkistisch orientierten Parteien, Medien und Intellektuellen spielt bei dieser Fehlperzeption die entscheidende Rolle.

Es gibt vielmehr keine wissenschaftliche Meinungseinheit über die Interpretation dieser Verwandtschaft. So bezeichnet der türkische Historiker Saray die Sprachen der Turkvölker in seinen Publikationen als „Dialekte des Türkischen“.⁶⁴⁰ Auch in den offiziellen Publikationen des türkischen Außenministeriums werden die Sprachen der postsowjetischen Turkvölker als „Dialekte“ der türkischen Sprache bezeichnet.⁶⁴¹ Diese Einschätzung kann mit einem Beispiel verdeutlicht werden: Anstatt *Özbekçe* (Usbekisch) wird der Begriff *Özbek Türkçesi* (usbekisches Türkisch) verwendet.⁶⁴² Entsprechend dieser sprachlichen Bezeichnung werden die Turkvölker sowohl in den Medien als auch in den wissenschaftlichen bzw. populärwissenschaftlichen Publikationen sowie in den offiziellen Quellen als Türken im ethnischen Sinne wahrgenommen. Demnach taucht beispielsweise oft der Begriff *Özbek Türkleri* (usbekische Türken) in den türkischen Quellen auf.

Diese „Türkifizierung“ der Turksprachen bzw. Sogar der Turkvölker entspricht nicht der international geltenden wissenschaftlichen und politischen Terminologie. So bezeichnen z.B. die angloamerikanischen und deutschen Publikationen die Turksprachen als separate Sprachen, obwohl sie ihre nahe Verwandtschaft zum Türkischen und untereinander unterstreichen. Auch die Turkvölker selbst nehmen ihre Sprachen nicht als Dialekte des Türkischen, sondern als eigenständige Sprachen wahr. In diesem Zusammenhang wäre es denkbar, dass es sich bei der türkischen Wahrnehmung um eine auf die historischen nationalistischen Ideologiekonzepte zurückführende bewusste Entscheidung der vor allem (pan)turkistisch orientierten türkischen Eliten handelt. Diese nationalistischen Ideologiekonzepte, welche die Verhaltensmuster der die Turkrepublikenpolitik mitgestaltenden türkischen Entscheidungsträger möglicherweise beeinflussten, spielten während des Prozesses der Nationwerdung in der Türkei am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine gewisse Rolle. Auch die historisch belegte Völkerwanderung der Türken aus der zentralasiatischen Urheimat nach Anatolien bekräftigte diese Wahrnehmung der türkischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit. Die Kenntnis der historischen Fundamente kann daher dem Leser helfen, die türkische Wahrnehmung bezüglich

⁶⁴⁰ Saray, Mehmet: *Türk Dünyasında Dil ve Kültür Birliği*, İstanbul 1993.

⁶⁴¹ Vgl. dazu z.B. T.C. Dışişleri Bakanlığı, *Aserbaycan Ülke Raporu*, Ankara 1995, S. 7. Vgl. T.C. Dışişleri Bakanlığı, *Kazakistan Ülke Raporu*, Ankara 1995, S. 9.

⁶⁴² Siehe T.C. Dışişleri Bakanlığı, *Özbekistan Ülke Raporu*, Ankara 1995.

der sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen der Türkei und den Turkrepubliken besser zu verstehen.⁶⁴³

Für die Ermöglichung einer besseren Verständigung zwischen den turksprachigen Völkern kommen einige relevante Projekte der Türkei in Frage. Die Eröffnung des türkischen öffentlich rechtlichen Fernsehkanals *TRT-INT Avrasya* (TRT International-Eurasian) im April 1992 sowie die täglichen Rundfunksendungen des im Jahr 1967 gegründeten *Türkiye'nin Sesi* (Voice of Turkey), die auf Aseri folgen,⁶⁴⁴ sind die ersten konkreten Schritte einer sprachlichen Annäherung. TRT-INT strahlt für die Turkrepubliken seit 1993 täglich 18 Stunden aus.⁶⁴⁵ Die Sendungen des TRT-INT erwiesen sich jedoch in der Region zum einen infolge sprachlicher Probleme und zum anderen aufgrund der Qualität als wenig konkurrenzfähig.⁶⁴⁶ Auch einige private Fernsehsender, beispielsweise die pro-islamisch geprägten Kanäle wie *TGRT* oder *Samanyolu-TV* können in Aserbaidshan und in Zentralasien empfangen werden. Die Programme dieser Sender sind auf Türkisch und berücksichtigen kaum die sprachlichen sowie kulturellen Unterschiede der Turkvölker. Sie beinhalten nicht die historischen Gemeinsamkeiten der Türken und Turkvölker, z.B. gemeinsame Kulturwerte wie die Epen *Manas*, *Ergenekon* oder *Oğuzhan*, und berücksichtigen kaum Themen über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik oder Kunst in den Turkrepubliken.⁶⁴⁷ Wie Avşar vorschlägt, könnten die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche sowie der Sprachen der Turkvölker bei den Sendungen die Einschaltquo-

⁶⁴³ Der Panturkismus geht von einer einheitlichen türkischen Nation aus. Dieses Konzept der Nation nimmt an, dass die Turkvölker bzw. turksprachige Nationen ethnische Türken sind. Nach dieser Sichtweise werden ihre Sprachen nicht als separate Sprachen, sondern lediglich Dialekte des Türkischen bezeichnet. Es entspricht zwar der Wahrheit, dass zwischen einigen Turksprachen die sprachlichen Unterschiede kaum über Dialektunterschiede hinausgehen. Ein solch enges Verhältnis besteht beispielsweise zwischen dem Türkischen und Aseri sowie dem Kasachischen und Kirgisischen. Türken und Aserbaidshaner können miteinander ohne ernsthafte Verständigungsprobleme kommunizieren. Die Turksprache der Aserbaidshaner (Aseri) könnte durchaus als einen Dialekt des Türkischen angenommen werden. Dieses Phänomen kann jedoch nicht generalisiert werden. Daher sind die Turksprachen generell als separate Sprachen zu betrachten.

⁶⁴⁴ Avşar, Zakir B.: *Türk Cumhuriyetleri Arasında İletişim*, in: *Avrasya Etüdüleri*, 3/1 (1996), S. 101-113; S. 104-105.

⁶⁴⁵ Arik, S. 171.

⁶⁴⁶ Ersanlı, Büşra: *Çok Boyutluluğu Yeniden Keşif. Türkiye'nin Türk Cumhuriyetleriyle İşbirliği Arayışı*, in: *Yalçınkaya, Aleaddin: Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları*, İstanbul 1998, S. 223-232; S. 229.

⁶⁴⁷ Avşar, S. 101ff.

ten in den Turkrepubliken wesentlich erhöhen⁶⁴⁸ und zur kulturellen und sprachlichen Annäherung der Turkvölker beitragen. Auf der anderen Seite gibt es technische Schwierigkeiten, die beseitigt werden müssen. Zum einen ist der Zeitunterschied zwischen der Türkei und Zentralasien ein bestimmendes Kriterium für den Erfolg der türkischen Sender. Der Zeitunterschied beeinträchtigt die Kontinuität der Sendungen. Zum anderen verschlechtern die veralteten sowjetischen Technologien in den postsowjetischen Regionen die Sendequalität und begrenzen durch ihre geringe Kapazität die mögliche Sendezeitspanne.⁶⁴⁹ Eine Lösung solcher technisch bedingter Probleme wäre eine von der Türkei durchführbare Modernisierung.

Im Bereich der sprachlichen Annäherung kommen auch einige ebenfalls in den Turkrepubliken herausgegebenen türkischen Zeitungen und Zeitschriften in Frage. Die von der TIKA in allen Turksprachen veröffentlichte politikwissenschaftliche bzw. sozialwissenschaftliche Zeitschrift *Avrasya Etüdüleri* (Eurasische Studien), in der unter anderem auch von den Wissenschaftlern aus den Turkrepubliken verfasste Artikel und Abhandlungen publiziert werden, ist ein staatlich unterstützter Beitrag in diesem Bereich. Auch die pro-islamische türkische Tageszeitung *Zaman* wird in den Turkrepubliken herausgegeben.

Um die Probleme und künftige Zusammenarbeit im Bereich der Presse und Medien zu erörtern, veranstalteten TIKA und die Universität Istanbul am 20.-21. Oktober 1993 eine Konferenz in Istanbul, an der Journalisten, Bürokraten und Wissenschaftler aus allen Turkrepubliken und der Türkei teilnahmen.⁶⁵⁰ In dieser Konferenz wurde beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich der Presse und Medien zu institutionalisieren. Ein weiterer Schritt im Bereich der Kommunikation ist die Gründung der *Türkçe Konuşan Ülkeler Haber Ajansları Birliği* (Union der Nachrichtenagenturen der Turksprachigen Länder)⁶⁵¹, deren Ziele in der Entwicklung der Telekommunikation, der Verbesserung des Nachrichtenverkehrs zwischen den Turkrepubliken, der Verstärkung der beruflichen Beziehungen und der Solidarität zwischen den Nachrichtenagenturen der Turkrepubliken und der Entwicklung eines Mechanismus für die Kommunikation in der Sprache des jeweiligen Vertragspartners gesehen

⁶⁴⁸ Ibid. S. 104-105.

⁶⁴⁹ Avşar, Ibid. S. 104.

⁶⁵⁰ T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): *Türk Cumhuriyetlerinin Tanışma ve Yakınlaşmasında Basının Rolü Konferansı*, Ankara 1994.

⁶⁵¹ Wortwörtliche Übersetzung aus dem Türkischen: *Union der Nachrichtenagenturen der Türkisch Sprechenden Welt*.

wird. Außerhalb der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken beteiligte sich die international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypren an dieser Union. Die zentrale Koordination des gemeinsamen Nachrichtenaustausches übernahm die türkische *Anadolu Ajansı* (Nachrichtenagentur Anatolien) in Ankara.

Eine weitere Kooperation in diesem Bereich ist die Gründung der *Türk Dünyası Yazarlar Birliği* (Schriftstellerunion der Turksprachigen Welt), die durch die Initiative der *Türk Yazarlar Birliği* (Türkischen Schriftstellerunion) ins Leben gerufen wurde. Sie organisiert literarische Veranstaltungen in den turksprachigen Ländern. Die *Türk Dünyası Yazarlar Kurultayı* (Schriftstellerversammlung der Turksprachigen Welt), die 1994 in Ankara stattfand und an welcher Dichter, Schriftsteller und Journalisten aus den postsowjetischen Turkrepubliken und der Türkei teilnahmen, sowie die Gründung der *Türk Dünyası Eğitim, Bilim ve Kültür Teşkilatı* (Bildungs-, Wissenschaft- und Kulturorganisation der Turksprachigen Welt) und die *Uluslararası Türk Dili Kurultayları* (Internationalen Versammlungen der Turksprache) gelten als konstruktive Schritte hin zu einer Annäherung im Bereich der Kultur.

Die Sprache gilt in der türkischen Kulturpolitik als Hauptbetätigungsfeld. Wie bereits erwähnt wurde, gehen die Historiker davon aus, dass bis zum 16. Jahrhundert in Turkestan bzw. Zentralasien eine gemeinsame literarische Sprache existierte. Durch die Sprachenpolitik des Russischen Reichs und später der Sowjetunion wurde die sprachliche Differenzierung in den turksprachigen Gebieten gefördert. Dadurch wurden separate Turksprachen geschaffen. Eine weitere Folge dieser russischen Kulturpolitik war die Teilung Turkestans und die daraus resultierende Entstehung der sowjetischen Unionsrepubliken Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan. Die gemeinsame sprachliche Entwicklung sowie die gemeinsame Literaturtradition der turksprachigen Völker in Zentralasien sind daher ab der russischen Fremdherrschaft getrennt zu betrachten. Die türkischen Bemühungen in den 90er Jahren konzentrierten sich darauf, die sprachlichen Bindungen zwischen den turksprachigen Völkern wieder zu verstärken. Die Sprachenpolitik der Türkei impliziert in diesem Zusammenhang vor allem die Ermöglichung der sprachlichen Verständigung im geographischen Großraum zwischen Zentralasien und der Türkei mit dem Endziel der Schaffung einer gemeinsamen Literatur. Türkmen betont in seinem Artikel, dass die türkische Sprachenpolitik die Abschaffung der bestehenden sprachlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Turksprachen, ja sogar die Einführung des Türkischen in den postsowjetischen Turkrepubliken zum

Ziel nehmen sollte.⁶⁵² Es ist an dieser Stelle noch mal zu betonen, dass die sprachlichen Unterschiede zwischen den Turksprachen, welche die Verständigung zum Teil unmöglich machen, mehr als Dialektunterschiede sind.

Das primäre Ziel der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei bezüglich der postsowjetischen Turkrepubliken ist es, ein gemeinsames Alphabet in allen turksprachigen Ländern zu etablieren.⁶⁵³ Die Türkei setzte sich vom Anfang an dafür ein, dass die Führungen der Turkrepubliken das heute in der Türkei benutzte lateinische Alphabet einführen. Trotz dieser Bemühungen wurde das türkische Alphabet von den Turkrepubliken jedoch nicht unverändert angenommen, da in den Turksprachen aufgrund sprachlicher Verschiedenheiten einige andere Laute gebraucht werden, welche ohne einige zusätzlichen Buchstaben je nach der Turksprache nicht darstellbar sind. Aus diesem Grund ist es nicht einfach, eine gemeinsame Schriftsprache aller Turkvölker zu entwickeln, um so die Einheit der Schriftsprachen der Turkvölker zu erreichen.

Im Bereich der sprachlichen Annäherung entwickelte die Türkei durch die TIKA das *Ortak Yazı Dili Projesi* (Projekt der Gemeinsamen Schriftsprache). Im Rahmen dieses Projektes versammelte sich im März 1993 die *Alfabe-İmla Konferansı* (Konferenz des Alphabets und der Rechtschreibung) und im Februar 1994 das *Ortak Türk Yazı Dili Sempozyumu* (Symposium der Gemeinsamen Türkischen Schriftsprache). Es wurde beschlossen, eine Kommission zur Untersuchung einer gemeinsamen Schriftsprache zu bilden.⁶⁵⁴ Der Vorsitzende der TIKA, Botschafter Arik, unterstreicht die gemeinsame Geschichte und Kultur der Türkei und der Turkrepubliken und weist auf das türkische Ziel hin, wieder eine gemeinsame Schriftsprache ins Leben zu rufen, die „Individuen der Türkischen Nation“ wieder in einer gemeinsamen Kultur zu vereinigen sowie die „türkische Sprache“⁶⁵⁵, die von 200 Millionen Menschen gesprochen

⁶⁵² Türkmen, Fikret: Türk Ortak Yazı Dili Problemleri, in: *Avrasya Etüdləri*, Frühjahr 1 (1994), S. 81-86; S. 81ff.

⁶⁵³ Für die Einzelheiten über dieses Thema siehe Öner, Mustafa: „Ortak Türk Alfabe-si“ Hakkında Bazı Notlar, in: *Avrasya Etüdləri* 13, Ilkbahar (1998), S. 71-79.

⁶⁵⁴ Arik, S. 172.

⁶⁵⁵ Der Botschafter Arik setzt die Turksprachen entsprechend der türkischen Perzeption mit dem Türkischen gleich und bezeichnet die Turkvölker als „türkische Nation“.

wird, zu einer internationalen Sprache bzw. zu einer Sprache der Vereinten Nationen zu machen.⁶⁵⁶

Im Rahmen der kulturellen und sprachlichen Zusammenarbeit bereiteten die Türkei und die Turkrepubliken gemeinsame Wörterbücher vor und überarbeiteten ihre Schulbücher entsprechend der sprachlichen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten.⁶⁵⁷ Das türkische Kultusministerium förderte zusätzlich Publikationen über die postsowjetischen Turkrepubliken.⁶⁵⁸

Die Regierungen der Turkvölker legen zwar keinen besonderen Wert darauf, die türkische Politik der sprachlichen Einigkeit zu fördern, welche selbst mit dem besten Willen und unter günstigsten finanziellen und politischen Bedingungen lediglich ein langfristiges kulturpolitisches Ziel sein kann. Dennoch ist die Einführung des lateinischen Alphabets in den postsowjetischen Turkrepubliken als ein Erfolg der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei zu bewerten. Bisher wurde das lateinische Alphabet ausnahmslos in allen Turkrepubliken eingeführt, jedoch mit unterschiedlicher Entschlossenheit, in Kasachstan beispielsweise ist das lateinische Alphabet überhaupt nicht etabliert, nur in der postsowjetischen Turkrepublik Aserbaidshan konnte sich das lateinische Alphabet gänzlich durchsetzen. Selbst dort, wo aufgrund der geographischen und sprachlichen Nähe zur Türkei der türkische Einfluss deutlicher als in anderen Turkrepubliken zu spüren ist, konnte das lateinische Alphabet nicht problemlos eingeführt werden. In den anderen Republiken sind die Fortschritte ebenfalls begrenzt. Es steht zu erwarten, dass vor allem finanzielle Probleme, die mit einer umfangreichen Umalphabetisierung verbunden wären, auftauchen würden. Dass diese Republiken nichtsdestotrotz die Grundsatzentscheidung zugunsten des lateinischen Alphabets trafen,⁶⁵⁹ ist ein deutliches Indiz für ihre kulturelle Neuorientierung zur Türkei hin in der postsowjetischen Zeit. Trotzdem ist die Türkei im Kaukasus und in Zentralasien nicht in der Lage, die seit mehreren Jahrzehnten in diesen Regionen vorherrschende russische Sprache und russische Kultur zu ersetzen. Die führenden Oberschichten in allen postsowjetischen Turkrepubliken studierten an Hochschulen in russischer Sprache und wurden von der herrschenden russischen Kultur in der Sowjetunion in höchstem Maße beeinflusst. Andererseits befinden sich in allen

⁶⁵⁶ Arik, S. 172.

⁶⁵⁷ Ersanlı, S. 229.

⁶⁵⁸ Ersanlı, S. 229.

⁶⁵⁹ Karaosmanoğlu, Ali L.: Die neue regionale Rolle der Türkei, in: Europa Archiv, 15/48 (1993), S. 425-434; S. 430.

Turkrepubliken nicht zu unterschätzende russische Minderheiten, die in der Wissenschaft, im Staatsapparat und im Kulturleben aktiv sind. Darüber hinaus verbindet die russische Sprache die Turkrepubliken mehr als die Turksprachen selbst. Es wird in zahlreichen postsowjetischen Republiken, vor allem in Kasachstan, auf Hochschulebene lediglich auf Russisch unterrichtet. Auch die wissenschaftlichen Publikationen werden in russischer Sprache verfasst. Für die Intellektuellen der postsowjetischen Turkrepubliken ist Russisch die einzige Möglichkeit, sich im internationalen Bereich verständigen zu können. Russisch wird in diesen neuen Nationen als erste Fremdsprache unterrichtet, wenn sie nicht bereits die Unterrichtssprache ist. Dies ermöglicht der Russischen Föderation, ihren Einfluss in den postsowjetischen nichtrussischen Regionen auch im Bereich der Kultur spüren zu lassen. Diesen mächtigen Einfluss des Russischen durch neuartige kulturelle Orientierungen kurzfristig zugunsten nationaler Turksprachen zu verändern, ist kaum zu verwirklichen.

Ein weiteres Betätigungsfeld der türkischen Kulturpolitik ist die Bildung. Die mit den Regierungen der postsowjetischen Turkrepubliken ratifizierten kulturellen Austauschprogramme bilden in diesem Zusammenhang den Rahmen der Kooperation. So wurden für 10 000 Studentinnen und Studenten aus Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan Stipendien für ein wissenschaftliches Studium an verschiedenen türkischen Universitäten und Militärakademien vergeben.⁶⁶⁰ Es wurden auch technische Ausbildungsprogramme in Wirtschaft, Bankwesen, auswärtigen Angelegenheiten und öffentlicher Verwaltung angeboten.

In Kasachstan wurde durch die türkische Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der kasachischen Regierung eine gemeinsame Universität der Turkrepubliken, *Hoca Ahmet Yesevi Üniversitesi* (Universität Hodscha Ahmet Yesevi), errichtet,⁶⁶¹ die von einem türkischen Rektor geleitet wird.⁶⁶² Auch in Kirgisien wurde eine türkisch-kirgisische Universität, *Manas Üniversitesi* (Universität Manas), errichtet.⁶⁶³ Die *Hoca Ahmet Yesevi Üniversitesi* in Kasachstan ist mit 13 Fakultäten, 75 Fachrichtungen und 6 000 Studierenden⁶⁶⁴ ein etabliertes Wissenschaftszentrum in der Region. Diese Hochschulen sollen zur kulturellen Annäherung der

⁶⁶⁰ Arik, S. 168.

⁶⁶¹ Karaosmanoğlu, Die neue regionale Rolle S. 430.

⁶⁶² Bozdağ, S. 38.

⁶⁶³ Eranlı, S. 229.

⁶⁶⁴ Ibid. S. 229.

Turkvölker beitragen. An ihnen werden vor allem Studienprogramme und Forschungen in Bereichen der Turkologie, Sprachwissenschaften und Geschichte gefördert. Im Rahmen der Beziehungen zwischen den Universitäten tauschen die Türkei und die postsowjetischen Turkrepubliken Dozenten und Professoren aus.⁶⁶⁵ Über 100 Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter aus den postsowjetischen Turkrepubliken sind an verschiedenen türkischen Universitäten im Bereich der Forschung und Lehre tätig.⁶⁶⁶ Zahlreiche Studentinnen und Studenten aus der Türkei und Turkrepubliken sowie aus anderen turksprachigen Völkern studieren an diesen Universitäten. Türkisch und Russisch sind in diesen Hochschulen, die von der Türkei unterstützt werden, weitere Unterrichtssprachen. Im Rahmen der wissenschaftlichen Kooperation wurden an drei usbekischen Universitäten, nämlich an den Universitäten Taschkent, Bucharra und Namangan, turkologische Fächer gegründet und an weiteren acht Universitäten türkische Sprachkurse angeboten.⁶⁶⁷ Darüber hinaus eröffnete das Nationale Bildungsministerium der Türkei 14 primäre bzw. sekundäre Schulen. Es wurden auch mehr als 100 türkische Privatschulen in diesen Republiken eröffnet.⁶⁶⁸ Derartige Projekte schließen auch die anderen postsowjetischen Turkrepubliken ein. So wurde beispielsweise in Turkmenistan ein türkisches Kulturzentrum mit der Aufnahmekapazität von 3000 Personen errichtet.⁶⁶⁹

Diese bisher ins Leben gerufenen Kulturprojekte könnten auf lange Sicht eine kulturelle Annäherung ermöglichen, was indirekt die außenpolitischen Einflussmöglichkeiten der Türkei im Kaukasus und in Zentralasien vergrößern würde. Daher ist die türkische Kulturpolitik in den postsowjetischen Turkrepubliken wahrscheinlich der effektivste Bereich der Beziehungen zu diesen Staaten und des außenpolitischen Gesamtkonzepts in den ehemals sowjetischen Gebieten. Wie in anderen Bereichen bilden die finanziellen Schwierigkeiten der Türkei das größte Hindernis für die türkische Kulturpolitik. Der Türkei stehen lediglich begrenzte Mittel für eine Kulturpolitik im Kaukasus und in Zentralasien zur Verfügung. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage des Landes erscheint es kurzfristig nicht realistisch, zu erwarten, dass die Türkei mehr Mittel für die Intensivierung ihrer kulturellen Orientierung an die Turkrepubliken zur Verfügung stellen könnte. Dennoch erscheint die

⁶⁶⁵ Bozdağ, S. 38.

⁶⁶⁶ Eranlı-Behar, Eđitim ve Kùltür S. 148.

⁶⁶⁷ Bozdağ, S. 38.

⁶⁶⁸ Eranlı, S. 229.

⁶⁶⁹ Bozdağ, S. 38.

auswärtige Kulturpolitik der Türkei ein vielversprechender Bestandteil der türkischen Kaukasus- und Mittelasienpolitik für die Zukunft zu sein.

5.2.7. Politisches System der Türkei und die postsowjetischen Turkrepubliken

Die Türkei definiert sich als ein europäischer, säkularer bzw. laizistischer Rechtsstaat. Mit dieser Selbstdefinition ist die Türkei mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung in der islamischen Welt einzigartig. Die meisten Führungseliten und Intellektuellen des Landes nehmen ihr Land entsprechend dieser Selbstdefinition des türkischen Staates wahr. Das politische System der Türkei wurde im letzten Jahrzehnt durch zahlreiche Reformen – unter anderen die Abschaffung der Todesstrafe und die Anerkennung der Rechte von Minderheiten – weitgehend demokratisiert und erreichte trotz geringerer Defizite nahezu das Niveau europäischer Demokratien. Somit ist das Land als funktionierende parlamentarische Demokratie und mit ihrer europäischen Identität eine Ausnahme unter den anderen islamischen Staaten, obwohl der türkische Staat sich infolge seines laizistischen Charakters im völkerrechtlichen und politischen Sinne überhaupt nicht als ein „muslimischer Staat“ definiert.

Seit 1923 ist die Türkei eine Republik, deren demokratische Vorentwicklung jedoch auch bis zu den Reformen des Osmanischen Reichs im 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden kann. Die Türken kamen als einziges muslimisches Volk mit der Französischen Revolution sowie der Aufklärung und ihren politischen und kulturellen Ergebnissen in Berührung. Die türkische Demokratisierung, die von Anfang an in Interaktion mit den restlichen Staaten Europas stand, besitzt insofern die älteste Tradition in der islamischen Welt. Die Ergebnisse dieser Interaktion mit Europa beeinflussten die Selbstwahrnehmung der Türken und trugen zur Entstehung ihrer Identität bei. Auch der politische Säkularismus, oder enger im Sinne des politischen Systems zu formulieren, das Laizismusprinzip der türkischen Verfassung als ein bestimmender Bestandteil des parlamentarischen und demokratischen Systems der republikanischen Geschichte des Landes unterscheidet sich aufgrund seiner Anlehnung an die europäische Aufklärung von den politischen Systemen anderer zeitgenössischer Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung. Anlehnend an diese Eigenschaften definiert sich die Türkei als ein europäischer Staat. Genau diese Einzigartigkeit ermöglicht der Türkei

eine historische Rolle: nach den islamistischen Terroranschlägen von New-York, Istanbul und Madrid, die von einem undemokratisierbaren, totalitären, ja sogar faschistischen Islamverständnis ausgingen und dies auch den sich meistens in Armut befindenden muslimischen Massen propagieren, hat die Türkei an Relevanz gewonnen.

Die neuen postsowjetischen Turkrepubliken, deren Bevölkerungen mehrheitlich muslimisch sind, versuchen seit ihrer Erklärung der Unabhängigkeit, ihre politischen Systeme zu formulieren und zu etablieren. Alle zentralasiatischen Führungseliten nehmen den islamischen Fundamentalismus als eine Bedrohung für ihre politischen Systeme wahr und erklärten bereits, wie zuvor ausgeführt, dass sie den politischen Säkularismus als innenpolitisches Ziel verfolgen möchten.⁶⁷⁰ Das politische System der Türkei mit ihrem einzigartigen säkularen Charakter dient insofern als Beispiel für diese Staaten. Dieser politische Wille wird sowohl in der Türkei wie auch im Westen äußerst positiv aufgenommen, da die Türkei im Kaukasus und in Zentralasien bezüglich ihres Systems gegenüber ihrem so genannten Konkurrenten, dem Iran, als die Alternative bezeichnet wurde, welche die westlichen Interessen widerspiegelt.⁶⁷¹ Die Einführung und Etablierung politischer Systeme nach dem türkischen Vorbild wäre nicht nur im Hinblick auf die westlichen Interessen ein Vorteil, sondern auch für die türkischen Interessen sehr positiv, da dies möglicherweise viel zur türkischen Vision der Entstehung der türkischen Welt im kulturellen Sinne und dem erwünschten Einfluss in den Turkrepubliken, insbesondere im Wirtschaftsbereich, beitragen könnte. Die Türkei und Indien einigten sich bereits während des Indienbesuchs des türkischen Staatssekretärs des Außenministeriums, Sanberk, im Jahr 1992, in Zentralasien die laizistischen politischen Kräfte zu unterstützen.⁶⁷² Dieses Beispiel der Zusammenarbeit konkretisiert die türkische Haltung bezüglich der politischen Systeme in den postsowjetischen Turkrepubliken. Es könnte auch in ähnlicher Weise mit anderen regionalen Staaten in diesem Bereich kooperiert werden. Auch die Russische Föderation hat Interesse an einer säkularen Orientierung der turksprachigen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion, in denen die sowjetische

⁶⁷⁰ Ahmed, Mutahir: *Radikal İslam ve Orta Asya*, in: *Avrasya Etüdüleri*, Herbst, 3 (1994), S. 55-61; S. 57

⁶⁷¹ Siehe Pipes, Daniel: *The Event of Our Era: Former Soviet Muslim Republics Change the Middle East*, in: Mandelbaum, Michael (Hg.): *Central Asia and the World. Kazakhstan, Uzbekistan, Tajikistan, Kyrgyzstan, and Turkmenistan*, New York 1994, S. 47-93; S. 49f.

⁶⁷² Ahmed, S. 60.

Führung die Religionsfreiheit erheblich einschränkte. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich aufgrund dieser Politik in den postsowjetischen muslimischen Regionen eine gewisse säkulare Machtelite gebildet hat, die heute in allen Turkrepubliken an der Macht ist. Russland ist im Hinblick auf die muslimische Bevölkerungsanzahl eine der größten „muslimischen Staaten“. Es besteht für die Zukunft ein Kooperationsfeld, das auf gegenseitigen Interessen der Türkei und der Russischen Föderation basiert: Beide Staaten beabsichtigen nämlich, dass die politischen Führungen in den Turkrepubliken säkularistisch orientiert bleiben sollen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und den daraus folgenden Unabhängigkeitserklärungen ihrer Unionsrepubliken gingen viele Experten davon aus, dass die führenden Eliten der postsowjetischen Turkrepubliken mangelnde Kenntnisse und Erfahrung über die liberalen und marktwirtschaftlich orientierten politischen Systemen besaßen und einen harten Anpassungsprozess durchleben müssten. Vor allem bereiteten den Turkrepubliken die allgemeinen Probleme der politischen und ökonomischen Systemtransformation erhebliche Schwierigkeiten, wohingegen ein neues, demokratisches und parlamentarisches System sowie eine funktionierende Marktwirtschaft in möglichst kürzester Zeit zu etablieren war. Die von der Sowjetunion übernommenen politischen und ökonomischen Strukturen hingegen erschwerten die erforderliche Systemtransformation. Allerdings hatten auch andere postsowjetische Staaten derartige Probleme. Bei den Lösungsstrategien solcher Probleme wird es jedoch zwischen den postsowjetischen Turkrepubliken und anderen postsowjetischen GUS-Staaten infolge der bestehenden gesellschaftsspezifischen Differenzen möglicherweise gewisse Unterschiede geben. Auch die geopolitische Lage der Turkrepubliken begünstigt sie bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Systemtransformation – z.B. im Vergleich zur Ukraine, die geopolitisch eine aussichtsreichere Lage hat, und zu Baltikumstaaten, die im Mai 2004 der EU beitreten konnten – nicht.

Die Völker Zentralasiens und des Kaukasus befanden sich lange unter dem Einfluss des Islam. Insbesondere der Einfluss des sunnitischen Osmanischen Reichs – aufgrund seiner weltpolitisch wichtigsten Rolle unter allen islamischen Ländern bis zum 20. Jahrhundert – und des schiitischen Iran war dauerhaft und das religiöse Leben in der Region bestimmend. Infolge dessen waren die Turkvölker politisch und kulturell mitwirkende Akteure der islamischen Welt. Lange waren die Städte wie Samarkant, Buchara oder Taschkent relevante Zentren des islamischen

Kulturkreises. Trotzdem sollten die turksprachigen Völker in Zentralasien und im Kaukasus nicht als homogene muslimische Gesellschaften angenommen werden. Es bestehen zwischen ihnen nicht zu unterschätzende kulturell bezogene Unterschiede, vor allem bezüglich des Islams.⁶⁷³

Nach der Oktoberrevolution von 1917 wurde in dem neuen sowjetischen Staat der Versuch unternommen, entsprechend der ideologischen Doktrin und der russischen Assimilationspolitik den kulturellen Überbau, d.h. die Kultur der Turkvölker zu unterdrücken und eine neuartige politische Kultur, nämlich die sowjetische, sowie deren Bestandteile wie die Religions-, Sprach- und Nationalitätenpolitik durchzusetzen. In diesem Zusammenhang entstand eine duale Sozialstruktur im muslimischen Kaukasus und in Zentralasien, die sich erst nach der Auflösung des sowjetischen Systems in konkreter Weise zeigte. Auf der einen Seite die sowjetisch bzw. russisch sozialisierte und gebildete Intelligenzija, und auf der anderen Seite eine zahlenmäßig die Mehrheit bildende weniger ausgebildete Mehrheit der Bevölkerung mit geringerem Bezug zur russisch-sowjetischen Kultur. Während die regierende Intelligenzija heute westlich säkularistisch orientiert erscheint und dazu tendiert, diese Eigenschaften auch in das neue politische System ihrer Länder einfließen zu lassen, orientieren sich weniger gebildete, vor allem ländlich geprägte Gesellschaftsschichten an den Islam. Es ist anzunehmen, dass in den postsowjetischen Turkrepubliken, insbesondere unter den südlichen zentralasiatischen Republiken wie Usbekistan oder Turkmenistan – künftig eine generelle Tendenz der gesellschaftlichen und politisch orientierten Reislamisierung erfolgen wird, die sich auf lange Sicht auf die innenpolitischen Entwicklungstendenzen auswirken könnte. Die geographische Konstellation der postsowjetischen Turkrepubliken lässt zwangsläufig gewisse Interaktionen mit ihren islamischen Nachbarstaaten wie dem Iran, Afghanistan und Pakistan entstehen, wobei der Einfluss der Islamischen Republik Iran groß sein wird, mit dem hauptsächlich Turkmenistan, Usbekistan und Aserbaidschan bilaterale und regionale Wirtschafts- und politische Beziehungen pflegen.

Die postsowjetischen Turkrepubliken besitzen mangelnde Tradition und Erfahrung an Eigenstaatlichkeit und Demokratie. Die wichtigste Ähnlichkeit der postsowjetischen Turkrepubliken im Hinblick auf ihre

⁶⁷³ Özdoğan-Göksu, Günay: Sovyetler Birliği'nden Bağımsız Cumhuriyetlere. Uluslaşmanın Dinamikleri, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 25-104; S. 27.

politischen Systeme ist ihr gemeinsamer Mangel an demokratischen Traditionen und ihre fehlende institutionelle Struktur für politische Konkurrenz, was das relevanteste Hindernis gegenüber der Etablierung eines demokratischen Systems in diesen Staaten bildet.⁶⁷⁴ Obwohl sie alle während des Bestehens der Sowjetunion offiziell sowjetische Unionsrepubliken waren sowie über formelle administrative Institutionen wie andere Unionsrepubliken verfügten, waren sie keine Nationalstaaten. Die nationalstaatliche Entwicklung erfolgte in diesen Gesellschaften nicht in einem Evolutionsprozess. Das Machtzentrum in Moskau war in solch einem Maße dominant, dass die Unionsrepubliken nicht einmal in der Lage waren, ihre internen Angelegenheiten völlig selbständig und ohne Zustimmung der Zentralregierung bestimmen zu können.

Nach der Auflösung der Sowjetunion mussten die postsowjetischen Turkrepubliken ihre eigenen politischen und administrativen Organe gründen und ihr koloniales bzw. später sowjetisches politisches und wirtschaftliches Erbe entsprechend ihrer derzeitigen internen Konditionen sowie ihrer äußeren Umwelt definieren, etablieren bzw. transformieren. Ihr Verstaatlichungsprozess in Richtung Nationalstaat nach dem Zerfall der sowjetischen Strukturen erforderte eine gedankliche Rückkehr in ihre Vergangenheit. Die Gründung des Nationalstaates erfolgte aufgrund eines einmaligen und unerwarteten historischen Ereignisses wesentlich früher als die Vollendung ihres Prozesses der Nationwerdung. Die historischen Persönlichkeiten der Epochen vor der Kolonisation ihrer Länder und ihre eigenen Mythologien wurden von ihrer nationalistisch orientierten Geschichtsschreibung vorrangig berücksichtigt. Der *Timur Khan* nahm in Usbekistan, *Manas* und *Kirman Bek* in Kirgisien, *Mahdumkulu* in Turkmenistan und *Dede Korkut* in Aserbaidshan den Platz des Lenins oder Stalins ein und die sowjetische Flagge wurde durch nationale Flaggen der Turkrepubliken ersetzt, die entsprechend ihrer geschichtlichen Überlieferungen entworfen wurden. Diese neue kulturelle Verselbständigung des Politischen sollte das von den Führungseliten der postsowjetischen Turkrepubliken erwünschte Nationalbewusstsein hervorbringen.⁶⁷⁵ Es ist möglich, diese Verstaatlichungs-

⁶⁷⁴ İncioğlu, Nihal: Yeni Türk Cumhuriyetlerinde Toplumsal Bölünmeler, Siyasi Güçler ve Yeni Siyasal Yapılanma, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 105-142; S. 141.

⁶⁷⁵ Für den Prozess der Nationwerdung in den postsowjetischen Turkrepubliken siehe Özdoğan-Göksu, Günay: Sovyetler Birliği'nden Bağımsız Cumhuriyetlere. Ulus-

und Nationswerdungsprozesse der Turkrepubliken mit den kemalistischen Reformen der Türkei zu vergleichen, die ebenfalls dazu dienten, den Prozess der Nationwerdung zu beschleunigen und einen modernen Nationalstaat zu etablieren. Es soll jedoch daran erinnert werden, dass der türkische Prozess der Demokratisierung, der Nationwerdung und der europäisierenden Modernisierung bereits seit Jahrhunderten mit unterschiedlicher Intensität, aber stets in einem Interaktionsprozess mit Europa fortbesteht. Es ist daher nicht zu erwarten, dass das türkische Modell in diesen Gesellschaften als eine Formel angewendet werden könnte. Das türkische Modell entstand unter den historischen Rahmenbedingungen der Türkei: geographische Lage (europäische Zugehörigkeit) und soziokulturelle Interaktionen der Türken an der Peripherie Europas. Es wäre dennoch denkbar, dass einige Erfahrungen des türkischen Demokratisierungsprozesses von den turksprachigen Republiken im Kaukasus und in Zentralasien als inspirierendes Modell für ihre eigenen Reformen angewendet werden können.

Trotz der erwähnten Ähnlichkeiten unterscheidet sich der Prozess der Nationwerdung und Gründung eines Nationalstaates der Turkrepubliken von dem türkischen Beispiel: Die Eigenstaatlichkeit der Türken besteht im Gegensatz zu den postsowjetischen Turkrepubliken seit Tausend Jahren ununterbrochen. Des Weiteren erfolgte eine Kolonialisierung wie im Kaukasus oder in Zentralasien in der türkischen Geschichte nicht. Darüber hinaus beeinflussten die kulturellen Interaktionen zwischen Europa und den türkischen Eliten infolge der oben erwähnten Nachbarschaft und Existenz der türkischen Staaten in Europa und Anatolien die türkische Staatsstruktur und politische Kultur. Seit mehreren hundert Jahren orientieren sich die türkischen Führungseliten bewusst an Europa und an seinen kulturellen Werten im Gesellschaftsleben, Rechtswesen und der Politik. Noch wichtiger ist es, an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, dass diese Orientierung eine türkische Entscheidung war und ist, und auch vom Volk mit großer Mehrheit unterstützt wird. Trotz ihrer wenigen Defizite in ihrer institutionalisierten demokratischen Grundordnung existiert in der Türkei seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein pluralistisches politisches System und eine zunehmend pluralistisch orientierte Gesellschaft.

Aufgrund mangelhafter Erfahrung mit Eigenstaatlichkeit, Selbstverwaltung und Demokratisierung, die unter anderen ganz besonders

laşmanın Dinamikleri, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 25-104.

auf russischen Kolonialismus und sowjetische Herrschaft zurückzuführen ist, sowie infolge der während der sowjetischen Herrschaft etablierten günstigen Machtposition der Nomenklatur erfolgte in den Turkrepubliken kaum eine Demokratisierung. Da die Kommunistische Partei in der Vergangenheit alle politischen und sozialen Funktionen auf sich vereinigte und die einzige politische und administrative Nachwuchsmöglichkeit lediglich im Rahmen der Kommunistischen Partei bestand, wurde in den turksprachigen Gesellschaften die Entstehung der politischen und administrativen Eliten außerhalb der kommunistischen Nomenklatur verhindert.⁶⁷⁶ Obwohl die Kommunistische Partei nach der Auflösung der Sowjetunion in allen postsowjetischen Turkrepubliken abgeschafft bzw. umbenannt wurde, werden Parteistrukturen beobachtet, die sich mit dem Staat identifizieren bzw. als mit dem Staat zu identifizierende politische Strukturen wahrgenommen werden.⁶⁷⁷ Das Fehlen einer erfahrenen Opposition beeinträchtigt ebenfalls eine demokratische Evolution.⁶⁷⁸ Es herrschen in den Turkrepubliken Präsidialsysteme, die einzelnen Machtinhabern – in der Regel „starken Männern“ wie während der sowjetischen Zeit – ziemlich breiten politischen Spielraum und große Entscheidungsfreiheit gewähren. In diesem Sinne sind die Rollen der mächtigen Einzelpersonen in den postsowjetischen Turkrepubliken, beispielsweise die des usbekischen Präsidenten Karimow oder des turkmenischen Präsidenten Nijasow, vergleichbar mit den früheren Khanen in Zentralasien, welche die politische Macht in totalitären, absolutistischen und autoritären politischen Systemen fast uneingeschränkt innehatten und ausüben konnten. Die jetzigen postsowjetischen politischen Systeme in den Turkrepubliken beschränken den politischen Raum der oppositionellen Mächte oder gestatten sie überhaupt nicht. Das sowjetische Regime konservierte und instrumentalisierte die Gesellschaftsteile mit ihren kräftig verbundenen Stammes- und Klanstrukturen und heute identifizieren sich die regierenden und oppositionellen Eliten der Turkrepubliken mit den politischen Strömungen wie dem politischen Islam, dem Nationalismus oder der Demokratisierung.⁶⁷⁹ In Turkmenistan bei-

⁶⁷⁶ İncioğlu, S. 141.

⁶⁷⁷ Ibid. S. 142.

⁶⁷⁸ Für dieses Phänomen belegt İncioğlu mit dem Staatsstreich gegen den Präsidenten Eltschibej und die Volksfrontbewegung in Aserbaidschan, die durch demokratische Wahlen an die Macht kamen.

⁶⁷⁹ Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, in: Meissner, Boris & Eisfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995, S. 199-211; S. 205.

spielsweise bestimmt die Stammeszugehörigkeit und Stammesloyalität bis heute die Rekrutierung der Herrschafts- und Kultureliten, wobei einige traditionelle große Stammesgebilde dominant sind.⁶⁸⁰ Halbach weist auch darauf hin, dass der politische Autoritarismus in Zentralasien sich auf traditionelle Orientierungen in der Bevölkerung stützen und gleichzeitig von der internationalen Gemeinschaft – vor allem von den USA und der EU – ignoriert bzw. toleriert werden, um die Eindämmung politischer, ethnischer und sozialer Konflikte in der Region gewährleisten zu können.⁶⁸¹ In der Tat zögerten bisher beispielsweise die türkischen Führungseliten, sich in die „internen Angelegenheiten“ der postsowjetischen Turkrepubliken einzumischen, obwohl die türkischen Regierungen bisher mehrere Male formell erklärten, die Demokratisierungsprozesse und den politischen Pluralismus in diesen Republiken zu fördern. Diese Zurückhaltung ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Entscheidungsträger in westlichen Staaten – unter anderem auch in der Türkei – die Beziehungen zu den einzelnen Turkrepubliken nicht gefährden bzw. die oben erwähnten ethnisch und territorial begründeten Konfliktpotentiale nicht provozieren wollen. Halbach bezeichnet die durch die politischen Regimen in diesen Staaten gewährleistete relative Stabilität als eine Art „repressive Stabilität“, die durch den „postsowjetischen Polizeistaat“ zu sichern versucht wird,⁶⁸² und stellt berechtigter Weise die Frage, ob diese künstlich unterdrückte und von der internationalen Welt in gewisser Weise tolerierte innere Ordnung wirklich dauerhaft sei.⁶⁸³ Es ist zwar ziemlich früh, wahrscheinliche Entwicklungstendenzen bezüglich der inneren und zwischenstaatlichen Sicherheit in Zentralasien und im Kaukasus vorausschauend mit Gewissheit zu diagnostizieren, dennoch kann man mit Vorsicht davon ausgehen, dass die Demokratisierung und politische Pluralisierung der postsowjetischen Turkrepubliken kurz- und mittelfristig nicht erfolgen wird.

Wie aus den obigen Ausführungen ersichtlich wird, weicht das politische System der Türkei von dem ihrer Bevölkerung überwiegend islamischen Staaten im Hinblick auf seine Einstellung gegenüber Administration und Religion deutlich ab. Eines der am meisten erörterten Themen

⁶⁸⁰ Götz, Roland & Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, München 1993, unter „Turkmenistan“, S. 233-248; S. 238.

⁶⁸¹ Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, in: Meissner, Boris & Eisfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995, S. 199-211; S. 205.

⁶⁸² Ibid.

⁶⁸³ Ibid.

ist in diesem Zusammenhang die Chance der Anwendungsmöglichkeit des säkularen Charakters des politischen Systems der Türkei nach Erlangen der Unabhängigkeit in den postsowjetischen Turkrepubliken. Dabei werden insbesondere die Besorgnisse des Westens wegen einer politischen Islamisierung der Region durch den Einfluss des Iran betrachtet. Nach der Auflösung der Sowjetunion zogen zahlreiche Analytiker ernsthaft in Betracht, dass die postsowjetischen Staaten, die an den Iran grenzen, durchaus in die Einflussosphäre des islamistischen politischen Systems dieses Staates kommen könnten. Ihre These wurde im Allgemeinen durch die generelle Tendenz des international isolierten Iran begründet, sein extremistisches islamistisch-fundamentalistisches politisches Regime in andere benachbarte Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung zu exportieren.⁶⁸⁴ Sie betrachteten das politische System der Türkei, das als „türkisches Modell“ bezeichnet wurde, als eine Alternative gegenüber dem islamistischen und fundamentalistischen Modell im Iran.⁶⁸⁵ Obwohl bisher weder im Kaukasus noch in Zentralasien eine offene islamistische Orientierung des Iran hin zu den postsowjetischen Turkrepubliken beobachtet wurde, kann doch von einer latenten Konkurrenz zwischen der Türkei und dem Iran im Hinblick auf politische Systeme gesprochen werden, und zwar nicht nur in den neuen postsowjetischen Turkrepubliken, sondern auch in der ganzen islamischen Welt. Der Iran betrachtet die Türkei nicht nur als einen ideologischen Gegner in der muslimischen Welt, sondern eher „as a military threat, particularly in view of its cooperation with Israel, and an economic rival in the Caucasus and Central Asia“.⁶⁸⁶ Diese Konkurrenz könnte sich mittelfristig infolge der fortschreitenden Integration der Türkei in die Europäische Union intensivieren. Es wäre vorstellbar, dass die EU das Mitglied Türkei dazu instrumentalisiert, ihre politischen Werte auch im Iran und im Nahen Osten zu etablieren. Andere islamische Staaten könnten das türkische politische System und den türkischen Demokratisierungsprozess nachahmen wollen. Es ist sogar möglich anzunehmen, dass die postsowjetischen Turkrepubliken aufgrund ihrer im sowjeti-

⁶⁸⁴ Kut, Gün: Yeni Türk Cumhuriyetleri ve Uluslararası Ortam, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 9-24; S. 17.

⁶⁸⁵ Sayarı, Sabri: Turkey, the Caucasus and Central Asia, in: Banuazizi, Ali & Weiner, Myron (Hg.): The New Geopolitics of Central Asia and Its Borderlands, Indianapolis 1994, S. 175-196; S. 180.

⁶⁸⁶ Fairbanks, Stephen C.: Iran: No Easy Answers, in: Journal of International Affairs, Vol. 54, No. 2, Spring 2001, S. 447-464; S. 458.

schen System ohnehin infolge des sozialistischen Bildungssystems säkularistisch sozialisierten Führungs- und Kultureliten eher den säkularen türkischen Weg einschlagen könnten als die anderen muslimischen, vor allem aber als die arabischen Gesellschaften. Diese erfassen den Islam überwiegend in einem eher politischen Sinne ohne Trennung der politischen und religiösen Sphären und unterscheiden sich daher vom türkischen Islamverständnis grundsätzlich. Auf der anderen Seite sollten auch neue Bestimmungsfaktoren für das iranische außenpolitische Verhalten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts berücksichtigt werden. Die Entstehung der an den Iran grenzenden unabhängigen Turkrepubliken könnte auf lange Sicht für die territoriale Integrität der islamischen Republik Iran durchaus als eine potenzielle Bedrohung betrachtet werden, weil sich im Iran zahlenmäßig beträchtliche turksprachige Minderheiten – Titularnationen von Aserbaidschan und Turkmenistan – befinden. Das Beispiel der nationalistisch orientierten Haltung der Volksfrontregierung unter Eltschibey in Aserbaidschan gegenüber den Aseris im Iran und der irredentistischen Politik gegenüber dem im Iran liegenden „Südaserbaidschan“ demonstrierte und konkretisierte derartige potenzielle Gefahren.⁶⁸⁷ Diese neue Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verursacht eine eher defensiv gerichtete iranische Regionalpolitik, insbesondere gegenüber den postsowjetischen Staaten der Region. Aufgrund dieser realpolitischen Lage scheint eine iranische Politik des Regimeexports problematisch für die innere Stabilität dieses Landes zu sein. Andererseits stellt diese multiethnische Bevölkerungsstruktur des Iran und die regionale Konstellation im Hinblick auf die neuere US-amerikanische Politik im Nahen Osten nach dem Dritten Irakkrieg gewisse Determinanten dar, welche das politische System des Iran beeinflussen, aber auch im Hinblick auf die territoriale Integrität des Landes von Relevanz sein könnten.

Mehr als die Islamische Republik Iran zeigt sich der zunehmende islamistisch-fundamentalistische Terrorismus wie der Al-Qaida von Bin Laden seit dem 11. September 2001 einen Gegenpol zu den von der Türkei eingeschlagenen demokratisch-pluralistischen Weg mit einem säkularen Islamverständnis. Die Säkularisierung des politischen Systems in der Türkei hat Prozesscharakter. Erst nach der Aufnahme des Laizismusprinzips in die Verfassung der Türkei, das die Sphäre der Religion von den politischen Sphären strikt trennte und somit einen religionslosen, neutralen Staat ermöglichte, der die gleiche Neutralität gegenüber

⁶⁸⁷ Kut, S. 18.

allen Glaubensrichtungen hat, konnte in der Türkei eine pluralistische Demokratie im westeuropäischen Sinne in die Tat umgesetzt werden. Ohne die vor dieser Stufe erfolgte demokratische Entwicklung wäre eine derartige Reform der Republik nicht möglich gewesen. Die demokratische Grundordnung der Türkei basiert auf diesem Grundprinzip und diese einzigartige Eigenschaft eines säkularen Staates in der muslimisch geprägten Türkei ist eine der wichtigsten Gemeinsamkeiten der politischen Kultur von Türkei und den anderen Staaten Europas. Die Anschläge der Al-Qaida in Istanbul vom November 2003 zeigten deutlich, dass die Türkei infolge ihrer speziellen Identität und daraus folgenden politischen, sicherheitspolitischen und kulturellen Eigenschaften eines der Hauptziele des islamistisch-fundamentalistischen internationalen Terrors ist. Aus diesem Grund stellen die türkische Gesellschaft mit einem liberalen Islam in der Praxis und das freiheitlich-säkular ausgelegte politische System der Türkei aus der Sicht der islamistischen Terroristen wie der Al-Qaida die größte Gefahr dar gegenüber ihrem Gedankengut eines orthodox und antiwestlich ausgelegten Islam. Obwohl die türkischen Führungseliten dies nicht offen ausdrücken, könnte der türkische Islam als eine europäische Variante dieser Religion – genauso wie in Bosnien oder in anderen Balkanstaaten – und als eine Art Brücke der Versöhnung zwischen den europäischen und nahöstlichen Kulturkreisen interpretiert werden, in deren Spannungsfeld sich die Türkei befindet und denen beiden sie angehört. Aus dieser Synthese könnte die internationale Gemeinschaft, vor allem die Europäische Union, zu der künftig wahrscheinlich auch die Türkei angehören wird, viel profitieren.⁶⁸⁸ Die Turkrepubliken des Kaukasus und Zentralasiens zeigten in dieser Richtung bereits Interesse.

Nach Ansicht des Westens und der türkischen Führungseliten hätte das säkulare politische System der Türkei die Turkrepubliken an die Demokratie und an die Marktwirtschaft heranführen können. Beide Seiten gehen davon aus, dass die türkische Modernisierung aufgrund der kulturellen Gemeinsamkeiten der turksprachigen Völker mit den Türken als ein Modell für die Turkrepubliken dienen könnte.⁶⁸⁹ Einige chronische Probleme des politischen Systems der Türkei in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Rechte der Minderheiten galten zwar zu Recht lan-

⁶⁸⁸ Zu diesem Thema siehe Seint, Gustav: In weltpolitischer Perspektive. Die Quarantäne ist in Wirklichkeit keine Option mehr: Warum Islam und Westen sich nicht mehr trennen lassen, in: Tageszeitung Süddeutsche Zeitung vom 29./30. November 2003.

⁶⁸⁹ Bozdağ, S. 29. Brown, S. 12.

ge als Argumente gegen das türkische Modell.⁶⁹⁰ Aber es gelang der Türkei von 1999 bis Mitte 2004 im Rahmen der türkischen EU-Heranhaltung einen enormen qualitativen Sprung in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im europäischen Sinne zu realisieren. Die bisherige Entwicklungstendenz bestätigt diese Beobachtung. Die Führungen der Turkrepubliken betonten sogar zu Beginn der Aufnahme ihrer Beziehungen mit der Türkei, das säkulare, moderne und evolutionsfähige türkische Modell vorzuziehen.⁶⁹¹ Auch in diesem Kontext wurde der türkische Laizismus im Hinblick auf die westlichen Interessen als überaus Relevant dargestellt.⁶⁹² Die Unterstützung weltöffener und nicht extremistischer Führungen in den Turkrepubliken liegt im Interesse des Westens. Diese Position wird angesichts der wertvollen und für den Westen strategisch gesehenen relevanten Bodenschätze im Kaukasus und in Zentralasien völlig nachvollziehbar.

Das türkische Modell sollte keinesfalls als ein allumfassendes, seine Grenzen und Entwicklungsstufen genau definiertes und vollkommenes Entwicklungsmodell verstanden, sondern eher als eine grundsätzliche Entwicklungsrichtung begriffen werden. Einige Autoren überschätzen die Bedeutung des türkischen Modells als ein Instrument der Außenpolitik bzw. messen ihm in unrealistischer Weise mehr Wert zu als es verdient.⁶⁹³ Die Originalität des türkischen Modells (des politischen Systems der Türkei) besteht darin, dass die Türkei ein europäisches und säkulares politisches System hat, das kein Implantat aus dem Westen ist, sondern eher das Ergebnis der politischen Kultur dieses Landes. Zusätzlich bedeutet es, dass ein Land, dessen Bevölkerung überwiegend muslimisch ist, mit den westlichen Staaten gesunde Beziehungen aufbauen bzw. sogar eine sicherheitspolitische, wirtschaftliche und politische Integration verwirklichen kann. Daher kann lediglich diese allgemeine

⁶⁹⁰ Steinbach, Udo: Außenpolitik im Wendepunkt? S. 30.

⁶⁹¹ Bozdağ, S. 29.

⁶⁹² Cullen, Robert: Central Asia and the West, in: Mandelbaum, Michael (Hg.): Central Asia and the World. Kazakhstan, Uzbekistan, Tajikistan, Kyrgyzstan, and Turkmenistan, New York 1994, S. 130-146; S. 140.

⁶⁹³ Mütercimler versteht beispielsweise unter dem türkischen Modell die Bereiche Politik, Wirtschaft und Soziales. Im Bereich der Wirtschaft deutet er auf die marktwirtschaftliche Transformation der türkischen Volkswirtschaft nach 1980, im Bereich der Politik auf die Republik, die Nationalstaat, Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Säkularismus in sich repräsentiert, sowie im Bereich des Sozialen auf die Reformen, welche die Gesellschaft transformierten, hin. Siehe Mütercimler, Erol: 21. Yüzyılın Eşiğinde Uluslararası Sistem ve Türkiye-Türk Cumhuriyetleri Modeli, İstanbul 1993, S. 317-318.

Entwicklungsrichtung für die postsowjetischen Turkrepubliken sowie für die anderen muslimischen Gesellschaften auf lange Sicht eine anziehende und vorteilhafte Entwicklungsrichtung sein. Der Erfolg dieser Entwicklung hängt vor allem von der Weiterentwicklung bzw. Vollendung des türkischen politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses ab,⁶⁹⁴ aber auch von exogenen Faktoren wie der Akzeptanz der Türkei von der EU. Die Besonderheit ihres politischen Systems ermöglicht der Türkei, eine den Westen und die postsowjetischen Turkrepubliken sowie die islamische Welt integrierend verbindende Rolle zu übernehmen. Die Überwindung der Defizite des politischen Systems des Landes sowie eine relative Verbesserung der türkischen Volkswirtschaft könnte die türkische Entwicklungsrichtung attraktiver machen. Kurzfristig könnten die autoritären Führungen in den Turkrepubliken die vorwiegend oppositionell orientierten islamisch-fundamentalistischen Bewegungen unterdrücken. Dies gilt auch für die autoritären politischen Systeme und Diktaturen anderer islamischer Gesellschaften, vor allem im Nahen und Mittleren Osten. Doch auf längere Sicht kann dies ohne Demokratisierung und Pluralität ihrer politischen Systeme und ihrer Gesellschaften nicht beständig sein. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass gesellschaftliche und politische Säkularität mit Demokratie und Pluralität eng zusammenhängen. Eine demokratische Grundordnung sowie eine für das Überleben desselben unvermeidliche gesellschaftliche Demokratisierung sind ohne einen laizistischen (gegenüber allen Bürgern wertneutralen) Staat und ohne dieses politische System dezentrierende Bürger kaum vorstellbar.

5.2.8. Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken

Eine weitere Dimension der türkischen Turkrepublikenpolitik bilden die wirtschaftlichen Interessen der Türkei in der Region bzw. ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den Turkrepubliken. Die Türkei entwickelte sich zu Beginn der 80er Jahre zu einer relativ konkurrenzfähigeren, marktwirtschaftlich transformierten und exportorientierten Volkswirtschaft. Nach dem militärischen Staatsstreich von 1980 reformierte Technokrat und späterer Vorsitzende der Mutterlandspartei und Premiermi-

⁶⁹⁴ Die konkreteste Zielsetzung dieses Prozesses ist die Verwirklichung der politischen – und wirtschaftlichen – Beitrittskriterien (Kriterien von Kopenhagen) der Europäischen Union.

nister der Türkei, Turgut Özal die türkische Volkswirtschaft und war für viele der

Architekt einer Abkehr der Türkei von einer abgewirtschafteten Staatswirtschaft, die durch das kemalistische Prinzip des ‚Etatismus‘ praktisch für alle Zeiten zementiert zu sein schien, und der Hinwendung zur Marktwirtschaft europäischen Zuschnitts.⁶⁹⁵

Er realisierte im Rahmen von *24 Ocak Kararları* (seine Reformbeschlüsse vom 24. Januar 1980) eine Liberalisierung der Wirtschaft und startete mit einem Privatisierungsprogramm, dessen grundlegende Prinzipien auch die folgenden türkischen Regierungen befolgten.⁶⁹⁶ Bisher erfolgten in der Türkei zusammenfassend folgende Transformationen bzw. Entwicklungen: Die Infrastruktur – vor allem die Kommunikationsmedien – wurde weitgehend modernisiert, der Tourismussektor entwickelte sich durch ein überdurchschnittliches Wachstum zu einer führenden Dienstleistungsbranche, das Land entwickelte sich durch den Bau zahlreicher Autobahnen zu einem Verkehrsknoten zwischen Europa und Asien, der Anteil des staatlichen Sektors innerhalb der Gesamtwirtschaft wurde durch die Privatisierungspolitik verringert, um einen größeren Spielraum für den Privatsektor hervorzubringen und die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen wurde fortgesetzt.⁶⁹⁷ Im Jahr 1986 verzeichnete die Türkei die höchste Wachstumsrate der OECD und entwickelte sich kontinuierlich zu einem attraktiven Markt für ausländische Investitionen.⁶⁹⁸ Das Land überwand mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 5% zwischen den Jahren 1985-1995 seine benachteiligte Wirtschaftslage als Schwellenland. Im Jahr 2003 erreichte die Türkei erneut eine Wachstumsrate von etwa 5% und Anfang 2004 konnte sie ihre Inflationsrate auf Einstelligkeit reduzieren. Insbesondere in bestimmten Sektoren wie beispielsweise der Kfz-Industrie, Metallverarbei-

⁶⁹⁵ Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. S. 206-207.

⁶⁹⁶ Für eine detaillierte Darstellung der historischen Entwicklungstendenzen in der türkischen Volkswirtschaft siehe Tezel, Yahya Z.: *Cumhuriyet Döneminin İktisadi Tarihi*, İstanbul 1994 und Kuyucuklu, Nazif: *Türkiye İktisadi*, İstanbul 1986. Für eine detaillierte Darstellung der jüngeren Entwicklungstendenzen in der türkischen Volkswirtschaft siehe Şahin, Hüseyin: *Türkiye Ekonomisi*, Bursa 1995, S. 181-228.

⁶⁹⁷ Ergün, İsmet: Zur Wirtschaftslage der Türkei, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 35/4 (1995), S. 360-366; S. 364f.

⁶⁹⁸ Rüstow, Dankwart A.: *Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident*, Göttingen 1990, S. 73.

tung sowie Textilindustrie gelang es der Türkei, hohe Wachstumsraten zu erzielen. Als Folge dieser positiven Wirtschaftsentwicklungen nahm das Bruttosozialprodukt relativ stark zu und die Nachfrage an ausländischen Produkten stieg sowohl im Investitions- wie auch im Konsumgüterbereich erheblich.⁶⁹⁹ Es gibt jedoch zugleich auch eine negative Seite dieses Wachstums: Die mobile türkische Volkswirtschaft konnte makroökonomischen Ungleichgewichte, die seit der Mitte der 80er Jahre die positive Wirtschaftsdynamik begleiten, lange nicht beseitigen und die sich als kontinuierliche Schwankungen in den Wechselkursen, enorm hohe Inflationsraten, häufige Schwankungen der Zinsen, relativ hohe Arbeitslosigkeit, Defizite des öffentlichen Sektors und dazu noch gelegentlich gesamte Wirtschaftsbalance beeinträchtigenden Krisen manifestierten. Dennoch entwickelt die Volkswirtschaft sich dynamisch und ist dabei, sich zunehmend an der immer wichtigeren internationalen Arbeitsteilung an der Seite der entwickelten Nationen zu beteiligen. Die Türkei orientiert sich seit dem Beginn der 80er Jahre auch an anderen regionalen Märkten, sucht sich wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Staaten und versucht, ihre Produkte, ihr Kapital und ihre qualifizierten Arbeitskräfte in ausländischen Märkten einzusetzen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion entstanden in den ehemals sowjetischen Territorien für viele westliche Staaten interessante neue Märkte. Die sich wirtschaftlich auch an ausländischen Märkten orientierende Türkei gehört ebenfalls zu denjenigen Ländern, die wirtschaftliche Interessen an den Märkten der postsowjetischen Staaten haben. Die unabhängigen postsowjetischen Turkrepubliken im Kaukasus und in Zentralasien stellen einen der bedeutendsten Betätigungsfelder der türkischen Außenwirtschaftspolitik dar.

Die Turkrepubliken Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan mussten, wie die anderen ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion, die dauerhaften negativen Auswirkungen der kolonialen russischen und später der siebzigjährigen sozialistischen Wirtschaftspolitik der Sowjetunion übernehmen, die teilweise noch immer ihre wirtschaftlichen Strukturen kennzeichnen.⁷⁰⁰ Während der sowjetischen Herrschaft wurde in Aserbaidshan und in Turkestan eine russland-zentrische Wirtschaftspolitik geführt. Die Ökonomien der sowjeti-

⁶⁹⁹ Ergün, S. 360.

⁷⁰⁰ Für die Einzelheiten über die koloniale russische sowie teilweise über die sowjetische Wirtschaftspolitik in den Turkrepubliken siehe Hayit, Baymirza: Die Wirtschaftsprobleme Turkestans. Ein Beitrag zur Wirtschaftskunde Turkestans mit einem Rückblick auf ihre jüngste Vergangenheit, Ankara 1968.

schen Unionsrepubliken wurden durch eine innersowjetische Arbeitsteilung von der Zentrale abhängig gemacht. Aus diesem Grund konnten sich in den peripheren Regionen der ehemaligen Sowjetunion – insbesondere in Zentralasien – relativ schwächere Volkswirtschaften herausbilden. In ähnlicher Weise wie während der russischen Kolonialzeit wurde auch in der Sowjetunion die monoproduktive Wirtschaftsstruktur in Zentralasien fortgesetzt, die auf Baumwolle und die Ausbeutung wertvoller Rohstoffe begrenzt war. Dadurch entstand eine wirtschaftliche Abhängigkeit der peripheren Regionen wie Zentralasiens von der Zentrale, insbesondere aber von der Russischen Föderation. Diese einseitige Ausrichtung und Orientierung der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung in Aserbaidschan und Turkestan und damit relative Abhängigkeit dieser Regionen vom Zentrum bilden heute noch das größte Wirtschaftsproblem der postsowjetischen Turkrepubliken.

Im Gegensatz zum Nordwesten der ehemaligen Sowjetunion, wo sich die Entwicklungs- und Wachstumszone befand, stellt Zentralasien die rückständigste Region der ehemaligen Sowjetunion dar.⁷⁰¹

In dieser Region erfolgte die Industrialisierung erst ziemlich spät und daher weisen die postsowjetischen Turkrepubliken einen deutlich schwächeren Industrialisierungsgrad auf als die anderen postsowjetischen Staaten.

Infolge der früheren innersowjetischen Arbeitsteilung müssen die postsowjetischen Turkrepubliken ihre wirtschaftliche Kooperation mit Russland weiterführen. Diese Tatsache stellt ein Hindernis in Bezug auf die Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit dar. Die bisher lediglich teilweise etablierte freie und stabile Marktwirtschaft sowie die unbefriedigende problematische Wirtschaftsdynamik in diesen Staaten sind zudem auf die geringen ausländischen Investitionen zurückzuführen. Wenn man beispielsweise die Investitionen pro Kopf in der ehemaligen Sowjetunion von 1971 bis 1987 gleich 100 setzt, so erreicht die Russische Föderation 118%, aber die Turkrepubliken Kirgisien nur 56% und Usbekistan nur 66% dieses Wertes.⁷⁰² Die Ökonomien in den Turkrepubliken sind landwirtschaftlich geprägt und monokulturell ausgerichtet. Die ge-

⁷⁰¹ Clement, Hermann: Die Wirtschaft der asiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR, in: Meissner, Boris & Einfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995, S. 213-225; S. 213.

⁷⁰² Ibid. S. 214.

werbliche Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang hauptsächlich auf die Verarbeitung von agrarischen Rohstoffen begrenzt. Die industrielle Entwicklung ist im Vergleich zu den anderen früheren Unionsrepubliken der Sowjetunion zurückgeblieben.⁷⁰³ Den industriellen Schwerpunkt bilden die Nahrungsmittelproduktion und zum Teil die Montageindustrie.

Es sind andererseits ernsthafte Folgen der bisherigen ökonomischen Fehlentwicklung auf die regionale Umwelt zu beobachten. Die Umweltprobleme in den postsowjetischen Turkrepubliken entstanden insbesondere aufgrund zentralistisch geführter sowjetischer Wirtschaftspolitik und insbesondere der monokulturell orientierten Wirtschaftsentwicklung sowie der insbesondere in Zentralasien betriebenen so genannten sowjetischen „Oasenwirtschaft“⁷⁰⁴. Die Böden in den postsowjetischen Republiken in Zentralasien sind weitflächig versalzen. Der Wasserspiegel des Aralsees, der eine der wichtigsten Süßwasserquellen der Region ist, sank aufgrund der sowjetischen Bewässerungspolitik um 15%. Somit verlor der Aralsee fast die Hälfte seiner Gesamtfläche und zwei Drittel seines Volumens.⁷⁰⁵ Sein ehemals normaler Salzgehalt hat sich aus diesem Grund verdreifacht und überschritt somit sogar den durchschnittlichen Salzgehalt des Toten Meeres in Israel.⁷⁰⁶ Diese negative Veränderung der Umwelt beeinträchtigt in erheblichem Maße die Agrarwirtschaft in der Region.

Ein weiteres schwerwiegendes Umweltproblem in der Region ist die nukleare Verseuchung. In der Region Semipalatisk in Kasachstan, die das offizielle Atomtestgelände der Sowjetunion war, wurden während der Sowjetzeit sowohl oberirdisch wie auch unterirdisch unzählige nukleare Tests durchgeführt, die das Potenzial von 20 000 Hiroshima-Bomben hatten. Außer Semipalatisk waren es zwölf offizielle und sieben inoffizielle nukleare Testgebiete, auf denen immer noch 75% der Bevölkerung lebt.⁷⁰⁷ Von der radioaktiven Verseuchung sind bis heute etwa eine Millionen Menschen unmittelbar und dauerhaft betroffen. Auch die unter- und oberirdischen Wasserquellen und Gewässer in der Region sind verseucht.⁷⁰⁸ Es ist zu erwarten, dass aufgrund dieser Umweltprob-

⁷⁰³ Ibid. S. 215.

⁷⁰⁴ Ibid. S. 216.

⁷⁰⁵ Müller, Friedemann: Ökonomie und Ökologie in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39 (1993), S. 21-28; S. 26.

⁷⁰⁶ Müller, S. 26.

⁷⁰⁷ Bahro, Gundula: Tödliche Erbschaften – das atomare Potential in Kasachstan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/92, Dezember 1992, S. 39-46; S. 43.

⁷⁰⁸ Zu diesem Thema siehe Ibid. S. 42ff. Sie auch Müller, S. 27.

leme sowohl in der Landwirtschaft als auch im Gesundheitswesen regionale Probleme entstehen werden, bei deren Lösung die zentralasiatischen Turkrepubliken auf regionale Kooperationen sowie auf ausländische Unterstützung angewiesen sind.

Trotz der ökologischen und ökonomischen Probleme sind die Turkrepubliken für die westlichen Länder, darunter auch die Türkei, wirtschaftlich interessant. Ihre Attraktivität im Wirtschaftsbereich liegt vor allem darin, dass sie über wichtige Rohstoffquellen verfügen, die von den westlichen Industrieländern benötigt werden. Obwohl es den postsowjetischen Turkrepubliken bisher nicht gelang, eine allzu bedeutende Position im Weltmarkt zu erlangen, besteht infolge ihres Reichtums an Rohstoffen die Möglichkeit, dass im Kaukasus und in Zentralasien von der Russischen Föderation unabhängige nationale Ökonomien und Märkte entstehen könnten, wenn sich diese Länder erfolgreich am internationalen Markt beteiligen könnten.

In der Republik Aserbaidschan, die geographisch, sprachlich und kulturell der Türkei am nächsten liegt, befinden sich reiche Erdöl- und Erdgasquellen, ebenso Eisen- und Alunietvorkommen. Auch die Republik Kasachstan verfügt über reiche Erdölquellen, die 4% der Erdölproduktion der ehemaligen Sowjetunion ausmachten. Die Bodenschätze in Kasachstan sind unter anderen Kohle (20% der Kohlenproduktion der ehemaligen Sowjetunion), Zink (50% der Zinkproduktion der ehemaligen Sowjetunion), Uran (30% der Uranvorkommen der Sowjetunion), Gold (5% der Gesamtproduktion der ehemaligen Sowjetunion), und Silber (70% der Gesamtproduktion der ehemaligen Sowjetunion). Kasachstan hat außerdem Vorräte an Nickel, Chrom, Titan, Wismut, Blei und Wolfram.⁷⁰⁹ In der Republik Kirgisien befinden sich reichliche Antimon- und Quecksilbervorkommen sowie Gold, Uranerz und Marmor,⁷¹⁰ obwohl dieses kleine zentralasiatische Land zu den an Bodenschätzen ärmsten der postsowjetischen Republiken zählt. In der zentralasiatischen Republik Usbekistan wird Erdgas und Kohle gewonnen. Im Jahr 1992 wurden außerdem in den Gebieten Tschinas bei Taschkent und Mingbulak im Gebiet Andidschan reichliche Erdölvorkommen entdeckt.⁷¹¹ Die

⁷⁰⁹ Für die Daten über die Rohstoffreserven und Rohstoffproduktion in Kasachstan siehe Götz, Roland & Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, München 1993, S. 128-131.

⁷¹⁰ Für die Daten über die Rohstoffreserven in Kirgisien siehe Götz & Halbach, S. 151-155.

⁷¹¹ Für die Daten über die Rohstoffreserven in Usbekistan siehe Götz & Halbach, S. 304.

benachbarte Turkrepublik Turkmenistan verfügt über reiche Erdgasvorkommen (10% der Gesamtproduktion der ehemaligen Sowjetunion) sowie über Erdöl (1% der Erdölvorkommen der ehemaligen Sowjetunion). Außerdem gehören Schwefel und Kochsalz zu den Bodenschätzen des Landes.⁷¹² In Bezug auf wirtschaftliche Kooperation gewinnen die postsowjetischen Turkrepubliken in diesem Zusammenhang insbesondere im Bereich der Energiegewinnung an Bedeutung. Dieser Bereich ist ebenso in ihren Beziehungen zu den Staaten der GUS, insbesondere aber der Russischen Föderation, der bestimmende Faktor.⁷¹³ Die Turkrepubliken beabsichtigen, ihre vorhandenen strategisch wichtigen Ressourcen, insbesondere Erdöl und Erdgas, zugunsten der Etablierung und Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit zu nutzen. Eine optimale und sachliche – d.h. nicht einseitig ausgerichtete – Vermarktung ihrer Erdöl- und Erdgasvorkommen an den westlichen Märkten könnte sicherlich zur Verbesserung und Neustrukturierung ihrer Nationalökonomien in entscheidender Weise beitragen.

Die Entscheidungsträger der Turkrepubliken bevorzugen anstatt einer Schocktherapie einen langsamen Übergang zur Marktwirtschaft.⁷¹⁴ Der Prozess der wirtschaftlichen Transformation und Neustrukturierung kommt aufgrund der mangelhaften Investitionen, der Fehlentwicklungen der Wirtschaftsstruktur, der geringen finanziellen Möglichkeiten für Privatinvestitionen, der eingeschränkten finanziellen Hilfen aus dem Ausland, des politischen und wirtschaftlichen Druckes der dominierenden Russischen Föderation sowie der existierenden bzw. potenziellen ethnischen und territorialen Konfliktpotentiale und Konflikte eher langsam voran.⁷¹⁵ Ein weiterer Grund für die Verzögerung eines schnelleren Übergangs zur Marktwirtschaft ist auf die Konkurrenz zwischen verschiedenen traditionellen sozialen Gruppen wie Clans bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zurückzuführen.⁷¹⁶

Die Privatisierung ist eine Vorbedingung für die Liberalisierung der potenziellen Märkte im Kaukasus und in Zentralasien. Sie kommt jedoch weder im Bereich der Industrie noch der Landwirtschaft effektiv und schnell voran. Bereiche wie Verteidigungsindustrie, Verkehr, Transport und Kommunikation gehören mehrheitlich zum Staat und werden staat-

⁷¹² Götz & Halbach, S. 247.

⁷¹³ Gumpel, Werner: Orta Asya Türk Cumhuriyetlerinde Ekonomik ve Politik Gelişme, in: Avrasya Etüdüleri, 1 / 2 (1994), S. 15-46; S. 20.

⁷¹⁴ Ibid. S. 25.

⁷¹⁵ Ibid. S. 25.

⁷¹⁶ Ibid. S. 26.

lich kontrolliert und betrieben. Sowohl in Kasachstan wie auch in Usbekistan und Turkmenistan herrscht das System der staatlichen Zentralplanung. Lediglich Kirgisien konnte die Zentralplanung abschaffen.⁷¹⁷ Kirgisien ist bezüglich der Wirtschaftsreformen das fortschrittlichste postsowjetische Land, beispielsweise im Hinblick auf die Liberalisierung der Einzelhandelspreise.⁷¹⁸ In Turkmenistan konnten lediglich kleinere Schritte im Sinne der Privatisierung erzielt werden. Die Anzahl der Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Handelspartnern ist verhältnismäßig gering.⁷¹⁹ In Aserbaidshan soll das Vermögen der staatlichen Betriebe, die privatisiert werden, zu drei Viertel den Beschäftigten zufallen und zu einem Viertel beim Staat verbleiben.⁷²⁰ Hinter dieser gesetzlichen Regelung steht möglicherweise die Absicht der aserbaidshanischen Führung, die Kontrolle über diese Betriebe aufrechtzuerhalten.⁷²¹

In allen postsowjetischen Turkrepubliken sind Wirtschaftsreformen für einen erfolgreichen Übergang zur Marktwirtschaft vorgesehen. Bisher konnten allerdings nur kleinere Fortschritte in der Privatisierung erzielt werden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass in allen postsowjetischen Turkrepubliken strukturelle und nur schwer lösbare Wirtschaftsprobleme vorhanden sind. Obwohl diese Republiken reichhaltig strategisch bedeutsame Rohstoffe besitzen, verhindern ihre Probleme – etwa einseitig strukturierte und gleichzeitig veraltete sowjetische Industrie, fehlender Unterbau, mangelhafte Erfahrung und Qualifizierung in der Marktwirtschaft, mangelnde ausländische Unterstützung, ehemals kommunistische Führungspersonen in leitenden politischen und wirtschaftlichen Positionen – eine rasche und erfolgreiche Wirtschaftstransformation. Die schwankende Wirtschaftslage und die politische Instabilität im Kaukasus und in Zentralasien schrecken größtenteils das ausländische Kapital und ausländische Investoren ab. Wenn man berücksichtigt, dass sich in den Turkrepubliken – aufgrund der besonderen multiethnischen Struktur im Transkaukasus und in Zentralasien sowie der bewusst durchgeführten russischen und sowjetischen Umsiedlungspolitik – verschiedene Nationalitäten, Volksgruppen, Stämme und Religionsgruppen befinden, gewinnt die baldige wirtschaftliche Stabilität der postsowjetischen Turkrepubliken eine weitere Dimension im Hin-

⁷¹⁷ Ibid. S. 27.

⁷¹⁸ Clement, S. 219.

⁷¹⁹ Götz & Halbach, S. 248.

⁷²⁰ Ibid. S. 65.

⁷²¹ DEIK (Hg.): Azerbaycan Ekonomisindeki Son Gelişmeler ve Türkiye ile İlişkileri, Aralık 1995, S. 4.

blick auf die Zukunft des regionalen Friedens. Eine der relevantesten Vorbedingungen für die innere Sicherheit eines Staates ist seine wirtschaftliche Stabilität. Die noch längerfristig unlösbaren und nahezu chronischen Wirtschaftsprobleme könnten in diesem Zusammenhang in der Zukunft sozioökonomische Konflikte verursachen und sogar die neu erlangte Unabhängigkeit dieser Staaten gefährden.

Eine der primären Zielsetzungen der türkischen Außenpolitik bezüglich der postsowjetischen Turkrepubliken in Zentralasien und im Kaukasus ist die Konsolidierung ihrer neu erlangten Unabhängigkeit, die ausschlaggebend für die künftigen Beziehungen der Türkei zu diesen Staaten ist. Seit 1991 versuchten die türkischen Regierungen neue wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten mit diesen Staaten zu schaffen und sie in ihren jeweiligen Transformationsprozessen zu unterstützen. Gemeinsame Projekte für den Transport ihrer strategisch relevanten Energierohstoffen – Pipelineprojekte für Erdgas- und Erdöltransport über die Türkei – sollten entwickelt, realisiert und somit eine günstige Lage für die türkischen privaten Investitionen in den Turkrepubliken zu schaffen werden.

Während der Sowjetzeit hatten weder die Türkei noch die damaligen sowjetischen Unionsrepubliken die Möglichkeit, wirtschaftliche Beziehungen miteinander aufzunehmen. Es ist jedoch relevant zu betonen, dass die Grundlage der Wirtschaftsbeziehungen dennoch mit den türkisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen gelegt wurde. In den 60er Jahren trat die Türkei zum ersten Mal in wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion. Zu dieser Zeit erhielt sie technische Unterstützung von ihrem mächtigen Nachbar, wodurch die Sowjetunion einen Beitrag zur Etablierung der türkischen Schwerindustrie, z.B. der Petrochemieindustrie, leistete. Durch die Unterstützung einiger türkisch-sowjetischer Wirtschaftsabkommen gewann die Sowjetunion Relevanz für türkischen Außenhandel. Die Türkei erhielt durch diese Kooperation mit der Sowjetunion Erdgaslieferungen und konnte auch Zugang zum sowjetischen Markt erhalten.⁷²² Die maßgeblichen Exportprodukte der Türkei waren Stahlerzeugnisse, pflanzliche Öle, Tee, Textilprodukte und pharmazeutische Erzeugnisse. Seit der Auflösung der Sowjetunion versucht die Türkei, ihre wirtschaftliche Kooperation mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion aufrechtzuerhalten bzw. weiterzuentwickeln. Außer mit der Russischen Föderation und mit der Ukraine pflegt die Türkei

⁷²² Für die Einzelheiten siehe Uludağ, İlhan: *Sovyetler Birliği Sonrası Bağımsız Türk Cumhuriyetleri ve Türk Gruplarının Sosyo-Ekonomik Analizi Türkiye ile İlişkileri*, İstanbul 1992, S. 419-440.

Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen postsowjetischen Republiken. Vor allem die Turkrepubliken wurden von den türkischen Entscheidungsträgern bisher als beachtliche potenzielle Märkte wahrgenommen, da sie vor allem über reiche industriell und strategisch hochgeschätzte Rohstoffe – vor allem Erdöl und Erdgas – verfügen und andererseits infolge der monokulturellen Wirtschaftsstruktur auf importierte Ware angewiesen sind. Die türkischen Führungseliten interessieren sich primär für das aserbaidshische und kasachische Erdöl und für das aserbaidshische und turkmenische Erdgas. Die Türkei war einer der ersten Staaten, die kurz vor der Desintegration der Sowjetunion zu den einzelnen Turkrepubliken in bilaterale Wirtschaftsbeziehungen eingetreten sind. Die Beziehungen der Türkei zu diesen Staaten bestehen in zwei Formen: Investitionen und Kooperationen des öffentlichen Sektors bzw. staatlich gelenkte Wirtschaftsbeziehungen und Aktivitäten des türkischen Privatsektors in Form von Investitionen in den Turkrepubliken.

Außerhalb der Großprojekte im Rahmen der Erdöl- und Erdgaspolitik ging die Türkei seit der Unabhängigkeit der postsowjetischen Turkrepubliken weitere Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Staaten ein. Zu Beginn der Beziehungen waren die Erwartungen der Führungseliten der Turkrepubliken unrealistisch hoch angesetzt. Sie erwarteten eine umfangreiche und dauerhafte wirtschaftliche Unterstützung seitens der Türkei, wodurch sie die erwünschte wirtschaftliche Transformation und Entwicklung so schnell wie möglich zu verwirklichen beabsichtigten, um ihre politische Unabhängigkeit vor allem gegenüber der Russischen Föderation konsolidieren zu können. Die wirtschaftliche Kapazität der Türkei war jedoch weit davon entfernt, die Erwartungen der Führungen der postsowjetischen Turkrepubliken zu erfüllen und eine dermaßen umfassende wirtschaftliche Unterstützung zu leisten. Nichtsdestotrotz versuchte die Türkei, eine wirtschaftliche Annäherung an die Turkrepubliken relativ nachdrücklich in die Tat umzusetzen. Auch die Erwartungen der türkischen Führungseliten waren in der Anfangsphase der Beziehungen illusorischer Weise hoch angesetzt. Die von Präsident Özal zum Ausdruck gebrachte Zielsetzung des „Jahrhunderts der Türken“ durch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den Turkvölkern vom Balkan bis zur mehrheitlich von den turksprachigen Uiguren bewohnten westchinesischen Provinz Xinjiang⁷²³ ist ein Traum

⁷²³ Xinjiang wird in der Literatur oft als Ostturkestan bezeichnet, da diese Region den östlichen Teil des überwiegend von den Turkvölkern bewohnten Turkestans bildet.

geblieben,⁷²⁴ obgleich die Türkei hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivitäten zu den aktivsten Staaten in der Region zählt. So gewährte die Türkei trotz ihrer begrenzten und bescheidenen Möglichkeiten in der Anfangsphase der Beziehungen den postsowjetischen Turkrepubliken Kredite. Diese wurden von der öffentlichen Eximbank der Türkei zur Verfügung gestellt (siehe Abb. 1).⁷²⁵ Auch der autonomen Republik Nahitschewan, die zu Aserbajdschan gehört und mit der Türkei eine gemeinsame Grenze hat, wurde ein Kredit gewährt (siehe Abb.1).⁷²⁶ Obwohl die von der Türkei angebotenen Kredite aufgrund ihrer Höhe als nicht gewichtig betrachtet werden können, waren sie im Hinblick auf die Wahl des Zeitpunkts außerordentlich günstig.⁷²⁷ Ferner leistete die Türkei beachtliche technische Hilfe bei der Ausbildung von wirtschaftlichen Führungskräften, Finanzfachleuten und staatlichen Administratoren⁷²⁸ und stellte humanitäre Hilfe zur Verfügung. Die türkische Kommunikationsfirma Türk-Telekom leistete entsprechend den unterzeichneten Verträgen mit den Turkrepubliken technische Unterstützung im Bereich der Telekommunikation. So wurden beispielsweise in Kasachstan 1135 Bodenstationen, 30 Telekommunikationszentralen, ein Verstärker für den Empfang von Sendungen aus der Türkei und eine Sendestation gebaut.⁷²⁹ Im Bereich der Telekommunikation waren auch andere türkische Firmen wie NETAS, TELETAS und HES tätig.⁷³⁰ Auch in anderen Turkrepubliken fanden ähnliche Kooperationen statt. Die Türk-Telekom spendete Kirgisien eine Telekommunikationszentrale mit der Kapazität von 25 tausend Leitungen sowie eine Satelliten-Bodenstation.

⁷²⁴ Gumpel, Werner: Stand und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Türkei mit den Staaten Zentralasiens, in: Südosteuropa Mitteilungen, 35/3 (1995), S. 228-232; S. 228.

⁷²⁵ T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): Avrasya Ekonomik İşbirliği Konferansı, Ankara 1993, S. 134-135.

⁷²⁶ Ibid. S. 135.

⁷²⁷ Taşçıkara, Dinçer: Orta Asya'daki Ekonomik Reformlar ve Yeni Büyük Oyun, in: Yalçınkaya, Alaeddin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 233-253; S. 245.

⁷²⁸ Kramer, Heinz: Zentralasien im Interessenfeld der Türkei, Ebenhausen/Isartal 1995, S. 30.

⁷²⁹ İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Kazakistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995, S. 121.

⁷³⁰ Ibid.

Postsowjetische Kreditempfänger	Türkische Eximbank-Kredite (in US-Dollar)
Aserbaidtschan	250 Millionen
Nahitschewan (zu Aserbaidtschan)	10 Millionen
Kasachstan	200 Millionen
Kirgisien	75 Millionen
Usbekistan	250 Millionen
Turkmenistan	90 Millionen
Summe	875 Millionen

Abb. 1) Kredite der türkischen Eximbank an die Turkrepubliken (Quelle: T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): *Avrasya Ekonomik İşbirliği Konferansı*, Ankara 1993)

Die Intensität der Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken ist aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Turkrepubliken verschieden. So sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Kirgisien im Vergleich zu den anderen Turkrepubliken weitgehend unterentwickelt.

Während das Handelsvolumen der Türkei mit den Turkrepubliken insgesamt 496 Millionen US-Dollar beträgt, war der kirgisische Anteil in dieser Summe lediglich 9,5%. Die Importe der Türkei aus dem rohstoffarmen Kirgisien sind ziemlich unbedeutend.⁷³¹ In Kirgisien gab es 1994 dennoch 22 türkisch-kirgisische Joint Ventures.⁷³²

Kasachstan entwickelte sich hingegen zu einem bedeutenden Markt für die Türkei. Die Intensivierung der türkischen Wirtschaftsbeziehungen zu Kasachstan ist positiv zu beurteilen. Die Türkei exportiert nach Kasachstan insbesondere Elektronikprodukte, Maschinen, Textilerzeugnisse, Kraftfahrzeuge und Telekommunikationsprodukte, während sie aus Kasachstan vor allem Rohstoffe wie Metalle, Chemikalien, Leder und Agrarprodukte einführt.⁷³³ In Kasachstan sind über 100 türkische Firmen in Form von türkisch-kasachischen Joint Ventures aktiv.⁷³⁴

⁷³¹ Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Hg.): *Kırgız Cumhuriyeti ve Türkiye ile İlişkileri*, İstanbul 1995.

⁷³² Winrow, S. 38.

⁷³³ Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Hg.): *Kazakistan ve Türkiye ile İlişkileri*, İstanbul 1995.

⁷³⁴ Winrow, S. 38ff.

Usbekistan wird von den türkischen Führungseliten wie die anderen postsowjetischen Turkrepubliken als ein in Zukunft relevanter Markt wahrgenommen. Textilprodukte, Maschinen, Kraftfahrzeuge und Lebensmittel bilden die bedeutendsten türkischen Exportprodukte an Usbekistan. Importiert werden Baumwolle, Leder und industrielle Farbstoffe.⁷³⁵ Die türkischen Exportprodukte an Usbekistan bildeten 1993 23% und 1994 immerhin noch 6% der usbekischen Gesamtimporte.⁷³⁶

Turkmenistan nimmt unter den zentralasiatischen Turkrepubliken mit einem Anteil von 30% am regionalen Handelsvolumen der Türkei nach Kasachstan den zweiten Platz ein. Die bedeutsamsten Exportprodukte der Türkei sind Möbel, Maschinen, Textilerzeugnisse und Lebensmittel, importiert werden außer Erdgas auch Baumwolle – 91% des gesamten türkischen Baumwollimports. Türkische Firmen, die in so verschiedenen Sektoren wie dem Bau-, Lebensmittel- und Textilsektor tätig sind, investierten in Turkmenistan über eine Milliarde US-Dollar.⁷³⁷ 1995 nahmen insgesamt 46 türkische Firmen in Turkmenistan Investitionen vor. Somit nahmen sie den ersten Platz unter den ausländischen Investoren ein. Den türkischen Firmen folgten 25 iranische, 21 russische und 10 US-amerikanische.⁷³⁸ Vorgesehen wurden auch zahlreiche weitere Investitionen in den Bereichen Telekommunikation, Bau, Eisenbahnbau und Energie.

Obwohl Aserbaidshan ein rohstoffreiches Land ist und der Türkei geographisch relativ nahe liegt, konnten die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat nicht im erwünschten Ausmaß entwickelt werden. Die Türkei nimmt in der Statistik des aserbaidshanischen Gesamtimports nur den vierten Platz ein. Die wichtigsten türkischen Exportprodukte an Aserbaidshan sind pflanzliche und tierische Öle, Maschinen sowie pharmazeutische Erzeugnisse.⁷³⁹ In Aserbaidshan gab es bereits 1995 383 türkisch-aserbaidshanische Joint Ventures, 144 türkische Firmen und 27 Vertretungen türkischer Firmen.⁷⁴⁰

⁷³⁵ İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Özbekistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995, S. 82ff.

⁷³⁶ Der Anteil der GUS-Staaten wurde nicht berücksichtigt. Siehe Tabelle in: İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Özbekistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995, S. 69.

⁷³⁷ Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Hg.): Türkmenistan ve Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1995.

⁷³⁸ Siehe Tabelle in: İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Türkmenistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995, S. 39.

⁷³⁹ Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Hg.): Azerbaycan Ekonomisinde Son Gelişmeler ve Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1995, S. 8-10.

⁷⁴⁰ Ibid. S. 10.

Diese zusammenfassende Darstellung zeigt, dass der türkische Privatsektor die postsowjetischen Turkrepubliken in Zentralasien und im Kaukasus bereits von Anfang an als mögliche neue Märkte für Investitionen wahrnahm und einen nicht zu unterschätzenden Anteil bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Türkei zu diesen Regionen aufweist. Trotz dieser positiven Entwicklung muss auf Probleme hingewiesen werden, die auf den langsam vorankommenden wirtschaftlichen Transformationsprozess zurückzuführen sind. Dieser wurde auch durch die ausländischen Investoren, unter anderen auch die türkischen Firmen, eher negativ beeinflusst. Die zentralistisch vorgenommenen Investitionen brachten die postsowjetischen Turkrepubliken in Abhängigkeit von Zulieferungen aus anderen GUS-Staaten, vor allem aber aus dem Nachfolger der ehemaligen Sowjetunion, d.h. der Russischen Föderation.⁷⁴¹ Für die Führungen der postsowjetischen Turkrepubliken scheint es nicht einfach zu sein, das Übergewicht der GUS-Staaten in ihrem Handel durch die Ausweitung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten kurz- oder mittelfristig abzulösen. Eine grundlegende Barriere für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken bildet die fehlende geographische Direktverbindung. Die heute existierenden Straßen und Eisenbahnen sind auf die Russische Föderation ausgerichtet, was für diese ein weiterer logistisch-strategischer Vorteil ist,⁷⁴² der den russischen Einfluss im Kaukasus und in Zentralasien sicherstellt. Dieser Vorteil gilt auch im Hinblick auf die Routen der existierenden bzw. geplanten Pipelines für den Transport von kaukasischem und zentralasiatischem Erdöl und Erdgas. In diesem Zusammenhang ist die Türkei im Vergleich zu den anderen wichtigen regionalen Akteuren, d.h. zur Russischen Föderation und zum Iran, benachteiligt. Trotz des relativen Erfolges der türkischen außenwirtschaftlichen Neuorientierung an den Märkten der postsowjetischen Turkrepubliken sollte die wirtschaftliche Kapazität der Türkei im Vergleich zu Russland realistischer Weise eher als relativ begrenzt bezeichnet werden. Die wirtschaftlichen Indikatoren deuten insgesamt darauf hin, dass auch die wirtschaftliche Kooperation zwischen der Türkei und den postsowjetischen Turkrepubliken nicht rasch intensiviert werden kann, da diese wirtschaftlich unterentwickelten südlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion noch immer strukturelle Wirtschaftsprobleme

⁷⁴¹ Gumpel, Werner: Stand und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Türkei mit den Staaten Zentralasiens, in: Südosteuropa Mitteilungen, 35/3 (1995), S. 228-232; S. 228.

⁷⁴² Kramer, S. 33.

aufweisen und an erster Stelle Kapital und Investitionsgüter benötigen, um ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben zu können. Diese besitzt die Türkei jedoch nicht im ausreichenden Maß, da sie selbst unter ernsthaften strukturellen Wirtschaftsproblemen und unter Kapitalmangel leidet. Aus diesen Gründen konnten bisher die ohnehin zu hoch gesetzten Erwartungen der Turkrepubliken nicht erfüllt werden, was dort bereits zu Enttäuschung und Ernüchterung führte.⁷⁴³ Auch die euphorische Selbstperzeption der türkischen Entscheidungsträger und Eliten in den ersten Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion und nach der Entstehung der postsowjetischen Turkrepubliken hat sich inzwischen relativiert und wurde dementsprechend durch realistischere Zielsetzungen ersetzt.

5.2.9. Akteure regionaler Konstellation und die Determinanten ihrer Regionalpolitik

Die Türkei ist nicht der einzige Akteur, der im Südkaukasus und in Zentralasien neue außenpolitische Einflussmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu vergrößern beabsichtigt. Auch die anderen regionalen Akteure wie die Russische Föderation, der Iran oder China sowie im weiteren Sinne auch Indien und Pakistan konkurrieren miteinander. Es wird in diesem Abschnitt versucht, die Perzeptionen, Interessen und Machtlagen der wichtigen regionalen Akteure sowie ihre Einflussmöglichkeiten auf die regionale Konstellation zusammenfassend zu schildern.

5.2.9.1. Russische Föderation

Zweifellos ist Russland als Erbin der untergegangenen Supermacht Sowjetunion die dominierende Macht in den postsowjetischen Regionen. Vor allem Zentralasien und der Kaukasus sind historische Einflussregionen Russlands. Sowohl während des Russischen Reichs wie auch der russisch dominierten Sowjetunion standen diese Regionen unter russischer Überlegenheit, wenn sie nicht ohnehin ein Teil russischer Staaten waren. Russland verfolgte auch nach der Auflösung der Sowjetunion gewisse Interessen und ist zugleich ein Teil dieser Regionen.⁷⁴⁴ Histo-

⁷⁴³ Gumpel, S. 230.

⁷⁴⁴ Halbach, Uwe: „Failing States“? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder, Teil II., BOST, 21/1994, S. 18f. sowie 23f.

risch gesehen verfolgen die russischen und die türkischen Entscheidungsträger im Kaukasus entgegengesetzte Interessen. Die Region war lange im Spannungsfeld zwischen dem Russischen Reich und dem Osmanischen Reich. Die russisch-türkische Grenze befand sich bis zur Desintegration der Sowjetunion kontinuierlich im Südkaukasus. Trotz des Übergewichts der Sowjetunion gegenüber der Türkei im Hinblick auf die Kapazität der militärischen Machtprojektion gelang es der Sowjetunion nicht, die türkisch-russische Grenze nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu ihrem Vorteil zu revidieren. Konkrete irredentistische Ziele der sowjetischen Führungseliten wie die Gebietsansprüche in der Osttürkei an der türkisch-sowjetischen Grenze oder die Stationierung russischer Truppen an den türkischen Meerengen konnten dank der Integration der Türkei in westliche Sicherheitsstrukturen nicht erreicht werden. Russland – sowohl das Russische Reich als auch seine Nachfolgerin, die Sowjetunion – wurde von den türkischen Führungseliten stets als eine Bedrohung wahrgenommen. Zum ersten Mal haben Türken und Russen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Desintegration der Sowjetunion nun keine gemeinsame Grenze mehr. Dies ist für die Türkei sicherlich eine vollkommen neue Ausgangslage in Bezug auf ihr regionalpolitisches Verhalten.

Die überwiegend muslimisch geprägten postsowjetischen Regionen, die von Russland als „das benachbarte islamische Ausland“ im generellen außenpolitischen Konzept des *blizhnee sarubezhie* (nahen Auslands)⁷⁴⁵ bezeichnet werden, haben eine Art Sonderstellung in der russischen Außenpolitik. Russland knüpft ein Netz bilateraler Beziehungen zu diesen Regionen ein. Götz und Halbach sprechen diesbezüglich von einer Subgemeinschaft, welche die Russische Föderation mit den postsowjetischen Staaten dieser Region – insbesondere mit den postsowjetischen Turkrepubliken – zu gründen versucht.⁷⁴⁶ Die russischen Entscheidungsträger beabsichtigen, die Rolle des neuen postsowjetischen Russland mit der dominierenden Vormachtstellung binnen dieser Subgemeinschaft nicht aufzugeben. Eine der in der russischen Außenpolitik dominierenden fundamentalen Tendenzen ist der großrussische Imperialismus, der insbesondere daran interessiert ist, die ethnisch-russische Bevölkerung in diesen postsowjetischen Staaten zu schützen.⁷⁴⁷ Zusätzlich kann der

⁷⁴⁵ Siehe Fuller, Graham E.: *Russia and Central Asia: Federation or Fault Line?*, in: Mandelbaum, Michael (Hg.): *Central Asia and the World. Kazakhstan, Uzbekistan, Tajikistan, Kyrgyzstan, and Turkmenistan*, New York 1994, S. 94-129; S. 95.

⁷⁴⁶ Götz & Halbach, S. 193.

⁷⁴⁷ *Ibid.* S. 193.

Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Staaten – in allen postsowjetischen Staaten in der Region befindet es sich es ein russischer Bevölkerungsanteil⁷⁴⁸ – als Legitimationsgrund für eine aktive Außenpolitik und für eine engere Kooperation mit diesen Staaten betrachtet werden. Die Annahme, dass einige extremistische politische Strömungen in Russland zum Teil ein nostalgisches Verhältnis zur untergegangenen sowjetischen Supermacht pflegen und die Wiederherstellung der früheren imperialen Macht Russlands ebenso zu den vorrangigen Zielen der russischen Entscheidungsträger gehört,⁷⁴⁹ betrifft eher das „nahe Ausland“ Russlands und zielt ganz besonders auf die südlichen postsowjetischen Regionen. Die russische Führung bemüht sich um die Reintegration der einstmals zum Russischen Reich und später der russisch dominierten Sowjetunion gehörenden Gebiete, vor allem des Südkaukasus und Zentralasiens, um diese dadurch im russischen Machteinflussbereich zu erhalten.⁷⁵⁰ Die Kontrolle über die südkaukasische Region sowie über Turkestan, d.h. über Zentralasien, wurde von den russischen Entscheidungsträgern stets als eine Voraussetzung für die Ausübung des russischen Einflusses in Richtung Süden über die einstigen Grenzen hinaus angesehen.⁷⁵¹

Die russischen Führungseliten betrachten die Dominanz ihres Landes und die Machtlage in diesen beiden Regionen als historisches Recht und Mission. Diese seit der zaristischen Vergangenheit bestehende Auffassung hat sich bisher kaum geändert. Um seine Machtlage im südlichen „nahen Ausland“ sicherstellen zu können, instrumentalisiert Russland unter anderem auch seine militärische Präsenz. Es verfügt über militärische Stützpunkte im Südkaukasus und in Zentralasien. Anders als in der sowjetischen Periode muss Russland jedoch diese militärische Präsenz international legitimieren. Das Hauptargument für die Legitimation der militärischen Anwesenheit der Russischen Föderation in den Regionen ist die „Konflikteindämmung“.⁷⁵² Sowohl der Südkaukasus wie auch Zentralasien sind Heimat zahlreicher Völker, die sich ethnisch, sprach-

⁷⁴⁸ Russischer Bevölkerungsanteil in der Gesamtbevölkerung der in Frage kommenden postsowjetischen Staaten entsprechend der sowjetischen Volkszählung von 1989: Armenien 2%; Aserbaidshan 6%; Georgien weniger als 3%; Kasachstan 38%; Kirgisien 21,5 %; Turkmenistan 9,5%; Usbekistan 5%. Für die Angaben siehe Götz & Halbach.

⁷⁴⁹ Schilling, Walter: Rückkehr des Imperialismus im Kaukasus?, in: Internationale Politik, 50/11 (1995), S. 45-50; S. 45.

⁷⁵⁰ Schilling, S. 45.

⁷⁵¹ Ibid. S. 47.

⁷⁵² Halbach, „Failing States“, S. 19.

lich und religiös unterscheiden. Die während der Sowjetzeit „eingefrorenen“ Konfliktpotentiale und Konflikte insbesondere in Form von Grenzstreitigkeiten wurden nun weitervererbt. Solche Konflikte beeinträchtigen die Entwicklung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse in den südlichen postsowjetischen Staaten und verhindern auch die weitere Etablierung ihrer Unabhängigkeit. Dies erleichtert die russische Politik des „nahen Auslands“.⁷⁵³ Russland erhebt sich bei Konflikten wie beispielsweise dem Karabakh-Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien als alleinige Friedensmacht.⁷⁵⁴ Obwohl einzuräumen ist, dass Russland die „aktiven“ Konfliktherde in den betroffenen postsowjetischen Republiken wieder zur alten Form der „eingefrorenen Konflikte“ wandeln konnte, besteht dort noch immer eine weitgehende Eskalationsgefahr. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass abgesehen von dieser positiven Einflussnahme die wichtigste Bilanz im Hinblick auf die Konstellation in der Region die Machtzunahme des postsowjetischen Russland in dieser geostrategisch relevanten Region war. Durch die Politik des „nahen Auslands“ und die kurz- und mittelfristige Sicherstellung seiner militärischen Präsenz im Kaukasus und in Zentralasien gelang es Russland, weitere Einflussmöglichkeiten bezüglich der internen Entwicklung in den postsowjetischen Staaten zu erhalten und diese zu festigen, um unter anderem die Souveränität der postsowjetischen Länder in diesen Regionen auf das Gebiet der Außenpolitik und der Außenwirtschaft zu beschränken.⁷⁵⁵

Über die Sicherheitspolitik hinaus hat Russland auch wirtschaftliche und strategische Interessen im Südkaukasus und in Zentralasien. Ein konkretes Beispiel ist die russische Energiepolitik im Kaukasus. Diese impliziert auch bezüglich des Transports des zentralasiatischen Erdöls und Erdgases eine machtpolitische Komponente. Die Führungseliten Russlands beabsichtigen, – wie im Falle Aserbaidschans – die Vermarktung des kasachischen Erdöls durch die russischen Pipelines durchzusetzen.⁷⁵⁶

⁷⁵³ Für die Einzelheiten dieses Aspekts der russischen Außen- und Sicherheitspolitik siehe Halbach, Uwe: Zwischen „heißem Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“. Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jahrgang 2001, S. 481-494; für die Außenpolitik Russlands in Zentralasien siehe Brauer, Birgit & Eschment, Beate: Russlands Politik in Zentralasien, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jahrgang 2001, S. 495-508.

⁷⁵⁴ Halbach, „Failing States“, S. 19.

⁷⁵⁵ Kassenov, Umirserik T.: Zentralasien und Russland. Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen, in: BIOST, 14/1995, S. 12.

⁷⁵⁶ Halbach, „Failing States“, S. 23.

In Bezug auf die russische Regionalpolitik, besonders mit Blick auf die postsowjetischen Turkrepubliken in Zentralasien steht ein anderer Gesichtspunkt im Vordergrund, nämlich die ethnisch-russische Bevölkerung in diesen Ländern. Diese ethnischen Russen Zentralasiens sind für die Beziehungen der Turkrepubliken zu ihrem großen Nachbarn im Norden von nicht zu unterschätzender Relevanz. In Zentralasien befanden sich bis Mitte der 90er Jahre rund 9,5 Millionen Russen und 3 Millionen Russischsprachige.⁷⁵⁷ Allein in den postsowjetischen Turkrepubliken lebten während des Desintegrationsprozesses der Sowjetunion und in den ersten Jahren danach 8,15 Millionen ethnische Russen.⁷⁵⁸ In Kasachstan lagte der Anteil der ethnisch-russischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der Turkrepublik sogar bei 38 Prozent.⁷⁵⁹ Obwohl seit der Auflösung der Sowjetunion eine kontinuierliche Auswanderung der ethnischen Russen aus den postsowjetischen Turkrepubliken zu beobachten ist,⁷⁶⁰ müssen alle Regierungen in dieser Region darum die Russische Föderation bezüglich ihrer Nationalitätenpolitik berücksichtigen. Die russische Regierung beansprucht für sich, die Rechte der ethnischen Russen in Zentralasien zu vertreten.⁷⁶¹ In Russland ist die Thematik der ethnisch-russischen Bevölkerung außerhalb der Russischen Föderation von voluminöser innenpolitischer Bedeutung.⁷⁶² Obwohl in den Quellen darauf hingewiesen wird, dass diese russische Perzeption in den Beziehungen Russlands zu den zentralasiatischen postsowjetischen Republiken im Hinblick auf die Sicherheit dieser regionalen Akteure nicht von allzu großer Bedeutung ist,⁷⁶³ stellen die ethnischen Russen in Zentralasien, wie oben erwähnt, hinsichtlich der Perzeption des „nahen Auslands“, d.h. der Sonderstellung dieser Region bezüglich der russischen Interessen, eine weitere Legitimationsgrundlage dar.

Die politischen Entwicklungstendenzen in Zentralasien und im Kaukasus, die die fest verankerte russische Dominanz relativieren könnten, betrachten die russischen Entscheidungsträger als Gefahr gegenüber

⁷⁵⁷ Ibid. S. 23.

⁷⁵⁸ Götz & Halbach.

⁷⁵⁹ Götz & Halbach, S. 111.

⁷⁶⁰ Şahin, Murat: Orta Asya'da Coğrafi Konumun Siyasal Etkileri, in: Avrasya Etüdüleri 16, Herbst-Winter (1999), S. 129-142; S. 133.

⁷⁶¹ Brauer, S. 505.

⁷⁶² Teague, Elisabeth: Russians Outside Russia and Russian Security Policy, in: Arnon, Leon & Jensen, Kenneth (Hg.): The Emergence of Russian Foreign Policy, Washington 1994, S. 94; zitiert nach Brauer, Birgit & Eschment, Beate: Russlands Politik in Zentralasien, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jahrgang 2001, S. 495-508; S. 506.

⁷⁶³ Brauer, S. 505f.

den russischen Interessen. Daher sind sie gegenüber jeglicher regionaler Kooperationsschritte der Turkrepubliken sehr skeptisch, sofern ihr Land nicht selber beteiligt ist. Solche Kooperationen sind beispielsweise die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), die Asiatische Entwicklungsbank, die Organisation der Islamischen Konferenz (OIK).⁷⁶⁴ Auch die Gipfel der Turkstaaten in der ersten Hälfte der 90er Jahre sollten dazu gezählt werden. Die Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Turkrepubliken und der Türkei verunsichert die russischen Führungseliten, die solche Entwicklungen als eine Tendenz zum Panturkismus wahrnehmen.⁷⁶⁵ Außerdem betrachtet Russland die selbstständige Außenwirtschaftstätigkeit der Turkrepubliken bzw. der südlichen postsowjetischen Staaten der GUS als eine existentielle Gefahr, da sie ihre traditionelle Rolle als „Rohstoffappendix“ für Russland untergräbt. Die von den postsowjetischen Turkrepubliken mit bedeutenden westlichen Firmen unterzeichneten Verträge und wirtschaftlichen Kooperationsabkommen werden von den russischen Führungseliten als Bedrohung der lebenswichtigen wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Russischen Föderation wahrgenommen.⁷⁶⁶ Kassenow zufolge versucht Russland darüber hinaus, die wirtschaftliche Lage der postsowjetischen Turkrepubliken durch Einstellung bzw. Einfrieren der Lieferungen an Industrieprodukten, insbesondere an Energieträgern und Erdölerzeugnisse zu destabilisieren.⁷⁶⁷

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts scheint der Südkaukasus ein Betätigungsfeld sowohl der Türkei als auch Russlands zu sein. Russland verfügt im Vergleich zur Türkei über strukturell und kulturell bedingte Vorteile im Hinblick auf seine politischen Einflussmöglichkeiten im Kaukasus und in Zentralasien. Eine relative machtpolitische Kontinuität Russlands in seinen südlich gelegenen Regionen scheint weiterhin existent zu sein und es ist anzunehmen, dass es angesichts des sowjetischen Militärpotenzials auf ihrem Staatsgebiet und seiner entsprechenden Machtprojektionskapazität noch kurz- und mittelfristig die dominierende Macht in den südkaukasischen und zentralasiatischen Regionen bleiben wird.

⁷⁶⁴ Kassenow, S. 10f.

⁷⁶⁵ Die Welt vom 29. August 1995.

⁷⁶⁶ Kassenow, S. 11.

⁷⁶⁷ Ibid.

5.2.9.2. Iran

Auch die Islamische Republik Iran ist historisch ein regionaler Akteur im Kaukasus und in Zentralasien. Sie tritt ebenfalls seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes in bilaterale und multilaterale Beziehungen zu den postsowjetischen südlichen Staaten der GUS. Die iranische Führung verhält sich, entgegen der Erwartungen einiger westlicher Beobachter, mit der Förderung des politischen Islam auffallend zurückhaltend.⁷⁶⁸ Das Grundinteresse des Iran in der neuen regionalen Konstellation ist die Erhaltung des Status quo. Sowohl der Südkaukasus wie auch Zentralasien sind im Hinblick auf die ethnischen Konfliktpotenziale problematische Regionen. Iranische Führungseliten müssen diese Tatsache bei der Gestaltung der iranischen Außenpolitik unbedingt berücksichtigen, insbesondere weil der Iran selbst ein Vielvölkerstaat ist. Es besteht mittel- bzw. langfristig Gefahr für die territoriale Integrität der Islamischen Republik, wenn sie Veränderungen bzw. einer ethno-territorialen Destabilisierung in der Region selbst betroffen würde. Im Iran leben zahlreiche ethnische, religiöse und konfessionelle Minderheiten. Die wichtigsten sind unter anderem die südaserbaidschanischen Türken bzw. Aseri, deren Anzahl etwas mehr als 10 Millionen beträgt und somit c.a. 10% der iranischen Gesamtbevölkerung ausmacht. Diesen folgen eine kurdischsprachige Minderheit von 6 Millionen (6% der Gesamtbevölkerung), Luren (3 Millionen), Araber (1,5 Millionen), turksprachige Turkmenen (1 Millionen), Kaschgay (0,5 Millionen), christliche Minderheiten (Armenier und Assyrer), Juden sowie konfessionelle Minderheiten von Sunniten und Schiiten.⁷⁶⁹ Die Turksprachen bzw. nach der alternativen Perzeption die türkischen Dialekte – aserbaidsschanisches Türkisch, Turkmenisch und Kaschgayisch – und Kurdisch – vor allem die Dialekte Kurmandschi und Sorani – sind im Vielvölkerstaat Iran außer der persischen Amtssprache die am meisten gesprochenen Landessprachen.⁷⁷⁰ Aufgrund dieser multiethnischen Bevölkerungsstruktur könnten durch entsprechende Impulse aus den neuen regionalen Nationalstaaten der GUS unter diesen iranischen Minderheiten neue Nationalgefühle stimuliert werden. Insbe-

⁷⁶⁸ Reissner, Johannes: Die iranische Zentralasienpolitik, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): *Mittelasien: Von der „Zweiten“ zur „Dritten Welt“?*, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, 15/1993, München 1993, S. 45-59; S. 48.

⁷⁶⁹ Pistor-Hatam, Anja: Iran als Vielvölkerstaat. Ethnische Minderheiten und staatliche Politik, in: *Zeitschrift für Türkeistudien*, 6/2 (1993), S. 235-276; S. 241f.

⁷⁷⁰ Pistor-Hatam, S. 241.

sondere bei Nationalitätengruppen wie Aseri und Turkmenen im Iran, die nun in Aserbaidshan und Turkmenistan Titularnationen dieser unabhängigen Staaten sind, könnten ein neu gestiftetes Nationalbewusstsein auf lange Sicht separatistische Tendenzen im Vielvölkerstaat Iran hervorrufen und verstärken. Auch die insbesondere nach dem Zweiten Irakkrieg zunehmende kurdische Bewegung in der Region könnte in diesem Zusammenhang gesehen werden.⁷⁷¹ Aufgrund dieser innenpolitischen Lage sind die iranischen Entscheidungsträger bei der Gestaltung der iranischen Regionalpolitik äußerst vorsichtig und die iranische Politik in der Region kann in diesem Zusammenhang eher als defensiv bezeichnet werden.⁷⁷² Dies ist insbesondere im Vergleich mit der türkischen und russischen Regionalpolitik auffallend. Während Russland und die Türkei eine aktive auswärtige Politik in Zentralasien und im Kaukasus betreiben, ist die Islamische Republik Iran im außenpolitischen Kontext überaus reserviert.

Wie die anderen Regionalmächte ist auch der Iran daran interessiert, den Status quo in der Region im Sinne der Kontinuität der jetzigen Staatsgrenzen zu schützen und Tendenzen entgegenzuwirken, die Grenzkorrekturen verursachen könnten. Diese Perzeption und Interessenswahrnehmung der Regionalmächte stimmt überein. Der relevanteste Hinweis dafür ist die im Oktober 1992 ins Leben gerufene Grenzkommission der regionalen Staaten während eines offiziellen Besuches des türkischen Präsidenten Demirel im Iran.⁷⁷³ Iranische und türkische Interessen stimmen völlig darin überein, dass die Gründung eines kurdischen Staates im Nordirak, in dem die irakische Zentralregierung seit dem Ende des Zweiten Golfkrieges über keine Autorität mehr verfügt, sowie eine mögliche territoriale Desintegration in diesem Gebiet verhindert werden soll.⁷⁷⁴ Diese Perzeption der iranischen Führung bezüglich des ethno-separatistischen Potenzials im Irak hat sich auch nach dem Ende des Dritten Irakkriegs nicht geändert. Obwohl im südöstlichen Teil der Türkei ebenfalls ein in den 90er Jahren eskalierter Konflikt ethnisch-

⁷⁷¹ Durdular, Ercan: İran'ın Azerbaycan ve Ermenistan Politikası, in: *Avrasya Dosyası*, 2/1 (1995), S. 124-135; S. 127.

⁷⁷² Halbach, Uwe: Islam und Nationalstaat in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38-39/93 (1993), S. 11-20; S. 19.

⁷⁷³ Reissner, Johannes: Die iranische Zentralasienpolitik, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): *Mittelasien: Von der „Zweiten“ zur „Dritten Welt“?*, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, 15/1993, München 1993, S. 45-59; S. 50f.

⁷⁷⁴ Reissner, S. 51.

separatistischer Form die territoriale Integrität des Landes ernsthaft bedrohte, muss darauf hingewiesen werden, dass die Südosttürkei die einzige Region innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei ist, in der ethnischer Separatismus bis zur Mitte der 90er Jahre überhaupt eine potenzielle diesbezügliche Gefahr darstellte. Die Türkei brachte den kurdischen Separatismus auf ihrem Territorium seit Ende der 90er Jahre vor allem nach der Verhaftung des Führers der terroristisch-separatistischen PKK und der militärischen Niederlage dieser Organisation zumindest im militärischen Sinne weitgehend unter Kontrolle. Andererseits wurde auch durch die Anerkennung der kulturellen Rechte der kurdischstämmigen Staatsbürger in der Türkei – sowie der anderen sprachlich-ethnischen Gruppe – im Rahmen der demokratisierenden Reformen des EU-Integrationsprozesses ein entscheidender Beitrag zur friedlichen und demokratischen Lösung des türkischen Kurdenproblems geleistet. Anders als in der Türkei gibt es im Iran eine multinationale Gesellschaftsstruktur. Der Iran ist in diesem Zusammenhang kein Nationalstaat im konventionellen Sinne, sondern die Islamische Republik stiftet vor allem islamische Zusammengehörigkeit. Doch die derzeitig latenten Nationalgefühle könnten langfristig diese religiöse und staatlich forcierte „Oberidentität“ untergraben. Diese Möglichkeit wird so lange bestehen, wie der Iran ein totalitär-fundamentalistischer religiöser Gottesstaat ohne rechtsstaatliche Strukturen und pluralistische Demokratie bleibt.

5.2.9.3. China

Die Volksrepublik China ist ein weiterer relevanter regionaler Akteur in der regionalen Konstellation. Die postsowjetischen zentralasiatischen Turkrepubliken befinden sich an der östlichen, ehemals chinesischen Grenze der ehemaligen Sowjetunion. China könnte auf lange Sicht mit seinem großen Potenzial insbesondere im wirtschaftlichen Sinne eine wichtige Rolle in Zentralasien spielen. Die wirtschaftlichen Beziehungen Chinas zu den Turkrepubliken und zu Tadschikistan entwickeln sich positiv.⁷⁷⁵ Der Außenhandel Chinas mit den postsowjetischen zentralasiatischen Staaten verfünffachte sich von 1985 bis 1991 und diese enorme Wachstumstendenz bestand auch in den 90er Jahren.⁷⁷⁶ Die zentralasiati-

⁷⁷⁵ Calabrese, John: Çin'in Orta Asya Politikası: Yenileme ve Üslenme, in: Avrasya Etüdüleri 16, Herbst-Winter (1999), S. 75-98; S. 86ff.

⁷⁷⁶ Bekar, Olgan: Çin ve Batı Türkistan, in: Avrasya Dosyası, 2/2 (1995), S. 47-52; S. 49.

schen Staaten bilden für China einen großen Absatzmarkt. Im Hinblick auf außenwirtschaftliches Potenzial ist China eine relevante wirtschaftliche Regionalmacht in Zentralasien.

Ob sich China auch im politischen Sinne zu einer Regionalmacht in Zentralasien entwickeln wird, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Die multinationale Bevölkerungsstruktur des Landes bildet hier, wie auch im Falle des Iran, einen wichtigen Bestimmungs- und Einflussfaktor. Im Nordwesten Chinas befindet sich die Region Ostturkestan, die in China Xinjiang genannt wird. In diesem Gebiet leben die turksprachigen Uiguren, die sprachlich besonders mit den Usbeken verwandt sind. In diesem Zusammenhang ist China nicht nur geographisch, sondern auch im sprachlichen und kulturellen Sinne ein Teil Zentralasiens. An Xinjiang grenzen von Norden nach Süden die Volksrepublik Mongolei, die Russische Föderation, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan und Indien. Das chinesische Ostturkistan der Uiguren befand sich am Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen regionalen Großmächten und dies verhinderte die ostturkestanische Eigenstaatlichkeit, wie es auch bei den anderen zentralasiatischen Turkvölkern der Fall war. Die Versuche, eine von der chinesischen Macht unabhängige Republik Ostturkestan zu gründen, gab es in den Dreißiger und Vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts.⁷⁷⁷ Die Region erhielt im Jahre 1955 einen autonomen Status,⁷⁷⁸ doch dieser formelle Status bedeutet kein wirkliches Recht auf Selbstbestimmung, auf relative regionalpolitische Eigenständigkeit oder Garantie der kulturellen Rechte der turksprachigen Uiguren.

In Ostturkestan befinden sich mehrere Nationalitäten: Die Mehrheit der in dieser Region ansässigen Bevölkerung bilden trotz der chinesischen Umsiedlungspolitik mit über 7 Millionen die muslimischen Uiguren. Die turksprachigen muslimischen Kasachen sind mit 1 Million das zweitgrößte Turkvolk im chinesischen Ostturkestan. Die Anzahl der ethnischen Chinesen (Han-Chinesen), die 1949 lediglich 6,71% der Gesamtbevölkerung in Ostturkestan ausmachten, betrug 1991 über 5 Millionen (37,58%).⁷⁷⁹ Dieses demographische Phänomen ähnelt der demographischen Struktur in der postsowjetischen Turkrepublik Kasachstan. Seit der Auflösung der Sowjetunion sind in Xinjiang infolge der Religions-, Nationalitäten- und Bevölkerungspolitik der chinesischen Zentralregierung Spannungen aufgetreten. Es fanden 1985 und 1989 Studenten-

⁷⁷⁷ Wacker, Gudrun: Xinjiang und die VR China. Zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwestregion, BIOST, 3/1995, S.6.

⁷⁷⁸ Siehe hierzu Wacker, S.8

⁷⁷⁹ Wacker, S.10f.

demonstrationen in Peking statt, die auch in der ostturkestanischen Provinzhauptstadt Urumqi (Urumci) unterstützt wurden. Die Studenten forderten die Beendigung der atomaren Versuche und Tests in Xinjiang, Ersetzung der von der Zentralregierung ernannten ethnisch-chinesischen Regionalverwalter durch gewählte Volksvertreter, die Abschaffung der Umsiedlung der ethnischen Chinesen in die Region sowie die Aufhebung der radikal-repressiven Politik der Familienplanung der chinesischen Zentralregierung.⁷⁸⁰ In den Jahren 1990, 1992 und 1994 fanden erneut Demonstrationen in den ostturkestanischen Städten Urumqi, Kaschgar, Aksu und Karamay statt, die auf die weiteren Beschränkungen der Rechte der einheimischen Bevölkerung in der Region zurückzuführen waren.⁷⁸¹ Hieraus wird ersichtlich, dass die ethnische Struktur in Nordwestchina ein separatistisches Konfliktpotenzial beinhaltet. Die kleine uigurische Minderheit in der Türkei und kleine (pan)turkistisch orientierte Gruppen propagieren einen separaten unabhängigen Staat der Uiguren. Trotz der Marginalität dieser uigurischen Nationalisten sind die chinesischen Entscheidungsträger über diese Opposition beunruhigt. Auch das (pan)turkistische Element in der türkischen Kulturpolitik in Zentralasien irritiert China.⁷⁸² Wenn man mitberücksichtigt, dass sich in den postsowjetischen Turkrepubliken Zentralasiens – mehrheitlich in Kasachstan – etwa 300.000 Uiguren befinden, kann der grenzüberschreitende Charakter dieses ethnischen Konfliktpotenzials besser verstanden werden. In Zentralasien sind zwei politische Organisationen der Uiguren aktiv: die „Vereinte Revolutionäre Front Ostturkestans“ und das „Freie Uiguristan“. Es wird davon ausgegangen, dass diese Organisationen, die durchaus separatistisch-nationalistische politische Ziele verfolgen, Kontakte zur uigurischen Untergrundorganisationen in Xinjiang pflegen.⁷⁸³ Die chinesischen Entscheidungsträger müssen die ethnisch-kulturelle Struktur und das separatistische Konfliktpotenzial im Nordwesten Chinas bei der Gestaltung der chinesischen Außenpolitik mitberücksichtigen. China ist ein weitgehend zentralistisch regiertes Land mit einer kommunistischen Einparteiregierung. Mit diesem Systemcharakter spielt der zentralistische Staat in allen gesellschaftlichen

⁷⁸⁰ Ibid. S.26.

⁷⁸¹ Keith, Martin: *Baştan Çıkarma ile Şüphe Arasında Çin ve Orta Asya*, in: *Yeni Forum*, 8/1994, S. 8-18; S. 11

⁷⁸² Munro, Ross H.: *Central Asia and China*, in: Mandelbaum, Michael (Hg.): *Central Asia and the World. Kazakhstan, Uzbekistan, Tajikistan, Kyrgyzstan, and Turkmenistan*, New York 1994, S. 225-238; S. 228.

⁷⁸³ Wacker, S.27.

Bereichen eine autoritäre und dominierende Rolle. Andererseits versucht die chinesische Regierung eine Synthese der Marktwirtschaft und der staatlich gelenkten sozialistischen Wirtschaftsstruktur, um sich einen besseren Zugang zu den internationalen Märkten zu verschaffen. In diesem Zusammenhang gewinnt das postsowjetische Zentralasien im Hinblick auf den chinesischen Außenhandel an Bedeutung.⁷⁸⁴ Doch die außenwirtschaftliche Annäherung Chinas an den zentralasiatischen Markt rief keine weitere politische Orientierung des Landes in Richtung der postsowjetischen Republiken Zentralasiens hervor. Eine außenpolitische Orientierung Chinas in Form von Kooperationen in anderen Bereichen, z.B. im Bereich der Kultur, entspricht nicht den chinesischen Interessen.⁷⁸⁵ Die interne ethnische Struktur und daraus resultierende Konfliktpotenziale, welche im Hinblick auf die territoriale Integrität des Landes langfristig gewisse Risiken bergen, spielen möglicherweise bei der Interessenswahrnehmung der chinesischen Entscheidungsträger eine entscheidende Rolle. Diese Interessenswahrnehmung widerspricht auch nicht den Wünschen der Russischen Föderation, denn auch die russischen Entscheidungsträger haben keinerlei Interesse daran, dass China sich destabilisiert und aufgrund ethnischer Unruhen Probleme bezüglich der territorialen Integrität des Landes entstehen, die zur Gründung eines uigurischen Staates – also noch eines turksprachigen Staates in Zentralasien – führen könnten. In diesem Zusammenhang ist in nächster Zukunft nicht zu erwarten, dass China sich in Zentralasien zu einer aktiveren Regionalmacht entwickelt. Insbesondere die russische Vormachtstellung und die politische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz in der Region kann nicht von der regionalen Macht China übernommen werden.⁷⁸⁶

5.2.9.4. Indien und Pakistan

Indien und Pakistan sind in der Peripherie Zentralasiens und zeigen besonders an den neuen Märkten in der Region Interesse. Im wirtschaftlichen Bereich sehen beide Akteure das postsowjetische Zentralasien als eine Quelle wertvoller Rohstoffe aber auch als Absatzmarkt. Ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Turkrepubliken können im Lichte ih-

⁷⁸⁴ Calabrese, John: Çin'in Orta Asya Politikası: Yenileme ve Üslenme, in: Avrasya Etüdüleri 16, Herbst-Winter (1999), S. 75-98.

⁷⁸⁵ Bekar, S.51.

⁷⁸⁶ Bekar, S.52.

res Dauerkonfliktes zueinander betrachtet werden.⁷⁸⁷ Indien nahm bereits in der sowjetischen Zeit Beziehungen zu Zentralasien auf.⁷⁸⁸ Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Desintegration der Sowjetunion entstand eine neue Ausgangslage in der Außen- und Sicherheitspolitik Indiens und parallel dazu wird die indische Regionalpolitik neu gestaltet. In der postsowjetischen regionalen Konstellation sehen die Entscheidungsträger Indiens wegen der Entstehung der muslimischen postsowjetischen Staaten in Zentralasien die Möglichkeit für eine islamische Expansion, was die Einflussmöglichkeiten des muslimischen Pakistan vergrößern würde. Die de facto Existenz eines islamischen und vor allem islamistisch orientierten Staatenblocks in Zentralasien könnte aus indischer Sicht ein wachsendes politisches Gewicht und eine vorteilhaftere Position in der Gesamtlage bedeuten.⁷⁸⁹ Die Entscheidungsträger der postsowjetischen Turkrepubliken sind jedoch gegenüber jeglichen islamischen Intentionen, unter anderen gegenüber den Tendenzen islamischen Origins von Pakistan, misstrauisch und verdeutlichten bisher mit ihrer außenpolitischen Orientierung eher säkularistische Tendenzen. Sie distanzieren sich von ethnischen, aber auch religiös begründeten Kooperationsstrukturen. Es erscheint daher kurz- und mittelfristig keine auf den religiösen Gemeinsamkeiten basierende Machtausdehnung Pakistans möglich zu sein.

Pakistan beabsichtigt, zu einem bedeutenden Transitland für Zentralasien zu werden. Seine geographische Lage erlaubt zwar potenziell in dieser Richtung einen Bedeutungsgewinn, aber die Transport- und Kommunikationsinfrastruktur des Landes ist weit davon entfernt, Pakistan diese erwünschte Rolle in nächster Zukunft übernehmen zu lassen. Auch die Instabilität in Afghanistan beeinträchtigt das geopolitische Potenzial Pakistans; der Bürgerkrieg und das diesbezügliche Eskalationspotenzial bilden dabei ein Hindernis, weil der direkte Zugang von Pakistan nach Zentralasien aufgrund der Unsicherheitsatmosphäre in Tadschikistan aber auch in Afghanistan versperrt bleibt.⁷⁹⁰ Sowohl Indien als auch Pakistan gelang es bisher kaum, zu relevanten politischen und wirtschaftlichen, aber auch im logistischen Sinne bedeutenden Akteuren in der regionalen Konstellation zu werden. Keiner der beiden Staaten wird diese aktuelle Lage in nächster Zukunft ändern können.

⁷⁸⁷ Vgl. Fritsche, Klaus: Die indisch-pakistanische Rivalität und Zentralasien, BIOST, 64/1994, S.3ff.

⁷⁸⁸ Ibid. S.4.

⁷⁸⁹ Ibid.

⁷⁹⁰ Ibid. S.4f.

5.3. Energiepolitik und Pipelineprojekte

Die Bemühungen um die Kontrolle der kaukasischen und zentralasiatischen fossilen Energiequellen bzw. die Festlegung ihrer Transportrouten ist eines der wichtigsten Grundthemen internationaler Politik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, und wird das künftige politische Schicksal der kaspischen Region und ihrer Umwelt weitgehend bestimmen. Die Türkei versucht wie die anderen regionalen und internationalen Akteure entsprechend ihren regionalen Interessen eine „Energie-“ und „Pipelinepolitik“ zu betreiben, die zweifelsohne eine der Grundsäulen ihrer neuen regionalen Außenpolitik darstellt.

Trotz zahlreicher „neuerer“ Energiequellen bleibt das Erdöl zu Beginn des 21. Jahrhunderts die wichtigste Energiequelle. Die kaspische Region, d.h. vor allem der Kaukasus und Zentralasien, entwickelte sich seit Beginn der 90er Jahre zu einer wichtigen „Provinz der Kohlenwasserstoffe“⁷⁹¹ der Welt, da sich in dieser Region reichlich Erdöl- und Erdgasquellen befinden. Infolge der enormen strategischen Relevanz dieser fossilen Energiequellen gewinnen die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres – vor allem die postsowjetischen Turkrepubliken Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und auch Usbekistan – in der Weltpolitik zunehmend an Bedeutung. Es wird davon ausgegangen, dass unter dem Kaspischen Meer und in seiner umgebenden Region insgesamt zwischen 25 Milliarden⁷⁹² und 200 Milliarden Barrel⁷⁹³ Erdölreserven vorhanden sind (siehe Abb. 2). Die Angaben über die Erdölreserven in der Literatur variieren: Einige Quellen gehen von 16%⁷⁹⁴ bis 17%⁷⁹⁵ aller Erdölreserven der Welt aus, womit die Region den zweiten Platz nach der Golfregion einnimmt, die über 50% aller Erdölreserven der Erde verfügt.⁷⁹⁶ Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London hingegen

⁷⁹¹ Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: Journal of International Affairs, 54/1 (2000), S. 217-236; S. 222.

⁷⁹² Nach dem Bericht von Hoffmann, Christiane, in: Tageszeitung Frankfurter Allgemeine wird von der Ölindustrie von 25 bis 35 Milliarden Barrel aus; vgl. Tageszeitung Frankfurter Allgemeine von 27. 06. 1998.

⁷⁹³ 1 Barrel = 119,22 Liter.

⁷⁹⁴ Angabe des US State Departments, vgl. Hoffmann, Christiane, in: Tageszeitung Frankfurter Allgemeine von 27. 06. 1998.

⁷⁹⁵ Soysal, İsmail: Hazar Bölgesinde Petrol ve Gaz Kaynakları, in: Yalçınkaya, Aledin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 19-22; S. 20.

⁷⁹⁶ Soysal, Hazar Bölgesinde, S. 20.

schätzte 1998 die Kapazität der kaspischen Region eher im Bereich von lediglich 3% der Erdölreserven der Welt.⁷⁹⁷ Trotz dieser unterschiedlichen wissenschaftlichen Einschätzungen ist und bleibt die Region im Hinblick auf ihre Reserven für den Weltmarkt relevant. Die entwickelten Industrienationen der Welt können es sich daher nicht leisten, kein Interesse für diese strategisch äußerst wichtige Region zu zeigen. Auch die Russische Föderation, die den Kaukasus und Zentralasien im Rahmen ihres außenpolitischen Konzepts des „Nahen Auslandes“ wahrnimmt und russische Interessen in der kaspischen Region unterstreicht, betreibt eine regionale Politik, deren wichtigster Bestimmungsfaktor die Festlegung der zukünftigen Transportrouten der fossilen Energiequellen ist. Es ist eines der Grundziele der russischen Außenpolitik, die Pipelinerouten und vor allem die damit zusammenhängende wirtschaftliche Entwicklung der regionalen postsowjetischen Staaten entsprechend ihrer eigenen Interessen zu kontrollieren.

Erdölproduzierende Staaten	Erdölreserven (Mrd. Barrel)	Wichtige Exportorte
Aserbaidschan	31-38	Baku
Iran	12	Neka / Insel Harg
Kasachstan	95-101	Tengis, Aktöbe, Atirav
Russische Föderation	5	Noworossisk / Terskoe
Turkmenistan	34	Turkmenbasi / Tschardschou
Usbekistan	1	-
GESAMT	178-191	-

Abb. 2 Erdölreserven in der kaspischen Region (1996) (Quelle: Kalkan, Ibrahim: Kazak Petrolleri ve Uluslararası Güçler, in: Yalçinkaya, Aleaddin: Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru hatları, Istanbul 1998, S. 65-78; S. 66.)

Hier gehen die türkischen und russischen Interessen also gründlich auseinander. Während die Russische Föderation beabsichtigt, Erdöl und Erdgas der kaspischen Region durch zum Teil existierende und zum Teil geplante Pipelines über ihr eigenes Territorium an den Weltmarkt zu bringen, beabsichtigt die Türkei, die russische Dominanz durch die Realisierung einer alternativen Pipelineroute über die Türkei bis zum türki-

⁷⁹⁷ Hoffmann, Christiane, in: Tageszeitung Frankfurter Allgemeine von 27. 06. 1998.

schen Mittelmeerhafen Ceyhan zu relativieren. Die türkischen Ziele könnten folgendermaßen zusammengefasst werden:

1. Der Transport des aserbajdschanischen Erdöls durch eine Pipeline zum türkischen Mittelmeerhafen.
2. Der Transport des kasachischen Erdöls durch eine Anbindung an diese Pipeline ebenfalls zum Mittelmeerhafen Ceyhan.
3. Der Transport des turkmenischen Erdgases durch eine Pipeline in die Türkei.

In diesem Zusammenhang wurde in der Türkei BOTAŞ⁷⁹⁸ beauftragt, Pipelineprojekte für den Transport des aserbajdschanischen und kasachischen Erdöls und des turkmenischen Erdgases zu entwickeln. Die Türkei paraphierte im Mai 1992 einen Vertrag mit Turkmenistan, der eine dreißigjährige Erdgasversorgung aus Turkmenistan⁷⁹⁹ sowie den Transport des turkmenischen Erdgases über das türkische Staatsgebiet nach Europa vorsah.⁸⁰⁰ Auf einem Gipfel in der turkmenischen Hauptstadt Aschkabad im Mai desselben Jahres, an dem auch eine iranische Delegation teilnahm, wurde eine Pipelinestrecke über den Iran und die Türkei akzeptiert.⁸⁰¹ Auf diesem Gipfel brachte die türkische Delegation zum ersten Mal das Eurasien-Mittelmeer-Pipelineprojekt auf die Tagesordnung, das auch Ceyhan-Strecke oder Yumurtalık-Strecke genannt wird.⁸⁰² Auch auf dem Gipfeltreffen der Turkrepubliken im Oktober 1992 wurde auf die Relevanz dieses Projektes hingewiesen.⁸⁰³ Ein weiterer Schritt der türkischen Regierung in Rahmen ihrer Pipelinepolitik war die Beteiligung der Türkischen Erdölgesellschaft TPAO⁸⁰⁴ am internationalen Erdölkonsortium in Aserbajdschan. Der Anteil der Beteiligung der TPAO betrug zunächst 2,5%.⁸⁰⁵ Das Erdölkonsortium bildete eine Arbeitsgruppe, deren Aufgabe die Festlegung der Pipelinerouten bzw. Pi-

⁷⁹⁸ BOTAŞ (Boru Hatları ile Petrol Taşıma Anonim Şirketi) – Petroleum Pipeline Transport Corporation.

⁷⁹⁹ T.C. Milli Eğitim Bakanlığı (Hg.): Türkiye ile Türk Cumhuriyetleri ve Türk Topulukları Arasında Yapılan Anlaşmalar, Ankara 1993, S. 433.

⁸⁰⁰ Gül, Atakan & Gül, Ayfer Yazgan: Avrasya Boru Hatları ve Türkiye, İstanbul 1995, S. 33.

⁸⁰¹ Gül, S. 33.

⁸⁰² Der in diesem Zusammenhang in Frage kommende türkische Mittelmeerhafen heißt Ceyhan bzw. Yumurtalık. In der Arbeit werden unter anderen auch diese Bezeichnungen verwendet.

⁸⁰³ Gül, S. 34.

⁸⁰⁴ Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı.

⁸⁰⁵ Für die Einzelheiten über die türkische Beteiligung an dem internationalen Erdölkonsortium in Aserbajdschan siehe Gül, S. 34ff.

pelinestrecken war, die das aserbaidische Erdöl in Zukunft an die Weltmärkte bringen soll. Die Arbeitsgruppe des Erdölkonsortiums stellte drei günstige alternative Routen fest: Über die Russische Föderation, über Georgien und über die Türkei. Für die türkische Route existierten wiederum drei Alternativen: die Alternative Iran (Aserbaidische Republik, Iran, Nahitschewan, Türkei), die Alternative Armenien (Aserbaidische Republik, Armenien, Nahitschewan, Türkei) und die Alternative Georgien (Aserbaidische Republik, Georgien, Türkei). Die unabhängig von der Route mehr als 1700 Kilometer lange Pipeline wird schätzungsweise 2,5 bis 3 Milliarden US-Dollar kosten.⁸⁰⁶

Für den Transport des kasachischen Erdöls waren drei Alternativen vorhanden: Über den Iran zum iranischen Hafen von Basra, über die Russische Föderation zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk und schließlich über das Kaspische Meer nach Aserbaidische Republik und zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Die wahrscheinlichen Kosten des 2200 Kilometer langen türkischen Pipelineprojektes für den Transport des kasachischen Erdöls würden etwa 2,3 Milliarden US-Dollar betragen. Die bereits während der ehemaligen Sowjetunion in Betrieb genommene und trotz ihrer veralteten Technologie noch vorhandene Pipeline aus Kasachstan nach Noworossisk wäre im Vergleich zum türkischen Pipelineprojekt viel günstiger, da sie lediglich erneuert werden müsste. Im August 1995 unterzeichnete die türkische Premierministerin Tansu Çiller in der damaligen kasachischen Hauptstadt Almaty ein Abschiedsprotokoll über die Gründung eines Erdölkonsortiums zum Bau einer Pipeline von Westkasachstan bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Die Russische Föderation paraphierte kurz danach, im September 1995, einen Vertrag mit der kasachischen Führung, um den türkischen Einfluss zu verringern. Dieser Vertrag regelte die Einzelheiten über den Bau einer neuen Erdölpipeline von Kasachstan zur russischen Schwarzmeerküste,⁸⁰⁷ der im Endeffekt das türkische Pipelineprojekt in den Hintergrund stellte. Seit 1998 schreitet ein Pipelineprojekt des Kaspischen Pipelinekonsortiums (CPC) fort, das eine Pipelinerroute von Kasachstan zu einem russischen Hafen am Schwarzmeer vorsieht. Es wurde mit den Konstruktionsarbeiten bereits begonnen.⁸⁰⁸ Es ist daher unter diesen Umständen eher unwahrscheinlich, dass die türkische Alternative jemals ins Leben gerufen wird.

⁸⁰⁶ Tageszeitung Frankfurter Allgemeine von 27. 06. 1998.

⁸⁰⁷ Bozdağ, S. 595.

⁸⁰⁸ Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: Journal of International Affairs, 54/1 (2000), S. 217-236; S. 231.

Wie bereits hingewiesen wurde, lieferte die ehemalige Sowjetunion seit Mitte der 80er Jahre Erdgas in die Türkei, was die Nutzung des Erdgases in der Türkei rasch verbreitete. Nach der Auflösung der Sowjetunion betrachtete die Türkei Turkmenistan als potenziellen Erdgaslieferanten. Turkmenistan besitzt die dritt-⁸⁰⁹ bzw. viertgrößten Erdgasreserven der Welt und verfügt damit über einen Rohstoff, den es für seine wirtschaftliche Entwicklung nutzen kann.⁸¹⁰ Die Erdgasreserven des Landes werden auf 8 000 bis 20 000 Milliarden Kubikmeter⁸¹¹ und bisher festgestellte Lagerstätten werden auf rund 15,5 Billionen Kubikmeter Erdgas geschätzt – die Ausbeute wäre somit für weitere Jahrzehnte gewährleistet. Zu Beginn der 90er Jahre förderte Turkmenistan jährlich rund 86 Milliarden Kubikmeter Erdgas, wobei in Turkmenistan lediglich 8 Milliarden Kubikmeter als Eigenbedarf benötigt werden,⁸¹² was weniger als 10% des geförderten jährlichen Erdgases ausmacht. Erdgas ist der wichtigste Rohstoff Turkmenistans. Das Land lieferte Erdgas vor allem an die postsowjetischen Republiken, wobei infolge der nicht zufriedenstellenden Zahlungsbilanz dieser Staaten die Erdgaslieferungen an einige GUS-Staaten – zumindest teilweise – gestoppt werden mussten.⁸¹³ Daher orientiert sich die turkmenische Führung außer den GUS-Staaten auf neue Märkte, da die wirtschaftliche Entwicklung der jungen unabhängigen Turkrepublik vor allem vom Erfolg der Erdgasexporte abhängt. Die bestehenden Erdgaspipelines waren entsprechend der sowjet-russischen Planwirtschaft lediglich nach Norden ausgerichtet.⁸¹⁴ Die turkmenische Führung beabsichtigt jedoch, den wichtigsten Rohstoff des Landes durch weitere Pipelines zu vermarkten. Die Türkei erschien wegen ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen sowie politischen Beziehungen zum Westen im Gegensatz zur Russischen Föderation als ein interessanterer Partner. Die türkische Regierung unterzeichnete in diesem Zusammenhang im Mai 1992 in der turkmenischen Hauptstadt Aschkabad einen Vertrag über die Erdgaslieferung aus Turkmenis-

⁸⁰⁹ Götz, Roland & Hallbach, Uwe: Turkmenistan: Informationen über eine unbekanntere Republik, Teil 2: Wirtschaft, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, 43-1995, S. 11.

⁸¹⁰ Halbach, „Failing States“ S. 14.

⁸¹¹ Götz & Halbach, Informationen über, S. 11.

⁸¹² Bozdağ, S. 593.

⁸¹³ Zentrum für Türkeistudien (Hg.): Aktuelle Situation in den Turkrepubliken. Innenpolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Umwelt, Bevölkerung, Essen 1994, S. 42.

⁸¹⁴ Götz & Halbach, Informationen über, S. 11.

tan über einen 30jährigen Zeitraum.⁸¹⁵ Darüber hinaus wurde auf dem Gipfel der Turkrepubliken in Aschkabad ein Abkommen paraphiert, das der Bau einer Erdgaspipeline über das iranische Territorium bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan vorsah. Ein diesem Abkommen entsprechendes mit einem türkisch-US-amerikanischen Konsortium unterzeichnetes Vorabkommen hatte ein Volumen von 4 Milliarden US-Dollar und sollte insgesamt 50 bis 60 Milliarden Kubikmeter des europäischen Erdgasbedarfs decken.⁸¹⁶ Die Planung sah den Bau einer insgesamt 1500 Kilometer langen Erdgaspipeline vor, die nach einer 4,5 jährigen Bauzeit eine Kapazität von 15 Milliarden Kubikmeter erreichen sollte und deren Baukosten ca. 6 Milliarden US-Dollar betragen würden.⁸¹⁷ Für den Bau dieser Erdgaspipeline gab es jedoch bisher keinen politischen Konsens zwischen regionalen Staaten und den Großmächten: Die USA wenden sich gegen jegliche Einbeziehung des Iran in solchen regionalen Projekten, da gegen den Iran Wirtschaftssanktionen verhängt worden waren, die noch gültig sind; die Russische Föderation hatte Einwände gegen eine neue Orientierung Turkmenistans in Richtung Süden und Westen. Aufgrund dieses fehlenden internationalen Konsenses ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Projekt durch internationale Kredite finanziert werden kann. Die Türkei versuchte zwar, das Großprojekt auf eigene Faust zu verwirklichen, doch US-amerikanische Bedenken mussten in Anbetracht der strategischen Partnerschaft mit den USA – insbesondere wenn man die für die Türkei unvermeidbare Unterstützung der Baku-Ceyhan-Erdölpipeline durch die USA berücksichtigt – von den türkischen Machteliten ernst genommen werden. Deshalb wurde dieses Projekt bisher nicht in die Tat umgesetzt. Eine alternative Trasse durch Afghanistan und Pakistan mit einer Kapazität von 20 Milliarden Kubikmeter im Jahr wurde ebenfalls geplant und 1995 kündigte die Russische Föderation ihre Unterstützung an und die Teilnahme der russischen Gasgesellschaft Gasprom an dem Projekt.⁸¹⁸ Es ist also offensichtlich, dass die russischen Einwände bezüglich des türkisch-turkmenischen Projektes nicht primär auf ihre möglichen wirtschaftlichen Verluste gerichtet sind, da die russische Führung ansonsten auch gegen die Trasse über Afghanistan und Pakistan sowie gegen weitere Pipelinerouten empfindlich reagieren und Einwände erheben müssten. Die Russische Föderation

⁸¹⁵ T.C. MEB: Türkiye ile Türk Cumhuriyetleri ve Türk Toplulukları Arasında Yapılan Anlaşmalar, İlişkiler ve Faaliyetler, Ankara 1993, S. 432f.

⁸¹⁶ Bozdağ, S. 593f.

⁸¹⁷ Götz & Halbach, Informationen über, S. 11.

⁸¹⁸ Ibid. S. 12.

handelt also im Falle des türkisch-turkmenischen Projektes entsprechend ihrer allgemeinen regionalen Politik bezüglich ihrer südlichen Nachbarregionen, die vor allem das Ziel verfolgt, den russischen Einfluss und die russische Dominanz in diesen Regionen aufrechtzuerhalten.

Die postsowjetischen Turkrepubliken am Kaspischen Meer betrachten die zukünftigen Entwicklungen in ihrer Energiepolitik als eine Art Abkürzung zu Wohlstand und wirtschaftlicher Stabilität.⁸¹⁹ Es handelt sich jedoch bei der Festlegung der möglichen Route(n) nicht nur um wirtschaftliche Kriterien, sondern größtenteils um politische, geopolitische und sicherheitspolitische Bestimmungsfaktoren. Die aserbaidische Führung hielt beispielsweise eine Pipelinestrecke über Armenien für nicht annehmbar, das seit mehreren Jahren schätzungsweise ein fünftel seines Territoriums besetzt hielt,⁸²⁰ obwohl diese Strecke im Hinblick auf die Logistik und dementsprechend auch auf die Kosten des Projektes vorteilhafter als die Strecke über Georgien wäre. Wie sein Vorgänger Eltschibej betrachtete auch Präsident Alijew (Senior) das Erdöl als ein diplomatisches Mittel, mit dessen Hilfe er den russischen Einfluss in Grenzen zu halten und einzudämmen wusste. Gleichzeitig wirkte er damit dem armenischen Vorteil in der Öffentlichkeitsarbeit am Konfliktthema Karabakh entgegen.⁸²¹ Während der pro-türkischen Regierungszeit von Eltschibej in Aserbaidschan wurde zwischen der Türkei und Aserbaidschan ein Vertrag unterzeichnet, der den Transport des aserbaidischen Erdöls entsprechend der türkischen Pipelinepolitik durch eine Pipeline über das türkische Territorium vorsah. Die Politik des aserbaidischen Präsidenten Eltschibej entsprach bezüglich der Routen der Erdölpipeline Bozdağ zufolge sowohl den türkischen als auch den US-amerikanischen Interessen. Zudem beabsichtigte Eltschibej, sein Land dem russischen Einflussbereich zu entziehen.⁸²² Dieser politische Kurs und das militärische Versagen im Karabakhkonflikt⁸²³ können als Ursache für seinen Sturz gesehen werden, der die bis dahin für die Türkei relativ günstige und vorteilhafte Ausgangslage in Bezug auf die Erdölpipeline verschlechterte. Halbach weist in diesem Zusammenhang auf den möglichen russischen Einfluss beim Führungswechsel in Aserbaidschan

⁸¹⁹ Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: Journal of International Affairs, 54/1 (2000), S. 217-236; S. 223.

⁸²⁰ Bozdağ, S. 590.

⁸²¹ Ruseckas, S. 223.

⁸²² Bozdağ, S. 589.

⁸²³ Halbach, „Failing States“, S. 4.

hin.⁸²⁴ Croissant stellt fest, dass das russische Militär, das kurz vor dem Staatsstreich gegen Eltschibej gemäß einem Abkommen mit der aserbajdschanischen Führung aus Aserbajdschan abzog und sein sämtliches Kriegsmaterial im Lande zurückließ. Dieses wurde von General Husseinow und seinen Einheiten beschlagnahmt. Husseinow war der Anführer des Staatsstreichs gegen Eltschibej und benutzte das russische Kriegsmaterial für seinen Aufstand, dessen Folge der Machtwechsel in Aserbajdschan war.⁸²⁵ Diese Angaben unterstützen die These der russischen Einflussnahme beim Machtwechsel in Aserbajdschan und verdeutlichen den machtpolitischen Einflussradius der Russischen Föderation im post-sowjetischen Transkaukasus. Als Folge kam Alijew (Senior) an die Macht und wurde Präsident Aserbajdschans. Er ernannte General Husseinow zum Premierminister und zum Oberbefehlshaber der aserbajdschanischen Armee sowie des internen Sicherheitsdienstes.⁸²⁶ Anschließend garantierte Aserbajdschan der Russischen Föderation, die Verhandlungen über einen Erdölvertrag zwischen Aserbajdschan und der Russischen Föderation fortzuführen. Die Russische Föderation schlug Aserbajdschan vor, Truppen auf aserbajdschanischem Territorium zu stationieren und als Gegenleistung einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien Aserbajdschan und Armenien zu vermitteln, der von Präsident Alijew allerdings abgelehnt wurde.⁸²⁷ Die türkische TPAO wurde zunächst nicht in das nach dem Machtwechsel in Aserbajdschan neu gegründete Erdölkonsortium aufgenommen,⁸²⁸ wodurch die mögliche Einflussnahme der Türkei auf die Festlegung der Pipelinerouten eingeschränkt wurde. Hierbei muss erneut auf den russischen Einfluss hingewiesen werden. Die Russische Föderation zielte darauf ab, unter allen Umständen den Erdöltransport aus der ehemaligen Unionsrepublik Aserbajdschan weiter zu kontrollieren und alternative Pipelinerouten zu verhindern. Sie betrachtet die Kontrolle über den Transport der wertvollen und strategisch relevanten Energievorkommen in ihrem so genannten „benachbarten Ausland“ im Hinblick auf ihre Vormachtposition in der Region entscheidend, da die alternativen Erdöltransportmöglichkeiten Aserbajdschan zusätzliche Integrationsmöglichkeiten im Weltmarkt, intensivere und mehrdimensionale Beziehungen zu dritten Partnerstaa-

⁸²⁴ Ibid.

⁸²⁵ Croissant, Michael P.: Transkafkasyada Petrol ve Rus Emperyalizmi, in: Avrasya Etüdleri, 3/1 (1996), S. 16-26; S. 16-17.

⁸²⁶ Croissant, S. 17.

⁸²⁷ Croissant, S. 17f.

⁸²⁸ Gül, S. 41.

ten – d.h. zu den nicht GUS-Staaten – und dementsprechend eine kontinuierliche Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ermöglichen würden. Aserbaidschan und andere postsowjetische kaukasische Republiken wie Georgien fühlen sich – aufgrund dieser außenpolitischen und geostrategischen Vorgehensweise Russlands – immer noch vom mächtigen nördlichen Nachbar bedroht und betrachten insofern die Kooperation mit den USA und der Türkei als eine Garantie für ihre Unabhängigkeit von Russland.⁸²⁹

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die postsowjetischen Republiken in Zentralasien. So zieht z.B. auch das rohstoffreiche Kasachstan andere alternative Pipelines bis zum Schwarzen Meer für die Vermarktung seines Erdöls in Erwägung, um seine einseitige Abhängigkeit von der Russischen Föderation überwinden zu können.⁸³⁰ Wenn es also den Entscheidungsträgern der Russischen Föderation gelingt, entsprechend ihrer Interessen die regionale Pipelinepolitik zu bestimmen und durchzusetzen, was vor allem die Verhinderung des türkischen Projekts Baku-Ceyhan impliziert, würde sie ihre Vormachtstellung in Aserbaidschan und im Transkaukasus sowie auch in Zentralasien beibehalten. Diese Möglichkeit entspricht weder den US-amerikanischen noch den türkischen Interessen. In diesem Kontext stimmt die Sichtweise Aserbaidschans, Kasachstans sowie Georgiens mit den türkischen und US-amerikanischen Interessen überein. Die von der Türkei vorgeschlagene Pipelinealternative zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan wäre in diesem Zusammenhang tatsächlich eine gute Möglichkeit für wirtschaftliche Beziehungen Aserbaidschans zu den westlichen Staaten und könnte somit den Einfluss der Russischen Föderation im Kaukasus abschwächen. Dies würde wiederum zur Konsolidierung der Unabhängigkeit der ehemals sowjetischen kaukasischen Republiken in entscheidendem Maße beitragen.

Die Regionen Kaukasus und Zentralasien waren während der 90er Jahre von politischer und wirtschaftlicher Instabilität geprägt, die häufig auf das sowjetische Erbe in diesen Regionen zurückzuführen ist. Der aserbaidshanisch-armenische Krieg als Folge der Besetzung des aserbaidshanischen Territoriums Karabakh durch Armenien, der Separatismus in der russischen Föderationsrepublik Tschetschenien – dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt in Bezug auf die Pipeline zwischen

⁸²⁹ Ruseckas, S. 218.

⁸³⁰ Taşçıkara, Dinçer: Orta Asya'daki Ekonomik Reformlar ve Yeni Büyük Oyun, in: Yalçınkaya, Alaeddin: Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 233-253; S. 241.

der Russischen Föderation und Aserbaidschan – und andere ethnisch bzw. territorial bedingte, kleinere Konfliktpotenziale und Konflikte in der postsowjetischen kaspischen Region sind ebenfalls Determinanten der Zukunft der Pipeline- und Energiepolitik in der Region, weil die politische Stabilität in denjenigen Staaten, durch deren Territorien die Pipelines führen, im Hinblick auf die Zukunft der Vermarktung des Erdöls und Erdgas von entscheidender Bedeutung ist. Auch in der Türkei galt der auf den Terror der separatistischen kurdischen Terrororganisation PKK zurückzuführende bewaffnete Konflikt im Südosten des Landes während der 90er Jahre als ein Destabilisationsfaktor für die innere Sicherheit und wurde als ein Gegenargument gegen das türkische Baku-Ceyhan-Pipelineprojekt angeführt. Diese Terror-Bedrohung konnte zumindest in der Türkei beseitigt werden.

Die Türkei verfolgt wie die Russische Föderation nicht nur langfristige wirtschaftliche, sondern auch politische, geostrategische und sicherheitspolitische Interessen im Rahmen ihrer Pipelinepolitik. Die Konstruktion der geplanten Pipelines würde vor allem den türkischen Binnenmarkt und die türkische Industrie dynamisieren. Die Transitgebühren für die Pipeline würden zusätzlich finanzielle Einnahmen für das Land bedeuten: Falls die Baku-Ceyhan-Pipeline realisiert werden kann, dann wird sie der Türkei jährlich etwa 600-750 Millionen US-Dollar Montageeinkommen und den türkischen Firmen zusätzliche Investitionsmöglichkeiten in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar sowie schätzungsweise 100 000 neue Arbeitsplätze für die türkischen Beschäftigten einbringen.⁸³¹ Dies sind nicht unterschätzbare wirtschaftliche Vorteile für die Türkei. Dennoch können die wirtschaftlichen Interessen und Erwartungen der Türkei sogar als zweitrangig bezeichnet werden,⁸³² weil die politischen und strategischen Interessen des Landes hierbei wesentlich relevanter und bestimmender zu betrachten sind. In diesem Zusammenhang in Frage kommende Interessen der Türkei können wie folgt zusammengefasst werden: Einerseits beabsichtigt die Türkei, ihre günstige geographische Lage zwischen dem Kaukasus und Europa für den sicheren Transport der kaukasischen Energierohstoffe zu nutzen und dadurch zu einem strategisch relevanteren Verkehrsknotenpunkt zu werden. Dies

⁸³¹ Für die Angaben vgl. Gökırmak, Mert: Türkiye-Rusya İlişkileri ve Petrol Taşımacılığı Sorunu: Jeopolitik Bir Değerlendirme, in: Sönmezoglu, Faruk (Hg.): Değişen Dünya ve Türkiye, İstanbul 1995, S. 153-186; S. 179f.

⁸³² Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: Journal of International Affairs, 54/1 (2000), S. 217-236; S. 227.

würde ihre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts relativ schwächer gewordene geopolitische Position in ihren außenpolitischen Beziehungen insbesondere zum Westen erheblich erhöhen. Andererseits versucht die Türkei durch alternative Pipelinerouten, durch das Anknüpfen mehrdimensionaler außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Beziehungen und durch die intensivere Integration der postsowjetischen Turkrepubliken sowie ferner anderer postsowjetischer GUS-Staaten in die Welt- und Regionalpolitik und in den Weltmarkt das von Russland dominierte Beziehungsgefüge in der GUS zu ändern. Dies würde die Konsolidierung der Unabhängigkeit dieser Staaten unterstützen. Auf der anderen Seite stellt diese Sichtweise der türkischen Entscheidungsträger einen Interessenskonflikt mit der Russischen Föderation dar. Trotz dieses Interessenskonfliktes scheinen die türkischen Führungseliten begriffen zu haben, die seit Jahrhunderten in der Schwarzmeer-Region und auf dem Kaukasus, sowie in Kasachstan und Zentralasien bestehende russische Vormachtposition zumindest kurz- und mittelfristig als Konstante für die Außenpolitik des Landes zu akzeptieren, und die Konkurrenz mit der Russischen Föderation nicht wie zu Beginn der regionalen Politik der 90er Jahre als ein Nullsummenspiel zu betrachten. Dementsprechend bezeichnen die türkischen Führungseliten die Baku-Ceyhan-Pipeline nicht mehr als die einzig annehmbare Option, sondern eine der unvermeidlichen und unbedingt benötigten Pipelines. Diese neue Lagebeurteilung der türkischen Entscheidungsträger ist als eine realistischere Bewertung der türkischen Machtlage in den postsowjetischen Gebieten zu interpretieren. Selbst die zukünftige Koexistenz der Baku-Ceyhan-Pipeline mit der Baku-Noworossisk-Pipeline würde für die Verwirklichung der mittel- und langfristigen türkischen Interessen eine einmalige Chance anbieten. Die Konsolidierung der Unabhängigkeit der postsowjetischen Staaten würde der Türkei zusätzliche Einflussmöglichkeiten in einem beträchtlichen Raum sowie die Möglichkeit der Intensivierung bilateraler und multilateraler Beziehungen mit den postsowjetischen Turkrepubliken ermöglichen sowie die seit der Auflösung der Sowjetunion in der Region spürbar gewachsene Multipolarisierung in den regionalen Beziehungen weiter wachsen zu lassen. Die Vollendung des Baku-Ceyhan-Projekts ist aber vor allem im Hinblick auf die türkische Integration in die EU von Relevanz, da die EU-Staaten ebenfalls ein großes Interesse an der Sicherung zukünftiger Energierohstofflieferungen haben. Ein weiteres Interesse der Türkei, auf das später näher eingegangen wird, betrifft die umweltpolitische Dimension.

Die Türkei konnte die Schäden in ihrer Pipelinepolitik, die durch russischen Einfluss unmittelbar nach dem Führungswechsel in Aserbaidschan entstanden sind, erst 1995 wieder rückgängig machen. In diesem Jahr gelang es der Türkei, den Anteil der TPAO an dem internationalen aserbaidischen Erdölkonsortium AIOC durch bilaterale Verhandlungen und die Zustimmung der aserbaidischen Führung auf 5% erhöhen. Dadurch erreichte der Anteil der TPAO insgesamt 6,75%.⁸³³ Heute beträgt der Anteil der türkischen Erdölgesellschaft 9%. Somit ist die TPAO die sechst größte Erdöllgesellschaft in Aserbaidschan.⁸³⁴ Diese Entwicklung deutet auf die Kontinuität der pro-türkischen Außen- und Pipelinepolitik Aserbaidschans, deren Grundlage während der Regierungszeit des gestürzten aserbaidischen Präsidenten Eltschibej gelegt wurde. Der erste konkrete Machtkampf zwischen der Türkei und der Russischen Föderation nach dem Führungswechsel in Aserbaidschan betraf die Feststellung der Route(n) des so genannten aserbaidischen Früherdöls. Damit ist das Erdöl gemeint, das noch vor der Modernisierung der Erdöltechnologie in Aserbaidschan an den Weltmarkt gebracht wurde. Die Russische Föderation bemühte sich, ihre Pipelinerroute, nämlich die seit Sowjetzeiten ohnehin bestehende und veraltete Pipeline Baku-Noworossisk, als einzige Pipeline für den Transport der aserbaidischen Früherdölproduktion durchzusetzen, wobei vor allem die Staaten die Türkei, Georgien und Aserbaidschan darauf bestanden, die geplante alternative Pipeline Baku-Supsa zwischen Aserbaidschan und Georgien ebenfalls durchzusetzen. Darüber hinaus entschloss sich das AIOC im Oktober 1995, zwei Haupttrouten für den Transport des aserbaidischen Erdöls zu nutzen, nämlich die bereits während der sowjetischen Zeit in Betrieb genommene und seitdem bestehende Pipeline Baku-Noworossisk einerseits und die neue Pipelinerroute Baku-Supsa über das georgische Territorium andererseits. Dadurch wurde Baku-Supsa-Früherdölpipeline gemeinsam mit der Baku-Noworossisk-Pipeline offiziell zugestimmt und das seit der Sowjetunion ausgeübte russische Monopol zum ersten Mal relativiert,⁸³⁵ was als der erste Erfolg der türkischen Außenpolitik – in Zusammenarbeit mit den USA, Aserbaidschan und Georgien – in der Pipelinepolitik bezeichnet werden kann. Durch die Bestätigung der Baku-Supsa-Früherdölpipeline gelang es der Türkei, ihre Pipelinerroute Baku-Ceyhan weiterhin als eine Haupt-

⁸³³ Tageszeitung Cumhuriyet von 16. 07. 1996.

⁸³⁴ Celik, Kenan & Kalayci, Cemalettin: Azeri Petrolünün Dünü ve Bugünü, in: Avrasya Etüdləri 16, Herbst-Winter (1999), S. 105-128; S. 110.

⁸³⁵ Gökırmak, S. 179.

route für den Transport des aserbaidischen bzw. kaspischen Erdöls auf der internationalen Bühne zu präsentieren. Aufgrund ihrer ökonomischen, ökologischen und strategischen Vorteile, gilt die geplante türkische Pipeline Baku-Ceyhan im Vergleich zu ihrer Konkurrentin Baku-Noworossisk (siehe Abb. 3) viel versprechender. Der Unterschied der Jahreskapazität zwischen dem türkischen Hafen Ceyhan und seinem russischen Konkurrenten Noworossisk beträgt 90 Millionen Tonnen zugunsten der türkischen Alternative, wobei Noworossisk aufgrund seiner Abhängigkeit von den Wetterbedingungen am Schwarzen Meer jährlich auf eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Betriebstagen verzichten muss. Darüber hinaus hat der türkische Mittelmeerhafen Ceyhan jährlich eine dreimal höhere Tankerkapazität als der russische Hafen Noworossisk. Letztendlich entstehen jährlich beim Transport des kaspischen Erdöls vom russischen Noworossisk an die Erdölmärkte in Genf oder Rotterdam zusätzliche Kosten in Höhe von 115 bis 141 Millionen US-Dollar, was eine weitere ökonomische Überlegenheit der türkischen Pipelinealternative Baku-Ceyhan darstellt.⁸³⁶

	Jahr. Kapazität der Häfen (in Mil. Tonnen)	Jähr. Betrieb (in Tagen)	Jährl. Tanker- kapazität (in DTW)
Terminal Noworossisk	30	87-100	100.000
Terminal Ceyhan	120	365	300.000

Abb. 3) Vergleich der Hafenskapazitäten⁸³⁷ (Quelle: Gökırmak, Mert: Türkiye-Rusya İlişkileri ve Petrol Taşımacılığı Sorunu: Jeopolitik Bir Değerlendirme, in: Sönmezoğlu, Faruk (Hg.): Değişen Dünya ve Türkiye, Istanbul 1995, S. 153-186; S. 179.)

Diese Entwicklung bedeutete trotz der Bestätigung eines Teiles der türkischen These⁸³⁸ nicht endgültig grünes Licht für die Pipelinerroute Baku-Ceyhan. Eine negative Entwicklung für die mögliche Realisierung des türkischen Projektes war ein im Jahr 1996 paraphierter Vertrag zwi-

⁸³⁶ Yarasimos, Stefanos: Milliyetler ve Sınırlar. Balkanlar, Kafkasya ve Orta Doğu, İstanbul 1994, S. 490-501; loc. Zitat; zitiert nach Gökırmak, S. 179.

⁸³⁷ Hierbei ist es zu berücksichtigen, dass die russische Pipeline Baku-Noworossisk bereits in der sowjetischen Zeit gebaut wurde und derzeit in Betrieb ist, während die türkische Pipeline Baku-Ceyhan sich noch in der Phase der Montage befindet.

⁸³⁸ Eine der für das türkische Projekt gegebenen drei Alternativen, nämlich Alternative Georgien (Aserbaidisch, Georgien, Türkei).

schen der Russischen Föderation und der aserbaidischen Regierung, der den Transport nahezu sämtlichen aserbaidischen Erdöls durch Pipelines über russisches Territorium vorsah.⁸³⁹ Solche bilateralen Verträge bedeuten in der Praxis allerdings kaum eine endgültige Lösung der Pipelinefrage in der kaspischen Region. Es handelt sich hier eher um multilaterale Interessenseinigungen zwischen mehreren internationalen Akteuren. Dieser bilaterale Vertrag, der die Dominanz der Russischen Föderation in der Frage der Erdölverteilung zu bestätigen beabsichtigte, sollte nach drei Jahren durch ein internationales Übereinkommen in Istanbul unter Beteiligung der türkischen, aserbaidischen, georgischen und US-amerikanischen Regierung endgültig entschärft werden.

Ein weiterer Versuch der Russischen Föderation, ihren Einfluss in der strategisch äußerst bedeutsamen Pipelinepolitik auszudehnen, betraf den internationalen Status des Kaspischen Meeres. Die Russische Führung wies auf die Verträge von 1921 und 1940 mit dem Iran hin und behauptete, dass das Kaspische Meer und dessen Ufer gleichermaßen Teil aller Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres wären. Dadurch müsste davon ausgegangen werden, dass alle Verträge der aserbaidischen Regierung, die ohne Zustimmung der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres paraphiert werden, ungültig wären,⁸⁴⁰ was der russischen Führung die von ihr beabsichtigte Wiederherstellung der russischen Dominanz in der kaspischen Region ermöglichen würde. Der international isolierte Iran unterstützte diese These Moskaus. Beide Staaten beabsichtigten, die Legalität der Verträge Aserbaidschans bezüglich der Zukunft der Pipelines zu untergraben und die Präsenz der westlichen Erdölgesellschaften zu verhindern. Sie bereiteten ein Konzept für ein politisches Organ vor, das die Kooperation zwischen den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres koordinieren sollte. Das Konzept beinhaltete unter anderem auch eine Beschränkung der Souveränitätsrechte der einzelnen kaspischen Anrainerstaaten bezüglich der Erdölreserven und deren Ausbeutung. Doch Aserbaidschan widersprach diesem Plan mit der Unterstützung der USA, Großbritanniens und der Türkei.⁸⁴¹

Die oben genannte ökologische Frage eröffnete eine weitere Dimension in der Politik bezüglich der Pipelinerrouten. Wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich, besteht die russische Führung auf der Nutzung der bereits seit sowjetischer Zeit vorhandenen und entsprechend veralteten nördlichen Pipeline durch eigenes Territorium zum russischen

⁸³⁹ Tageszeitung Milliyet von 28. 01. 1996.

⁸⁴⁰ Croissant, S. 19.

⁸⁴¹ Ibid. S. 20.

Schwarzmeerhafen Noworossisk, von wo das Öl mit Tankschiffen durch die türkischen Meerengen⁸⁴² zum Mittelmeer und damit an den Weltmarkt transportiert wird. Die politischen Determinanten bezüglich der türkischen Meerengen ordnet Gökırmak vier miteinander in Verbindung stehenden Gruppen zu, die in dessen Arbeit gleichzeitig auch als Erklärungsschema verwendet werden: a) politische und geostrategische Determinanten, b) völkerrechtliche und rechtliche Determinanten, c) Determinanten bezüglich des Schiffsverkehrs, d) Determinanten bezüglich der Umweltverschmutzung.⁸⁴³ Die Türkei betont vor allem die ernsthafte ökologische Bedrohung für die türkischen Meerengen bei einer weiteren Zunahme des ohnehin bestehenden intensiven Seeverkehrs, wenn die russischen Pipelineprojekte verwirklicht würden. Nach Argumentation der türkischen Regierung sind die Meerengen navigationstechnisch nicht auf eine zusätzliche Verkehrsbelastung durch Tankschiffe ausgerichtet, da diese bereits jetzt allein schon für die Durchfahrt durch den Bosphorus (Istanbul) 12 riskante Kursänderungen ausführen müssen.⁸⁴⁴ An einigen Stellen ist der 32 Kilometer lange Engpass Bosphorus lediglich 700 Meter breit. Die größten Tankschiffe sind daher aus Gründen der Seeverkehrssicherheit nicht in der Lage, diesen Seeweg zu benutzen. Es herrscht jedoch bereits ein beachtliches tägliches Verkehrsaufkommen anderer, relativ kleiner Tankschiffe mit einer Kapazität von rund 120 Tausend Tonnen alleine im Bosphorus (siehe Abb. 4). Zehn bis fünfzehn voll geladene Tanker dieses Volumens durchfahren den Bosphorus jede Woche.⁸⁴⁵ Dieses bereits problematisch große Verkehrsaufkommen in den türkischen Meerengen, insbesondere aber im Engpass Bosphorus, würde sich um mehr als 50% erhöhen (500 Tausend Barrels Erdöl pro Tag durch Bosphorus), nachdem die Pipeline des CPC aus Kasachstan bis zur russischen Schwarzmeerküste in Betrieb gesetzt wird.⁸⁴⁶ Über alternative Pipelinerouten, die diese enorme Verkehrszunahme in türkischen Meerengen teilweise verhindern könnten, z.B. Pipelines durch den Balkan oder durch die Ukraine, wurde zwar in der Vergangenheit diskutiert, doch es fehlen finanzielle Mittel für diese Bypass-Pipelines.⁸⁴⁷ Es ist also wegen

⁸⁴² Türkische Meerengen sind Engpässe „Bosphorus“ und „Dardanellen“ verbinden das Schwarzmeer mit dem Marmarameer bzw. dem ägäischen Mittelmeer.

⁸⁴³ Gökırmak, S. 170.

⁸⁴⁴ Gül, S. 67.

⁸⁴⁵ Ruseckas, S. 227.

⁸⁴⁶ Ibid. S. 231.

⁸⁴⁷ Ibid.

der erwarteten Baukosten nicht zu erwarten, dass diese Alternativen in die Tat umgesetzt und somit die türkischen Meerengen entlastet werden.

Jahre	Gesamtanzahl an Handelsschiffen in Meerengen	Gesamtgewicht der Handelsschiffe (in Tonnen)	Anzahl der Unfälle
1984	21.191	146.323.977	9
1985	19.758	140.244.416	19
1986	19.906	143.407.903	16
1987	20.670	149.744.757	17
1988	22.332	167.634.501	16
1989	21.235	160.522.887	14
1990	20.515	139.856.087	30
1991	19.703	109.928.619	23
1992	22.530	114.294.604	17
1993	23.414	117.626.723	16

Abb. 4) Unfälle der Handelsschiffe in türkischen Meerengen (Quelle: İnan, Yüksel: Türk Boğazlarının Siyasal ve Hukuksal Rejimi, Bd.2, Ankara 1995)

Da das Zentrum der türkischen Millionenmetropole Istanbul unmittelbar am Bosphorus liegt, können mögliche Auswirkungen einer ökologischen Katastrophe durch einen Unfall in den Meerengen besser nachvollzogen werden. Als ein Kompromiss schlug die Türkei bereits eine alternative Route vor, die sowohl türkische als auch russische Interessen berücksichtigt und die türkischen Meerengen nicht für den Erdöltransport nutzen müsste. Gemäß diesem Vorschlag sollte das aserbaidshani-sche Erdöl zunächst wie im ursprünglichen russischen Pipelineplan zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk und von dort weiter zu den türkischen Schwarzmeerhäfen Samsun oder Zonguldak transportiert werden. Die russische Regierung bezeichnete den türkischen Vorschlag als annehmbar. Doch trotz der theoretischen Durchführbarkeit des türkischen Vorschlages waren dies für die Türkei eher negativ, da die türkische Seite damit gewissermaßen signalisierte, den russischen Standpunkt einer Route über das russische Territorium akzeptiert zu haben. Kurz danach schlug die türkische Premierministerin Tansu Çiller vor, auch das russische Erdöl und Erdgas über diese Route durch das türkische

Territorium zu türkischen Mittelmeerhäfen zu transportieren,⁸⁴⁸ was wiederum die Glaubwürdigkeit der ursprünglichen türkischen Vorschläge bezüglich des Erdöltransports relativierte bzw. sogar in Frage stellte.

Die russische Regierung brachte die türkischen Meerengen – nicht nur im Zusammenhang mit dem Erdöltransport – 1997 wieder auf die Tagesordnung und deutete auf die völkerrechtlichen Aspekte der Problematik hin. Der russische Außenminister Ivanow warf der Türkei vor, den Vertrag von Montreux von 1936 durch einige Veränderungen der türkischen Meerengenverordnung einseitig verletzt zu haben und drohte mit Konsequenzen.⁸⁴⁹ Die Russische Föderation deklarierte das Schwarze Meer bzw. den Schwarzmeerraum und den Kaukasus als Regionen höchster strategischer Priorität,⁸⁵⁰ für welche die türkischen Meerengen im Hinblick auf die wirtschaftlichen – im Sinne von wirtschaftlichen Verbindungen mit den Weltmeeren – und sicherheitspolitischen Interessen – im Sinne der Verteidigung Russlands in einer militärischen Konfrontation – der Russischen Föderation in dieser Region eine äußerst relevante Schlüsselfunktion haben. Der durch den Vertrag von Lausanne⁸⁵¹ nach dem Ersten Weltkrieg festgelegte internationale, entmilitarisierte und entwaffnete Status der türkischen Meerengen wurde durch den Vertrag von Montreux⁸⁵² zugunsten der Türkei geändert. Durch das Meerengenregime von Montreux erhielt die Türkei volle Souveränität über die türkischen Meerengen und gleichzeitig das Recht auf Remilitarisierung der Meerengenregion, die eine absolut relevante strategische Bedeutung für die Türkei und für die restliche Anrainerstaaten der Schwarzmeer-Region – insbesondere für die ehemalige Sowjetunion – hatte.⁸⁵³ Die türkische Regierung legt den Vertrag von Montreux so aus, dass die Zuständigkeit und Verantwortung bezüglich des Regimes der Seefahrt in den türkischen Meerengen gemäß dem Vertrag voll und ganz

⁸⁴⁸ Gül, S. 40f.

⁸⁴⁹ Tageszeitung Hürriyet von 24. 12. 1996.

⁸⁵⁰ Üçarol, Rifat: Değişmekte Olan Dünyada Türk Boğazlarının Önemi ve Geleceği, in: Sen, Sabahattin (Hg.): Yeni Dünya Düzeni ve Türkiye, İstanbul 1992, S. 165.

⁸⁵¹ Für die relevanten Bestimmungen und Regulierungen des Vertrages von Lausanne siehe San, Adnan: Die Stellung der Türkei im Rahmen der internationalen Verträge seit dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 1963, S. 9.

⁸⁵² Für den vollen Text des Vertrages von Montreux sowie seine Einzelheiten siehe Soysal, İsmail: Tarihçeleri ve Açıklamaları ile Birlikte Türkiye'nin Siyasal Antlaşmaları, Bd. 1 (1920-1945), Ankara 1983, S. 493-518.

⁸⁵³ Sander, S. 148.

der Türkei zustehen.⁸⁵⁴ Die Position Russlands bezüglich der türkischen Meerengen wurde auch unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehrfach deutlich gemacht. Die sowjetische Führung forderte eine sowjetische Mitkontrolle und die Errichtung sowjetischer Militärstützpunkte an den türkischen Meerengen. Diese Forderung wurde von der türkischen Regierung strikt abgelehnt. Aufgrund der sowjetischen Bedrohung orientierte sich die Türkei sicherheits- und außenpolitisch nach Westen und die türkische Sichtweise bezüglich des Status der Meerengen und der türkischen Souveränität in der Meerengenregion wurde zu dieser Zeit international anerkannt. Entsprechend dieser international anerkannten rechtlichen Ordnung gehören die türkischen Meerengen zum Territorium der Türkei und obliegen türkischer Kontrolle.

Es wäre auch noch zu diskutieren, ob die umweltpolitisch begründeten Besorgnisse der türkischen Entscheidungsträger und diesbezüglich bisher deklarierten Interessen in der Tat reale Interessen – d.h. solche, deren Realisierung vom Entscheidungszentrum konkret angestrebt wird – oder Scheininteressen – d.h. solche, die vom Entscheidungszentrum aus Nützlichkeitsabwägungen deklaratorisch als außenpolitische Ziele proklamiert werden, jedoch ohne damit verbundene Absichten zu ihrer konkreten Verwirklichung⁸⁵⁵ – sind. Die bisher im Kontext der Pipelineprojekte von führenden türkischen Entscheidungsträgern deklarierten Besorgnisse hinsichtlich einer Intensivierung des Tankerverkehrs in den türkischen Meerengen wurden in der internationalen Öffentlichkeit eher als berechtigt und legitim wahrgenommen. Sie trugen dazu bei, das türkische Baku-Ceyhan-Pipelineprojekt gegenüber der russischen Alternative zu stützen. Andererseits vernachlässigte die Türkei in ihrer Argumentation die identische umweltpolitische Bedrohung, die von der Pipeline des CPC ausgeht. Es ist jedoch zu spät für die Türkei, den zusätzlichen Tankerverkehr in ihren Meerengen wegen der Pipeline des CPC, die von der Russischen Föderation, den USA und Kasachstan unterstützt wird, zu verhindern. Die Türkei erreichte zwei relevante Vorteile durch ihre ökologisch begründete Argumentation, ungeachtet dessen, ob sie als reales oder als Scheininteresse vorgebracht wurde: Erstens legitimierte die Türkei dadurch ihre neue Regulierung des Seeverkehrs in den Meerengen, die international vorwiegend akzeptiert wurde. Dies ist im Hinblick auf eine Ausdehnung der Souveränitätsrechte der Türkei in

⁸⁵⁴ Vgl. hierzu Elekdağ, Şükrü: in: Tageszeitung Milliyet von 23. 12. 1996.

⁸⁵⁵ Kindermann, S. 114.

ihren Meerengen ein nicht zu unterschätzender Vorteil hinsichtlich zukünftiger Regulierungen des Seeverkehrs. Zum Zweiten setzte die Türkei diese Argumentation mit Erfolg zur Unterstützung und Rechtfertigung ihres eigenen Pipelineprojektes ein.

Bisher wurde zwischen der Türkei und der Russischen Föderation kein Kompromiss bezüglich der Durchfahrt der Tankschiffe durch die türkischen Meerengen geschlossen. So stellt die ökologische Problematik eine ernsthafte Konfliktursache zwischen den beiden regionalen Akteuren dar und wird wahrscheinlich auch in naher und mittlerer Zukunft noch ein relevanter Bestandteil der Determinanten der türkisch-russischen Beziehungen bleiben. Doch die oben erwähnten Vorteile deuten auf einen strategischen Erfolg der türkischen Seite in dieser Frage hin.

Im Hinblick auf die Zukunft der miteinander konkurrierenden alternativen Pipelineprojekte spielen innenpolitische Vorkommnisse, die die Sicherheit der künftigen Pipeline betreffen könnten, eine bestimmende Rolle. Wie bereits kurz dargelegt, liegt ein Teil der bestehenden russischen Pipeline in der russischen Föderationsrepublik Tschetschenien im Kaukasus, seit den 90er Jahren kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den russischen Sicherheitskräften und den lokalen tschetschenischen Rebellen bestehen. Daher ist diese Pipeline seit 1993 gar nicht bzw. nicht mit voller Kapazität in Betrieb. Auf der anderen Seite bildete die PKK für die türkische Alternative bis zum Ende der 90er Jahre ein ernsthaftes Risiko.⁸⁵⁶ Beide Konkurrenten zögerten bisher kaum, die inneren Sicherheitslücken des Gegners zu betonen, um so die jeweils gegnerische Position zu schwächen. Während die Russische Föderation den kurdischen Separatismus und die Terroristen der PKK inoffiziell unterstützte, tolerierte die türkische Regierung die tschetschenischen Aktivisten türkischer Staatsangehörigkeit und gewährte ihnen ausreichenden Bewegungsfreiraum bzw. übersah deren separatistische Aktivitäten gegen die Russische Föderation.⁸⁵⁷ Auch im Falle der inneren Sicherheit erreichte die Türkei eine vergleichsweise vorteilhafte Position, nachdem der Anführer der PKK, Öcalan, durch eine Operation des türkischen Geheimdienstes MIT in Kenia festgenommen und in die Türkei gebracht wurde. Seitdem wird eine gravierende Abnahme der separatistischen Terroraktivitäten und bewaffneter Auseinandersetzungen der PKK-Terroristen mit türkischen Sicherheitskräften beobachtet. Die demokratischen Fort-

⁸⁵⁶ Bozdağ, S. 592f.

⁸⁵⁷ Zu diesen terroristischen Aktivitäten der Tschetschenen zählen vor allem die Entführung einer Fähre sowie die Geiselnahme im Swisshotel in İstanbul.

schritte im Südosten der Türkei und die Gewährung der kulturellen Rechte der Minderheiten in der Türkei – in diesem Kontext die der Kurden – könnte ebenfalls als ein Vorteil für die Verwirklichung des Baku-Ceyhan-Pipelineprojekts betrachtet werden, zumal erwartet wird, dass die Europäische Union nach einem möglichen Beitritt der Türkei die türkische Haltung bezüglich der Pipelinepolitik unterstützen wird.

1999 war im Hinblick auf die Realisierung der türkischen Pipeline Baku-Ceyhan ein entscheidend wichtiges Jahr. Im November 1999 paraphierten die türkischen, aserbaidzhanischen und georgischen Regierungen mit der Beteiligung des US-Präsidenten Clinton eine Reihe von regulierenden und finanziellen Abkommen für die Verwirklichung des Baku-Ceyhan-Pipelineprojekts. Es bleiben zwar noch immer einige entscheidende Fragen bezüglich der Finanzierung des Projektes offen, aber die Chance des Baku-Ceyhan-Pipelineprojekts, bis 2010 gebaut und fertig gestellt zu werden, erscheint nun ziemlich hoch.⁸⁵⁸ Ebenfalls 1999 wurde die Türkei von der EU offiziell als Beitrittskandidat anerkannt. Es wäre möglich, anzunehmen, dass die Entscheidungsträger der EU bei dieser Entscheidung die zunehmende strategische Bedeutung der Türkei in ihrer Brückenfunktion zwischen den Energiestofflieferanten und dem europäischen Binnenmarkt mitberücksichtigt haben.

Ob und inwieweit mit den postsowjetischen Staaten im Zusammenhang insbesondere mit dem Transport fossiler Rohstoffe aus der kaspischen Region kooperiert werden kann, scheint eine Frage zu sein, die die Zukunft der energiepolitischen und größtenteils der wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken bestimmen wird. Im Falle der Realisierung des Baku-Ceyhan-Projekts wird sich die regionale Struktur massiv verändert haben. Zum ersten Mal seit der russischen Expansion auf dem Kaukasus und in Zentralasien wird der russische Einfluss in diesen Regionen erheblich an Gewicht verlieren. Aufgrund der Basis der gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungsmöglichkeiten der Turkrepubliken zu Nicht-GUS-Staaten und dadurch ihrer intensiveren Integration in den Weltmarkt wird ihre Unabhängigkeit von der Russischen Föderation und der von ihr dominierten GUS weiter konsolidiert. Wenn man das politische Gefüge in der Region vor noch etwa einem Jahrzehnt bedenkt, kann diese neue Entwicklung in der Regionalpolitik besser gewürdigt werden. So erscheint die türkische Pipelinepolitik in Anbetracht der geringeren finanziellen Möglichkeiten der

⁸⁵⁸ Ruseckas, S. 230-236.

Türkei und ihrer begrenzten Möglichkeiten einer Machtprojektion im Vergleich zu Russland ein außenpolitischer Erfolg zu sein.

5.4. Türkische Kaukasuspolitik: Karabakh-Konflikt regionale Konstellation und türkische Haltung

Als die Sowjetunion und damit der Ostblock zerfiel, ging wie in anderen ehemaligen sowjetischen Gebieten auch im Kaukasus das sicherheitspolitische Gleichgewicht verloren. Es brachen in Zentralasien, aber vor allem im Kaukasus historisch bedingte interethnische und territoriale Konflikte auf, die während der sowjetrussischen Herrschaft eingefroren waren. Wie Halbach deutlich macht, liegen im Kaukasus die Themen „Konflikt und Instabilität“ und „Rohstoffe und Pipelines“ dicht beieinander.⁸⁵⁹ Dort gab es mehrfach kriegerische Eskalationen und noch mehr Konfliktpotenziale, die die Sicherheit der gesamten Region bedrohten. Der Krieg zwischen Georgien und Abchasien, zwischen Georgien und Südossetien, zwischen der Russischen Föderation und Tschetschenien und zwischen Aserbajdschan und Armenien sind typische Beispiele für postsowjetische Konflikte in der kaukasischen Region.

Aufgrund der Tatsache, dass die Türkei mit der kaukasischen Region unmittelbar benachbart ist bzw. sogar ihre nordöstlichen Territorien als Bestandteil des Kaukasus betrachtet werden, kann sich die Türkei im Hinblick auf ihre sicherheitspolitischen und strategischen Interessen nicht leisten, sich gegenüber dieser Region, den Problemen und zwischenstaatlichen bzw. interethnischen Konflikten der regionalen Staaten desinteressiert und gleichgültig zu verhalten. Diese Konflikte beeinflussen nicht nur die Außenbeziehungen der Türkei, sondern auch die auswärtige Politik der anderen wichtigen regionalen Mächte wie der Russischen Föderation und des Iran. Die zwischenstaatlichen Interaktionen zwischen diesen historisch wirksameren Akteuren und den neuen unabhängigen Staaten sowie mittel- und langfristig auch der Einfluss ethnischer Minderheiten in ausnahmslos allen Ländern in der Region formen das regionale Gleichgewicht um. In diesem Zusammenhang nimmt die Region seit dem Ende des Ost-West-Konflikts den zentralen Platz in den Neuorientierungen der türkischen Außenpolitik ein.

⁸⁵⁹ Halbach, Uwe: Zehn Jahre danach: Postsowjetische Konfliktlandschaften des Kaukasus, in: Osteuropa 51/9 (2001), S. 1087-1109; S. 1087.

Der grundlegende Bestimmungsfaktor für die interne Entwicklung der regionalen Konstellation ist der Karabakhkonflikt.⁸⁶⁰ Von allen anderen Konflikten besteht dieser in der Region schon am längsten. Er beeinflusst auch die türkische und russische Kaukasuspolitik sowie die regionale Gesamtkonstellation und nahm von Beginn an eine Art Sonderstellung in der türkischen Öffentlichkeit und dementsprechend in der türkischen Außenpolitik ein. Dies trifft nicht nur deswegen zu, weil Aserbaidschan eine postsowjetische Turkrepublik ist, deren Bevölkerung in sprachlicher Hinsicht als Türken⁸⁶¹ betrachtet werden kann und mit der die Türkei sowohl kulturell und politisch, als auch bei der kaspischen Pipeline- und Energiepolitik kooperiert, sondern auch aufgrund des Konflikts zwischen Türken und Armeniern, der auf die historische Interpretation bzw. Darstellung der Deportation eines Teiles der armenischen Bevölkerung aus Ostanatolien während der osmanischen Zeit im Ersten Weltkrieg zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang ist der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien ein wichtiger Faktor für die Politik der Türkei bezüglich der postsowjetischen Staaten.

Die militärische Auseinandersetzung zwischen Aserbaidschan und Armenien bezeichnen Götz und Halbach als Komponente einer umfassenden historischen Konfliktbeziehung zwischen den aserbaidshani-schen Türken (Aseris) und den Armeniern und ebenso als einen Aspekt des türkisch-armenischen Gegensatzes.⁸⁶²

Karabakh (Karabağ) ist ein türkisches Wort und bedeutet „schwarzer Obstgarten“. Im Armenischen heißt die Region „Artsach“.⁸⁶³ Das Gebiet war wie ganz Transkaukasien ein zentrales Durchzugsgebiet zwischen dem Nahen Osten, der Türkei, der Schwarzmeer-Region, Zentralasien, Russland und Persien. In der Frühgeschichte besiedelten unter-

⁸⁶⁰ Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 31/1992, S. 18.

⁸⁶¹ Götz, Roland & Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, München 1993, S. 44.

⁸⁶² Diese Autoren behaupten, dass die Spannungen zwischen den Aseris und Armeniern im 19. Jahrhundert wurzeln, als nach der russischen Eroberung des östlichen Transkaukasus die in diesen Gebieten ansässigen armenischen Bevölkerungsteile durch armenische Immigration aus der Türkei – dem Osmanischen Reich – und dem Iran aufgefüllt wurden und durch zaristische Umsiedlungspolitik eine Bevölkerungsumschichtung in der Region stattfand, welche wachsende soziale Spannung und Konkurrenz und schließlich gegenseitige Gewalt zwischen den Volksgruppen hervorrief. Siehe Götz & Halbach, S. 55.

⁸⁶³ Auch, Eva-Maria: „Ewiges Feuer“ in Aserbaidschan. Ein Land zwischen Perestrojka, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit, BIOS, 8/1992, S. 12.

schiedliche Völker die Region,⁸⁶⁴ deren Christianisierung im 4. und 5. Jahrhundert erfolgte. Während die seldschukischen Türken in der heutigen Türkei das Reich der Anatolischen Seldschuken gründeten, besiedelten ein Teil ihrer Stammesgenossen im 11. Jahrhundert die Gebiete des iranischen Aserbajdschan bzw. Südaserbajdschan sowie das Territorium der heutigen postsowjetischen Republik Aserbajdschan. Sie gründeten dort das Reich der İldenizen, dessen Hauptstadt Täbris war, die heute innerhalb der iranischen Staatsgrenzen liegt.⁸⁶⁵ Im 15. Jahrhundert herrschten die turksprachigen safawidischen und kadscharischen Dynastien in Aserbajdschan.⁸⁶⁶

Das politische Schicksal der kaukasischen Region – u.a. auch das des Gebietes Berg-Karabakh – wurde im Laufe der Geschichte durch die Rivalitäten zwischen dem Osmanischen Reich, dem Russischen Reich und Persien bestimmt.⁸⁶⁷ Durch die Eroberungen der Russen gelangte die Region unter russische Kolonialherrschaft.⁸⁶⁸ Als das Russische Reich 1828 das Khanat von Eriwan von den Persern eroberte, betrug der Anteil der armenischen Bevölkerung in der Region weniger als 20%, entsprechendes galt für Karabakh.⁸⁶⁹ Nach der Niederlage Persiens im russisch-persischen Krieg wurde im 19. Jahrhundert das Abkommen von Turkmentschai unterzeichnet, und der Fluss Arax wurde zur Grenze zwischen den beiden Reichen.⁸⁷⁰ Dadurch wurde das Siedlungsgebiet der aserbajdschanischen Türken zwischen zwei regionalen Großmächten aufgeteilt. Die südlichen Teile Aserbajdschans verblieben bei Persien und Nordaserbajdschan gelangte unter die Kontrolle des Russischen Reichs.

Die politische Landkarte der kaukasischen Region wurde durch den Ersten Weltkrieg nochmals geändert. Im Mai 1918 erklärten die vom Russischen Reich kolonialisierten Kaukasusländer, nämlich Aserbajdschan, Georgien und Armenien, ihre Unabhängigkeit. Da die aserbajdschanische Hauptstadt Baku von den bolschewistischen Truppen besetzt war, wurde die aserbajdschanische Unabhängigkeit in Gendtsche pro-

⁸⁶⁴ Für die Einzelheiten siehe Kartari, S. 194ff. siehe auch Auch, S. 13f.

⁸⁶⁵ Kartari, S. 194.

⁸⁶⁶ Ibid. S. 195f.

⁸⁶⁷ Auch, S. 13-14.

⁸⁶⁸ Für die Einzelheiten siehe Swietochowski, S. 20-28.

⁸⁶⁹ Bourmoutian, George A.: The Ethnic and the Socio-Economic Condition of Eastern Armenia in the First Half of the Nineteenth Century, in: Suny, Roland (Hg.): Transcaucasia, Nationalism and Social Change, Ann Arbor 1983, S. 69-86.

⁸⁷⁰ Kartari, S. 195.

klamiert.⁸⁷¹ Die Gebiete Karabakh und Nahitschewan wurden Aserbaidtschan eingegliedert. Die Unabhängigkeit Aserbaidtschans dauerte jedoch lediglich 23 Monate. Im April 1920 wurde Aserbaidtschan von den Truppen der Roten Armee besetzt und anschließend die Sozialistische Republik Aserbaidtschan ausgerufen.⁸⁷² Auch die sowjetische Zentralregierung in Moskau unterstellte die Gebiete Karabakh und Nahitschewan der aserbaidtschanischen Hoheit. 1923 wurde Karabakh als autonomes Gebiet innerhalb Aserbaidtschans konstituiert,⁸⁷³ obwohl 1926 die Mehrheit der Bevölkerung in Karabakh (88,8 %) armenisch war.⁸⁷⁴ Diese politische Eingliederung wurde von den Armeniern nicht akzeptiert.⁸⁷⁵ Die „Wiedervereinigung mit Karabakh“ wurde ein Teil der nationalen Identität der Armenier⁸⁷⁶ und die Frage um Karabakh blieb als ein latenter Konfliktherd zwischen Aserbaidtschan und Armenien bestehen. Die nach der Desintegration der Sowjetunion eskalierte Auseinandersetzung und der Krieg spiegelten diese historische Spannung zwischen den beiden Völkern wieder.

Die Perzeptionen der Aseris und der Armenier bezüglich des Konfliktes weichen deutlich voneinander ab: Während die Regierung Aserbaidtschans vom völkerrechtlichen Begriff der territorialen Integrität eines Staates ausgeht, begründet die armenische Seite ihre Sichtweise mit der historischen und demographischen Situation der Region. Die Armenier behaupten, dass die Regierung Aserbaidtschans in Karabakh eine Politik der Entarmenisierung betrieben habe. Die Karabakh-Armenier beklagen ihrerseits, dass ihre nationalen Rechte eingeschränkt und ihre sozioökonomische, kulturelle und infrastrukturelle Lage bewusst vernachlässigt wurde. Die Armenier nehmen den Konflikt als einen Teil der so genannten „historischen türkischen Gewalt an Armeniern“ wahr und stellen ihn in Zusammenhang mit der Behauptung, 1915 während des Ersten Weltkriegs unter osmanischer Herrschaft hätte es einen Genozid gegeben.⁸⁷⁷ Auch Aserbaidtschan betrachtet Karabakh als einen integralen Bestandteil seines nationalen Territoriums sowie seiner Kulturge-

⁸⁷¹ Ibid. S. 195-197.

⁸⁷² Ibid. S. 195-198.

⁸⁷³ Götz & Halbach, S. 56.

⁸⁷⁴ Fuller, Elisabeth: Konflikte im Transkaukasus: Wer könnte vermitteln?, in: Europa Archiv, 48/7 (1993), S. 193-201; S. 195. Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 31/1992, S. 18.

⁸⁷⁵ Halbach, Uwe: Ethno-territoriale, S. 18.

⁸⁷⁶ Ibid.

⁸⁷⁷ Ibid. S. 19.

schichte und nimmt eine Ausgliederung des Gebietes aus Aserbaidschan als Zerstörung der territorialen Integrität und somit des aserbaidsschani-schen Nationalstaates wahr.⁸⁷⁸ Die armenischen Argumente werden von Aserbaidschan damit abgewiesen, dass Karabakh zu keinem Zeitpunkt Bestandteil eines armenischen Staats gewesen sei.⁸⁷⁹

Die ohnehin bestehende Polarisierung wurde bereits 1988 verschärft, als der Gebietssovjat in Karabakh beschloss, den Anschluss des Gebietes an die Unionsrepublik Armenien zu beantragen. Obwohl die sowjetische Zentralregierung diesem Antrag nicht zustimmte, verabschiedete der Oberste Sowjet der Unionsrepublik Armenien eine Resolution über den Anschluss Karabakhs an die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik.⁸⁸⁰ Der Karabakh-Konflikt zeigte, dass die sowjetische Zentralmacht ihren Zugriff auf die Peripherieregionen verloren hatte.⁸⁸¹

Der Konflikt verschärfte sich trotz der Versuche der zentralen sowjetischen Regierung in Moskau, die Eskalation in Karabakh zu kontrollieren, weiter. Das von der sowjetischen Regierung beauftragte Komitee der Sonderverwaltung wurde von der Unionsrepublik Aserbaidschan als Versuch interpretiert, das Ausscheiden Karabakhs schrittweise voranzutreiben. Dies führte zu einer Intensivierung der offensiven aserbaidsschani-schen Siedlungspolitik in der Region und bestärkte die nationale Un-abhängigkeitsbewegung in Aserbaidschan, die von der Volksfront unter Eltschibej angeführt wurde.⁸⁸² Die zunehmenden Demonstrationen in Aserbaidschan und die Furcht der sowjetischen Zentralregierung sowie der örtlichen Kommunisten vor einer Entmachtung durch die aserbaidsschani-sche Volksfront führte 1990 zu einer blutigen Intervention der Roten Armee.

Als die Unionsrepublik Aserbaidschan am 30. 08. 1991 ihre Unab-hängigkeit von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärte, proklamierten die Karabakh-Armenier ihre Unabhängigkeit von Aser-baidschan, was von der aserbaidsschani-schen Regierung jedoch nicht an-erkannt wurde. Die Regierung in Baku brach ihre Beziehungen zu Ar-menien ab und annullierte den autonomen Status der Region Kara-bakh.⁸⁸³ Von diesem Zeitpunkt an begannen die armenischen Kampfein-

⁸⁷⁸ Ibid. S. 19.

⁸⁷⁹ Kartari, S. 195-199.

⁸⁸⁰ Freitag-Wirringhaus, Krisenherd, S. 38.

⁸⁸¹ Halbach, Uwe: Zwischen „heißem Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“. Russ-lands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa, 4/5, 51/2001, S. 481-494; S. 486.

⁸⁸² Freitag-Wirringhaus, Krisenherd, S. 38.

⁸⁸³ Ibid. S. 39.

heiten offensiv vorzugehen. Die Großoffensive der Armenier eskalierte im Frühjahr 1992 zu einem offenen Krieg. Es wurden nicht nur die überwiegend von den Armeniern bewohnten Gebiete in der Region, sondern auch die mehrheitlich von Aseris bewohnten aserbaidischen Territorien von armenischen Kampfeinheiten erobert. Obwohl der Konflikt bisher offiziell nicht von der armenischen Armee, sondern von der armenischen Miliz getragen wurde, sollte auf die mächtige Unterstützung Armeniens hingewiesen werden.⁸⁸⁴ Es gelang den Armeniern, einen Korridor zwischen Armenien und dem Gebiet Karabakh zu öffnen, der ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Waffen gewährleistete.⁸⁸⁵ 1993 eroberten armenische Kampfeinheiten rund 25% des aserbaidischen Gesamtterritoriums und verursachten eine Flüchtlingswelle von hunderttausenden Aseris, die in andere Regionen des Landes oder in den Iran flüchten mussten.⁸⁸⁶

Die politischen Spannungen und der schlechte Zustand der Wirtschaft, welche durch den Krieg verursacht wurden, haben zur Zunahme der politischen Unruhen in Aserbaidischan beigetragen. Der demokratisch gewählte Präsident Aserbaidischans, Elschibej, der die Mitgliedschaft seines Landes in der von der Russischen Föderation dominierten GUS ablehnte,⁸⁸⁷ und zudem beabsichtigte, eine von der GUS unabhängige nationale Armee zu gründen,⁸⁸⁸ wurde durch einen Staatsstreich gestürzt. In der Literatur wird auch auf den Einfluss der Russischen Föderation beim Führungswechsel in Aserbaidischan hingewiesen.⁸⁸⁹ Der ehemalige Kommunist Alijew (Senior) kam nach dem Staatsstreich an die Macht, Aserbaidischan trat unverzüglich in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ein und garantierte der Russischen Föderation, die Verhandlungen über einen Erdölvertrag zwischen Aserbaidischan und der Russischen Föderation fortzuführen.⁸⁹⁰ Anders als in Armenien und Georgien werden diese als geringfügige Zugeständnisse betrachtet,

⁸⁸⁴ Cohen, Ariel: „Yeni Büyük Oyun“: Avrasya’da Boru Hatları Siyaseti, in: *Avrasya Etüdleri*, 3/1 (1996), S. 2-15; S. 10.

⁸⁸⁵ Freitag-Wirringhaus, *Krisenherd*, S. 39.

⁸⁸⁶ Henze, Paul B.: *Kafkasya’da Çatışma. Geçmiş, Sorunlar ve Gelecek İçin Öngörüler*, in: *Avrasya Etüdleri*, Frühjahr, 1/1994, S. 66-80; S. 75.

⁸⁸⁷ Henze, S. 75f.

⁸⁸⁸ Ersanlı-Behar, Büşra: *Azerbaycan Özbekistan ve Türkmenistan’da Eğitim ve Kültür Politikaları*, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): *Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan*, Ankara 1994, S. 143-221; S. 146.

⁸⁸⁹ Vgl. Halbach, „Failing States“, S. 4.

⁸⁹⁰ Für die Einzelheiten über die Erdöl- und Pipelinepolitik im Kaukasus und in Zentralasien siehe Abschnitt „Pipelineprojekte“ dieser Arbeit.

weil es dem Land bisher gelungen ist, seine Unabhängigkeit gegenüber der Russischen Föderation relativ erfolgreich zu behaupten.⁸⁹¹

Der Konflikt, der als eine innersowjetische Angelegenheit begann, eskalierte rasch zu einem offenen Krieg zwischen zwei neuen unabhängigen Akteuren, verhinderte die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung beider postsowjetischen Staaten und bedrohte die sicherheitspolitische Stabilität der gesamten Region.⁸⁹² Der Konflikt belastet am meisten die regionalen Beziehungen der Türkei. Die türkische Öffentlichkeit war ab der Intervention der Roten Armee ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Politik der Türkei hinsichtlich des Karabakhkonfliktes. Es fanden in verschiedenen Städten der Türkei große Demonstrationen gegen den blutigen Einmarsch der sowjetischen Truppen in die aserbaidjanische Hauptstadt Baku statt. Die türkische Regierung betrachtete die Ereignisse in der sowjetischen Unionsrepublik Aserbaidschan allerdings entsprechend der passiven türkischen Regionalpolitik des Ost-West-Konflikts als eine interne Angelegenheit der Sowjetunion und unterstrich ihre Neutralität. Der außergewöhnliche Druck der türkischen Öffentlichkeit machte jedoch klar, dass die türkische Regierung diesen Konflikt nicht länger ignorieren konnte. Trotz der negativen Tendenzen in der Bevölkerung waren die türkischen Entscheidungsträger lange der Meinung, die Unabhängigkeit Armeniens anzuerkennen und fördern zu müssen. Bereits vor der Auflösung der Sowjetunion entsandte die türkische Regierung eine diplomatische Mission in die Unionsrepublik Armenien. Diese relevante außenpolitische Entscheidung wurde trotz des Karabakhkonflikts getroffen. 1991 erkannte die Türkei als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit Armeniens an.⁸⁹³ Erst das Beharren der Armenier auf die Fortführung der expansionistischen Politik, die katastrophalen Ergebnisse des Krieges für das aserbaidjanische Volk und die Proteste der türkischen Bevölkerung gegen die armenische Aggression bewegten die türkischen Machteliten, ihre anfänglich positive Haltung gegenüber dem neuen armenischen Staat zu verändern.

Die Armenier nehmen den Karabakhkonflikt mit den Aseris – nach armenischer Perzeption Türken – im Kontext des so genannten Genozids des Osmanischen Reichs an seinen im Osten des Reichs lebenden armenischstämmigen Bürgern wahr,⁸⁹⁴ der von der Türkei offiziell verleugnet

⁸⁹¹ Schilling, S. 48.

⁸⁹² Freitag-Wirminghaus, Krisenherd Aserbaidschan, S. 38.

⁸⁹³ Henze, S. 45f.

⁸⁹⁴ Freitag-Wirminghaus, Krisenherd Aserbaidschan, S. 40.

wird.⁸⁹⁵ Die Türken und Aseris der nationalistisch orientierten politischen Richtungen betrachten den Karabakhkonflikts dagegen als Aspekt einer armenischen Expansionspolitik mit dem Endziel, einen großarmenischen Staat zu errichten.⁸⁹⁶ Ähnliche Ansichten wurden in der Türkei nicht nur von der ultranationalistisch orientierten MHP, sondern auch von den nationalistisch orientierten Flügeln der konservativen ANAP und der konservativen DYP sowie von einigen linken politischen Eliten vertreten.⁸⁹⁷ Einige Politiker in der Türkei forderten in der Vergangenheit sogar eine Intervention der türkischen Streitkräfte in Karabakh oder eine Blockade von ausländischen Lieferungen über türkisches Territorium oder türkischen Luftraum nach Armenien,⁸⁹⁸ während einige andere die Öffnung eines Korridors zwischen der aserbajdschanischen Enklave Nahitschewan, die eine gemeinsame Grenze mit der Türkei hat, und Aserbajdschan durch militärische Gewalt oder durch ein Abkommen mit den Konfliktparteien vorschlugen, um dadurch zwischen der Türkei und Aserbajdschan eine direkte geographische Verbindung zu schaffen.⁸⁹⁹ Obwohl die außenpolitischen Entscheidungsträger in der Türkei die Situation im Kaukasus – möglicherweise aus realpolitischen Gründen – nicht unbedingt aus derselben Perspektive analysierten und bewerteten, sollte darauf hingewiesen werden, dass eine Beeinflussung der auf den Konflikt empfindlich reagierenden ultranationalistischen bzw. nationalistisch-zentralrecht orientierten politischen Eliten bei der Gestaltung der zukünftigen Politik festzustellen ist. Der Krieg in der aserbajdschanischen Region Karabakh wurde in der türkischen Hauptstadt Ankara mit der Zeit nicht mehr nur als eine Angelegenheit Aserbajdschans, sondern auch als ein Thema mit Türkeirelevanz wahrgenommen,⁹⁰⁰ dessen Grund möglicherweise im oben erwähnten Sensibilisierungseffekt der türkischen politischen Eliten und der türkischen Öffentlichkeit lag, die auf den Konflikt empfindlich reagierten. Während der intensivsten armenischen Angriffe in den Kriegsmonaten drohte die Türkei sogar für den Wiederholungsfall mit einer militärischen Operation in der Konflikt-

⁸⁹⁵ Für die türkische Sichtweise in der armenischen Frage siehe Ataöv, Türkkaya: *The „Armenian Question“: Conflict, Trauma & Objectivity*, Ankara 1999.

⁸⁹⁶ Freitag, Rainer: Aserbajdschan und die Türkei. Die internationale Dimension des Nationalitätenkonflikts im Transkaukasus, in: *Orient*, 31/1990, S. 525-556; S. 535.

⁸⁹⁷ *Ibid.* S. 529.

⁸⁹⁸ Brown, Bess & Fuller, Elisabeth: *Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion*, Sankt Augustin 1994, S. 41.

⁸⁹⁹ Dies wurde von Bülent Ecevit, dem Vorsitzenden der Demokratischen Linkspartei (DSP) vorgeschlagen.

⁹⁰⁰ Brown, S. 41.

region. Die türkische Regierung begründete diese Einmischung durch den Vertrag von Moskau (16.03.1921) und den Vertrag von Kars (13.10.1921) und proklamierte, dass sie gemäß diesen Verträgen Anspruch und Recht auf Mitsprache im Falle einer Änderung des Status quo der aserbajdschanischen Enklave Nahitschewan sowie auf Intervention in einem Angriffsfall von außen habe.⁹⁰¹ Im Artikel 8 des Vertrages von Moskau und im Artikel 10 des Vertrages von Kars verpflichteten sich die Vertragspartner – die Türkei und die Sowjetunion, die auch die Unionsrepubliken Aserbaidschan, Armenien und Georgien repräsentierte – diejenigen Organisationen und Gruppen nicht zu dulden bzw. nicht zu akzeptieren, die im Staatsgebiet eines Vertragspartners eine Regierungsrolle zu übernehmen beabsichtigen und die gegen einen Vertragspartner Krieg führen bzw. gegen seine Autorität Widerstand leisten.⁹⁰² Der Aufstand der Armenier im aserbajdschanischen Territorium Karabakh für den Anschluss der Region an Armenien, die Proklamation und Gründung ihrer international nicht anerkannten Regierung und die Unterstützung des armenischen Separatismus in Karabakh durch die Regierung in Eriwan sind im Hinblick auf diese Verträge und auf das internationale Recht tatsächlich unvereinbar. Trotz dieser nach Ansicht der türkischen Entscheidungsträger völkerrechtlich legitimen Basis, setzte die Türkei ihre Drohungen bis heute nicht in die Realität um. Auch in diesem Punkt ist auf die gegensätzlichen Machtansprüche der wichtigsten regionalen Akteure, d.h. der Türkei und der Russischen Föderation, hinzuweisen. Die Russische Föderation würde eine militärische Intervention der Türkei im Kaukasus nicht tolerieren, den sie entsprechend ihrer Politik des „nahen Auslands“ als ein Gebiet bzw. eine Region vorrangiger militärischer, sicherheitspolitischer, außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen Russlands⁹⁰³ und im Hinblick auf ihre Sicherheitspolitik und Wirtschaftsinteressen als ihren Hinterhof betrachtet. Im Falle einer militärischen Machtprojektion der Türkei in diesem Gebiet könnte die Russische Föderation Armenien unterstützen, was Türkei und Russische Föderation gegeneinander aufbringen und einen regionalen Krieg auslösen könnte. Die türkischen Entscheidungsträger müssen bei ihrer bishe-

⁹⁰¹ Freitag, Aserbaidschan und die Türkei, S. 539f.

⁹⁰² Vgl. Vertrag von Moskau, Artikel 8 und Vertrag von Kars, Artikel 10; in: Soysal, İsmail: Tarihçeleri ve Açıklamaları İle Birlikte Türkiye'nin Siyasal Antlaşmaları, Bd. 1 (1920-1945), Ankara 1983, S. 34; S. 44.

⁹⁰³ Adomeit, Hannes: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Russlands, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jg., 2001, S. 353-365; S. 357.

rigen Karabakhpolitik diese Sensibilität des Gleichgewichtes in der Konfliktkonstellation mitberücksichtigt haben.

Anstatt dieser gefährlichen außenpolitischen Option zu folgen, bemühten sich die türkischen Machteliten und Entscheidungsträger, auf internationaler Ebene an multilateralen Friedensinitiativen aktiv teilzunehmen, um einen konstruktiven Beitrag zu einer Friedensstiftung zwischen beiden Konfliktparteien leisten zu können. Sowohl die Türkei als auch die Russische Föderation befinden sich in der im Rahmen der KSZE gegründeten Minsk-Gruppe⁹⁰⁴ und setzen offiziell auf Vermittlung, bisher allerdings ohne kurzfristige Lösungsperspektive. Ankara unternahm auch eigene Initiativen, die aber bisher ebenfalls keine konkreten positiven Ergebnisse im Sinne des Konflikts brachten. Es ist auch zu hinterfragen, ob die Konfliktparteien und regionalen Akteure an einer endgültigen Lösung des Karabakhkonflikts tatsächlich interessiert sind. Für die aserbaidische Führung kommt der Verzicht auf das völkerrechtlich gesehen aserbaidische Territorium Karabakh nicht in Frage. Auch die armenische Seite beabsichtigt, ihre Sichtweise auf der internationalen Bühne durchzusetzen und Karabakh sowie weitere besetzte Gebiete in Aserbaidschan zu halten. Doch der Konflikt und die Spannung in der Region verursachten nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Verluste und bedeuten einen Risikofaktor insbesondere für ausländische Investoren in beiden Staaten. Für Aserbaidschan, das aufgrund seiner strategisch und wirtschaftlich enorm wertvollen Rohstoffreserven über viel bessere Perspektiven für eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung in der nahen Zukunft als Armenien verfügt und so auf wirtschaftliche Kooperationen mit dem Ausland zählen kann, könnten zumindest die wirtschaftlichen Nachteile, die wegen des Krieges entstanden sind, ausgeglichen und wiedergutmacht werden. In Anbetracht seiner strategischen Relevanz, die auf den Reichtum an Kohlenwasserstoffen zurückzuführen ist, könnte Aserbaidschan bezüglich des Konflikts auf internationaler Ebene mehr Unterstützung als bisher erhalten. Andererseits befindet sich Armenien zwischen der Türkei, die die gemeinsamen Grenzen schloss und jeglichen diplomatischen Kontakt abbrach, und Aserbaidschan, mit dem es sich zwar momentan im Waffenstillstand befindet, wobei aber die Situation keinesfalls entspannt ist und für die Beilegung des Konfliktes sicherlich noch viel Zeit und internationaler Druck erforderlich sind. Die ultranationalistischen und radikalen politischen Kräfte

⁹⁰⁴ Zu der Minskgruppe gehören folgende Staaten zu: Die Türkei, Russische Föderation, USA, Frankreich, Schweden, Italien. Cohen, S. 10.

in Armenien und die mindestens genauso ultranationalistisch und radikal orientierte armenische Diaspora im Ausland – insbesondere in den USA und in Frankreich –, deren Einfluss in der Außenpolitik des Landes deutlich zu spüren ist, blockieren den erforderlichen regionalen Dialog. Das Thema „Karabakh“ ist in Armenien insbesondere für die Radikalen ein im Hinblick auf kurzfristige innenpolitische Erfolge ergiebiges Thema.

Auch die Perzeptionen und entsprechende Interessen der regionalen und internationalen Akteure spielen im Hinblick auf mögliche Entwicklungstendenzen in den Beziehungen zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie vor allem in Bezug auf die regionale Stabilität eine entscheidende Rolle. Die Russische Föderation ist trotz ihres erheblichen Machtverlustes nach der Auflösung der Sowjetunion der mächtigste regionale Akteur im Südkaukasus. Sie beabsichtigt, ihren Einfluss im Transkaukasus aufrechtzuerhalten. Ihre mittel- und langfristigen Interessen wirtschaftlicher und politischer Art sind auf die Kontrolle der reichlichen fossilen Rohstoffreserven in der kaspischen Region zurückzuführen. Ebenso sind ihre historischen sicherheits- und machtpolitischen Interessen in den ehemals sowjetischen und von ihr abhängigen Territorien wesentliche Bestimmungsfaktoren für die russische Kaukasuspolitik. Cohen behauptet, dass die Kriege und Konflikte in Tschechien, zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie in Georgien von der Russischen Föderation provoziert wurden und mit der Kontrolle der Routen der Erdöl- und Erdgaspipelines zu tun hätten.⁹⁰⁵ Obwohl diese Konflikte nicht durch eine solche Monokausalität zu erklären sind, scheint es einleuchtend zu sein, dass in der zeitgenössischen Kaukasuspolitik der Russischen Föderation die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und strategischen Interessen Russlands an den bestehenden oder sich immer noch in der Planungsphase befindenden Pipelines als ein äußerst dominanter Bestimmungsfaktor zu betrachten sind. Der Krieg bzw. der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien hat zur Folge, dass Armenien sich an Russland annähern muss, da es aufgrund seiner geographischen Lage und in Anbetracht seiner außenpolitischen Beziehungen zu den benachbarten Staaten unter regionaler Isolation leidet und diese Annäherung einzige außen- und sicherheitspolitische Option ist. Die russische Führung lässt diese Möglichkeit der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Machtprojektion im südlichen Kaukasus im türkisch-armenischen Grenzgebiet nicht ungenutzt. Die Aseris

⁹⁰⁵ Cohen, S. 2.

beschuldigten die russische Führung der Unterstützung Armeniens von Beginn des Karabakhkonflikts an.⁹⁰⁶ Die Russische Föderation verfügt immer noch über militärische Anlagen sowie Militärpersonal in Armenien, patrouilliert im türkisch-armenischen Luftraum mit eigenen Kampfflugzeugen und stationierte auf armenischem Boden im Rahmen des Verteidigungskonzepts der GUS mittlerweile ballistische Mittelstreckenraketen des Typs S-300-V.⁹⁰⁷ Auch in Georgien hält die Russische Föderation militärische Präsenz bei Grenzsicherung und Luftverteidigung, was von Schilling als Bestandteil der neuen russischen Militärdoktrin bezeichnet wird.⁹⁰⁸ In Georgien befinden sich insgesamt drei russische Militärbasen. Der georgischen Führung gelang es nicht, die russische Militärpräsenz auf georgischem Territorium aufzuheben,⁹⁰⁹ obwohl die Russische Föderation seit dem Beginn der 90er Jahre einen beträchtlichen Teil ihrer Truppen abzog⁹¹⁰ und dadurch ihre militärischen Machtprojektionsmöglichkeiten reduzierte. Der Abchasien-Konflikt ermöglichte es Russland, seine militärische Präsenz in Georgien trotz des Abzugs sicherzustellen. Darüber hinaus erhielt Russland durch ein 1995 paraphiertes Abkommen das Recht weitere Militärbasen in diesem postsowjetischen kaukasischen Land zu errichten.⁹¹¹ Henze weist auch darauf hin, dass eine mögliche Konflikteindämmende Rolle der Russischen Föderation durch die Entsendung einer Friedenstruppe gelegentlich diskutiert wird, wobei ein Teil der russischen Führungseliten eine solche Rolle als Gelegenheit für die Wiederherstellung der imperialen Dominanz der Russischen Föderation in der Region betrachtet.⁹¹² Der seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zunehmende Einfluss der regionalen Mächte sowie einiger westlicher Staaten bedroht aus russischer Sicht immer stärker die russischen Interessen. Die Interessensperzeption der russischen Entscheidungsträger und Machteliten ist stark geprägt von der Tradition der Großmachtspolitik vergangener russischer Regime, die die absolute Herrschaft über den Kaukasus bedeutsam für die gesamtrussische Machtlage betrachteten.⁹¹³ Trotz der Tatsache, dass eine absolute Herr-

⁹⁰⁶ Henze, S. 73.

⁹⁰⁷ Tageszeitung Milliyet von 5. 5. 2001.

⁹⁰⁸ Schilling, S. 47.

⁹⁰⁹ Cohen, S. 3.

⁹¹⁰ Halbach, Uwe: Zwischen „heißem Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“. Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa, 4/5, 51/2001, S. 481-494; S. 489.

⁹¹¹ Ibid. S. 490.

⁹¹² Henze, S. 78.

⁹¹³ Schilling, S. 47.

schaft der Russischen Föderation seit Auflösung der Sowjetunion realpolitisch nicht mehr im Bereich des Möglichen ist, hat sich die Sichtweise der russischen Entscheidungsträger auf die Bedeutung der kaspischen Region kaum geändert. Darüber hinaus wird die Kontrolle über diese Region von den russischen Entscheidungsträgern als Vorbedingung einer Ausdehnung nach Süden gesehen, um in Zentralasien sowie im Nahen Osten Einfluss ausüben zu können.⁹¹⁴ Zu diesem Zweck zögerte die russische Führung bisher kaum, die ethnischen Minderheiten – und natürlich auch ethnoterritorial bedingte Konflikte – für ihre Interessen und strategischen Zielsetzungen im Kaukasus zu instrumentalisieren.⁹¹⁵

In Aserbaidshan und Georgien herrscht bei den politischen Eliten die Einstellung vor, dass Russland jede ihr zur Verfügung stehende Möglichkeit nutzen würde, um die kaukasischen Regierungen zu destabilisieren bzw. in einem instabilen Zustand zu halten, und so die Einfluss- und Machtsicherungsverhältnisse in der Region zu wahren.⁹¹⁶ Daher versuchen Aserbaidshan und Georgien, im Gegensatz zu Armenien, den russischen Einfluss auf ihre Länder möglichst zu begrenzen. Diese Staaten sind auch zu anderen regionalen Kooperationen – auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – bereit. So schlug der aserbaidshanische Präsident Alijew (Senior) den USA, der Türkei, der EU, der Russischen Föderation und anderen regionalen Mächten die Ausarbeitung eines Pakts für Sicherheit und Zusammenarbeit im Südkaukasus vor, der unter anderen die Möglichkeit ausländischer Militärpräsenz in der Region ausschließen soll.⁹¹⁷ Selbst der armenische Präsident Kotscharian plädierte für das Format „3+3+2“ – die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidshan und Georgien, dann Russland, Türkei und Iran sowie USA und EU – als Rahmen für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Kaukasus.⁹¹⁸ Diese Vorschläge beider kaukasischer Führungen entsprechen dem Vorschlag des ehemaligen türkischen Präsidenten Demirel, der einen Stabilitätspakt für den Kaukasus entsprechend den Prinzipien der OSZE vorgeschlagen hatte. Diese Bemühungen deuten darauf hin, dass alle regionalen Staaten von der Instabilität in der Region betroffen sind und versuchen, trotz ihrer unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessenslagen eine Kooperationsbasis für die Normalisierung der Beziehungen zu schaffen.

⁹¹⁴ Ibid. S. 47.

⁹¹⁵ Ibid. S. 47.

⁹¹⁶ Halbach, Zwischen „heißem Krieg“, S. 492.

⁹¹⁷ Ibid. S. 486.

⁹¹⁸ Halbach, Zwischen „heißem Krieg“, S. 486.

Für die Konsolidierung der Unabhängigkeit von der Russischen Föderation ist die Wohlfahrt und wirtschaftliche Stabilität der neuen unabhängigen Staaten von entscheidender Bedeutung. Auf die Relevanz der Pipelineprojekte ist in diesem Zusammenhang nachdrücklich hinzuweisen. Aserbaidschan wird beispielsweise allein von seinem eigenen Erdöllexport durch die geplanten Pipelines jährlich 2 Milliarden US-Dollar verdienen und Georgien allein durch Transitgebühren für Pipelines auf seinem Territorium jährlich 500 Millionen US-Dollar.⁹¹⁹ Isolation und Perspektivlosigkeit in der Region sind wichtigste Ursachen für das außen- und sicherheitspolitische Verhalten Armeniens, das von den restlichen postsowjetischen transkaukasischen Republiken deutlich abweicht. Aufgrund der aggressiven Karabakhpolitik und der ultranationalistischen Haltung in diesem Land wanderten mindestens 700 000 Menschen aus Armenien aus.⁹²⁰ Dies intensiviert sicherlich die wirtschaftlichen Probleme des Landes. Armenien benötigt russische Unterstützung, damit es seine nachteilige und gefährliche Isolierung gegenüber der vor allem von wirtschaftlichen und strategischen Interessen (vor allem Energie- und Pipelinepolitik) geleitete Allianz zwischen der Türkei, Aserbaidschan und Georgien überwinden kann. Die Russische Föderation ist bereit, Armenien diese Unterstützung zu gewähren, um dadurch ihre seit der Auflösung der Sowjetunion erheblich reduzierte militärische und politische Präsenz in der Region zu intensivieren. Der Preis, den armenische Führungseliten mittel- und langfristig zu bezahlen haben, ist eine verstärkte Abhängigkeit ihres Landes von der Russischen Föderation. Dadurch wird das Dilemma der armenischen Wahrnehmung deutlicher: Einerseits extremisieren die armenischen Machteliten die auswärtige Politik ihres Landes aufgrund des armenischen Ultranationalismus und müssen sich zur Russischen Föderation hin orientieren, andererseits geben sie wegen dieser Politik einen Teil ihrer nationalen Unabhängigkeit preis, da ihr Land abhängiger von der Russischen Föderation wird. Von der armenischen Politik profitiert daher am meisten die Russische Föderation. Aufgrund dieser Interessenslage könnte davon ausgegangen werden, dass die russische Führung an einer dauerhaften und die regionale Stabilität wieder gewährleistenden Lösung des Karabakhkonflikts nicht unbedingt interessiert ist.

Ein dauerhafter Frieden und ein unabhängiges Aserbaidschan entsprechen auch nicht unbedingt den iranischen Interessen. Cohen deutet

⁹¹⁹ Cohen, S. 3.

⁹²⁰ Henze, S. 47.

auf eine diesbezügliche Interessenübereinstimmung zwischen dem Iran und der Russischen Föderation im Kaukasus hin, wobei die Pipelinepolitik, d.h. also die strategischen Interessen beider Staaten, die Hauptrolle spielt.⁹²¹ Sowohl Aserbaidshan als auch Armenien wären im Falle einer friedlichen Lösung ihres Konflikts an wirtschaftlicher Kooperation interessiert, in der die Türkei infolge ihrer geographischen Position als Tor zur Europa und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kapazität eine viel relevantere Rolle als der international weitgehend isolierte Iran spielen würde. Andererseits stehen die iranischen Interessenslagen, vor allem mit der ethnischen Heterogenität der iranischen Bevölkerung in Zusammenhang. Im Norden des Iran leben, wie oben darauf hingewiesen, 10 Millionen Aseris, die etwa 10% der iranischen Gesamtbevölkerung ausmachen.⁹²² Aufgrund dieser ethnischen Zusammensetzung im Nordiran könnten mittel- oder langfristig aserbaidshanische bzw. türkische Nationalismen stimuliert werden, weil die meisten Aseris ja bereits in ihrem „Nationalstaat“ leben. Dies hätte im Hinblick auf die territoriale Integrität des Iran äußerst negative Folgen. Anders als die Türkei erkannte die iranische Führung die Unabhängigkeit Aserbaidshans nicht sofort an, obwohl die von den iranischen Medien als Hardliner bezeichneten Führungseliten Druck ausübten.⁹²³ Es ist durchaus denkbar, dass der mögliche Grund dieser Zurückhaltung des Iran in den potenziellen Gefahren eines unabhängigen Nationalstaates der Aseri und dessen Auswirkungen für die territoriale Integrität des multiethnischen iranischen Staates ist. Ein politisch und wirtschaftlich stabiles und mit Armenien befreundetes Aserbaidshan könnte solche Separatismustendenzen unter den iranischen Aseris in Gang setzen. In diesem Zusammenhang könnte der Sturz des aserbaidshanischen Präsidenten Eltschibej – er wurde wegen seiner nationalistischen politischen Akzent in der aserbaidshanischen Iranpolitik hinsichtlich der Aseri im Nordiran von der iranischen Führung stets als eine Bedrohung perzipiert – für die Interessen des Iran keine negative Entwicklung bedeuten. Die iranischen und russischen Interessen stimmen in diesem Zusammenhang völlig überein.⁹²⁴ Die türkischen Interessen dagegen unterscheiden sich von denen der Russischen Föderation und des Iran. Die türkische Regierung beabsichtigt, die Ablösungsbestrebungen der aserbaidshanischen Machteliten von der russischen Dominanz zu unterstützen und ihre Beziehungen zu Armenien zu

⁹²¹ Cohen, S. 3.

⁹²² Pistor-Hatam, S. 241f.

⁹²³ Reissner, S. 48.

⁹²⁴ Henze, S. 76.

stabilisieren, zumal Armenien geographisch und politisch zwischen der Türkei und Aserbaidschan eine Barriere bildet und so eine Schlüssel-funktion im Hinblick auf die türkischen Zukunftsszenarien für die regi-onale Kooperation besitzt. Diese Konstellation mit den klar unterschied-lichen Wahrnehmungen und Interessen der regionalen Akteure er-schwert die Beschleunigung der Lösung des Karabakhkonflikts und be-hindert eine konstruktivere regionale Zusammenarbeit zur Erreichung der ausnahmslos von allen regionalen Akteuren dringend benötigten si-cherheitspolitischen Stabilität.

Es ist äußerst schwierig, im Voraus zu prognostizieren, wie sich der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien entwickeln wird. Sicher ist, dass die Pipelinepolitik hierbei ein nicht zu unterschätzender Be-stimmungsfaktor bleibt, dessen Wirkung sich noch intensivieren wird, nachdem die geplanten Pipelines vollendet werden. Insofern könnte die wirtschaftliche Kooperation als ein zwingender Faktor für die Realisie-rung eines Friedens beim Karabakhkonflikt betrachtet werden. Die Zu-kunft der Beziehungen zwischen Aserbaidschan und Armenien wird die Etablierung der Unabhängigkeit der postsowjetischen Staaten im Transkaukasus direkt betreffen: entweder werden die drei postsowjeti-schen transkaukasischen Staaten sich in der Welt- und Regionalpolitik als souveräne und unabhängige Akteure zeigen können, oder aber sie werden die jahrhundertlange kontinuierliche russische Dominanz weiter hinnehmen müssen.⁹²⁵ Andererseits wird der Karabakhkonflikt, der zu Recht als ein „eingefrorener Konflikt“⁹²⁶ bezeichnet wird, weiterhin die türkisch-armenischen Beziehungen belasten und eine relevante Konstan-te für die türkische Regionalpolitik bleiben.

Es ist zu erwarten, dass gerade im Zusammenhang mit dem türki-schen EU-Beitritt die Europäische Union im Kaukasus zunehmend an Einfluss gewinnen wird. Der Beitrag der EU zu den Demokratisierungs-prozessen der Mittelmeerländer (Griechenland, Spanien und Portugal), der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas, die der EU im Mai 2004 beitreten konnten, aber auch der Türkei, mit der die EU möglicherweise bald Beitrittsverhandlungen eröffnen wird, könnte mittelfristig auch die mit Konflikten und Konfliktpotenzialen beladene Konstellation im Süd-kaukasus im positiven Sinne verändern. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die EU-Kommission bereits vorge-

⁹²⁵ Croissant, S. 25.

⁹²⁶ „Frozen instability“ und „eingefrorener Konflikt“ siehe Halbach, Zwischen „hei-ßem Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“. Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa, 4/5, 51/2001, S. 481-494; S. 487.

schlagen hat, diese drei südkaukasischen Staaten, mit denen der EU-Beitrittskandidat Türkei eine gemeinsame Grenze hat, in den Geltungsbereich der Europäischen Nachbarschaftspolitik aufzunehmen.⁹²⁷ Im Zusammenhang der Türkei-EU-Beziehungen ist dieser Schritt der EU eine willkommene Entwicklung. Die strategische Bedeutung des Südkaukasus vor allem infolge der zukünftigen Transportrouten fossiler Brennstoffe über Aserbaidschan, Georgien und die Türkei ist ein relevanter Grund für ein starkes und aktives Interesse an diesem geographischen peripheren, aber strategisch gesehen ziemlich relevanten Teil Europas. Mittelfristig wird die lange Grenze der Türkei zu diesen südkaukasischen Ländern die EU-Außengrenze sein. Die EU beabsichtigt zu gewährleisten, dass keine neuen Trennlinien zwischen der EU und ihren Nachbarn entstehen. Sie zielt darauf ab, einen „Ring befreundeter Staaten“⁹²⁸ in ihrer Peripherie zu schaffen. Es ist entscheidend wichtig für die Sicherheit der zukünftigen EU, dass die Vorteile der europäischen Integration, nämlich Frieden, Stabilität und Wohlstand, auch den Nachbarn der erweiterten Union zugute kommen können. Parallel zur Einflussnahme der EU in den Nachbarregionen könnten die Konflikte und Konfliktpotenziale in der Krisenregion Kaukasus durch Stabilität ersetzt werden.

Es ist in näherer Zukunft zu erwarten, dass es eine Harmonisierung zwischen der türkischen Außenpolitik und der GASP der EU geben kann. In diesem Zusammenhang erwarten die EU und das EP von der Türkei, alles zu unternehmen, um die türkische Regionalpolitik im Südkaukasus wirksamer mit der EU zu koordinieren und dabei umfassend das Mandat und die Tätigkeit des EU-Sonderbeauftragten für diese Region zu unterstützen.⁹²⁹

Hierbei hat die Türkei als zukünftiges Mitglied der EU das konkrete Potential, einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten. Es ist in diesem Zusammenhang für die EU relevant, dass die Türkei die türkisch-armenische Grenze wieder öffnet und den friedlichen regional-

⁹²⁷ Für die EU-Politik gegenüber den Nachbarregionen vgl. Bulletin EU, 6-2003, Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, des Kaukasus und Mittelasiens (9/9), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200306/p106097.htm>; vgl. IP/04/632, Brüssel, 12.05.2004.

⁹²⁸ So bezeichnet die EU-Kommission die Nachbarschaftspolitik der EU. Bulletin EU, 6-2003, Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, des Kaukasus und Mittelasiens (8/8), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200303/p106079.htm>.

⁹²⁹ Siehe Europäisches Parlament, Plenarsitzungsdokument Bericht, A5-0204/2004, 19. März 2004, S.14/37.

politischen Kurs im Südkaukasus beibehält.⁹³⁰ Kurz- und mittelfristig ist zu erwarten, dass die Integration der Türkei in der EU viel zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den südkaukasischen Staaten beitragen könnte.

5. 5. Synopsis

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstand sowohl für die neuen unabhängigen Staaten als auch für die anderen regionalen Akteure eine andere Ausgangslage. Es fanden gravierende Machtverlagerungen im regionalen Gefüge statt. Die Entstehung neuer Staaten in der Region – vor allem der ehemals südlichen Unionsrepubliken der Sowjetunion, die auch als Turkrepubliken genannt werden – und deren Interaktionen mit ihrer Umwelt brachten neue außenpolitische Orientierungen der an der Konstellation beteiligten Staaten hervor.

Die postsowjetischen Turkrepubliken sowie die übrigen postsowjetischen Staaten der kaspischen Region – z.B. Georgien, Armenien oder Tadschikistan – haben nicht nur gravierende wirtschaftliche, sondern auch ernsthafte politische Probleme. Es ist schwierig, die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse dieser postsowjetischen Staaten als erfolgreich zu werten. In den südlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion herrscht eine generelle Instabilität. Einige Staaten sind bereits unmittelbar von der Eskalation eines Konfliktes oder gar von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffen. Fast in allen postsowjetischen Staaten existieren latente oder offene Nationalitätenprobleme, „Mikronationalismen“ und Grenzstreitigkeiten. Auch in anderen Staaten der Region wie in der Türkei, in der Russischen Föderation oder im Iran werden ethnische Konflikte bzw. Konfliktpotentiale beobachtet. Während die Türkei den gewalttätigen kurdischen Separatismus der PKK im Südosten ihres Staatsgebietes militärisch beenden konnte und gegen Ende der 90er Jahre im Rahmen ihrer EU-Kandidatur die kulturellen Rechte der Kurden und anderer ethnisch-sprachlichen Minderheiten weitgehend anerkannte und somit im Endeffekt eine demokratische Lösung der Kurdenfrage herbeiführte, konnten sich die russischen Führungseliten und Entscheidungsträger mit der neuen Lage ihres Landes in der Region bisher nicht völlig abfinden, betrachteten den Tschetschenienkonflikt entsprechend dem sowjetischen Perzeptions- und Verhaltensmuster so-

⁹³⁰ Ibid.

gar als eine interne Angelegenheit. Als Erbin des Russischen Reichs und der Sowjetunion fällt es der Russischen Föderation und deren Entscheidungsträgern schwer, eine weitgehende demokratische Transformation in Gang zu setzen, die auch das innenpolitische System des Landes einschließt. Diese Wahrnehmung und bevorzugte Verhaltensweise der russischen Eliten und Entscheidungsträger kann insbesondere in der Außenpolitik des Landes gegenüber den postsowjetischen Staaten beobachtet werden. Die russischen Entscheidungsträger tendieren dazu, die ehemaligen Unionsrepubliken der Sowjetunion nicht als völlig unabhängige und gleichberechtigte Akteure in der regionalen Konstellation zu betrachten, sondern eher als das „nahe Ausland“, das nach ihrer Definition immer noch eine russische Einflussosphäre mit „besonderen Beziehungsmustern“ ist.

Die Russische Föderation ist als politische, wirtschaftliche und insbesondere militärische Erbin der Supermacht Sowjetunion unter allen regionalen Akteuren offensichtlich die dominierende Regionalmacht im Kaukasus und in Zentralasien. Weder die Türkei, noch China oder der Iran und regionale Akteure wie Indien und Pakistan sind alleine imstande, die russische Vormachtstellung kurz- oder mittelfristig zu ihren Gunsten zu verändern. Dennoch gibt es Kooperationsfelder, in denen auch die anderen Akteure der Konstellation meist unterstützt durch weitere (westliche) Staaten bestimmte Interessen wahrnehmen und durchsetzen können. Diese neuen Kooperationsfelder können, müssen jedoch nicht unbedingt, den russischen Interessen entsprechen.

Die Anpassungsbemühungen aller beteiligten Staaten an die veränderte regionalpolitische Umwelt nach dem Ost-West-Konflikt konkretisieren sich langsam, indem die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren der regionalen Konstellation sichtbar werden. Die Energiepolitik im Kaukasus und in Zentralasien ist in diesem Zusammenhang ein beispielhaftes Betätigungsfeld der Regionalpolitik, in dem die Interessengegensätze der regionalen Akteure sich in Form von Rivalitäten und Machtkämpfe manifestieren. Auch die Kulturpolitik scheint in diesem Zusammenhang ein viel versprechendes Betätigungsfeld für türkische Außenpolitik zu sein. Auf lange Sicht könnte die gegenüber den postsowjetischen Turkrepubliken relativ erfolgreiche Kulturpolitik der Türkei den türkischen Einfluss im Kaukasus und in Zentralasien steigern. Ob sie jedoch in diesen Republiken die fest etablierte russisch-sowjetische Kultur ersetzen kann, bleibt vorerst abzuwarten. Solange Russland in dieser Region wirtschaftlich, politisch und militärisch seine Dominanz beibehalten und die GUS nach seinen Interessen kontrollieren

kann, wird eine kulturelle Transformation im Kaukasus und in Zentralasien schwer zu realisieren sein.

Im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen und vor allem der Energiepolitik der Türkei eröffnete die neue Konstellation in der Weltpolitik nach Auflösung der Sowjetunion durchaus neue Möglichkeiten. Für die dynamische und exportorientierte türkische Wirtschaft sind die neuen Märkte ein viel versprechendes neues Betätigungsfeld. Die Baku-Ceyhan-Pipeline, die als das größte Projekt der regionalen Neuorientierung der Türkei bezeichnet werden kann, bietet neue Perspektiven der Kooperation mit den Nachbarländern der Türkei, vor allem aber mit der EU, und erhöhen die Attraktivität der Türkei im Hinblick auf ihre Beziehungen zur EU. In diesem Kontext kann man von einer Steigerung der strategischen Relevanz der Türkei für die EU sprechen. Parallel zur türkischen Integration könnte der Einfluss der EU im Südkaukasus kontinuierlich zunehmen. Es ist anzunehmen, dass die EU mit der Intensivierung ihrer Präsenz – ganz besonders durch den möglichen Beitritt der Türkei – die Demokratisierungsprozesse in den postsowjetischen Staaten in dieser Region fördern und zur Stabilisierung der Region beitragen wird, was im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen der EU von großer Relevanz ist. Die EU-Orientierung dieser Staaten könnte in der fernen Zukunft den russischen Einfluss insbesondere in der Energiepolitik relativieren.

Die Intensivierung und vor allem die Institutionalisierung der Beziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken mussten in Anbetracht der neuen Machtverhältnisse in der Konstellation in der postsowjetischen Zeit scheitern. In dieser Hinsicht kann die Russische Föderation als Erbin der Supermacht Sowjetunion als aktivster Akteur der neuen Konstellation bezeichnet werden. Sowohl im Hinblick auf ihre Kapazitäten der militärischen Machtprojektion in den ehemaligen Territorien der Sowjetunion als auch bezüglich ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses verfügt die Russische Föderation über alle möglichen Mittel, den stärksten Einfluss auf den Kaukasus und auf Zentralasien zu üben. Unter diesen Umständen war und ist die Türkei als eine regionale Macht mit geringfügigeren Machtprojektionsmitteln, ganz besonders im militärischen und wirtschaftlichen Sinne, nicht in der Lage, gegenüber der Vormachtstellung der Russischen Föderation als Gegengewicht zu fungieren.

6. BEWERTUNG DER AUSSENPOLITISCHEN KONTINUITÄT UND NEUORIENTIERUNGEN DER TÜRKEI: SCHLUSSFOLGERUNGEN

In diesem abschließenden Teil der Untersuchung sollen die in der Analyse dargestellten Themenbereiche zueinander in Beziehung gesetzt werden. Dadurch können zwei grundlegende Aspekte der türkischen Außenpolitik, nämlich die außenpolitische Kontinuität und die Neuorientierung(en) seit dem Ende des Ost-West-Konflikts aus der Perspektive ihres dynamischen Wirkungszusammenhanges behandelt werden. Überdies sollen die in der Analyse behandelten Aspekte der türkischen Außenpolitik zusammengefasst und die wechselseitigen Einwirkungsprozesse und Beziehungsgefüge zwischen den einzelnen Komponenten herausgearbeitet werden, um Zusammenhänge noch transparenter zu machen. Dies soll dazu beitragen, dass die Analyse nicht (nur) eine Addition von in der vorliegenden Arbeit behandelten komplexen Teilkomponenten ist, sondern auch dazu beiträgt, im Rahmen einer Synthese neue Erkenntnisse aus der Betrachtung der Gesamtkomplexität zu gewinnen und mögliche Zukunftstendenzen herauszukristallisieren.

Die 90er Jahre könnten für die türkische Außenpolitik aus vielerlei Hinsicht als eine problematische Periode bezeichnet werden. Die Türkei wurde zu dieser Zeit aufgrund der exogenen Ereignisse, die die ganze Weltpolitik innerhalb relativ kurzer Zeit grundlegend veränderten, auf bestimmende Weise beeinflusst. Die Desintegration der Sowjetunion und die daraus folgenden Wellen in der regionalen Umgebung der Türkei, die sich meistens in Form von neuen Instabilitäten, Konfliktpotenzialen und Konflikten sowie (außen)politischen und sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten manifestierten, beunruhigten die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten vom Ende des Ost-West-Konflikts an zunehmend, da sie entsprechend der republikanischen Tradition an der Erhaltung des regionalen Status-quo auf Grundlage der Ordnung von Lausanne interessiert sind. Wie die Führungseliten in anderen Ländern in der Region, vor allem aber in Europa, waren auch die türkischen Entscheidungsträger von der plötzlich entstandenen neuen Konstellation nach Ende des Ost-West-Konflikts überrascht. Die neue regionale Konstellation führte erstens zu Veränderungen der Rahmenbedingungen der bisherigen Außenpolitik – dies impliziert vor allem die kontinuierliche Europapolitik des Landes mit dem Endziel des EU-Beitritts – und zweitens zur Gestaltung einer neuen regional gerichteten Außenpolitik ent-

sprechend der neuen Konstellation. Es wurden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts folgende, für die Gesamtaußenpolitik relevante Folgen der neuen Konstellation beobachtet, die die Neugestaltung der türkischen Außenpolitik auf bestimmende Weise mit beeinflussten: 1) Die Sichtweise und dementsprechend die Lagebeurteilung der außenpolitischen Entscheidungsträger und Führungseliten der Türkei mussten sich aufgrund den neuen exogenen Determinanten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ändern. 2) Infolge neuer Machtlagen in der regionalen und weltpolitischen Konstellation (insbesondere aufgrund der Desintegration der Sowjetunion und des Warschauer Paktes) entstanden für die Türkei neue, vorher nicht oder nur latent (und vor allem realpolitisch unbedeutend) wahrgenommene Interessensfelder mit nun bedeutend gewordenen politischen, ökonomischen, sicherheitspolitischen und kulturellen Dimensionen. In diesem Sinne wurden nach dem Paradigmenwechsel in der Weltpolitik neue Orientierungen in der türkischen Außenpolitik beobachtet. Eine aktive Balkanpolitik, die Schwarzmeerpolitik (eine von der Türkei initialisierte Kooperation mit den Schwarzmeer-Anrainerstaaten), eine neue Nahostpolitik und vor allem die in der Arbeit behandelte Zentralasien- und Kaukasuspolitik oder anders ausgedrückt, die Turkrepublikenpolitik, gehören zu den außenpolitischen Neuorientierungen, die auch ein neues Konzept der Regionalpolitik ermöglichten. 3) Die neue Konstellation hinsichtlich der sich geänderten Machtlage zwischen den an der regionalen Konstellation beteiligten – teilweise neu entstandenen – Akteuren brachte eine neue Machthierarchie hervor und die türkischen Entscheidungsträger mussten dies bei der Gestaltung der regional gerichteten außenpolitischen Neuorientierungen des Landes mitberücksichtigen. Nach der Desintegration der Sowjetunion fand nicht nur ein Machtkollaps, sondern in der Folge vor allem auch eine Machtverlagerung statt. Hierbei stellte sich die Russische Föderation in den Regionen, in denen die Türkei in 90er Jahren außenpolitisch aktiv war– vor allem in Zentralasien –, im Hinblick auf ihr Potenzial der Machtprojektion als Erbin der Sowjetunion, d.h. als dominierender Machtfaktor, dar. 4) Im Bereich des Normativen, was Ethik, Recht, Ideologie und ihre Auslegung betrifft, waren die Einflüsse der neuen Konstellation zunehmend spürbar. Das Ende des Ost-West-Konfliktes eröffnete einen Raum für eine ideologisch beeinflusste regionale Außenpolitik, die während des bipolaren Systems nicht denkbar war. In der bipolaren Weltpolitik spielte die Türkei im westlichen Bündnis eine entscheidend relevante sicherheitspolitische Rolle, infolge deren eine regional ausgerichtete Außenpolitik des Landes nur eingeschränkt möglich war. Wäh-

rend die ideologischen Grundpositionen in den außenpolitischen (und auch in den innenpolitischen) Entscheidungen zunehmend als Einflussfaktor wirkten und im außenpolitischen Zusammenhang an Relevanz gewinnen konnten, verursachten die gegensätzlichen ideologischen Positionen zwischen den Regierungen und staatlichen Institutionen (vor allem dem Militär) eine Spannung, die im Hinblick auf den Prozess der politischen Entscheidungsfindung und vor allem auf das politische System des Landes von großer Bedeutung ist. Eine weitere Beobachtung im Zusammenhang der normativen Bindungen stellt der zunehmende Einfluss der Europäischen Union im Demokratisierungsprozess der Türkei gemäß den EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen dar. Die kontinuierliche außenpolitische Europaorientierung brachte vor allem seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre die zunehmende Übernahme der ethisch-politischen Normen der EU hervor (innenpolitische Dimension der Außenpolitik). Dies stellte sich bereits seit dem Staatsstreich von 1980, vor allem aber seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, als ein Problemgebiet in den Türkisch-Europäischen-Beziehungen dar (die außenpolitische Dimension der nicht-konformen und daher sich als reformbedürftig erwiesenen ethisch-politischen Normen in der Türkei), was die EU-Integration des Landes beachtlich verlangsamt hat (außenpolitisch bedeutsame Folge der Innenpolitik). Diese gegenseitige reflexive Beeinflussung zwischen der Außen- und Innenpolitik war im Analysezeitraum charakteristisch in den Türkei-Europa-Beziehungen. In diesem Prozess wurde die türkische Verfassung von 1982 sowie andere Gesetze mit zahlreichen Reformpaketen zur Demokratisierung und EU-Anpassung das politische System des Landes reformiert, demokratisiert und liberalisiert. Die oben dargestellten fundamentalen Korrelierungen sollen bei den unten ausgeführten Schlussfolgerungen primär mitberücksichtigt werden.

Wie bereits verdeutlicht wurde, war das Ende des Ost-West-Konflikts im Hinblick auf seine außen- und sicherheitspolitischen Folgen das relevanteste internationale Ereignis für die internationale Politik und die regionale Konstellation, also auch für die Türkei. Es ist im Hinblick auf eine ganzheitliche Korrelierung und Bewertung von großer Bedeutung, die neue regionale Konstellation mit ihren Rahmenbedingungen im Zusammenhang der türkischen Außenpolitik zu thematisieren. Das in dem Desintegrationsprozess der Sowjetunion entstandene Vakuum jenseits der nordöstlichen Grenzen (türkisch-sowjetische Grenze) des Landes brachte neue exogene Einflussfaktoren hervor, die im Prozess des Policy-Making von den türkischen Entscheidungsträgern unbedingt

mit berücksichtigt werden mussten. Dabei waren sie allerdings überfordert, zumal das bestehende politische Vakuum alle Komponenten der internationalen Konstellation permanent beeinflusste, d.h. es herrschte nach der Desintegration des Ostblocks ein politischer Wandlungsprozess. Insbesondere auf dem europäischen Kontinent sind neue Verhältnisse entstanden, die relevante Auswirkungen auf die politischen Entwicklungen in Westeuropa hatten. Vor allem realisierten die Führungseliten der EU eine neue, bisher undenkbbare Dimension der europäischen Integration. Die EU wurde zu einem neuen Gravitationszentrum in der Region und setzte sich das ehrgeizige und historische Ziel, ein politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch vereinigtes Europa zu verwirklichen, das es in der europäischen Geschichte bisher nicht gab. Seitdem befinden sich die ehemals sozialistischen osteuropäischen Staaten des Warschauer Paktes sowie die drei postsowjetischen baltischen Länder unter dem dominierenden Einfluss einer alternativlosen Systemtransformation und in einem Integrationsprozess mit der EU. Auch die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten, die bereits seit Ende der 50er Jahre einen Beitritt der Türkei zur EWG/EG/EU als primäres außenpolitisches Ziel wahrnahmen und definierten, spürten diese neue, mächtige europäische Gravitation, reagierten jedoch anfangs mit den gewohnten Reflexen der türkischen Außenpolitik aus der Zeit des Ost-West-Konflikts.

Das nach der Auflösung der Sowjetunion entstandene Vakuum verursachte auch im Kaukasus und in Zentralasien gravierende Änderungen, die für die Türkei aufgrund ihrer Folgen im außenpolitischen Sinne von großer Relevanz waren. Die Türkei wurde daher wie die anderen Staaten in der Region tief greifend von diesen internationalen Ereignissen beeinflusst. Alleine die Tatsache, dass sogar die gemeinsame türkisch-sowjetische Grenze durch die Desintegration der Sowjetunion verschwand und auf ehemals sowjetischem Territorium drei neue Staaten entstanden, mit denen die Türkei nun jeweils eine Grenze hatte, zeigt das Ausmaß der Veränderung für die türkische Außenpolitik. Die Entstehung der neuen postsowjetischen Nationalstaaten im Kaukasus und in Zentralasien war eine Entwicklung, die die türkischen Entscheidungsträger nicht ignorieren konnten.

Die neue Konstellation, deren Folgen oben zusammengefasst wurden, brachte in ihrer Anfangsphase aus der Perspektive der türkischen Außenpolitik simplifiziert ausgedrückt zwei Ergebnisse von besonderer Relevanz. Zum einen brachte sie einen Verlust der sicherheitspolitischen Relevanz der Türkei im Hinblick auf die Interessen der westeuropäi-

schen Staaten mit sich. Dies veränderte die positive Haltung dieser Staaten gegenüber der Türkei im Zusammenhang mit der türkischen Europapolitik, deren wichtigstes Ziel seit langem der Beitritt des Landes in die EG/EU ist. Zum anderen veränderte die regionale Konstellation die regionalen Konditionen und eröffnete neue außenpolitische Optionen für das Land. Im Spannungsfeld zwischen diesen beiden Folgen des Endes des Ost-West-Konflikts waren die Außenpolitiker – die politischen Entscheidungsträger und Führungseliten, die Strategen und Mitarbeiter des türkischen Außenministeriums, die Intellektuellen, Eliten sowie die militärischen Kreise – mit der oben erwähnten Problematik einer nun erforderlich gewordenen außenpolitischen Anpassungs- und Neugestaltungsnotwendigkeit konfrontiert. Dies erforderte nicht nur eine außenpolitische Neu Beurteilung der internationalen Lage, sondern auch ein tiefes Verständnis der neuen Konstellation selbst, was bedeutet, dass es in diesem Zusammenhang wichtig war, die türkische Außenpolitik vor allem entsprechend der sich wandelnden regionalen Umwelt (im Sinne der Aktion-Reaktion-Aktion) neu zu gestalten. Es handelte sich hierbei nicht nur um die planungstechnische Entwicklung neuer Strategien für die Wahrnehmung neu entstandener Interessenslagen, sondern vielmehr um die Entwicklung der dauerhaften Interaktionen mit der sich verändernden Umwelt. Unterstrichen werden soll hierbei die Tatsache, dass die Entstehung einer neuen Regionalpolitik entsprechend den neuen Parametern der internationalen Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts keine optionale, sondern eine im Hinblick auf die Anpassung der Türkei an die neuen Rahmenbedingungen der äußeren Umwelt unvermeidbare Neuorientierung darstellt.

Die gesunkene Relevanz der Türkei in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war sicherheitspolitisch bedingt und erschien zumindest anfangs, die Integration des Landes in Europa zu erschweren. Die Unterschiede der neuen Ausgangslage zu alten können unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung der türkischen Beziehungen zu Europa besser verstanden werden. Die Türkei intensivierte und konkretisierte ihre Integrationsbemühungen in den Westen unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die expansionistisch orientierte sowjetische Politik in Ost- und Südosteuropa manifestierte sich im türkischen Fall mit konkreten Gebietsansprüchen auf türkischem Territorium und verursachte eine sicherheitspolitisch bedingte und von der kemalistischen Neutralitätspolitik abweichende sicherheitspolitische und militärische Integrationspolitik in den Westen. Zu dieser Zeit spielte die Türkei im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Interessen der westeu-

ropäischen Staaten und der USA eine unersetzbare Rolle. Zusammen mit Griechenland bildete die Türkei die Südostflanke der NATO und wurde aufgrund ihrer Schlüsselposition in der Verteidigung des „freien“ Europa von den Westeuropäern als ein Teil Europas wahrgenommen. Dies erleichterte die zunehmende Integration der Türkei in europäischen und westlichen Institutionen. Für die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten, aber auch für die Intellektuellen des Landes sowie für die Mehrheit der türkischen Staatsbürger, war die zunehmende Integration des säkularistisch regierten Landes in westlichen Organisationen wie der NATO, dem Europarat oder der OECD eine willkommene Entwicklung, und zwar nicht nur aufgrund der Schutzschirmfunktion des westlichen Bündnisses gegenüber der Sowjetunion, mit der das Land im Nordosten eine lange gemeinsame Grenze hatte, sondern vor allem auch im Zusammenhang mit der Identität des Landes.⁹³¹ Die Beziehungen zur Türkei wurden jedoch in Europa nur aus geostrategischen und sicherheitspolitischen Blickwinkeln gerechtfertigt und begründet. Die Priorität, das westlich-freiheitliche Europa gegenüber der expansionistischen sowjetischen Bedrohung zu schützen, bekräftigte die Position des südöstlichen NATO-Partners infolge seiner Funktion in der europäischen Sicherheitspolitik auch im Kontext der der EWG/EG. Als die türkischen Entscheidungsträger am 31. Juli 1959 die türkische EWG-Assoziation mit dem zukünftigen Ziel der Vollmitgliedschaft beantragten, wurden seitens der EWG keine Bedenken im Hinblick auf die geographischen, historischen, kulturellen oder religiösen Unterschiede der Türken zum Ausdruck gebracht. Kein Mitglied der EWG erhob Einwände in Bezug auf die Römischen Verträge von 1958, die ausdrücklich bestimmen, dass lediglich die europäischen Länder der EWG beitreten können.⁹³² Ganz im Gegenteil sogar wurde die Europaorientierung der Türkei von den europäischen Entscheidungsträgern stets unterstützt und das völkerrechtlich verbindliche Assoziierungsabkommen von Ankara sah als Endziel der Partnerschaft den türkischen Beitritt vor. In dieser Hinsicht ist die Türkei zweifelsohne seit 1959 ein Beitrittskandidat. Der Paradig-

⁹³¹ Die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten bemühen sich seit langer Zeit um die Europäisierung (oder Modernisierung, unter der sie Europäisierung verstehen). Türkische Europäisierung beinhaltet jedoch nicht nur im Sinne der Modernisierung technische, wissenschaftliche oder politisch-verwalterische Komponente, sondern auch eine identitätsstiftende Dimension. Demnach heißt Europäisierung nicht nur „Europäer werden“, sondern auch „Europäer sein“.

⁹³² Steinbach, Udo: Europa und die Türkei, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa Handbuch, Bonn 1999, S. 681-690; S. 683.

menwechsel nach der Desintegration der Sowjetunion transformierte nicht nur die ehemals sozialistischen osteuropäischen Staaten, sondern auch die westeuropäischen Staaten, vor allem aber im Hinblick auf ihre Perzeptionsweise. Die EG/EU war nach dem Ende des Ost-West-Konflikts „Zukunftsmuster für die Entwicklung des Kontinents“ und „Trägerin gesamteuropäischer Erwartungen“.⁹³³ Ironischerweise entstanden erst nach der Entstehung dieser gesamteuropäischen Perspektive die Tendenzen in Europa, die Europazugehörigkeit der Türkei und ihren zukünftigen Platz innerhalb von Gesamteuropa infrage zu stellen.

Andererseits eröffnete die neue Konstellation in der Region andere außenpolitische Möglichkeiten für die Türkei. Die Gestaltung einer neuen Regionalpolitik war für die Türkei eine Notwendigkeit. Denn es war eine neue außenpolitische Lagebeurteilung notwendig, die selbstverständlich mit den Wahrnehmungen der Entscheidungsträger und Führungseliten des Landes eng zusammenhängt. Die neue Konstellation erforderte eine realistische Bewertung und Beurteilung der neuen Ausgangslage in der Regionalpolitik, in der nun auch endogene Determinanten, vor allem ideologischer Natur, zumindest bei den Wahrnehmungen der türkischen Entscheidungsträger, Führungseliten und Intellektuellen eine Rolle zu spielen begannen. In diesem Kontext stellte es sich heraus, dass die vorrepublikanische Vergangenheit des Landes auch im Zusammenhang mit der Haltung der Staaten in den benachbarten Regionen – z.B. auf dem Balkan, im Schwarzmeerraum, im Kaukasus und im Mittleren Osten – bei der Gestaltung der Regionalpolitik von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, obwohl die offizielle Geschichtsschreibung der Republik das historische und kulturelle Erbe ihres Vorgängers (des Osmanischen Reichs) beinahe völlig ignorierte.⁹³⁴

Das Ende des Ost-West-Konflikts beeinflusste die Wahrnehmung der Führungseliten im Hinblick auf die Bewertung der Gegenwart und die Wahrnehmung der Daseinslagen, auf die rückblickende Deutung geschichtlicher Entwicklungen sowie auf Zukunftstendenzen. Hierbei spielten das ideologische Dreieck, der Kemalismus, der Islamismus und der Nationalismus, als endogene Determinanten der türkischen Außenpolitik eine einflussreiche Rolle. Einerseits bilden die Anhänger dieser Ideologien ab dem Beginn der 90er Jahren einen Teil der gesellschaftli-

⁹³³ Weidenfeld, Werner: Europa – aber wo liegt es?, in: Ders (Hg.): Europa Handbuch, Bonn 1999, S. 19-48; S. 19.

⁹³⁴ Die im außenpolitischen Kontext erst nach Ende des Ost-West-Konflikts an Bedeutung gewinnende osmanische Vergangenheit der Türkei soll allerdings nicht eine „neo-osmanisch“ oder gar „neu-imperialistische“ Außenpolitik assoziieren.

chen Pluralität in der politischen Landschaft des Landes und trugen in diesem Sinne zur politischen Kultur bei. Andererseits – und noch wichtiger – erscheinen die Ideologien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auch im außenpolitischen Kontext sowohl im Hinblick auf die Bildung neuer Wahrnehmungen der türkischen Entscheidungsträger als auch dementsprechend im außenpolitischen Entscheidungsprozess des Landes wichtiger zu sein. Die in der Analyse behandelten Ideologien beeinflussten und beeinflussen noch die selektiv-subjektive Bestandsaufnahme der türkischen Entscheidungsträger. Der pluralistische Charakter des politischen Systems der Türkei bietet Entfaltungsmöglichkeiten für diverse politische Richtungen, wobei unter anderem auch diese Ideologien eine relevante Rolle spielen. Angesichts der gesellschaftlichen Pluralität verfügen die Ideologien über genügend Nährboden für einen Evolutionsprozess. Die Transformation des Kemalismus und des Islamismus ist ein Indiz dieser positiven Entwicklung. Die Spannung zwischen den laizistisch orientierten Kemalisten und den das laizistische System des Landes zu relativieren beabsichtigenden Islamisten manifestierte sich als eine relevante endogene Kodeterminante mit außenpolitisch nicht zu unterschätzenden Folgen. Im Kemalismus als staatstragender Ideologie konkretisiert sich die früher eher marginal interpretierbare Teilung in Staatskemaismus und alternative Kemalisten. Dennoch bleibt der staatstragende Kemalismus die dominante Version dieser Ideologie und wird insbesondere vom Militär und von der Mehrheit der Bürokratie sowie von den linken Parteien (CHP und DSP) überwiegend konservativ interpretiert. Der Konservatismus im an sich reformistisch orientierten Kemalismus scheint vielleicht paradoxal zu sein, aber es ist im Kontext des Konzepts des Staatslaizismus eine Tatsache, der die staatliche Kontrolle der Religion vorsieht, um deren Einfluss auf die Politik zu verhindern. In der Außenpolitik gewinnt das Gewicht des Kemalismus gerade in diesem innenpolitischen Kontext an Relevanz. Das Spannungsfeld zwischen den laizistischen Mächten (vor allem Militär, CHP und die Mehrheit der türkischen Bürokratie) einerseits und den islamistischen Bewegungen wie der politischen Partei RP von Erbakan und der derzeit regierenden AKP von Erdoğan andererseits veranlasste, ermöglichte, und rechtfertigte auch in den 90er Jahren die permanente Einflussnahme des Militärs in Regierungsangelegenheiten. Das Paradox besteht darin, dass Staatskemaisten – vor allem das Militär – das Laizismusprinzip als untrennbaren Bestandteil einer funktionierenden Demokratie sehen und daher die Rolle des Militärs in der Politik als quasi-legitim betrachten, da dadurch eine Garantie gegen die Islamisierung des politischen Systems

gewährleistet sei. Dabei begreifen sie den Laizismus als eine vom Staat ergriffene Maßnahme gegen die Einflussnahme der Islamisten, und übersehen dabei den viel wichtigeren Prozesscharakter der sozialen Säkularisierung in der türkischen Gesellschaft, die allerdings wiederum größtenteils als Ergebnis des republikanischen Staatslaizismus begriffen werden soll. Der relevante Punkt in diesem Zusammenhang ist die oben erwähnte Legitimation der Macht des Militärs. Genauso wie der ethnische Separatismus im Südosten des Landes, der bis zur Mitte der 90er Jahre von den türkischen Entscheidungsträgern und Führungseliten als eine ernsthafte sicherheitspolitische Gefahr wahrgenommen wurde und daher die Rolle des Militärs – parallel zu seiner Funktion in der Sicherheitspolitik – in den sicherheitspolitischen Fragen quasi rechtfertigte und legitimierte, trägt die aus Sicht der hochrangigen Offiziere systemfeindliche Tendenz der islamistischen Parteien wie RP von Erbakan und AKP von Erdoğan zu den die Rolle des Militärs in diesem Kontext hinnehmenden Wahrnehmungen der staatslaizistisch orientierten zivilen Mächten (vor allem der linken Parteien) bei. Auch zahlreiche NGOs betrachten den Laizismus als die wichtigste Säule der türkischen Demokratie und positionieren sich gegen eine islamistische Relativierung des säkulareren Charakters des politischen Systems. Die Islamisten erscheinen in der Tat trotz der negativen Erfahrungen der Vergangenheit die Tendenz zur Förderung der Islamisierung einiger Politikfelder, z.B. im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik oder in der Geschlechterpolitik,⁹³⁵ nicht aufgegeben zu haben. Dennoch distanziert sich die eher muslimdemokratisch⁹³⁶ und im Zusammenhang der türkischen Außenpolitik deutlich pro-europäisch orientierte AKP von Erdoğan von der auch im außenpolitischen Sinne islamistisch orientierten fundamentalistischen RP von Erbakan. Die Spitzenpolitiker der AKP, vor allem die zur ehemaligen zweiten Generation der RP-Tradition gehörenden Führungseliten Erdoğan und Gül, wollen als eine konservative zentralrechte Richtung in der türkischen Parteienlandschaft begriffen werden. Dies erfordert natürlich eine gewisse Transformation in der Bewegung. Es lässt sich die Frage nur in der Zukunft beantworten, ob es der AKP gelingt, sich von ihren eher fundamentalistisch orientierten Wurzeln (und Wählern) deutlicher

⁹³⁵ Ein Beispiel in diesem Bereich bildet ihre negative Haltung gegenüber den staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Frauen in allen Gesellschaftsbereichen.

⁹³⁶ Dieser eher in Europa verwendete Begriff wird auch zunehmend in der türkischen Politikterminologie, vor allem in den Tageszeitungen und anderen Medien, verwendet.

zu distanzieren und sich zu einer muslimdemokratischen Partei zu transformieren, d.h. zu einer Partei, die Demokratie trotz ihrer muslimischen Wurzeln als Staatsform akzeptiert, und die in der Parteienlandschaft des politischen Systems in der Türkei einen festen Platz hat. Islamistische Nuancen, die – wie bei der Thematik der Imam-Berufsschulen – in der Exekutivpraxis der AKP-Regierung auffallen, gehören zu den Regierungskompetenzen. Dennoch implizieren sie ein gewisses Konfliktpotenzial mit dem bestehenden säkularen System des Landes. Die AKP wird in Zukunft umso mehr politisches Gewicht erhalten, je mehr sie sich im politischen System des Landes integriert. Eine mit dem System versöhnte muslim-demokratisch orientierte AKP könnte zur inneren Stabilität der Türkei viel beitragen. Dies würde die Position der Türkei in ihrer Rolle als demokratisches Beispiel für die anderen muslimischen Gesellschaften stärken.

Eine weitere außenpolitisch beeinflussbare ideologische Position impliziert der Nationalismus als turkistische bzw. panturkistische Ideologie. Der Turkismus oder Panturkismus, der entstehungsgeschichtlich bis zum Desintegrationsprozess des Osmanischen Imperiums zurückverfolgt werden kann, gewann nach der Entstehung der postsowjetischen Turkrepubliken in der außenpolitischen Praxis an Bedeutung. Der (Pan)Turkismus als Gedankengut, der einerseits infolge der antikommunistischen bzw. anti-linken Tendenz seiner Anhänger – vor allem der MHP und ihrer pro-faschistischen bzw. rechtsextremistischen Grauen Wölfe – und aufgrund der realpolitischen Lage der turksprachigen Völker in der Sowjetunion während des Ost-West-Konflikts bis in die 90er Jahre eher als eine reaktionäre und rechtsextremistische politische Position bezeichnet werden kann und andererseits durch den Einfluss der Türkisch-Islamischen-Synthese das politische System nach dem Staatsstreich von 1980, insbesondere aber die Bildungspolitik, zum Teil dominierend beeinflussen konnte, wurde gleich nach der Desintegration der Sowjetunion zu einer endogenen Determinante der türkischen Regionalpolitik im Kaukasus und in Zentralasien. Zahlreiche (pan)turkistische Entscheidungsträger der konservativen Mitte-Rechts-Parteien (der DYP und der ANAP) übten Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung in der Türkei bezüglich der Turkvölker aus. (Pan)Turkistische Bezüge wie die sprachliche, kulturelle, historische oder religiöse Gemeinsamkeiten zwischen den Türken und den postsowjetischen Turkvölkern wurden von führenden türkischen Politikern wie Özal oder Demirel sowie auch von anderen politischen Führungseliten – unter anderen auch den linken Politikern wie Ecevit – auch im Kontext der türkischen Beziehungen zu den

postsowjetischen Turkrepubliken ausgesprochen. Es ist möglich, in der türkischen Kulturpolitik im Kaukasus und in Zentralasien latente (pan)turkistische Tendenzen festzustellen, obwohl die türkischen Entscheidungsträger dies bisher stets kategorisch verneint haben. Auch realpolitisch nicht zu verwirklichende Tendenzen, engere Kooperationen mit den Turkrepubliken zu realisieren, erscheinen einen latent (pan)turkistischen Charakter zu implizieren. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Panturkismus infolge des osmanischen Expansionismus im Ersten Weltkrieg und dessen tragischen Folgen in der alltäglichen türkischen Politikterminologie mit seinem irredentistischen und expansionistischen Charakter im Vordergrund steht, wovon sich die republikanischen Entscheidungsträger bewusst distanzieren. Doch wie oben dargelegt, existieren in der ideologischen Kategorie der (Pan)Turkismen zahlreiche Tätigkeitsfelder. Im Bereich der Kultur bzw. der auswärtigen Kulturpolitik lässt sich der (Pan)Turkismus als politische Instrumentalisierung der kulturellen Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten und deren gezielte Förderung definieren. Die türkische Unterstützung der Einführung des lateinischen Alphabets in den Turkrepubliken, um die bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen dem Türkischen und den Turksprachen durch eine gezielte sprachliche Annäherung zu fördern, ist ein Beispiel dafür. Durch diese außenpolitische Instrumentalisierung des (Pan)Turkismus begründeten die türkischen Entscheidungsträger die intensiven Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken, die im Rahmen der neuen Regionalpolitik einen besonderen Platz einnahmen.

Die Funktionsweise des türkischen Prozesses der außenpolitischen Entscheidungsfindung und somit die Problematik der Gestaltung der Außenpolitik bilden einen entscheidend wichtigen Bestandteil der Analyse. Die Intervention der türkischen Armee unter General Evren im Jahr 1980 sowie die gravierenden politischen Folgen dieses Staatsstreichs primär und das Ende des Ost-West-Konflikts nach der Desintegration der Sowjetunion sowie dessen Folgen sekundär, riefen diverse Transformationen im politischen System der Türkei hervor. Die zivilen türkischen Entscheidungsträger waren im Analysezeitraum auch mit den Schwierigkeiten des innenpolitischen Erbes des Staatsstreichs von 1980 konfrontiert. Er schuf die parlamentarische Grundordnung und die Verfassung ab und löste die traditionelle Mitte-Rechts Partei AP und die sozialdemokratisch orientierte CHP auf. 1982 ließ die Militärregierung die Präsidentschaft General Evrens gleichzeitig mit der neuen, unter Militärdiktatur verfassten Verfassung per Volksabstimmung legitimieren.

Durch die verfassungsmäßige Ermächtigung des Nationalen Sicherheitsrats (NSR) als ein quasi-exekutives Organ, in dem die militärischen Mitglieder gegenüber den Regierungsmitgliedern zahlenmäßig lange überlegen und vor allem gleichberechtigt in einem Gremium waren, ermöglichte dem Militär ein institutionalisiertes Mitspracherecht. Es gab genügend Indizien, die nachweisen konnten, dass das Militär aufgrund seiner Position im NSR lange ein latentes Vetoregime im Sinne von Hale anwenden konnte. Dieser Zustand wurde auch in den regelmäßigen Berichten der EU als eine Anomalie bezeichnet, weil die Macht der Exekutive von der Staatsbürokratie relativiert wurde. Es entstand ein Spannungsfeld zwischen den Gewählten (Regierung und Parlament) und den Ernannten (Militär und Staatsbürokratie). Im Bereich der Außenpolitik hatte diese Entwicklung konkrete negative Folgen bezüglich der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundordnung. Dieses vom Militär dominierte Konzept wird vor allem beim erweiterten Begriff der Sicherheit in der politischen Praxis des Landes widerspiegelt werden. Demnach wird die Außenpolitik überwiegend als ein überparteiliches Politikfeld betrachtet, in dem die dominante Rolle des NSR verfassungsrechtlich vorgesehen war. Einige außenpolitisch relevante Themen wie die Zypernfrage, die Frage des kurdischen Separatismus etc. gehörten lange zum NSR. Natürlich bedeutete dies eine deutliche Einschränkung der Kompetenzen der zivilen und legitimen Regierung in der Exekutive. Bis zu den jüngsten Reformen zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien fungierte der NSR bei allen wichtigen politischen Entscheidungen wie ein Exekutivorgan neben der Regierung, wobei die Regierung die Haltung des NSR, d.h. de facto die des Militärs, zu berücksichtigen hatte. Seit Mitte der 90er Jahre bis 2004 wurden, wie oben erwähnt, zahlreiche Artikel der Verfassung von 1982, sogar ihre Präambel, revidiert und neu geschrieben. Nach den demokratisierenden Reformpaketen wurde vor allem der NSR weitgehend von einem Organ im Entscheidungszentrum zu einem beratenden Gremium ohne politische Kompetenzen transformiert. Dadurch wurde die Legitimität der Dualität im Entscheidungszentrum beendet und es wurden im Rahmen der Reformen de jure die EU-Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Auch in der politischen Praxis wird seit der Neugestaltung des NSR eine Änderung des Verhältnisses zwischen der Regierung und dem Militär beobachtet. Es lässt sich also feststellen, dass in diesem Prozess der Einfluss des Militärs parallel zu den demokratisierenden Reformen kontinuierlich abnimmt. Im außenpolitischen Zusammenhang ist diese Entwicklung insbesondere im Prozess der türkischen Integration in die EU von großer Bedeutung, zumal das

entpolitisierte Politikfeld Außenpolitik von seinem militärisch dominierten Charakter befreit und die zivile Kontrolle in diesem Politikfeld gewährleistet und somit eines der problematischsten Bereiche im Beitrittsprozess der Türkei vorwiegend beseitigt wird. Die Zyperngespräche im April 2004 zeigten deutlich, dass die Regierung – vor allem infolge der Neugestaltung des NSR – in der Lage ist, sogar bei der sicherheitspolitisch höchst relevanten Thematik Zypern den politischen Willen auch gegen einige abweichende Wahrnehmungen der Armeeführung im NSR durchzusetzen und die Verantwortung der resultierenden politischen Entscheidungen alleine zu tragen. Daher darf dieser Schritt in der politischen Praxis nicht unterschätzt werden. Bisherigen Beobachtungen zufolge scheint auch die Armeespitze ihre neue entpolitisierte Rolle akzeptiert zu haben. Die Vorbereitung der Türkei auf den Beitritt zur EU im Rahmen der Beitrittspartnerschaft fördert nicht nur den Reformprozess zur Demokratisierung, sondern sie zwingt auch alle Führungseliten des Landes, darunter auch die militärischen Führungseliten, in der Praxis zu einem Wandel ihres politischen Verhaltens. Es bleibt abzuwarten, wie dieses neue Entscheidungszentrum, in dem das Militär über keine legitime oder legale politische Rolle oder Einflussmöglichkeit mehr verfügt, in der politischen Praxis funktionieren wird. Die Transformation im politischen System des Landes und vor allem in der Funktionsweise der Entscheidungsprozesse birgt natürlich ein gewisses Konfliktpotenzial zwischen den Zivilen und den Militärs, doch angesichts des bisher verwirklichten Demokratiestandes der Türkei und der zunehmenden Einflussnahme Europas in der türkischen Innenpolitik parallel zur zunehmenden Integration der Türkei in die EU wird die Möglichkeit eines Abbruchs der demokratischen Ordnung in der Türkei durch eine militärische Intervention ziemlich unwahrscheinlich.

Weitere Probleme im Bereich des Prozesses der außenpolitischen Entscheidungsfindung hängen mit der Machtverteilung im Bereich der Exekutive zwischen dem Präsident und der Regierung (vor allem dem Premierminister) sowie den Ungleichgewichten in der Parteienlandschaft zusammen. Auch hierbei spielten der Staatsstreich von 1980 und die Verfassung von 1982 eine bestimmende destrukturierende Rolle. Die neuere Geschichte des Landes zeigt, dass infolge ihrer exekutiven Kompetenzen vor allem Präsident Özal, aber auch Präsident Demirel, eine gewichtige Rolle in der Außenpolitik spielen konnten. Präsident Özal gelang es sogar, während des Zweiten Irakkriegs die türkische Außenpolitik allein zu lenken und als relevantester Entscheidungsträger im außenpolitischen Entscheidungsprozess zu fungieren. Obwohl dabei die

politische Biographie von Özal eine mitbestimmende Rolle spielte, wurde in der Analyse auch auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Legitimitätsgrundlagen hingewiesen, die die dominante Teilnahme des Präsidenten am außenpolitischen Entscheidungsprozess ermöglichte. Die politisch aktive Rolle des Präsidenten im außenpolitischen Entscheidungszentrum nahm während der Amtszeit von Präsident Demirels ab. Er fungierte in den Beziehungen zu den Turkrepubliken als harmonisierender Außenpolitiker und in der Regierungszeit der RP-DYP-Koalitionsregierung als Vermittler in der Staatskrise zwischen der Regierung und der Bürokratie (vor allem aber dem Militär). Die Rolle des Präsidenten normalisierte sich schließlich mit der Präsidentschaft des amtierenden Präsidenten Sezer. Es lässt sich feststellen, dass bei der Frage der Rolle des Präsidenten in der Außenpolitik vor allem die persönliche Biographie der Präsidenten eine Rolle bei wahrgenommenen oder nicht wahrgenommenen politischen Funktionen spielen. Andererseits impliziert die gesetzliche Grundlage in der Verfassung ein Potenzial an Machtkonkurrenz zwischen der Regierung und dem Präsidenten. Im Falle der Präsidentschaft einer politischen Persönlichkeit könnten diesbezügliche Schwächen des politischen Systems der Türkei wieder auftauchen und den (außen)politischen Entscheidungsprozess beeinträchtigen.

Eine weitere Folge des Staatsstreichs von 1980, die indirekt auch zur „Relativierung“ der Exekutive geführt hat, ist die Zersplitterung der politischen Parteienlandschaft und die Zerstörung des Gleichgewichts zwischen den herrschenden Mitte-Rechts und Mitte-Links orientierten Parteien und daraus folgende Instabilität in der Innenpolitik. Nach diesem Eingriff entstanden zwei zentralrechte und zwei zentrallinke Parteien, nämlich die ANAP/DYP und DSP/CHP. Diese Struktur und das Wahlsystem mit einer Hürde von 10% führten zu einem permanenten Machtverlust des Zentrums der Parteienlandschaft und verursachte im Endeffekt die heutige Konstellation in der TBMM, in der lediglich die AKP von Erdoğan und die sozialdemokratische CHP von Baykal repräsentiert sind. Durch die politische Erosion infolge der Teilung der Mitterechts- und Mittelinksparteien blieben die Mitterechtsparteien ANAP und DYP sowie die Mittelinkspartei DSP außerhalb des Parlaments. Die Führungseliten der zentralen Parteien, die eine Vereinigung in Mitterechts- und Mittelinkslager nicht realisieren wollten, können bei dieser Entwicklung als Hauptverantwortliche bezeichnet werden. Bisher konnte diese Schwäche in der Parteienlandschaft der Türkei nicht beseitigt werden.

Der innenstaatliche Bereich befindet sich seit dem Anfang der 90er Jahre in einem Wandlungsprozess, der durch die nahe außenpolitische Umwelt – vor allem durch die EU – bestimmend beeinflusst wird. Es handelt sich bei diesem Wandlungsprozess um eine zunehmende Demokratisierung und Transparenz, um die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Zivilen und Militärs im Sinne der europäischen Rechtsstaatlichkeit – wie es am Beispiel der Zypernpolitik der AKP beobachtet werden konnte – um die zunehmende Bewegungsfreiheit bei den außenpolitischen Entscheidungen.

Die Türkei-EU-Beziehungen und vor allem die türkische Integration in die EU sind eines der aktuellen Themenbereiche der türkischen Außenpolitik sowie der aktuellen Diskussionen über die EU-Erweiterung. Der gesellschaftliche Konsens in der Türkei, die EU-Mitgliedschaft zu verwirklichen, spielt insbesondere seit dem EU-Gipfel von Helsinki von 1999, an dem die Türkei als offizieller Beitrittskandidat der EU anerkannt wurde, in der türkischen Innenpolitik eine zunehmende Rolle. Der Prozess der Beitrittsvorbereitung bewegt alle politischen Gruppierungen, NGOs, Universitäten und staatliche Einrichtungen und Instanzen, den Demokratisierungsprozess des Landes zu beschleunigen. Die Erfüllung der politischen Beitrittskriterien der EU ist für die türkischen Entscheidungsträger seitdem eine große Herausforderung.

Die Türkei-EU-Beziehungen und der türkische Integrationsprozess in die EU ist eines der primären Interessensfeldern der vorliegenden Arbeit. Die Beziehungen der Türkei zu Europa einerseits und die EU-Kandidatur dieses Landes andererseits werden gemeinsam als Kontinuität der türkischen Außenpolitik bezeichnet. Vor allem in der Außenpolitik der republikanischen Geschichte vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute wird in der Tat eine unübersehbare Integrationspolitik mit den westlichen bzw. europäischen Kooperationsformen festgestellt. Sicherlich ist die EWG/EG/EU-Mitgliedschaft und diesbezügliche Politik der Türkei der wichtigste Bestandteil der außenpolitischen Orientierung. Die EU-Orientierung der Türkei hat aus türkischer Perspektive zahlreiche Dimensionen. Die geologische Lage des Landes zwischen Europa, dem Kaukasus, dem nordöstlichen Mittelmeer, der Schwarzmeerregion und dem Nahen Osten sowie der identitätsbezogene kulturelle Dualismus zwischen islamischen Wurzeln und moderner europäischer Identität spielen nicht nur in Bezug auf die innenpolitischen Verhältnisse, sondern auch in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU im Zusammenhang der Außenpolitik eine relevante Rolle. Auf die Interaktionen zwischen dem Osmanischen Reich und den anderen europäischen Mäch-

ten wurde oben hingewiesen. Die Französische Revolution und ihre politischen und kulturellen Folgen beeinflussten sowohl die Führungseliten und Intellektuellen der osmanischen Gesellschaft wie auch infolge der Entstehung der Nationalismen das Schicksal des Imperiums selbst. Gesellschaftliche Bereiche wie das Militärwesen (europäische Neugestaltung und Lehrprogramme), das politische System (Relativierung des Absolutismus und Teilung der Macht mit dem Parlament), das Rechtssystem (Relativierung der islamischen Gesetzgebung und Einführung der europäischen Gesetze), das Schulsystem (Modernisierung der Schulen) etc. wurden ab dem 18. Jahrhundert von europäischen Entwicklungen und von Europa selbst immer stärker beeinflusst. Dies setzte in der osmanisch-türkischen Geschichte zugleich eine kulturelle Europäisierung in Gang, die von den führenden Gesellschaftsschichten gefördert und von der Bevölkerung mehrheitlich verinnerlicht wurde. Diese tradierte Haltung der türkischen Führungsschichten wurde von den Gründern der republikanischen Türkei (de facto seit 1920 und de jure seit 1923) vererbt. Die Analyse der republikanischen Geschichte der Türkei lässt zweifelsohne feststellen, dass die Republik Türkei auf die ideelle Grundlage der europäischen Aufklärung gegründet wurde. Die Überreste islamischer Referenz(quellen) in der Politik, im Rechtswesen – sowohl im Sinne der Gesetzgebung, als auch in der Rechtspraxis – und im öffentlichen Leben (d.h. in der nichtreligiösen Sphäre) wurden auf revolutionäre Weise abgeschafft und die Rolle der Religion(en) durch den Staatslaizismus auf das Privatleben des Individuums beschränkt. Das Ziel der Eliten der Republik, die aus ihrer Wahrnehmung her einzige Zivilisation zu erreichen beinhaltete auch identitätsstiftende Funktionen. Es ist hier sehr wichtig, zu betonen, dass es sich dabei um eine bewusste transepo-chale Wahl der türkischen Führungsschichten handelt, deren Gründe nicht exogener Natur waren. Es handelte sich bei dieser Wahl um eine Entscheidung der Führungseliten und Intellektuellen im eigenen Land. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstand ein konkretes sicherheitspolitisches Interesse der Türkei im Bezug auf eine Intensivierung ihrer Beziehungen zu Europa (und generell zum Westen). Die Türken wollten also nicht unter den besonderen Konditionen des Kalten Kriegs Europäer werden, um sich möglicherweise sicherheitspolitische Vorteile zu schaffen, sondern sie nahmen sich tatsächlich bereits viel früher als Europäer wahr. Diese Selbstwahrnehmung der türkischen Eliten als Folge türkisch-europäischer Interaktion wurde von den europäischen Eliten vorwiegend nicht registriert. In Europa blieb die identitätsstiftende Rolle der Türken als „das Andere“ erhalten, während in der

Türkei Europa als „das Andere“ parallel zur zunehmenden Europäisierung der Türken überwiegend relativiert wurde. Die Eliten der Republik Türkei gründeten und definierten das Land als einen europäischen Staat, genauso wie ihr Vorgänger, das Osmanische Reich, sich selbst stets als europäischer Akteur wahrgenommen hat. Die kontinuierlichen außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu Europa – zu europäischen Staaten – dominierte dementsprechend überwiegend auch die türkische Diplomatie nach der Gründung der Republik. Während des Zweiten Weltkriegs agierte die Türkei trotz der Neutralitätspolitik ihrer Entscheidungsträger als ein europäischer Staat. In diesem Sinne war die Beteiligung oder Nicht-Beteiligung der Türkei am Zweiten Weltkrieg eine europäische Frage, die für die Entwicklung des Kriegs in Europa von voluminöser Bedeutung war. Die Türkei war daher ein Teil der europäischen Konstellation im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie ebenfalls Teil der neuen Konstellation – Nachkriegsordnung – Europas. Nach der Konkretisierung der sowjetischen Expansionspolitik gegenüber der Türkei zeigten die türkischen Entscheidungsträger ein deutliches Interesse, mit den USA und Westeuropa in der Sicherheits- und Militärpolitik eng zu kooperieren. Die türkische Rolle im Ost-West-Konflikt in Südosteuropa und in der nordöstlichen Mittelmeerregion trug erheblich zur westeuropäischen Sicherheit bei und verstärkte die Selbstwahrnehmung der Türken als Europäer weiter, was den intensiven Kooperationen mit Europäern im Bereich der Sicherheitspolitik und zunehmend auch in wirtschaftlichen und politischen Bereichen entsprach. Diese türkische Selbstperzeption spielte bei der Intensivierung der Beziehungen der Türkei zu Europa eine große Rolle und motivierte sie dazu, an den institutionalisierten Kooperationen in Europa teilzunehmen. Der Antrag der Türkei auf eine Assoziierung (unmittelbar nach Gründung der EWG), die für die Zukunft die Vollmitgliedschaft des Landes vorsieht, soll unter anderen auch aus dieser Perspektive bewertet werden. Es lässt sich feststellen, dass die Wahrnehmung der türkischen Entscheidungsträger und der europäischen Entscheidungsträger sich bezüglich ihrer Motive für die Kooperation von Anfang an unterschieden: während die türkischen Entscheidungsträger die Integrationspolitik in Europa unter anderem auch aus der Perspektive der Bestätigung der europäischen Identität ihres Landes und Volkes betrachteten, erhofften sich die europäischen Entscheidungsträger eine strategisch begründete stärkere Bindung der Türkei an Westeuropa. Diese Wahrnehmungsunterschiede und die daraus resultierenden Konfliktpotentiale waren in den

Türkei-Europa-Beziehungen während des Ost-West-Konflikts dauerhaft latent vorhanden.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts änderten sich die Rahmenbedingungen in der regionalen und internationalen Konstellation gravierend. Die Türkei gehörte, wie mehrfach betont, zu denjenigen Staaten, die von den Veränderungen im internationalen System am meisten betroffen waren. Aber auch die Türkei-EU-Beziehungen blieben von diesen exogenen Faktoren nicht verschont. Es lässt sich feststellen, dass die Interessenslagen der EU sich entsprechend den neuen Konditionen in Europa geändert haben. Wie oben dargestellt, erhielten die osteuropäischen Staaten von Beginn der 90er Jahre an entsprechend neudefinierten europäischen Interessen viel konkretere Integrationschancen, d.h. Möglichkeit der Vollmitgliedschaft, während der türkische Beitritt nicht mehr auf der Tagesordnung der EU stand. Die türkischen Führungseliten mussten sich nun auf Teilbereiche der Integration mit der EU konzentrieren, da eine ganzheitliche Beitrittsperspektive von der EU her nicht mehr angeboten wurde.

In diesem Zusammenhang erschien die Zollunion mit der EU auf Basis des EWG-Türkei-Assoziationsabkommens von Ankara (1963) ein Weg zu sein, einerseits die Integration mit der EU voranzutreiben, und andererseits den Beziehungen einen neuen Impuls zu geben. 1995 wurde nach langwierigen Verhandlungen der Vertrag zur Zollunion unterzeichnet, und 1996 trat die Türkei der Europäischen Zollunion bei. Im Hinblick auf die Demonstration der türkischen EU-Orientierung war der Beitritt in die EU-Zollunion – ohne jedoch an Entscheidungsmechanismen der EU teilnehmen zu können, d.h. ohne zuvor Vollmitglied zu werden – von voluminöser politischer Relevanz und ein Zeichen für den politischen Willen der Führungseliten des Landes, die Integration mit der EU voranzutreiben. Denn mit ihrem Beitritt übernahm die Türkei auch den EU-Außenzolltarif für dritte Staaten und trat einen Teil ihrer Souveränität an die EU ab. Die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten definierten zu dieser Zeit die Anerkennung der Türkei von der EU als offizieller Beitrittskandidat als wichtigstes außenpolitisches Ziel in der Europapolitik. Die Entscheidungsträger der EU tendierten jedoch dahin, die Türkei einerseits nicht direkt als Beitrittskandidat anzuerkennen und Zugeständnisse für die Entwicklung der Beziehungen in Richtung Vollmitgliedschaft zu machen, aber andererseits – wie durch die Zollunion mit der Türkei – das prowestliche Land mit politischen Schritten einer Art Sonderbeziehung an Europa zu binden, da im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik und auf seinen wachsenden

konsumorientierten Binnenmarkt ein Land wie die Türkei wichtig war. Es kann festgestellt werden, dass die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs der EU die Türkei zu dieser Zeit nicht in das Konzept eines vereinigten und erweiterten Europa aufnehmen wollten. Zahlreiche Entscheidungsträger in der EU nahmen die Türkei als ein Land wahr, das trotz seiner partiellen Zugehörigkeit zu Europa kein kultureller Teil Europas ist. Die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten hingegen hatten andere Wahrnehmungen: nach türkischer Sicht war und ist die Türkei immer Teil Europas. Die Rolle der Türkei während des Ost-West-Konflikts im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft trug zur Verteidigung, Sicherheit und Prosperität Westeuropas und auch zu dessen Einigung viel bei. Die Türkei erwies sich als ein zuverlässiger europäischer Partner Europas und orientierte sich seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses an Europa, mit dem Ziel, als gleichberechtigter Partner an der europäischen Integration teilzuhaben. Diese pro-europäische Politik wurde damals auch von den europäischen Staaten unterstützt. Das Assoziationsabkommen von Ankara (1963) sah, wie mehrfach betont, die zukünftige Vollmitgliedschaft der Türkei in der EWG/EG vor und so wurde der Türkei sowohl völkerrechtlich als auch politisch eine klare Beitrittsperspektive als europäischer Staat – nun im Kontext der Zukunft ihrer Beziehungen zur EWG/EG/EU – bestätigt. Die bereits dargestellten Wahrnehmungsunterschiede zwischen den türkischen Führungseliten und den europäischen Entscheidungsträgern existierten auch während des Ost-West-Konflikts, aber sie wurden von beiden Seiten nicht direkt wahrgenommen, weil zum einen die Türkei aus Sicht der europäischen Entscheidungsträger angesichts ihrer ökonomischen und politischen Lage von einem Beitritt weit entfernt war und zum zweiten die außerordentlich wichtige Rolle des Landes im Ost-West-Konflikt sowie die Rahmenbedingungen der europäischen Konstellation auf dem geteilten Kontinent eine Manifestation und Verdeutlichung derartiger Wahrnehmungsunterschiede nicht unbedingt erforderten. Die europäischen Entscheidungsträger betrachteten die Türkei zwar aus realpolitischen Gründen immer als einen zuverlässigen Partner im Rahmen der blockgebundenen euro-atlantischen Sicherheitspolitik und unterstützten sie aus diesem Blickwinkel auch bei der Frage ihrer Europaorientierung, sie nahmen sie jedoch im selben Kontext nicht zusammen mit anderen euro-mediterranen Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal wahr, die ähnliche ökonomische und politische Probleme hatten. Die Türkei fand sich insbesondere bezüglich ihrer innenpolitischen Lage auf die neue internationale Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

ziemlich unvorbereitet: das Erbe der Militärregierung zwischen 1980-1982 und die als dessen Folge verabschiedete Verfassung von 1982 verhinderten bzw. verlangsamten den Demokratisierungsprozess in der Türkei und verursachten eine ernste Instabilität in der türkischen Innenpolitik. Von Beginn der 80er Jahre wurde diese Problematik zu einem der primär wichtigen Themen in den Türkei-EG/EU-Beziehungen, das wegen seiner Relevanz zunehmend eine bestimmende Rolle zu spielen begann. Während es in den 90er Jahren den ehemals sozialistischen mittel- und osteuropäischen Staaten gelang, ihre politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse erfolgreich abzuschließen und von der EU konkrete Beitrittsperspektiven angeboten zu bekommen, erwiesen sich die türkischen Fortschritte in diesem Zusammenhang überwiegend als unzureichend. Die fehlende konkrete Beitrittsperspektive der Türkei erwies sich äußerst kontraproduktiv. Die Türkei gehörte zu dieser Zeit offensichtlich nicht zu den Prioritäten der EU im Kontext der Erweiterung. Die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten waren mit dem Problem konfrontiert, dass ihr Land in Europa zunehmend an die Peripherie gerückt wurde. Die Desintegration der Sowjetunion sowie die Befreiung – und Europaorientierung – derer Satellitenstaaten in Osteuropa ermöglichte der EU, neue Visionen für die politische Gestaltung des europäischen Kontinents zu entwickeln und zum Teil zu realisieren, wobei die geographische Entfernung der Türkei von Kerneuropa sich bezüglich der türkischen Interessen weitgehend als nachteilig erwies. Die neuen Dimensionen der europäischen Integration sahen neben der Vertiefung der wirtschaftlichen Integration auch den zunehmenden Ausbau der politischen, außen- und sicherheitspolitischen Komponente vor und verstärkten die Position der EU in der Weltpolitik. Von der so entstandenen neuen integrationspolitischen Gewichtung der EU konnte sich die Türkei vor allem aufgrund ihrer intensiven ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen nicht isolieren.

Die Politik der EU gegenüber der Türkei wurde quer durch alle Gesellschaftskreise, in Hochschulen, NGOs und von den Proeuropäern scharf kritisiert. Die Enttäuschung der türkischen Eliten war groß. Auch in der EU löste die unerwartete Reaktion der Türkei neue Diskussionen über die EU-Türkei-Beziehungen aus und setzte einen politischen Denkprozess in Gang. Eine Normalisierung der Beziehungen gelang es erst nach dem Beschluss des Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Union auf dem EU-Gipfel von Helsinki wieder herzustellen. Die dort getroffene historische Entscheidung, die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten der EU zu erklären und ihre Kandidatur auf der Grund-

lage der dafür allgemein gültigen Prinzipien und Kriterien zu bewerten, bestätigte die klare Beitrittsperspektive der Türkei und nahm das Land in den Erweiterungsprozess der EU auf. In Helsinki erklärten Premierminister Ecevit (DSP) und der Außenminister Cem (DSP), die notwendigen Reformen zur Erfüllung der EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen energisch voranzutreiben, um die Anpassung der Türkei an die EU-Normen zu beschleunigen. Der Reformprozess von 1999 bis Mitte 2004 brachte praktisch eine neue Verfassung hervor, die entsprechend den EU-Normen die Grundordnung einer europäischen Rechtsstaatlichkeit erfüllt. Ausgehend von diesen Verfassungsreformen fand in der Türkei eine politische Systemtransformation statt, die die letzten undemokratischen Bestandteile der Ordnung von 1982 abgeschafft hat. Die politischen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen wurden bis dato de jure weitgehend erfüllt. Auch die EU deutete bereits 2002 auf die Erfüllung der wesentlichen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft hin. Aufgrund dieser positiven Entwicklungen tendiert die EU dazu, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen. Die endgültige Entscheidung wird diesbezüglich im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und der Empfehlung der EU-Kommission getroffen. Die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen bedeutet nicht unbedingt eine übereilte Aufnahme des Landes in die EU. Auch die türkischen Entscheidungsträger rechnen mit langen Beitrittsverhandlungen. In der EU wird das Jahr 2013 als frühestmögliches Datum für den türkischen Beitritt genannt. Probleme, die die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen verzögern könnten, liegen nun an der Anwendung, d.h. an der politischen Praxis.

Die klare Beitrittsperspektive der Türkei beschleunigte, wie oben darauf hingedeutet, den türkischen Demokratisierungsprozess und bestätigte nochmals die stabilisierende politische Rolle der EU in Europa. Nicht nur im Hinblick auf die innenpolitischen Verhältnisse der Türkei, sondern auch auf die Außenpolitik des Landes wurde zwischen 1999-2004 der Einfluss der EU deutlich. Die türkische Haltung nach der US-amerikanischen Invasion im Irak, d.h. der Dritte Irakkrieg, die deutliche Entspannung und der initialisierte Dialog in den türkisch-griechischen Beziehungen und vor allem der neue außenpolitische Kurs der Türkei in der Zypernfrage sind die greifbarsten Teilbereiche der türkischen Außenpolitik, in denen die Beeinflussung der EU am konkretesten feststellbar sind. Die Zustimmung zum Plan der UN zur Wiedervereinigung Zyperns wäre für die türkischen Entscheidungsträger ohne die klare EU-Beitrittsperspektive der Türkei undenkbar gewesen. Diese Kursänderung der Türkei reichte zwar nicht für die Wiedervereinigung der Mit-

telmeerinsel vor dem Beitritt des griechischen Teils zur EU, aber sie entspannte den Konflikt und stärkte die Positionen der EU und der UN. Von daher ist die wachsende Rolle der EU in der Konfliktkonstellation im nordöstlichen Mittelmeer als positiv zu bewerten. Die Entspannung in dieser Region zwischen dem EU-Mitglied Griechenland, dem neuen Mitglied der Union Zypern (de facto nur griechischer Teil) und dem EU-Beitrittskandidaten Türkei demonstriert die Möglichkeiten der europäischen GASP in ihren Grenzregionen.

Die Türkeipolitik der EU birgt trotz der diesem Land angebotenen Beitrittsperspektive einige Konfliktpotenziale. Einige politische Parteien und Führungseliten in Deutschland und Frankreich fordern energisch die Revidierung des Status der Türkei als Beitrittskandidat und beabsichtigen, den türkischen Beitritt zu verhindern oder möglichst zu verzögern, selbst wenn die Türkei politisch und wirtschaftlich für einen Beitritt bereit wäre. Diese insbesondere christdemokratisch-konservativ orientierten Kräfte in Europa wollen der Türkei anstatt einer Vollmitgliedschaft eine Art Sonderbeziehung anbieten. Die christdemokratisch-konservativen Führungseliten in Deutschland begründen die Ablehnung eines türkischen Beitritts zur EU überwiegend mit kulturellen Argumenten, vor allem im Kontext der überwiegend muslimischen Identität der Bevölkerung dieses EU-Kandidats. Auch demographische, geographische und teilweise wirtschaftliche Gegenargumente stärken die ablehnende Haltung der Konservativen. Es ist bekannt, dass einige EU-Mitglieder, z.B. Polen, die christliche Identität in Europa sogar in die EU-Verfassung aufnehmen wollten. Hierbei spielen wiederum die Ansichten der konservativen Führungseliten bezüglich der Rolle des „Anderen“ bei der Definition und Wahrnehmung ihrer europäischen Identität, die sie mit der christlichen Identität beinahe gleichsetzen, eine wichtige Rolle. Der Vorschlag einer Sonderbeziehung wird daher von den türkischen Führungseliten als eine höflich formulierte Ablehnung des türkischen Beitritts zur EU wahrgenommen, wobei diese Wahrnehmung aus vielerlei Hinsicht mit dem deutlichen tendenziösen Verhalten der konservativen Führungseliten, wie z.B. Merkel und Stoiber, übereinstimmt. Diese Position, die als „Zollunion plus“ zusammengefasst werden kann, dominiert zwar derzeit nicht die offizielle Türkeipolitik der EU, sie muss im Zusammenhang mit den möglichen Entwicklungstendenzen der türkischen Integration in die EU allerdings mit einkalkuliert werden. Fakt ist, dass die Führungseliten aller Parteien des Landes eine Sonderbeziehung zwischen der Türkei und der EU einheitlich kategorisch ablehnen. Diesbezüglich gibt es in der Türkei also einen weitgehenden Konsens. Es

ist kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten, dass die türkischen Entscheidungsträger ihre politische Haltung hierzu ändern. Im Falle einer Revidierung der EU-Entscheidung, die Türkei als zukünftiges Mitglied zu betrachten, könnten daher ernsthafte Belastungen in den Türkei-EU-Beziehungen herbeiführen. Es wäre denkbar, dass diese Probleme auch die bilateralen Beziehungen der Türkei zu den einzelnen EU-Staaten beeinträchtigen könnten. Eine derartige Positionsänderung in der EU würde darüber hinaus die Glaubwürdigkeit der EU nicht nur aus der Perspektive der türkischen Wahrnehmungen, sondern auch in der Welt erschüttern. Ferner könnte die Ablehnung der Türkei auf der Grundlage derartiger Perzeptionen der europäischen Führungseliten das EU-Bild in der muslimischen Welt im negativen Sinne verändern und zusätzliche Polarisierungen zwischen Europa und dem Islam hervorrufen. Auch für die große türkische Bevölkerung in Europa wäre dies ein polarisierendes Signal. Auf längere Sicht könnte ein eindeutiger Ausschluss der Türkei von der europäischen Integration identitätsbezogene Änderungen in der türkischen Bevölkerung hervorrufen.

Die neue weltpolitische und regionale Konstellation sowie die daraus entstandene relative Peripherisierung der Türkei aus europäischer Perspektive verursachten zu Beginn zwar einen gewissen Wertverlust der Türkei im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik, aber andererseits eröffneten sie für die Türkei neue Möglichkeiten und Chancen für die Entwicklung einer aktiven Regionalpolitik. Zahlreiche internationale Führungspersonlichkeiten wiesen der Türkei in diesem Kontext eine aktive regionale Rolle zu. Tatsächlich entstanden in der nahen Umwelt der Türkei – auf dem Balkan, im Schwarzmeerraum, im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten, aber vor allem im Kaukasus und in Zentralasien – neue wirtschaftliche sowie außen- und kulturpolitische Kooperationsmöglichkeiten und Betätigungsfelder. Insbesondere die neuen unabhängigen postsowjetischen Turkrepubliken sollen in diesem Zusammenhang als ein vordringliches Betätigungsfeld der neuen türkischen Regionalpolitik betrachtet werden.

Es soll an dieser Stelle zunächst nochmals auf die Relevanz der Gestaltung einer neuen Regionalpolitik der Türkei betont werden. Es lässt sich – wie oben bereits angedeutet – vorab feststellen, dass diese neue Regionalpolitik vor allem eine Notwendigkeit im Sinne der Anpassung der Türkei an die neue regionale Konstellation war. Dies kann folgendermaßen begründet werden: Die Desintegration der Sowjetunion war Ausgangspunkt für diese außenpolitische Notwendigkeit. Die direkte Nachbarschaft der Türken und Russen ging durch die Desintegration der

Sowjetunion nach Jahrhunderten zu Ende. In dem ehemals russisch-sowjetischen Territorium im Südkaukasus, mit dem die Türkei eine lange Grenze hat, erlangten drei ehemals sowjetische Unionsrepubliken ihre Souveränität und wurden am Ende des Desintegrationsprozesses zu unabhängigen Staaten. Auf dem Balkan nahm der russische Einfluss parallel zu dieser Entwicklung deutlich ab. Die Region Südosteuropa geriet unter die starke Anziehung der EU. Im Schwarzmeerraum erlangten die sowjetischen Unionsrepubliken Ukraine und Moldawien ebenfalls ihre Unabhängigkeit. In Zentralasien – einer Region, die von den benachbarten Regionen der Türkei geographisch getrennt ist, zu der jedoch historische und kulturelle Verbindungen vorhanden sind – entstanden ebenfalls neue postsowjetische Republiken. Der Irak wurde nach dem Ende des Zweiten Irakkriegs de facto geteilt und demzufolge entstand im Nordirak – eine Region, mit der die Türkei eine gemeinsame Grenze hat – ein Machtvakuum. Diese Ausgangslage der türkischen Regionalpolitik könnte folgendermaßen zusammengefasst werden: einerseits gab es für die türkische Außenpolitik neue Betätigungsfelder mit neuen Möglichkeiten und Optionen, von denen die Türkei mittel- und langfristig profitieren könnte. Andererseits aber wurde die türkische Außenpolitik durch die regionale Instabilität direkt bedroht. Es war jedenfalls für die türkischen Entscheidungsträger ein Faktum, dass die Rahmenbedingungen der türkischen Außenpolitik bis zum Ende des Ost-West-Konflikts ihre Gültigkeit voll und ganz verloren hatten. Sie mussten daher entsprechend den realpolitischen Rahmenbedingungen und Konditionen der neuen regionalen und weltpolitischen Konstellation eine neue regionale Außenpolitik gestalten. Ein außenpolitischer Anpassungsprozess musste in Gang gesetzt werden. Dieser Prozess erforderte eine neue Lagebeurteilung der regionalen Umwelt, eine Definition der neuen Interessen entsprechend den neuen regionalen Rahmenbedingungen und letztendlich die Gestaltung einer neuen Regionalpolitik. Die Zentralasien- und Kaukasuspolitik der Türkei war ein signifikanter Bestandteil der neuen türkischen Regionalpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Am Beispiel der Analyse dieser Neuorientierung können die fundamentalen Entwicklungen sowie deren mögliche Folgen und Entwicklungstendenzen der neuen türkischen Regionalpolitik festgestellt werden.

Bei der Bewertung der türkischen Zentralasien- und Kaukasuspolitik sollen wie in der Analyse anderer Themenbereiche der Außenpolitik die Wahrnehmungen der türkischen Entscheidungsträger mit berücksichtigt werden, da diese insbesondere in der Phase der Lagebeurteilung

und der Interessensdefinition von entscheidender Relevanz sind. In der Türkei wurde die Auflösung der Sowjetunion nicht nur aufgrund des gesunkenen Gefahrenpotenzials im Hinblick auf die türkische Sicherheitspolitik begrüßt, sondern auch infolge der Entstehung der „türkischen Welt“. Diese subjektive Perzeption der türkischen Eliten ist einerseits auf mangelndes Wissen der Mehrheit der türkischen Eliten über die turksprachigen Völker der ehemaligen Sowjetunion, andererseits auf bewusste Propagandaarbeit der (pan)turkistischen Intellektuellen zurückzuführen. Es ist zwar eine Tatsache, dass es nicht zu unterschätzende sprachliche Ähnlichkeiten zwischen den Turksprachen – unter anderem auch mit dem Türkischen – gibt, doch ein Vergleich deutet nicht auf bloße Dialektunterschiede hin, sondern – abgesehen der türkischen und aserbaidischen Sprachen – eher auf Sprachunterschiede. Die Perzeption der türkischen Entscheidungsträger unterschied sich in diesem Punkt deutlich von der der politischen Führern der postsowjetischen Turkrepubliken. In der Türkei wurden die turksprachigen Völker dieser Republiken ethnisch als zentralasiatische Türken (Orta Asya Türkleri) wahrgenommen. Die fehlende Unterscheidung im Türkischen zwischen „Türkische Sprache“ und „Turksprache“ sowie „Türke“ und „Turk“ trugen zu dieser begrifflichen Fehlwahrnehmung bei, wobei man jedoch hier auch eine ideologisch begründete bewusste Ignoranz nicht völlig ausschließen darf. Die für die Türkei nach der Desintegration der Sowjetunion entstandene außenpolitische Neuorientierungsmöglichkeit wurde rasch zum Thema rhetorischer Machtprojektionskapazitäten. Das Entstehen einer Einflussregion von der „Adria bis zur Chinesischen Mauer“ war der politische Ausdruck der türkischen Euphorie. Nahezu alle türkischen Entscheidungsträger waren mehr oder weniger davon überzeugt, dass die Türkei in Eurasien das Potential hätte, sich zu einem mächtigeren regionalen Akteur zu entwickeln. Sie tendierten darüber hinaus eher dazu, die Türkei als einen älteren Bruder der Turkrepubliken wahrzunehmen. Sie betonten in diesem Zusammenhang die transepocheale Staatlichkeit der türkischen Staatswesen als Argumente für ihre Perzeption. Als weitere Stärken des Landes wären vor allem sein demokratisches politisches System, seine liberale und exportorientierte Marktwirtschaft sowie vor allem seine Integration im Westen. Die türkischen Entscheidungsträger sahen für die Türkei auch ein Potenzial, die politischen Werte Europas durch ihre engeren Beziehungen zu den kaukasischen und zentralasiatischen Regionen zu verbreiten. Ausgehend von dieser Wahrnehmung übernahm die Türkei insbesondere in der Anfangsphase der Beziehungen eine Vermittlerrolle zwischen den

Turkrepubliken und den westlichen Institutionen, in denen sie ja Mitglied ist. Die Türkei war der erste Staat, der die Unabhängigkeit der postsowjetischen Turkrepubliken anerkannt hat. Auch die ersten Auslandsmissionen in diesen Republiken waren die türkischen Botschaften. Der Südkaukasus und Zentralasien gehören darüber hinaus zu den von türkischen Politikern am meisten besuchten Regionen. Die primären türkischen Interessen können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Staatlichkeit und Unabhängigkeit der Turkrepubliken und der anderen postsowjetischen Staaten der Region sollen etabliert und gefestigt werden.

Eine politische Plattform zur Kooperation zwischen der Türkei und den Turkrepubliken soll initialisiert werden. Die Beziehungen zu den Turkrepubliken sollten möglichst institutionalisiert werden, um eine gewisse Kontinuität hervorzubringen.

Die kulturellen Ähnlichkeiten – insbesondere die sprachlichen, aber auch die historischen, religiösen und gesellschaftlichen – sollen im Rahmen einer türkischen Kulturpolitik gezielt gefördert werden und die wichtigste Basis der außenpolitischen Aktivitäten der Türkei bilden.

Die wirtschaftlichen Kooperationen mit den postsowjetischen Republiken sollen unterstützt und gefördert werden. Hierbei soll die Türkei zu einem Knotenpunkt für die aus der kaspischen Region stammenden fossilen Brennstoffe werden, die durch Pipelines zu türkischen Mittelmeerhäfen transportiert werden sollen.

Zur Lösung der Konflikte und zur Behebung der Konfliktpotentiale zwischen den postsowjetischen Nachbarstaaten soll durch bilaterale und multilaterale Initiativen – vor allem ohne militärische Machtprojektion – beigetragen werden.

Das wichtigste Interesse der Türkei in der Kaukasus- und Turkrepublikenpolitik ist – entsprechend dem generellen regionalpolitischen Interesse des Landes – eine außenpolitische Anpassung an die Rahmenbedingungen der neuen regionalen Konstellation nach dem Ost-West-Konflikt zu realisieren. Diese Interessenslage bestimmte die bisherige Zentralasien- und Kaukasuspolitik der Türkei.

Die ersten Kontakte zu den Turkrepubliken wurden kurz vor der Auflösung der Sowjetunion hergestellt. Mehrere bilaterale und multilaterale Verträge zwischen der Türkei und den Turkrepubliken wurden nach der Erlangung der Unabhängigkeit dieser Staaten paraphiert. Die multilateralen Formen der Beziehungen zu den postsowjetischen Turkrepubliken erwiesen sich eher als nicht effektiv und konnten die politischen und wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten nicht hinrei-

chend konkretisieren. Die Kooperationsformen wie die ECO oder die Turkstaatengipfel waren hinter den Erwartungen der türkischen Entscheidungsträger zurückgeblieben. Einerseits fehlten der Türkei die wirtschaftlichen Kapazitäten und insbesondere die erforderlichen politischen und sicherheitspolitischen Strukturen der Machtprojektion, in diesem Zusammenhang wäre nochmals auf die machtpolitische Lage der Russischen Föderation als Erbin der sowjetischen Supermacht hinzuweisen werden. Andererseits sind zwischen den Entscheidungsträgern und Führungseliten der Türkei und den turksprachigen Führungen einige tief greifende Interessensunterschiede festzustellen. Die Entscheidungsträger der Turkrepubliken zeigten keinerlei Interesse an einer supranational orientierten und ethnisch oder religiös fundierten – und eventuell panturkistischen – Kooperationsform der Turkstaaten, die von den türkischen Entscheidungsträgern auf den Gipfeltreffen der turksprachigen Staaten vorgeschlagen worden war. Das nicht konkretisierte und eher als eine Option wahrgenommene Ziel türkischer Entscheidungsträger, mit den Turkrepubliken zusammen eine türkische Liga der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit zu initialisieren, muss so aus türkischer Perzeption als ein Versuch der Wiederherstellung der türkischen Relevanz gegenüber der EU und den USA gesehen und berücksichtigt werden. Nicht nur im Hinblick auf die fehlenden finanziellen Kapazitäten, sondern auch auf machtpolitische Gleichgewichte in der Region mussten Träume über eine supranational geprägte Kooperationsform zwischen der Türkei und den Turkrepubliken scheitern. Vor allem wäre ein derartiges Vorgehen nicht unbedingt mit den Interessen Russlands im Einklang und würde die ohnehin dominante russische Politik des „nahen Auslands“ provozieren.

Im Rahmen der initialisierten Kulturpolitik als einen wichtigen Bestandteil der türkischen Regionalpolitik entwickelten sich intensive kulturelle Beziehungen zwischen der Türkei und den turksprachigen Republiken. Insbesondere die Sprach-, Bildungs- und Hochschulpolitik waren die Aktivitätsbereiche der türkischen Kulturpolitik, in denen eine kulturelle Annäherung zu diesen Republiken stattfinden konnte. In Aserbaidshan beispielsweise konnte das lateinische Alphabet aufgrund der aktiven kulturpolitischen Initiative der Türkei das von Russland durchgesetzte und bisher verwendete kyrillische Alphabet erfolgreich ablösen, was zweifelsohne zur sprachlichen Verständigung auf höherer Ebene – auch in Literatur und Wissenschaft – zwischen der Türkei und Aserbaidshan zunehmend beitragen wird. In anderen postsowjetischen Turkrepubliken wurde das lateinische Alphabet teilweise eingeführt.

Auch der Einfluss der türkischen Medien – vor allem der türkischen Fernsehkanäle und schriftlichen Medien – könnten in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Annäherung fördern. Die türkischen Gymnasien und Hochschulen in den kaukasischen und zentralasiatischen Regionen sind ebenfalls als wichtige Komponenten der türkischen Kulturpolitik zu betrachten, die mittel- und längerfristig zu einem bestimmenden Faktor der kulturellen Beziehungen zwischen der Türkei und den postsowjetischen Staaten dieser Regionen werden können. Diese Schulen und Universitäten sind elitär orientiert und bilden Kinder und Jugendliche der höheren Bildungs- und Führungsschichten der Länder aus. Durch staatliche Stipendien ermöglichte die Türkei zahlreichen Studenten aus den postsowjetischen Turkrepubliken überdies wissenschaftliche Studien an den türkischen Universitäten. Ähnliche Studienmöglichkeiten an den türkischen Militäarakademien wurden ebenfalls geöffnet. Der Türkei gelang es dabei, die Besonderheiten ihres laizistischen politischen Systems und ihrer Lebensweise – eine pluralistische Parlamentardemokratie und eine pluralistische sowie säkulare Gesellschaftsstruktur – den zukünftigen Führungsschichten der Turkrepubliken nahe zu bringen. Andererseits mussten die türkischen Entscheidungsträger registrieren, dass der kulturelle Einfluss Russlands in diesen Jahrhunderte lang russisch dominierten Regionen fest etabliert ist und damit das Kulturleben sowie die politische und gesellschaftliche Praxis dominiert. In diesem Zusammenhang muss die übergeordnete Rolle der russischen Kultur und Sprache sowohl in Zentralasien als auch im Südkaukasus insbesondere unter den Führungsschichten betont werden.

Ein weiteres Kooperationsfeld war der wirtschaftliche Bereich der Beziehungen. Die Regionen Kaukasus und Zentralasien wurden von Anfang an sowohl von den türkischen Führungseliten als auch von den privaten Investoren aus der Türkei als ein potenziell bedeutender Markt für die seit den 80er Jahren exportorientierte türkische Volkswirtschaft wahrgenommen. Darüber hinaus verfügten die postsowjetischen Staaten – vor allem Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan – über strategisch wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas. Für die türkischen Entscheidungsträger war es relevant, die wirtschaftliche Entwicklungspolitik und die Reformen zur Systemtransformation in diesen Staaten zu unterstützen, um zu ihrer Souveränität und Unabhängigkeit beitragen zu können. Zu diesem Zweck stellte die Türkei Kredite und humanitäre Hilfe für die Turkrepubliken zur Verfügung und leistete technische Hilfe bei der Ausbildung von Führungspersonen der Wirtschaft. Zur Modernisierung der Infrastruktur der Turkrepubliken wurden von der Türki-

schen Telekom und auch aus dem Privatsektor insbesondere im Bereich der Telekommunikation technische Unterstützungen angeboten. Die türkischen Entscheidungsträger waren sich von Anfang an bewusst, dass die wirtschaftlichen Ressourcen der Türkei nur eine begrenzte Unterstützung im wirtschaftlichen Bereich zulassen würden. In den Turkrepubliken bilden auf der anderen Seite die strukturellen Wirtschaftsprobleme – z.B. ihre Abhängigkeit von der Russischen Föderation als Folge des sowjetischen Erbes, veraltete Technologie, fehlende Kapitalakkumulation und Know-how-Defizite – eine konkrete Barriere für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Nichtsdestotrotz sind die Investitionen des türkischen Privatsektors in Zentralasien und im Südkaukasus nicht zu unterschätzen.

Ein strategisches Interesse der Türkei im Rahmen ihrer Zentralasien- und Kaukasuspolitik war die Durchsetzung der von der Türkei vorgezogenen Transportwege zur Vermarktung von Erdgas und Erdöl aus Zentralasien und dem Kaukasus. Dieser Bereich ist als ein Querschnittsbereich zwischen den strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes zu betrachten. Die türkischen Entscheidungsträger erwarteten vor allem vom Pipelineprojekt Baku-Ceyhan (über Georgien und die Türkei), das von der internationalen Gemeinschaft – vor allem von den USA und der EU – unterstützt wird und aserbaidjanisches Erdöl in den Weltmarkt, vor allem aber nach Europa transportieren wird, sowohl wirtschaftliche als auch politische und strategische Vorteile. Insbesondere im Kontext der zukünftigen Entwicklungstendenzen der Türkei-EU-Beziehungen scheint die strategische Dimension dieses Projektes, dessen Bau bereits begonnen hat und voraussichtlich 2010 fertig gestellt sein wird, zunehmend wichtiger zu werden. Die türkische Pipelinepolitik als ein relevanter Bestandteil der neuen Regionalpolitik erwies sich in diesem Zusammenhang als relativ erfolgreich. Angesichts dieser Einschätzungen, Bewertungen und Fakten in diesem Bereich der Beziehungen kann eine viel versprechende Möglichkeit der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei insbesondere zu Aserbaidschan und Georgien, ferner auch zu Armenien, prognostiziert werden. Parallel dazu ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Einfluss der EU sich im Südkaukasus – vor allem im Falle des türkischen EU-Beitritts – sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Sinne intensivieren wird. Dies könnte längerfristig konflikteindämmende und stabilisierende Projektionen durch EU-Initiativen unter aktiver Teilnahme der Türkei ermöglichen.

Gerade hierin liegt ein weiteres türkisches Interesse. Sowohl Zentralasien als auch der Kaukasus sind konfliktbeladene Regionen. Die russische und sowjetische Fremdherrschaft in diesen Regionen hatte zur Folge, dass sich zahlreiche Konfliktpotentiale, die während der Sowjetzeit nur latent bestanden, nach der Desintegration der Sowjetunion als Konfliktherde manifestierten und durch ihre Eskalationen die Stabilität der Region untergraben haben. Tschetschenien (Russische Föderation), Adscharien (Georgien) und Berg-Karabakh (Aserbaidzhan-Armenien) sind die wichtigsten, aber nicht die einzigen Konflikte im (Trans-)Kaukasus. Zwei dieser gefährlichen Konfliktherde befinden sich in unmittelbarer Nähe der Türkei und stellen ein Eskalations- und Instabilitätspotenzial dar. Vor allem der Konflikt zwischen den Armeniern und Aserbaidzhanern um das aserbaidzhanische Gebiet Berg-Karabakh betrifft die türkische Regionalpolitik in vielerlei Hinsicht. Das schlechte Verhältnis zwischen der Türkei und Armenien ist auf die tragischen Ereignisse im Ersten Weltkrieg zurückzuführen, in dem zahllose osmanische Staatsbürger armenischer Herkunft in den türkisch-russischen Grenzregionen in die südlichen Staatsgebiete des Osmanischen Reichs deportiert wurden und viele von denen während der Deportation starben. Dies ist gewiss ein Bestimmungsfaktor des gefährlichen Ultranationalismus und der türkenfeindlichen Tendenzen in der heutigen postsowjetischen Republik Armenien. Eine weitere Problematik, die das türkisch-armenische Verhältnis im Südkaukasus erschwert, ist die Aggressionspolitik Armeniens gegenüber seinem Nachbar Aserbaidzhan. An einer friedlichen Lösung dieses Konflikts ist die Türkei vor allem auch deshalb interessiert, damit sich endlich stabilere Verhältnisse im Südkaukasus etablieren. Die Friedensinitiativen der Türkei brachten allerdings in der Vergangenheit keine konkreten Erfolge. Eine aktive Initiative seitens der EU, die eine baldige Lösung des Konflikts herbeiführen könnte, erscheint im Moment vor allem kurzfristig nicht realistisch zu sein. Es ist jedoch durchaus möglich, dass die zunehmende Einflussnahme der EU sich zu einem stabilisierenden Faktor im Südkaukasus entwickeln könnte. Auch in diesem Punkt stimmen die Interessen der Türkei und der EU überein.

Die türkische Regionalpolitik hängt selbstverständlich mit dem außenpolitischen Verhalten anderer regionaler und internationaler Akteure zusammen. Die Interaktionen dieser Akteure einschließlich der Türkei sind weitere exogene Bestimmungsfaktoren der türkischen Zentralasien- und Kaukasuspolitik. Die Entwicklungstendenzen der Beziehungen der Türkei zu den postsowjetischen Turkrepubliken werden von den Folgen der Interaktionen dieser regionalen Akteure der Konstellation beein-

flusst. Der Iran im Kaukasus und Pakistan und Indien in Zentralasien zeigten sich als regionale Akteure mit geringen Einflussmöglichkeiten und Kapazitäten. China verfügt über enorme wirtschaftliche Kapazitäten und könnte sich in diesem Sinne insbesondere hinsichtlich seiner Außenhandelspolitik zu einem einflussreicheren Akteur in Zentralasien entwickeln. Diese regionalen Akteure haben eine überwiegend multiethnische Bevölkerungsstruktur und sind so der Gefahr ethnischer Konflikte ausgesetzt. Die repressive Nationalitätenpolitik Chinas in Ostturkistan (in Westchina) gegenüber dem Turkvolk Uiguren und der uigurische Nationalismus sind die Determinanten des ethnischen Konfliktpotenzials im chinesischen Zentralasien. Die chinesischen Entscheidungsträger müssen dieses latente Konfliktpotential bei den chinesisch-zentralasiatischen Beziehungen stets berücksichtigen, da in Zentralasien eine nicht zu überschätzende uigurische Minderheit lebt. Auch für den Iran bildet die Aseri-Minderheit an der iranisch-aserbaidschanischen Grenze ein ethnisches Konfliktpotential mit denkbaren Eskalationstendenzen, die sich parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung und internationaler Integration Aserbaidschans zu einem wichtigen innenpolitischen Problem des Iran entwickeln könnte. Sowohl im Falle Chinas wie auch des Iran scheint die problematische Struktur der fehlenden pluralistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Kontext der ethnischen Konfliktpotentialen Nährboden zu sein.

Im Analysezeitraum agierte die Russische Föderation als ein dominanter und äußerst aktiver Akteur in Zentralasien und im Kaukasus. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Russische Föderation im Analysezeitraum der wichtigste exogene Einflussfaktor auf die türkische Regionalpolitik in Zentralasien und im Kaukasus war. Es könnte aus vielerlei Hinsicht von einer türkisch-russischen Rivalität in Zentralasien und im Kaukasus die Rede sein, deren Ursachen in den kontroversen Perzeptionen und daraus resultierenden unterschiedlichen Interessen der beiden regionalen Staaten zu suchen sind. Die russischen Entscheidungsträger und Führungseliten nehmen die südlichen postsowjetischen Staaten im Kaukasus und in Zentralasien im Rahmen des außenpolitischen Konzepts des „nahen Auslands“ wahr und betrachten diese Regionen als eine Art abhängige Einflusszone. Diese russische Sichtweise ist bis zur Kolonialpolitik des Russischen Reichs und zu der sowjetischen Fremdherrschaft in diesen Regionen zurückzuverfolgen. Die russischen Führungseliten versuchen, die völkerrechtlich zu Ende gegangene russische Herrschaft in diesen Regionen zumindest durch eine besonders aktive Regionalpolitik fortzuführen. Die Etablierung der Unabhängigkeit

der ehemals sowjetischen Republiken im russischen nahen Ausland entspricht in diesem Zusammenhang nicht unbedingt den strategischen Interessen der Russischen Föderation. Dies ist dem oben erwähnten strategischen Interesse der Türkei diametral entgegengesetzt. Die russischen Führungseliten betrachten daher jede politische oder wirtschaftliche Kooperation der postsowjetischen Staaten südlich ihres Territoriums als eine negative Tendenz, die die russische Vorherrschaft und Dominanz in der Region relativieren würde. Es gelang den russischen Entscheidungsträger bisher weitgehend, die Bemühungen der türkischen Entscheidungsträger zu neutralisieren, eine Plattform der Kooperation mit den Turkrepubliken in die Tat umzusetzen. Diese mussten die von der Russischen Föderation durchgesetzte Lage aus realpolitischen Gründen hinnehmen. Auf der anderen Seite aber gelang es der Türkei ihre Pipelinepolitik in Zusammenarbeit mit den USA, trotz der energischen Opposition der Russischen Föderation durchzusetzen.

Für die türkischen Entscheidungsträger erscheint es insgesamt realistischer sein, mit dem Westen, vor allem aber mit der EU neue Kooperationsfelder zu suchen, um ihre Interessen besser wahrnehmen zu können. Insbesondere ihre Perzeptionen bezüglich der Etablierung der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten – aber auch der zentralasiatischen Staaten – stimmen mit denen der EU sowie der USA weitgehend überein. Auch im Sinne der Stabilisierung des Südkaukasus können deutliche Übereinstimmungen mit den Perzeptionen der EU festgestellt werden, da die EU neuerdings die südkaukasischen Staaten in ihre ausgeweitete Nachbarschaftspolitik aufnahm. Auch Georgien und Aserbaidschan signalisieren ihr Interesse an einer Beteiligung an der EU-Integration. Die Entscheidungsträger dieser Länder wissen, dass der Beitritt der Türkei zur EU sie zu direkten Nachbarn der EU machen würde, was für sie eine positive Entwicklung im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und politische Stabilität wäre und zudem ihre Unabhängigkeit von der russischen Dominanz stärken würde. Die Führungen der postsowjetischen Staaten im Südkaukasus werden diese Möglichkeit bei ihren Beziehungen zur Türkei in naher und mittlerer Zukunft immer vordringlicher mit berücksichtigen. Für die EU wird möglicherweise vor allem der Reichtum Aserbaidschans an fossilen Brennstoffen sowie deren Transport über Georgien und die Türkei nach Europa eine zunehmende zentrale Rolle in ihrer Türkei- und Kaukasuspolitik spielen. Zentralasien hingegen befindet sich verglichen mit dem Südkaukasus unter viel stärkerem russischem Einfluss. Die geographische Entfernung Zentralasiens von der Türkei und von Europa bildet eine große Barriere für eine Inten-

sivierung der Beziehungen der EU zu dieser Region. Für die Türkei ist es abgesehen von ihrer erfolgreichen Kulturpolitik und ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in naher und mittlerer Zukunft nicht allzu sehr wahrscheinlich, in Zentralasien und insbesondere auf dessen Märkten ein Kooperationsplattform mit den Turkrepubliken zu realisieren. Ihre geographische Entfernung und die geringfügige Kapazitäten an Machtprojektion sind offensichtliche Nachteile der Türkei in ihrer Zentralasienpolitik.

Die vorliegende Arbeit hatte zum Ziel, die grundlegende Frage zu beantworten, ob die türkischen Entscheidungsträger mit der neuen Regionalpolitik der Türkei a) eine fundamentale Neuorientierung als eine Alternative zu der kontinuierlichen Europaorientierung verwirklichen wollten oder b) das Land an die neue weltpolitische und regionale Konstellation anpassen, um die abgenommene (sicherheits-)politische Relevanz der Türkei für den Westen durch eine aktive Regionalpolitik zu kompensieren. Diese forschungsleitende Frage hing mit der Zuordnung der Türkei in der neuen internationalen und regionalen Konstellation sowie vor allem mit ihrer Identität zusammen. Es hat sich herausgestellt, dass eine fundamentale Neuorientierung der türkischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht der Fall war, die als eine Alternative zur bisherigen pro-westlichen und pro-europäischen Außenpolitik mit dem transepochnalen Ziel einer weitgehenden Integration mit den sicherheitspolitischen, politischen und wirtschaftlichen Kooperationsformen des Westens gedacht werden könnte. Die Rahmenbedingungen der türkischen Außenpolitik änderten sich entsprechend den Konstellationsänderungen in der Weltpolitik in jeder Hinsicht, so dass die türkischen Entscheidungsträger und Führungseliten mit der ernsthaften Frage konfrontiert waren, die Außenpolitik der Türkei rasch an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen und dementsprechend sie neu zu gestalten. Vor allem versuchten sie, eine neue Regionalpolitik entsprechend den aktuellen Rahmenbedingungen nach dem Ost-West-Konflikt zu entwickeln, um eine außenpolitische Anpassung an die geänderte Situation zu schaffen. Hierbei waren die neuen Konflikt(potenzial)e in der Konstellation eine relevante Problematik. In diesem Zusammenhang ist die neue türkische Regionalpolitik als eine Art präventiver Außenpolitik zu verstehen, die aus der Änderung des unübersichtlichen Gefüges der regionalen Konstellation resultierte. So tendierten die türkischen Entscheidungsträger dazu, die Entstehung und vor allem die Eskalation zwischenstaatlicher Konflikte sowie weiterer potenzieller Krisen in ihrer näheren Umwelt durch internationale Zusammenarbeit vorab oder aber zumindest rechtzeitig einzudämmen. Die

Option einer militärischen Machtprojektion wurde im Rahmen dieses Konzepts bewusst ausgeschlossen. Die türkischen Außenpolitiker versuchen, der neuen außenpolitischen Lage in einem kontinuierlichen Gestaltungsprozess Rechnung zu tragen und dabei entsprechend neuen außenpolitischen Interessenslagen zu handeln. Gleichzeitig erfolgte eine umfassende Systemtransformation, die wiederum mit den genannten außenpolitischen Zielen des Landes zusammenhing. Besonders wichtig waren dabei die Reformen, die das außenpolitische Entscheidungszentrum betrafen. Es handelte sich hier weniger um Machtpolitik oder das Anstreben einer Machtexpansion, was ohnehin Konfliktpotential gehabt hätte, sondern vielmehr darum, in den neuen polyzentrischen regionalen Konstellation anhand neuer Wahrnehmungen und Interessenslagen in einem kontinuierlichen Interaktionsprozess mit den anderen involvierten Akteuren eine neue Außenpolitik zu gestalten. Dies ist der Türkei im Analysenzeitraum größtenteils gelungen. Die bedeutendste Problematik der türkischen Außenpolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts, nämlich von der europäischen Integration ausgeschlossen zu werden, wurde durch eine intensive Europapolitik und in Zusammenarbeit mit der EU ganz im Sinne der transepochalen außenpolitischen Interessen der Türkei gelöst: den türkischen Entscheidungsträgern gelang es letztlich, die Entscheidungsträger der EU zu überzeugen und für die Türkei eine klare Perspektive der Vollmitgliedschaft in der EU zu ermöglichen.

LITERATURVERZEICHNIS

Quellen und offizielle Publikationen

Abkommen von Ankara. Beschluss des Assoziationsrats 1/65 vom 27. 07. 1965.

DEIK (Hg.): Azerbaijan Ekonomisindeki Son Gelişmeler ve Türkiye ile İlişkileri, Dezember 1995, S. 4.

DEIK (Hg.): Kazakistan ve Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1995.

DEIK (Hg.): Kırgız Cumhuriyeti ve Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1995.

DEIK (Hg.): Türkmenistan ve Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1995.

Dokumente zur Zypern-Krise, in: Europa Archiv, 29/19 (1974), D. 439-46

EU-Bericht, SEC 1210, 1211, 1212, Die Erweiterung Fortsetzen. Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Bulgariens, Rumäniens und der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003

EG-Bulletin der EG, 12-1989, Ziffer 2.2.37.

EU-Bulletin der 10-1995, Ziffer 1.4.76.

EU-Bulletin 12-1997, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (6/27), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9712/i1006.htm>.

EU-Bulletin 4-1997, Mittelmeerländer und Länder des Nahen und Mittleren Ostens (12/21), <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9704/p104074.htm>

EU-Bulletin, 6-2003, Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, des Kaukasus und Mittelasiens(9/9),<http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200306/p106097.htm>; vgl. IP/04/632, Brüssel, 12.05.2004.

EU-Bulletin, 6-2003, Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, des Kaukasus und Mittelasiens(8/8),<http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200303/p106079.htm>.

Europäisches Parlament, Plenarsitzungsdokument Bericht, A5-0204/2004, 19. März 2004, S.13/37.

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 1998

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 1999

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2000

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2001

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2002

Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission, Über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, 2003

T.C. 1982 Anayasası

T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): Avrasya Ekonomik İşbirliği Konferansı, Ankara 1993

T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): Avrasya Ekonomik İşbirliği Konferansı, Ankara 1993

T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): Türk Cumhuriyetlerinin Tanışma ve Yakınlaşmasında Basının Rolü Konferansı, Ankara 1994

T.C. Dışişleri Bakanlığı, Azerbaycan Ülke Raporu, Ankara 1995, S. 7. Vgl. T.C. Dışişleri Bakanlığı, Kazakistan Ülke Raporu, Ankara 1995

T.C. Dışişleri Bakanlığı, Özbekistan Ülke Raporu, Ankara 1995

T.C. Dışişleri Bakanlığı (Hg.): Dışişleri Bakanı İsmail Cem: Konuşmalar, Demeçler, Açıklamalar (Haziran 1997-Nisan 1999), Ankara 1999

T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994

T.C. MEB: Türkiye ile Türk Cumhuriyetleri ve Türk Toplulukları Arasında Yapılan Anlaşmalar, İlişkiler ve Faaliyetler, Ankara 1993

T.C. Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği (Hg.): Devletin Kavram ve Kapsamı, 1991

T.C. Milli Güvenlik Kurulu ve Milli Güvenlik Kurulu Genel Sekreterliği Kanunu

T.C. Ordu İç Hizmet Kanunu.

T.C. Genelkurmay Başkanlığı İrtica Brifingi (Anweisung des Generalstabs über den islamischen Fundamentalismus), in: Tageszeitung Cumhuriyet von 12. Juni 1997.

T.C. ile AET Ortaklık Anlaşması, Ekleri ve Ortaklık Konseyi İçtüzüğü, in: Soysal, İsmail: Türkiye'nin Uluslararası Siyasal Bağlıları Bd. 2 (1945-1990), Kesim A Çok Taraflı Bağlılar, Ankara 1991

TC ile Avrupa Ekonomik Topluluğu Arasında Katma Protokol Mali Protokol ve Kömür ve Çelik Avrupa Topluluğu Yetki Alanına Giren Ürünlere İlişkin Anlaşma, in: Soysal, İsmail: Türkiye'nin Uluslararası Siyasal Bağlıları Bd. 2 (1945-1990), Kesim A Çok Taraflı Bağlılar, Ankara 1991

Vertrag von Amsterdam: in: Läufer, Thomas (Hg.): Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000

Kars Antlaşması (Vertrag von Kars), in: Soysal, İsmail: Tarihçeleri ve Açıklamaları ile Birlikte Türkiye'nin Siyasal Antlaşmaları, Bd. 1 (1920-1945), Ankara 1983

Moskova Antlaşması (Vertrag von Moskau) in: Soysal, İsmail: Tarihçeleri ve Açıklamaları ile Birlikte Türkiye'nin Siyasal Antlaşmaları, Bd. 1 (1920-1945), Ankara 1983

Monographien und Sammelbände

Ahmad, Feroz: Demokrasi Sürecinde Türkiye (1945-1980), İstanbul 1994

Ahmad, Feroz: The Making of Modern Turkey, London & New York 1993

Akçura, Yusuf: Üç Tarz-ı Siyaset, Ankara 1991

Akpınar, Hakan: 28 Şubat. Postmodern Darbenin Öyküsü, Ankara 2001

Andican, Ahat A.: Değişim Sürecinde Türk Dünyası, İstanbul 1996

Arnold, Hans: Europa am Ende? Die Auflösung von EG und NATO, München 1993

Arnon, Leon & Jensen, Kenneth (Hg.): The Emergence of Russian Foreign Policy, Washington 1994

Aslan, Yusuf: Die Türkei: von der Westintegration zur Ostwendung? Institutioneller Verwestlichungsprozess in der türkischen Geschichte und dessen Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen der Türkei zum Europa-Rat, der NATO und der EU, Diss. Frankfurt am Main 1998

Auch, Eva-Maria: „Ewiges Feuer“ in Aserbaidşan. Ein Land zwischen Perestrojka, Bürgerkrieg und Unabhängigkeit, BIOS, 8/1992

Auch, Eva-Maria: Aserbaidşan: Demokratie als Utopie?, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 33/1994

Ataöv, Türkkaya: The „Armenian Question“: Conflict, Trauma & Objectivity, Ankara 1999

Balkır, Canan & Williams, Allan M. (Hg.): London/New York 1993

Banuazizi, Ali & Weiner, Myron (Hg.): The New Geopolitics of Central Asia and Its Borderlands, Indianapolis 1994

Barthold, Wilhelm: Orta Asya Türk Tarihi Hakkında Dersler, Ankara 1995, S. 3-25.

Bayramoğlu, Ali: Türkiye'de İslamcı Hareket: Sosyolojik Bir Bakış (1994-2000), İstanbul 2001

Beiträge des Südosteuropa-Arbeitskreises der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum IV. Internationalen Südosteuropa-Kongress der Association Internationale

- d'Études du Sud-Est-Européen, Die Türkei in Europa, Ankara 13.-18.8.1979, Göttingen 1979
- Berkes, Niyazi: Batıcılık, Ulusçuluk ve Toplumsal Devrimler, İstanbul 1965
- Birand, Mehmet Ali: Emret Komutanım, İstanbul 1986
- Birand, Mehmet Ali: Türkiye'nin Ortak Pazar Macerası (1959-1985), İstanbul 1985
- Bora, Tanıl & Can, Kemal: Devlet, Ocak, Dergah. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket, İstanbul 1994
- Bozkurt, Mahmut: Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union, Diss. Gießen, Frankfurt am Main 1995
- Bracher, Karl Dietrich & Fraenkel, Ernst (Hg.): Das Fischer Lexikon Internationale Beziehungen, Frankfurt am Main 1969
- Brown, Bess & Fuller, Elisabeth: Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Sankt Augustin 1994
- Buhbe, Matthes: Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Studien zu Politik und Gesellschaft des Vorderen Orients, Opladen 1996
- Çalışlar, Oral: Liderler Hapishanesi, İstanbul 1989
- Cayhan, Esra & Ateşoğlu-Güney, Nurşin: Avrupa'da Yeni Güvenlik Arayışları NATO-AB-Türkiye, İstanbul 1996
- Crouch, Colin & Marquand, David (Hg.): Towards Greater Europe? A Continent without an Iron Curtain, Kent 1992
- Deutsch, Karl W.: Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt am Main 1968
- Esen, Erol: Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der innertürkischen Kontroversen um die Assoziation 1973-1980, Diss. Pfaffenweiler 1990
- Evin, Ahmet & Denton, Geoffrey (Hg.): Turkey and the European Community, Opladen 1990
- Faroqhi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reiches, München 2000
- Faroqhi, Suraiya: Kultur und Alltag im Osmanischen Reich. Vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, München 1995
- Feld, Werner J.: The European Community in World Affairs. Economic Power and Political Influence, Washington D.C. 1976
- Ferdowsi, Mir A. (Hg.): Mittelasien: Von der „Zweiten“ zur „Dritten Welt“?, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, 15/1993, München 1993
- Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Die türkische Krise, Nr. 89-90, Februar 1981

- Gökalp, Ziya: Türkçülüğün Esasları, İstanbul 1955
- Gönlübol, Mehmet: Olaylarla Türk Dış Politikası, Ankara 1993
- Götz, Roland & Halbach, Uwe: Politisches Lexikon GUS, München 1993
- Götz, Roland & Halbach, Uwe: Turkmenistan: Informationen über eine unbekannte Republik, Teil 1: Wirtschaft, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, 43-1995
- Götz, Roland & Halbach, Uwe: Turkmenistan: Informationen über eine unbekannte Republik, Teil 2: Wirtschaft, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, 43-1995
- Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.): Südosteuropa-Handbuch IV, Türkei, Göttingen 1985
- Grotzky, Johannes: Konflikt im Vielvölkerstaat: Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch, München 1991
- Gül, Atakan & Gül, Ayfer Yazgan: Avrasya Boru Hatları ve Türkiye, İstanbul 1995
- Gumpel, Werner (Hg.): Die Türkei auf dem Weg in die EG. Möglichkeiten und Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft, München/Wien 1979
- Gumpel, Werner (Hg.): Europa und die Türkei in den neunziger Jahren, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991
- Güner, A. Oktay & Somuncuoğlu, S. & Er, A.: MHP ve Ülkücü Kuruluşlar Davası, Ankara 1982
- Gür, Gürsel: Das Türkei bild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen, Diss. Münster/Frankfurt am Main 1998
- Gürel, Şükrü S.: Tarihsel Boyut İçinde Türk Yunan İlişkileri, Ankara 1993
- Gürün, Kamuran: Türk-Sovyet İlişkileri (1920-1953), Ankara 1991
- Halbach, Uwe: „Failing States“? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder, I., Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 21-1994
- Halbach, Uwe: „Failing States“? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder, II., Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 21-1994
- Halbach, Uwe: Die Türkei im Spannungsfeld zwischen „atlantischer“ und „regionaler“ Außen- und Sicherheitspolitik: Aktuelle Entwicklungen und sowjetische Kritik, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 43/1986, Köln 1986
- Halbach, Uwe: Ethno-territoriale Konflikte in der GUS, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 31/1992
- Hale, William: Turkish Military and Politics, London 1994

- Hale, William: Türkiye'de Ordu ve Siyaset, İstanbul 1996
- Hambly, Gavin: Fischer Weltgeschichte. Zentralasien, Frankfurt a.M. 1966
- Haussig, Hans Wilhelm: Die Geschichte Zentralasiens und der Seidenstraße in islamischer Zeit, Darmstadt 1994
- Hayit, Baymirza: Die Wirtschaftsprobleme Turkestans. Ein Beitrag zur Wirtschaftskunde Turkestans mit einem Rückblick auf ihre jüngste Vergangenheit, Ankara 1968
- Hayit, Baymirza: Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi, Ankara 1995
- Heper, Metin & Evin, Ahmet (Hg.): State, Democracy and the Military, New York-Berlin 1988
- Heyd, Uriel: Foundations of Turkish Nationalism. The Life of Ziya Gökalp, Westport Connecticut 1979
- Howard, Harry N.: Turkey, the Straits and US. Policy, London 1974
- Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen, München 1997
- Huntington, Samuel P.: Political Order in Changing Societies, London 1978
- Hütteroth, Wolf-Dieter: Türkei, Darmstadt 1982
- İba, Şaban: Ordu Devlet Siyaset, İstanbul 1998
- İnalçık, Halil: The Ottoman Empire. The Classical Age 1300-1600, New York 1973
- İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Kazakistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995
- İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Kırgızistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995
- İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Özbekistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995
- İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Özbekistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995
- İstanbul Ticaret Odası (Hg.): Türkmenistan İhracat Pazar Araştırması, İstanbul 1995
- Jakobeit, Cord & Yenal, Alparslan (Hg.): Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993
- Kafesoğlu, İbrahim: Türk Milliyetçiliğinin Meseleleri, İstanbul 1993
- Karluk, Rıdvan: Gümrük Birliği Dönemecinde Türkiye. Gümrük Birliği Ne Getirdi Ne Götürdü, Ankara 1997
- Kassenov, Umirserik T.: Zentralasien und Russland. Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen, BIOST, 14/1995
- Kili, Suna: Atatürk Devrimi. Bir Çağdaşlaşma Modeli, Ankara 1981
- Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991
- Kirişçi, Kemal & Winrow, Gareth M.: Kürt Sorunu: Kökeni ve Gelişimi, İstanbul 1997
- Klaus-Detlev (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch IV, Göttingen 1985

- Kramer, Heinz: Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Stiftung Wissenschaft und Politik, Bd. 21, Baden Baden 1988
- Kramer, Heinz: Zentralasien im Interessenfeld der Türkei, Ebenhausen/Isartal 1995
- Kushner, David: The Rise of Turkish Nationalism (1876-1908), London 1977
- Kuyucuklu, Nazif: Türkiye İktisadı, İstanbul 1986
- Läufer, Thomas (Hg.): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 2000
- Lewis, Bernard: The Emergence of Modern Turkey, London 1968
- Louis, Herbert: Landeskunde der Türkei, Stuttgart 1985
- Mardin, Şerif: Türk Modernleşmesi, İstanbul 1991
- Massarat, Mohssen (Hg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996
- Matuz, Josef E.: Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt 1990
- Meier, Andreas: Politische Strömungen im modernen Islam, Bonn 1995
- Meissner, Boris & Einfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995
- Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Köln 1998
- Mütercimler, Erol: 21. Yüzyılın Eşiğinde Uluslararası Sistem ve Türkiye-Türk Cumhuriyetleri Modeli, İstanbul 1993
- Nasarbayew, Nursultan: Yüzyılların Kavşağında, Ankara 1997
- Oba, Ali Engin: Türk Milliyetçiliğinin Doğuşu, Ankara 1995
- Öke, Kemal Mim (Hg.): Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri, İstanbul 1999
- Önder, Zehra: Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977
- Oswald, Ingrid: Nationalitätenkonflikte im östlichen Teil Europas, Berlin 1993
- Özertan, Nüşet S.: Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter Besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei, Diss. Münster 1989
- Pöschl, Rainer: Vom Neutralismus zur Blockpolitik, München 1985
- Röttlinger, Moritz & Weyringer, Claudia (Hg.): Handbuch der europäischen Integration. Strategie-Struktur-Politik der Europäischen Union, Wien 1996
- Rüstow, Dankwart A.: Die Türkei. Brücke zwischen Orient und Okzident, Göttingen 1990

- Şahin, Hüseyin: Türkiye Ekonomisi, Bursa 1995
- San, Adnan: Die Stellung der Türkei im Rahmen der internationalen Verträge seit dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 1963
- Sander, Oral: Siyasi Tarih, Bd. 1, Ankara 2001
- Sander, Oral: Siyasi Tarih, Bd. 2, Ankara 2001
- Saray, Mehmet: Rus İşgali Devrinde Osmanlı Devleti ile Türkistan Hanlıkları Arasındaki Siyasi Münasebetler (1775-1875), Ankara 1994
- Saray, Mehmet: Türk Dünyasında Dil ve Kültür Birliği, İstanbul 1993
- Sarıay, Yusuf: Türk Milliyetçiliğinin Tarihi Gelişimi ve Türk Ocakları (1912-1931), İstanbul 1994
- Sarıay, Yusuf: Türkiye'nin Batı İttifakına Yönelişi ve NATO'ya Girişi, Ankara 1988
- Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, Darmstadt 1992
- Saylan, Gencay: Türkiye'de İslamcı Siyaset, Ankara 1992
- Şen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkeistudien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989
- Şen, Sabahattin (Hg.): Yeni Dünya Düzeni ve Türkiye, İstanbul 1992
- Sencer, Muzaffer: Türkiye'nin Yönetim Yapısı, İstanbul 1986
- Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986
- Sönmezoğlu, Faruk (Hg.): Türk Dış Politikasının Analizi, İstanbul 1994
- Sonyel, Salahi Ramsdan: Turkish Diplomacy 1918-1923. Mustafa Kemal and the Turkish National Movement, London/Beverly Hills 1975
- Soysal, İsmail: Tarihçeleri ve Açıklamaları ile Birlikte Türkiye'nin Siyasal Antlaşmaları, Bd. 1 (1920-1945), Ankara 1983
- Soysal, İsmail: Türkiye'nin Uluslararası Siyasal Bağlıları Bd. 2 (1945-1990), Kesim A Çok Taraflı Bağlılar, Ankara 1991
- Soysal, Mümtaz: Anayasanın Anlamı, İstanbul 1993
- Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Nürnberg/Regensburg 1996
- Streinz, Rudolf: Europarecht, Heidelberg 1999
- Suny, Roland (Hg.): Transcaucasia, Nationalism and Social Change, Ann Arbor 1983
- Swietochowski, Tadeuzs: Müslüman Cemaatten Ulusal Kimliğe Rus Azerbaycanı, İstanbul 1988

- Tanör, Bülent: Osmanlı-Türk Anayasal Gelişmeleri (1789-1980), İstanbul 1998
- Tekeli, İlhan & İlkin, Selim: Türkiye ve Avrupa Topluluğu. Ulus Devleti Aşma Çabasındaki Avrupa'ya Türkiye'nin Yaklaşımı, Bd. 2, Ankara 1993
- Tennstedt, Ernst: Die türkischen Meerengen im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1981
- Tezel, Yahya Z.: Cumhuriyet Döneminin İktisadi Tarihi, İstanbul 1994
- Türkeş, Alpaslan: Yeni Ufuklara Doğru, İstanbul 1988
- Uludağ, İlhan: Sovyetler Birliği Sonrası Bağımsız Türk Cumhuriyetleri ve Türk Gruplarının Sosyo-Ekonomik Analizi Türkiye ile İlişkileri, İstanbul 1992
- Váli, Ferenc A.: Bridge Across the Bosphorus. The Foreign Policy of Turkey, Baltimore/London 1971
- Wagstaff, Malcolm (Hg.): Aspects of Religion in Secular Turkey, Durham 1990
- Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn 1999
- Weidenfeld, Werner (Hg.): Herausforderung Mittelmeer: Aufgaben, Ziele und Strategien europäischer Politik. Vorträge, Debatten und Dokumente der internationalen Konferenz in Barcelona, 7.-8. Oktober 1991, Gütersloh 1992
- Weiherr, Gerhard: Militär und Entwicklung in der Türkei (1945-1973). Ein Beitrag zur Untersuchung der Rolle des Militärs in der Entwicklung der Dritten Welt, Opladen 1978
- Weisband, Edward: Turkish Foreign Policy (1943-1945). Small State Diplomacy and Great Power Politics, Princeton 1973
- Winrow, Gareth M.: Turkey in Post-Soviet Central Asia, London 1995
- Woyke, Wichard & Bellers, Jürgen (Hg.): Analyse internationaler Beziehungen. Methoden-Instrumente-Darstellungen, Opladen 1989
- Yalcinkaya, Aleaddin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998
- Yarasimos, Stefanos: Milliyetler ve Sınırlar. Balkanlar, Kafkasya ve Orta Doğu, İstanbul 1994
- Yavuz, Haluk K.: Türkiye'de Siyasal Sistem Arayışı ve Yürütmenin Güçlendirilmesi, Ankara 2000
- Yeşilyurt, Zuhale: Die Türkei und die Europäische Union. Chancen und Grenzen der Integration, Diss. Bonn 1999

Aufsätze und unselbstständige Publikationen

Adanır, Fikret: Der jungtürkische Modernismus und die nationale Frage im Osmanischen Reich, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 2/2 (1989), S. 79-91

Adomeit, Hannes: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Russlands, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jg., 2001, S. 353-365

Ağaoğulları, Mehmet Ali: Milliyetçi Hareket Partisi, in: Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, İstanbul 1983, S. 2111-2119

Ahmar, Moonis: Çağdaş Orta Asya'da Etnik Faktör: Pakistan'ın Yaklaşımı, in: Avrasya Etüdüleri, 2/4 (1995-96), S. 12-21

Ahmed, Mutahir: Radikal İslam ve Orta Asya, in: Avrasya Etüdüleri, Herbst, 3 (1994), S. 55-61

Aksoy, Meral: Aral Denizi Bölgesinde Çevre Faktörleriyle İlgili Sağlık ve Beslenme Faktörleri, in: Avrasya Etüdüleri, 2/4 (1995-96), S. 22-27

Amirahmadi, Hooshang: İran'da Siyasal İslam'dan Laik Milliyetçiliğe, in: Avrasya Etüdüleri, 2/4 (1995-96), S. 28-29

Arık, Umut: 21. Yüzyıl Uluslararası Güvenlik Sistemi ve Türkiye, in: Avrasya Etüdüleri, 2/4 (1995-96), S. 2-11

Arık, Umut: Üçüncü Çalışma Yılında TİKA, in: Avrasya Dosyası, 2/2 (1995), S. 163-182

Avşar, Zakir B.: Türk Cumhuriyetleri Arasında İletişim, in: Avrasya Etüdüleri, 3/1 (1996), S. 101-113

Axt, Heinz-Jürgen: Konflikttriade im östlichen Mittelmeer. Die Türkei, Griechenland und Zypern, in: Internationale Politik, 51/2 (1996), S. 33-38

Aydın, Turan: Rusya'nın Petrol ve Doğal Gaz Politikası, in: Avrasya Etüdüleri, 1/4 (1995), S. 40-62

Bahadır, Şefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/97, 7. März 1997, S. 33-40

Bahro, Gundula: Tödliche Erbschaften – das atomare Potential in Kasachstan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/92, Dezember 1992, S. 39-46

Bal, Idris: Türk Cumhuriyetlerinde Milletleşme Süreci ve İç ve Dış Politikaya Etkisi, in: Avrasya Etüdüleri, Bağımsızlığın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 21-36

Barkey, Henri J.: The Struggles of a „Strong“ State, in: Journal of International Affairs, Volume 54/1, Fall 2000, S. 87-105

- Behar, Büşra Ersanlı: Türkçülük: Türkiye’de ve Azerbaycan’da (1990’lı Yıllar), in: *Avrasya Etüdleri*, 3/3 (1996), S. 2-20
- Bender, Iris: Das Osmanische Reich. Entstehung und Zerfall, in: Massarat, Mohssen (Hg.): *Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung*, Münster 1996, S. 242-260
- Bilge, Suat: Bağımsız Devletler Topluluğu ve Türkiye, in: *Avrasya Etüdleri*, 1/4 (1995), S. 63-100
- Biliouri, Daphne: Orta Asya’da Çevre Sorunları: Retorik ve Eylem Arasındaki Farklılıkları Gidermek, in: *Avrasya Etüdleri* 14, Frühling-Sommer (2001), S. 19-32
- Bingöl, Yılmaz: Sovyet Sonrası Orta Asya Karşısında Türkiye’nin Politikası Fırsatlar ve Çözülmesi Gereken Meseleler, in: *Avrasya Etüdleri* 14, Sommer-Herbst (1998), S. 2-16
- Bourguignon, Roswitha: The History of the Association Agreement between Turkey and the European Community, in: Evin, Ahmet & Denton, Geoffrey (Hg.): *Turkey and the European Community*, Opladen 1990, S. 51-61
- Bourmoutian, George A.: The Ethnic and the Socio-Economic Condition of Eastern Armenia in the First Half of the Nineteenth Century, in: Suny, Roland (Hg.): *Transcaucasia, Nationalism and Social Change*, Ann Arbor 1983, S. 69-86
- Bozdağ, Abidin: Die Zentralasienpolitik der Türkei, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): *Mittelasien von der „Zweiten“ zur „Dritten“ Welt?*, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik, 15 (1993), S. 27-42
- Bozdağ, Abidin: Um Öl und Gas. Internationale Konflikten im Kaukasus und in der kaspischen Region, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5 (1996), S. 587-597
- Brauer, Birgit & Eschment, Beate: Russlands Politik in Zentralasien, in: *Osteuropa*, 4/5, 51. Jahrgang 2001, S. 495-508
- Budak, Mustafa: Osmanlı Rus İlişkilerinde Kafkasya, in: *Avrasya Etüdleri*, 1/4 (1995), S. 101-128
- Budak, Mustafa: Osmanlı-Özbek Siyasi Münasebetlerinin Başlaması, in: *Avrasya Etüdleri*, 2/4 (1995-96), S. 79-85
- Bülbüloğlu, Polad: Türk Dünyasında Kültür İşbirliği, in: *Avrasya Etüdleri*, 3/3 (1996), S. 45-47
- Calabrese, John: Çin’in Orta Asya Politikası: Yenilenme ve Üslenme, in: *Avrasya Etüdleri*, 16, Herbst-Winter (1999), S. 75-98
- Cankorel, Bilge: Turkey-EC Relations, in: Gumpel, Werner (Hg.): *Europa und die Türkei in den neunziger Jahren*, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 39-41
- Çelik, Kenan & Kalaycı, Cemalettin: Azeri Petrolünün Dünü ve Bugünü, in: *Avrasya Etüdleri*, 16, Herbst-Winter (1999), S. 105-128

- Cıvaoglu, Güneri: Belgeler ve Kafalar, in: Tageszeitung Sabah von 14. Juli 1993
- Clement, Hermann: Die Wirtschaft der asiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR, in: Meissner, Boris & Eisfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995, S. 213-225
- Cohen, Ariel: „Yeni Büyük Oyun“: Avrasya’da Boru Hatları Siyaseti, in: Avrasya Etüdleri, 3/1 (1996), S. 2-15
- Cohen, Ariel: Rusya’nın Yeni Kafkasya Politikası Türk Çıkarlarını Tehdit Ediyor mu?, in: Avrasya Etüdleri, Bağımsızlığın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 111-122
- Cornell, Erik: İslam Ulusunun Kutsal Roma İmparatorluğu, in: Avrasya Etüdleri, 2/4 (1995-96), S. 72-78
- Croissant, Michael P.: Transkafkasyada Petrol ve Rus Emperyalizmi, in: Avrasya Etüdleri, 3/1 (1996), S. 16-26
- Croissant, Michael P & Croissant, Cynthia M.: The Caspian Sea Status Dispute: Context and Implications, in: Eurasian Studies, 3/4 (1996-97), S. 23-40
- Demirel, Süleyman: 21. Yüzyılın Eşiğinde Türkiye’nin Dış Politikası, in: Yeni Türkiye, März-April 1995, 1/3, S. 7-10
- Devlet, Nadir: Çarlık Rusya’sı ve Sovyetler Birliği’nin Türk Tarihine Bakışı, in: Avrasya Etüdleri, 2/4 (1995-96), S. 92-104
- Devlet, Nadir: Bağımsız Türk Cumhuriyetlerinin Sınırlarının Tarihi, Coğrafi ve Etnik Sorunları, in: Avrasya Etüdleri, 1/4 (1996), S. 30-39
- Durdular, Ercan: İran’ın Azerbaycan ve Ermenistan Politikası, in: Avrasya Dosyası, 2/1 (1995), S. 124-135
- Eralp, Atila: Soğuk Savaştan Günümüze Türkiye-Avrupa Birliği İlişkileri, in: Eralp, Atila (Hg.): Türkiye ve Avrupa, Ankara 1997, S. 88-121
- Eralp, Atila: Turkey and the European Community in the Changing Post-War International System, in: Balkır, Canan & Williams, Allan M. (Hg.): London/New York 1993, S. 24-44
- Ergün, İsmet: Entwicklungschancen der Beziehungen der Türkei zu den ost- und südosteuropäischen Staaten unter den neuen Bedingungen, in: Gumpel, Werner (Hg.): Europa und die Türkei in den neunziger Jahren, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 72-78
- Ergün, İsmet: Zur Wirtschaftslage der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen, 35/4 (1995), S. 360-366
- Ersanlı, Büşra: Çok Boyutluluğu Yeniden Kesif. Türkiye’nin Türk Cumhuriyetleriyle İşbirliği Arayışı, in: Yalcinkaya, Aleaddin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 223-232

- Ersanlı-Behar, Büşra: Azerbaijan Özbekistan ve Türkmenistan'da Eğitim ve Kültür Politikaları, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaijan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 143-220
- Esen, Erol: Chronologie zur Haltung der Türkei im Golfkonflikt August 1990-Februar 1991, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 3/2 (1991), S. 247-265
- Fairbanks, Stephen C.: Iran: No Easy Answers, in: Journal of International Affairs, Vol. 54, No. 2, Spring 2001, S. 447-464
- Faul, Erwin: Eine Aufnahme der Türkei untergräbt die Legitimität und innere Sicherheit der EU, in: Politik und Gesellschaft. International Politics and Society, 4/1997, S. 446-450
- Frankenberger, Klaus-Dieter: Wo endet Europa? Zur politischen und geographischen Identität der Union, in: Internationale Politik, Juni 1998, 6/53, S. 21-26
- Freitag, Rainer: Aserbaidshan und die Türkei. Die internationale Dimension des Nationalitätenkonflikts im Transkaukasus, in: Orient, 31/1990, S. 525-556
- Freitag-Wirminghaus, Rainer: Krisenherd Aserbaidshan: Der Krieg um Berg Karabakh, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39/93 (1993), S. 38-46
- Freitag-Wirminghaus, Reiner: Keine großen Brüder. Der Einfluss der islamischen Welt in Zentralasien und in Aserbaidshan, in: Der Überblick, 2/28 (1992), S. 50-54
- Fuller, Elisabeth: Konflikte im Transkaukasus: Wer könnte vermitteln?, in: Europa Archiv, 48/7 (1993), S. 193-201
- Gerger, Haluk: Türk Dış Politikası (1946-1980), in: Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, İstanbul 1983
- Gökay, Bülent: Der Untergang des Osmanischen Reiches und der Balkan, in: Welt Trends, 6/1995, S. 36-44
- Gökırmak, Mert: Türkiye-Rusya İlişkileri ve Petrol Taşımacılığı Sorunu: Jeopolitik Bir Değerlendirme, in: Sönmezoğlu, Faruk (Hg.): Değişen Dünya ve Türkiye, İstanbul 1995, S. 153-186
- Görtemaker, Manfred: Ursachen und Entstehung des Kalten Krieges, in: Informationen zur politischen Bildung: Internationale Beziehungen 1. Der Ost-West-Konflikt, 4. Quartal 1994, 245, S. 12-18
- Griefingholt, Heidi & Wehmann, Roman: Europäische Expansion und kolonialistische Staatenbildung im islamischen Orient, in: Massarat, Mohssen (Hg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996, S. 261-278
- Grothusen, Klaus-Detlev: Die politische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg. Außenpolitik, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.): Südosteuropa-Handbuch IV, Türkei, Göttingen 1985

- Gumpel, Werner: Determinanten der Europabeziehungen der Türkei zu Beginn der neunziger Jahre, in: Gumpel, Werner (Hg.): Europa und die Türkei in den neunziger Jahren, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 9-13
- Gumpel, Werner: Orta Asya Türk Cumhuriyetlerinde Ekonomik ve Politik Gelişme, in: Avrasya Etüdüleri, 1 / 2 (1994), S. 15-46
- Gumpel, Werner: Stand und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Türkei mit den Staaten Zentralasiens, in: Südosteuropa Mitteilungen, 35/3 (1995), S. 228-232
- Gümrükçü, Harun: The Turkish Labour Market and Migration, in: Evin, Ahmet & Denton, Geoffrey (Hg.): Turkey and the European Community, Opladen 1990, S. 163-167
- Häckel, Erwin: Ideologie und Außenpolitik, in: Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, unter: Ideologie und Außenpolitik, Opladen 1995, S. 143-150
- Halbach, Uwe: Eigenstaatlichkeit in Kasachstan und Mittelasien, in: Meissner, Boris & Einfeld, Alfred (Hg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien, Baden Baden 1995, S. 199-211
- Halbach, Uwe: Islam und Nationalstaat in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39/93 (1993), S. 11-20
- Halbach, Uwe: Zehn Jahre danach: Postsowjetische Konfliktlandschaften des Kaukasus, in: Osteuropa 51/9 (2001), S. 1087-1109
- Halbach, Uwe: Zwischen „heißem Krieg“ und „eingefrorenen Konflikten“. Russlands Außenpolitik im Kaukasus, in: Osteuropa, 4/5, 51/2001, S. 481-494
- Harris, Georg: The Role of the Military in Turkey in the 1980s: Guardians or Decision-Makers?, in: Heper, Metin & Evin, Ahmet (Hg.): State, Democracy and the Military, New York-Berlin 1988, S.177-200
- Henze, Paul B.: Kafkasya'da Çatışma. Geçmiş, Sorunlar ve Gelecek İçin Öngörüler, in: Avrasya Etüdüleri, Frühjahr, 1/1994, S. 66-80
- Henze, Paul B.: Gürcistan ve Ermenistan: Sıkıntılı Bağımsızlık, in: Avrasya Etüdüleri, 2/2 (1995), S. 25-25
- Henze, Paul: Türkiye ve Ermenistan: Eski Sorunlar Yeni Beklentiler, in: Avrasya Etüdüleri, 3/1 (1996), S. 44-53
- Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilisations, in: Foreign Affairs, 72/3 (1993)
- Hüseynov, Fuad: Avrupa Birliği ve Azerbaycan, in: Avrasya Etüdüleri 14, Frühling-Sommer (2001), S. 63-92
- İlhan, Suat: Jeopolitik Gelişmeler ve Türk Dünyası, in: Avrasya Etüdüleri, 2/3 (1995), S. 2-22

- İnciođlu, Nihal: Yeni Türk Cumhuriyetlerinde Toplumsal Bölünmeler, Siyasi Güçler ve Yeni Siyasal Yapılanma, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bađımsızlıđın ilk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 105-142
- Kabasakal, Öner: Türkiye'nin Türk Cumhuriyetleri ile Ekonomik ve Ticari İlişkileri, in: Avrasya Etüdüleri, Bađımsızlıđın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 37-60
- Kalambekova, Baktygul: Fergana Vadisi'ndeki Dini Durum, in: Avrasya Etüdüleri 14, Frühling-Sommer (2001), S. 131-140
- Karaosmanođlu, Ali L.: Die neue regionale Rolle der Türkei, in: Europa Archiv, 15/48 (1993), S. 425-434
- Karaosmanođlu, Ali L.: The Evolution of the National Security Culture and the Military in Turkey, Journal of International Affairs, Volume 54/1, Fall 2000, S. 199-216
- Kartari, Asker: Der Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 7/2 (1994), S. 193-218
- Kasimov, Begali: 20. Yüzyıl Bađında Türkistan'daki Ceditcilik Akımının Başlıca Özellikleri, in: Avrasya Etüdüleri, Herbst 3/1995, S. 88-97
- Kaushik, Devendra: Orta Asya Cumhuriyetleri: 10 Yıllık Bađımsızlık Döneminin Bilançosu, in: Avrasya Etüdüleri, Bađımsızlıđın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 3-22
- Keskin, Yıldırım: The Turkey-EEC-Association and Its Problems, in: Gumpel, Werner (Hg.): Die Türkei auf dem Weg in die EG. Möglichkeiten und Probleme einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft, München/Wien 1979, S. 65-72
- Kindermann, Gottfried-Karl: Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis, in: Ders.(Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 59-105
- Kindermann, Gottfried-Karl: Konstellationsanalyse, Synoptische Methode, Interessenanalyse, in: Woyke, Wichard & Bellers, Jürgen (Hg.): Analyse internationaler Beziehungen. Methoden-Instrumente-Darstellungen, Opladen 1989, S. 99-109
- Kindermann, Gottfried-Karl: Weltverständnis und Ideologie als Faktoren Auswärtiger Politik, in: Ders. (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 145-164
- Kindermann, Gottfried-Karl: Zum Selbstverständnis des neorealistischen Ansatzes – Einleitung zur dritten Auflage, in: Ders. (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S.11-47
- Kindermann, Gottfried-Karl: Zur Methodik der internationalen Konstellationsanalyse, in: Ders. (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik, München 1991, S. 106-144
- Kırımlı, Meryem: Milliyetçiliđin Ortaya Çıkışı ya da Bađımsız Kazakistan'ın Yeni Stratejisi, in: Avrasya Etüdüleri, 3/1 (1996), S. 2-13

- Klaus-Detlev: Die politische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg. Außenpolitik, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch IV, Göttingen 1985
- Kramer, Heinz: Die EU-Mitgliedschaft [der Türkei] ist wichtig für Europas Stabilität und Sicherheit, in: Politik und Gesellschaft. International Politics and Society, 4/1997, S. 443-445
- Krämer, Raimund: Zwischen Kooperation und Abgrenzung. Die Ostgrenzen der Europäischen Union, in: Welt Trends, Nr. 22, Frühjahr 1999, S. 9-26
- Krämer, Raimund: Zwischen Kooperation und Abgrenzung. Die Ostgrenzen der Europäischen Union, in: Welt Trends, Nr. 22, Frühjahr 1999, S. 9-26
- Kurbanov, Erjan: Aserbajjan Security Concerns: Conflict with Armenia over Nogorno-Karabakh and Potentials for Other Internal Discords, in: Eurasian Studies, 3/4 (1996-97), S. 2-22
- Kuru, Ahmet T.: Türkiye'nin Orta Asya'ya Yönelişi: Dokuz Asır Sonra Politika Değişimi, in: Öke, Kemal Mim (Hg.): Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri, İstanbul 1999, S. 128-151
- Kuru, Ahmet T.: Uluslararası Ortam ve Bölgesel Entegrasyon Teorileri Işığında Türk Birliği Meselesi, in: Öke, Kemal Mim (Hg.): Geçiş Sürecinde Orta Asya Türk Cumhuriyetleri, İstanbul 1999, S. 152-210
- Kut, Gün: Yeni Türk Cumhuriyetleri ve Uluslararası Ortam, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 9-24
- Laçiner, Ömer & Bora, Tanıl: Die Turkrepubliken und die Türkei: der zweite Anlauf, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 8. Jahrgang, 1995, Heft 1, S. 115-138
- Leibzig, Wolf-Heinrich: Forschungsbericht: Die Gemeinsame Außenpolitik der Zwölf und der Türkei: Gemeinsamkeiten und Divergenzen, in: Integration, 14. Jg., 2/91 (1991), Beilage zur Europäischen Zeitung, 4/91, S. 76-81
- Lippert, Barbara & Wessels, Wolfgang: Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten, in: Jakobeit, Cord & Yenal, Alparslan (Hg.): Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 439-457
- Lorca, Alejandro V.: Türkiye: Orta Asya'ya Açılan Kapı, in: Avrasya Etüdüleri, 2/3 (1995), S. 62-68
- Louis, Herbert: Die Stellung Anatoliens am Rande Europas, in: Die Türkei in Europa. Beiträge des Südosteuropa-Arbeitskreises der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum IV. Internationalen Südosteuropa-Kongress der Association Internationale d'Études du Sud-Est-Européen, Ankara 13.-18.8.1979, Göttingen 1979, S. 11-19
- Mahmood, Tehmina: Pakistan and Central Asia, in: Eurasian Studies, 3/4 (1996-97), S. 79-94

- Malek, Martin: Sprachenpolitik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in: Osteuropa, 8/1994, S. 743-759
- Margedant, Udo: Beitritt, Beitrittsverhandlungen, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Köln 1998, S. 47-50
- Müller, Friedemann: Ökonomie und Ökologie in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39 (1993), S. 21-28
- Nuri, Hasan Maqşudul: Hazar Denizi Bölgesi: Sorunlar ve Belirtiler, in: Avrasya Etüdüleri 19, Frühling-Sommer (2001), S. 2-16
- Okyar, Osman: Privatisation of State Enterprises in Turkey, in: Gumpel, Werner (Hg.): Europa und die Türkei in den neunziger Jahren, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 48-63
- Önder, Zehra: Die Türkei im Konflikt zwischen Europa und der islamisch-nachöstlichen Umwelt: Überblick über ein Jahrhundert, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Die türkische Krise, Nr. 89-90, Februar 1981, S. 15-22
- Öner, Mustafa: „Ortak Türk Alfabeti“ Hakkında Bazı Notlar: in: Avrasya Etüdüleri, 13, Frühling (1998), S. 71-79
- Öniş, Ziya: In Search of Identity, in: The Middle East Journal, 1995, S. 48-68
- Özcan, Gencer: Türkiye’de Siyasal Rejim ve Dış Politika (1983-1993), in: Sönmezoğlu, Faruk: Türk Dış Politikasının Analizi, İstanbul 1994, S. 293-315
- Özden, Kemal: Çin’in Yeniden Yükselişi: Geo-Stratejik Önemi, Politik ve Askeri Gücü ve Türkiye ile Olan İlişkileri, in: Avrasya Etüdüleri 14, Frühling-Sommer (2001), S. 93-118
- Özdoğan-Göksu, Günay: Sovyetler Birliği’nden Bağımsız Cumhuriyetlere. Uluslaşmanın Dinamikleri, in: T.C. Kültür Bakanlığı (Hg.): Bağımsızlığın İlk Yılları. Azerbaycan, Kazakistan, Kırgızistan, Özbekistan, Türkmenistan, Ankara 1994, S. 25-104
- Özey, Ramazan: Türk Dünyasının Jeopolitik Önemi ve Başlıca Problemleri, in: Avrasya Etüdüleri, Bağımsızlığın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 83-94
- Papava, Vladimir: Gürcüstan Ekonomisi: Reform Sorunları (Sic!), in: Avrasya Etüdüleri, 3/1 (1996), S. 52-61
- Pistor-Hatam, Anja: Iran als Vielvölkerstaat. Ethnische Minderheiten und staatliche Politik, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 6/2 (1993), S. 235-276
- Reissner, Johannes: Die iranische Zentralasienpolitik, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): Mittelasien: Von der „Zweiten“ zur „Dritten Welt“?, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung, 15/1993, München 1993, S. 45-59
- Rhein, Eberhard: Europa und Mittelmeerraum, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 691-710

- Riedel, Sabine: Die griechisch-türkischen Spannungen vor dem Hintergrund des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien. Neue Aspekte eines alten Konfliktherds in Südosteuropa, in: *Südosteuropa*, 45/1 (1996), S. 11-47
- Rill, Bernd: Die Türken zwischen Europa und Asien. Von der Schlacht von Malazgirt bis zum Beitritts-gesuch zur Europäischen Gemeinschaft, in: *Politische Studien*, September-Oktober 1999, 367, S. 52-69
- Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: *Journal of International Affairs*, 54/1 (2000), S. 217-236
- Ruseckas, Laurent: Turkey and Eurasia: Opportunities and Risks in the Caspian Pipeline Derby, in: *Journal of International Affairs*, 54/1 (2000), S. 217-236
- Şahin, Murat: Transkafkasya Siyasi Coğrafyasında Etnik Dağılımın Etkileri, in: *Avrasya Etüdüleri* 14, Frühling-Sommer (2001), S. 33-50
- Sahnazarov, Bahtiyar: Cultural Pluralism in Uzbekistan, in: *Eurasian Studies*, 3/4 (1996-97), S. 95-111
- Samland, Detlev: Türkei und die europäische Integration, in: Sen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): *Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkeistudien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg*, 15.-17.12.1989, S. 7-13
- Saray, Mehmet: Türkiye ve Orta Asya Cumhuriyetleri Arasında Siyasi, Ekonomik ve Kültürel İlişkiler, in: *Avrasya Etüdüleri*, 1 / 2 (1994), S. 47-51
- Schellhorn, Kai M.: Der Staat: Die wichtigste Aktionseinheit in der internationalen Politik, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): *Grundelemente der Weltpolitik*, München 1991, S. 165-179
- Schellhorn, Kai M.: Wie entstehen außenpolitische Entscheidungen?, in: Kindermann, Gottfried-Karl (Hg.): *Grundelemente der Weltpolitik*, München 1991, S. 180-194
- Schilling, Walter: Rückkehr des Imperialismus im Kaukasus?, in: *Internationale Politik*, 50/11 (1995), S. 45-50
- Schlegel, Dietrich: Die außenpolitische Position der Türkei in der Golfkrise und das Verhältnis zu Europa, in: Gumpel, Werner (Hg.): *Europa und die Türkei in den neunziger Jahren*, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 64-71
- Şefik, Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11-12/97, 7. März 1997, S. 33-40
- Sen, Faruk: Einleitung: Osteuropa hat Vorrang und die Türkei muss noch warten, in: Ders. & Rehwinkel, Dieter (Hg.): *Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für*

Türkeistudien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989, S. 3-6

Sen, Faruk: Türkische Aktivitäten in Mittelasien, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 5/2 (1992), S. 267-270

Sommer, Theo: Europa ist kein Christen-Club, in: Die Zeit, Nr. 12 vom 14.3.1997

Soysal, İsmail: Hazar Bölgesinde Petrol ve Gaz Kaynakları, in: Yalcinkaya, Aleaddin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 19-22

Stechow, Andreas: Der Beitrittsantrag der Türkei aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, in: Sen, Faruk & Rehwinkel, Dieter (Hg.): Türkei und europäische Integration, Dokumentationen einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Zentrums für Türkeistudien in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenburg, 15.-17.12.1989, S. 99-112

Steinbach, Udo: Demokratie auf der Basis der Säkularisierung als Experiment, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Herausforderung Mittelmeer: Aufgaben, Ziele und Strategien europäischer Politik. Vorträge, Debatten und Dokumente der internationalen Konferenz in Barcelona, 7.-8. Oktober 1991, Gütersloh 1992, S. 161-164

Steinbach, Udo: Die Grundlagen der Türkischen Republik, in: Informationen zur politischen Bildung, „Türkei“, 2. Quartal (223), 1989, S. 13-16

Steinbach, Udo: Europa und die Türkei, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 681-690

Steinbach, Udo: Im Spannungsfeld zwischen Marxismus und islamischem Fundamentalismus: Ende der Verwestlichung?, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Die türkische Krise, Nr. 89/90, Februar 1981, S. 49-59

Steppacher, Burkard: Türkeipolitik der EU, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Köln 1998, S. 465-467

Tanör, Bülent: Türkiye’de Dış İlişkilerin İç Hukuk Rejimi, in: Sönmezoğlu, Faruk: Türk Dış Politikasının Analizi, İstanbul 1994, S. 317-332

Tanrısever, Oktay: Rusya ve Bağımsız Türk Devletleri: Bağımsızlığın Anlamını Keşfetmek, in: Avrasya Etüdüleri, Bağımsızlığın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 95-110

Taşçıklar, Dinçer: Orta Asya’daki Ekonomik Reformlar ve Yeni Büyük Oyun, in: Yalcinkaya, Alaeddin (Hg.): Türk Cumhuriyetleri ve Petrol Boru Hatları, İstanbul 1998, S. 233-253

Teague, Elisabeth: Russians Outside Russia and Russian Security Policy, in: Arnon, Leon & Jensen, Kenneth (Hg.): The Emergence of Russian Foreign Policy, Washington 1994, S. 94; zitiert nach Brauer, Birgit & Eschment, Beate: Russlands Politik in Zentralasien, in: Osteuropa, 4/5, 51. Jahrgang 2001, S. 495-508

- Toprak, Binnaz: Religion als Staatsideologie in einem laizistischen Staat. Die Türkisch-Islamische-Synthese, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 2/1 (1989), S. 55-62
- Toprak, Binnaz: Religion as State Ideology in a Secular Setting: The Turkish-Islamic Synthesis, in: Wagstaff, Malcolm (Hg.): Aspects of Religion in Secular Turkey (University of Durham. Centre for Middle Eastern and Islamic Studies. Occasional Paper Series/40), Durham 1990, S. 10-15
- Türkkan, Erdal: Interrelations between the EC-Turkish Relationship and the Development of the Free Market Conditions in Turkey, in: Gumpel, Werner (Hg.): Europa und die Türkei in den neunziger Jahren, Südosteuropa-Gesellschaft, München 1991, S. 42-47
- Türkmen, Fikret: Türk Ortak Yazı Dili Problemleri, in: Avrasya Etüdüleri, Frühjahr 1 (1994), S. 81-86
- Uçarol, Rifat: Değişmekte Olan Dünyada Türk Boğazlarının Önemi ve Geleceği, in: Sen, Sabahattin (Hg.): Yeni Dünya Düzeni ve Türkiye, İstanbul 1992
- Van den Broek, Hans: Die Herausforderung eines erweiterten Europa, in: Röttlinger, Moritz & Weyringer, Claudia (Hg.): Handbuch der europäischen Integration. Strategie-Struktur-Politik der Europäischen Union, Wien 1996, S. 445-452
- Vardar, Deniz: Türkiye-Avrupa Topluluğu İlişkileri, in: Sönmezoğlu, Faruk: Türk Dış Politikasının Analizi, İstanbul 1994, S. 121-132
- Wallace, William: From Twelve to Twenty Four? The Challenges to the EC Posed by the Revolutions in Eastern Europe, in: Crouch, Colin & Marquand, David (Hg.): Towards Greater Europe? A Continent without an Iron Curtain, Kent 1992, S. 34-51
- Warikoo, K.: Sincan'da Etnik Dinsel Uyanış, in: Avrasya Etüdüleri, 2/4 (1995-96), S. 30-42
- Wessels, Wolfgang: Zukunftsfähig? Die Europäische Union à 27, in: Internationale Politik, 2/2001, S. 13-22
- Yalçın, Aydın: Türk Halklarında Milli Uyanış, in: Avrasya Etüdüleri, 1/4 (1995), S. 3-29
- Yalçınkaya, Alaeddin: Türk Cumhuriyetleri'nin Bağımsızlık Aşamaları, in: Avrasya Etüdüleri, Bağımsızlığın 10. Yılında Türk Cumhuriyetleri Özel Sayısı, Sommer (2001), S. 61-82
- Yurdusev, Nuri A.: Avrupa Kimliğinin Oluşumu ve Türk Kimliği, in: Eralp, Atilla (Hg.): Türkiye ve Avrupa. Batılılaşma, Kalkınma Demokrasi, Ankara 1997, S. 17-85

Zeitungen

Cumhuriyet

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Rundschau

Hürriyet

Milliyet

Süddeutsche Zeitung

Turkish Daily News

LEBENS LAUF

Ich wurde am 08.07.1971 als Sohn von Hadi Çaman (Schauspieler) und von Bengi Şanlı (Schauspieler) in Istanbul (Türkei) geboren. Von 1977 bis 1982 besuchte ich die Grundschule Göztepe Pansiyonlu in Istanbul, von 1982 bis 1986 das Gymnasium Kalamış Lisesi in Istanbul und abschließend von 1986 bis 1989 das Gymnasium İntaş Lisesi, wo ich mit dem Abitur – allgemeine Hochschulreife – abschloss.

1990 bestand ich die erste und zweite Stufe der Staatlichen Zentralen Hochschulaufnahmeprüfung (ÖSYM I. und II.) in der Türkei und immatrikulierte mich an der staatlichen Universität *Mimar Sinan* zu Istanbul im Fach Soziologie, an der ich zwei Semester studiert habe. 1991 wurde ich für das Studium an der *Ludwig-Maximilians-Universität* (LMU) zu München zugelassen und 1992 bestand ich die deutsche Sprachprüfung für ausländische Studienbewerber *Zentrale Mittelstufenprüfung* (ZMP) des *Goethe Instituts* in München.

Bis Ende 1993 studierte ich an der *LMU* und an der *Hochschule für Politik* der *LMU* Soziologie und Politikwissenschaft. Im Sommersemester 1994 wechselte ich zur *Universität Augsburg* und studierte Politikwissenschaft als Hauptfach und Soziologie und Psychologie als Nebenfächer. Ich wurde 1995 in das Studienförderungsprogramm der *Friedrich-Ebert-Stiftung* aufgenommen und erhielt ein Studienstipendium bis zu meinem Studienabschluss mit dem akademischen Titel Magister Artium (M.A.) im Jahr 1998. Nach einer kurzen Tätigkeit im *Zentrum für Türkeistudien* an der *Universität Essen* als Wissenschaftlicher Mitarbeiter begann ich 1999 mit meinem Promotionsstudium, das größtenteils mit einem Promotionsstipendium der *Universität Augsburg* gefördert wurde. Zwischen 1999 – 2003 verbrachte ich zwei kurze Forschungsaufenthalte in New York und Washington DC, ein kurzer Forschungsaufenthalt in Almaty und mehrere kurze Forschungsaufenthalte in Istanbul und Ankara.

Ich arbeite seit 2002 beim *Kreisjugendring München-Stadt* im *Selbstverwalteten Stätteilzentrum Neuperlach* (SSZ) als hauptamtlicher Pädagogischer Mitarbeiter.

Ehrenwörtliche Erklärung

Hiermit erkläre ich ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Dissertation selbst verfasst, mich keiner fremden Hilfe bedient, keine anderen als die im Schriftenverzeichnis der Dissertation angeführten Schriften und Hilfsmittel benutzt habe. Sämtliche Stellen, die aus dem Schrifttum wörtlich oder sinngemäß entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht. Die vorliegende Dissertation hat keiner anderen Universität, Hochschule oder Fakultät vorgelegen oder vorliegt. Gegen mich liegen keine Tatsachen vor, die nach Art. 89 des Bayerischen Hochschulgesetzes i. d. Fassung vom 08.12.1988 die Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.

M. Efe Çaman, M.A.